Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/89

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 109/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) des EWR-Abkommens [2024/89]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Verordnung (EU) 2020/878 der Kommission vom 18. Juni 2020 zur Änderung des Anhangs II der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Anhang II des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang II Kapitel XV des EWR-Abkommens wird unter Nummer 12zc (Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates) folgender Gedankenstrich angefügt:

„– **32020 R 0878**: Verordnung (EU) 2020/878 der Kommission vom 18. Juni 2020 (ABl. L 203 vom 26.6.2020, S. 28)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Verordnung (EU) 2020/878 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

([1]) ABl. L 203 vom 26.6.2020, S. 28.
* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/90

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 108/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) des EWR-Abkommens [2024/90]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Verordnung (EU) 2020/1666 der Kommission vom 10. November 2020 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2003/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über Düngemittel zwecks Aufnahme eines neuen Typs von EG-Düngemitteln in Anhang I ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Anhang II des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang II Kapitel XIV des EWR-Abkommens wird unter Nummer 1 (Verordnung (EG) Nr. 2003/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates) folgender Gedankenstrich angefügt:

„– **32020 R 1666**: Verordnung (EU) 2020/1666 der Kommission vom 10. November 2020 (ABl. L 377 vom 11.11.2020, S. 3)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Verordnung (EU) 2020/1666 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

([1]) ABl. L 377 vom 11.11.2020, S. 3.

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/91

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 107/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) des EWR-Abkommens [2024/91]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Delegierte Verordnung (EU) 2020/1431 der Kommission vom 14. Juli 2020 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 658/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anpassung der Höhe der Gebühren, die der Europäischen Arzneimittel-Agentur für die Durchführung von Pharmakovigilanz-Tätigkeiten in Bezug auf Humanarzneimittel zu entrichten sind, an die Inflationsrate ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Anhang II des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang II Kapitel XIII des EWR-Abkommens wird unter Nummer 16 (Verordnung (EU) Nr. 658/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates) folgender Gedankenstrich angefügt:

„– **32020 R 1431**: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1431 der Kommission vom 14. Juli 2020 (ABl. L 331 vom 12.10.2020, S. 2)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Delegierten Verordnung (EU) 2020/1431 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

([1]) ABl. L 331 vom 12.10.2020, S. 2.
* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/92

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 106/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) des EWR-Abkommens [2024/92]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/1685 der Kommission vom 12. November 2020 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 37/2010 in Bezug auf die Einstufung des Stoffs Bupivacain hinsichtlich der Rückstandshöchstmenge [1] ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/1712 der Kommission vom 16. November 2020 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 37/2010 in Bezug auf die Einstufung des Stoffs Lidocain hinsichtlich der Rückstandshöchstmenge [2] ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(3) Anhang II des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang II Kapitel XIII des EWR-Abkommens werden unter Nummer 13 (Verordnung (EU) Nr. 37/2010 der Kommission) folgende Gedankenstriche angefügt:

„– **32020 R 1685**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1685 der Kommission vom 12. November 2020 (ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 44)

– **32020 R 1712**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1712 der Kommission vom 16. November 2020 (ABl. L 384 vom 17.11.2020, S. 3)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Durchführungsverordnungen (EU) 2020/1685 und (EU) 2020/1712 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

[1] ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 44.
[2] ABl. L 384 vom 17.11.2020, S. 3.
* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 102/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) des EWR-Abkommens [2024/93]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Verordnung (EU) 2020/771 der Kommission vom 11. Juni 2020 zur Änderung der Anhänge II und III der Verordnung (EG) Nr. 1333/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie des Anhangs der Verordnung (EU) Nr. 231/2012 der Kommission in Bezug auf die Verwendung von Annatto, Bixin, Norbixin (E 160b) ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Dieser Beschluss betrifft lebensmittelrechtliche Vorschriften. Nach der Einleitung zu Kapitel XII von Anhang II des EWR-Abkommens gelten lebensmittelrechtliche Vorschriften nicht für Liechtenstein, solange Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einbezogen ist. Dieser Beschluss gilt daher nicht für Liechtenstein.

(3) Anhang II des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang II Kapitel XII des EWR-Abkommens wird wie folgt geändert:

1. Unter Nummer 54zzzzr (Verordnung (EG) Nr. 1333/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates) wird folgender Gedankenstrich angefügt:

   „– **32020 R 0771**: Verordnung (EU) 2020/771 der Kommission vom 11. Juni 2020 (ABl. L 184 vom 12.6.2020, S. 25)"

2. Unter Nummer 69 (Verordnung (EU) Nr. 231/2012 der Kommission) wird folgender Gedankenstrich angefügt:

   „– **32020 R 0771**: Verordnung (EU) 2020/771 der Kommission vom 11. Juni 2020 (ABl. L 184 vom 12.6.2020, S. 25)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Verordnung (EU) 2020/771 der Kommission in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

([1]) ABl. L 184 vom 12.6.2020, S. 25.

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/94

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 99/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) des EWR-Abkommens [2024/94]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Verordnung (EU) 2020/1694 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. November 2020 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 hinsichtlich besonderer Maßnahmen für Fahrzeuge der Klasse L aus einer auslaufenden Serie als Antwort auf die COVID-19-Pandemie ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Anhang II des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang II Kapitel I des EWR-Abkommens wird unter Nummer 46 (Verordnung (EU) Nr. 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates) folgender Gedankenstrich angefügt:

„– **32020 R 1694**: Verordnung (EU) 2020/1694 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. November 2020 (ABl. L 381 vom 13.11.2020, S. 4)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Verordnung (EU) 2020/1694 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

([1]) ABl. L 381 vom 13.11.2020, S. 4.
* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/95

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 101/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) des EWR-Abkommens [2024/95]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen“), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Verordnung (EU) 2020/1245 der Kommission vom 2. September 2020 zur Änderung und Berichtigung der Verordnung (EU) Nr. 10/2011 über Materialien und Gegenstände aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Die Verordnung (EU) 2020/1322 der Kommission vom 23. September 2020 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1881/2006 hinsichtlich der Höchstgehalte an 3-Monochlorpropandiol (3-MCPD), 3-MCPD-Fettsäureestern und Glycidylfettsäureestern in bestimmten Lebensmitteln ([2]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(3) Die Verordnung (EU) 2020/1419 der Kommission vom 7. Oktober 2020 zur Änderung des Anhangs II der Verordnung (EG) Nr. 1333/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Verwendung von Ascorbinsäure (E 300) und Citronensäure (E 330) bei zur Weiterverarbeitung bestimmten weißen Gemüsesorten ([3]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(4) Dieser Beschluss betrifft lebensmittelrechtliche Vorschriften. Nach der Einleitung zu Kapitel XII von Anhang II des EWR-Abkommens gelten lebensmittelrechtliche Vorschriften nicht für Liechtenstein, solange Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einbezogen ist. Dieser Beschluss gilt daher nicht für Liechtenstein.

(5) Anhang II des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang II Kapitel XII des EWR-Abkommens wird wie folgt geändert:

1. Unter Nummer 54zzzz (Verordnung (EU) Nr. 1881/2006 der Kommission) wird folgender Gedankenstrich angefügt:

   „– **32020 R 1322**: Verordnung (EU) 2020/1322 der Kommission vom 23. September 2020 (ABl. L 310 vom 24.9.2020, S. 2)“

2. Unter Nummer 54zzzzr (Verordnung (EU) Nr. 1333/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates) wird folgender Gedankenstrich angefügt:

   „– **32020 R 1419**: Verordnung (EU) 2020/1419 der Kommission vom 7. Oktober 2020 (ABl. L 326 vom 8.10.2020, S. 11)“

3. Unter Nummer 55 (Verordnung (EU) Nr. 10/2011 der Kommission) wird folgender Gedankenstrich angefügt:

   „– **32020 R 1245**: Verordnung (EU) 2020/1245 der Kommission vom 2. September 2020 (ABl. L 288 vom 3.9.2020, S. 1)“

([1]) ABl. L 288 vom 3.9.2020, S. 1.
([2]) ABl. L 310 vom 24.9.2020, S. 2.
([3]) ABl. L 326 vom 8.10.2020, S. 11.

Artikel 2

Der Wortlaut der Verordnungen (EU) 2020/1245, (EU) 2020/1322 und (EU) 2020/1419 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/96

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 105/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) des EWR-Abkommens [2024/96]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/1634 der Kommission vom 4. November 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Zucker aus dem Fruchtfleisch der Kakaopflanze (*Theobroma cacao* L.) als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Dieser Beschluss betrifft lebensmittelrechtliche Vorschriften. Nach der Einleitung zu Kapitel XII von Anhang II des EWR-Abkommens gelten lebensmittelrechtliche Vorschriften nicht für Liechtenstein, solange Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einbezogen ist. Dieser Beschluss gilt daher nicht für Liechtenstein.

(3) Anhang II des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang II Kapitel XII des EWR-Abkommens wird wie folgt geändert:

1. Unter Nummer 124b (Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission) wird folgender Gedankenstrich angefügt:

   „– **32020 R 1634**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1634 der Kommission vom 4. November 2020 (ABl. L 367 vom 5.11.2020, S. 39)"

2. Nach Nummer 186 (Durchführungsverordnung (EU) 2020/1993 der Kommission) wird folgende Nummer eingefügt:

   „187. **32020 R 1634**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1634 der Kommission vom 4. November 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von Zucker aus dem Fruchtfleisch der Kakaopflanze (*Theobroma cacao* L.) als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 367 vom 5.11.2020, S. 39)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1634 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

([1]) ABl. L 367 vom 5.11.2020, S. 39.

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/97

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 95/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang I (Veterinärwesen und Pflanzenschutz) des EWR-Abkommens [2024/97]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1525 der Kommission vom 16. Oktober 2020 zur Änderung des Anhangs des Durchführungsbeschlusses 2013/764/EU mit tierseuchenrechtlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der klassischen Schweinepest in bestimmten Mitgliedstaaten [1] ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1663 der Kommission vom 6. November 2020 zur Änderung der Anhänge I und II der Entscheidung 2004/558/EG hinsichtlich des Seuchenfreiheitsstatus Tschechiens und der Genehmigung des Tilgungsprogramms in Bezug auf die infektiöse bovine Rhinotracheitis in mehreren Regionen Frankreichs [2] ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(3) Dieser Beschluss betrifft Rechtsvorschriften in Bezug auf andere lebende Tiere als Fische und Tiere der Aquakultur. Nach Absatz 2 des Einleitenden Teils zu Kapitel I von Anhang I des EWR-Abkommens gelten Rechtsvorschriften mit diesem Gegenstand nicht für Island. Dieser Beschluss gilt daher nicht für Island.

(4) Dieser Beschluss betrifft veterinärrechtliche Vorschriften. Nach den sektoralen Anpassungen zu Anhang I des EWR-Abkommens gelten veterinärrechtliche Vorschriften nicht für Liechtenstein, solange Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einbezogen ist. Dieser Beschluss gilt daher nicht für Liechtenstein.

(5) Anhang I des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang I Kapitel I des EWR-Abkommens wird wie folgt geändert:

1. In Teil 3.2 wird unter der Überschrift „RECHTSAKTE, DENEN DIE EFTA-STAATEN UND DIE EFTA-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE GEBÜHREND RECHNUNG TRAGEN MÜSSEN" unter Nummer 48 (Durchführungsbeschluss 2013/764/EU der Kommission) folgender Gedankenstrich angefügt:

   „– **32020 D 1525**: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1525 der Kommission vom 16. Oktober 2020 (ABl. L 346 vom 20.10.2020, S. 31)"

2. In Teil 4.2 wird unter Nummer 80 (Entscheidung 2004/558/EG der Kommission) folgender Gedankenstrich angefügt:

   „– **32020 D 1663**: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1663 der Kommission vom 6. November 2020 (ABl. L 374 vom 10.11.2020, S. 8)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Durchführungsbeschlüsse (EU) 2020/1525 und (EU) 2020/1663 in norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

[1] ABl. L 346 vom 20.10.2020, S. 31.
[2] ABl. L 374 vom 10.11.2020, S. 8.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/98

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 104/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) des EWR-Abkommens [2024/98]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen“), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/1559 der Kommission vom 26. Oktober 2020 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 zur Erstellung der Unionsliste der neuartigen Lebensmittel ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/1820 der Kommission vom 2. Dezember 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens getrockneter Zellen von *Euglena gracilis* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission ([2]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(3) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/1821 der Kommission vom 2. Dezember 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens eines Extrakts aus *Panax notoginseng* und *Astragalus membranaceus* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission ([3]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(4) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/1822 der Kommission vom 2. Dezember 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von chromhaltiger Biomasse der Hefe *Yarrowia lipolytica* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission ([4]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(5) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/1993 der Kommission vom 4. Dezember 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von selenhaltiger Biomasse der Hefe *Yarrowia lipolytica* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission ([5]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(6) Dieser Beschluss betrifft lebensmittelrechtliche Vorschriften. Nach der Einleitung zu Kapitel XII von Anhang II des EWR-Abkommens gelten lebensmittelrechtliche Vorschriften nicht für Liechtenstein, solange Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einbezogen ist. Dieser Beschluss gilt daher nicht für Liechtenstein.

(7) Anhang II des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

([1]) ABl. L 357 vom 27.10.2020, S. 7.
([2]) ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 29.
([3]) ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 34.
([4]) ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 39.
([5]) ABl. L 410 vom 7.12.2020, S. 62.

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang II Kapitel XII des EWR-Abkommens wird wie folgt geändert:

1. Unter Nummer 124b (Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission) werden folgende Gedankenstriche angefügt:

„– **32020 R 1559**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1559 der Kommission vom 26. Oktober 2020 (ABl. L 357 vom 27.10.2020, S. 7)

– **32020 R 1820**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1820 der Kommission vom 2. Dezember 2020 (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 29)

– **32020 R 1821**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1821 der Kommission vom 2. Dezember 2020 (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 34)

– **32020 R 1822**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1822 der Kommission vom 2. Dezember 2020 (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 39)

– **32020 R 1993**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1993 der Kommission vom 4. Dezember 2020 (ABl. L 410 vom 7.12.2020, S. 62)“

2. Nach Nummer 182 (Durchführungsverordnung (EU) 2020/1163 der Kommission) werden folgende Nummern eingefügt:

„183. **32020 R 1820**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1820 der Kommission vom 2. Dezember 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens getrockneter Zellen von *Euglena gracilis* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 29)

184. **32020 R 1821**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1821 der Kommission vom 2. Dezember 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens eines Extrakts aus *Panax notoginseng* und *Astragalus membranaceus* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 34)

185. **32020 R 1822**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1822 der Kommission vom 2. Dezember 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von chromhaltiger Biomasse der Hefe *Yarrowia lipolytica* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 39)

186. **32020 R 1993**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1993 der Kommission vom 4. Dezember 2020 zur Genehmigung des Inverkehrbringens von selenhaltiger Biomasse der Hefe *Yarrowia lipolytica* als neuartiges Lebensmittel gemäß der Verordnung (EU) 2015/2283 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2017/2470 der Kommission (ABl. L 410 vom 7.12.2020, S. 62)“

Artikel 2

Der Wortlaut der Durchführungsverordnungen (EU) 2020/1559, (EU) 2020/1820, (EU) 2020/1821, (EU) 2020/1822 und (EU) 2020/1993 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 98/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang I (Veterinärwesen und Pflanzenschutz) und Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) des EWR-Abkommens [2024/99]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen“), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/1572 der Kommission vom 28. Oktober 2020 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/626 hinsichtlich der Listen der Drittländer und Drittlandsgebiete, aus denen der Eingang von Milcherzeugnissen und Insekten in die Europäische Union zugelassen ist [1] ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Dieser Beschluss betrifft veterinärrechtliche, futtermittelrechtliche und lebensmittelrechtliche Vorschriften. Nach den sektoralen Anpassungen zu Anhang I und der Einleitung zu Kapitel XII von Anhang II des EWR-Abkommens gelten veterinär-, futtermittel- und lebensmittelrechtliche Vorschriften nicht für Liechtenstein, solange Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einbezogen ist. Dieser Beschluss gilt daher nicht für Liechtenstein.

(3) Die Anhänge I und II des EWR-Abkommens sollten daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang I des EWR-Abkommens wird in Kapitel I Teil 1.1 unter Nummer 11bj (Durchführungsverordnung (EU) 2019/626 der Kommission) und in Kapitel II unter Nummer 31qj (Durchführungsverordnung (EU) 2019/626 der Kommission) folgender Gedankenstrich angefügt:

„– **32020 R 1572**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1572 der Kommission vom 28. Oktober 2020 (ABl. L 359 vom 29.10.2020, S. 5)“

Artikel 2

In Anhang II Kapitel XII wird unter Nummer 164j (Durchführungsverordnung (EU) 2019/626 der Kommission) Folgendes angefügt:

„, geändert durch:

— **32020 R 1572**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1572 der Kommission vom 28. Oktober 2020 (ABl. L 359 vom 29.10.2020, S. 5)“

Artikel 3

Der Wortlaut der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1572 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

[1] ABl. L 359 vom 29.10.2020, S. 5.

Artikel 4

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 5

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/100

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 103/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) des EWR-Abkommens [2024/100]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Verordnung (EU) 2020/1681 der Kommission vom 12. November 2020 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Streichung bestimmter Aromastoffe aus der Unionsliste [1] ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Die Verordnung (EU) 2020/1819 der Kommission vom 2. Dezember 2020 zur Änderung des Anhangs II der Verordnung (EG) Nr. 1333/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Verwendung von Farbstoffen in Lachsersatz [2] ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(3) Dieser Beschluss betrifft lebensmittelrechtliche Vorschriften. Nach der Einleitung zu Kapitel XII von Anhang II des EWR-Abkommens gelten lebensmittelrechtliche Vorschriften nicht für Liechtenstein, solange Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einbezogen ist. Dieser Beschluss gilt daher nicht für Liechtenstein.

(4) Anhang II des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang II Kapitel XII des EWR-Abkommens wird wie folgt geändert:

1. Unter Nummer 54zzzzr (Verordnung (EG) Nr. 1333/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates) wird folgender Gedankenstrich angefügt:

   „– **32020 R 1819**: Verordnung (EU) 2020/1819 der Kommission vom 2. Dezember 2020 (ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 26)"

2. Unter Nummer 54zzzzs (Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates) wird folgender Gedankenstrich angefügt:

   „– **32020 R 1681**: Verordnung (EU) 2020/1681 der Kommission vom 12. November 2020 (ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 27)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Verordnungen (EU) 2020/1681 und (EU) 2020/1819 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

[1] ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 27.
[2] ABl. L 406 vom 3.12.2020, S. 26.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/101

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 97/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang I (Veterinärwesen und Pflanzenschutz) des EWR-Abkommens [2024/101]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen“), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1106 der Kommission vom 24. Juli 2020 über die Durchführung eines zeitlich befristeten Versuchs gemäß den Richtlinien 66/401/EWG, 66/402/EWG, 2002/54/EG und 2002/57/EG des Rates im Hinblick auf den Prozentsatz der amtlichen Kontrollen für Feldbesichtigungen unter amtlicher Überwachung bei Basissaatgut, Zuchtsaatgut der dem Basissaatgut vorhergehenden Generationen und zertifiziertem Saatgut ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1401 der Kommission vom 2. Oktober 2020 über eine vorübergehende Ausnahme von der Richtlinie 66/401/EWG des Rates hinsichtlich der Anforderungen an den Verkehr mit zertifiziertem Saatgut ([2]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(3) Dieser Beschluss betrifft pflanzenschutzrechtliche Vorschriften. Nach den sektoralen Anpassungen zu Anhang I des EWR-Abkommens gelten pflanzenschutzrechtliche Vorschriften nicht für Liechtenstein, solange Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einbezogen ist. Dieser Beschluss gilt daher nicht für Liechtenstein.

(4) Anhang I des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang I Kapitel III Teil 2 des EWR-Abkommens werden nach Nummer 62 (Durchführungsbeschluss (EU) 2019/160 der Kommission) folgende Nummern eingefügt:

„63. **32020 D 1106**: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1106 der Kommission vom 24. Juli 2020 über die Durchführung eines zeitlich befristeten Versuchs gemäß den Richtlinien 66/401/EWG, 66/402/EWG, 2002/54/EG und 2002/57/EG des Rates im Hinblick auf den Prozentsatz der amtlichen Kontrollen für Feldbesichtigungen unter amtlicher Überwachung bei Basissaatgut, Zuchtsaatgut der dem Basissaatgut vorhergehenden Generationen und zertifiziertem Saatgut (ABl. L 242 vom 28.7.2020, S. 7)

64. **32020 D 1401**: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1401 der Kommission vom 2. Oktober 2020 über eine vorübergehende Ausnahme von der Richtlinie 66/401/EWG des Rates hinsichtlich der Anforderungen an den Verkehr mit zertifiziertem Saatgut (ABl. L 324 vom 6.10.2020, S. 35)“

Artikel 2

Der Wortlaut der Durchführungsbeschlüsse (EU) 2020/1106 und (EU) 2020/1401 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

([1]) ABl. L 242 vom 28.7.2020, S. 7.
([2]) ABl. L 324 vom 6.10.2020, S. 35.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

2024/102

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 96/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang I (Veterinärwesen und Pflanzenschutz) des EWR-Abkommens [2024/102]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/1373 der Kommission vom 1. Oktober 2020 zur Zulassung von Zink-Lysin-Chelat und Zink-Glutaminsäure-Chelat als Zusatzstoff in Futtermitteln für alle Tierarten ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/1379 der Kommission vom 1. Oktober 2020 zur Zulassung von aus *Pantoea ananatis* NITE BP-02525 gewonnenem L-Cystin als Zusatzstoff in Futtermitteln für alle Tierarten ([2]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(3) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/1560 der Kommission vom 26. Oktober 2020 zur Änderung des Anhangs VI der Verordnung (EG) Nr. 152/2009 zur Festlegung der Analysemethoden zur Bestimmung der Bestandteile tierischen Ursprungs für die amtliche Untersuchung von Futtermitteln ([3]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(4) Dieser Beschluss betrifft futtermittelrechtliche Vorschriften. Nach den sektoralen Anpassungen zu Anhang I des EWR-Abkommens gelten futtermittelrechtliche Vorschriften nicht für Liechtenstein, solange Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einbezogen ist. Dieser Beschluss gilt daher nicht für Liechtenstein.

(5) Anhang I des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang I Kapitel II des EWR-Abkommens wird wie folgt geändert:

1. Unter Nummer 31o (Verordnung (EG) Nr. 152/2009 der Kommission) wird folgender Gedankenstrich angefügt:

   „– **32020 R 1560**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1560 der Kommission vom 26. Oktober 2020 (ABl. L 357 vom 27.10.2020, S. 17)"

2. Nach Nummer 373 (Durchführungsverordnung (EU) 2020/1510 der Kommission) werden folgende Nummern eingefügt:

   „374. **32020 R 1373**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1373 der Kommission vom 1. Oktober 2020 zur Zulassung von Zink-Lysin-Chelat und Zink-Glutaminsäure-Chelat als Zusatzstoff in Futtermitteln für alle Tierarten (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 15)

   375. **32020 R 1379**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1379 der Kommission vom 1. Oktober 2020 zur Zulassung von aus *Pantoea ananatis* NITE BP-02525 gewonnenem L-Cystin als Zusatzstoff in Futtermitteln für alle Tierarten (ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 36)"

([1]) ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 15.
([2]) ABl. L 319 vom 2.10.2020, S. 36.
([3]) ABl. L 357 vom 27.10.2020, S. 17.

Artikel 2

Der Wortlaut der Durchführungsverordnungen (EU) 2020/1373, (EU) 2020/1379 und (EU) 2020/1560 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

2024/103

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 93/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang I (Veterinärwesen und Pflanzenschutz) des EWR-Abkommens [2024/103]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen“), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/2236 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen von Wassertieren und von bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Wassertieren und für deren Verbringungen innerhalb der Union sowie hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1251/2008 ([2]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(3) Mit der Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 werden die Verordnung (EG) Nr. 599/2004 der Kommission ([3]), die Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 ([4]) und (EU) 2019/628 ([5]) der Kommission sowie die Richtlinie 98/68/EG der Kommission ([6]), die in das EWR-Abkommen aufgenommen wurden, mit Wirkung vom 21. April 2021 aufgehoben und sind daher mit Wirkung vom 21. April 2021 aus dem EWR-Abkommen zu streichen.

(4) Mit der Durchführungsverordnung (EU) 2020/2236 wird die Verordnung (EG) Nr. 1251/2008 der Kommission ([7]), die in das EWR-Abkommen aufgenommen wurde, mit Wirkung vom 21. April 2021 aufgehoben und ist daher mit Wirkung vom 21. April 2021 aus dem EWR-Abkommen zu streichen.

(5) Dieser Beschluss betrifft veterinärrechtliche Vorschriften. Nach den sektoralen Anpassungen zu Anhang I des EWR-Abkommens gelten veterinärrechtliche Vorschriften nicht für Liechtenstein, solange Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einbezogen ist. Dieser Beschluss gilt daher nicht für Liechtenstein.

(6) Anhang I des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

([1]) ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1.
([2]) ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 410.
([3]) ABl. L 94 vom 31.3.2004, S. 44.
([4]) ABl. L 175 vom 14.6.2014, S. 16.
([5]) ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 101.
([6]) ABl. L 261 vom 24.9.1998, S. 32.
([7]) ABl. L 337 vom 16.12.2008, S. 41.

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang I des EWR-Abkommens wird wie folgt geändert:

1. In Kapitel I Teil 1.1 wird nach Nummer 13k (Durchführungsverordnung (EU) 2020/2002 der Kommission) Folgendes eingefügt:

„13l. **32020 R 2235**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1)

Die Verordnung gilt für die Zwecke des EWR-Abkommens mit folgenden Anpassungen:

In Anhang III werden nach dem Wort ‚Finnland' in Kapitel 1 Teil II Erläuterung 4 zu Teil II, in Kapitel 3 Teil II Erläuterung 3 zu Teil II und Kapitel 19 Teil II Erläuterung 3 zu Teil II sowie nach dem Wort ‚Schweden' in Kapitel 13 Teil II Erläuterung 2 zu Teil II die Worte ‚Island, Norwegen' eingefügt.

Dieser Rechtsakt findet in den Bereichen, auf die in Absatz 2 des Einleitenden Teils Bezug genommen wird, auf Island Anwendung.

13m. **32020 R 2236**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2236 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen von Wassertieren und von bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Wassertieren und für deren Verbringungen innerhalb der Union sowie hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1251/2008 (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 410)"

2. In Kapitel I wird der Text von Nummer 11bl (Durchführungsverordnung (EU) 2019/628 der Kommission) in Teil 1.1, der Nummern 119 (Verordnung (EG) Nr. 599/2004 der Kommission) und 151 (Durchführungsverordnung (EU) Nr. 636/2014 der Kommission) in Teil 1.2 sowie von Nummer 86 (Verordnung (EG) Nr. 1251/2008 der Kommission) in Teil 4.2 mit Wirkung vom 21. April 2021 gestrichen.

3. In Anhang I Kapitel II des EWR-Abkommens wird der Text der Nummern 31aa (Richtlinie 98/68/EG der Kommission) und 31ql (Durchführungsverordnung (EU) 2019/628 der Kommission) mit Wirkung vom 21. April 2021 gestrichen.

Artikel 2

Der Wortlaut der Durchführungsverordnungen (EU) 2020/2235 und (EU) 2020/2236 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *, oder am Tag des Inkrafttretens des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 179/2020 vom 11. Dezember 2020 ([8]), je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

([8]) ABl. L 240 vom 28.9.2023, S. 5.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

2024/104

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 94/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang I (Veterinärwesen und Pflanzenschutz) des EWR-Abkommens [2024/104]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Delegierte Verordnung (EU) 2020/2154 der Kommission vom 14. Oktober 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Tiergesundheits-, Bescheinigungs- und Meldeanforderungen bei Verbringungen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs, die von Landtieren stammen, innerhalb der Union ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Dieser Beschluss betrifft veterinärrechtliche Vorschriften. Nach den sektoralen Anpassungen zu Anhang I des EWR-Abkommens gelten veterinärrechtliche Vorschriften nicht für Liechtenstein, solange Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einbezogen ist. Dieser Beschluss gilt daher nicht für Liechtenstein.

(3) Anhang I des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang I Kapitel I Teil 1.1 des EWR-Abkommens wird nach Nummer 13m (Durchführungsverordnung (EU) 2020/2236 der Kommission) folgende Nummer eingefügt:

„13n. **32020 R 2154**: Delegierte Verordnung (EU) 2020/2154 der Kommission vom 14. Oktober 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Tiergesundheits-, Bescheinigungs- und Meldeanforderungen bei Verbringungen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs, die von Landtieren stammen, innerhalb der Union (ABl. L 431 vom 21.12.2020, S. 5)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Delegierten Verordnung (EU) 2020/2154 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *, oder am Tag des Inkrafttretens des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 179/2020 vom 11. Dezember 2020 ([2]), je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.

([1]) ABl. L 431 vom 21.12.2020, S. 5.

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

([2]) ABl. L 240 vom 28.9.2023, S. 5.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 123/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang XIII (Verkehr) des EWR-Abkommens [2024/105]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Durchführungsverordnung (EU) 2021/255 der Kommission vom 18. Februar 2021 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/1998 zur Festlegung detaillierter Maßnahmen für die Durchführung der gemeinsamen Grundstandards für die Luftsicherheit ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Der Durchführungsbeschluss der Kommission vom 19.2.2021 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses C(2015) 8005 der Kommission zur Festlegung von detaillierten Maßnahmen für die Durchführung der gemeinsamen Grundstandards für die Luftsicherheit mit Informationen nach Artikel 18 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 300/2008 ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(3) Anhang XIII des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang XIII des EWR-Abkommens wird wie folgt geändert:

1. Unter Nummer 66he (Durchführungsverordnung (EU) 2015/1998 der Kommission) wird folgender Gedankenstrich angefügt:

   „– **32021 R 0255**: Durchführungsverordnung (EU) 2021/255 der Kommission vom 18. Februar 2021 (ABl. L 58 vom 19.2.2021, S. 23)"

2. Unter Nummer 66hf (Durchführungsbeschluss C(2015) 8005 der Kommission) wird folgender Gedankenstrich angefügt:

   „– **32021 D 0996**: Durchführungsbeschluss C(2021) 0996 der Kommission vom 19.2.2021"

Artikel 2

Der Wortlaut der Durchführungsverordnung (EU) 2021/255 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

([1]) ABl. L 58 vom 19.2.2021, S. 23.

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/106

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 118/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang XI (Elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste und Informationsgesellschaft) des EWR-Abkommens [2024/106]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/2082 der Kommission vom 14. Dezember 2020 zur Festsetzung des gewichteten Durchschnitts der Höchstentgelte für die Mobilfunkzustellung in der gesamten Union und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2116 ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Die Durchführungsverordnung (EU) 2019/2116 der Kommission ([2]), die in das EWR-Abkommen aufgenommen wurde, wurde mit der Durchführungsverordnung (EU) 2020/2082 aufgehoben und ist daher aus dem EWR-Abkommen zu streichen.

(3) Anhang XI des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang XI des EWR-Abkommens erhält der Text von Nummer 5cub (Durchführungsverordnung (EU) 2019/2116 der Kommission) folgende Fassung:

„**32020 R 2082**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/2082 der Kommission vom 14. Dezember 2020 zur Festsetzung des gewichteten Durchschnitts der Höchstentgelte für die Mobilfunkzustellung in der gesamten Union und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/2116 (ABl. L 423 vom 15.12.2020, S. 18)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Durchführungsverordnung (EU) 2020/2082 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

([1]) ABl. L 423 vom 15.12.2020, S. 18.
([2]) ABl. L 320 vom 11.12.2019, S. 11.
* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 126/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang XX (Umweltschutz) des EWR-Abkommens [2024/107]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Delegierte Verordnung (EU) 2019/1122 der Kommission vom 12. März 2019 zur Ergänzung der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Funktionsweise des Unionsregisters ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Die Delegierte Verordnung (EU) 2019/1124 der Kommission vom 13. März 2019 zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2019/1122 im Hinblick auf die Funktionsweise des Unionsregisters gemäß der Verordnung (EU) 2018/842 des Europäischen Parlaments und des Rates ([2]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(3) Gemäß dem Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 269/2019 vom 25. Oktober 2019 gilt die Verordnung (EU) 2018/842 nicht für Liechtenstein.

(4) Anhang XX des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang XX des EWR-Abkommens wird unter Nummer 21ana (Verordnung (EU) Nr. 389/2013 der Kommission) Folgendes eingefügt:

„21anb. **32019 R 1122**: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1122 der Kommission vom 12. März 2019 zur Ergänzung der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Funktionsweise des Unionsregisters (ABl. L 177 vom 2.7.2019, S. 3), geändert durch:

— **32019 R 1124**: Delegierte Verordnung (EU) 2019/1124 der Kommission vom 13. März 2019 (ABl. L 177 vom 2.7.2019, S. 66)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit den folgenden Anpassungen:

a) Die Vergabe, Übertragung und Löschung von Zertifikaten, die die EFTA-Staaten, deren Betreiber und die von ihnen verwalteten Luftfahrzeugbetreiber betreffen, werden in das Transaktionsprotokoll der Europäischen Union (EUTL) eingetragen.

Der Zentralverwalter führt die in Artikel 20 Absätze 1 bis 3 der Richtlinie 2003/87/EG genannten Aufgaben aus, sofern die EFTA-Staaten, deren Betreiber oder die von ihnen verwalteten Luftfahrzeugbetreiber betroffen sind.

b) In Artikel 7 Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:

‚Die EFTA-Überwachungsbehörde koordiniert die Durchführung dieser Verordnung mit den nationalen Verwaltern der einzelnen EFTA-Staaten und dem Zentralverwalter.'

c) In Artikel 30 Absatz 8 wird folgender Satz angefügt:

‚Das Wort „Kommission" wird durch das Wort „EFTA-Überwachungsbehörde" ersetzt, wenn unter die Gerichtsbarkeit eines EFTA-Staates fallende Kontoinhaber betroffen sind.'

([1]) ABl. L 177 vom 2.7.2019, S. 3.
([2]) ABl. L 177 vom 2.7.2019, S. 66.

d) In Artikel 46 Absatz 2, Artikel 47 Absatz 3, Artikel 49 Absatz 2, Artikel 53 Absatz 3 und Artikel 54 Absatz 1 wird folgender Unterabsatz angefügt:

‚Sind nationale Zuteilungstabellen der EFTA-Staaten betroffen, so erteilt die EFTA-Überwachungsbehörde dem Zentralverwalter die erforderlichen Anweisungen.‘

e) In Artikel 65 Absatz 1, Artikel 66 Absatz 2, Artikel 68 Absätze 1 und 4 wird folgender Unterabsatz angefügt:

‚Sind unter die Gerichtsbarkeit eines EFTA-Staates fallende Konten betroffen, so unterrichtet die Kommission die EFTA-Überwachungsbehörde unverzüglich über die dem Zentralverwalter erteilten Anweisungen und die Gründe für diese Anweisungen.

Falls die Sperrung des Zugangs nicht horizontal ist und sofern sie sich auf einzelne unter die Gerichtsbarkeit der EFTA-Staaten fallende Konten bezieht, nimmt die EFTA-Überwachungsbehörde innerhalb von drei Arbeitstagen auf der Grundlage der Erläuterungen der Kommission einen Beschluss über die Anwendbarkeit der Anweisungen der Kommission an. Ergeht kein Beschluss der EFTA-Überwachungsbehörde, so hat dies keine Auswirkung auf die Gültigkeit der Anweisungen der Kommission oder der vom Zentralverwalter getroffenen Maßnahmen.‘

f) In Artikel 66 Absatz 3 wird folgender Unterabsatz angefügt:

‚Das Wort „Kommission“ wird durch das Wort „EFTA-Überwachungsbehörde“ ersetzt, wenn unter die Gerichtsbarkeit eines EFTA-Staates fallende Kontoinhaber betroffen sind.‘

g) In Artikel 68 Absatz 3 wird folgender Unterabsatz angefügt:

‚Ein nationaler Verwalter eines EFTA-Staats kann bei der EFTA-Überwachungsbehörde beantragen, dass gemäß Absatz 1 ausgesetzte Vorgänge wieder neu gestartet werden, wenn er der Auffassung ist, dass die Probleme, die zur Aussetzung geführt haben, behoben sind. Trifft dies zu, so weist die EFTA-Überwachungsbehörde den Zentralverwalter in Absprache mit der Kommission an, die betreffenden Vorgänge neu zu starten. Im gegenteiligen Fall lehnt sie den Antrag innerhalb einer angemessenen Frist ab und teilt dies dem nationalen Verwalter unverzüglich unter Angabe ihrer Gründe und der Kriterien, die bei einem späteren Antrag erfüllt sein müssen, mit.‘

h) In Artikel 80 Absatz 4 wird nach Satz 1 Folgendes angefügt:

‚Sind unter die Gerichtsbarkeit eines EFTA-Staates fallende Kontoinhaber betroffen, so können diese Daten vom Zentralverwalter nach vorheriger Genehmigung durch die EFTA-Überwachungsbehörde zur Verfügung gestellt werden.‘

i) In Artikel 80 Absatz 7 wird folgender Unterabsatz angefügt:

‚Europol unterrichtet die EFTA-Überwachungsbehörde und die Kommission über die Verwendung der Daten, wenn unter die Gerichtsbarkeit eines EFTA-Staates fallende Kontoinhaber betroffen sind.‘“

Artikel 2

Der Wortlaut der Delegierten Verordnungen (EU) 2019/1122 und (EU) 2019/1124 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/108

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 127/2021

Der Beschluss wurde zurückgezogen.

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 129/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang XXI (Statistik) des EWR-Abkommens [2024/109]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Delegierte Verordnung (EU) 2019/280 der Kommission vom 3. Dezember 2018 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 138/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Bezugnahmen auf das System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Union ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Anhang XXI des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang XXI des EWR-Abkommens wird unter Nummer 24c (Verordnung (EG) Nr. 138/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates) folgender Gedankenstrich angefügt:

„– **32019 R 0280**: Delegierte Verordnung (EU) 2019/280 der Kommission vom 3. Dezember 2018 (ABl. L 47 vom 19.2.2019, S. 7)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Delegierten Verordnung (EU) 2019/280 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

([1]) ABl. L 47 vom 19.2.2019, S. 7.
* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

2024/110

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 121/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang XIII (Verkehr) des EWR-Abkommens [2024/110]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2020/783 der Kommission vom 12. Juni 2020 zur Änderung des Beschlusses 2012/757/EU der hinsichtlich Maßnahmen zur Anpassung der Häufigkeit der periodischen medizinischen Untersuchung von Eisenbahnpersonal mit sicherheitsrelevanten Aufgaben mit Ausnahme von Triebfahrzeugführern aufgrund der COVID-19-Pandemie ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Anhang XIII des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang XIII des EWR-Abkommens wird unter Nummer 37dl (Beschluss 2012/757/EU der Kommission) folgender Gedankenstrich angefügt:

„– **32020 D 0783**: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/783 der Kommission vom 12. Juni 2020 (ABl. L 188 vom 15.6.2020, S. 16)"

Artikel 2

Der Wortlaut des Durchführungsbeschlusses (EU) 2020/783 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

([1]) ABl. L 188 vom 15.6.2020, S. 16.
* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 120/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang XIII (Verkehr) des EWR-Abkommens [2024/111]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Delegierte Verordnung (EU) 2017/1926 der Kommission vom 31. Mai 2017 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bereitstellung EU-weiter multimodaler Reiseinformationsdienste ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Anhang XIII des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang XIII des EWR-Abkommens wird nach Nummer 17kg (Delegierte Verordnung (EU) 2015/962 der Kommission) folgende Nummer eingefügt:

„17kh. **32017 R 1926:** Delegierte Verordnung (EU) 2017/1926 der Kommission vom 31. Mai 2017 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Bereitstellung EU-weiter multimodaler Reiseinformationsdienste (ABl. L 272 vom 21.10.2017, S. 1)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Delegierten Verordnung (EU) 2017/1926 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

([1]) ABl. L 272 vom 21.10.2017, S. 1.

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

2024/112

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 90/2021

vom 3. März 2021

zur Änderung von Anhang XIII (Verkehr) des EWR-Abkommens [2024/112]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Verordnung (EU) 2021/250 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2021 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 95/93 des Rates hinsichtlich der vorübergehenden Entlastung von den Vorschriften für die Nutzung von Zeitnischen an Flughäfen der Union aufgrund der COVID-19-Krise ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Anhang XIII des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang XIII des EWR-Abkommens wird unter Nummer 64b (Verordnung (EWG) Nr. 95/93 des Rates) folgender Gedankenstrich angefügt:

„– **32021 R 0250**: Verordnung (EU) 2021/250 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2021 (ABl. L 58 vom 19.2.2021, S. 1)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Verordnung (EU) 2021/250 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 3. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 3. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

([1]) ABl. L 58 vom 19.2.2021, S. 1.
* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/113

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 119/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang XI (Elektronische Kommunikation, audiovisuelle Dienste und Informationsgesellschaft) des EWR-Abkommens [2024/113]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Delegierte Verordnung (EU) 2020/1083 der Kommission vom 14. Mai 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/517 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Zulassungsvoraussetzungen und der Auswahlkriterien sowie des Verfahrens für die Benennung des Registers für die Domäne oberster Stufe.eu ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/857 der Kommission vom 17. Juni 2020 zur Festlegung der Grundsätze, die in den gemäß der Verordnung (EU) 2019/517 des Europäischen Parlaments und des Rates zu schließenden Vertrag zwischen der Europäischen Kommission und dem Register für die Domäne oberster Stufe.eu aufzunehmen sind ([2]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(3) Anhang XI des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang XI des EWR-Abkommens werden nach Nummer 5oab (Verordnung (EG) Nr. 874/2004 der Kommission) folgende Nummern eingefügt:

„5oac. **32020 R 0857**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/857 der Kommission vom 17. Juni 2020 zur Festlegung der Grundsätze, die in den gemäß der Verordnung (EU) 2019/517 des Europäischen Parlaments und des Rates zu schließenden Vertrag zwischen der Europäischen Kommission und dem Register für die Domäne oberster Stufe.eu aufzunehmen sind (ABl. L 195 vom 19.6.2020, S. 52)

5oad. **32020 R 1083**: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1083 der Kommission vom 14. Mai 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/517 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Zulassungsvoraussetzungen und der Auswahlkriterien sowie des Verfahrens für die Benennung des Registers für die Domäne oberster Stufe.eu (ABl. L 239 vom 24.7.2020, S. 1)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Delegierten Verordnung (EU) 2020/1083 und der Durchführungsverordnung (EU) 2020/857 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *, oder am Tag des Inkrafttretens des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 83/2020 vom 12. Juni 2020 ([3]), je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.

([1]) ABl. L 239 vom 24.7.2020, S. 1.
([2]) ABl. L 195 vom 19.6.2020, S. 52.
* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.
([3]) ABl. L 78 vom 16.3.2023, S. 30.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 116/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung des Anhangs IX (Finanzdienstleistungen) des EWR-Abkommens [2024/114]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Delegierte Verordnung (EU) 2021/37 der Kommission vom 7. Dezember 2020 zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2016/1675 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Streichung der Mongolei aus der Tabelle unter Nummer I des Anhangs ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Anhang IX des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang IX des EWR-Abkommens wird unter Nummer 23bb (Delegierte Verordnung (EU) 2016/1675 der Kommission) folgender Gedankenstrich angefügt:

„– **32021 R 0037**: Delegierte Verordnung (EU) 2021/37 der Kommission vom 7. Dezember 2020 (ABl. L 14 vom 18.1.2021, S. 1)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Delegierten Verordnung (EU) 2021/37 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

([1]) ABl. L 14 vom 18.1.2021, S. 1.
* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 122/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang XIII (Verkehr) des EWR-Abkommens [2024/115]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/420 der Kommission vom 16. März 2020 zur Berichtigung der deutschen Fassung der Verordnung (EU) 2016/919 über die technische Spezifikation für die Interoperabilität der Teilsysteme „Zugsteuerung, Zugsicherung und Signalgebung" des Eisenbahnsystems in der Europäischen Union ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Anhang XIII des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang XIII des EWR-Abkommens wird unter Nummer 37i (Verordnung (EU) Nr. 2016/919 der Kommission) Folgendes angefügt:

„, geändert durch:

— **32020 R 0420:** Durchführungsverordnung (EU) 2020/420 der Kommission vom 16. März 2020 (ABl. L 84 vom 20.3.2020, S. 5)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Durchführungsverordnung (EU) 2020/420 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

([1]) ABl. L 84 vom 20.3.2020, S. 5.
* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/116

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 88/2021

vom 3. März 2021

zur Änderung von Anhang I (Veterinärwesen und Pflanzenschutz) und Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) des EWR-Abkommens [2024/116]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen“), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Durchführungsverordnung (EU) 2021/83 der Kommission vom 27. Januar 2021 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2020/466 hinsichtlich der Durchführung amtlicher Kontrollen und anderer amtlicher Tätigkeiten durch eigens ermächtigte natürliche Personen und der Geltungsdauer befristeter Maßnahmen ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Dieser Beschluss betrifft veterinärrechtliche, futtermittelrechtliche und lebensmittelrechtliche Vorschriften. Nach den sektoralen Anpassungen zu Anhang I und der Einleitung zu Kapitel XII von Anhang II des EWR-Abkommens gelten veterinär-, futtermittel- und lebensmittelrechtliche Vorschriften nicht für Liechtenstein, solange Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einbezogen ist. Dieser Beschluss gilt daher nicht für Liechtenstein.

(3) Die Anhänge I und II des EWR-Abkommens sollten daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang I des EWR-Abkommens wird in Kapitel I Teil 1.1 unter Nummer 11c (Durchführungsverordnung (EU) 2020/466 der Kommission) und in Kapitel II unter Nummer 31r (Durchführungsverordnung (EU) 2020/466 der Kommission) folgender Gedankenstrich angefügt:

„– **32021 R 0083**: Durchführungsverordnung (EU) 2021/83 der Kommission vom 27. Januar 2021 (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 23)“

Artikel 2

In Anhang II Kapitel XII des EWR-Abkommens wird unter Nummer 170 (Durchführungsverordnung (EU) 2020/466 der Kommission) folgender Gedankenstrich angefügt:

„– **32021 R 0083**: Durchführungsverordnung (EU) 2021/83 der Kommission vom 27. Januar 2021 (ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 23)“

Artikel 3

Der Wortlaut der Durchführungsverordnung (EU) 2021/83 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 4

Dieser Beschluss tritt am 3. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

([1]) ABl. L 29 vom 28.1.2021, S. 23.

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Artikel 5

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 3. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/117

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 112/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) des EWR-Abkommens [2024/117]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen“), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/1093 der Kommission vom 24. Juli 2020 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 686/2012 zur Übertragung der Überprüfung der Wirkstoffe, deren Genehmigung zwischen dem 31. März 2025 und dem 27. Dezember 2028 ausläuft, auf die Mitgliedstaaten zum Zweck des Erneuerungsverfahrens ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Anhang II des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang II Kapitel XV des EWR-Abkommens wird unter Nummer 13zzze (Durchführungsverordnung (EU) Nr. 686/2012 der Kommission) folgender Gedankenstrich angefügt:

„– **32020 R 1093**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1093 der Kommission vom 24. Juli 2020 (ABl. L 241 vom 27.7.2020, S. 13)“

Artikel 2

Der Wortlaut der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1093 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

([1]) ABl. L 241 vom 27.7.2020, S. 13.
* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/118

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 124/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang XIX (Verbraucherschutz) des EWR-Abkommens [2024/118]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2212 der Kommission vom 20. Dezember 2019 über ein Pilotprojekt zur Umsetzung bestimmter in der Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden enthaltener Bestimmungen zur Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarkt-Informationssystems ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2213 der Kommission vom 20. Dezember 2019 zur Festlegung der praktischen und operativen Modalitäten für die Funktionsweise der nach der Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates eingerichteten elektronischen Datenbank in Bezug auf bestimmte nach dieser Verordnung übermittelte Mitteilungen ([2]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(3) Anhang XIX des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden –

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang XIX des EWR-Abkommens werden nach Nummer 7fa (Entscheidung 2007/76/EG der Kommission) folgende Nummern eingefügt:

„7fb. **32019 D 2212**: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2212 der Kommission vom 20. Dezember 2019 über ein Pilotprojekt zur Umsetzung bestimmter in der Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden enthaltener Bestimmungen zur Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarkt-Informationssystems (ABl. L 332 vom 23.12.2019, S. 159.)

7fc. **32019 D 2213**: Durchführungsbeschluss (EU) 2019/2213 der Kommission vom 20. Dezember 2019 zur Festlegung der praktischen und operativen Modalitäten für die Funktionsweise der nach der Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates eingerichteten elektronischen Datenbank in Bezug auf bestimmte nach dieser Verordnung übermittelte Mitteilungen (ABl. L 332 vom 23.12.2019, S. 163)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Durchführungsbeschlüsse (EU) 2019/2212 und (EU) 2019/2213 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *, oder am Tag des Inkrafttretens des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 172/2019 vom 14. Juni 2019 ([3]), je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.

([1]) ABl. L 332 vom 23.12.2019, S. 159.
([2]) ABl. L 332 vom 23.12.2019, S. 163.
* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.
([3]) ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 60.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/119

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 117/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung des Anhangs IX (Finanzdienstleistungen) des EWR-Abkommens [2024/119]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Delegierte Verordnung (EU) 2021/236 der Kommission vom 21. Dezember 2020 zur Änderung in der Delegierten Verordnung (EU) 2016/2251 festgelegter technischer Standards hinsichtlich des Zeitplans für die Anwendbarkeit bestimmter Risikomanagementverfahren für die Zwecke des Austauschs von Sicherheiten ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Die Delegierte Verordnung (EU) 2021/237 der Kommission vom 21. Dezember 2020 zur Änderung der in den Delegierten Verordnungen (EU) 2015/2205, (EU) 2016/592 und (EU) 2016/1178 der Kommission festgelegten technischen Regulierungsstandards hinsichtlich des Zeitpunkts, ab dem die Clearingpflicht für bestimmte Arten von Kontrakten wirksam wird ([2]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(3) Anhang IX des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang IX des EWR-Abkommens wird wie folgt geändert:

1. Nummer 31bcp (Delegierte Verordnung (EU) Nr. 2015/2205 der Kommission) wird wie folgt geändert:

   i) Folgender Gedankenstrich wird angefügt:

   „– **32021 R 0237**: Delegierte Verordnung (EU) 2021/237 der Kommission vom 21. Dezember 2020 (ABl. L 56 vom 17.2.2021, S. 6)"

   ii) Der Text von Anpassung b Ziffer iii erhält folgende Fassung:

   „für die EFTA-Staaten erhält Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe b folgende Fassung:

   ‚am späteren der folgenden Daten, wenn im EWR ein für die Zwecke des Artikels 4 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 nach Artikel 13 Absatz 2 der genannten Verordnung erlassener Beschluss über die Gleichwertigkeit gilt, der die im Anhang der vorliegenden Verordnung aufgeführten OTC-Derivatekontrakte abdeckt und sich auf das betreffende Drittland bezieht:

   i) 60 Tage nach Inkrafttreten des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses zur Aufnahme des für die Zwecke des Artikels 4 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 nach Artikel 13 Absatz 2 der genannten Verordnung erlassenen Beschlusses, der die im Anhang der vorliegenden Verordnung aufgeführten OTC-Derivatekontrakte abdeckt und sich auf das betreffende Drittland bezieht,

   ii) am Tag, an dem die Clearingpflicht nach Absatz 1 wirksam wird'."

   iii) Anpassung c wird gestrichen.

2. Nummer 31bcq (Delegierte Verordnung (EU) Nr. 2016/592 der Kommission) wird wie folgt geändert:

   i) Folgender Gedankenstrich wird angefügt:

   „– **32021 R 0237**: Delegierte Verordnung (EU) 2021/237 der Kommission vom 21. Dezember 2020 (ABl. L 56 vom 17.2.2021, S. 6)"

([1]) ABl. L 56 vom 17.2.2021, S. 1.
([2]) ABl. L 56 vom 17.2.2021, S. 6.

ii) Der Text von Anpassung b Ziffer iii erhält folgende Fassung:

„für die EFTA-Staaten erhält Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe b folgende Fassung:

‚am späteren der folgenden Daten, wenn im EWR ein für die Zwecke des Artikels 4 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 nach Artikel 13 Absatz 2 der genannten Verordnung erlassener Beschluss über die Gleichwertigkeit gilt, der die im Anhang der vorliegenden Verordnung aufgeführten OTC-Derivatekontrakte abdeckt und sich auf das betreffende Drittland bezieht:

i) 60 Tage nach Inkrafttreten des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses zur Aufnahme des für die Zwecke des Artikels 4 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 nach Artikel 13 Absatz 2 der genannten Verordnung erlassenen Beschlusses, der die im Anhang der vorliegenden Verordnung aufgeführten OTC-Derivatekontrakte abdeckt und sich auf das betreffende Drittland bezieht,

ii) am Tag, an dem die Clearingpflicht nach Absatz 1 wirksam wird‘.“

iii) Anpassung c wird gestrichen.

3. Nummer 31bcr (Delegierte Verordnung (EU) Nr. 2016/1178 der Kommission) wird wie folgt geändert:

i) Folgender Gedankenstrich wird angefügt:

„– **32021 R 0237**: Delegierte Verordnung (EU) 2021/237 der Kommission vom 21. Dezember 2020 (ABl. L 56 vom 17.2.2021, S. 6)“

ii) Der Text von Anpassung b Ziffer iii erhält folgende Fassung:

„für die EFTA-Staaten erhält Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe b folgende Fassung:

‚am späteren der folgenden Daten, wenn im EWR ein für die Zwecke des Artikels 4 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 nach Artikel 13 Absatz 2 der genannten Verordnung erlassener Beschluss über die Gleichwertigkeit gilt, der die im Anhang der vorliegenden Verordnung aufgeführten OTC-Derivatekontrakte abdeckt und sich auf das betreffende Drittland bezieht:

i) 60 Tage nach Inkrafttreten des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses zur Aufnahme des für die Zwecke des Artikels 4 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 nach Artikel 13 Absatz 2 der genannten Verordnung erlassenen Beschlusses, der die im Anhang der vorliegenden Verordnung aufgeführten OTC-Derivatekontrakte abdeckt und sich auf das betreffende Drittland bezieht,

ii) am Tag, an dem die Clearingpflicht nach Absatz 1 wirksam wird‘.“

iii) Anpassung c wird gestrichen.

4. Nummer 31bcs (Delegierte Verordnung (EU) Nr. 2016/2251 der Kommission) wird wie folgt geändert:

i) Folgender Gedankenstrich wird angefügt:

„– **32021 R 0236**: Delegierte Verordnung (EU) 2021/236 der Kommission vom 21. Dezember 2020 (ABl. L 56 vom 17.2.2021, S. 1)“

ii) Der Text von Anpassung a erhält folgende Fassung:

„Artikel 35 wird für die EFTA-Staaten wie folgt angepasst:

i) die Angabe ‚16. August 2012‘ wird durch die Angabe ‚1. Juli 2017‘ ersetzt.

ii) die Angabe ‚bis zum 18. Februar 2021‘ wird durch die Angabe ‚bis zum Tag des Inkrafttretens des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 117/2021 vom 19. März 2021‘ ersetzt.“

Artikel 2

Der Wortlaut der Delegierten Verordnungen (EU) 2021/236 und (EU) 2021/237 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/120

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 111/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) des EWR-Abkommens [2024/120]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/1086 der Kommission vom 23. Juli 2020 zur Genehmigung von Icaridin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 19 ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Anhang II des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang II Kapitel XV des EWR-Abkommens wird nach Nummer 12zzzzzzo (Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1038 der Kommission) folgende Nummer eingefügt:

„12zzzzzzp. **32020 R 1086**: Durchführungsverordnung (EU) 2020/1086 der Kommission vom 23. Juli 2020 zur Genehmigung von Icaridin als alten Wirkstoff zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 19 (ABl. L 239 vom 24.7.2020, S. 9)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1086 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

([1]) ABl. L 239 vom 24.7.2020, S. 9.

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 89/2021

vom 3. März 2021

zur Änderung von Anhang XIII (Verkehr) des EWR-Abkommens [2024/121]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Verordnung (EU) 2021/267 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2021 zur Festlegung besonderer und vorübergehender Maßnahmen im Hinblick auf die anhaltende COVID-19-Krise hinsichtlich der Erneuerung oder Verlängerung bestimmter Bescheinigungen, Lizenzen und Genehmigungen, der Verschiebung bestimmter regelmäßiger Kontrollen und Weiterbildungen in bestimmten Bereichen des Verkehrsrechts und für die Verlängerung bestimmter in der Verordnung (EU) 2020/698 vorgesehenen Zeiträume [1] ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Anhang XIII des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang XIII des EWR-Abkommens wird nach Nummer 4b (Verordnung (EU) Nr. 2020/698 des Europäischen Parlaments und des Rates) folgende Nummer eingefügt:

„4c. **32021 R 0267**: Verordnung (EU) 2021/267 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2021 zur Festlegung besonderer und vorübergehender Maßnahmen im Hinblick auf die anhaltende COVID-19-Krise hinsichtlich der Erneuerung oder Verlängerung bestimmter Bescheinigungen, Lizenzen und Genehmigungen, der Verschiebung bestimmter regelmäßiger Kontrollen und Weiterbildungen in bestimmten Bereichen des Verkehrsrechts und für die Verlängerung bestimmter in der Verordnung (EU) 2020/698 vorgesehenen Zeiträume (ABl. L 60 vom 22.2.2021, S. 1.)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Verordnung (EU) 2021/267 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 3. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

[1] ABl. L 60 vom 22.2.2021, S. 1.

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Geschehen zu Brüssel am 3. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

2024/122

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 91/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang I (Veterinärwesen und Pflanzenschutz) des EWR-Abkommens [2024/122]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen“), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Verordnung (EU) 2020/1720 der Kommission vom 17. November 2020 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 142/2011 hinsichtlich der Einfuhr von Heimtierfutter aus Georgien ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Dieser Beschluss betrifft veterinärrechtliche Vorschriften. Nach den sektoralen Anpassungen zu Anhang I des EWR-Abkommens gelten veterinärrechtliche Vorschriften nicht für Liechtenstein, solange Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einbezogen ist. Dieser Beschluss gilt daher nicht für Liechtenstein.

(3) Anhang I des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang I Kapitel I Teil 7.1 des EWR-Abkommens wird unter Nummer 9c (Verordnung (EU) Nr. 142/2011 der Kommission) folgender Gedankenstrich angefügt:

„– **32020 R 1720**: Verordnung (EU) 2020/1720 der Kommission vom 17. November 2020 (ABl. L 386 vom 18.11.2020, S. 6)“

Artikel 2

Der Wortlaut der Verordnung (EU) 2020/1720 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

([1]) ABl. L 386 vom 18.11.2020, S. 6.

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/123

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 113/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) und Anhang IV (Energie) des EWR-Abkommens [2024/123]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Delegierte Verordnung (EU) 2019/2013 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung elektronischer Displays und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1062/2010 der Kommission ([1]), berichtigt in ABl. L 50 vom 24.2.2020, S. 18, ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Die Delegierte Verordnung (EU) 2019/2014 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltswaschmaschinen und Haushaltswaschtrocknern sowie zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1061/2010 der Kommission und der Richtlinie 96/60/EG der Kommission ([2]), berichtigt in ABl. L 50 vom 24.2.2020, S. 19, ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(3) Die Delegierte Verordnung (EU) 2019/2015 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Lichtquellen und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 874/2012 der Kommission ([3]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(4) Die Delegierte Verordnung (EU) 2019/2016 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Kühlgeräten und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1060/2010 der Kommission ([4]), berichtigt in ABl. L 50 vom 24.2.2020, S. 21, ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(5) Die Delegierte Verordnung (EU) 2019/2017 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltsgeschirrspülern und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1059/2010 der Kommission ([5]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(6) Die Delegierte Verordnung (EU) 2019/2018 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Kühlgeräten mit Direktverkaufsfunktion ([6]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(7) Die Anhänge II und IV des EWR-Abkommens sollten daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang II Kapitel IV des EWR-Abkommens wird wie folgt geändert:

1. Nach Nummer 4u (Delegierte Verordnung (EU) Nr. 65/2014 der Kommission) werden folgende Nummern eingefügt:

([1]) ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 1.
([2]) ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 29.
([3]) ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 68.
([4]) ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 102.
([5]) ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 134.
([6]) ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 155.

„4v. **32019 R 2013**: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2013 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung elektronischer Displays und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1062/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 50 vom 24.2.2020, S. 18

4w. **32019 R 2014**: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2014 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltswaschmaschinen und Haushaltswaschtrocknern sowie zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1061/2010 der Kommission und der Richtlinie 96/60/EG der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 29), berichtigt in ABl. L 50 vom 24.2.2020, S. 19

4x. **32019 R 2015**: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2015 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Lichtquellen und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 874/2012 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 68)

4y. **32019 R 2016**: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2016 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Kühlgeräten und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1060/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 102), berichtigt in ABl. L 50 vom 24.2.2020, S. 21

4z. **32019 R 2017**: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2017 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltsgeschirrspülern und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1059/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 134)

4za. **32019 R 2018**: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2018 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Kühlgeräten mit Direktverkaufsfunktion (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 155)“

2. Der Text der Nummern 4e (Delegierte Verordnung (EU) Nr. 874/2012 der Kommission), 4i (Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1059/2010 der Kommission), 4j (Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1060/2010 der Kommission), 4k (Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1061/2010 der Kommission) und 4l (Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1062/2010 der Kommission) wird gestrichen.

Artikel 2

Anhang IV des EWR-Abkommens wird wie folgt geändert:

1. Nach Nummer 11u (Delegierte Verordnung (EU) Nr. 65/2014 der Kommission) werden folgende Nummern eingefügt:

„11v. **32019 R 2013**: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2013 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung elektronischer Displays und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1062/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 1), berichtigt in ABl. L 50 vom 24.2.2020, S. 18 ([1])

11w **32019 R 2014**: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2014 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltswaschmaschinen und Haushaltswaschtrocknern sowie zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1061/2010 der Kommission und der Richtlinie 96/60/EG der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 29), berichtigt in ABl. L 50 vom 24.2.2020, S. 19 ([2])

11x. **32019 R 2015**: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2015 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Lichtquellen und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 874/2012 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 68) ([3])

11y. **32019 R 2016**: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2016 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Kühlgeräten und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1060/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 102), berichtigt in ABl. L 50 vom 24.2.2020, S. 21 ([4])

11z. **32019 R 2017**: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2017 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltsgeschirrspülern und zur Aufhebung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1059/2010 der Kommission (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 134) ([5])

11za. **32019 R 2018**: Delegierte Verordnung (EU) 2019/2018 der Kommission vom 11. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Kühlgeräten mit Direktverkaufsfunktion (ABl. L 315 vom 5.12.2019, S. 155) ([6])

([1]) Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt; zur Anwendung siehe Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung).
([2]) Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt; zur Anwendung siehe Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung).
([3]) Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt; zur Anwendung siehe Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung).“
([4]) Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt; zur Anwendung siehe Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung).“
([5]) Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt; zur Anwendung siehe Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung).“
([6]) Hier nur zu Informationszwecken aufgeführt; zur Anwendung siehe Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung).“

2. Der Text der Nummern 11e (Delegierte Verordnung (EU) Nr. 874/2012 der Kommission), 11i (Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1059/2010 der Kommission), 11j (Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1060/2010 der Kommission), 11k (Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1061/2010 der Kommission) und 11l (Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1062/2010 der Kommission) wird gestrichen.

Artikel 3

Der Wortlaut der Delegierten Verordnungen (EU) 2019/2013, berichtigt in ABl. L 50 vom 24.2.2020, S. 18, (EU) 2019/2014, berichtigt in ABl. L 50 vom 24.2.2020, p. 19, (EU) 2019/2015, (EU) 2019/2016, berichtigt in ABl. L 50 vom 24.2.2020, S. 21, (EU) 2019/2017 und (EU) 2019/2018 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 4

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 5

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

---

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/124

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 110/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) des EWR-Abkommens [2024/124]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Delegierte Verordnung (EU) 2020/1676 der Kommission vom 31. August 2020 zur Änderung von Artikel 25 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen in Bezug auf nach Wunsch formulierte Anstrichfarbe ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Die Delegierte Verordnung (EU) 2020/1677 der Kommission vom 31. August 2020 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen zwecks Verbesserung der Praktikabilität der Informationsanforderungen im Zusammenhang mit der gesundheitlichen Notversorgung ([2]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(3) Anhang II des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang II Kapitel XV des EWR-Abkommens werden unter Nummer 12zze (Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates) folgende Gedankenstriche angefügt:

„– **32020 R 1676**: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1676 der Kommission vom 31. August 2020 (ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 1)

– **32020 R 1677:** Delegierte Verordnung (EU) 2020/1677 der Kommission vom 31. August 2020 (ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 3)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Delegierten Verordnungen (EU) 2020/1676 und (EU) 2020/1677 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

([1]) ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 1.
([2]) ABl. L 379 vom 13.11.2020, S. 3.
* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/125

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 114/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung des Anhangs IX (Finanzdienstleistungen) des EWR-Abkommens [2024/125]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen“), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Durchführungsverordnung (EU) 2019/2028 der Kommission vom 29. November 2019 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2016/1799 in Bezug auf die Zuordnungstabellen mit den Entsprechungen zwischen den Kreditrisikobewertungen externer Ratingagenturen und den in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates genannten Bonitätsstufen ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Die Durchführungsverordnung (EU) 2019/2091 der Kommission vom 28. November 2019 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2197 in Bezug auf eng verbundene Währungen im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates ([2]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(3) Anhang IX des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang IX des EWR-Abkommens wird wie folgt geändert:

1. Unter Nummer 14ax (Durchführungsverordnung (EU) 2015/2197 der Kommission) wird folgender Gedankenstrich angefügt:

   „– **32019 R 2091**: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2091 der Kommission vom 28. November 2019 (ABl. L 317 vom 9.12.2019, S. 38)“

2. Unter Nummer 14azc (Durchführungsverordnung (EU) 2016/1799 der Kommission) wird folgender Gedankenstrich angefügt:

   „– **32019 R 2028**: Durchführungsverordnung (EU) 2019/2028 der Kommission vom 29. November 2019 (ABl. L 313 vom 4.12.2019, S. 34.)“

Artikel 2

Der Wortlaut der Durchführungsverordnungen (EU) 2019/2028 und (EU) 2019/2091 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

([1]) ABl. L 313 vom 4.12.2019, S. 34.
([2]) ABl. L 317 vom 9.12.2019, S. 38.
* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 115/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung des Anhangs IX (Finanzdienstleistungen) des EWR-Abkommens [2024/126]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Delegierte Verordnung (EU) 2020/1423 der Kommission vom 14. März 2019 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für Kriterien für die Benennung zentraler Kontaktstellen auf dem Gebiet der Zahlungsdienste und die Aufgaben dieser zentralen Kontaktstellen ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Anhang IX des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang IX des EWR-Abkommens wird nach Nummer 16ed (Delegierte Verordnung (EU) 2019/411 der Kommission) folgende Nummer eingefügt:

„16ee. **32020 R 1423**: Delegierte Verordnung (EU) 2020/1423 der Kommission vom 14. März 2019 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für Kriterien für die Benennung zentraler Kontaktstellen auf dem Gebiet der Zahlungsdienste und die Aufgaben dieser zentralen Kontaktstellen (ABl. L 328 vom 9.10.2020, S. 1)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Delegierten Verordnung (EU) 2020/1423 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *, oder am Tag des Inkrafttretens des Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 165/2019 vom 14. Juni 2019 ([2]), je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

([1]) ABl. L 328 vom 9.10.2020, S. 1.

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

([2]) ABl. L 291 vom 10.11.2022, S. 50.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 100/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung) des EWR-Abkommens [2024/127]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Verordnung (EU) 2020/2040 der Kommission vom 11. Dezember 2020 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1881/2006 hinsichtlich der Höchstgehalte an Pyrrolizidinalkaloiden in bestimmten Lebensmitteln ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Dieser Beschluss betrifft lebensmittelrechtliche Vorschriften. Nach der Einleitung zu Kapitel XII von Anhang II des EWR-Abkommens gelten lebensmittelrechtliche Vorschriften nicht für Liechtenstein, solange Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einbezogen ist. Dieser Beschluss gilt daher nicht für Liechtenstein.

(3) Anhang II des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang II Kapitel XII des EWR-Abkommens wird unter Nummer 54zzzz (Verordnung (EG) Nr. 1881/2006 der Kommission) folgender Gedankenstrich angefügt:

„– **32020 R 2040**: Verordnung (EU) 2020/2040 der Kommission vom 11. Dezember 2020 (ABl. L 420 vom 14.12.2020, S. 1)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Verordnung (EU) 2020/2040 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

([1]) ABl. L 420 vom 14.12.2020, S. 1.

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/128

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 128/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang XX (Umweltschutz) des EWR-Abkommens [2024/128]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1035 der Kommission vom 3. Juni 2020 zur Bestätigung oder Änderung der vorläufigen Berechnung der durchschnittlichen spezifischen CO_2-Emissionen und der Zielvorgaben für die spezifischen Emissionen für Hersteller von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen für das Kalenderjahr 2018 gemäß der Verordnung (EU) 2019/631 des Europäischen Parlaments und des Rates [1] ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Anhang XX des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang XX des EWR-Abkommens wird nach Nummer 21azd (Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1167 der Kommission) folgende Nummer eingefügt:

„21aze. **32020 D 1035**: Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1035 der Kommission vom 3. Juni 2020 zur Bestätigung oder Änderung der vorläufigen Berechnung der durchschnittlichen spezifischen CO_2-Emissionen und der Zielvorgaben für die spezifischen Emissionen für Hersteller von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen für das Kalenderjahr 2018 gemäß der Verordnung (EU) 2019/631 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 227 vom 16.7.2020, S. 37)"

Artikel 2

Der Wortlaut des Durchführungsbeschlusses (EU) 2020/1035 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

[1] ABl. L 227 vom 16.7.2020, S. 37.
* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/129

18.1.2024

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 92/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang I (Veterinärwesen und Pflanzenschutz) des EWR-Abkommens [2024/129]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Verordnung (EU) 2019/4 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über die Herstellung, das Inverkehrbringen und die Verwendung von Arzneifuttermitteln, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 183/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 90/167/EWG des Rates ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Mit der Verordnung (EU) 2019/4 wird die Richtlinie 90/167/EWG des Rates ([2]), die in das EWR-Abkommen aufgenommen wurde, mit Wirkung vom 28. Januar 2022 aufgehoben und ist daher mit Wirkung vom 28. Januar 2022 aus dem EWR-Abkommen zu streichen.

(3) Dieser Beschluss betrifft veterinärrechtliche und futtermittelrechtliche Vorschriften. Nach den sektoralen Anpassungen zu Anhang I des EWR-Abkommens gelten veterinärrechtliche und futtermittelrechtliche Vorschriften nicht für Liechtenstein, solange Liechtenstein in das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einbezogen ist. Dieser Beschluss gilt daher nicht für Liechtenstein.

(4) Anhang I des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang I des EWR-Abkommens wird wie folgt geändert:

1. In Kapitel I Teil 7.1 erhält Nummer 10 (Richtlinie 90/167/EWG des Rates) mit Wirkung vom 28. Januar 2022 folgende Fassung:

   „10. **32019 R 0004**: Verordnung (EU) 2019/4 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über die Herstellung, das Inverkehrbringen und die Verwendung von Arzneifuttermitteln, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 183/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 90/167/EWG des Rates (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 1)"

2. In Kapitel II wird unter Nummer 31m (Verordnung (EG) Nr. 183/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates) folgender Gedankenstrich angefügt:

   „– **32019 R 0004**: Verordnung (EU) 2019/4 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 1)"

Artikel 2

Der Wortlaut der Verordnung (EU) 2019/4 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

([1]) ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 1.
([2]) ABl. L 92 vom 7.4.1990, S. 42.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN EWR-AUSSCHUSSES Nr. 125/2021

vom 19. März 2021

zur Änderung von Anhang XX (Umweltschutz) des EWR-Abkommens [2024/130]

DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen"), insbesondere auf Artikel 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Der Beschluss (EU) 2020/1802 der Kommission vom 27. November 2020 über die Änderung des Nutzerhandbuchs mit den Schritten, die zur Teilnahme an EMAS nach der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung unternommen werden müssen ([1]) ist in das EWR-Abkommen aufzunehmen.

(2) Anhang XX des EWR-Abkommens sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

In Anhang XX des EWR-Abkommens wird nach Nummer 1eaq (Beschluss (EU) 2020/519 der Kommission) folgende Nummer eingefügt:

„1ear. **32020 D 1802**: Beschluss (EU) 2020/1802 der Kommission vom 27. November 2020 über die Änderung des Nutzerhandbuchs mit den Schritten, die zur Teilnahme an EMAS nach der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung unternommen werden müssen (ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 51)"

Artikel 2

Der Wortlaut des Beschlusses (EU) 2020/1802 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 20. März 2021 in Kraft, sofern alle Mitteilungen nach Artikel 103 Absatz 1 des EWR-Abkommens vorliegen *.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des *Amtsblattes der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 19. März 2021.

Für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss
Die Präsidentin
Clara GANSLANDT

([1]) ABl. L 402 vom 1.12.2020, S. 51.
* Ein Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde nicht mitgeteilt.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/163

18.1.2024

DELEGIERTE VERORDNUNG (EU) 2024/163 DER KOMMISSION

vom 12. Dezember 2023

zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) 2016/1675 durch Streichung der Kaimaninseln und Jordaniens aus der Tabelle in Abschnitt I des Anhangs

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2006/70/EG der Kommission ([1]), insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Union muss die Integrität und das ordnungsgemäße Funktionieren ihres Finanzsystems und des Binnenmarkts wirksam vor Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung schützen. Aus diesem Grund muss die Kommission nach der Richtlinie (EU) 2015/849 die Drittländer mit hohem Risiko ermitteln, die in ihren Systemen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung strategische Mängel aufweisen, die wesentliche Risiken für das Finanzsystem der Union darstellen (im Folgenden „Drittländer mit hohem Risiko“).

(2) In der Delegierten Verordnung (EU) 2016/1675 der Kommission ([2]) werden Drittländer mit hohem Risiko aufgeführt, die strategische Mängel aufweisen.

(3) Angesichts der hochgradigen Integration des internationalen Finanzsystems, der engen Verbindungen zwischen den Marktteilnehmern, des hohen Volumens an grenzüberschreitenden Transaktionen in die und aus der Union sowie des Grades der Marktöffnung stellt jedes Risiko, das von einem System zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung für das internationale Finanzsystem ausgeht, auch ein Risiko für das Finanzsystem der Union dar.

(4) Gemäß Artikel 9 Absatz 4 der Richtlinie (EU) 2015/849 berücksichtigt die Kommission die letzten verfügbaren Informationen, insbesondere die jüngsten öffentlichen Bekanntgaben der Arbeitsgruppe „Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung“ (FATF), die FATF-Liste der „Länder und Gebiete unter verstärkter Beobachtung“ („Jurisdictions under Increased Monitoring“) und die Berichte der FATF-Gruppe für die Überprüfung der internationalen Zusammenarbeit zu den von einzelnen Drittländern ausgehenden Risiken.

(5) Seit die Delegierte Verordnung (EU) 2016/1675 zuletzt geändert wurde, hat die FATF ihre Liste der „Länder und Gebiete unter verstärkter Beobachtung“ aktualisiert. Auf ihrer Plenarsitzung vom Oktober 2023 hat die FATF die Kaimaninseln und Jordanien aus dieser Liste gestrichen. Angesichts dieser Änderungen hat die Kommission eine Bewertung zur Ermittlung von Drittländern mit hohem Risiko nach Artikel 9 der Richtlinie (EU) 2015/849 durchgeführt.

(6) Die Kommission hat die Fortschritte der Kaimaninseln und Jordaniens bei der Beseitigung ihrer strategischen Mängel überprüft. Diese Länder sind in der Delegierten Verordnung (EU) 2016/1675 als Drittländer mit hohem Risiko aufgeführt, wurden im Oktober 2023 aber aus der FATF-Liste der „Länder und Gebiete unter verstärkter Beobachtung“ gestrichen.

(7) Die FATF begrüßte die erheblichen Fortschritte, die die Kaimaninseln und Jordanien bei der Verbesserung ihrer Systeme zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung erzielt haben, und stellte fest, dass diese Länder den erforderlichen Rechts- und Regulierungsrahmen geschaffen haben, um die Verpflichtungen, die sie in ihrem jeweiligen Aktionsplan mit Blick auf die von der FATF festgestellten strategischen Mängel eingegangen sind, zu erfüllen. Die Kaimaninseln und Jordanien unterliegen daher nicht mehr dem Monitoring, das die FATF mit dem Ziel durchführt, die Einhaltung der Standards zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung weltweit zu verfolgen, und werden weiterhin mit ihren FATF-ähnlichen regionalen Gremien zusammenarbeiten, um ihre Systeme zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung weiter zu stärken.

([1]) ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 73, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2015/849/oj.

([2]) Delegierte Verordnung (EU) 2016/1675 der Kommission vom 14. Juli 2016 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Ermittlung von Drittländern mit hohem Risiko, die strategische Mängel aufweisen (ABl. L 254 vom 20.9.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2016/1675/oj).

(8) Die Kaimaninseln und Jordanien haben die Wirksamkeit ihrer Systeme zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung verbessert und die technischen Mängel beseitigt, um die in ihren Aktionsplänen enthaltenen Verpflichtungen in Bezug auf die von der FATF festgestellten strategischen Mängel zu erfüllen. Nach Bewertung der verfügbaren Informationen ist die Kommission zu dem Schluss gelangt, dass die Kaimaninseln und Jordanien in ihren Systemen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung keine strategischen Mängel mehr aufweisen. Die Kaimaninseln und Jordanien sollten daher aus der Tabelle in Abschnitt I des Anhangs der Delegierten Verordnung (EU) 2016/1675 gestrichen werden.

(9) Die Delegierte Verordnung (EU) 2016/1675 sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Im Anhang der Delegierten Verordnung (EU) 2016/1675 wird die Tabelle in Abschnitt I durch die Tabelle im Anhang der vorliegenden Verordnung ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 12. Dezember 2023

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

ANHANG

„Nr.	Drittland mit hohem Risiko ([1])
1	Afghanistan
2	Barbados
3	Burkina Faso
4	Kamerun
5	Demokratische Republik Kongo
6	Gibraltar
7	Haiti
8	Jamaika
9	Mali
10	Mosambik
11	Myanmar/Birma
12	Nigeria
13	Panama
14	Philippinen
15	Senegal
16	Südafrika
17	Südsudan
18	Syrien
19	Tansania
20	Trinidad und Tobago
21	Uganda
22	Vereinigte Arabische Emirate
23	Vanuatu
24	Vietnam
25	Jemen

([1]) Unbeschadet des rechtlichen Standpunkts des Königreichs Spanien in Bezug auf Souveränität und gerichtliche Zuständigkeit in Verbindung mit dem Gebiet Gibraltars.“

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/245

18.1.2024

BESCHLUSS nr. 1/2023 DES STABILITÄTS- UND ASSOZIATIONSRATES EU-BOSNIEN UND HERZEGOWINA

vom 11. Dezember 2023

über die Änderung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Bosnien und Herzegowina andererseits durch das Ersetzen des Protokolls 2 über die Bestimmung des Begriffs „Erzeugnisse mit Ursprung in“ oder „Ursprungserzeugnisse“ und über die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen [2024/245]

DER STABILITÄTS- UND ASSOZIATIONSRAT EU-BOSNIEN UND HERZEGOWINA —

gestützt auf das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Bosnien und Herzegowina andererseits ([1]), insbesondere auf Artikel 3 seines Protokolls Nr. 2 über die Bestimmung des Begriffs „Erzeugnisse mit Ursprung in“ oder „Ursprungserzeugnisse“ und über die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Artikel 42 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Bosnien und Herzegowina andererseits (im Folgenden „Abkommen“) verweist auf das Protokoll Nr. 2 des Abkommens (im Folgenden „Protokoll Nr. 2“), das die Ursprungsregeln enthält.

(2) Nach Artikel 3 des Protokolls Nr. 2 kann der mit Artikel 115 des Abkommens eingesetzte Stabilitäts- und Assoziationsrat beschließen, die Bestimmungen des Protokolls 2 zu ändern.

(3) Das Regionale Übereinkommen über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln ([2]) (im Folgenden „Übereinkommen“) zielt darauf ab, die in den zwischen den Vertragsparteien des Übereinkommens abgeschlossenen bilateralen Freihandelsabkommen eingerichteten bilateralen Systeme von Ursprungsregeln unbeschadet der in diesen bilateralen Abkommen festgelegten Grundsätze in einen multilateralen Rahmen umzuwandeln.

(4) Die Union und Bosnien und Herzegowina haben das Übereinkommen am 15. Juni 2011 bzw. am 24. September 2013 unterzeichnet.

(5) Die Union und Bosnien und Herzegowina haben ihre Annahmeurkunden am 26. März 2012 bzw. am 26. September 2014 beim Verwahrer des Übereinkommens hinterlegt. Daher trat das Übereinkommen gemäß seinem Artikel 10 Absatz 3 am 1. Mai 2012 für die Union und am 1. November 2014 für Bosnien und Herzegowina in Kraft.

(6) Die Union und Bosnien und Herzegowina sind übereingekommen, bis zum Abschluss und Inkrafttreten der Änderung des Übereinkommens alternative Ursprungsregeln anzuwenden, die auf den Regeln des geänderten Übereinkommens beruhen, und die bilateral als alternative Ursprungsregeln zu den im Übereinkommen festgelegten Regeln angewandt werden könnten.

(7) Das Protokoll Nr. 2 sollte daher durch ein neues Protokoll ersetzt werden, welches alternative Ursprungsregeln enthält. Zudem sollte das neue Protokoll eine dynamische Bezugnahme auf das Übereinkommen enthalten, so dass stets auf die neueste Fassung des Übereinkommens verwiesen wird —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Das Protokoll Nr. 2 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Bosnien und Herzegowina andererseits über die Bestimmung des Begriffs „Erzeugnisse mit Ursprung in“ oder „Ursprungserzeugnisse“ und über die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen erhält die Fassung des Anhangs des vorliegenden Beschlusses.

([1]) ABl. L 164 vom 30.6.2015, S. 2.
([2]) ABl. L 54 vom 26.2.2013, S. 4.

Artikel 2

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft und gilt ab diesem Tag.

Geschehen zu Brüssel am 11. Dezember 2023.

Im Namen des Stabilitäts- und Assoziationsrates
Der Vorsitzende
J. BORRELL FONTELLES

ANHANG

„**Protokoll Nr. 2**

über die Bestimmung des Begriffs „Erzeugnisse mit Ursprung in“ oder „Ursprungserzeugnisse“ und über die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen

Artikel 1

Geltende Ursprungsregeln

(1) Für die Zwecke des Abkommens sind Anlage I und die einschlägigen Bestimmungen der Anlage II zum Regionalen Übereinkommen über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln [1] (im Folgenden „Übereinkommen“) in ihrer neuesten und im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichten Fassung anwendbar.

(2) Alle Bezugnahmen auf das „jeweilige Abkommen“ in Anlage I und in den einschlägigen Bestimmungen der Anlage II zum Übereinkommen sind als Bezugnahmen auf das Abkommen zu verstehen.

(3) Sind an der Kumulierung nur EFTA-Staaten, die Färöer, die Europäische Union, die Republik Türkei, die Teilnehmer des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses, die Republik Moldau, Georgien und die Ukraine beteiligt, so kann ungeachtet des Artikels 16 Absatz 5 und des Artikels 21 Absatz 3 der Anlage I zum Übereinkommen der Ursprungsnachweis eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder eine Ursprungserklärung sein.

Artikel 2

Alternativ geltende Ursprungsregeln

(1) Unbeschadet des Artikels 1 dieses Protokolls gelten für die Zwecke dieses Abkommens Erzeugnisse, die gemäß den alternativen anwendbaren Ursprungsregeln in Anlage A zu diesem Protokoll (im Folgenden „Übergangsregeln“) die Präferenzursprungseigenschaft erlangen, auch als Ursprungserzeugnisse der Europäischen Union oder Bosnien und Herzegowinas.

(2) Die Übergangsregeln gelten bis zum Inkrafttreten der Änderung des Übereinkommens, auf der die Übergangsregeln beruhen.

Artikel 3

Streitbeilegung

(1) Streitigkeiten im Zusammenhang mit den Prüfungsverfahren nach Anlage I Artikel 32 des Übereinkommens oder nach Anlage A Artikel 34 dieses Protokolls, die zwischen den Zollbehörden, die um eine Prüfung ersucht haben, und den für diese Prüfung zuständigen Zollbehörden nicht beigelegt werden können, sind dem Stabilitäts- und Assoziationsrat vorzulegen.

(2) Streitigkeiten zwischen dem Einführer und den Zollbehörden des Einfuhrlands sind stets nach dem Recht des Einfuhrlands beizulegen.

Artikel 4

Änderung des Protokolls

Der Stabilitäts- und Assoziationsrat kann beschließen, die Bestimmungen dieses Protokolls zu ändern.

[1] ABl. L 54 vom 26.2.2013, S. 4.

Artikel 5

Rücktritt vom Übereinkommen

(1) Sofern die Europäische Union oder Bosnien und Herzegowina dem Verwahrer des Übereinkommens schriftlich ihre Absicht ankündigen, von dem Übereinkommen gemäß dessen Artikel 9 zurückzutreten, leiten die Europäische Union und Bosnien und Herzegowina unverzüglich Verhandlungen über Ursprungsregeln für die Zwecke des Abkommens ein.

(2) Bis zum Inkrafttreten der neu ausgehandelten Ursprungsregeln werden auf das Abkommen weiterhin die Ursprungsregeln der Anlage I und gegebenenfalls die einschlägigen Bestimmungen der Anlage II des Übereinkommens angewandt, die zum Zeitpunkt des Rücktritts gelten. Jedoch werden ab dem Zeitpunkt des Rücktritts die Ursprungsregeln der Anlage I und gegebenenfalls die einschlägigen Bestimmungen der Anlage II des Übereinkommens so ausgelegt, dass eine bilaterale Kumulierung nur zwischen der Europäischen Union und Bosnien und Herzegowina zulässig ist.

Anlage A

ALTERNATIV GELTENDE URSPRUNGSREGELN

Regeln zur fakultativen Anwendung durch die Vertragsparteien des Regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln bis zum Abschluss und Inkrafttreten der Änderung des Übereinkommens

(im Folgenden „Regeln“ oder „Übergangsregeln“)

BESTIMMUNG DES BEGRIFFS „ERZEUGNISSE MIT URSPRUNG IN“ ODER „URSPRUNGSERZEUGNISSE“ UND METHODEN DER ZUSAMMENARBEIT DER VERWALTUNGEN

INHALTSÜBERSICHT

ZIELE

TITEL I **ALLGEMEINES**

Artikel 1 **Begriffsbestimmungen**

TITEL II **BESTIMMUNG DES BEGRIFFS „ERZEUGNISSE MIT URSPRUNG IN“ ODER „URSPRUNGSERZEUGNISSE“**

Artikel 2 **Allgemeine Vorschriften**

Artikel 3 **Vollständig gewonnene oder hergestellte Erzeugnisse**

Artikel 4 **Ausreichende Be- oder Verarbeitungen**

Artikel 5 **Toleranzregel**

Artikel 6 **Nicht ausreichende Be- oder Verarbeitungen**

Artikel 7 **Ursprungskumulierung**

Artikel 8 **Voraussetzungen für die Anwendung der Ursprungskumulierung**

Artikel 9 **Maßgebende Einheit**

Artikel 10 **Warenzusammenstellungen**

Artikel 11 **Neutrale Elemente**

Artikel 12 **Buchmäßige Trennung**

TITEL III **TERRITORIALE AUFLAGEN**

Artikel 13 **Territorialitätsprinzip**

Artikel 14 **Nichtveränderung**

Artikel 15 **Ausstellungen**

TITEL IV **RÜCKVERGÜTUNG ODER BEFREIUNG**

Artikel 16 **Zollrückvergütung oder Zollbefreiung**

TITEL V **NACHWEIS DER URSPRUNGSEIGENSCHAFT**

Artikel 17 **Allgemeine Vorschriften**

Artikel 18 **Voraussetzungen für die Ausfertigung einer Ursprungserklärung**

Artikel 19 **Ermächtigter Ausführer**

Artikel 20 **Verfahren für die Ausstellung der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1**

Artikel 21 **Nachträglich ausgestellte Warenverkehrsbescheinigung EUR.1**

Artikel 22 **Ausstellung eines Duplikats der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1**

Artikel 23 **Geltungsdauer der Ursprungsnachweise**

Artikel 24 **Freizonen**

Artikel 25 **Einfuhranforderungen**

Artikel 26 **Einfuhr in Teilsendungen**

Artikel 27 **Ausnahme vom Ursprungsnachweis**

Artikel 28 **Abweichungen und Formfehler**

Artikel 29 **Lieferantenerklärung**

Artikel 30 **In Euro ausgedrückte Beträge**

TITEL VI **GRUNDSÄTZE DER ZUSAMMENARBEIT UND NACHWEISE**

Artikel 31 **Nachweise, Aufbewahrung von Ursprungsnachweisen und Belegen**

Artikel 32 **Streitbeilegung**

TITEL VII **ZUSAMMENARBEIT DER VERWALTUNGEN**

Artikel 33 **Notifizierung und Zusammenarbeit**

Artikel 34 **Prüfung der Ursprungsnachweise**

Artikel 35 **Prüfung der Lieferantenerklärungen**

Artikel 36 **Sanktionen**

TITEL VIII **ANWENDUNG DER ANLAGE A**

Artikel 37 **Europäischer Wirtschaftsraum**

Artikel 38 **Liechtenstein**

Artikel 39 **Republik San Marino**

Artikel 40 **Fürstentum Andorra**

Artikel 41 **Ceuta und Melilla**

Liste der Anhänge

ANHANG I **Einleitende Bemerkungen zur Liste in Anhang II**

ANHANG II **Liste der Be- oder Verarbeitungen, die an Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft vorgenommen werden müssen, um der Ware die Ursprungseigenschaft zu verleihen**

ANHANG III **Wortlaut der Ursprungserklärung**

ANHANG IV **Muster der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 und des Antrags auf Ausstellung einer Warenverkehrsbescheinigung EUR.1**

ANHANG V **Sonderbedingungen für Erzeugnisse mit Ursprung in Ceuta und Melilla**

ANHANG VI **Lieferantenerklärung**

ANHANG VII **Langzeit-Lieferantenerklärung**

ZIELE

Diese Regeln sind optional. Sie sollen bis zum Abschluss und Inkrafttreten der Änderung des Regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln (im Folgenden „PEM-Übereinkommen“ oder „Übereinkommen“) angewandt werden. Diese Regeln werden bilateral für den Handel zwischen Vertragsparteien gelten, die übereinkommen, in ihren bilateralen Präferenzhandelsabkommen auf sie Bezug zu nehmen oder sie in diese Abkommen aufzunehmen. Diese Regeln sollen alternativ zu den Regeln des Übereinkommens gelten, die gemäß dem Übereinkommen die Grundsätze, die in den einschlägigen Abkommen und anderen zugehörigen bilateralen Abkommen der Vertragsparteien niedergelegt sind, unberührt lassen. Demzufolge werden diese Regeln nicht verpflichtend, sondern fakultativ sein. Sie können von Wirtschaftsbeteiligten, die – anstelle der auf dem Übereinkommen basierenden Präferenzen – auf diesen Regeln basierende Präferenzen anwenden möchten, angewandt werden.

Durch die Regeln soll das Übereinkommen nicht geändert werden. Das Übereinkommen gilt weiterhin umfassend zwischen den Vertragsparteien des Übereinkommens. Diese Regeln werden nicht die gemäß dem Übereinkommen bestehenden Rechte und Pflichten der Vertragsparteien ändern.

TITEL I

ALLGEMEINES

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Regeln gelten folgende Begriffsbestimmungen:

a) „anwendende Vertragspartei“ ist eine Vertragspartei des PEM-Übereinkommens, die diese Regeln in ihre bilateralen Präferenzhandelsabkommen mit einer anderen Vertragspartei des PEM-Übereinkommens aufnimmt und umfasst auch die Vertragsparteien des Abkommens;

b) „Kapitel“, „Positionen“ und „Unterpositionen“ sind die Kapitel, Positionen und Unterpositionen (vier- oder sechsstellige Codes) der Nomenklatur des Harmonisierten Systems zur Bezeichnung und Codierung der Waren (im Folgenden „Harmonisiertes System“) mit den Änderungen gemäß der Empfehlung des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens vom 26. Juni 2004;

c) „Einreihen“ ist die Einreihung von Waren in eine bestimmte Position oder Unterposition des Harmonisierten Systems;

d) „Sendung“ sind Erzeugnisse, die entweder

   i) gleichzeitig von einem Ausführer an einen Empfänger oder

   ii) mit einem einzigen Frachtpapier oder – bei Fehlen eines solchen Papiers – mit einer einzigen Rechnung vom Ausführer an den Empfänger versandt werden;

e) „Zollbehörden der Vertragspartei oder anwendenden Vertragspartei“ der Europäischen Union sind alle Zollbehörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union;

f) „Zollwert“ ist der Wert, der nach dem Übereinkommen zur Durchführung des Artikels VII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens von 1994 (WTO-Übereinkommen über den Zollwert) festgelegt wird;

g) „Ab-Werk-Preis“ ist der Preis des Erzeugnisses ab Werk, der dem Hersteller in der Vertragspartei gezahlt wird, in dessen Unternehmen die letzte Be- oder Verarbeitung durchgeführt worden ist, sofern dieser Preis den Wert aller verwendeten Vormaterialien und alle anderen Kosten für seine Herstellung umfasst, abzüglich aller inländischen Abgaben, die erstattet werden oder erstattet werden können, wenn das hergestellte Erzeugnis ausgeführt wird. Wurde die letzte Be- oder Verarbeitung als Unterauftrag an einen Hersteller vergeben, so bezieht sich der Begriff „Hersteller” auf das Unternehmen, das den Subunternehmer beauftragt hat.

   Umfasst der tatsächlich entrichtete Preis nicht alle Kosten, die tatsächlich in der Vertragspartei bei der Herstellung des Erzeugnisses angefallen sind, so bedeutet der Begriff „Ab-Werk-Preis“ die Summe aller dort tatsächlich angefallenen Kosten abzüglich aller inländischen Abgaben, die erstattet werden oder erstattet werden können, wenn das hergestellte Erzeugnis ausgeführt wird;

h) „austauschbare Vormaterialien“ oder „austauschbare Erzeugnisse“ sind Vormaterialien oder Erzeugnisse der gleichen Art, der gleichen Handelsqualität und mit den gleichen technischen und materiellen Eigenschaften, die nicht voneinander unterschieden werden können;

i) „Waren“ sind sowohl Vormaterialien als auch Erzeugnisse;

j) „Herstellen“ ist jede Be- oder Verarbeitung einschließlich Zusammenbau;

k) „Vormaterial“ sind jegliche Zutaten, Rohstoffe, Komponenten oder Teile usw., die beim Herstellen des Erzeugnisses verwendet werden;

l) „Höchstanteil der Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft“ ist der zulässige Höchstanteil an Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, der nicht überschritten werden darf, damit eine Herstellung als für die Erlangung der Ursprungseigenschaft ausreichende Be- oder Verarbeitung gilt. Er kann als Vomhundertsatz des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses oder als Vomhundertteil des Nettogewichts dieser verwendeten Vormaterialien aus einer bezeichneten Gruppe von Kapiteln, einem bezeichneten Kapitel, einer bezeichneten Position oder einer bezeichneten Unterposition ausgedrückt werden;

m) „Erzeugnis“ ist die hergestellte Ware, auch wenn sie zur späteren Verwendung in einem anderen Herstellungsvorgang bestimmt ist;

n) „Gebiet“ umfasst das Landgebiet, die Binnengewässer und das Küstenmeer einer Vertragspartei;

o) „Wertzuwachs” ist der Ab-Werk-Preis des Erzeugnisses abzüglich des Zollwerts der verwendeten Vormaterialien, die die Ursprungseigenschaft der anderen anwendenden Vertragsparteien, mit denen die Kumulierung zulässig ist, besitzen, oder, wenn der Zollwert nicht bekannt ist und nicht festgestellt werden kann, der erste feststellbare Preis, der in der ausführenden Vertragspartei für die Vormaterialien gezahlt wird;

p) „Wert der Vormaterialien“ ist der Zollwert der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft zum Zeitpunkt der Einfuhr oder, wenn der Zollwert nicht bekannt ist und nicht festgestellt werden kann, der erste feststellbare Preis, der in der ausführenden Vertragspartei für die Vormaterialien gezahlt wird. Muss der Wert der verwendeten Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft bestimmt werden, so gilt dieser Buchstabe entsprechend.

TITEL II

BESTIMMUNG DES BEGRIFFS „ERZEUGNISSE MIT URSPRUNG IN“ ODER „URSPRUNGSERZEUGNISSE“

Artikel 2

Allgemeine Vorschriften

Für die Zwecke der Durchführung des Abkommens gelten folgende Erzeugnisse als Ursprungserzeugnisse einer Vertragspartei, wenn sie in die andere Vertragspartei ausgeführt werden:

a) Erzeugnisse, die im Sinne des Artikels 3 in einer Vertragspartei vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind;

b) Erzeugnisse, die in einer Vertragspartei unter Verwendung von Vormaterialien hergestellt worden sind, die dort nicht vollständig gewonnen oder hergestellt wurden, vorausgesetzt, dass diese Vormaterialien in dieser Vertragspartei im Sinne des Artikels 4 in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet worden sind.

Artikel 3

Vollständig gewonnene oder hergestellte Erzeugnisse

(1) Bei der Ausfuhr in die andere Vertragspartei gelten als vollständig in einer Vertragspartei gewonnen oder hergestellt:

a) dort aus dem Boden oder dem Meeresgrund gewonnene mineralische Erzeugnisse und natürliche Wässer;

b) dort angebaute oder geerntete Pflanzen, einschließlich Wasserpflanzen, und pflanzliche Erzeugnisse;

c) dort geborene oder ausgeschlüpfte und dort aufgezogene lebende Tiere;

d) Erzeugnisse von dort aufgezogenen lebenden Tieren;

e) Erzeugnisse von geschlachteten Tieren, die dort geboren und aufgezogen wurden;

f) dort erzielte Jagdbeute und Fischfänge;

g) Aquakulturerzeugnisse, sofern die Fische, Krebstiere, Weichtiere und anderen wirbellosen Wassertiere dort aus Eiern geschlüpft sind oder dort die Larven oder Jungfische aufgezogen wurden;

h) Erzeugnisse der Seefischerei und andere von eigenen Schiffen außerhalb der Küstenmeere aus dem Meer gewonnene Erzeugnisse;

i) Erzeugnisse, die an Bord eigener Fabrikschiffe ausschließlich aus unter Buchstabe h genannten Erzeugnissen hergestellt werden;

j) dort gesammelte Altwaren, die nur zur Gewinnung von Rohstoffen verwendet werden können;

k) bei einer dort ausgeübten Produktionstätigkeit anfallende Abfälle;

l) aus dem Meeresboden oder Meeresuntergrund außerhalb der eigenen Küstenmeere gewonnene Erzeugnisse, sofern die Vertragspartei zum Zwecke der Nutzbarmachung Ausschließlichkeitsrechte über diesen Teil des Meeresbodens oder Meeresuntergrunds ausübt;

m) dort ausschließlich aus Erzeugnissen gemäß den Buchstaben a bis l hergestellte Waren.

(2) Die Begriffe „eigene Schiffe“ und „eigene Fabrikschiffe“ in Absatz 1 Buchstabe h bzw. i sind nur anwendbar auf Schiffe und Fabrikschiffe, die alle nachstehend genannten Voraussetzungen erfüllen:

a) Sie sind in der ausführenden oder der einführenden Vertragspartei ins Schiffsregister eingetragen;

b) sie führen die Flagge der ausführenden oder der einführenden Vertragspartei;

c) sie erfüllen eine der folgenden Bedingungen:

   i) Sie sind mindestens zur Hälfte Eigentum von Staatsangehörigen der ausführenden oder der einführenden Vertragspartei oder

   ii) sie sind Eigentum von Gesellschaften,

      — die ihren Hauptsitz und ihre Hauptniederlassung in der ausführenden oder der einführenden Vertragspartei haben und

      — die mindestens zur Hälfte Eigentum der ausführenden oder der einführenden Vertragspartei oder öffentlicher Einrichtungen oder von Staatsangehörigen dieser Vertragsparteien sind.

(3) Ist die ausführende oder die einführende Vertragspartei die Europäische Union, so gilt sie für die Zwecke von Absatz 2 als Gesamtheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

(4) Für die Zwecke von Absatz 2 gelten die EFTA-Staaten als eine einzige anwendende Vertragspartei.

Artikel 4

Ausreichende Be- oder Verarbeitungen

(1) Unbeschadet des Absatzes 3 des vorliegenden Artikels und des Artikels 6 gelten Erzeugnisse, die in einer Vertragspartei nicht vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind, als in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet, wenn die Anforderungen der Liste in Anhang II für die betreffenden Waren erfüllt sind.

(2) Wird ein Erzeugnis, das die Ursprungseigenschaft in einer Vertragspartei gemäß Absatz 1 erworben hat, bei der Herstellung eines anderen Erzeugnisses als Vormaterial verwendet, so werden bei seiner Herstellung gegebenenfalls verwendete Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft nicht berücksichtigt.

(3) Bei jedem Erzeugnis wird geprüft, ob die Anforderungen von Absatz 1 erfüllt sind.

Setzt jedoch die betreffende Regel die Einhaltung eines Höchstanteils an Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft voraus, so können die Zollbehörden der Vertragsparteien den Ausführern die Genehmigung erteilen, den Ab-Werk-Preis der Erzeugnisse und den Wert der Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft gemäß Absatz 4 ausgehend von Durchschnittswerten zu berechnen, um Kosten- und Wechselkursschwankungen Rechnung zu tragen.

(4) Findet Absatz 3 Unterabsatz 2 Anwendung, so werden ein durchschnittlicher Ab-Werk-Preis des Erzeugnisses und ein Durchschnittswert der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft jeweils ausgehend von der Summe der Ab-Werk-Preise für sämtliche Verkäufe derselben Erzeugnisse und der Summe des Wertes aller bei der Herstellung derselben Erzeugnisse verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft errechnet, wobei vom vorherigen Rechnungsjahr entsprechend der Festlegung durch die ausführende Vertragspartei ausgegangen wird bzw. – wenn keine Zahlen für das gesamte Rechnungsjahr vorliegen – von einem kürzeren Zeitraum, der jedoch mindestens drei Monate betragen sollte.

(5) Ausführer, die sich für die Berechnung von Durchschnittswerten entschieden haben, wenden diese Methode in dem Jahr, das auf das Bezugsjahr bzw. gegebenenfalls auf den kürzeren Bezugszeitraum folgt, durchgehend an. Sie können die Anwendung dieser Methode beenden, wenn in einem bestimmten Rechnungsjahr oder einem kürzeren Zeitraum von mindestens drei Monaten die Kosten- oder Wechselkursschwankungen, die die Anwendung der Methode gerechtfertigt haben, nicht mehr festgestellt werden.

(6) Für die Zwecke der Einhaltung des Höchstanteils an Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft gelten die in Absatz 4 genannten Durchschnittswerte als Ab-Werk-Preis bzw. als Wert der Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft.

Artikel 5

Toleranzregel

(1) Abweichend von Artikel 4 und vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 des vorliegenden Artikels können Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die aufgrund der Auflagen gemäß der Liste in Anhang II bei der Herstellung eines bestimmten Erzeugnisses nicht verwendet werden dürfen, trotzdem verwendet werden, sofern

a) ihr festgestelltes Nettogewicht 15 v. H. des Nettogewichts des Erzeugnisses bei Erzeugnissen der Kapitel 2 und 4 bis 24, ausgenommen verarbeitete Fischereierzeugnisse des Kapitels 16, nicht überschreitet bzw.

b) ihr festgestellter Gesamtwert 15 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses bei nicht unter Buchstabe a fallenden Erzeugnissen nicht überschreitet.

Dieser Absatz gilt nicht für Erzeugnisse der Kapitel 50 bis 63 des Harmonisierten Systems, für die die Toleranzen in den Bemerkungen 6 und 7 in Anhang I gelten.

(2) Nach Absatz 1 ist es nicht zulässig, die Höchstanteile an Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft gemäß den in der Liste in Anhang II niedergelegten Regeln zu überschreiten.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Erzeugnisse, die in einer Vertragspartei im Sinne von Artikel 3 vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind. Unbeschadet des Artikels 6 und des Artikels 9 Absatz 1 gilt die in diesen Bestimmungen festgelegte Toleranz dennoch für Erzeugnisse, bei denen gemäß der Regel in der Liste in Anhang II die bei der Herstellung des Erzeugnisses verwendeten Vormaterialien vollständig gewonnen oder hergestellt sind.

Artikel 6

Nicht ausreichende Be- oder Verarbeitungen

(1) Unbeschadet des Absatzes 2 gelten folgende Be- oder Verarbeitungen unabhängig davon, ob die Bedingungen des Artikels 4 erfüllt sind, als nicht ausreichend, um die Ursprungseigenschaft zu verleihen:

a) Behandlungen, die dazu bestimmt sind, die Erzeugnisse während des Transports und der Lagerung in gutem Zustand zu erhalten;

b) Teilen oder Zusammenstellen von Packstücken;

c) Waschen, Reinigen; Entfernen von Staub, Oxid, Öl, Farbe oder anderen Beschichtungen;

d) Bügeln von Textilien;

e) einfaches Anstreichen oder Polieren;

f) Schälen und teilweises oder vollständiges Mahlen von Reis; Polieren und Glasieren von Getreide und Reis;

g) Färben oder Aromatisieren von Zucker oder Formen von Würfelzucker; teilweises oder vollständiges Mahlen von Kristallzucker;

h) Enthülsen, Entsteinen oder Schälen von Früchten, Nüssen und Gemüse;

i) Schärfen, einfaches Schleifen oder einfaches Zerteilen;

j) Sieben, Aussondern, Einordnen, Sortieren (einschließlich des Zusammenstellens von Sortimenten);

k) einfaches Abfüllen in Flaschen, Dosen, Fläschchen, Säcke, Etuis, Schachteln, Befestigen auf Karten oder Brettchen sowie alle anderen einfachen Verpackungsvorgänge;

l) Anbringen oder Aufdrucken von Marken, Etiketten, Logos oder anderen gleichartigen Unterscheidungszeichen auf den Erzeugnissen selbst oder auf ihren Umschließungen;

m) einfaches Mischen von Erzeugnissen, auch verschiedener Arten;

n) Mischen von Zucker mit anderen Vormaterialien;

o) einfaches Hinzufügen von Wasser oder Verdünnen, Trocknen oder Denaturierung von Erzeugnissen;

p) einfaches Zusammenfügen von Teilen eines Erzeugnisses zu einem vollständigen Erzeugnis oder Zerlegen von Erzeugnissen in Einzelteile;

q) Schlachten von Tieren;

r) Zusammentreffen von zwei oder mehr der unter den Buchstaben a bis q genannten Behandlungen.

(2) Bei der Beurteilung, ob die an einem Erzeugnis vorgenommenen Be- oder Verarbeitungen als nicht ausreichend im Sinne des Absatzes 1 gelten, sind alle in der ausführenden Vertragspartei an einem bestimmten Erzeugnis vorgenommenen Behandlungen zu berücksichtigen.

Artikel 7

Ursprungskumulierung

(1) Unbeschadet des Artikels 2 gelten bei der Ausfuhr in die andere Vertragspartei solche Erzeugnisse als Ursprungserzeugnisse der ausführenden Vertragspartei, die dort unter Verwendung von Vormaterialien mit Ursprung in einer anwendenden Vertragspartei – ausgenommen die ausführende Vertragspartei – hergestellt worden sind, sofern die in der ausführenden Vertragspartei vorgenommene Be- oder Verarbeitung über die in Artikel 6 genannte Behandlung hinausgeht. Diese Vormaterialien brauchen nicht in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet worden zu sein.

(2) Geht eine in der ausführenden Vertragspartei vorgenommene Be- oder Verarbeitung nicht über die in Artikel 6 genannten Behandlungen hinaus, so gilt das unter Verwendung von Vormaterialien mit Ursprung in einer anderen anwendenden Vertragspartei hergestellte Erzeugnis nur dann als Ursprungserzeugnis der ausführenden Vertragspartei, wenn der dort erzielte Wertzuwachs den Wert der verwendeten Vormaterialien mit Ursprung in einer anderen anwendenden Vertragspartei übersteigt. Andernfalls gilt das hergestellte Erzeugnis als Ursprungserzeugnis der anwendenden Vertragspartei, auf die der höchste Wert der bei der Herstellung in der ausführenden Vertragspartei verwendeten Vormaterialien entfällt.

(3) Unbeschadet des Artikels 2 und unter Ausschluss der in die Kapitel 50 bis 63 fallenden Erzeugnisse gelten in einer anwendenden Vertragspartei – ausgenommen die ausführende Vertragspartei – vorgenommene Be- oder Verarbeitungen als in der ausführenden Vertragspartei vorgenommen, wenn die hergestellten Erzeugnisse anschließend einer Be- oder Verarbeitung in dieser ausführenden Vertragspartei unterzogen werden.

(4) Unbeschadet des Artikels 2 gelten bei Erzeugnissen der Kapitel 50 bis 63 – und nur für die Zwecke des bilateralen Handels zwischen den Vertragsparteien – in der einführenden Vertragspartei vorgenommene Be- oder Verarbeitungen als in der ausführenden Vertragspartei vorgenommen, wenn die Erzeugnisse anschließend einer Be- oder Verarbeitung in dieser ausführenden Vertragspartei unterzogen werden.

Für die Zwecke dieses Absatzes gelten die Teilnehmer des Stabilisierungs- und Assoziationsprozesses der Europäischen Union und die Republik Moldau als eine einzige anwendende Vertragspartei.

(5) Die Vertragsparteien können sich dafür entscheiden, die Anwendung von Absatz 3 des vorliegenden Artikels auf die Einfuhr von Erzeugnissen der Kapitel 50 bis 63 einseitig auszudehnen. Eine Vertragspartei, die sich für eine solche Ausdehnung entscheidet, teilt dies der anderen Vertragspartei mit und unterrichtet die Europäische Kommission gemäß Artikel 8 Absatz 2.

(6) Für die Zwecke der Kumulierung gemäß den Absätzen 3 bis 5 des vorliegenden Artikels gelten die Ursprungserzeugnisse nur dann als Erzeugnisse mit Ursprung in der ausführenden Vertragspartei, wenn die dort vorgenommene Be- oder Verarbeitung über die in Artikel 6 genannte Behandlung hinausgeht.

(7) Erzeugnisse mit Ursprung in einer der anwendenden Vertragsparteien gemäß Absatz 1, die in der ausführenden Vertragspartei keiner Be- oder Verarbeitung unterzogen worden sind, behalten ihre Ursprungseigenschaft, wenn sie in eine der anderen anwendenden Vertragsparteien ausgeführt werden.

Artikel 8

Voraussetzungen für die Anwendung der Ursprungskumulierung

(1) Die Kumulierung gemäß Artikel 7 ist nur unter der Voraussetzung zulässig, dass

a) zwischen den am Erwerb der Ursprungseigenschaft beteiligten anwendenden Vertragsparteien und der anwendenden Bestimmungsvertragspartei ein Präferenzhandelsabkommen nach Artikel XXIV des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens von 1994 (GATT) Anwendung findet und

b) die Waren die Ursprungseigenschaft aufgrund von Ursprungsregeln erworben haben, die mit den vorliegenden Regeln übereinstimmen.

(2) Bekanntmachungen über die Erfüllung der für die Anwendung der Kumulierung erforderlichen Voraussetzungen werden im Amtsblatt der Europäischen Union (Reihe C) und in einer amtlichen Veröffentlichung in Bosnien und Herzegowina nach dessen eigenen Verfahren veröffentlicht.

Die Kumulierung gemäß Artikel 7 findet ab dem in diesen Bekanntmachungen angegebenen Datum Anwendung.

Die Vertragsparteien übermitteln der Europäischen Kommission Einzelheiten der einschlägigen mit anderen anwendenden Vertragsparteien geschlossenen Abkommen, einschließlich des Datums des Inkrafttretens dieser Regeln.

(3) Wenn Erzeugnisse die Ursprungseigenschaft durch Anwendung der Ursprungskumulierung gemäß Artikel 7 erworben haben, sollte der Nachweis der Ursprungseigenschaft folgende Erklärung in Englisch enthalten: „CUMULATION APPLIED WITH (name of the relevant applying Contracting Party/Parties in English)".

Wird als Ursprungsnachweis eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 verwendet, so ist diese Erklärung in Feld 7 der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 abzugeben.

(4) Die Vertragsparteien können entscheiden, bei in ihr Hoheitsgebiet ausgeführten Erzeugnissen, die die Ursprungseigenschaft in der ausführenden Vertragspartei durch Anwendung der Ursprungskumulierung gemäß Artikel 7 erworben haben, auf die Aufnahme der Erklärung nach Absatz 3 in den Ursprungsnachweis zu verzichten ([2]).

Die Vertragsparteien übermitteln der Europäischen Kommission gemäß Artikel 8 Absatz 2 die Aufhebung dieser Verpflichtung.

Artikel 9

Maßgebende Einheit

(1) Maßgebende Einheit für die Anwendung dieser Regeln ist die für die Einreihung in die Position des Harmonisierten Systems maßgebende Einheit jedes Erzeugnisses. Daraus folgt dass,

a) jede Gruppe oder Zusammenstellung von Erzeugnissen, die nach dem Harmonisierten System in eine einzige Position eingereiht wird, als Ganzes die maßgebende Einheit darstellt;

b) bei einer Sendung mit einer Anzahl gleicher Erzeugnisse, die in dieselbe Position des Harmonisierten Systems eingereiht werden, diese Regeln für jedes Erzeugnis einzeln betrachtet gelten.

(2) Werden Umschließungen nach der Allgemeinen Vorschrift 5 zum Harmonisierten System wie das darin enthaltene Erzeugnis eingereiht, so werden sie auch für die Bestimmung des Ursprungs wie das Erzeugnis behandelt.

(3) Zubehör, Ersatzteile und Werkzeuge, die mit Geräten, Maschinen, Apparaten oder Fahrzeugen geliefert werden, werden mit diesen zusammen als Einheit angesehen, wenn sie als Bestandteil der Normalausrüstung in deren Ab-Werk-Preis enthalten sind.

([2]) Die Parteien vereinbaren, von der Verpflichtung zur Aufnahme der Erklärung nach Artikel 8 Absatz 3 in den Ursprungsnachweis abzusehen.

Artikel 10

Warenzusammenstellungen

Warenzusammenstellungen im Sinne der Allgemeinen Vorschrift 3 zum Harmonisierten System gelten als Ursprungserzeugnisse, wenn alle Bestandteile Ursprungserzeugnisse sind.

Jedoch gilt eine Warenzusammenstellung, die aus Bestandteilen mit Ursprungseigenschaft und Bestandteilen ohne Ursprungseigenschaft besteht, in ihrer Gesamtheit als Ursprungserzeugnis, sofern der Wert der Bestandteile ohne Ursprungseigenschaft 15 v. H. des Ab-Werk-Preises der Warenzusammenstellung nicht überschreitet.

Artikel 11

Neutrale Elemente

Bei der Feststellung, ob ein Erzeugnis ein Ursprungserzeugnis ist, wird der Ursprung folgender gegebenenfalls bei seiner Herstellung verwendeter Erzeugnisse nicht berücksichtigt:

a) Energie und Brennstoffe,

b) Anlagen und Ausrüstung,

c) Maschinen und Werkzeuge,

d) Erzeugnisse, die nicht in die endgültige Zusammensetzung des Erzeugnisses eingehen oder nicht eingehen sollen.

Artikel 12

Buchmäßige Trennung

(1) Werden bei der Be- oder Verarbeitung eines Erzeugnisses austauschbare Vormaterialien mit oder ohne Ursprungseigenschaft verwendet, so können die Wirtschaftsbeteiligten die Verwaltung der Vormaterialien mithilfe der Methode der buchmäßigen Trennung ohne getrennte Lagerung sicherstellen.

(2) Die Wirtschaftsbeteiligten können die Verwaltung von austauschbaren Erzeugnissen mit oder ohne Ursprungseigenschaft der Position 1701 mithilfe der Methode der buchmäßigen Trennung ohne getrennte Lagerung sicherstellen.

(3) Die Vertragsparteien können verlangen, dass für die Anwendung der buchmäßigen Trennung eine vorherige Bewilligung bei den Zollbehörden eingeholt werden muss. Die Zollbehörden können die Bewilligung von allen ihnen zweckdienlich erscheinenden Voraussetzungen abhängig machen, und sie überwachen die Verwendung der Bewilligung. Die Zollbehörden können die Bewilligung widerrufen, wenn der Begünstigte in unzulässiger Weise von ihr Gebrauch macht oder die übrigen in diesen Regeln festgelegten Voraussetzungen nicht erfüllt.

Durch die Anwendung der buchmäßigen Trennung muss gewährleistet sein, dass jederzeit nicht mehr Erzeugnisse als „Ursprungserzeugnisse der ausführenden Vertragspartei“ angesehen werden können, als dies bei räumlicher Trennung der Lagerbestände der Fall gewesen wäre.

Über die Anwendung der Methode sind nach den allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen, die in der ausführenden Vertragspartei gelten, Aufzeichnungen zu führen.

(4) Der Begünstigte der Methode nach den Absätzen 1 und 2 fertigt für die Menge der Erzeugnisse, die als Ursprungserzeugnisse der ausführenden Vertragspartei angesehen werden können, Ursprungsnachweise aus bzw. beantragt Ursprungsnachweise für sie. Auf Verlangen der Zollbehörden hat der Begünstigte eine Erklärung über die Verwaltung dieser Mengen vorzulegen.

TITEL III

TERRITORIALE AUFLAGEN

Artikel 13

Territorialitätsprinzip

(1) Die in Titel II genannten Anforderungen müssen in der betreffenden Vertragspartei ohne Unterbrechung erfüllt sein.

(2) Ursprungserzeugnisse, die aus einer Vertragspartei in ein anderes Land ausgeführt und anschließend wiedereingeführt werden, gelten bei ihrer Wiedereinfuhr als Erzeugnisse ohne Ursprungseigenschaft, es sei denn, den Zollbehörden wird glaubhaft dargelegt, dass

a) die wiedereingeführten Erzeugnisse dieselben wie die ausgeführten sind und

b) sie während ihres Verbleibs in dem betreffenden Land oder während der Ausfuhr keine Behandlung erfahren haben, die über das zur Erhaltung ihres Zustands erforderliche Maß hinausgeht.

(3) Der Erwerb der Ursprungseigenschaft nach Titel II wird durch eine Be- oder Verarbeitung, die außerhalb der ausführenden Vertragspartei an aus dieser Partei ausgeführten und anschließend wieder dorthin eingeführten Vormaterialien vorgenommen wird, nicht berührt, sofern

a) diese Vormaterialien in der ausführenden Vertragspartei vollständig gewonnen oder hergestellt oder vor ihrer Ausfuhr einer Be- oder Verarbeitung unterzogen worden sind, die über die Be- oder Verarbeitungen im Sinne des Artikels 6 hinausgeht, und

b) den Zollbehörden glaubhaft dargelegt werden kann, dass

   i) die wiedereingeführten Erzeugnisse durch Be- oder Verarbeitung der ausgeführten Vormaterialien hergestellt worden sind und

   ii) die nach diesem Artikel außerhalb der ausführenden Vertragspartei insgesamt erzielte Wertsteigerung 10 v. H. des Ab-Werk-Preises des Enderzeugnisses, für das die Ursprungseigenschaft beansprucht wird, nicht überschreitet.

(4) Für die Zwecke von Absatz 3 finden die in Titel II genannten Bedingungen für den Erwerb der Ursprungseigenschaft auf die Be- oder Verarbeitung außerhalb der ausführenden Partei keine Anwendung. Findet jedoch nach der Liste in Anhang II für die Bestimmung des Ursprungs des Enderzeugnisses eine Regel Anwendung, die einen zulässigen Höchstwert für alle verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft vorsieht, so dürfen der Gesamtwert der im Gebiet der ausführenden Vertragspartei verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft und der nach diesem Artikel außerhalb dieser Vertragspartei insgesamt erzielte Wertzuwachs zusammengenommen den angegebenen Vomhundertsatz nicht überschreiten.

(5) Im Sinne der Absätze 3 und 4 bezeichnet der Begriff „insgesamt erzielter Wertzuwachs" alle außerhalb der ausführenden Vertragspartei entstandenen Kosten einschließlich des Wertes der dort verwendeten Vormaterialien.

(6) Die Absätze 3 und 4 des vorliegenden Artikels gelten nicht für Erzeugnisse, die die Bedingungen der Liste in Anhang II nicht erfüllen oder nur durch Anwendung der allgemeinen Toleranz nach Artikel 5 als in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet angesehen werden können.

(7) Die unter diesen Artikel fallende Be- oder Verarbeitung außerhalb der ausführenden Vertragspartei wird im Rahmen der passiven Veredelung oder eines ähnlichen Verfahrens vorgenommen.

Artikel 14

Nichtveränderung

(1) Die im Rahmen des Abkommens vorgesehene Präferenzbehandlung gilt nur für Erzeugnisse, die den Anforderungen dieser Regeln entsprechen und in einer Vertragspartei zur Einfuhr angemeldet werden, vorausgesetzt, diese Erzeugnisse sind dieselben wie die aus der ausführenden Vertragspartei ausgeführten Erzeugnisse. Vor der Überführung in den freien Verkehr dürfen sie nicht verändert, in irgendeiner Weise umgewandelt oder Be- oder Verarbeitungen unterzogen worden sein, die über das zur Erhaltung ihres Zustands erforderliche Maß hinausgehen; ausgenommen davon sind das Anbringen oder Beifügen von Marken, Etiketten, Siegeln oder sonstiger Dokumentation, um die Einhaltung spezifischer inländischer Anforderungen der einführenden Vertragspartei zu gewährleisten, was unter zollamtlicher Überwachung in dem Durchfuhrdrittland bzw. den Durchfuhrdrittländern oder dem Drittland bzw. den Drittländern geschieht, in dem/denen die Sendung aufgeteilt wird.

(2) Erzeugnisse oder Sendungen können gelagert werden, solange sie in dem Durchfuhrdrittland/den Durchfuhrdrittländern unter zollamtlicher Überwachung verbleiben.

(3) Unbeschadet des Titels V dieser Anlage können Sendungen aufgeteilt werden, solange sie in dem Drittland/den Drittländern, in dem/denen die Aufteilung erfolgt, unter zollamtlicher Überwachung verbleiben.

(4) Bestehen Zweifel, so kann die einführende Vertragspartei den Einführer oder seinen Vertreter auffordern, jederzeit alle zweckdienlichen Unterlagen vorzulegen, welche die Erfüllung der Bestimmungen dieses Artikels belegen, was durch jede Art von Nachweisen geschehen kann, insbesondere durch

a) vertraglich festgelegte Frachtpapiere wie Konnossemente;

b) faktische oder konkrete Nachweise anhand der Kennung oder Nummerierung von Packstücken;

c) eine von den Zollbehörden des Durchfuhrlands bzw. der Durchfuhrländer oder des Landes bzw. der Länder, in dem/denen die Sendung aufgeteilt wurde, ausgestellte Bescheinigung über die Nichtbehandlung oder alle sonstigen Nachweise, die belegen, dass die Waren im Durchfuhrland bzw. in den Durchfuhrländern oder in dem Land bzw. den Ländern, in dem/denen die Sendung aufgeteilt wurde, unter zollamtlicher Überwachung verblieben; oder

d) Nachweise im Zusammenhang mit den Waren selbst.

Artikel 15

Ausstellungen

(1) Werden Ursprungserzeugnisse zu einer Ausstellung in ein Land versandt, bei dem es sich nicht um eines der in den Artikeln 7 und 8 genannten Länder handelt, mit denen die Kumulierung zulässig ist, und nach der Ausstellung zur Einfuhr in eine Vertragspartei verkauft, so erhalten sie bei der Einfuhr die Begünstigungen des einschlägigen Abkommens, sofern den Zollbehörden glaubhaft dargelegt wird, dass

a) ein Ausführer die Erzeugnisse aus einer Vertragspartei in das Ausstellungsland versandt und dort ausgestellt hat,

b) dieser Ausführer die Erzeugnisse einem Empfänger in einer anderen Vertragspartei verkauft oder überlassen hat,

c) die Erzeugnisse während oder unmittelbar nach der Ausstellung in dem Zustand, in dem sie zur Ausstellung versandt worden waren, versandt worden sind und

d) die Erzeugnisse ab dem Zeitpunkt, zu dem sie zur Ausstellung versandt wurden, nicht zu anderen Zwecken als zur Vorführung auf der Ausstellung verwendet worden sind.

(2) Nach Maßgabe des Titels V dieser Anlage ist ein Ursprungsnachweis auszustellen oder auszufertigen und den Zollbehörden der einführenden Vertragspartei unter den üblichen Voraussetzungen vorzulegen. Darin sind Bezeichnung und Anschrift der Ausstellung anzugeben. Falls erforderlich, kann ein zusätzlicher Nachweis über die Umstände verlangt werden, unter denen die Erzeugnisse ausgestellt worden sind.

(3) Absatz 1 gilt für Handels-, Industrie-, Landwirtschafts- und Handwerksmessen oder -ausstellungen und ähnliche öffentliche Veranstaltungen, bei denen die Erzeugnisse unter zollamtlicher Überwachung bleiben; ausgenommen sind Veranstaltungen zu privaten Zwecken für den Verkauf ausländischer Erzeugnisse in Läden oder Geschäftslokalen.

TITEL IV

RÜCKVERGÜTUNG ODER BEFREIUNG

Artikel 16

Zollrückvergütung oder Zollbefreiung

(1) Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die in einer Vertragspartei bei der Herstellung von Ursprungserzeugnissen der Kapitel 50 bis 63 des Harmonisierten Systems verwendet worden sind, für die nach Maßgabe des Titels V dieser Anlage ein Ursprungsnachweis ausgestellt oder ausgefertigt wird, dürfen in der ausführenden Vertragspartei nicht Gegenstand einer wie auch immer gearteten Zollrückvergütung oder Zollbefreiung sein.

(2) Das Verbot nach Absatz 1 betrifft in der ausführenden Vertragspartei geltende Regelungen, nach denen Zölle oder Abgaben gleicher Wirkung auf bei der Herstellung von Ursprungserzeugnissen verwendete Vormaterialien vollständig oder teilweise erstattet, erlassen oder nicht erhoben werden, sofern die Erstattung, der Erlass oder die Nichterhebung ausdrücklich oder faktisch gewährt wird, wenn die aus den betreffenden Vormaterialien hergestellten Erzeugnisse ausgeführt werden, nicht dagegen, wenn diese Erzeugnisse im Inland in den zollrechtlich freien Verkehr übergehen.

(3) Der Ausführer von Erzeugnissen mit Ursprungsnachweis hat auf Verlangen der Zollbehörden jederzeit alle zweckdienlichen Unterlagen vorzulegen, um nachzuweisen, dass für die bei der Herstellung dieser Erzeugnisse verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft keine Zollrückvergütung gewährt worden ist und sämtliche für solche Vormaterialien geltenden Zölle und Abgaben gleicher Wirkung tatsächlich entrichtet worden sind.

(4) Das Verbot in Absatz 1 gilt nicht für den Handel zwischen den Vertragsparteien mit Erzeugnissen, welche die Ursprungseigenschaft durch die Ursprungskumulierung gemäß Artikel 7 Absätze 4 oder 5 erworben haben.

TITEL V

NACHWEIS DER URSPRUNGSEIGENSCHAFT

Artikel 17

Allgemeine Vorschriften

(1) Ursprungserzeugnisse einer Vertragspartei erhalten bei der Einfuhr in die andere Vertragspartei die Begünstigungen des Abkommens, sofern

a) eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 nach dem Muster in Anhang IV dieser Anlage vorgelegt wird;

b) in den in Artikel 18 Absatz 1 genannten Fällen vom Ausführer eine Erklärung auf einer Rechnung, einem Lieferschein oder einem anderen Handelspapier (im Folgenden „Ursprungserklärung“) abgegeben wird, in der die betreffenden Erzeugnisse so genau bezeichnet sind, dass die Feststellung der Nämlichkeit möglich ist; der Wortlaut der Ursprungserklärung findet sich in Anhang III dieser Anlage.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 erhalten Ursprungserzeugnisse im Sinne dieser Regeln in den in Artikel 27 genannten Fällen die Begünstigungen des Abkommens, ohne dass einer der in Artikel 1 genannten Ursprungsnachweise vorgelegt werden muss.

(3) Ungeachtet des Absatzes 1 können die Vertragsparteien vereinbaren, dass im Rahmen des Präferenzverkehrs zwischen ihnen die in Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Ursprungsnachweise durch Erklärungen zum Ursprung ersetzt werden, ausgefertigt von in einer elektronischen Datenbank registrierten Ausführern nach den nationalen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien.

Die Nutzung einer von in einer elektronischen Datenbank registrierten Ausführern ausgefertigten Erklärung zum Ursprung, die von zwei oder mehr Vertragsparteien vereinbart wurde, steht der Anwendung der diagonalen Kumulierung mit anderen anwendenden Vertragsparteien nicht entgegen.

(4) Für die Zwecke von Absatz 1 können die Vertragsparteien die Einrichtung eines Systems vereinbaren, das es ermöglicht, die in Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Ursprungsnachweise elektronisch auszustellen und/oder zu übermitteln.

(5) Gilt Artikel 8 Absatz 4, so ergreift der in einer anwendenden Vertragspartei niedergelassene Ausführer, der einen Ursprungsnachweis auf der Grundlage eines anderen Ursprungsnachweises ausfertigt oder beantragt, für den eine Befreiung von der sonst nach Artikel 8 Absatz 3 geltenden Verpflichtung zur Aufnahme der Erklärung für die Zwecke des Artikels 7 gilt,alle erforderlichen Schritte, um sicherzustellen, dass die Voraussetzungen für die Anwendung der Kumulierung erfüllt sind, und er ist bereit, den Zollbehörden alle einschlägigen Unterlagen vorzulegen.

Artikel 18

Voraussetzungen für die Ausfertigung einer Ursprungserklärung

(1) Eine in Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe b genannte Ursprungserklärung kann ausgefertigt werden

a) von einem ermächtigten Ausführer im Sinne des Artikels 19 oder

b) von jedem Ausführer für Sendungen mit einem oder mehreren Packstücken, die Ursprungserzeugnisse enthalten, deren Wert 6 000 EUR je Sendung nicht überschreitet.

(2) Eine Ursprungserklärung kann ausgefertigt werden, wenn die Erzeugnisse als Ursprungserzeugnisse einer anwendenden Vertragspartei angesehen werden können und die übrigen Anforderungen dieser Regeln erfüllen.

(3) Auf Verlangen der Zollbehörden der ausführenden Vertragspartei hat der Ausführer, der eine Ursprungserklärung ausfertigt, jederzeit alle zweckdienlichen Unterlagen zum Nachweis der Ursprungseigenschaft der betreffenden Erzeugnisse sowie der Erfüllung der übrigen Anforderungen dieser Regeln vorzulegen.

(4) Eine Ursprungserklärung ist vom Ausführer maschinenschriftlich oder mechanografisch auf der Rechnung, dem Lieferschein oder einem anderen Handelspapier mit dem Wortlaut und in einer der Sprachfassungen des Anhangs III dieser Anlage nach Maßgabe der nationalen Rechtsvorschriften des Ausfuhrlandes auszufertigen. Wird die Erklärung handschriftlich erstellt, so muss das mit Tinte in Druckschrift erfolgen.

(5) Die Ursprungserklärung ist vom Ausführer eigenhändig zu unterzeichnen. Ein ermächtigter Ausführer im Sinne des Artikels 19 braucht jedoch solche Erklärungen nicht zu unterzeichnen, wenn er sich gegenüber den Zollbehörden der ausführenden Vertragspartei schriftlich verpflichtet, die volle Verantwortung für jede Ursprungserklärung zu übernehmen, die ihn so identifiziert, als ob er sie eigenhändig unterzeichnet hätte.

(6) Die Ursprungserklärung kann vom Ausführer bei der Ausfuhr der Erzeugnisse oder nach deren Ausfuhr (im Folgenden „nachträgliche Ursprungserklärung") ausgefertigt werden, vorausgesetzt, dass sie im Einfuhrland innerhalb von zwei Jahren nach der Einfuhr der betreffenden Erzeugnisse vorgelegt wird.

Erfolgt die Aufteilung einer Sendung nach Artikel 14 Absatz 3 und wird dieselbe Zweijahresfrist eingehalten, so wird die nachträgliche Ursprungserklärung vom ermächtigten Ausführer der ausführenden Vertragspartei ausgefertigt.

Artikel 19

Ermächtigter Ausführer

(1) Die Zollbehörden der ausführenden Vertragspartei können vorbehaltlich der nationalen Vorschriften einen in dieser Vertragspartei niedergelassenen Ausführer (im Folgenden der „ermächtigte Ausführer") ermächtigen, Ursprungserklärungen ungeachtet des Werts der betreffenden Erzeugnisse auszufertigen.

(2) Ein Ausführer, der eine solche Bewilligung beantragt, muss jede von den Zollbehörden für erforderlich gehaltene Gewähr für die Kontrolle der Ursprungseigenschaft der Erzeugnisse und die Erfüllung der übrigen Anforderungen dieser Regeln bieten.

(3) Die Zollbehörden erteilen dem ermächtigten Ausführer eine Bewilligungsnummer, die in der Ursprungserklärung anzugeben ist.

(4) Die Zollbehörden überprüfen den ordnungsgemäßen Gebrauch einer Bewilligung. Sie können die Bewilligung widerrufen, wenn der ermächtigte Ausführer in unzulässiger Weise von ihr Gebrauch macht, und widerrufen sie in jedem Fall, wenn der ermächtigte Ausführer die in Absatz 2 genannte Gewähr nicht mehr bietet.

Artikel 20

Verfahren für die Ausstellung der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1

(1) Die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 wird von den Zollbehörden der ausführenden Vertragspartei auf schriftlichen Antrag ausgestellt, der vom Ausführer oder unter der Verantwortung des Ausführers von seinem bevollmächtigten Vertreter gestellt worden ist.

(2) Der Ausführer oder sein bevollmächtigter Vertreter füllt zu diesem Zweck das Formblatt der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 und des Antrags nach dem Muster in Anhang IV dieser Anlage aus. Diese Formblätter sind in einer der Sprachen, in denen dieses Abkommen verfasst ist, nach den nationalen Rechtsvorschriften des Ausfuhrlands auszufüllen. Werden die Formblätter handschriftlich ausgefüllt, so erfolgt dies mit Tinte in Druckschrift. Die Warenbezeichnung ist in dem dafür vorgesehenen Feld ohne Zeilenzwischenraum einzutragen. Ist das Feld nicht vollständig ausgefüllt, so sind unter der letzten Zeile der Warenbezeichnung ein waagerechter Strich zu ziehen und der nicht ausgefüllte Teil des Feldes durchzustreichen.

(3) Die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 enthält in Feld 7 die Erklärung in englischer Sprache „TRANSITIONAL RULES".

(4) Der Ausführer, der die Ausstellung der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 beantragt, hat auf Verlangen der Zollbehörden der ausführenden Vertragspartei, in der die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausgestellt wird, jederzeit alle zweckdienlichen Unterlagen zum Nachweis der Ursprungseigenschaft der betreffenden Erzeugnisse sowie der Erfüllung der übrigen Anforderungen dieser Regeln vorzulegen.

(5) Eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 wird von den Zollbehörden der ausführenden Vertragspartei ausgestellt, wenn die betreffenden Erzeugnisse als Ursprungserzeugnisse angesehen werden können und die übrigen Anforderungen dieser Regeln erfüllen.

(6) Die Zollbehörden, welche die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausstellen, treffen die erforderlichen Maßnahmen, um die Ursprungseigenschaft der Erzeugnisse und die Erfüllung der übrigen Anforderungen dieser Regeln zu überprüfen. Sie sind berechtigt, zu diesem Zweck die Vorlage von Beweismitteln zu verlangen und jede Art von Überprüfung der Buchführung des Ausführers oder jede sonstige von ihnen für zweckdienlich erachtete Kontrolle durchzuführen. Sie achten auch darauf, dass die in Absatz 2 genannten Formblätter ordnungsgemäß ausgefüllt sind. Sie prüfen insbesondere, ob das Feld mit der Warenbezeichnung so ausgefüllt ist, dass jede Möglichkeit eines missbräuchlichen Zusatzes ausgeschlossen ist.

(7) In Feld 11 der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ist das Datum der Ausstellung der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 anzugeben.

(8) Die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 wird von den Zollbehörden ausgestellt und zur Verfügung des Ausführers gehalten, sobald die Ausfuhr tatsächlich erfolgt oder sichergestellt ist.

Artikel 21

Nachträglich ausgestellte Warenverkehrsbescheinigung EUR.1

(1) Abweichend von Artikel 20 Absatz 8 kann die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 nach der Ausfuhr der Erzeugnisse, auf die sie sich bezieht, ausgestellt werden, wenn

a) sie infolge eines Irrtums, eines unverschuldeten Versehens oder besonderer Umstände bei der Ausfuhr nicht ausgestellt worden ist;

b) den Zollbehörden glaubhaft dargelegt wird, dass eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausgestellt, aber bei der Einfuhr aus formalen Gründen nicht angenommen worden ist;

c) die endgültige Bestimmung der betreffenden Erzeugnisse zum Zeitpunkt ihrer Ausfuhr unbekannt war und erst während ihrer Beförderung oder Lagerung und möglicherweise nach einer Aufteilung einer Sendung nach Artikel 14 Absatz 3 festgelegt wurde;

d) eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder EUR.MED nach den Regeln des PEM-Übereinkommens für Erzeugnisse ausgestellt wurde, die auch gemäß diesen Regeln die Ursprungseigenschaft besitzen; der Ausführer ergreift alle erforderlichen Schritte, um sicherzustellen, dass die Voraussetzungen für die Anwendung der Kumulierung erfüllt sind, und ist bereit, den Zollbehörden alle einschlägigen Unterlagen zum Nachweis, dass es sich um ein Ursprungserzeugnis gemäß diesen Regeln handelt, vorzulegen, oder

e) es wurde eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 auf der Grundlage von Artikel 8 Absatz 4 ausgestellt und die Anwendung von Artikel 8 Absatz 3 ist bei der Einfuhr in eine andere anwendende Vertragspartei vorgeschrieben.

(2) In Fällen nach Absatz 1 hat der Ausführer in seinem Antrag Ort und Datum der Ausfuhr der Erzeugnisse, auf die sich die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 bezieht, sowie die Gründe für den Antrag anzugeben.

(3) Die Zollbehörden dürfen eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 nachträglich innerhalb von zwei Jahren ab dem Datum der Ausfuhr und nur dann ausstellen, wenn sie geprüft haben, ob die Angaben im Antrag des Ausführers mit den entsprechenden Unterlagen übereinstimmen.

(4) Zusätzlich zu dem in Artikel 20 Absatz 3 festgelegten Erfordernis ist die nachträglich ausgestellte Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 mit folgenden Vermerk in englischer Sprache zu versehen: „ISSUED RETROSPECTIVELY“.

(5) Der in Absatz 4 genannte Vermerk ist in Feld 7 der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 einzutragen.

Artikel 22

Ausstellung eines Duplikats der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1

(1) Bei Diebstahl, Verlust oder Vernichtung einer Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 kann der Ausführer bei den Zollbehörden, die die Bescheinigung ausgestellt haben, ein Duplikat beantragen, das anhand der in ihrem Besitz befindlichen Ausfuhrpapiere ausgefertigt wird.

(2) Zusätzlich zu dem in Artikel 20 Absatz 3 festgelegten Erfordernis ist das im Einklang mit Absatz 1 ausgestellte Duplikat mit folgendem Vermerk in englischer Sprache zu versehen: „DUPLICATE“.

(3) Der in Absatz 2 genannte Vermerk ist in Feld 7 des Duplikats der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 einzutragen.

(4) Das Duplikat trägt das Ausstellungsdatum der Original-Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 und gilt mit Wirkung von diesem Tag.

Artikel 23

Geltungsdauer der Ursprungsnachweise

(1) Die Ursprungsnachweise bleiben zehn Monate nach dem Datum der Ausstellung oder Ausfertigung in der ausführenden Vertragspartei gültig und sind innerhalb dieser Frist den Zollbehörden der einführenden Vertragspartei vorzulegen.

(2) Ursprungsnachweise, die den Zollbehörden der einführenden Vertragspartei nach Ablauf der in Absatz 1 genannten Geltungsdauer vorgelegt werden, können zur Gewährung der Präferenzbehandlung angenommen werden, wenn diese Vorlagefrist aufgrund außergewöhnlicher Umstände nicht eingehalten werden konnte.

(3) In allen anderen Fällen verspäteter Vorlage können die Zollbehörden der einführenden Partei die Ursprungsnachweise annehmen, wenn ihnen die Erzeugnisse vor Ablauf der Vorlagefrist gestellt worden sind.

Artikel 24

Freizonen

(1) Die Vertragsparteien treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um zu verhindern, dass von einem Ursprungsnachweis begleitete Erzeugnisse, die während ihrer Beförderung zeitweilig in einer Freizone auf ihrem Gebiet verbleiben, dort ausgetauscht oder anderen als den üblichen auf die Erhaltung ihres Zustands gerichteten Behandlungen unterzogen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 kann in Fällen, in denen von einem Ursprungsnachweis begleitete Ursprungserzeugnisse einer anwendenden Vertragspartei in eine Freizone eingeführt und dort einer Behandlung oder Verarbeitung unterzogen werden, ein neuer Ursprungsnachweis ausgestellt oder ausgefertigt werden, wenn die Behandlung oder Verarbeitung diesen Regeln entspricht.

Artikel 25

Einfuhranforderungen

Die Ursprungsnachweise sind den Zollbehörden der einführenden Vertragspartei nach den dort geltenden Verfahrensvorschriften vorzulegen.

Artikel 26

Einfuhr in Teilsendungen

Werden auf Antrag des Einführers und unter den von den Zollbehörden der einführenden Partei festgelegten Voraussetzungen zerlegte oder noch nicht zusammengesetzte Erzeugnisse der Abschnitte XVI und XVII oder der Positionen 7308 und 9406 des Harmonisierten Systems im Sinne der Allgemeinen Vorschrift 2a zur Auslegung des Harmonisierten Systems in Teilsendungen eingeführt, so ist den Zollbehörden bei der Einfuhr der ersten Teilsendung ein einziger Ursprungsnachweis vorzulegen.

Artikel 27

Ausnahmen vom Ursprungsnachweis

(1) Erzeugnisse, die in Kleinsendungen von Privatpersonen an Privatpersonen versandt werden oder die sich im persönlichen Gepäck von Reisenden befinden, werden ohne Vorlage eines förmlichen Ursprungsnachweises als Ursprungserzeugnisse angesehen, sofern es sich um Einfuhren nichtkommerzieller Art handelt und erklärt wird, dass die Anforderungen dieser Regeln erfüllt sind, wobei an der Richtigkeit dieser Erklärung kein Zweifel bestehen darf.

(2) Einfuhren gelten nicht als Einfuhren kommerzieller Art, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

a) Die Einfuhren erfolgen gelegentlich;

b) die Einfuhren bestehen ausschließlich aus Erzeugnissen, die zum persönlichen Ge- oder Verbrauch der Empfänger oder Reisenden oder zum Ge- oder Verbrauch in deren Haushalt bestimmt sind;

c) die Erzeugnisse geben weder durch ihre Beschaffenheit noch durch ihre Menge zu der Vermutung Anlass, dass ihre Einfuhr aus kommerziellen Gründen erfolgt.

(3) Der Gesamtwert der Erzeugnisse darf bei Kleinsendungen 500 EUR und bei den im persönlichen Gepäck von Reisenden enthaltenen Erzeugnissen 1 200 EUR nicht überschreiten.

Artikel 28

Abweichungen und Formfehler

(1) Bei geringfügigen Abweichungen zwischen den Angaben in den Ursprungsnachweisen und den Angaben in den Unterlagen, die der Zollstelle zur Erfüllung der Einfuhrförmlichkeiten für die Erzeugnisse vorgelegt werden, ist der Ursprungsnachweis nicht allein dadurch ungültig, sofern einwandfrei nachgewiesen wird, dass sich dieses Papier auf die gestellten Erzeugnisse bezieht.

(2) Eindeutige Formfehler wie Tippfehler in einem Ursprungsnachweis dürfen nicht zur Ablehnung der Unterlagen nach Absatz 1 führen, wenn diese Fehler keinen Zweifel an der Richtigkeit der Angaben in diesen Unterlagen entstehen lassen.

Artikel 29

Lieferantenerklärung

(1) Wird in einer Vertragspartei eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder eine Ursprungserklärung für Ursprungserzeugnisse ausgestellt bzw. ausgefertigt, bei deren Herstellung Waren aus einer anderen anwendenden Vertragspartei gemäß Artikel 7 Absätze 3 oder 4 verwendet worden sind, die dort be- oder verarbeitet wurden, ohne die Präferenzursprungseigenschaft zu erwerben, so wird die für diese Waren nach Maßgabe dieses Artikels abgegebene Lieferantenerklärung berücksichtigt.

(2) Die Lieferantenerklärung nach Absatz 1 dient als Nachweis für die in einer anwendenden Vertragspartei an den betreffenden Waren vorgenommene Be- oder Verarbeitung im Hinblick auf die Entscheidung, ob die Erzeugnisse, bei deren Herstellung diese Waren verwendet worden sind, als Ursprungserzeugnisse der ausführenden Vertragspartei gelten können und die übrigen Anforderungen dieser Regeln erfüllt sind.

(3) Abgesehen von den Fällen des Absatzes 4 wird vom Lieferanten für jede Warensendung eine gesonderte Lieferantenerklärung in der in Anhang VI vorgeschriebenen Form auf einem Blatt Papier ausgefertigt, das der Rechnung, dem Lieferschein oder einem anderen Handelspapier beigefügt wird, in dem die betreffenden Waren so genau bezeichnet sind, dass die Feststellung der Nämlichkeit möglich ist.

(4) Ein Lieferant, der regelmäßig einen Kunden mit Waren beliefert, die in einer anwendenden Vertragspartei über einen längeren Zeitraum hinweg in der gleichen Weise be- oder verarbeitet werden sollen, kann eine einmalige Lieferantenerklärung (im Folgenden die „Langzeit-Lieferantenerklärung“) abgeben, die für alle weiteren Sendungen der betreffenden Waren gilt. Die Langzeit-Lieferantenerklärung gilt in der Regel bis zu zwei Jahren nach dem Datum ihrer Ausfertigung. Die Zollbehörden der anwendenden Vertragspartei, in der die Erklärung ausgefertigt wird, legen die Bedingungen fest, unter denen eine längere Geltungsdauer zulässig ist. Die Langzeit-Lieferantenerklärung wird vom Lieferanten in der in Anhang VII vorgeschriebenen Form ausgefertigt; die betreffenden Waren müssen darin so genau bezeichnet sein, dass die Feststellung der Nämlichkeit möglich ist. Sie wird dem betreffenden Kunden vor der ersten Lieferung der Waren, auf die sich die Erklärung bezieht, oder zusammen mit dieser Lieferung vorgelegt. Der Lieferant unterrichtet seinen Kunden unverzüglich, wenn die Langzeit-Lieferantenerklärung für die betreffenden Waren nicht mehr gilt.

(5) Die Lieferantenerklärung nach den Absätzen 3 und 4 ist maschinenschriftlich oder gedruckt in einer der Sprachen, in denen das Abkommen abgefasst ist, nach den nationalen Rechtsvorschriften der anwendenden Vertragspartei, in der die Erklärung ausgefertigt wird, zu erstellen und vom Lieferanten eigenhändig zu unterzeichnen. Die Erklärung kann auch handschriftlich ausgefertigt werden; in diesem Fall ist sie mit Tinte in Druckschrift zu erstellen.

(6) Der die Erklärung ausfertigende Lieferant hat auf Verlangen der Zollbehörden der anwendenden Vertragspartei, in der die Erklärung ausgefertigt wird, jederzeit alle zweckdienlichen Unterlagen zum Nachweis der Richtigkeit der in der Erklärung gemachten Angaben vorzulegen.

Artikel 30

In Euro ausgedrückte Beträge

(1) Für die Zwecke von Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 27 Absatz 3 in den Fällen, in denen die Erzeugnisse in einer anderen Währung als Euro in Rechnung gestellt werden, werden die Beträge in den Landeswährungen der Vertragsparteien, die den in Euro ausgedrückten Beträgen entsprechen, von den betroffenen Ländern jährlich festgelegt.

(2) Für die Begünstigungen des Artikels 18 Absatz 1 Buchstabe b und des Artikels 27 Absatz 3 ist der von dem betreffenden Land festgelegte Betrag in der Währung maßgebend, in der die Rechnung ausgestellt ist.

(3) Für die Umrechnung der in Euro ausgedrückten Beträge in die Landeswährungen gilt der Euro-Kurs der jeweiligen Landeswährung am ersten Arbeitstag des Monats Oktober. Die Beträge sind der Europäischen Kommission bis zum 15. Oktober mitzuteilen; sie gelten ab dem 1. Januar des Folgejahres. Die Europäische Kommission teilt die Beträge den betreffenden Ländern mit.

(4) Eine Vertragspartei kann den Betrag, der sich aus der Umrechnung eines in Euro ausgedrückten Betrags in ihre Landeswährung ergibt, nach oben oder nach unten runden. Der abgerundete Betrag darf um höchstens 5 v. H. vom Ergebnis der Umrechnung abweichen. Eine Vertragspartei kann den Betrag in ihrer Landeswährung, der dem in Euro ausgedrückten Betrag entspricht, unverändert beibehalten, sofern sich durch die Umrechnung dieses Betrags zum Zeitpunkt der in Absatz 3 vorgesehenen jährlichen Anpassung der Gegenwert in Landeswährung vor dem Abrunden um weniger als 15 v. H. erhöht. Der Gegenwert in Landeswährung kann unverändert beibehalten werden, sofern die Umrechnung zu einer Verringerung dieses Gegenwerts führen würde.

(5) Die in Euro ausgedrückten Beträge werden auf Antrag einer Vertragspartei vom Stabilitäts- und Assoziationsrat überprüft. Bei dieser Überprüfung prüft der Stabilitäts- und Assoziationsrat, ob es erstrebenswert ist, die Auswirkungen dieser Beschränkungen in realen Werten zu erhalten. Zu diesem Zweck kann er beschließen, die in Euro ausgedrückten Beträge zu ändern.

TITEL VI

GRUNDSÄTZE DER ZUSAMMENARBEIT UND NACHWEISE

Artikel 31

Nachweise, Aufbewahrung von Ursprungsnachweisen und Belegen

(1) Ein Ausführer, der eine Ursprungserklärung ausfertigt oder eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 beantragt, hat eine Abschrift oder eine elektronische Fassung dieser Ursprungsnachweise sowie aller Unterlagen zum Nachweis der Ursprungseigenschaft des Erzeugnisses mindestens drei Jahre lang ab dem Datum der Ausstellung oder der Ausfertigung der Ursprungserklärung aufzubewahren.

(2) Ein Lieferant, der eine Lieferantenerklärung ausfertigt, hat Kopien der Erklärung und aller Rechnungen, Lieferscheine oder anderen Handelspapiere, denen diese Erklärung beigefügt ist, sowie die in Artikel 29 Absatz 6 genannten Unterlagen mindestens drei Jahre lang aufzubewahren.

Ein Lieferant, der eine Langzeit-Lieferantenerklärung ausfertigt, hat Kopien der Erklärung und aller Rechnungen, Lieferscheine oder anderen Handelspapiere, die sich auf die im Rahmen der betreffenden Erklärung an einen Kunden gelieferten Waren beziehen, sowie die in Artikel 29 Absatz 6 genannten Unterlagen mindestens drei Jahre lang aufzubewahren. Diese Frist beginnt mit dem Tag, an dem die Geltungsdauer der Langzeit-Lieferantenerklärung endet.

(3) Für die Zwecke von Absatz 1 des vorliegenden Artikels umfassen die „Unterlagen zum Nachweis der Ursprungseigenschaft“ unter anderem:

a) den unmittelbaren Nachweis der vom Ausführer oder Lieferanten angewandten Verfahren zur Herstellung des Erzeugnisses, z. B. aufgrund seiner geprüften Bücher oder seiner internen Buchführung;

b) Belege über die Ursprungseigenschaft der bei der Herstellung verwendeten Vormaterialien, wobei diese Belege in der jeweiligen anwendenden Vertragspartei nach deren nationalen Rechtsvorschriften ausgestellt oder ausgefertigt worden sind;

c) Belege über die in der jeweiligen Vertragspartei an den betreffenden Vormaterialien vorgenommenen Be- oder Verarbeitungen, wobei diese Belege in dieser Vertragspartei nach deren nationalen Rechtsvorschriften ausgestellt oder ausgefertigt worden sind;

d) Ursprungserklärungen oder Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 zum Nachweis der Ursprungseigenschaft der bei der Herstellung verwendeten Vormaterialien, wobei diese in den Vertragsparteien nach diesen Regeln ausgestellt oder ausgefertigt worden sind;

e) geeignete Belege über die nach den Artikeln 13 und 14 außerhalb der Vertragsparteien vorgenommenen Be- oder Verarbeitungen zum Nachweis dafür, dass die Anforderungen dieser Artikel erfüllt sind.

(4) Die Zollbehörden der ausführenden Vertragspartei, die die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausstellen, bewahren das Antragsformular nach Artikel 20 Absatz 2 mindestens drei Jahre lang auf.

(5) Die Zollbehörden der einführenden Vertragspartei bewahren die ihnen vorgelegten Ursprungserklärungen und Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 mindestens drei Jahre lang auf.

(6) Die Lieferantenerklärung zum Nachweis der in einer anwendenden Vertragspartei an den verwendeten Vormaterialien vorgenommenen Be- oder Verarbeitungen wird, sofern sie in dieser anwendenden Vertragspartei ausgefertigt worden ist, einer der in Artikel 18 Absatz 3, Artikel 20 Absatz 4 und Artikel 29 Absatz 6 genannten Unterlagen zum Nachweis dafür gleichgestellt, dass Erzeugnisse, für die eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder eine Ursprungserklärung vorliegt, tatsächlich als Ursprungserzeugnisse in dieser anwendenden Vertragspartei angesehen werden können und die übrigen Anforderungen dieser Regeln erfüllen.

Artikel 32

Streitbeilegung

Streitigkeiten im Zusammenhang mit den Prüfungsverfahren gemäß Artikel 34 und 35 oder mit der Auslegung dieser Anlage, die zwischen den Zollbehörden, die um eine Prüfung ersucht haben, und den für die Prüfung zuständigen Zollbehörden nicht beigelegt werden können, sind dem Stabilitäts- und Assoziationsrat vorzulegen.

Streitigkeiten zwischen dem Einführer und den Zollbehörden der einführenden Vertragspartei sind stets nach dem Recht des Einfuhrlandes beizulegen.

TITEL VII

ZUSAMMENARBEIT DER VERWALTUNGEN

Artikel 33

Notifizierung und Zusammenarbeit

(1) Die Zollbehörden der Vertragsparteien übermitteln einander die Musterabdrücke der Stempel, die ihre Zollstellen bei der Ausstellung der Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 verwenden, die Muster der Bewilligungsnummern für ermächtigte Ausführer sowie die Anschriften der Zollbehörden, die für die Prüfung dieser Bescheinigungen und Ursprungserklärungen zuständig sind.

(2) Um die ordnungsgemäße Anwendung dieser Regeln sicherzustellen, leisten die Vertragsparteien einander über die zuständigen Zollbehörden Amtshilfe bei der Prüfung der Echtheit der Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1, der Ursprungserklärungen, der Lieferantenerklärungen sowie der Richtigkeit der in diesen Nachweisen enthaltenen Angaben.

Artikel 34

Prüfung der Ursprungsnachweise

(1) Eine nachträgliche Prüfung der Ursprungsnachweise erfolgt stichprobenweise oder immer dann, wenn die Zollbehörden der einführenden Vertragspartei begründete Zweifel an der Echtheit der Papiere, der Ursprungseigenschaft der betreffenden Erzeugnisse oder der Erfüllung der übrigen Anforderungen dieser Regeln haben.

(2) Wenn die Zollbehörden der einführenden Vertragspartei um eine nachträgliche Prüfung ersuchen, senden sie die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 und die Rechnung, falls sie vorgelegt worden ist, die Ursprungserklärung oder eine Kopie dieser Papiere an die Zollbehörden der ausführenden Vertragspartei zurück, gegebenenfalls unter Angabe der Gründe für das Ersuchen um nachträgliche Prüfung. Zur Begründung des Ersuchens um nachträgliche Prüfung übermitteln sie alle Unterlagen und teilen alle bekannten Umstände mit, die auf die Unrichtigkeit der Angaben in dem Ursprungsnachweis schließen lassen.

(3) Die Prüfung wird von den Zollbehörden der ausführenden Vertragspartei durchgeführt. Sie sind berechtigt, zu diesem Zweck die Vorlage von Beweismitteln zu verlangen und jede Art von Überprüfung der Buchführung des Ausführers oder jede sonstige von ihnen für zweckdienlich erachtete Kontrolle durchzuführen.

(4) Beschließen die Zollbehörden der einführenden Vertragspartei, bis zum Eingang des Ergebnisses der nachträglichen Prüfung die Präferenzbehandlung für die betreffenden Erzeugnisse auszusetzen, so bieten sie dem Einführer vorbehaltlich der für notwendig erachteten Sicherungsmaßnahmen an, die Erzeugnisse freizugeben.

(5) Das Ergebnis dieser Prüfung ist den Zollbehörden, die um die Prüfung ersucht haben, so bald wie möglich mitzuteilen. Anhand dieses Ergebnisses muss sich eindeutig feststellen lassen, ob die Papiere echt sind und ob die Erzeugnisse als Ursprungserzeugnisse einer der Vertragsparteien angesehen werden können und die übrigen Anforderungen dieser Regeln erfüllt sind.

(6) Ist bei begründeten Zweifeln nach Ablauf von zehn Monaten nach dem Datum des Ersuchens um nachträgliche Prüfung noch keine Antwort erfolgt oder enthält die Antwort keine ausreichenden Angaben, um über die Echtheit des betreffenden Papiers oder den tatsächlichen Ursprung der Erzeugnisse entscheiden zu können, so lehnen die ersuchenden Zollbehörden die Gewährung der Präferenzbehandlung ab, es sei denn, dass außergewöhnliche Umstände vorliegen.

Artikel 35

Prüfung der Lieferantenerklärungen

(1) Eine nachträgliche Prüfung der Lieferantenerklärung bzw. der Langzeit-Lieferantenerklärung kann stichprobenweise oder immer dann erfolgen, wenn die Zollbehörden einer Vertragspartei, in der die Erklärung bei der Ausstellung einer Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder bei der Ausfertigung einer Ursprungserklärung berücksichtigt worden ist, begründete Zweifel an der Echtheit des Papiers oder der Richtigkeit der Angaben in dem Papier haben.

(2) Für die Zwecke von Absatz 1 senden die Zollbehörden der in Absatz 1 genannten Vertragspartei die Lieferantenerklärung oder die Langzeit-Lieferantenerklärung und die Rechnungen, die Lieferscheine oder die anderen Handelspapiere, denen die Erklärung beigefügt ist, an die Zollbehörden der anwendenden Vertragspartei zurück, in der die Erklärung ausgefertigt wurde, gegebenenfalls unter Angabe der sachlichen oder formalen Gründe, die ein Ersuchen um Prüfung rechtfertigen.

Zur Begründung des Ersuchens um nachträgliche Prüfung übermitteln sie alle Unterlagen und teilen alle ihnen bekannten Umstände mit, die auf die Unrichtigkeit der in der Lieferantenerklärung bzw. Langzeit-Lieferantenerklärung gemachten Angaben schließen lassen.

(3) Die Prüfung wird von den Zollbehörden der anwendenden Vertragspartei durchgeführt, in der die Lieferantenerklärung bzw. die Langzeit-Lieferantenerklärung ausgefertigt wurde. Diese sind berechtigt, zu diesem Zweck die Vorlage von Beweismitteln zu verlangen und jede Art von Überprüfung der Buchführung des Lieferanten oder sonstige von ihnen für zweckdienlich erachtete Kontrollen durchzuführen.

(4) Das Ergebnis dieser Prüfung ist den Zollbehörden, die um die Prüfung ersucht haben, so bald wie möglich mitzuteilen. Anhand dieses Ergebnisses muss sich eindeutig feststellen lassen, ob die Angaben in der Lieferantenerklärung oder Langzeit-Lieferantenerklärung richtig sind; ferner muss es den Zollbehörden möglich sein festzustellen, ob und inwieweit eine solche Erklärung bei der Ausstellung einer Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder bei der Ausfertigung einer Ursprungserklärung berücksichtigt werden konnte.

Artikel 36

Sanktionen

Jede Vertragspartei sieht vor, dass Verstöße gegen ihre nationalen Rechtsvorschriften, die mit diesen Regeln in Zusammenhang stehen, durch straf-, zivil- oder verwaltungsrechtliche Sanktionen geahndet werden.

TITEL VIII

ANWENDUNG DER ANLAGE A

Artikel 37

Europäischer Wirtschaftsraum

Waren mit Ursprung im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) gelten im Sinne des Protokolls Nr. 4 zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum als Waren mit Ursprung in der Europäischen Union, Island, Liechtenstein oder Norwegen (im Folgenden die „EWR-Staaten“), wenn diese aus der Europäischen Union, Island, Liechtenstein oder Norwegen nach Bosnien und Herzegowina ausgeführt werden, sofern zwischen Bosnien und Herzegowina und den EWR-Staaten Freihandelsabkommen Anwendung finden, die diese Regeln enthalten.

Artikel 38

Liechtenstein

Unbeschadet des Artikels 2 gilt – wegen der Zollunion zwischen der Schweiz und Liechtenstein – ein Erzeugnis mit Ursprung in Liechtenstein als Erzeugnis mit Ursprung in der Schweiz.

Artikel 39

Republik San Marino

Unbeschadet des Artikels 2 gilt – wegen der Zollunion zwischen der Europäischen Union und der Republik San Marino – ein Erzeugnis mit Ursprung in der Republik San Marino als Erzeugnis mit Ursprung in der Europäischen Union.

Artikel 40

Fürstentum Andorra

Unbeschadet des Artikels 2 gilt – wegen der Zollunion zwischen der Europäischen Union und dem Fürstentum Andorra – ein Erzeugnis mit Ursprung im Fürstentum Andorra, das in die Kapitel 25 bis 97 des Harmonisierten Systems einzureihen ist, als Erzeugnis mit Ursprung in der Europäischen Union.

Artikel 41

Ceuta und Melilla

(1) Für die Zwecke dieser Regeln schließt der Begriff „Europäische Union“ Ceuta und Melilla nicht ein.

(2) Ursprungserzeugnisse Bosnien und Herzegowina erhalten bei ihrer Einfuhr nach Ceuta und Melilla in jeder Hinsicht die gleiche Zollbehandlung wie diejenige, die nach Maßgabe des Protokolls Nr. 2 zur Akte über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Spanien und die Portugiesische Republik und die Anpassungen der Verträge ([3]) für Erzeugnisse mit Ursprung im Zollgebiet der Europäischen Union gewährt wird. Bosnien und Herzegowina gewährt bei der Einfuhr von unter das relevante Abkommen fallenden Erzeugnissen mit Ursprung in Ceuta und Melilla die gleiche Zollbehandlung wie diejenige, die für aus der Europäischen Union eingeführte Ursprungserzeugnisse der Europäischen Union gewährt wird.

(3) Für die Zwecke des Absatzes 2 des vorliegenden Artikels betreffend Ursprungserzeugnisse Ceutas und Melillas gelten diese Regeln vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen in Anhang V sinngemäß.

([3]) ABl. L 302 vom 15.11.1985, S. 23.

ANHANG I

EINLEITENDE BEMERKUNGEN ZUR LISTE IN ANHANG II

Bemerkung 1 – Allgemeine Einleitung

In der Liste sind für alle Erzeugnisse die Bedingungen festgelegt, die zu erfüllen sind, damit diese Erzeugnisse als in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet im Sinne des Titels II Artikel 4 dieser Anlage angesehen werden können. Je nach Erzeugnis gibt es vier verschiedene Arten von Regeln:

a) durch die Be- oder Verarbeitung wird ein Höchstanteil an Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft nicht überschritten;

b) infolge der Be- oder Verarbeitung ist das betreffende Erzeugnis in eine andere vierstellige Position oder sechsstellige Unterposition des Harmonisierten Systems einzureihen als die verwendeten Vormaterialien;

c) es findet ein bestimmter Be- oder Verarbeitungsvorgang statt;

d) die Be- oder Verarbeitung erfolgt mit vollständig gewonnenen oder hergestellten Vormaterialien.

Bemerkung 2 – Aufbau der Liste

2.1. Die ersten beiden Spalten in der Liste beschreiben die hergestellten Erzeugnisse. In Spalte 1 steht die Position oder das Kapitel nach dem Harmonisierten System, in Spalte 2 die Warenbezeichnung, die im Harmonisierten System für diese Position oder dieses Kapital verwendet wird. Für jede Eintragung in den ersten beiden Spalten ist in Spalte 3 eine Regel vorgesehen. Steht vor der Eintragung in Spalte 1 ein „ex“, so bedeutet dies, dass die Regel in Spalte 3 nur für jenen Teil der Position oder des Kapitels gilt, der in Spalte 2 genannt ist.

2.2. In Spalte 1 sind in bestimmten Fällen mehrere Positionen zusammengefasst oder Kapitel angeführt; dementsprechend ist die zugehörige Warenbezeichnung in Spalte 2 in allgemeiner Form enthalten. Die entsprechende Regel in Spalte 3 bezieht sich dann auf alle Erzeugnisse, die nach dem Harmonisierten System in die Positionen des Kapitels oder in jede der Positionen einzureihen sind, die in Spalte 1 zusammengefasst sind.

2.3. Sind in dieser Liste verschiedene Regeln angeführt, die auf verschiedene Erzeugnisse einer Position anzuwenden sind, so enthält jede Eintragung die Bezeichnung jenes Teils der Position, auf die sich die entsprechende Regel in Spalte 3 bezieht.

2.4. Sind in Spalte 3 zwei alternative, durch „oder“ getrennte Regeln angeführt, so kann der Ausführer zwischen diesen wählen.

Bemerkung 3 – Beispiele zur richtigen Anwendung der Regeln

3.1. Titel II Artikel 4 dieser Anlage betreffend Erzeugnisse, welche die Ursprungseigenschaft erworben haben und zur Herstellung anderer Erzeugnisse verwendet werden, gilt unabhängig davon, ob die Ursprungseigenschaft in dem Unternehmen erworben wurde, in dem diese Erzeugnisse verwendet werden, oder in einem anderen Unternehmen in einer Vertragspartei.

3.2. Gemäß Titel II Artikel 6 dieser Anlage muss die vorgenommene Be- oder Verarbeitung über die in diesem Artikel aufgelisteten Vorgänge hinausgehen. Andernfalls kann keine Präferenzzollbehandlung gewährt werden, auch wenn die in nachstehender Liste genannten Bedingungen erfüllt sind.

Vorbehaltlich Titel II Artikel 6 dieser Anlage legen die Regeln in der Liste das Mindestausmaß der erforderlichen Be- oder Verarbeitungen fest, ein darüber hinausgehender Bearbeitungsvorgang verleiht gleichfalls die Ursprungseigenschaft; umgekehrt verleiht ein weniger weit gehender Herstellungsvorgang nicht die Ursprungseigenschaft.

Wenn daher eine Regel vorsieht, dass Vormaterial ohne Ursprungseigenschaft einer bestimmten Verarbeitungsstufe verwendet werden kann, ist auch die Verwendung von Vormaterial dieser Art auf einer niedrigeren Verarbeitungsstufe zulässig, nicht aber die Verwendung von solchem Vormaterial auf einer höheren Verarbeitungsstufe.

Wenn eine Regel vorsieht, dass Vormaterial ohne Ursprungseigenschaft einer bestimmten Verarbeitungsstufe nicht verwendet werden kann, ist die Verwendung von Vormaterial dieser Art auf einer niedrigeren Verarbeitungsstufe zulässig, nicht aber die Verwendung von solchem Vormaterial auf einer höheren Verarbeitungsstufe.

Beispiel: Sieht die Listenregel für Kapitel 19 vor, dass „Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft der Positionen 1101 bis 1108 20 v. H. des Gewichts nicht überschreiten darf“, so ist die Verwendung (also die Einfuhr) von Getreide des Kapitels 10 (Vormaterialien auf einer niedrigeren Verarbeitungsstufe) uneingeschränkt zulässig.

3.3. Wenn eine Regel das „Herstellen aus Vormaterialien jeder Position“ erlaubt, können unbeschadet der Bemerkung 3.2 Vormaterialien jeder Position (auch Vormaterialien der Position der hergestellten Ware mit derselben Warenbezeichnung) verwendet werden, wenn die besonderen Beschränkungen beachtet werden, die die Regel gegebenenfalls enthält.

Jedoch bedeutet der Ausdruck „Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, einschließlich aus anderen Vormaterialien der Position …“ oder „Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, einschließlich aus anderen Vormaterialien derselben Position wie der hergestellten Ware“, dass Vormaterialien jeder Position verwendet werden können, mit Ausnahme derjenigen, die dieselbe Warenbezeichnung haben wie die, die sich aus Spalte 2 ergibt.

3.4. Wenn eine Regel in der Liste vorsieht, dass ein Erzeugnis aus mehr als einem Vormaterial hergestellt werden kann, bedeutet dies, dass eines oder mehrere dieser Vormaterialien verwendet werden können. Es müssen aber nicht alle verwendet werden.

3.5. Wenn eine Regel in der Liste vorsieht, dass ein Erzeugnis aus einem bestimmten Vormaterial hergestellt werden muss, so schließt diese Bedingung die Verwendung anderer Vormaterialien nicht aus, die ihrer Natur nach nicht unter diese Regel fallen können.

3.6. Sind in einer Regel in dieser Liste als Höchstwert für die zulässigen Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft zwei Vomhundertsätze vorgesehen, so dürfen diese nicht zusammengezählt werden. Der Gesamtwert aller Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft darf den höheren der vorgesehenen Vomhundertsätze niemals überschreiten. Darüber hinaus dürfen die einzelnen Vomhundertsätze bezüglich der jeweiligen Vormaterialien, für die sie vorgesehen sind, nicht überschritten werden.

Bemerkung 4 – Allgemeine Bestimmungen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse

4.1. Landwirtschaftliche Erzeugnisse der Kapitel 6, 7, 8, 9, 10 und 12 sowie der Position 2401, die im Gebiet einer Vertragspartei angebaut oder geerntet werden, gelten auch dann als Erzeugnisse mit Ursprung in dieser Vertragspartei, wenn sie aus Saatgut, Bulben, Zwiebeln, Knollen, Wurzelstöcken, Stecklingen, Pfröpflingen, Sprossen, Knospen oder anderen lebenden Teilen von Pflanzen erzeugt werden, die eingeführt wurden.

4.2. In Fällen, in denen für den Gehalt an Zucker ohne Ursprungseigenschaft in einem Erzeugnis eine Höchstgrenze gilt, wird zu deren Berechnung das Gewicht der Zucker der Positionen 1701 (Saccharose) und 1702 (z. B. Fructose, Glucose, Lactose, Maltose, Isoglucose oder Invertzuckercreme) berücksichtigt, die bei der Herstellung des Enderzeugnisses und beim Herstellen der in dem Enderzeugnis verarbeiteten Erzeugnisse ohne Ursprungseigenschaft verwendet worden sind.

Bemerkung 5 – In Bezug auf bestimmte Spinnstofferzeugnisse verwendete Begriffe

5.1. Der in der Liste verwendete Begriff „natürliche Fasern“ bezieht sich auf alle Fasern, die nicht künstlich oder synthetisch sind. Er ist auf die Verarbeitungsstufen vor dem Spinnen beschränkt und schließt auch Abfälle ein. Sofern nichts anderes bestimmt ist, umfasst er daher auch Fasern, die gekrempelt, gekämmt oder auf andere Weise bearbeitet, aber noch nicht gesponnen sind.

5.2. Der Begriff „natürliche Fasern“ umfasst Rosshaar der Position 0511, Seide der Positionen 5002 und 5003, Wolle, feine und grobe Tierhaare der Positionen 5101 bis 5105, Baumwolle der Positionen 5201 bis 5203 und andere pflanzliche Spinnstoffe der Positionen 5301 bis 5305.

5.3. Die Begriffe „Spinnmasse“, „chemische Materialien“ und „Materialien für die Papierherstellung“ stehen in dieser Liste als Beispiel für alle nicht in die Kapitel 50 bis 63 einzureihenden Vormaterialien, die für die Herstellung künstlicher oder synthetischer Fasern oder Garne oder solcher aus Papier verwendet werden können.

5.4. Der in dieser Liste verwendete Begriff „synthetische oder künstliche Spinnfasern“ bezieht sich auf Kabel aus synthetischen oder künstlichen Filamenten, synthetische oder künstliche Spinnfasern oder Abfälle der Positionen 5501 bis 5507.

5.5. „Bedrucken“ (in Kombination mit Weben, Wirken/Stricken, Tuften oder Beflocken) ist definiert als ein Verfahren, wodurch der Spinnstoff mithilfe von Sieb-, Walz-, Digital- oder Sublimationsdrucktechniken eine dauerhafte objektiv bewertbare Funktion, wie Farbe, Design oder technische Leistung, erhält.

5.6. „Bedrucken“ (als eigenständige Behandlung) ist definiert als ein Verfahren, bei dem der Spinnstoff eine dauerhafte objektiv bewertbare Funktion, wie Farbe, Design oder technische Leistung, erhält, und zwar mithilfe von Sieb-, Walz-, Digital- oder Sublimationsdrucktechniken und mindestens zwei Vor- oder Nachbehandlungen (wie Reinigen, Bleichen, Merzerisieren, Thermofixieren, Aufhellen, Kalandrieren, krumpfecht Ausrüsten, Fixieren, Dekatieren, Tränken oder Ausbessern und Noppen), sofern der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet.

Bemerkung 6 – Toleranzen für Erzeugnisse, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien hergestellt sind

6.1. Wird bei einem Erzeugnis in der Liste auf diese Bemerkung verwiesen, so werden die in Spalte 3 der Liste vorgesehenen Bedingungen auf keines der bei der Herstellung dieses Erzeugnisses verwendeten textilen Grundmaterialien angewendet, die zusammengenommen 15 v. H. oder weniger des Gesamtgewichts aller verwendeten textilen Grundmaterialien ausmachen. (Siehe auch die Bemerkungen 6.3 und 6.4).

6.2. Diese Toleranz nach Bemerkung 6.1 kann jedoch nur auf Mischerzeugnisse angewandt werden, die aus zwei oder mehr textilen Grundmaterialien hergestellt sind.

Textile Grundmaterialien sind:

— Seide,

— Wolle,

— grobe Tierhaare,

— feine Tierhaare,

— Rosshaar,

— Baumwolle,

— Materialien für die Papierherstellung und Papier,

— Flachs,

— Hanf,

— Jute und andere textile Bastfasern,

— Sisal und andere textile Agavefasern,

— Kokos, Abaca, Ramie und andere pflanzliche Filamente,

— synthetische Filamente aus Polypropylen,

— synthetische Filamente aus Polyester,

— synthetische Filamente aus Polyamid,

— synthetische Filamente aus Polyacrylnitril,

— synthetische Filamente aus Polyimid,

— synthetische Filamente aus Polytetrafluorethylen,

— synthetische Filamente aus Poly(phenylensulfid),

— synthetische Filamente aus Poly(vinylchlorid),

— andere synthetische Filamente,

— künstliche Filamente aus Viskose,

— andere künstliche Filamente,

— elektrische Leitfilamente,

— synthetische Spinnfasern aus Polypropylen,

— synthetische Spinnfasern aus Polyester,

— synthetische Spinnfasern aus Polyamid,

— synthetische Spinnfasern aus Polyacrylnitril,

— synthetische Spinnfasern aus Polyimid,

— synthetische Spinnfasern aus Polytetrafluorethylen,

— synthetische Spinnfasern aus Poly(phenylensulfid),

— synthetische Spinnfasern aus Poly(vinylchlorid),

— andere synthetische Spinnfasern,

— künstliche Spinnfasern aus Viskose,

— andere künstliche Spinnfasern,

— Polyurethangarne mit Zwischenstücken aus elastischen Polyethersegmenten, auch umsponnen,

— Erzeugnisse der Position 5605 (Metallgarne), bestehend aus einer Seele aus Aluminiumfolie oder aus Kunststofffolie, auch mit Aluminiumpulver überzogen, mit einer Dicke von nicht mehr als 5 mm, die durch Kleben mit durchsichtigem oder farbigem Klebstoff zwischen zwei Lagen Kunststoff-Folie eingefügt ist,

— andere Erzeugnisse der Position 5605,

— Glasfasern,

— Metallfasern,

— Mineralfasern.

6.3. Diese Toleranz erhöht sich auf 20 v. H. für Erzeugnisse aus „Polyurethangarnen mit Zwischenstücken aus elastischen Polyethersegmenten, auch umsponnen".

6.4. Diese Toleranz erhöht sich auf 30 v. H. für Erzeugnisse aus Streifen von nicht mehr als 5 mm, bestehend aus einer Seele aus Aluminiumfolie oder aus Kunststofffolie, auch mit Aluminiumpulver überzogen, die durch Kleben mit durchsichtigem oder farbigem Klebstoff zwischen zwei Lagen Kunststofffolie eingefügt ist.

Bemerkung 7 – Andere Toleranzen für bestimmte Spinnstofferzeugnisse

7.1. Wird bei einem Erzeugnis in der Liste auf diese Bemerkung verwiesen, so können textile Vormaterialien, ausgenommen Futter und Einlagestoffe, die nicht die Regel erfüllen, die in Spalte 3 der Liste für die betreffenden Konfektionswaren vorgesehen ist, dennoch verwendet werden, vorausgesetzt, dass sie zu einer anderen Position gehören als das hergestellte Erzeugnis und ihr Wert 15 v. H. des Ab-Werk-Preises des hergestellten Erzeugnisses nicht überschreitet.

7.2. Unbeschadet der Bemerkung 7.3 können Vormaterialien, die nicht zu den Kapiteln 50 bis 63 gehören, ohne Rücksicht darauf, ob sie Spinnstoffe enthalten oder nicht, unbeschränkt verwendet werden.

7.3. Der Wert der nicht zu den Kapiteln 50 bis 63 gehörenden Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft muss bei der Berechnung des Wertes der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft berücksichtigt werden, wenn eine Prozentregel gilt.

Bemerkung 8 – Definition begünstigter Verfahren und einfacher Verfahren für bestimmte Erzeugnisse des Kapitels 27

8.1. Als „begünstigte Verfahren" im Sinne der Positionen ex 2707 und 2713 gelten:

a) die Vakuumdestillation;

b) die Redestillation zur weitgehenden Zerlegung;

c) das Kracken;

d) das Reformieren;

e) die Raffination mit Selektiv-Lösemitteln;

f) das Verfahren, das sämtliche der folgenden Schritte umfasst: die Behandlung mit konzentrierter Schwefelsäure, Oleum oder Schwefelsäureanhydrid, die Neutralisation mit Alkalien, das Bleichen und Reinigen mit von Natur aktiven Erden, mit Bleicherde, Aktivkohle oder Bauxit;

g) die Polymerisation;

h) die Alkylierung;

i) die Isomerisation.

8.2. Als „begünstigte Verfahren“ im Sinne der Positionen 2710, 2711 und 2712 gelten:

a) die Vakuumdestillation;

b) die Redestillation zur weitgehenden Zerlegung;

c) das Kracken;

d) das Reformieren;

e) die Raffination mit Selektiv-Lösemitteln;

f) das Verfahren, das sämtliche der folgenden Schritte umfasst: die Behandlung mit konzentrierter Schwefelsäure, Oleum oder Schwefelsäureanhydrid, die Neutralisation mit Alkalien, das Bleichen und Reinigen mit von Natur aktiven Erden, mit Bleicherde, Aktivkohle oder Bauxit;

g) die Polymerisation;

h) die Alkylierung;

i) die Isomerisation;

j) nur für Schweröle der Position ex 2710: das Entschwefeln unter Verwendung von Wasserstoff, wenn dabei der Schwefelgehalt der verarbeiteten Erzeugnisse um mindestens 85 v. H. vermindert wird (Methode ASTM D 1266-59 T);

k) nur für Erzeugnisse der Position 2710: das Entparaffinieren, ausgenommen einfaches Filtern;

l) nur für Schweröle der Position ex 2710: die Behandlung mit Wasserstoff bei einem Druck über 20 bar und einer Temperatur über 250 °C mit Hilfe eines Katalysators zu anderen Zwecken als zum Entschwefeln, wenn dabei der Wasserstoff aktiv an einer chemischen Reaktion beteiligt ist. Die Nachbehandlung von Schmierölen der Position ex 2710 mit Wasserstoff (zum Beispiel Hydrofinishing oder Entfärbung) zur Verbesserung insbesondere der Farbe oder der Stabilität gilt jedoch nicht als begünstigtes Verfahren;

m) nur für Heizöl der Position ex 2710: die atmosphärische Destillation, wenn bei der Destillation der Erzeugnisse nach der Methode ASTM D 86 bei 300 °C einschließlich der Destillationsverluste weniger als 30 RHT übergehen;

n) nur für Schweröle, andere als Gasöl und Heizöl der Position ex 2710: die Bearbeitung durch elektrische Hochfrequenz-Entladung;

o) nur für Produkte in Rohform der Position ex 2712 (andere als Vaselin, Ozokerit, Montanwachs oder Torfwachs, Paraffin mit einem Gehalt an Öl von weniger als 0,75 GHT): die Entölung durch fraktionierte Kristallisation.

8.3. Im Sinne der Positionen ex 2707 und 2713 verleihen einfache Behandlungen wie Reinigen, Klären, Entsalzen, Abscheiden des Wassers, Filtern, Färben, Markieren, die Erzielung eines bestimmten Schwefelgehalts durch Mischen von Erzeugnissen mit unterschiedlichem Schwefelgehalt, alle Kombinationen dieser Behandlungen oder ähnliche Behandlungen nicht die Ursprungseigenschaft.

Bemerkung 9 – Definition begünstigter Verfahren und einfacher Verfahren für bestimmte Erzeugnisse der Kapitel

9.1. Erzeugnisse des Kapitels 30, die in einer Vertragspartei unter Verwendung von Zellkulturen hergestellt werden, gelten als Erzeugnisse mit Ursprung in dieser Vertragspartei. Der Begriff „Zellkultur“ ist definiert als die Kultivierung menschlicher, tierischer und pflanzlicher Zellen unter kontrollierten Bedingungen (z. B. genau festgelegte Temperatur, Nährmedium, Gasgemisch, pH-Wert) außerhalb eines lebenden Organismus.

9.2. Erzeugnisse der Kapitel 29 (ausgenommen 290.43-2905.44), 30, 32, 33 (ausgenommen 3302.10, 3301) 34, 35 (ausgenommen 35.01, 3502.11-3502.19, 3502.20, 35.05), 36, 37, 38 (ausgenommen 3809.10, 38.23, 3824.60, 38.26) und 39 (ausgenommen 39.16-39.26) die in einer Vertragspartei durch Fermentierung hergestellt werden, gelten als Erzeugnisse mit Ursprung in dieser Vertragspartei. „Fermentierung" ist ein biotechnologischer Prozess, bei dem menschliche, tierische und pflanzliche Zellen, Bakterien, Hefen, Pilze oder Enzyme zur Herstellung von Erzeugnissen der Kapitel 29 bis 39 verwendet werden.

9.3. Die folgenden Verarbeitungen werden gemäß Artikel 4 Absatz 1 als ausreichend erachtet bei Erzeugnissen der Kapitel 28, 29 (ausgenommen 2905.43-2905.44), 30, 32, 33 (ausgenommen 3302.10, 3301) 34, 35 (ausgenommen 35.01, 3502.11-3502.19, 3502.,20, 35.05), 36, 37, 38 (ausgenommen 3809.10, 38.23, 3824.60, 38.26) und 39 (ausgenommen 39.16-39.26):

— Chemische Reaktion: Eine „chemische Reaktion" ist ein Prozess (einschließlich eines biochemischen Prozesses), bei dem durch Auflösung intramolekularer Bindungen und Bildung neuer intramolekularer Bindungen oder durch Änderung der räumlichen Anordnung von Atomen in einem Molekül ein Molekül mit einer neuen Struktur entsteht. Eine chemische Reaktion kann durch eine Änderung der „CAS-Nummer" ausgedrückt werden.

  Folgende Verfahren sollten nicht für Ursprungszwecke in Betracht gezogen werden: a) Auflösen in Wasser oder anderen Lösungsmitteln, b) Entzug von Lösungsmitteln einschließlich des Lösungsmittels Wasser oder c) Hinzufügen oder Entzug von Kristallwasser. Eine chemische Reaktion gemäß der obigen Definition ist als ursprungsverleihend anzusehen.

— Mischungen und Gemische: Das absichtliche und bezogen auf die Anteile kontrollierte Mischen oder Vermengen (einschließlich Verteilen) von Vormaterialien, außer der Zugabe von Verdünnungsmitteln, zur Einhaltung vorher festgelegter Spezifikationen, das zur Herstellung einer Ware führt, deren physikalische oder chemische Eigenschaften für die Zwecke oder die Verwendung der Ware relevant sind und sich von denen der eingesetzten Vormaterialien unterscheiden, ist als ursprungsverleihend anzusehen.

— Reinigung: Die Reinigung ist als ursprungsverleihend anzusehen, sofern diese im Gebiet einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien erfolgt und dazu führt, dass eines der folgenden Kriterien erfüllt ist:

  a) Die Reinigung einer Ware führt zur Beseitigung von mindestens 80 % der enthaltenen Verunreinigungen; oder

  b) die Verringerung oder Beseitigung von Verunreinigungen führt zu einer Ware mit geeigneter Qualität für einen oder mehrere der folgenden Verwendungszwecke:

     i) Stoffe in pharmazeutischer, medizinischer, kosmetischer, Veterinär- oder Lebensmittelqualität;

     ii) chemische Erzeugnisse und Reagenzien zur Verwendung im Analyse-, Diagnose- oder Laborbereich;

     iii) Elemente und Bauteile zur Verwendung in der Mikroelektronik;

     iv) optische Spezialzwecke;

     v) Verwendung in der Biotechnik (z. B. in der Zellkulturtechnik, in der Gentechnik oder als Katalysatoren);

     vi) Träger zur Verwendung in Trennverfahren oder

     vii) nukleare Verwendungszwecke.

— Änderung der Partikelgröße: Die absichtliche und kontrollierte Änderung der Partikelgröße einer Ware auf andere Weise als durch einfaches Zerkleinern oder Zermahlen, die zu einer Ware führt, deren spezifische Partikelgröße, Partikelgrößenverteilung oder Oberfläche für die Verwendungszwecke der entstehenden Ware relevant sind und deren physikalische oder chemische Eigenschaften sich von denen der eingesetzten Vormaterialien unterscheiden, ist als ursprungverleihend anzusehen.

— Standardvormaterialien: Standardvormaterialien (einschließlich Standardlösungsmitteln) sind vom Hersteller zertifizierte Präparate für Analyse-, Kalibrierungs- und Referenzzwecke mit präzisen Reinheitsgraden oder Anteilen. Die Herstellung von Standardvormaterialien ist als ursprungsverleihend anzusehen.

— Isomerentrennung: Das Isolieren oder Abtrennen einzelner Isomere aus einem Isomerengemisch ist als ursprungsverleihend anzusehen.

LISTE DER BE- ODER VERARBEITUNGEN, DIE AN VORMATERIALIEN OHNE URSPRUNGSEIGENSCHAFT VORGENOMMEN WERDEN MÜSSEN, UM DER WARE DIE URSPRUNGSEIGENSCHAFT ZU VERLEIHEN

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
Kapitel 1	Lebende Tiere	Alle Tiere des Kapitels 1 müssen vollständig gewonnen oder hergestellt sein
Kapitel 2	Fleisch und genießbare Schlachtnebenerzeugnisse	Herstellen, bei dem alles Fleisch und alle genießbaren Schlachtnebenerzeugnisse in den Erzeugnissen dieses Kapitels vollständig gewonnen oder hergestellt sind
Kapitel 3	Fische und Krebstiere, Weichtiere und andere wirbellose Wassertiere	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 3 vollständig gewonnen oder hergestellt sind
Kapitel 4	Milch und Milcherzeugnisse; Vogeleier; natürlicher Honig; genießbare Waren tierischen Ursprungs, anderweit weder genannt noch inbegriffen	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 4 vollständig gewonnen oder hergestellt sind
ex Kapitel 5	Andere Waren tierischen Ursprungs, anderweit weder genannt noch inbegriffen, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position
ex 0511 91	Ungenießbare Fischrogen und Fischmilch	Aller Rogen und alle Fischmilch sind vollständig gewonnen oder hergestellt
Kapitel 6	Lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels; Bulben, Zwiebeln, Knollen, Wurzelknollen und Wurzelstöcke; Schnittblumen und Pflanzenteile zu Binde- oder Zierzwecken	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 6 vollständig gewonnen oder hergestellt sind
Kapitel 7	Gemüse, Pflanzen, Wurzeln und Knollen, die zu Ernährungszwecken verwendet werden	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 7 vollständig gewonnen oder hergestellt sind
Kapitel 8	Genießbare Früchte und Nüsse; Schalen von Zitrusfrüchten oder von Melonen	Herstellen, bei dem alle Früchte, Nüsse und Schalen von Zitrusfrüchten oder von Melonen des Kapitels 8 vollständig gewonnen oder hergestellt sind
Kapitel 9	Kaffee, Tee, Mate und Gewürze	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position
Kapitel 10	Getreide	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 10 vollständig gewonnen oder hergestellt sind
Kapitel 11	Müllereierzeugnisse; Malz; Stärke; Inulin; Kleber von Weizen	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien der Kapitel 8, 10 und 11, der Positionen 0701, 0714, 2302 und 2303 sowie der Unterposition 0710 10 vollständig gewonnen oder hergestellt sind
Kapitel 12	Ölsamen und ölhaltige Früchte; verschiedene Samen und Früchte; Pflanzen zum Gewerbe- oder Heilgebrauch; Stroh und Futter	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
ex Kapitel 13	Schellack; Gummen, Harze und andere Pflanzensäfte und Pflanzenauszüge, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
ex 1302	Pektinstoffe, Pektinate und Pektate	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, bei dem das Gewicht des verwendeten Zuckers 40 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 14	Flechtstoffe und andere Waren pflanzlichen Ursprungs, anderweit weder genannt noch inbegriffen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position
ex Kapitel 15	Tierische und pflanzliche Fette und Öle; Erzeugnisse ihrer Spaltung; genießbare verarbeitete Fette; Wachse tierischen und pflanzlichen Ursprungs, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
1504 bis 1506	Fette und Öle sowie deren Fraktionen, von Fischen oder Meeressäugetieren; Wollfett und daraus stammende Fettstoffe, einschließlich Lanolin; andere tierische Fette und Öle sowie deren Fraktionen, auch raffiniert, jedoch nicht chemisch modifiziert	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position
1508	Erdnussöl und seine Fraktionen, auch raffiniert, jedoch nicht chemisch modifiziert	Herstellen aus Vormaterialien jeder Unterposition, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Unterposition wie das Erzeugnis
1509 und 1510	Olivenöl und seine Fraktionen	Herstellen, bei dem alle verwendeten pflanzlichen Vormaterialien vollständig gewonnen oder hergestellt sind
1511	Palmöl und seine Fraktionen, auch raffiniert, jedoch nicht chemisch modifiziert	Herstellen aus Vormaterialien jeder Unterposition, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Unterposition wie das Erzeugnis
ex 1512	Sonnenblumenöl und seine Fraktionen	
	— zu technischen oder industriellen Zwecken, ausgenommen zum Herstellen von Lebensmitteln	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis,
	— andere	Herstellen, bei dem alle verwendeten pflanzlichen Vormaterialien vollständig gewonnen oder hergestellt sind
1515	Andere pflanzliche Fette und fette Öle (einschließlich Jojobaöl) sowie deren Fraktionen, auch raffiniert, jedoch nicht chemisch modifiziert	Herstellen aus Vormaterialien jeder Unterposition, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Unterposition wie das Erzeugnis
ex 1516	Fette und Öle sowie deren Fraktionen, von Fischen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position
1520	Glycerin, roh; Glycerinwasser und Glycerinunterlaugen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position
Kapitel 16	Zubereitungen von Fleisch, Fischen oder von Krebstieren, Weichtieren und anderen wirbellosen Wassertieren	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien der Kapitel 2, 3 und 16 vollständig gewonnen oder hergestellt sind

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
ex Kapitel 17	Zucker und Zuckerwaren, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
1702	Andere Zucker, einschließlich chemisch reine Lactose, Maltose, Glucose und Fructose, fest; Zuckersirupe, ohne Zusatz von Aroma- oder Farbstoffen; Invertzuckercreme, auch mit natürlichem Honig vermischt; Zucker und Melassen, karamellisiert:	
	— chemische reine Maltose und Fructose	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, einschließlich anderer Vormaterialien der Position 1702
	— andere	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, bei dem das Gewicht der verwendeten Vormaterialien der Positionen 1101 bis 1108, 1701 und 1703 30 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet
1704	Zuckerwaren ohne Kakaogehalt (einschließlich weißer Schokolade)	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, bei dem — das Gewicht des verwendeten Zuckers 40 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet oder — der Wert des verwendeten Zuckers 30 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
ex Kapitel 18	Kakao und Zubereitungen aus Kakao, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, bei dem das Gewicht des verwendeten Zuckers 40 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet
ex 1806	Schokolade und andere kakaohaltige Lebensmittelzubereitungen, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, bei dem — das Gewicht des verwendeten Zuckers 40 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet oder — der Wert des verwendeten Zuckers 30 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
1806 10	Kakaopulver mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, bei dem das Gewicht des verwendeten Zuckers 40 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
1901	Malzextrakt; Lebensmittelzubereitungen aus Mehl, Grütze, Grieß, Stärke oder Malzextrakt, ohne Gehalt an Kakao oder mit einem Gehalt an Kakao, berechnet als vollständig entfetteter Kakao, von weniger als 40 GHT, anderweit weder genannt noch inbegriffen; Lebensmittelzubereitungen aus Waren der Positionen 0401 bis 0404, ohne Gehalt an Kakao oder mit einem Gehalt an Kakao, berechnet als vollständig entfetteter Kakao, von weniger als 5 GHT, anderweit weder genannt noch inbegriffen:	
	— Malzextrakt	Herstellen aus Getreide des Kapitels 10
	— andere	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, bei dem das Einzelgewicht des verwendeten Zuckers und der verwendeten Vormaterialien des Kapitels 4 40 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet
1902	Teigwaren, auch gekocht oder gefüllt (mit Fleisch oder anderen Stoffen) oder in anderer Weise zubereitet, z. B. Spaghetti, Makkaroni, Nudeln, Lasagne, Gnocchi, Ravioli, Cannelloni; Couscous, auch zubereitet	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, bei dem — das Gewicht der verwendeten Vormaterialien der Positionen 1006 und 1101 bis 1108 20 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet und — das Gewicht der verwendeten Vormaterialien der Kapitel 2, 3 und 16 20 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet
1903	Tapiokasago und Sago aus anderen Stärken, in Form von Flocken, Graupen, Perlen, Krümeln und dergleichen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Kartoffelstärke der Position 1108
1904	Lebensmittel, durch Aufblähen oder Rösten von Getreide oder Getreideerzeugnissen hergestellt (z. B. Cornflakes); Getreide (ausgenommen Mais) in Form von Körnern oder Flocken oder anders bearbeiteten Körnern, ausgenommen Mehl, Grobgrieß und Feingrieß, vorgekocht oder in anderer Weise zubereitet, anderweit weder genannt noch inbegriffen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, bei dem — das Gewicht der verwendeten Vormaterialien der Positionen 1006 und 1101 bis 1108 20 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet und — das Gewicht des verwendeten Zuckers 40 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet
1905	Backwaren, auch kakaohaltig; Hostien, leere Oblatenkapseln von der für Arzneiwaren verwendeten Art, Siegeloblaten, getrocknete Teigblätter aus Mehl oder Stärke und ähnliche Waren	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, bei dem das Gewicht der verwendeten Vormaterialien der Positionen 1006 und 1101 bis 1108 20 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet
ex Kapitel 20	Zubereitungen von Gemüse, Früchten, Nüssen oder anderen Pflanzenteilen, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
2002 und 2003	Tomaten, Pilze und Trüffeln, anders als mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, bei dem alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 7 vollständig gewonnen oder hergestellt sind
2006	Gemüse, Früchte, Nüsse, Fruchtschalen und andere Pflanzenteile, mit Zucker haltbar gemacht (durchtränkt und abgetropft, glasiert oder kandiert)	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, bei dem das Gewicht des verwendeten Zuckers 40 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet
2007	Konfitüren, Fruchtgelees, Marmeladen, Fruchtmuse und Fruchtpasten, durch Kochen hergestellt, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, bei dem das Gewicht des verwendeten Zuckers 40 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet
ex 2008	Andere Erzeugnisse als — Schalenfrüchte, ohne Zusatz von Zucker oder Alkohol — Erdnussbutter; Mischungen auf der Grundlage von Getreide; Palmherzen; Mais — Früchte, in anderer Weise als in Wasser oder Dampf gegart, ohne Zusatz von Zucker; gefroren	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, bei dem das Gewicht des verwendeten Zuckers 40 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet
2009	Fruchtsäfte (einschließlich Traubenmost) und Gemüsesäfte, nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, bei dem das Gewicht des verwendeten Zuckers 40 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet
ex Kapitel 21	Verschiedene Lebensmittelzubereitungen, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
2103	— Zubereitungen zum Herstellen von Würzsoßen und zubereitete Würzsoßen; zusammengesetzte Würzmittel	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis. Jedoch darf Senfmehl, auch zubereitet, oder Senf verwendet werden
	— Senfmehl, auch zubereitet, und Senf	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position
2105	Speiseeis, auch kakaohaltig	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, bei dem — das Einzelgewicht des verwendeten Zuckers und der verwendeten Vormaterialien des Kapitels 4 40 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet und — das Gesamtgewicht des verwendeten Zuckers und der verwendeten Vormaterialien des Kapitels 4 60 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
2106	Lebensmittelzubereitungen, anderweit weder genannt noch inbegriffen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, bei dem das Gewicht des verwendeten Zuckers 40 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet
ex Kapitel 22	Getränke, alkoholhaltige Flüssigkeiten und Essig, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, bei dem alle verwendeten Vormaterialien der Unterpositionen 0806 10, 2009 61 und 2009 69 vollständig gewonnen oder hergestellt sind
2202	Wasser, einschließlich Mineralwasser und kohlensäurehaltiges Wasser, mit Zusatz von Zucker, anderen Süßmitteln oder Aromastoffen, und andere nicht alkoholhaltige Getränke, ausgenommen Frucht- und Gemüsesäfte der Position 2009	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
2207 und 2208	Ethylalkohol mit einem Alkoholgehalt von mehr oder weniger als 80 % vol, unvergällt; Branntwein, Likör und andere alkoholhaltige Getränke	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien der Position 2207 oder 2208, bei dem alle verwendeten Vormaterialien der Unterpositionen 0806 10, 2009 61 und 2009 69 vollständig gewonnen oder hergestellt sind
ex Kapitel 23	Rückstände und Abfälle der Lebensmittelindustrie; zubereitetes Futter, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
2309	Zubereitungen von der zur Fütterung verwendeten Art	Herstellen, bei dem — alle verwendeten Vormaterialien der Kapitel 2 und 3 vollständig gewonnen oder hergestellt sind, — das Gewicht der verwendeten Vormaterialien der Kapitel 10 und 11 und der Positionen 2302 und 2303 20 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet, — das Einzelgewicht des verwendeten Zuckers und der verwendeten Vormaterialien des Kapitels 4 40 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet und — das Gesamtgewicht des verwendeten Zuckers und der verwendeten Vormaterialien des Kapitels 4 50 v. H. des Gewichts des Enderzeugnisses nicht überschreitet
ex Kapitel 24	Tabak und verarbeitete Tabakersatzstoffe, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, bei dem das Gewicht der verwendeten Vormaterialien der Position 2401 30 v. H. des Gesamtgewichts der verwendeten Vormaterialien des Kapitels 24 nicht überschreitet
2401	Tabak, unverarbeitet; Tabakabfälle	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien der Position 2401 vollständig gewonnen oder hergestellt sind

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
ex 2402	Zigaretten, aus Tabak oder Tabakersatzstoffen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis und aus Rauchtabak der Unterposition 2403 19, bei dem mindestens 10 GHT aller verwendeten Vormaterialien der Position 2401 vollständig gewonnen oder hergestellt sind
ex 2403	Erzeugnisse zum Inhalieren durch Erhitzen oder durch andere Verfahren, ohne Verbrennung	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, bei dem mindestens 10 GHT aller verwendeten Vormaterialien der Position 2401 vollständig gewonnen oder hergestellt sind
ex Kapitel 25	Salz; Schwefel; Steine und Erden; Gips, Kalk und Zement, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 70 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
ex 2519	Natürliches Magnesiumcarbonat (Magnesit), gebrochen, in luftdicht verschlossenen Behältnissen, und Magnesiumoxid, auch chemisch rein, ausgenommen geschmolzene Magnesia und totgebrannte (gesinterte) Magnesia	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis. Jedoch darf natürliches Magnesiumcarbonat (Magnesit) verwendet werden
Kapitel 26	Erze sowie Schlacken und Aschen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
ex Kapitel 27	Mineralische Brennstoffe, Mineralöle und Erzeugnisse ihrer Destillation; bituminöse Stoffe; Mineralwachse, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
ex 2707	Öle, in denen die aromatischen Bestandteile in Bezug auf das Gewicht gegenüber den nicht aromatischen Bestandteilen überwiegen und die ähnlich sind den Mineralölen und anderen Erzeugnissen der Destillation des Hochtemperatur-Steinkohlenteers, bei deren Destillation bis 250 °C mindestens 65 RHT übergehen (einschließlich der Benzin-Benzol-Gemische), zur Verwendung als Kraft- oder Heizstoffe	Raffination und/oder ein oder mehrere begünstigte [1] oder andere Verfahren, bei denen alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als das Erzeugnis einzureihen sind. Jedoch dürfen Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
2710	Erdöl und Öl aus bituminösen Mineralien, ausgenommen rohe Öle; Zubereitungen mit einem Gehalt an Erdöl oder Öl aus bituminösen Mineralien von 70 GHT oder mehr, in denen diese Öle den Charakter der Waren bestimmen, anderweit weder genannt noch inbegriffen; Ölabfälle	Raffination und/oder ein oder mehrere begünstigte Verfahren ([1]) oder andere Verfahren, bei denen alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als das Erzeugnis einzureihen sind. Jedoch dürfen Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
2711	Erdgas und andere gasförmige Kohlenwasserstoffe	Raffination und/oder ein oder mehrere begünstigte ([1]) oder andere Verfahren, bei denen alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als das Erzeugnis einzureihen sind. Jedoch dürfen Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
2712	Vaselin; Paraffin, mikrokristallines Erdölwachs, paraffinische Rückstände („slack wax“), Ozokerit, Montanwachs, Torfwachs, andere Mineralwachse und ähnliche durch Synthese oder andere Verfahren gewonnene Erzeugnisse, auch gefärbt	Raffination und/oder ein oder mehrere begünstigte Verfahren ([1]) oder andere Verfahren, bei denen alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als das Erzeugnis einzureihen sind. Jedoch dürfen Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
2713	Petrolkoks, Bitumen aus Erdöl und andere Rückstände aus Erdöl oder Öl aus bituminösen Mineralien	Raffination und/oder ein oder mehrere begünstigte Verfahren ([1]) oder andere Verfahren, bei denen alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als das Erzeugnis einzureihen sind. Jedoch dürfen Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
Kapitel 28	Anorganische chemische Erzeugnisse; anorganische oder organische Verbindungen von Edelmetallen, von Seltenerdmetallen, von radioaktiven Elementen oder von Isotopen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis. Jedoch dürfen Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 20 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
ex Kapitel 29	Organische chemische Erzeugnisse, ausgenommen:	Begünstigte(s) Verfahren ([4]) oder Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis. Jedoch dürfen Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 20 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
ex 2901	Acyclische Kohlenwasserstoffe, zur Verwendung als Kraft- oder Heizstoffe	Begünstigte(s) Verfahren ([4]) oder Raffination und/oder ein oder mehrere begünstigte Verfahren ([1]) oder Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis. Jedoch dürfen Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
ex 2902	Cyclane und Cyclene (ausgenommen Azulene), Benzol, Toluol, Xylole, zur Verwendung als Kraft- oder Heizstoffe	Begünstigte(s) Verfahren ([4]) oder Raffination und/oder ein oder mehrere begünstigte Verfahren ([1]) oder Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis. Jedoch dürfen Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
ex 2905	Metallalkoholate von Alkoholen dieser Position oder von Ethanol	Begünstigte(s) Verfahren ([4]) oder Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, einschließlich aus anderen Vormaterialien der Position 2905. Jedoch dürfen Metallalkoholate dieser Position verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 20 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 30	Pharmazeutische Erzeugnisse	Begünstigte(s) Verfahren ([4]) oder Herstellen aus Vormaterialien jeder Position
Kapitel 31	Düngemittel	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis. Jedoch dürfen Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 20 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
Kapitel 32	Gerb- und Farbstoffauszüge; Tannine und ihre Derivate; Farbstoffe, Pigmente und andere Farbmittel; Anstrichfarben und Lacke; Kitte; Tinten	Begünstigte(s) Verfahren ([4]) oder Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis. Jedoch dürfen Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 20 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 33	Ätherische Öle und Resinoide; zubereitete Riech-, Körperpflege- oder Schönheitsmittel	Begünstigte(s) Verfahren ([4]) oder Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis. Jedoch dürfen Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 20 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 34	Seifen, organische grenzflächenaktive Stoffe, zubereitete Waschmittel, zubereitete Schmiermittel, künstliche Wachse, zubereitete Wachse, Schuhcreme, Scheuerpulver und dergleichen, Kerzen und ähnliche Erzeugnisse, Modelliermassen, „Dentalwachs“ und Zubereitungen für zahnärztliche Zwecke auf der Grundlage von Gips	Begünstigte(s) Verfahren ([4]) oder Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis. Jedoch dürfen Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 20 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet

ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2024/245/oj
ABl. L vom 18.1.2024

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
Kapitel 35	Eiweißstoffe; modifizierte Stärke; Klebstoffe; Enzyme	Begünstigte(s) Verfahren ([4]) oder Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis. Jedoch dürfen Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 20 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 36	Pulver und Sprengstoffe; pyrotechnische Artikel; Zündhölzer; Zündmetall-Legierungen; leicht entzündliche Stoffe	Begünstigte(s) Verfahren ([4]) oder Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis. Jedoch dürfen Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 20 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 37	Erzeugnisse zu fotografischen oder kinematografischen Zwecken	Begünstigte(s) Verfahren ([4]) oder Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis. Jedoch dürfen Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 20 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
ex Kapitel 38	Verschiedene Erzeugnisse der chemischen Industrie, ausgenommen:	Begünstigte(s) Verfahren ([4]) oder Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis. Jedoch dürfen Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 20 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
ex 3811	Zubereitete Antiklopfmittel, Antioxidantien, Antigums, Viskositätsverbesserer, Antikorrosivadditive und andere zubereitete Additive für Mineralöle (einschließlich Kraftstoffe) oder für andere, zu denselben Zwecken wie Mineralöle verwendete Flüssigkeiten: — zubereitete Additive für Schmieröle, Erdöl oder Öl aus bituminösen Mineralien enthaltend	Begünstigte(s) Verfahren ([4]) oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien der Position 3811 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
ex 3824 99 und ex 3826 00	Biodiesel	Herstellen, bei dem Biodiesel durch Umesterung und/oder Veresterung oder Wasserstoffbehandlung gewonnen wird
Kapitel 39	Kunststoffe und Waren daraus	Begünstigte(s) Verfahren ([4]) oder Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis. Jedoch dürfen Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 20 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
ex Kapitel 40	Kautschuk und Waren daraus, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
ex 4012	Luftreifen, Vollreifen oder Hohlkammerreifen, runderneuert, aus Kautschuk	Runderneuern von gebrauchten Reifen
ex Kapitel 41	Häute, Felle (andere als Pelzfelle) und Leder, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis,
4104 bis 4106	Gegerbte, auch getrocknete Häute und Felle, enthaart, auch gespalten, aber nicht zugerichtet	Nachgerben von vorgegerbtem Leder oder Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
Kapitel 42	Lederwaren; Sattlerwaren; Reiseartikel, Handtaschen und ähnliche Behältnisse; Waren aus Därmen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
ex Kapitel 43	Pelzfelle und künstliches Pelzwerk; Waren daraus, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
ex 4302	Pelzfelle, gegerbt oder zugerichtet, zusammengesetzt:	
	— in Platten, Kreuzen oder ähnlichen Formen.	Bleichen oder Färben mit Zuschneiden und Zusammensetzen von nicht zusammengesetzten gegerbten oder zugerichteten Pelzfellen
	— andere	Herstellen aus nicht zusammengesetzten gegerbten oder zugerichteten Pelzfellen
4303	Bekleidung, Bekleidungszubehör und andere Waren, aus Pelzfellen	Herstellen aus nicht zusammengesetzten gegerbten oder zugerichteten Pelzfellen der Position 4302

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
ex Kapitel 44	Holz und Holzwaren; Holzkohle, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
ex 4407	Holz, in der Längsrichtung gesägt oder gesäumt, gemessert oder geschält, mit einer Dicke von mehr als 6 mm, gehobelt, geschliffen oder an den Enden verbunden	Hobeln, Schleifen oder an den Enden verbinden
ex 4408	Furnierblätter (einschließlich der durch Messern von Lagenholz gewonnenen Blätter) und Blätter für Sperrholz, mit einer Dicke von 6 mm oder weniger, an den Kanten verbunden, und anderes Holz, in der Längsrichtung gesägt, gemessert oder geschält, mit einer Dicke von 6 mm oder weniger, gehobelt, geschliffen oder an den Enden verbunden	Hobeln, Schleifen oder an den Enden verbinden
ex 4410 bis ex 4413	Gefrieste oder profilierte Holzleisten und Holzfriese für Möbel, Rahmen, Innenausstattungen, elektrische Leitungen oder für ähnliche Zwecke	Friesen oder Profilieren
ex 4415	Kisten, Kistchen, Verschläge, Trommeln und ähnliche Verpackungsmittel, aus Holz	Herstellen aus noch nicht auf die erforderlichen Maße zugeschnittenen Brettern
ex 4418	— Bautischler- und Zimmermannsarbeiten, aus Holz	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis. Jedoch dürfen Verbundplatten mit Hohlraum-Mittellagen und Schindeln („shingles“ und „shakes“) verwendet werden.
	— gefrieste oder profilierte Leisten und Friese	Friesen oder Profilieren
ex 4421	Holz für Zündhölzer, vorgerichtet; Holznägel für Schuhe	Herstellen aus Holz jeder Position, ausgenommen aus Holzdraht der Position 4409
Kapitel 45	Kork und Korkwaren	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
Kapitel 46	Flechtwaren; Korbmacherwaren	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 47	Halbstoffe aus Holz oder anderen cellulosehaltigen Faserstoffen; Papier oder Pappe (Abfälle und Ausschuss) zur Wiedergewinnung	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 48	Papier und Pappe; Waren aus Papierhalbstoff, Papier oder Pappe	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 49	Bücher, Zeitungen, Bilddrucke und andere Erzeugnisse des grafischen Gewerbes; hand- oder maschinengeschriebene Schriftstücke und Pläne	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
ex Kapitel 50	Seide, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
ex 5003	Abfälle von Seide (einschließlich nicht abhaspelbare Kokons, Garnabfälle und Reißspinnstoff), gekrempelt oder gekämmt	Krempeln oder Kämmen von Abfällen von Seide

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
5004 bis ex 5006	Seidengarne, Schappeseidengarne oder Bouretteseidengarne	(2) Spinnen von natürlichen Fasern oder Extrudieren von Garnen aus synthetischen oder künstlichen Filamenten, mit Spinnen oder Extrudieren von Garnen aus synthetischen oder künstlichen Filamenten, mit Zwirnen oder Zwirnen mit einem anderen mechanischen Vorgang
5007	Gewebe aus Seide, Schappeseide oder Bourretteseide	(2) Spinnen von natürlichen und/oder synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, mit Weben oder Extrudieren von Garnen aus synthetischen oder künstlichen Filamenten, mit Weben oder Zwirnen oder ein anderer mechanischer Vorgang, mit Weben oder Weben mit Färben oder Färben von Garnen, mit Weben oder Weben mit Bedrucken oder Bedrucken (als eigenständige Behandlung)
ex Kapitel 51	Wolle, feine und grobe Tierhaare; Garne und Gewebe aus Rosshaar, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
5106 bis 5110	Garne aus Wolle, feinen oder groben Tierhaaren oder Rosshaar	(2) Spinnen von natürlichen Fasern oder Extrudieren von Chemiefasern, mit Spinnen oder Zwirnen mit einem anderen mechanischen Vorgang
5111 bis 5113	Gewebe aus Wolle, feinen oder groben Tierhaaren oder Rosshaar	(2) Spinnen von natürlichen und/oder synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, mit Weben oder Extrudieren von Garnen aus synthetischen oder künstlichen Filamenten, mit Weben oder Weben mit Färben oder Färben von Garnen, mit Weben oder Weben mit Bedrucken oder Bedrucken (als eigenständige Behandlung)
ex Kapitel 52	Baumwolle, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
5204 bis 5207	Nähgarne und andere Garne aus Baumwolle	(2) Spinnen von natürlichen Fasern oder Extrudieren von Chemiefasern, mit Spinnen oder Zwirnen mit einem anderen mechanischen Vorgang

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
5208 bis 5212	Gewebe aus Baumwolle	(2) Spinnen von natürlichen und/oder synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, mit Weben oder Extrudieren von Garnen aus synthetischen oder künstlichen Filamenten, mit Weben oder Zwirnen oder ein anderer mechanischer Vorgang, mit Weben oder Weben mit Färben oder Bestreichen oder mit Lagen Versehen oder Färben von Garnen, mit Weben oder Weben mit Bedrucken oder Bedrucken (als eigenständige Behandlung)
ex Kapitel 53	Andere pflanzliche Spinnstoffe; Papiergarne und Gewebe aus Papiergarnen, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
5306 bis 5308	Garne aus anderen pflanzlichen Spinnstoffen; Papiergarne	(2) Spinnen von natürlichen Fasern oder Extrudieren von Chemiefasern, mit Spinnen oder Zwirnen mit einem anderen mechanischen Vorgang

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
5309 bis 5311	Gewebe aus anderen pflanzlichen Spinnstoffen; Gewebe aus Papiergarnen:	(2) Spinnen von natürlichen und/oder synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, mit Weben oder Extrudieren von Garnen aus synthetischen oder künstlichen Filamenten, mit Weben oder Weben mit Färben oder Bestreichen oder mit Lagen Versehen oder Färben von Garnen, mit Weben oder Weben mit Bedrucken oder Bedrucken (als eigenständige Behandlung)
5401 bis 5406	Garne, Monofile und Nähgarne aus synthetischen oder künstlichen Filamenten	(2) Spinnen von natürlichen Fasern oder Extrudieren von Chemiefasern, mit Spinnen oder Zwirnen mit einem anderen mechanischen Vorgang

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
5407 und 5408	Gewebe aus Garnen aus synthetischen oder künstlichen Filamenten	([2]) Spinnen von natürlichen und/oder synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, mit Weben oder Extrudieren von Garnen aus synthetischen oder künstlichen Filamenten, mit Weben oder Zwirnen oder ein anderer mechanischer Vorgang, mit Weben oder Färben von Garnen, mit Weben oder Weben mit Färben oder Bestreichen oder mit Lagen Versehen oder Weben mit Bedrucken oder Bedrucken (als eigenständige Behandlung)
5501 bis 5507	Synthetische oder künstliche Spinnfasern	Extrudieren von Chemiefasern
5508 bis 5511	Garne und Nähgarne aus synthetischen oder künstlichen Spinnfasern	([2]) Spinnen von natürlichen Fasern oder Extrudieren von Chemiefasern, mit Spinnen oder Zwirnen mit einem anderen mechanischen Vorgang

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
5512 bis 5516	Gewebe aus synthetischen oder künstlichen Spinnfasern:	(2) Spinnen von natürlichen und/oder synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, mit Weben oder Extrudieren von Garnen aus synthetischen oder künstlichen Filamenten, mit Weben oder Zwirnen oder ein anderer mechanischer Vorgang, mit Weben oder Weben mit Färben oder Bestreichen oder mit Lagen Versehen oder Färben von Garnen, mit Weben oder Weben mit Bedrucken oder Bedrucken (als eigenständige Behandlung)
ex Kapitel 56	Watte, Filze und Vliesstoffe; Spezialgarne; Bindfäden, Seile und Taue; Seilerwaren, ausgenommen:	(2) Spinnen von natürlichen Fasern oder Extrudieren von Chemiefasern, mit Spinnen

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
5601	Watte aus Spinnstoffen und Waren daraus; Spinnfasern mit einer Breite von 5 mm oder weniger (Scherstaub), Knoten und Noppen, aus Spinnstoffen	Spinnen von natürlichen Fasern oder Extrudieren von Chemiefasern, mit Spinnen oder Beflocken mit Färben oder Bedrucken oder Bestreichen, Beflocken, mit Lagen Versehen oder Metall Aufdampfen, mit mindestens zwei weiteren wichtigen Vor- oder Nachbehandlungen (wie Kalandrieren oder krumpfecht Ausrüsten, Thermofixieren, Fixieren), sofern der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
5602	Filze, auch getränkt, bestrichen, überzogen oder mit Lagen versehen: — Nadelfilze	(2) Extrudieren von Chemiefasern, mit Gewebebildung Jedoch dürfen — Monofile aus Polypropylen der Position 5402, — Spinnfasern aus Polypropylen der Position 5503 oder 5506 oder — Spinnkabel aus Filamenten aus Polypropylen der Position 5501, bei denen jeweils eine Faser oder ein Filament einen Titer von weniger als 9 dtex aufweist, verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 40 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet oder Bei Filz aus natürlichen Fasern ausschließlich Bilden vliesartiger Gewebe
	— andere	(2) Extrudieren von Chemiefasern, mit Gewebebildung oder Bei anderen Filzen aus natürlichen Fasern ausschließlich Bilden vliesartiger Gewebe

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
5603	Vliesstoffe, auch getränkt, bestrichen, überzogen oder mit Lagen versehen	
5603 11 bis 5603 14	Vliesstoffe, auch getränkt, bestrichen, überzogen oder mit Lagen versehen, aus synthetischen oder künstlichen Filamenten	Herstellen aus — gerichteten oder zufällig angeordneten Filamenten oder — Substanzen oder Polymeren natürlichen, synthetischen oder künstlichen Ursprungs, in beiden Fällen mit Verarbeiten zu nicht gewebten Erzeugnissen
5603 91 bis 5603 94	Vliesstoffe, auch getränkt, bestrichen, überzogen oder mit Lagen versehen, nicht aus synthetischen oder künstlichen Filamenten	Herstellen aus — gerichteten oder zufällig angeordneten Spinnfasern und/oder — Schnittfasern natürlichen, synthetischen oder künstlichen Ursprungs, in beiden Fällen mit Verarbeiten zu nicht gewebten Erzeugnissen
5604	Fäden und Kordeln aus Kautschuk, mit einem Überzug aus Spinnstoffen; Streifen und dergleichen der Position 5404 oder 5405, Garne aus Spinnstoffen, mit Kautschuk oder Kunststoff getränkt, bestrichen, überzogen oder umhüllt: — Kautschukfäden und -kordeln, mit einem Überzug aus Spinnstoffen — andere	 Herstellen aus Kautschukfäden und -kordeln, nicht mit einem Überzug aus Spinnstoffen ([2]) Spinnen von natürlichen Fasern oder Extrudieren von Chemiefasern, mit Spinnen oder Zwirnen mit einem anderen mechanischen Vorgang

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
5605	Metallgarne und metallisierte Garne, auch umsponnen, bestehend aus Streifen und dergleichen der Position 5404 oder 5405 oder aus Garnen aus Spinnstoffen, in Verbindung mit Metall in Form von Fäden, Streifen oder Pulver oder mit Metall überzogen	(2) Spinnen von natürlichen und/oder synthetischen oder künstlichen Spinnfasern oder Extrudieren von Chemiefasern, mit Spinnen oder Zwirnen mit einem anderen mechanischen Vorgang
5606	Gimpen, umsponnene Streifen und dergleichen der Position 5404 oder 5405 (ausgenommen Waren der Position 5605 und umsponnene Garne aus Rosshaar); Chenillegarne; „Maschengarne“	(2) Extrudieren von Chemiefasern, mit Spinnen oder Zwirnen mit Gimpen oder Spinnen von natürlichen und/oder synthetischen oder künstlichen Spinnfasern oder Beflocken mit Färben
Kapitel 57	Teppiche und andere Fußbodenbeläge, aus Spinnstoffen:	(2) Spinnen von natürlichen und/oder synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, mit Weben oder Tuften oder Extrudieren von Garnen aus synthetischen oder künstlichen Filamenten, mit Weben oder Tuften oder Herstellen aus Kokos-, Sisal- oder Jutegarnen oder klassischem Ringgarn aus Viskose oder Tuften mit Färben oder mit Bedrucken oder Beflocken mit Färben oder mit Bedrucken oder Extrudieren von Chemiefasern mit Techniken zur Vliesbildung, einschließlich Nadeln Jutegewebe kann als Teppichgrund verwendet werden

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
ex Kapitel 58	Spezialgewebe; getuftete Spinnstofferzeugnisse; Spitzen; Tapisserien; Posamentierwaren; Stickereien, ausgenommen:	(2) Spinnen von natürlichen und/oder synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, mit Weben oder Tuften oder Extrudieren von Garnen aus synthetischen oder künstlichen Filamenten, mit Weben oder Tuften oder Weben mit Färben oder Beflocken oder Bestreichen oder mit Lagen Versehen oder Metall Aufdampfen oder Tuften mit Färben oder mit Bedrucken oder Beflocken mit Färben oder mit Bedrucken oder Färben von Garnen, mit Weben oder Weben mit Bedrucken oder Bedrucken (als eigenständige Behandlung)
5805	Tapisserien, handgewebt (Gobelins, Flandrische Gobelins, Aubusson, Beauvais und ähnliche), und Tapisserien als Nadelarbeit (z. B. Petit Point, Kreuzstich), auch konfektioniert	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
5810	Stickereien als Meterware, Streifen oder als Motive	Besticken, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien jeder Position, ausgenommen des Werts derselben Position wie das Erzeugnis, 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
5901	Gewebe, mit Leim oder stärkehaltigen Stoffen bestrichen, von der zum Einbinden von Büchern, zum Herstellen von Futteralen, Kartonagen oder zu ähnlichen Zwecken verwendeten Art; Pausleinwand; präparierte Malleinwand; Bougram und ähnliche Erzeugnisse für die Hutmacherei	Weben mit Färben oder Beflocken oder Bestreichen oder mit Lagen Versehen oder Metall Aufdampfen oder Beflocken mit Färben oder mit Bedrucken

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
5902	Reifencordgewebe aus hochfesten Garnen aus Nylon oder anderen Polyamiden, Polyestern oder Viskose:	
	— mit einem Anteil an textilen Vormaterialien von nicht mehr als 90 GHT	Weben
	— andere	Extrudieren von Chemiefasern, mit Weben
5903	Gewebe, mit Kunststoff getränkt, bestrichen, überzogen oder mit Lagen aus Kunststoff versehen, andere als solche der Position 5902	Weben mit Tränken oder Bestreichen oder Überziehen oder mit Lagen Versehen oder Metall Aufdampfen oder Weben mit Bedrucken oder Bedrucken (als eigenständige Behandlung)
5904	Linoleum, auch zugeschnitten; Bodenbeläge, bestehend aus einer Spinnstoffunterlage mit einer Deckschicht oder einem Überzug, auch zugeschnitten	([2]) Weben mit Färben oder Bestreichen oder mit Lagen Versehen oder Metall Aufdampfen Jutegewebe kann als Teppichgrund verwendet werden
5905	Wandverkleidungen aus Spinnstoffen: — mit Kunststoff getränkt, bestrichen, überzogen oder mit Lagen aus Kautschuk, Kunststoff oder anderem Material versehen	Weben, Stricken oder Bilden vliesartiger Gewebe mit Tränken oder Bestreichen oder Überziehen oder mit Lagen Versehen oder Metall Aufdampfen
	— andere	([2]) Spinnen von natürlichen und/oder synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, mit Weben oder Extrudieren von Garnen aus synthetischen oder künstlichen Filamenten, mit Weben oder Weben, Stricken oder Bilden vliesartiger Gewebe mit Färben oder Bestreichen oder mit Lagen Versehen oder Weben mit Bedrucken oder Bedrucken (als eigenständige Behandlung)

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
5906	Kautschutierte Gewebe, andere als solche der Position 5902:	([2])
	- Gewirke und Gestricke	Spinnen von natürlichen und/oder synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, mit Wirken/Stricken oder Extrudieren von Garnen aus synthetischen oder künstlichen Filamenten, mit Wirken/Stricken oder Wirken oder Stricken, mit Kautschutieren oder Kautschutieren, mit mindestens zwei weiteren wichtigen Vor- oder Nachbehandlungen (wie Kalandrieren oder krumpfecht Ausrüsten, Thermofixieren, Fixieren), sofern der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
	— andere Gewebe aus synthetischem Filamentgarn, mit einem Anteil an textilen Vormaterialien von mehr als 90 GHT	Extrudieren von Chemiefasern, mit Weben
	— andere	Weben, Stricken oder Verfahren zur Vliesbildung, mit Färben oder Bestreichen/Kautschutieren oder Färben von Garnen mit Weben, Stricken oder Verfahren zur Vliesbildung oder Kautschutieren, mit mindestens zwei weiteren wichtigen Vor- oder Nachbehandlungen (wie Kalandrieren oder krumpfecht Ausrüsten, Thermofixieren, Fixieren), sofern der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
5907	Andere Gewebe, getränkt, bestrichen oder überzogen; bemalte Gewebe für Theaterdekorationen, Atelierhintergründe oder dergleichen	Weben, Stricken oder Bilden vliesartiger Gewebe mit Färben oder Bedrucken oder Bestreichen oder Tränken oder Überziehen oder Beflocken mit Färben oder mit Bedrucken oder Bedrucken (als eigenständige Behandlung)
5908	Dochte, gewebt, geflochten, gewirkt oder gestrickt, aus Spinnstoffen, für Lampen, Kocher, Feuerzeuge, Kerzen oder dergleichen; Glühstrümpfe und schlauchförmige Gewirke oder Gestricke für Glühstrümpfe, auch getränkt: — Glühstrümpfe, getränkt — andere	 Herstellen aus schlauchförmigen Gewirken für Glühstrümpfe Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
5909 bis 5911	Waren des technischen Bedarfs aus Spinnstoffen:	([2]) Spinnen von natürlichen und/oder synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, mit Weben oder Extrudieren von Chemiefasern, mit Weben oder Weben mit Färben oder Bestreichen oder mit Lagen Versehen oder Bestreichen, Beflocken, mit Lagen Versehen oder Metall Aufdampfen, mit mindestens zwei weiteren wichtigen Vor- oder Nachbehandlungen (wie Kalandrieren oder krumpfecht Ausrüsten, Thermofixieren, Fixieren), sofern der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
Kapitel 60	Gewirke und Gestricke	(2) Spinnen von natürlichen und/oder synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, mit Wirken/Stricken oder Extrudieren von Garnen aus synthetischen oder künstlichen Filamenten, mit Wirken/Stricken oder Wirken/Stricken mit Färben oder Beflocken oder Bestreichen oder mit Lagen Versehen oder Bedrucken oder Beflocken mit Färben oder mit Bedrucken oder Färben von Garnen, mit Wirken/Stricken oder Zwirnen oder Texturieren mit Wirken/Stricken, wenn der Wert der verwendeten nicht gezwirnten/nicht texturierten Garne 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 61	Bekleidung und Bekleidungszubehör, aus Gewirken oder Gestricken: — hergestellt durch Zusammennähen oder sonstiges Zusammenfügen von zwei oder mehr zugeschnittenen oder abgepassten gewirkten oder gestrickten Teilen — andere	(2) (3) Wirken oder Stricken mit Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden) (2) Spinnen von natürlichen und/oder synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, mit Wirken oder Stricken oder Extrudieren von Garnen aus synthetischen oder künstlichen Filamenten, mit Wirken oder Stricken oder Stricken und Konfektionieren in einem Arbeitsgang

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
ex Kapitel 62	Bekleidung und Bekleidungszubehör, ausgenommen aus Gewirken oder Gestricken, ausgenommen:	(2) (3) Weben mit Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden) oder Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden) nach Bedrucken (als eigenständige Behandlung)
ex 6202, ex 6204, ex 6206, ex 6209 und ex 6211	Bekleidung für Frauen, Mädchen oder Kleinkinder, bestickt; anderes konfektioniertes Bekleidungszubehör für Kleinkinder, bestickt	(3) Weben mit Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden) oder Herstellen aus nicht bestickten Geweben, wenn der Wert der verwendeten nicht bestickten Gewebe 40 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
ex 6210 und ex 6216	Feuerschutzausrüstung aus Geweben, mit einer Folie aus aluminisiertem Polyester überzogen	(2) (3) Weben mit Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden) oder Bestreichen oder mit Lagen versehen, wenn der Wert der verwendeten nicht bestrichenen oder mit Lagen versehenen Gewebe 40 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet, mit Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden)
ex 6212	Büstenhalter, Hüftgürtel, Korsette, Hosenträger, Strumpfhalter, Strumpfbänder und ähnliche Waren, Teile davon, auch aus Gewirken oder Gestricken, hergestellt durch Zusammennähen oder sonstiges Zusammenfügen von zwei oder mehr zugeschnittenen oder abgepassten gewirkten oder gestrickten Teilen	(2) (3) Stricken mit Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden) oder Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden) nach Bedrucken (als eigenständige Behandlung)

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
6213 und 6214	Taschentücher, Ziertaschentücher, Schals, Umschlagtücher, Halstücher, Kragenschoner, Kopftücher, Schleier und ähnliche Waren:	
	— bestickt	(2) (3) Weben mit Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden) oder Herstellen aus nicht bestickten Geweben, wenn der Wert der verwendeten nicht bestickten Gewebe 40 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet oder Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden) nach Bedrucken (als eigenständige Behandlung)
	— andere	(2) (3) Weben mit Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden) oder Konfektionieren nach Bedrucken (als eigenständige Behandlung)
6217	Anderes konfektioniertes Bekleidungszubehör; Teile von Bekleidung oder von Bekleidungszubehör, ausgenommen solche der Position 6212:	
	— bestickt	(3) Weben mit Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden) oder Herstellen aus nicht bestickten Geweben, wenn der Wert der verwendeten nicht bestickten Gewebe 40 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet oder Konfektionieren nach Bedrucken (als eigenständige Behandlung)

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
	— Feuerschutzausrüstung aus Geweben, mit einer Folie aus aluminisiertem Polyester überzogen	(3) Weben mit Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden) oder Bestreichen oder mit Lagen versehen, wenn der Wert der verwendeten nicht bestrichenen oder mit Lagen versehenen Gewebe 40 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet, mit Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden)
	— Einlagen für Kragen und Manschetten, zugeschnitten	Herstellen — aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, und — bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
	— andere	(3) Weben mit Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden)
ex Kapitel 63	Andere konfektionierte Spinnstoffwaren; Warenzusammenstellungen; Altwaren und Lumpen, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
6301 bis 6304	Decken, Bettwäsche usw.; Gardinen usw.; andere Waren zur Innenausstattung:	
	— aus Filz oder Vliesstoffen	(2) Bilden vliesartiger Gewebe mit Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden)
	— andere	
	– bestickt	(2) (3) Weben oder Wirken/Stricken mit Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden) oder Herstellen aus nicht bestickten Geweben (andere als gewirkte oder gestrickte), wenn der Wert der verwendeten nicht bestickten Gewebe 40 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
	– andere	([2]) ([3]) Weben oder Wirken/Stricken mit Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden)
6305	Säcke und Beutel zu Verpackungszwecken	([2]) Extrudieren von Chemiefasern oder Spinnen von natürlichen und/oder synthetischen oder künstlichen Fasern, mit Weben oder Stricken und Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden)
6306	Planen und Markisen; Zelte; Segel für Wasserfahrzeuge, für Surfbretter und für Landfahrzeuge; Campingausrüstungen:	
	— aus Vliesstoffen	([2]) ([3]) Bilden vliesartiger Gewebe mit Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden)
	— andere	([2]) ([3]) Weben mit Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden)
6307	Andere konfektionierte Waren, einschließlich Schnittmuster zum Herstellen von Bekleidung	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
6308	Warenzusammenstellungen, aus Geweben und Garn, auch mit Zubehör, für die Herstellung von Teppichen, Tapisserien, bestickten Tischdecken oder Servietten oder ähnlichen Spinnstoffwaren, in Aufmachungen für den Einzelverkauf	Jede Ware in der Warenzusammenstellung muss die Regel erfüllen, die anzuwenden wäre, wenn sie nicht in der Warenzusammenstellung enthalten wäre. Jedoch dürfen Waren ohne Ursprungseigenschaft verwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 15 v. H. des Ab-Werk-Preises der Warenzusammenstellung nicht überschreitet
ex Kapitel 64	Schuhe, Gamaschen und ähnliche Waren; Teile davon, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Zusammensetzungen aus Schuhoberteilen, die mit einer Brandsohle oder anderen Bodenteilen verbunden sind, der Position 6406
6406	Schuhteile (einschließlich Schuhoberteile, auch an Sohlen befestigt, nicht jedoch an Laufsohlen); Einlegesohlen, Fersenstücke und ähnliche herausnehmbare Waren; Gamaschen und ähnliche Waren sowie Teile davon	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
Kapitel 65	Kopfbedeckungen und Teile davon	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
Kapitel 66	Regenschirme, Sonnenschirme, Gehstöcke, Sitzstöcke, Peitschen, Reitpeitschen und Teile davon	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 67	Zugerichtete Federn und Daunen und Waren aus Federn oder Daunen; künstliche Blumen; Waren aus Menschenhaaren	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 68	Waren aus Steinen, Gips, Zement, Asbest, Glimmer oder ähnlichen Stoffen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 70 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 69	Keramische Waren	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
ex Kapitel 70	Glas und Glaswaren	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
7010	Flaschen, Glasballons, Korbflaschen, Flakons, Krüge, Töpfe, Röhrchen, Ampullen und andere Behältnisse aus Glas, zu Transport- oder Verpackungszwecken; Konservengläser; Stopfen, Deckel und andere Verschlüsse aus Glas	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis oder Schleifen von Glaswaren, wenn der Gesamtwert der verwendeten nicht geschliffenen Glaswaren 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
7013	Glaswaren zur Verwendung bei Tisch, in der Küche, bei der Toilette, im Büro, zur Innenausstattung oder zu ähnlichen Zwecken (ausgenommen Waren der Position 7010 oder 7018)	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
ex Kapitel 71	Echte Perlen oder Zuchtperlen, Edelsteine oder Schmucksteine, Edelmetalle, Edelmetallplattierungen und Waren daraus; Fantasieschmuck; Münzen, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 70 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
ex 7102, ex 7103 und ex 7104	Edelsteine und Schmucksteine (natürliche, synthetische oder rekonstituierte), bearbeitet	Herstellen aus Vormaterialien jeder Unterposition, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Unterposition wie das Erzeugnis
7106, 7108 und 7110	Edelmetalle: — in Rohform	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien der Position 7106, 7108 und 7110, oder elektrolytisches, thermisches oder chemisches Trennen von Edelmetallen der Position 7106, 7108 oder 7110 oder Legieren von Edelmetallen der Position 7106, 7108 oder 7110 untereinander oder mit unedlen Metallen oder Reinigen
	— als Halbzeug oder Pulver	Herstellen aus Edelmetallen in Rohform
ex 7107, ex 7109 und ex 7111	Metalle, mit Edelmetallen plattiert, als Halbzeug	Herstellen aus mit Edelmetallen plattierten Metallen, in Rohform
ex Kapitel 72	Eisen und Stahl, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
7207	Halbzeug aus Eisen oder nichtlegiertem Stahl	Herstellen aus Vormaterialien der Position 7201, 7202, 7203, 7204 oder 7205
7208 bis 7212	Flachgewalzte Erzeugnisse aus Eisen oder nichtlegiertem Stahl	Herstellen aus Halbzeug der Position 7207
7213 bis 7216	Flachgewalzte Erzeugnisse, Walzdraht, Stabstahl und Profile aus Eisen oder nichtlegiertem Stahl	Herstellen aus Rohblöcken (Ingots) oder anderen Rohformen der Position 7206
7217	Draht aus Eisen oder nichtlegiertem Stahl	Herstellen aus Halbzeug der Position 7207

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
7218 91 und 7218 99	Halbzeug	Herstellen aus Vormaterialien der Position 7201, 7202, 7203, 7204 oder 7205
7219 bis 7222	Flachgewalzte Erzeugnisse, Walzdraht, Stabstahl und Profile aus nicht rostendem Stahl	Herstellen aus Rohblöcken (Ingots) oder anderen Rohformen der Position 7218
7223	Draht aus nicht rostendem Stahl	Herstellen aus Halbzeug der Position 7218
7224 90	Halbzeug	Herstellen aus Vormaterialien der Position 7201, 7202, 7203, 7204 oder 7205
7225 bis 7228	Flachgewalzte Erzeugnisse, Walzdraht und Stabstahl, warmgewalzt, in Ringen regellos aufgehaspelt; Profile, aus anderem legierten Stahl; Hohlbohrerstäbe aus legiertem oder nichtlegiertem Stahl	Herstellen aus Stahl in Rohblöcken (Ingots) oder anderen Rohformen der Position 7206, 7218 oder 7224
7229	Draht aus anderem legiertem Stahl	Herstellen aus Halbzeug der Position 7224
ex Kapitel 73	Waren aus Eisen oder Stahl, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
ex 7301	Spundwanderzeugnisse	Herstellen aus Vormaterialien der Position 7207
7302	Oberbaumaterial für Bahnen, aus Eisen oder Stahl, wie Schienen, Leitschienen und Zahnstangen, Weichenzungen, Herzstücke, Zungenverbindungsstangen und anderes Material für Kreuzungen oder Weichen, Bahnschwellen, Laschen, Schienenstühle, Winkel, Unterlagsplatten, Klemmplatten, Spurplatten und Spurstangen, und anderes für das Verlegen, Zusammenfügen oder Befestigen von Schienen besonders hergerichtetes Material	Herstellen aus Vormaterialien der Position 7206
7304, 7305 und 7306	Rohre und Hohlprofile, aus Eisen oder Stahl	Herstellen aus Vormaterialien der Positionen 7206 bis 7212 und 7218 oder 7224
ex 7307	Rohrformstücke, Rohrverschlussstücke und Rohrverbindungsstücke aus nicht rostendem Stahl (ISO Nr. X5CrNiMo 1712), aus mehreren Teilen bestehend	Drehen, Bohren, Aufreiben, Gewindeschneiden, Entgraten und Sandstrahlen von Schmiederohlingen, deren Gesamtwert 35 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
7308	Konstruktionen und Konstruktionsteile (z. B. Brücken und Brückenelemente, Schleusentore, Türme, Gittermaste, Pfeiler, Säulen, Gerüste, Dächer, Dachstühle, Tore, Türen, Fenster, und deren Rahmen und Verkleidungen, Tor- und Türschwellen, Tür- und Fensterläden, Geländer), aus Eisen oder Stahl, ausgenommen vorgefertigte Gebäude der Position 9406; zu Konstruktionszwecken vorgearbeitete Bleche, Stäbe, Profile, Rohre und dergleichen, aus Eisen oder Stahl	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis. Jedoch dürfen durch Schweißen hergestellte Profile der Position 7301 nicht verwendet werden

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
ex 7315	Gleitschutzketten	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien der Position 7315 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
ex Kapitel 74	Kupfer und Waren daraus, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
7403	Raffiniertes Kupfer und Kupferlegierungen, in Rohform	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position
7408	Draht aus Kupfer	Herstellen — aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, und — bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 75	Nickel und Waren daraus	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
ex Kapitel 76	Aluminium und Waren daraus, ausgenommen:	Herstellen — aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, und — bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
7601	Aluminium in Rohform	Herstellen — aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, und — bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet oder Herstellen durch thermische oder elektrolytische Behandlung von nichtlegiertem Aluminium oder Abfällen und Schrott, aus Aluminium
7602	Abfälle und Schrott, aus Aluminium	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
ex 7616	Andere Waren aus Aluminium, ausgenommen Gewebe, Gitter und Geflechte aus Aluminiumdraht, und Streckbleche aus Aluminium	Herstellen — aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis. Jedoch dürfen Gewebe, Gitter und Geflechte aus Aluminiumdraht oder Streckbleche aus Aluminium verwendet werden, und — Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 78	Blei und Waren daraus	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
Kapitel 79	Zink und Waren daraus	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
Kapitel 80	Zinn und Waren daraus	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis
Kapitel 81	Andere unedle Metalle; Cermets; Waren daraus	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position
ex Kapitel 82	Werkzeuge, Schneidwaren und Essbestecke, aus unedlen Metallen; Teile davon, aus unedlen Metallen, ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
8206	Zusammenstellungen von Werkzeugen aus zwei oder mehr der Positionen 8202 bis 8205, in Aufmachungen für den Einzelverkauf	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien der Positionen 8202 bis 8205. Jedoch darf die Warenzusammenstellung auch Waren der Positionen 8202 bis 8205 enthalten, wenn ihr Gesamtwert 15 v. H. des Ab-Werk-Preises der Warenzusammenstellung nicht überschreitet
Kapitel 83	Verschiedene Waren aus unedlen Metallen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
ex Kapitel 84	Kernreaktoren, Kessel, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte; Teile davon; ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
8407	Hub- und Rotationskolbenverbrennungsmotoren mit Fremdzündung	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
8408	Kolbenverbrennungsmotoren mit Selbstzündung (Diesel- oder Halbdieselmotoren)	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
8425 bis 8430	Flaschenzüge; Zugwinden und Spille; Hubwinden; Derrickkrane; Kabelkrane, Laufkrane, Verladebrücken und andere Krane; fahrbare Hubportale, Portalhubkraftkarren und Krankraftkarren; Gabelstapler; andere mit Hebevorrichtung ausgerüstete Karren zum Fördern und für das Hantieren Andere Maschinen, Apparate und Geräte zum Heben, Beladen, Entladen oder Fördern (z. B. Aufzüge, Rolltreppen, Stetigförderer und Seilschwebebahnen) Selbstfahrende Planiermaschinen (Bulldozer und Angledozer), Erd- oder Straßenhobel (Grader), Schürfwagen (Scraper), Bagger, Schürf- und andere Schaufellader, Straßenwalzen und andere Bodenverdichter Andere Maschinen, Apparate und Geräte zur Erdbewegung, zum Planieren, Verdichten oder Bohren des Bodens oder zum Abbauen von Erzen oder anderen Mineralien; Rammen und Pfahlzieher; Schneeräumer	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis und aus Position 8431 oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
8444 bis 8447	Maschinen zum Düsenspinnen, Verstrecken, Texturieren oder Schneiden von synthetischen oder künstlichen Spinnstoffen: Maschinen zum Vorbereiten oder Aufbereiten von Spinnstoffen; Maschinen zum Spinnen, Dublieren oder Zwirnen von Spinnstoffen und andere Maschinen und Apparate zum Herstellen von Spinnstoffgarnen; Maschinen zum Spulen (einschließlich Schussspulmaschinen), Wickeln oder Haspeln von Spinnstoffen sowie Maschinen zum Vorbereiten von Spinnstoffgarnen zur Verwendung auf Maschinen der Position 8446 oder 8447 Webmaschinen: Wirk-, Strick-, Nähwirk-, Gimpen-, Tüll-, Spitzen-, Stick-, Posamentier-, Flecht-, Netzknüpf- und Tuftingmaschinen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis und aus Position 8448 oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
8456 bis 8465	Werkzeugmaschinen zum Abtragen von Stoffen aller Art Bearbeitungszentren, Mehrwegemaschinen und Transfermaschinen, zum Bearbeiten von Metallen Drehmaschinen zur spanabhebenden Metallbearbeitung Werkzeugmaschinen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis und aus Position 8466 oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
8470 bis 8472	Rechenmaschinen und Geräte im Taschenformat, zum Aufzeichnen, Wiedergeben und Anzeigen von Daten, mit Rechenfunktionen; Abrechnungsmaschinen, Frankiermaschinen, Fahrkarten- oder Eintrittskarten-Ausgabemaschinen u. ä. Maschinen, mit Rechenwerk; Registrierkassen Automatische Datenverarbeitungsmaschinen und ihre Einheiten; Leser, magnetische oder optische, Maschinen zum Aufzeichnen von Daten auf Datenträger in codierter Form und Maschinen zum Verarbeiten solcher Daten Andere Büromaschinen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis und aus Position 8473 oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
ex Kapitel 85	Elektrische Maschinen, Apparate, Geräte und andere elektrotechnische Waren, Teile davon; Tonaufnahme- oder Tonwiedergabegeräte, Bild- und Tonaufzeichnungs- oder -wiedergabegeräte, für das Fernsehen, Teile und Zubehör für diese Geräte; ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
8501 bis 8502	Elektromotoren und elektrische Generatoren Stromerzeugungsaggregate und elektrische rotierende Umformer	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis und aus Position 8503 oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
8519, 8521	Tonaufnahmegeräte; Tonwiedergabegeräte; Tonaufnahme- und -wiedergabegeräte Videogeräte zur Bild- und Tonaufzeichnung oder -wiedergabe, auch mit eingebautem Videotuner	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis und aus Position 8522 oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
8525 bis 8528	Sendegeräte für den Rundfunk oder das Fernsehen, Fernsehkameras, Digitalkameras und Videokameraaufnahmegeräte Funkmessgeräte (Radargeräte), Funknavigationsgeräte und Funkfernsteuergeräte Rundfunkempfangsgeräte Monitore und Projektoren, ohne eingebautes Fernsehempfangsgerät Fernsehempfangsgeräte oder Bildaufzeichnungs- oder -wiedergabegeräte	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis und aus Position 8529 oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
8535 bis 8537	Elektrische Geräte zum Schließen, Unterbrechen, Schützen oder Verbinden von elektrischen Stromkreisen; Verbinder für optische Fasern, Bündel aus optischen Fasern oder optische Kabel; Tafeln, Felder, Konsolen, Pulte, Schränke und andere Träger, zum elektrischen Schalten oder Steuern oder für die Stromverteilung	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis und aus Position 8538 oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
8542 31 bis 8542 39	Monolithisch integrierte Schaltungen	Diffusion, bei der durch selektives Aufbringen eines geeigneten Dotierungsstoffes auf ein Halbleitersubstrat integrierte Schaltungen gebildet werden, auch wenn der Zusammenbau und/oder das Testen in einem Land stattfinden, das keine Vertragspartei ist, oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
8544 bis 8548	Isolierte Drähte, Kabel und andere isolierte elektrische Leiter, Kabel aus optischen Fasern Kohleelektroden, Kohlebürsten, Lampenkohlen, Batterie- und Elementekohlen und andere Waren für elektrotechnische Zwecke, aus Grafit oder anderem Kohlenstoff Elektrische Isolatoren aus Stoffen aller Art Isolierteile für elektrische Maschinen, Apparate oder Geräte, Isolierrohre und Verbindungsstücke dazu, aus unedlen Metallen, mit Innenisolierung Abfälle und Schrott von elektrischen Primärelementen, Primärbatterien und Akkumulatoren; ausgebrauchte elektrische Primärelemente, Primärbatterien und Akkumulatoren; elektrische Teile von Maschinen, Apparaten und Geräten, in diesem Kapitel anderweit weder genannt noch inbegriffen	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
Kapitel 86	Schienenfahrzeuge und ortsfestes Gleismaterial, Teile davon; ortsfestes Gleismaterial für Schienenwege und Teile davon; mechanische (auch elektromechanische) Signalgeräte für Verkehrswege	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
ex Kapitel 87	Zugmaschinen, Kraftwagen, Krafträder, Fahrräder und andere nicht schienengebundene Landfahrzeuge, Teile davon und Zubehör, ausgenommen:	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 45 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
8708	Teile und Zubehör für Fahrzeuge der Positionen 8701 bis 8705	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
8711	Krafträder (einschließlich Mopeds) und Fahrräder mit Hilfsmotor, auch mit Beiwagen; Beiwagen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 88	Luftfahrzeuge und Raumfahrzeuge, Teile davon	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 89	Wasserfahrzeuge und schwimmende Vorrichtungen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis; jedoch dürfen Rümpfe der Position 8906 nicht verwendet werden, oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
ex Kapitel 90	Mess-, Prüf- oder Präzisionsinstrumente, -apparate und -geräte; medizinische und chirurgische Instrumente, Apparate und Geräte; Teile und Zubehör dafür ausgenommen:	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
9001 50	Brillengläser aus anderen Stoffen als Glas	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis oder Herstellen, wobei eines der folgenden Verfahren durchgeführt wird: — Oberflächenbearbeiten der halbfertigen Linse zu einem fertigen Brillenglas mit optischer Korrektur zum Einbau in ein Brillengestell — Beschichten einer Linse mittels geeigneter Verfahren zur Verbesserung des Sehvermögens und zum Schutz des Brillenträgers oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 91	Uhrmacherwaren	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 92	Musikinstrumente; Teile und Zubehör für diese Instrumente	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 93	Waffen und Munition; Teile und Zubehör dafür	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen
(1)	(2)	(3)
Kapitel 94	Möbel; medizinisch-chirurgische Möbel; Bettausstattungen und ähnliche Waren; Beleuchtungskörper, anderweit weder genannt noch inbegriffen; Reklameleuchten, Leuchtschilder, beleuchtete Namensschilder und dergleichen; vorgefertigte Gebäude	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 95	Spielzeug, Spiele, Unterhaltungsartikel und Sportgeräte; Teile und Zubehör dafür	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 96	Verschiedene Waren	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis, oder Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v. H. des Ab-Werk-Preises des Erzeugnisses nicht überschreitet
Kapitel 97	Kunstgegenstände, Sammlungsstücke und Antiquitäten	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien derselben Position wie das Erzeugnis

(1) Die begünstigten Verfahren sind in den Bemerkungen 8.1 und 8.3 aufgeführt.
(2) Zu den besonderen Vorschriften für Erzeugnisse, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Bemerkung 6.
(3) Siehe Bemerkung 7.
(4) Siehe Bemerkung 9.

ANHANG III

WORTLAUT DER URSPRUNGSERKLÄRUNG

Die Lieferantenerklärung, deren Wortlaut nachstehend wiedergegeben ist, ist gemäß den Fußnoten zu fertigen. Die Fußnoten brauchen nicht wiedergegeben zu werden.

Albanische Fassung

Eksportuesi i produkteve të mbuluara nga ky dokument (autorizim doganor Nr. …… (1)) deklaron që përveç rasteve kur tregohet qartësisht ndryshe, këto produkte janë me origjine preferenciale …… (2) n në përputhje me Rregullat kalimtare të origjinës.

Arabische Fassung

يصرح مصدر المنتجات التي تشملها هذه الوثيقة (التصريح الجمركي رقم .....(١)) باستثناء ما ينص بوضوح على خلاف ذلك، بأن هذه المنتجات من منشأ تفضيلي من .....(٢) طبقًا لقواعد المنشأ الانتقالية.

Bosnische Fassung

Izvoznik proizvoda obuhvaćenih ovom ispravom (carinsko ovlaštenje br. …… (1)) izjavljuje da su, osim ako je to drugačije izričito navedeno, ovi proizvodi …… (2) preferencijalnog porijekla u skladu sa prijelaznim pravilima porijekla.

Bulgarische Fassung

Износителят на продуктите, обхванати от този документ (митническо разрешение № …… (1)), декларира, че освен където ясно е отбелязано друго, тези продукти са с …… (2) преференциален произход съгласно преходните правила за произход.

Kroatische Fassung

Izvoznik proizvoda obuhvaćenih ovom ispravom (carinsko ovlaštenje br. …… (1)) izjavljuje da su, osim ako je drukčije izričito navedeno, ovi proizvodi …… (2) preferencijalnog podrijetla prema prijelaznim pravilima o podrijetlu.

Tschechische Fassung

Vývozce výrobků uvedených v tomto dokumentu (číslo povolení …… (1)) prohlašuje, že podle přechodných pravidel původu mají tyto výrobky kromě zřetelně označených preferenční původ v …… (2)

Dänische Fassung

Eksportøren af varer, der er omfattet af nærværende dokument (toldmyndighedernes tilladelse nr. …… (1)) erklærer, at varerne, medmindre andet tydeligt er angivet, har præferenceoprindelse i …… (2) i henhold til overgangsreglerne for oprindelse.

Niederländische Fassung

De exporteur van de goederen waarop dit document van toepassing is (douanevergunning nr. …… (1)), verklaart dat, behoudens uitdrukkelijke andersluidende vermelding, deze goederen van preferentiële …… (2) oorsprong zijn in overeenstemming met de overgangsregels van oorsprong.

Englische Fassung

The exporter of the products covered by this document (customs authorization No…… (1)) declares that, except where otherwise clearly indicated, these products are of …… (2) preferential origin according to the transitional rules of origin.

Estnische Fassung

Käesoleva dokumendiga hõlmatud toodete eksportija (tolli kinnitus nr. …… (1)) deklareerib, et need tooted on päritolureeglite üleminekueeskirjade kohaselt …… (2) sooduspäritoluga, välja arvatud juhul, kui on selgelt näidatud teisiti.

Färöische Fassung

Útflytarin av vørunum, sum hetta skjal fevnir um (tollvaldsins loyvi nr. …… (1)) váttar, át um ikki nakað annað er tilskilað, eru hesar vørur upprunavørur …… (2) sambært skiftisreglunum um uppruna.

Finnische Fassung

Tässä asiakirjassa mainittujen tuotteiden viejä (tullin lupa n:o …… (1)) ilmoittaa, että nämä tuotteet ovat, ellei toisin ole selvästi merkitty, etuuskohteluun oikeutettuja …… (2) alkuperätuotteita siirtymäkauden alkuperäsääntöjen nojalla.

Französische Fassung

L'exportateur des produits couverts par le présent document (autorisation douanière n° …… (1)) déclare que, sauf indication claire du contraire, ces produits ont l'origine préférentielle …… (2) selon les règles d'origine transitoires.

Deutsche Fassung

Der Ausführer (Ermächtigter Ausführer; Bewilligungs-Nr. …… (1)) der Waren, auf die sich dieses Handelspapier bezieht, erklärt, dass diese Waren, soweit nicht anders angegeben, präferenzbegünstigte …… (2) Ursprungswaren gemäß den Übergangsregeln für den Ursprung sind.

Georgische Fassung

ამ დოკუმენტით წარმოდგენილი საქონლის ექსპორტიორი (საბაჟოორგანოს მიერ მ
ინიჭებული ავტორიზაციის No.....[1]) აცხადებს, რომეს საქონელი არის .....[2] შე
ღავათიანიწარმოშობის, გარდამავალი წარმოშობის წესების შესაბამისად, თუ სხვარ
ამ არ არის პირდაპირ მითითებული.

Griechische Fassung

Ο εξαγωγέας των προϊόντων που καλύπτονται από το παρόν έγγραφο (άδεια τελωνείου υπ' αριθ. …… (1)) δηλώνει ότι, εκτός εάν δηλώνεται σαφώς άλλως, τα προϊόντα αυτά είναι προτιμησιακής καταγωγής …… (2) σύμφωνα με τους μεταβατικούς κανόνες καταγωγής.

Hebräische Fassung

היצואן של הטובין המכוסים במסמך זה (אישור מכס מס'.....)[1](מצהיר כי מקורם של הטובין הללו המועדף
ב_____ [2] בהתאם לכללי המעבר, אלא אם כן צוין אחרת במפורש.

Ungarische Fassung

A jelen okmányban szereplő termékek exportőre (vámfelhatalmazási szám: …… (1)) kijelentem, hogy eltérő egyértelmű jelzés hiányában a termékek az átmeneti származási szabályok szerint preferenciális …… (2) származásúak.

Isländische Fassung

Útflytjandi framleiðsluvara sem skjal þetta tekur til (leyfi tollyfirvalda nr. …… (1)), lýsir því yfir að vörurnar séu, ef annars er ekki greinilega getið, af …… (2) uppruna samkvæmt upprunareglum á umbreytingartímabili.

Italienische Fassung

L'esportatore delle merci contemplate nel presente documento (autorizzazione doganale n. …… (1)) dichiara che, salvo indicazione contraria, le merci sono di origine preferenziale …… (2) conformemente alle norme di origine transitorie.

Lettische Fassung

To produktu eksportētājs, kuri ietverti šajā dokumentā (muitas atļauja Nr. …… (1)), deklarē, ka, izņemot tur, kur ir citādi skaidri noteikts, šiem produktiem ir …… (2) preferenciāla izcelsme saskaņā ar pārejas noteikumiem par izcelsmi.

Litauische Fassung

Šiame dokumente nurodytų produktų eksportuotojas (muitinės leidimo Nr. …… (1)) deklaruoja, kad, jeigu aiškiai nenurodyta kitaip, šie produktai turi …… (2) lengvatinės kilmės statusą pagal pereinamojo laikotarpio kilmės taisykles.

Mazedonische Fassung

Извозникот на производите што ги покрива овој документ (царинско одобрение бр. …… (1)) изјавува дека, освен ако тоа не е јасно поинаку назначено, овие производи се со …… (2) преференцијално потекло, во согласност со преодните правила за потекло.

Maltesische Fassung

L-esportatur tal-prodotti koperti minn dan id-dokument (awtorizzazzjoni tad-dwana nru …… (1)) jiddikjara li, ħlief fejn indikat mod ieħor b'mod ċar, dawn il-prodotti huma ta' oriġini preferenzjali …… (2) skont ir-regoli ta' oriġini tranżitorji.

Montenegrinische Fassung

Извозник производа обухваћених овом исправом (царинско овлашћење бр. …… (1)) изјављује да су, осим ако је другачије изричито наведено, ови производи …… (2) преференцијалног поријекла, у складу са транзиционим правилима поријекла.

Izvoznik proizvoda obuhvaćenih ovom ispravom (carinsko ovlašćenje br. …… (1)) izjavljuje da su, osim ako je drugačije izričito navedeno, ovi proizvodi …… (2) preferencijalnog porijekla u skladu sa tranzicionim pravilima porijekla.

Norwegische Fassung

Eksportøren av produktene omfattet av dette dokument (tollmyndighetenes autorisasjonsnr…… (1)) erklærer at disse produktene, unntatt hvor annet er tydelig angitt, har…… preferanseopprinnelse i henhold til overgangsreglene for opprinnelse (2).

Polnische Fassung

Eksporter produktów objętych tym dokumentem (upoważnienie władz celnych nr …… (1)) deklaruje, że z wyjątkiem gdzie jest to wyraźnie określone, produkty te mają……. (2) preferencyjne pochodzenie zgodnie z przejściowymi regułami pochodzenia.

Portugiesische Fassung

O exportador dos produtos cobertos pelo presente documento (autorização aduaneira n.º…… (1)) declara que, salvo expressamente indicado em contrário, estes produtos são de origem preferencial …… (2) de acordo com as regras de origem transitórias.

Rumänische Fassung

Exportatorul produselor care fac obiectul prezentului document (autorizația vamală nr. …… (1)) declară că, exceptând cazul în care se indică altfel în mod clar, aceste produse sunt de origine preferențială…… (2) în conformitate cu regulile de origine tranzitorii.

Serbische Fassung

Извозник производа обухваћених овом исправом (царинско овлашћење бр. …… (1)) изјављује да су, осим ако је другачије изричито наведено, ови производи …… (2) преференцијалног порекла, у складу са прелазним правилима о пореклу.

Izvoznik proizvoda obuhvaćenih ovom ispravom (carinsko ovlašćenje br …… (1)) izjavljuje da su, osim ako je drugačije izričito navedeno, ovi proizvodi …… (2) preferencijalnog porekla, u skladu sa prelaznim pravilima o poreklu.

Slowakische Fassung

Vývozca výrobkov uvedených v tomto dokumente (číslo povolenia..... ([1])) vyhlasuje, že pokiaľ nie je zreteľne uvedené inak, tieto výrobky majú v súlade s prechodnými pravidlami pôvodu preferenčný pôvod v..... ([2]).

Slowenische Fassung

Izvoznik blaga, zajetega s tem dokumentom (pooblastilo carinskih organov št ..... ([1])), izjavlja, da, razen če ni drugače jasno navedeno, ima to blago preferencialno ..... ([2]) poreklo v skladu s prehodnimi pravili o poreklu.

Spanische Fassung

El exportador de los productos incluidos en el presente documento (autorización aduanera n.º ..... ([1]) (1)) declara que, excepto donde se indique claramente lo contrario, estos productos son de origen preferencial ..... ([2]) con arreglo a las normas de origen transitorias.

Schwedische Fassung

Exportören av de varor som omfattas av detta dokument (tullmyndighetens tillstånd nr. ..... ([1])) försäkrar att dessa varor, om inte annat tydligt markerats, har förmånsberättigande ..... ([2]) ursprung i enlighet med övergångsreglerna om ursprung.

Türkische Fassung

Bu belge kapsamındaki ürünlerin ihracatçısı (gümrük yetki No: ..... ([1])), aksi açıkça belirtilmedikçe, bu ürünlerin geçiş menşe kurallarına göre ..... ([2]) tercihli menşeli olduğunu beyan eder.

Ukrainische Fassung

Експортер продукції, на яку поширюється цей документ (митний дозвіл № ..... ([1])) заявляє, що, за винятком випадків, де це явно зазначено, ця продукція має ..... ([2]) преференційне походження згідно з перехідними правилами походження.

.....

(Ort und Datum) ([3])

.....

(Unterschrift des Ausführers sowie Name des Unterzeichners der Erklärung in Druckschrift) ([4])

([1]) Wird die Ursprungserklärung von einem ermächtigten Ausführer ausgefertigt, so ist die Bewilligungsnummer des ermächtigten Ausführers an dieser Stelle einzutragen. Wird die Ursprungserklärung nicht von einem ermächtigten Ausführer ausgefertigt, so werden die Wörter in Klammern weggelassen bzw. wird der Raum leer gelassen.

([2]) Der Ursprung der Erzeugnisse ist anzugeben. Betrifft die Ursprungserklärung ganz oder teilweise Erzeugnisse mit Ursprung in Ceuta und Melilla, so bringt der Ausführer auf dem Papier, auf dem die Erklärung ausgefertigt wird, deutlich sichtbar die Kurzbezeichnung ‚CM' an.

([3]) Diese Angaben können entfallen, wenn sie in dem Papier selbst enthalten sind.

([4]) In Fällen, in denen der Ausführer nicht unterzeichnen muss, entfällt auch der Name des Unterzeichners.

ANHANG IV

MUSTER DER WARENVERKEHRSBESCHEINIGUNG EUR.1 UND DES ANTRAGS AUF AUSSTELLUNG EINER WARENVERKEHRSBESCHEINIGUNG EUR.1

DRUCKANWEISUNGEN

1. Jede Bescheinigung hat das Format 210 × 297 mm, wobei die Länge höchstens 5 mm weniger und 8 mm mehr betragen darf. Es ist weißes, holzfreies, geleimtes Schreibpapier mit einem Quadratmetergewicht von mindestens 25 g zu verwenden. Dieses ist mit einem grünen, guillochierten Überdruck zu versehen, auf dem jede mechanisch oder chemisch vorgenommene Verfälschung sichtbar wird.

2. Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können sich den Druck der Bescheinigungen vorbehalten oder ihn Druckereien überlassen, die sie hierzu ermächtigt haben. In diesem Fall muss in jeder Bescheinigung auf diese Ermächtigung hingewiesen werden. Jede Bescheinigung muss den Namen und die Anschrift oder das Kennzeichen der Druckerei enthalten. Sie trägt ferner zur Kennzeichnung eine Seriennummer, die auch aufgedruckt sein kann.

WARENVERKEHRSBESCHEINIGUNG

<table>
<tr><td rowspan="2">1. Ausführer/Exporteur (Name, vollständige Anschrift, Staat)</td><td colspan="3">EUR. 1 Nr. A 000.000</td></tr>
<tr><td colspan="3">Vor dem Ausfüllen Anmerkungen auf der Rückseite beachten</td></tr>
<tr><td rowspan="2">3. Empfänger (Name, vollständige Anschrift, Staat) (Ausfüllung freigestellt)</td><td colspan="3">2. Bescheinigung für den Präferenzverkehr zwischen
……
und
……
(Angabe der betreffenden Staaten, Staatengruppen oder Gebiete)</td></tr>
<tr><td>4. Staat, Staatengruppe oder Gebiet, als dessen bzw. deren Ursprungserzeugnisse die Waren gelten</td><td colspan="2">5. Bestimmungsstaat, -staatengruppe oder -gebiet</td></tr>
<tr><td>6. Angaben über die Beförderung (Ausfüllung freigestellt)</td><td colspan="3">7. Bemerkungen</td></tr>
<tr><td colspan="2">8. Laufende Nummer; Zeichen und Nummern; Anzahl und Art der Packstücke ([1]); Warenbezeichnung</td><td>9. Rohmasse (kg) oder andere Maßeinheit (l, m3 usw.)</td><td>10. Rechnungen (Ausfüllung freigestellt)</td></tr>
<tr><td>11. SICHTVERMERK DER ZOLLBEHÖRDE
Die Richtigkeit der Erklärung wird bescheinigt.
Ausfuhrpapier ([2])
Art/Muster …… Nr. ……
Vom……
Zollbehörde . ……
Ausstellender/s Staat/Gebiet ……
……
……
Ort und Datum ……
……
……
(Unterschrift)</td><td>Stempel</td><td colspan="2">12. ERKLÄRUNG DES AUSFÜHRERS/EXPORTEURS
Der Unterzeichner erklärt, dass die vorgenannten Waren die Voraussetzungen erfüllen, um diese Bescheinigung zu erlangen.

Ort und Datum ……

……
(Unterschrift)</td></tr>
</table>

([1]) Bei unverpackten Waren ist die Anzahl der Gegenstände oder „lose geschüttet“ anzugeben.
([2]) Nur ausfüllen, wenn nach den Rechtsvorschriften des Ausfuhrstaats oder -gebiets erforderlich.

13. **ERSUCHEN UM NACHPRÜFUNG, zu übersenden an:**	14. **ERGEBNIS DER NACHPRÜFUNG**
	Die Nachprüfung hat ergeben, dass diese Bescheinigung (1) ☐ von der auf ihr angegebenen Zollbehörde ausgestellt worden ist und dass die darin enthaltenen Angaben zutreffen. ☐ nicht den Erfordernissen bezüglich ihrer Echtheit und der Richtigkeit der darin enthaltenen Angaben entspricht (siehe beigefügte Bemerkungen).
Es wird um Überprüfung dieser Bescheinigung auf ihre Echtheit und Richtigkeit ersucht. ..... (Ort und Datum) Stempel ..... (Unterschrift)	..... (Ort und Datum) Stempel ..... (Unterschrift)
(1) Zutreffendes Feld ankreuzen.	

ANMERKUNGEN

1. Die Warenverkehrsbescheinigung darf weder Radierungen noch Übermalungen aufweisen. Etwaige Änderungen sind so vorzunehmen, dass die irrtümlichen Eintragungen gestrichen und gegebenenfalls die beabsichtigten Eintragungen hinzugefügt werden. Jede so vorgenommene Änderung muss von demjenigen, der die Bescheinigung ausgefüllt hat, gebilligt und von den Zollbehörden des ausstellenden Staats oder Gebiets bestätigt werden.

2. Zwischen den in der Warenverkehrsbescheinigung angeführten Warenposten dürfen keine Zwischenräume bestehen, jedem Warenposten muss eine laufende Nummer vorangehen. Unmittelbar unter dem letzten Warenposten ist ein waagrechter Schlussstrich zu ziehen. Leerfelder sind durch Streichungen unbrauchbar zu machen.

3. Die Waren sind nach dem Handelsbrauch so genau zu bezeichnen, dass die Feststellung der Nämlichkeit möglich ist.

ANTRAG AUF AUSSTELLUNG EINER WARENVERKEHRSBESCHEINIGUNG

<table>
<tr><td rowspan="2">1. Ausführer/Exporteur (Name, vollständige Anschrift, Staat)</td><td colspan="3">EUR.1 Nr. A 000.000</td></tr>
<tr><td colspan="3">Vor dem Ausfüllen Anmerkungen auf der Rückseite beachten</td></tr>
<tr><td rowspan="3">3. Empfänger (Name, vollständige Anschrift, Staat) (Ausfüllung freigestellt)</td><td colspan="3">2. Antrag auf Ausstellung einer Bescheinigung für den Präferenzverkehr zwischen
.....
und
.....
(Angabe der betreffenden Staaten, Staatengruppen oder Gebiete)</td></tr>
<tr><td colspan="2">4. Staat, Staatengruppe oder Gebiet, als dessen bzw. deren Ursprungserzeugnisse die Waren gelten</td><td>5. Bestimmungsstaat, -staatengruppe oder -gebiet</td></tr>
<tr><td>6. Angaben über die Beförderung (Ausfüllung freigestellt)</td><td colspan="3">7. Bemerkungen</td></tr>
<tr><td colspan="2">8. Laufende Nummer; Zeichen und Nummern; Anzahl und Art der Packstücke [1]; Warenbezeichnung</td><td>9. Rohmasse (kg) oder andere Maßeinheit (l, m3 usw.)</td><td>10. Rechnungen (Unterschrift)</td></tr>
<tr><td colspan="4">[1] Bei unverpackten Waren ist die Anzahl der Gegenstände oder „lose geschüttet“ anzugeben.</td></tr>
</table>

ERKLÄRUNG DES AUSFÜHRERS/EXPORTEURS

Der Unterzeichner, Ausführer/Exporteur der auf der Vorderseite beschriebenen Waren,

ERKLÄRT, dass diese Waren die Voraussetzungen erfüllen, um die beigefügte Bescheinigung zu erlangen;

BESCHREIBT den Sachverhalt, aufgrund dessen diese Waren die vorgenannten Voraussetzungen erfüllen, wie folgt:

……

……

……

……

LEGT folgende Nachweise VOR ([1]):

……

……

……

……

VERPFLICHTET SICH, auf Verlangen der zuständigen Behörden alle zusätzlichen Nachweise zu erbringen, die für die Ausstellung der beigefügten Bescheinigung erforderlich sind, und gegebenenfalls jede Kontrolle seiner Buchführung und der Herstellungsbedingungen für die oben bezeichneten Waren durch die genannten Behörden zu dulden;

BEANTRAGT, die Ausstellung der beigefügten Bescheinigung für diese Waren.

……

(Ort und Datum)

……

(Unterschrift)

([1]) Zum Beispiel Einfuhrpapiere, Warenverkehrsbescheinigungen, Rechnungen, Erklärungen des Herstellers usw. über die bei der Herstellung verwendeten Erzeugnisse oder die in unverändertem Zustand wieder ausgeführten Waren.

ANHANG V

SONDERBEDINGUNGEN FÜR ERZEUGNISSE MIT URSPRUNG IN CEUTA UND MELILLA

Einziger Artikel

(1) Sofern sie den Bestimmungen der Nichtveränderungsregel in Artikel 14 dieser Anlage entsprechen, gelten folgende Erzeugnisse als

1. Ursprungserzeugnisse Ceutas und Melillas:
   a) Erzeugnisse, die in Ceuta und Melilla vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind;
   b) Erzeugnisse, die in Ceuta und Melilla unter Verwendung anderer als in Ceuta und Melilla vollständig gewonnener oder hergestellter Erzeugnisse hergestellt worden sind, vorausgesetzt, dass
      i) diese Erzeugnisse im Sinne des Artikels 4 dieser Anlage in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet worden sind oder
      ii) diese Erzeugnisse Ursprungserzeugnisse Bosnien und Herzegowinas oder der Europäischen Union sind, sofern sie Be- oder Verarbeitungen unterzogen worden sind, die über die in Artikel 6 dieser Anlage genannte Behandlung hinausgehen;
2. Ursprungserzeugnisse Bosnien und Herzegowinas:
   a) Erzeugnisse, die in Bosnien und Herzegowina vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind;
   b) Erzeugnisse, die in Bosnien und Herzegowina unter Verwendung anderer als in Bosnien und Herzegowina vollständig gewonnener oder hergestellter Erzeugnisse hergestellt worden sind, vorausgesetzt, dass
      i) diese Erzeugnisse im Sinne des Artikels 4 dieser Anlage in ausreichendem Masse be- oder verarbeitet worden sind oder
      ii) diese Erzeugnisse Ursprungserzeugnisse Ceutas und Melillas oder der Europäischen Union sind, und sie Be- oder Verarbeitungen unterzogen worden sind, die über die in Artikel 6 dieser Anlage genannte Behandlung hinausgehen.

(2) Ceuta und Melilla gelten als ein Gebiet.

(3) Der Ausführer oder sein bevollmächtigter Vertreter ist verpflichtet, in Feld 2 der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder in Ursprungserklärungen den Vermerk „Name der ausführenden Vertragspartei“ und „Ceuta und Melilla“ einzutragen. Bei Ursprungserzeugnissen Ceutas und Melillas ist ferner die Ursprungseigenschaft in Feld 4 der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder in die Ursprungserklärung einzutragen.

(4) Die spanischen Zollbehörden gewährleisten die Anwendung dieser Regeln in Ceuta und Melilla.

ANHANG VI

LIEFERANTENERKLÄRUNG

Die Lieferantenerklärung mit nachstehendem Wortlaut ist gemäß den Fußnoten auszufertigen. Die Fußnoten brauchen jedoch nicht wiedergegeben zu werden.

LIEFERANTENERKLÄRUNG

für Waren, die in den anwendenden Vertragsparteien be- oder verarbeitet worden sind, ohne die Präferenzursprungseigenschaft erlangt zu haben

Der Unterzeichnete, Lieferant der in dem beigefügten Papier aufgeführten Waren, erklärt:

1. Folgende Vormaterialien ohne Ursprung in [Namen der betreffenden anwendenden Vertragspartei(en) angeben] wurden in [Namen der betreffenden anwendenden Vertragspartei(en) angeben] bei der Herstellung dieser Waren verwendet:

Bezeichnung der gelieferten Waren (1)	Bezeichnung der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft	HS-Position der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft (2)	Wert der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft (2) (3)
		Gesamtwert	

2. Alle anderen in [Namen der betreffenden anwendenden Vertragspartei(en) angeben] bei der Herstellung dieser Waren verwendeten Vormaterialien besitzen die Ursprungseigenschaft in [Namen der betreffenden anwendenden Vertragspartei(en) angeben].

3. Folgende Waren wurden außerhalb von [Namen der betreffenden anwendenden Vertragspartei(en) angeben] gemäß Artikel 13 dieser Anlage be- oder verarbeitet und haben dort insgesamt folgenden Wertzuwachs erzielt:

Bezeichnung der gelieferten Waren	Außerhalb von [Namen der betreffenden anwendenden Vertragspartei(en) angeben] insgesamt erzielter Wertzuwachs ([4])
	(Ort und Datum)
	(Anschrift und Unterschrift des Lieferanten sowie Name des Unterzeichners der Erklärung in Druckschrift)

([1]) Betreffen die Rechnungen, Lieferscheine oder sonstigen Handelspapiere, denen die Erklärung beigefügt ist, verschiedene Waren oder Waren, die nicht in gleichem Umfang Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft enthalten, so hat sie der Lieferant eindeutig voneinander zu unterscheiden.
Beispiel:
Das Papier betrifft verschiedene Modelle von Elektromotoren der Position 8501 zur Verwendung bei der Herstellung von Waschmaschinen der Position 8450. Art und Wert der bei der Herstellung dieser Motoren verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft unterscheiden sich von einem Modell zum anderen. In Spalte 1 ist daher zwischen den Modellen zu unterscheiden, und die in den übrigen Spalten verlangten Angaben sind für jedes Modell getrennt aufzuführen, damit der Hersteller der Waschmaschinen die Ursprungseigenschaft seiner Erzeugnisse je nach dem verwendeten Elektromotor richtig beurteilen kann.

([2]) Die Angaben in diesen Spalten sind nur zu machen, soweit sie erforderlich sind.
Beispiele:
Die Regel für Bekleidung des ex-Kapitels 62 sieht vor, dass Weben mit Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden) zulässig ist. Verwendet ein Hersteller solcher Bekleidung in einer anwendenden Vertragspartei aus der Europäischen Union eingeführtes Gewebe, das dort durch Weben von Garn ohne Ursprungseigenschaft hergestellt worden ist, so reicht es aus, wenn der Lieferant der Europäischen Union in seiner Erklärung das verwendete Garn ohne Ursprungseigenschaft beschreibt; es ist nicht erforderlich, die HS-Position und den Wert dieses Garns anzugeben.
Ein Hersteller von Draht aus Eisen der HS-Position 7217, der zur Herstellung Eisenstäbe ohne Ursprungseigenschaft verwendet hat, sollte in der zweiten Spalte „Stäbe aus Eisen“ angeben. Wird dieser Draht zur Herstellung einer Maschine verwendet, bei der die Ursprungsregel die Verwendung von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft auf einen bestimmten Vomhundertsatz begrenzt, so muss in der dritten Spalte der Wert der Stäbe ohne Ursprungseigenschaft angegeben werden.

([3]) „Wert der Vormaterialien” ist der Zollwert der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft zum Zeitpunkt der Einfuhr oder, wenn der Zollwert nicht bekannt ist oder nicht festgestellt werden kann, der erste feststellbare Preis, der in [den Namen der betreffenden Vertragspartei(en) angeben] für die Vormaterialien gezahlt wird.
Der genaue Wert jedes Vormaterials ohne Ursprungseigenschaft ist je Einheit der in der ersten Spalte aufgeführten Ware anzugeben.

([4]) „Insgesamt erzielter Wertzuwachs” bezeichnet alle außerhalb von [Namen der betreffenden anwendenden Vertragspartei(en) angeben] entstandenen Kosten einschließlich des Wertes aller dort hinzugefügten Vormaterialien. Der genaue insgesamt erzielte Wertzuwachs außerhalb von [Namen der betreffenden anwendenden Vertragspartei(en) angeben] ist je Einheit der in der ersten Spalte aufgeführten Ware anzugeben.

ANHANG VII

LANGZEIT-LIEFERANTENERKLÄRUNG

Die Langzeit-Lieferantenerklärung mit nachstehendem Wortlaut ist gemäß den Fußnoten auszufertigen. Die Fußnoten brauchen jedoch nicht wiedergegeben zu werden.

LANGZEIT-LIEFERANTENERKLÄRUNG

für Waren, die in der anwendenden Vertragspartei be- oder verarbeitet worden sind, ohne die Präferenzursprungseigenschaft erlangt zu haben

Der Unterzeichnete, Lieferant der in dem beigefügten Papier bezeichneten Waren, die regelmäßig an ([1]) ..... geliefert werden, erklärt Folgendes:

1. Folgende Vormaterialien ohne Ursprung in [Namen der betreffenden anwendenden Vertragspartei(en) angeben] wurden in [Namen der betreffenden anwendenden Vertragspartei(en) angeben] bei der Herstellung dieser Waren verwendet:

Bezeichnung der gelieferten Waren ([2])	Bezeichnung der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft	HS-Position der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft ([3])	Wert der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft ([3]) ([4])
Gesamtwert			

2. Alle anderen in [Namen der betreffenden anwendenden Vertragspartei(en) angeben] bei der Herstellung dieser Waren verwendeten Vormaterialien besitzen die Ursprungseigenschaft in [Namen der betreffenden anwendenden Vertragspartei(en) angeben].
3. Folgende Waren wurden außerhalb von [Namen der betreffenden anwendenden Vertragspartei(en) angeben] gemäß Artikel 13 dieser Anlage be- oder verarbeitet und haben dort insgesamt folgenden Wertzuwachs erzielt:

Bezeichnung der gelieferten Waren	Außerhalb von [Namen der betreffenden anwendenden Vertragspartei(en) angeben] insgesamt erzielter Wertzuwachs ([5])

Diese Erklärung gilt für alle weiteren Sendungen dieser Waren vom. .....

bis ..... ([6])

Ich verpflichte mich, ... ([1]) unverzüglich zu unterrichten, wenn diese Erklärung nicht mehr gültig ist.

(Ort und Datum)
(Anschrift und Unterschrift des Lieferanten sowie Name des Unterzeichners der Erklärung in Druckschrift)

(1) Name und Anschrift des Empfängers der Waren.

(2) Betreffen die Rechnungen, Lieferscheine oder sonstigen Handelspapiere, denen die Erklärung beigefügt ist, verschiedene Waren oder Waren, die nicht in gleichem Umfang Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft enthalten, so hat sie der Lieferant eindeutig voneinander zu unterscheiden.
Beispiel:
Das Papier betrifft verschiedene Modelle von Elektromotoren der Position 8501 zur Verwendung bei der Herstellung von Waschmaschinen der Position 8450. Art und Wert der bei der Herstellung dieser Motoren verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft unterscheiden sich von einem Modell zum anderen. In Spalte 1 ist daher zwischen den Modellen zu unterscheiden, und die in den übrigen Spalten verlangten Angaben sind für jedes Modell getrennt aufzuführen, damit der Hersteller der Waschmaschinen die Ursprungseigenschaft seiner Erzeugnisse je nach dem verwendeten Elektromotor richtig beurteilen kann.

(3) Die Angaben in diesen Spalten sind nur zu machen, soweit sie erforderlich sind.
Beispiele:
Die Regel für Bekleidung des ex-Kapitels 62 sieht vor, dass Weben mit Konfektionieren (einschließlich Zuschneiden) zulässig ist. Verwendet ein Hersteller solcher Bekleidung in einer anwendenden Vertragspartei aus der Europäischen Union eingeführtes Gewebe, das dort durch Weben von Garn ohne Ursprungseigenschaft hergestellt worden ist, so reicht es aus, wenn der Lieferant der Europäischen Union in seiner Erklärung das verwendete Garn ohne Ursprungseigenschaft beschreibt; es ist nicht erforderlich, die HS-Position und den Wert dieses Garns anzugeben.
Ein Hersteller von Draht aus Eisen der HS-Position 7217, der zur Herstellung Eisenstäbe ohne Ursprungseigenschaft verwendet hat, sollte in der zweiten Spalte „Stäbe aus Eisen“ angeben. Wird dieser Draht zur Herstellung einer Maschine verwendet, bei der die Ursprungsregel die Verwendung von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft auf einen bestimmten Vomhundertsatz begrenzt, so muss in der dritten Spalte der Wert der Stäbe ohne Ursprungseigenschaft angegeben werden.

(4) „Wert der Vormaterialien” ist der Zollwert der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft zum Zeitpunkt der Einfuhr oder, wenn der Zollwert nicht bekannt ist oder nicht festgestellt werden kann, der erste feststellbare Preis, der in [den Namen der betreffenden Vertragspartei(en) angeben] für die Vormaterialien gezahlt wird.
Der genaue Wert jedes Vormaterials ohne Ursprungseigenschaft ist je Einheit der in der ersten Spalte aufgeführten Ware anzugeben.

(5) „Insgesamt erzielter Wertzuwachs” bezeichnet alle außerhalb von [Namen der betreffenden anwendenden Vertragspartei(en) angeben] entstandenen Kosten einschließlich des Wertes aller dort hinzugefügten Vormaterialien. Der genaue insgesamt erzielte Wertzuwachs außerhalb von [Namen der betreffenden anwendenden Vertragspartei(en) angeben] ist je Einheit der in der ersten Spalte aufgeführten Ware anzugeben.

(6) Daten einsetzen. Die Geltungsdauer der Langzeit-Lieferantenerklärung sollte vorbehaltlich der Voraussetzungen, die von den Zollbehörden der anwendenden Vertragspartei festgelegt werden, in der die Erklärung ausgefertigt wird, normalerweise 24 Monate nicht überschreiten.”

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/256

18.1.2024

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2024/256 DER KOMMISSION

vom 17. Januar 2024

zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1158 der Kommission über die Einfuhrbedingungen für Lebens- und Futtermittel mit Ursprung in Drittländern nach dem Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit ([1]), insbesondere auf Artikel 53 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer ii,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 über amtliche Kontrollen und andere amtliche Tätigkeiten zur Gewährleistung der Anwendung des Lebens- und Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 999/2001, (EG) Nr. 396/2005, (EG) Nr. 1069/2009, (EG) Nr. 1107/2009, (EU) Nr. 1151/2012, (EU) Nr. 652/2014, (EU) 2016/429 und (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 1/2005 und (EG) Nr. 1099/2009 des Rates sowie der Richtlinien 98/58/EG, 1999/74/EG, 2007/43/EG, 2008/119/EG und 2008/120/EG des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 854/2004 und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 89/608/EWG, 89/662/EWG, 90/425/EWG, 91/496/EWG, 96/23/EG, 96/93/EG und 97/78/EG des Rates und des Beschlusses 92/438/EWG des Rates (Verordnung über amtliche Kontrollen) ([2]), insbesondere auf Artikel 54 Absatz 4 Unterabsatz 1 Buchstabe b und Artikel 90 Absatz 1 Buchstaben a, c und f,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/1158 der Kommission ([3]) legt Bedingungen für Lebens- und Futtermittel mit Ursprung in Drittländern nach dem Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl fest.

(2) In der Verordnung (EU) 2020/1158 der Kommission wurde die Fußnote, in der festgelegt wird, wie Höchstwerte auf konzentrierte oder getrocknete Erzeugnisse anzuwenden sind, irrtümlicherweise weggelassen und sollte daher wieder eingefügt werden.

(3) Die Durchführungsverordnung (EU) 2019/628 der Kommission ([4]) zu den Mustern amtlicher Bescheinigungen für bestimmte Tiere und Waren wurde durch die Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission ([5]) aufgehoben, und die Entsprechungstabelle in Anhang VI der genannten Verordnung enthält Fehler in Bezug auf Verweise auf die entsprechenden Artikel der beiden Rechtsakte. Diese Korrelationsfehler betreffen die in der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1158 genannten Artikel der Durchführungsverordnung (EU) 2019/628, weshalb der Verweis auf die Artikel der Durchführungsverordnung (EU) 2019/628 durch den korrekten Verweis auf die Artikel der Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 ersetzt werden sollte.

([1]) ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1.
([2]) ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1.
([3]) Durchführungsverordnung (EU) 2020/1158 der Kommission vom 5. August 2020 über die Einfuhrbedingungen für Lebens- und Futtermittel mit Ursprung in Drittländern nach dem Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl (ABl. L 257 vom 6.8.2020, S. 1).
([4]) Durchführungsverordnung (EU) 2019/628 der Kommission vom 8. April 2019 zu den Mustern amtlicher Bescheinigungen für bestimmte Tiere und Waren und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2074/2005 und der Durchführungsverordnung (EU) 2016/759 in Bezug auf diese Musterbescheinigungen (ABl. L 131 vom 17.5.2019, S. 101).
([5]) Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission vom 16. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zu den Verordnungen (EU) 2016/429 und (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Muster für Veterinärbescheinigungen, der Muster für amtliche Bescheinigungen und der Muster für Veterinär-/amtliche Bescheinigungen für den Eingang in die Union von Sendungen bestimmter Kategorien von Tieren und Waren und für deren Verbringungen innerhalb der Union, hinsichtlich der amtlichen Bescheinigungstätigkeit im Zusammenhang mit derartigen Bescheinigungen sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 599/2004, der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 636/2014 und (EU) 2019/628, der Richtlinie 98/68/EG und der Entscheidungen 2000/572/EG, 2003/779/EG und 2007/240/EG (ABl. L 442 vom 30.12.2020, S. 1).

(4) Gemäß Artikel 3 der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1158 muss jeder Sendung von Erzeugnissen aus in Anhang I der genannten Durchführungsverordnung aufgeführten Drittländern, die unter Bezugnahme auf den entsprechenden KN-Code der Kombinierten Nomenklatur in Anhang II der genannten Durchführungsverordnung aufgeführt sind, die entsprechende amtliche Bescheinigung beiliegen; außerdem müssen diese Erzeugnisse mit einem auf der amtlichen Bescheinigung und dem Gemeinsamen Gesundheitseingangsdokument anzugebenden Identifizierungscode gekennzeichnet sein.

(5) Mit der seit Januar 2022 geltenden Durchführungsverordnung (EU) 2021/1832 der Kommission ([6]) wurden neue KN-Codes für Pilze der Gattungen Cantharellus (KN 0709 53), Boletus (KN 0709 52), Shiitake (KN 0709 54, KN 0712 34), Matsutake (KN 0709 55) und Trüffeln (KN 0709 56, KN 0710 80 95, KN 2001 90 97) eingeführt. Diese Pilze fielen vor dieser Änderung der Zollnomenklatur unter den KN-Code 0709 59. Im Interesse der Rechtssicherheit und der Klarheit sollte die Durchführungsverordnung (EU) 2020/1158 aktualisiert werden, um diesen Änderungen der KN-Codes Rechnung zu tragen.

(6) Um eine unionsweit einheitliche Anwendung der Bedingungen für die Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln mit Ursprung in Drittländern zu gewährleisten und ein hohes Gesundheitsschutzniveau zu gewährleisten, ist es wichtig, Klarheit zu schaffen und jegliche Rechtsunsicherheit darüber zu vermeiden, dass die Bedingungen für den Eingang in die Union für alle Erzeugnisse gelten, die wilde Pilze und wilde Früchte der Gattung *Vaccinium* enthalten oder daraus gewonnen wurden. Daher sollten neue Einträge hinzugefügt werden.

(7) Bestimmte Erzeugnisse, für die die Einfuhrbedingungen für Lebens- und Futtermittel mit Ursprung in Drittländern zuvor nicht galten, sollten in Anhang II der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1158 aufgenommen werden. Dies gilt insbesondere für Mischungen von Schalenfrüchten oder getrockneten Früchten, Konfitüren, Fruchtgelees, Marmeladen, Fruchtmuse und Frucht- oder Nusspasten, Mischungen von Säften, aromatisierten Wassern und bestimmten Lebensmittelerzeugnissen, die aus mehreren Zutaten bestehen, die die aufgeführten Pilze und Früchte enthalten. Die Aufnahme dieser Erzeugnisse würde ein hohes Gesundheitsschutzniveau gewährleisten und jeden Zweifel daran ausräumen, dass die Bedingungen für den Eingang in die Union für alle Erzeugnisse gelten, die gelistete Wildpilze und Wildfrüchte enthalten oder daraus gewonnen wurden.

(8) Darüber hinaus sind gemäß Artikel 5 Absatz 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1158 die Warenkontrollen der in Anhang II der genannten Durchführungsverordnung aufgeführten Erzeugnisse, die Grenzkontrollen unterliegen, an der Grenzkontrollstelle oder an einer ausgewiesenen Kontrollstelle durchzuführen.

(9) Da bestimmte Lebensmittel, die Wildpilze oder Wildbeeren enthalten, auch Zutaten tierischen Ursprungs enthalten können, sollten die Warenkontrollen dieser Lebensmittel nur an der Grenzkontrollstelle durchgeführt werden.

(10) Damit die Wirtschaftsakteure die erforderlichen Maßnahmen treffen können, um die Anforderungen an Probenahme, Analyse und Zertifizierung für die von dieser Maßnahme betroffenen Erzeugnisse zu erfüllen, und um einen reibungslosen Übergang zu den neuen Vorschriften zu ermöglichen, sollte ein Übergangszeitraum vorgesehen werden, in dem den Sendungen der KN-Codes ex 0813 50, ex 2007, ex 2008 97, ex 2009 90, ex 2202 10, ex 2202 99, ex 1704 90, ex 1806 und ex 1905 keine amtliche Bescheinigung gemäß Artikel 3 Absatz 3 der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1158 beiliegen muss.

(11) Für bestimmte Wildpilze, die zuvor unter dem KN-Code ex 0709 59 eingereiht wurden, sind seit 2020 neue KN-Codes festgelegt worden, d. h. ex 0709 52 00, ex 0709 53 00, ex 0709 54 00, ex 0709 55 00, ex 0709 56 00 und ex 0712 34 00. Darüber hinaus werden verarbeitete wilde Trüffeln, die zuvor unter den KN-Codes ex 0710 80 69 und ex 2001 90 50 eingereiht wurden, unter den KN-Codes ex 7108095 und ex 2001 90 97 gehandelt. Es ist also nicht erforderlich, Übergangsmaßnahmen für diese Erzeugnisse vorzusehen, da Artikel 3 Absatz 3 der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1158 bereits auf sie anwendbar ist.

(12) Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/1158 sollte daher entsprechend geändert werden.

([6]) Durchführungsverordnung (EU) 2021/1832 der Kommission vom 12. Oktober 2021 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (ABl. L 385 vom 29.10.2021, S. 1).

(13) Die in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1158

Die Durchführungsverordnung (EU) 2020/1158 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 3 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Erzeugnisse müssen den folgenden kumulierten Höchstwerten in Bezug auf die radioaktive Kontamination mit Cäsium-137 (*) genügen:

a) 370 Bq/kg für Milch und Milcherzeugnisse sowie für Nahrungsmittel für Säuglinge und Kleinkinder im Sinne von Artikel 2 Absatz 2 Buchstaben a und b der Verordnung (EU) Nr. 609/2013;

b) 600 Bq/kg für alle anderen betroffenen Erzeugnisse.

_____

(*) Der Wert für konzentrierte Erzeugnisse und Trockenerzeugnisse wird auf der Grundlage des für den unmittelbaren Verbrauch rekonstituierten Erzeugnisses berechnet."

2. In Artikel 4 erhalten die Absätze 3 und 4 folgende Fassung:

„(3) Die amtliche Bescheinigung, die von der ausstellenden zuständigen Drittlandsbehörde nicht über das Informationsmanagementsystem für amtliche Kontrollen (Information Management System for Official Controls – IMSOC) übermittelt wird, erfüllt auch die Anforderungen in Artikel 5 der Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 an die Muster amtlicher Bescheinigungen, die nicht über das IMSOC übermittelt werden.

(4) Die zuständigen Behörden dürfen eine Ersatzbescheinigung für eine amtliche Bescheinigung nur im Einklang mit Artikel 6 der Durchführungsverordnung (EU) 2020/2235 der Kommission ausstellen."

3. Artikel 5 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Sendungen von Erzeugnissen nicht tierischen Ursprungs nach Artikel 3 Absatz 3 werden bei ihrem Eingang in die Union an einer Grenzkontrollstelle und/oder an einer ausgewiesenen Kontrollstelle amtlichen Kontrollen unterzogen.

Sendungen von Erzeugnissen gemäß Artikel 3 Absatz 3, die eine oder mehrere Zutaten tierischen Ursprungs enthalten, werden bei ihrem Eingang in die Union an einer Grenzkontrollstelle amtlichen Kontrollen unterzogen."

4. Anhang II erhält die Fassung des Anhangs der vorliegenden Verordnung.

Artikel 2

Übergangsmaßnahme

Sendungen von Erzeugnissen der KN-Codes ex 0813 50, ex 2007, ex 2008 97, ex 2009 90, ex 2202 10, ex 2202 99, ex 1704 90, ex 1806 und ex 1905, die vor dem Datum des Inkrafttretens der vorliegenden Verordnung aus einem in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1158 aufgeführten Drittland in die Union versandt wurden, dürfen bis zum 7. März 2024 in die Union verbracht werden, ohne von der amtlichen Bescheinigung gemäß Artikel 3 Absatz 3 der genannten Durchführungsverordnung begleitet zu werden, sofern sie alle anderen für sie geltenden Anforderungen des Unionsrechts erfüllen.

Artikel 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 17. Januar 2024

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

ANHANG

„ANHANG II

Liste von Erzeugnissen, für die die Bedingungen nach Artikel 3 Absatz 3 gelten

KN-Code	Warenbezeichnung
	Die nachstehend als Mischungen aufgeführten Lebensmittel beziehen sich auf Mischungen, die Wildpilze und/oder wild wachsende Heidelbeeren der Gattung *Vaccinium* in einer Menge von über 20 % entweder eines einzelnen Erzeugnisses oder als Summe der Wildpilze und wild wachsenden Heidelbeeren der Gattung *Vaccinium* enthalten.
ex 0709 51 00	Pilze der Gattung *Agaricus*, frisch oder gekühlt, ausgenommen Zuchtpilze; Mischungen von Zucht- und Wildpilzen der Gattung *Agaricus*, frisch oder gekühlt,
ex 0709 52 00	Pilze der Gattung *Boletus*, frisch oder gekühlt, ausgenommen Zuchtpilze; Mischungen von Zucht- und Wildpilzen der Gattung *Boletus*, frisch oder gekühlt,
ex 0709 53 00	Pilze der Gattung *Cantharellus*, frisch oder gekühlt, ausgenommen Zuchtpilze; Mischungen von Zucht- und Wildpilzen der Gattung *Cantharellus*, frisch oder gekühlt,
ex 0709 54 00	Shiitake (*Lentinus edodes*) frisch oder gekühlt, ausgenommen Zuchtpilze; Mischungen von Zucht- und Wildshiitake (*Lentinus edodes*), frisch oder gekühlt
ex 0709 55 00	Matsutake (*Tricholoma matsutake, Tricholoma magnivelare, Tricholoma anatolicum, Tricholoma dulciolens, Tricholoma caligatum*), frisch oder gekühlt, ausgenommen Zuchtpilze; Mischungen von Zucht- und Wildmatsutake (*Tricholoma matsutake, Tricholoma magnivelare, Tricholoma anatolicum, Tricholoma dulciolens, Tricholoma caligatum*), frisch oder gekühlt;
ex 0709 56 00	Trüffeln (*Tuber* spp.), frisch oder gekühlt, ausgenommen Zuchtpilze; Mischungen von Zucht- und Wildtrüffeln (*Tuber* spp.), frisch oder gekühlt
ex 0709 59 00	andere Pilze, frisch oder gekühlt, ausgenommen Zuchtpilze; Mischungen von anderen Zucht- und Wildpilzen, frisch oder gekühlt
ex 0710 80 61	Pilze der Gattung *Agaricus*, auch in Wasser oder Dampf gekocht, gefroren, ausgenommen Zuchtpilze; Mischungen von Zucht- und Wildpilzen der Gattung *Agaricus*, auch in Wasser oder Dampf gekocht, gefroren,
ex 0710 80 69	andere Pilze, auch in Wasser oder Dampf gekocht, gefroren, ausgenommen Zuchtpilze; Mischungen von anderen Zucht- und Wildpilzen, auch in Wasser oder Dampf gekocht, gefroren

ex 0710 80 95	Trüffeln (*Tuber* spp.), auch in Wasser oder Dampf gekocht, gefroren, ausgenommen Zuchtpilze; Mischungen von Zucht- und Wildtrüffeln, auch in Wasser oder Dampf gekocht, gefroren
ex 0711 51 00	Pilze der Gattung *Agaricus*, vorläufig haltbar gemacht, zum unmittelbaren Genuss nicht geeignet, ausgenommen Zuchtpilze; Mischungen von Zucht- und Wildpilzen der Gattung *Agaricus*, vorläufig haltbar gemacht, zum unmittelbaren Genuss nicht geeignet
ex 0711 59 00	andere Pilze und Trüffeln, vorläufig haltbar gemacht, zum unmittelbaren Genuss nicht geeignet, ausgenommen Zuchtpilze; Mischungen von anderen Zucht- und Wildpilzen oder Zucht- und Wildtrüffeln, vorläufig haltbar gemacht, zum unmittelbaren Genuss nicht geeignet
ex 0712 31 00	Pilze der Gattung *Agaricus*, getrocknet, auch in Stücke oder Scheiben geschnitten, als Pulver oder sonst zerkleinert, jedoch nicht weiter zubereitet, ausgenommen Zuchtpilze; Mischungen von Zucht- und Wildpilzen der Gattung *Agaricus*, getrocknet, auch in Stücke oder Scheiben geschnitten, als Pulver oder sonst zerkleinert, jedoch nicht weiter zubereitet
ex 0712 32 00	Judasohrpilze (*Auricularia* spp.), getrocknet, auch in Stücke oder Scheiben geschnitten, als Pulver oder sonst zerkleinert, jedoch nicht weiter zubereitet, ausgenommen Zuchtpilze; Mischungen von Zucht- und Wildpilzen der Gattung Judasohrpilze (*Auricularia* spp.), getrocknet, auch in Stücke oder Scheiben geschnitten, als Pulver oder sonst zerkleinert, jedoch nicht weiter zubereitet
ex 0712 33 00	Zitterpilze (*Tremella* spp.), getrocknet, auch in Stücke oder Scheiben geschnitten, als Pulver oder sonst zerkleinert, jedoch nicht weiter zubereitet, ausgenommen Zuchtpilze; Mischungen von Zucht- und Wildpilzen der Gattung Zitterpilze (*Tremella* spp.), getrocknet, auch in Stücke oder Scheiben geschnitten, als Pulver oder sonst zerkleinert, jedoch nicht weiter zubereitet
ex 0712 34 00	Shiitake (*Lentinus edodes*), getrocknet, auch in Stücke oder Scheiben geschnitten, als Pulver oder sonst zerkleinert, jedoch nicht weiter zubereitet, ausgenommen Zuchtpilze; Mischungen von Zucht- und Wildpilzen der Gattung Shiitake (*Lentinus edodes*), getrocknet, auch in Stücke oder Scheiben geschnitten, als Pulver oder sonst zerkleinert, jedoch nicht weiter zubereitet
ex 0712 39 00	andere Pilze und Trüffeln, getrocknet, auch in Stücke oder Scheiben geschnitten, als Pulver oder sonst zerkleinert, jedoch nicht weiter zubereitet, ausgenommen Zuchtpilze; Mischungen von anderen Zucht- und Wildpilzen und Zucht- und Wildtrüffeln, getrocknet, auch in Stücke oder Scheiben geschnitten, als Pulver oder sonst zerkleinert, jedoch nicht weiter zubereitet
ex 2001 90 50	Pilze, mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht, ausgenommen Zuchtpilze; Mischungen von Zucht- und Wildpilzen, mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht
ex 2001 90 97	Trüffeln (*Tuber* spp.), mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht, ausgenommen Zuchtpilze; Mischungen von Zucht- und Wildtrüffeln (*Tuber* spp), mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht

ex 2003	Pilze und Trüffeln, anders als mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht, ausgenommen Zuchtpilze; Mischungen von Zucht- und Wildpilzen und Zucht- und Wildtrüffeln, anders als mit Essig oder Essigsäure zubereitet oder haltbar gemacht
ex 0810 40	wild wachsende Preiselbeeren, wild wachsende Heidelbeeren und andere wild wachsende Früchte der Gattung *Vaccinium*, frisch; Mischungen von wild wachsenden und kultivierten Preiselbeeren, wild wachsenden und kultivierten Heidelbeeren und anderen wild wachsenden und kultivierten Früchten der Gattung *Vaccinium*, frisch
ex 0811 90 50	wild wachsende Heidelbeeren der Art *Vaccinium myrtillus*, auch in Wasser oder Dampf gekocht, gefroren, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln; Mischungen von wild wachsenden und kultivierten Heidelbeeren der Art *Vaccinium myrtillus*, auch in Wasser oder Dampf gekocht, gefroren, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln
ex 0811 90 70	wild wachsende Heidelbeeren der Arten *Vaccinium myrtilloides* und *Vaccinium angustifolium*, auch in Wasser oder Dampf gekocht, gefroren, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln; Mischungen von wild wachsenden und kultivierten Heidelbeeren der Arten *Vaccinium myrtilloides* und *Vaccinium angustifolium*, auch in Wasser oder Dampf gekocht, gefroren, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln
ex 0811 90 95	wild wachsende Früchte anderer Arten der Gattung *Vaccinium*, auch in Wasser oder Dampf gekocht, gefroren, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln; Mischungen von wild wachsenden oder kultivierten Früchten anderer Arten der Gattung *Vaccinium*, auch in Wasser oder Dampf gekocht, gefroren, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln
ex 0812 90 40	wild wachsende Heidelbeeren der Art *Vaccinium myrtillus*, vorläufig haltbar gemacht, zum unmittelbaren Genuss nicht geeignet; Mischungen von wild wachsenden und kultivierten Heidelbeeren der Art *Vaccinium myrtillus*, vorläufig haltbar gemacht, zum unmittelbaren Genuss nicht geeignet;
ex 0813 40 95	wild wachsende Früchte der Gattung *Vaccinium*, getrocknet
ex 0813 50 15 ex 0813 50 19 ex 0813 50 91 ex 0813 50 99	Mischungen von getrockneten Früchten oder von Schalenfrüchten und getrockneten Früchten, die wild wachsende Früchte der Gattung *Vaccinium* enthalten
ex 2007	Konfitüren, Fruchtgelees, Marmeladen, Frucht- oder Nussmuse und Frucht- oder Nusspasten, durch Kochen hergestellt, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln, hergestellt aus wild wachsenden Früchten der Gattung *Vaccinium* oder diese enthaltend

ex 2008 93	wild wachsende Preiselbeeren (*Vaccinium macrocarpon*, *Vaccinium oxycoccos)* und Moosbeeren (*Vaccinium vitis-idaea*), in anderer Weise zubereitet oder haltbar gemacht, auch mit Zusatz von Zucker, anderen Süßmitteln oder Alkohol, anderweit weder genannt noch inbegriffen; Mischungen von wild wachsenden Preiselbeeren (*Vaccinium macrocarpon*, *Vaccinium oxycoccos)* und Moosbeeren (*Vaccinium vitis-idaea*), in anderer Weise zubereitet oder haltbar gemacht, auch mit Zusatz von Zucker, anderen Süßmitteln oder Alkohol, anderweit weder genannt noch inbegriffen
ex 2008 97	Mischungen von Früchten, Nüssen und anderen genießbaren Pflanzenteilen, in anderer Weise zubereitet oder haltbar gemacht, auch mit Zusatz von Zucker, anderen Süßmitteln oder Alkohol, anderweit weder genannt noch inbegriffen, mit wild wachsenden Früchten der Gattung *Vaccinium*
ex 2008 99 28 ex 2008 99 34 ex 2008 99 37 ex 2008 99 40 ex 2008 99 49 ex 2008 99 67 ex 2008 99 99	andere wild wachsende Früchte der Gattung *Vaccinium*, in anderer Weise zubereitet oder haltbar gemacht, auch mit Zusatz von Zucker, anderen Süßmitteln oder Alkohol, anderweit weder genannt noch inbegriffen; Mischungen von anderen wild wachsenden und kultivierten Früchten der Gattung *Vaccinium*, in anderer Weise zubereitet oder haltbar gemacht, auch mit Zusatz von Zucker, anderen Süßmitteln oder Alkohol, anderweit weder genannt noch inbegriffen
ex 2009 81	Saft aus Preiselbeeren (*Vaccinium macrocarpon*, *Vaccinium oxycoccos)* und Moosbeeren (*Vaccinium vitis-idaea*) aus wild wachsenden Früchten, nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln; Saft aus Preiselbeeren (*Vaccinium macrocarpon*, *Vaccinium oxycoccos)* und Moosbeeren (*Vaccinium vitis-idaea*), aus einer Mischung von wild wachsenden und kultivierten Früchten, nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln
ex 2009 89 35 ex 2009 89 38 ex 2009 89 79 ex 2009 89 86 ex 2009 89 89 ex 2009 89 99	andere Säfte wild wachsender Früchte der Gattung *Vaccinium*, nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln
ex 2009 90 21 ex 2009 90 29 ex 2009 90 51 ex 2009 90 59 ex 2009 90 94 ex 2009 90 96 ex 2009 90 98	Mischung von Säften, hergestellt aus wild wachsenden Früchten der Gattung *Vaccinium* oder diese enthaltend, sowie deren Verarbeitungserzeugnisse
ex 2202 10	Wasser, einschließlich Mineralwasser und kohlensäurehaltiges Wasser, mit Zusatz von Zucker, anderen Süßmitteln oder Aromastoffen, Saft oder andere Verarbeitungserzeugnisse aus wild wachsenden Früchten der Gattung *Vaccinium* enthaltend

ex 2202 99	Wasser, einschließlich Mineralwasser und kohlensäurehaltiges Wasser, mit Zusatz von Zucker, anderen Süßmitteln oder Aromastoffen und andere nicht alkoholhaltige Getränke, Saft oder andere Verarbeitungserzeugnisse aus wild wachsenden Früchten der Gattung *Vaccinium* enthaltend
	Nachstehend aufgeführte Lebensmittel, bestehend aus zwei oder mehr Zutaten, die eines der wegen des Risikos einer radioaktiven Kontamination oben aufgeführten Einzelerzeugnisse in einer Menge von mehr als 20 % entweder eines einzelnen Erzeugnisses oder als Summe der aufgeführten Erzeugnisse enthalten
ex 1704 90	Zuckerwaren ohne Kakaogehalt (einschließlich weiße Schokolade), ausgenommen Kaugummi, auch mit Zucker überzogen
ex 1806	Schokolade und andere kakaohaltige Lebensmittelzubereitungen
ex 1905	Backwaren, auch kakaohaltig; Hostien, leere Oblatenkapseln der für Arzneiwaren verwendeten Art, Siegeloblaten, getrocknete Teigblätter aus Mehl oder Stärke und ähnliche Waren“

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/258

18.1.2024

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2024/258 DER KOMMISSION

vom 10. Januar 2024

zur Änderung des Anhangs des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 betreffend Sofortmaßnahmen im Zusammenhang mit Ausbrüchen der hochpathogenen Aviären Influenza in bestimmten Mitgliedstaaten

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2024) 234)

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) ([1]), insbesondere auf Artikel 259 Absatz 1 Buchstabe c,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Bei der hochpathogenen Aviären Influenza (HPAI) handelt es sich um eine infektiöse Viruserkrankung von Vögeln, die schwerwiegende Auswirkungen auf die Rentabilität von Geflügelhaltungsbetrieben haben und zu Störungen des Handels innerhalb der Union sowie der Ausfuhren in Drittländer führen kann. HPAI-Viren können Zugvögel infizieren, die diese Viren anschließend während ihres Herbst- und Frühjahrszugs über große Entfernungen verbreiten können. Daher birgt das Auftreten von HPAI-Viren bei Wildvögeln die permanente Gefahr, dass diese Viren direkt oder indirekt in Betriebe eingeschleppt werden, in denen Geflügel oder in Gefangenschaft lebende Vögel gehalten werden. Bei einem Ausbruch der HPAI besteht die Gefahr, dass sich der Erreger auf andere Betriebe ausbreitet, in denen Geflügel oder in Gefangenschaft lebende Vögel gehalten werden.

(2) Mit der Verordnung (EU) 2016/429 wurde ein neuer Rechtsrahmen für die Prävention und Bekämpfung von Seuchen geschaffen, die auf Tiere oder Menschen übertragbar sind. Die HPAI fällt in der genannten Verordnung unter die Begriffsbestimmung einer gelisteten Seuche und unterliegt den darin festgelegten Seuchenpräventions- und -bekämpfungsvorschriften. Darüber hinaus ergänzt die Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission ([2]) die Verordnung (EU) 2016/429 hinsichtlich der Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung bestimmter gelisteter Seuchen, einschließlich der Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die HPAI.

(3) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2023/2447 der Kommission ([3]) wurde im Rahmen der Verordnung (EU) 2016/429 erlassen und enthält Sofortmaßnahmen auf Unionsebene im Zusammenhang mit Ausbrüchen der HPAI.

(4) Insbesondere müssen gemäß dem Durchführungsbeschluss (EU) 2023/2447 die von den Mitgliedstaaten nach Ausbrüchen der HPAI gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 eingerichteten Schutz- und Überwachungszonen sowie weiteren Sperrzonen mindestens die im Anhang des genannten Durchführungsbeschlusses als Schutz- bzw. Überwachungszonen sowie weitere Sperrzonen definierten Gebiete umfassen.

(5) Nach Ausbrüchen der HPAI bei Geflügel oder in Gefangenschaft gehaltenen Vögeln in Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Ungarn und Polen wurde der Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 kürzlich durch den Durchführungsbeschluss (EU) 2023/2913 der Kommission ([4]) geändert, da sich diese Ausbrüche in dem genannten Anhang widerspiegeln müssen.

([1]) ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/429/oj.

([2]) Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung bestimmter gelisteter Seuchen (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 64. ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2020/687/oj).

([3]) Durchführungsbeschluss (EU) 2023/2447 der Kommission vom 24. Oktober 2023 betreffend Sofortmaßnahmen im Zusammenhang mit Ausbrüchen der hochpathogenen Aviären Influenza in bestimmten Mitgliedstaaten (ABl. L, 2023/2447, 30.10.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2023/2447/oj).

([4]) Durchführungsbeschluss (EU) 2023/2913 der Kommission vom 20. Dezember 2023 zur Änderung des Anhangs des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 betreffend Sofortmaßnahmen im Zusammenhang mit Ausbrüchen der hochpathogenen Aviären Influenza in bestimmten Mitgliedstaaten (ABl. L, 2023/2913, 29.12.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2023/2913/oj).

(6) Seit dem Erlass des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2778 der Kommission ([5]) haben Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Ungarn, Rumänien und Polen der Kommission neue Ausbrüche der HPAI in Betrieben, in denen Geflügel oder in Gefangenschaft lebende Vögel gehalten werden, in der Provinz Westflandern in Belgien, in den Bundesländern Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein in Deutschland, in den Departements Nord und Vendée in Frankreich, in der Region Apulien in Italien, in den Komitaten Békés, Győr-Moson-Sopron, Jász-Nagykun-Szolnok, Komárom-Esztergom und Szabolcs-Szatmár-Bereg in Ungarn, im Kreis Olt in Rumänien und in den Woiwodschaften Kujawien-Pommern, Niederschlesien, Masowien und Westpommern in Polen.

(7) Außerdem hat Litauen der Kommission einen Ausbruch der HPAI in einem Geflügelhaltungsbetrieb in der Gemeinde Marijampolė gemeldet.

(8) Darüber hinaus hat die Slowakei der Kommission einen Ausbruch der HPAI in einem Geflügelhaltungsbetrieb in der Region Nitra gemeldet.

(9) Des Weiteren befinden sich die Herde bestimmter von Belgien und Frankreich bestätigter Ausbrüche in unmittelbarer Nähe ihrer gemeinsamen Grenze. Da sich eine der Schutzzonen und die Überwachungszonen bis in das Hoheitsgebiet Frankreichs bzw. Belgiens erstrecken, haben die zuständigen Behörden dieser Mitgliedstaaten gemäß den Vorschriften der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 bei der Abgrenzung der erforderlichen Schutz- und Überwachungszonen ordnungsgemäß zusammengearbeitet.

(10) Die zuständigen Behörden Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Litauens, Ungarns, Polens, Rumäniens und der Slowakei haben die gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 erforderlichen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen ergriffen, einschließlich der Abgrenzung von Schutz- und Überwachungszonen um die Ausbrüche herum.

(11) Die Kommission hat die von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien und der Slowakei ergriffenen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit diesen Mitgliedstaaten geprüft und sich davon überzeugt, dass die Grenzen der von den zuständigen Behörden der genannten Mitgliedstaaten abgegrenzten Schutz- und Überwachungszonen ausreichend weit von den Betrieben entfernt sind, in denen die Ausbrüche der HPAI bestätigt wurden.

(12) Im Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 sind derzeit keine Gebiete als Schutz- und Überwachungszonen für Litauen und die Slowakei und keine Gebiete als Schutzzonen für Rumänien aufgeführt.

(13) Um unnötige Störungen des Handels innerhalb der Union zu verhindern und von Drittländern auferlegte ungerechtfertigte Hemmnisse für den Handel zu vermeiden, ist es notwendig, die von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien und der Slowakei gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 ordnungsgemäß abgegrenzten Schutz- und Überwachungszonen in Zusammenarbeit mit diesen Mitgliedstaaten rasch auf Unionsebene auszuweisen.

(14) Daher sollten die im Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 für Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Ungarn und Polen als Schutz- und Überwachungszonen sowie die für Rumänien als Überwachungszonen aufgeführten Gebiete geändert werden.

(15) Darüber hinaus sollten im Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 Schutz- und Überwachungszonen für Litauen und die Slowakei sowie Schutzzonen für Rumänien aufgeführt werden.

(16) Dementsprechend sollte der Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 dahin gehend geändert werden, dass die Regionalisierung auf Unionsebene aktualisiert wird, indem die von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien und der Slowakei gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 ordnungsgemäß abgegrenzten Schutz- und Überwachungszonen sowie die Dauer der dort geltenden Maßnahmen aufgenommen werden.

([5]) Durchführungsbeschluss (EU) 2023/2778 der Kommission vom 7. Dezember 2023 zur Änderung des Anhangs des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 betreffend Sofortmaßnahmen im Zusammenhang mit Ausbrüchen der hochpathogenen Aviären Influenza in bestimmten Mitgliedstaaten (ABl. L, 2023/2778, 12.12.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2023/2778/oj).

(17) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2023/2447 sollte daher entsprechend geändert werden.

(18) Angesichts der Dringlichkeit der Seuchenlage in der Union in Bezug auf die Ausbreitung der HPAI ist es wichtig, dass die mit dem vorliegenden Beschluss am Durchführungsbeschluss (EU) 2023/2447 vorzunehmenden Änderungen so bald wie möglich wirksam werden.

(19) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Der Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2447 erhält die Fassung des Anhangs des vorliegenden Beschlusses.

Artikel 2

Dieser Beschluss ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 10. Januar 2024

Für die Kommission
Stella KYRIAKIDES
Mitglied der Kommission

ANHANG

Teil A

Schutzzonen gemäß Artikel 1 Buchstabe a und Artikel 2 in den betroffenen Mitgliedstaaten*:

Mitgliedstaat: Belgien

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
BE-HPAI(P)-2023-00007	Die Teile der Gemeinden Alveringem und Veurne innerhalb eines Umkreises von drei Kilometern um Längengrad 2,63869 — Breitengrad 50,97859 (WGS84-Dezimalkoordinaten)	15.1.2024
BE-HPAI(P)-2023-00008	Die Teile der Gemeinden Alveringem und Veurne innerhalb eines Umkreises von drei Kilometern um Längengrad 2,58695 — Breitengrad 51,01184 (WGS84-Dezimalkoordinaten)	18.1.2024

Mitgliedstaat: Bulgarien

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	Dobrich Region	
BG-HPAI(P)-2023-00007 BG-HPAI(P)-2023-00008	The following villages in Dobrich municipality: — Donchevo — Opanets — Bogdan	13.1.2024
BG-HPAI(P)-2023-00009	The following village in Dobrich municipality: — Stefanovo	8.1.2024
BG-HPAI(P)-2023-00010	The following village in General Toshevo municipality: — General Toshevo	12.1.2024

Mitgliedstaat: Deutschland

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	MECKLENBURG-VORPOMMERN	
DE-HPAI(P)-2023-00051	**Landkreis Mecklenburgische Seenplatte** die Gemeinde Lärz mit den Ortschaften Krümmel, Troja und Lärz Ausbau	12.1.2024

DE-HPAI(P)-2024-00002	**Landkreis Vorpommern-Rügen** — von der Gemeinde Gustow die Ortsteile Sissow und Benz — von der Gemeinde Poseritz die Ortsteile Poseritz, Poseritz Hof, Swantow, Neparmitz, Luppath, Grabow, Klein Grabow, Glutzow, Venzvitz, Üselitz und Mellnitz	27.1.2024
	NIEDERSACHSEN	
DE-HPAI(P)-2023-00050	**Landkreis Oldenburg** 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 8.504337/52.871058. Betroffen sind Teile der Gemeinden Colnrade, Winkelsett und der Stadt Wildeshausen	12.1.2024
DE-HPAI(P)-2023-00052	**Landkreis Wittmund** 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.712513/53.539876. Betroffen sind Teile der Stadt Wittmund	13.1.2024
	SACHSEN-ANHALT	
DE-HPAI(P)-2023-00049	**Salzlandkreis** 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 11.808586/51.898423. Betroffen sind die Stadt Calbe (Saale) mit den dazugehörigen Ortsteilen Schwarz und Trabitz sowie der Ortsteil Wispitz der Stadt Nienburg (Saale).	12.1.2024
	SCHLESWIG-HOLSTEIN	
DE-HPAI(P)-2023-00048	**Kreis Nordfriesland** 3km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den Koordinaten 54.651670, 8.857086. Betroffen sind Teile der Gemeinden Reußenköge, Bordelum und Ockholm.	10.1.2024
DE-HPAI(P)-2023-00047	**Kreis Plön** 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten: 10.691814/54.269144 Betroffen sind Teile der Gemeinden Blekendorf und Kletkamp	11.1.2024
	Kreis Ostholstein 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten: 10.691814/54.269144 Betroffen sind Teile der Gemeinde Wangels	11.1.2024

DE-HPAI(P)-2024-00001	**Ostholstein** 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb GPS-Koordinaten 10.711241/54.288043 Teile der Gemeinde Wangels	28.1.2024
	Plön 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb GPS-Koordinaten 10.711241/54.288043 Teile der Gemeinde Blekendorf	28.1.2024

Mitgliedstaat: Frankreich

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	Dienststelle: Nord (59)	
FR-HPAI(P)-2023-00159	KILLEM WARHEM	19.1.2024
FR-HPAI(P)-2023-00159 BE-HPAI(P)-2023-00007 BE-HPAI(P)-2023-00008	HONDSCHOOTE	19.1.2024
BE-HPAI(P)-2023-00008	GHYVELDE (au sud de l'A16 et à l'est de la D947)	19.1.2024
	Departement: Vendée (85)	
FR-HPAI(P)-2024-00001	COMMEQUIERS (sud D82) NOTRE DAME DE RIEZ SAINT HILAIRE DE RIEZ (est D38 et D69) SOULLANS (est D69 sud D82 ouest D32)	24.1.2024

Mitgliedstaat: Italien

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	Puglia Region	
IT-HPAI(P)-2023-00016	The area of the parts of Puglia Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 40.34575, E 18.28523	11.1.2024

Mitgliedstaat: Litauen

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
BE-HPAI(P)-2023-00001	Marijampolės sav.: Liudvinavo sen. Liepynų k., Marčiukinio k., Nartelio k., Narto k., Narto Naujienos k., Netičkampio k.; Marijampolės sen. Kumelionių k., Patašinės k., Steponiškių k., Trakiškių k., Triobiškių k.; Marijampolės m.	13.1.2024

Mitgliedstaat: Ungarn

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	Hajdú-Bihar vármegye	
HU-HPAI(P)-2023-00091 HU-HPAI(P)-2023-00113 HU-HPAI(P)-2023-00114 HU-HPAI(P)-2023-00129 HU-HPAI(P)-2023-00130 HU-HPAI(P)-2023-00141	Hajdúszoboszló és Nádudvar települések közigazgatási területének a 47.464808 és a 21.175267, a 47.468060 és a 21.171815, a 47.431587 és a 21.215711, a 47.442645 és a 21.143858, a 47.447533 és a 21.156754, a 47.423639 és a 21.121955 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	9.1.2024
	Szabolcs-Szatmár-Bereg vármegye	
HU-HPAI(P)-2023-00146 HU-HPAI(P)-2023-00147	Nyírbátor, Nyírpilis, Nyírvasvári és Piricse települések közigazgatási területének a 47.800570 és a 22.150850, valamint a 47.802424 és a 22.150655 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	21.1.2024
HU-HPAI(P)-2023-00149	Hodász, Jármi, Mátészalka, Nyírcsaholy és Nyírmeggyes települések közigazgatási területének a 47.925646 és a 22.272295 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	25.1.2024
	Jász-Nagykun-Szolnok vármegye	
HU-HPAI(P)-2024-00002	Abádszalók, Tiszaderzs és Tiszaszentimre települések közigazgatási területének a 47.491020 és a 20.629770 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	27.1.2024

	Csongrád-Csanád vármegye	
HU-HPAI(P)-2024-00003	Földeák és Makó települések közigazgatási területének a 46.330589 és a 20.543152 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	30.1.2024
	Békés vármegye	
HU-HPAI(P)-2023-00144	Kunágota, Magyarbánhegyes, Nagybánhegyes és Mezőkovácsháza települések közigazgatási területének a46.449248 és a 20.959963 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	10.1.2024
	Komárom-Esztergom vármegye	
HU-HPAI(P)-2023-00140 HU-HPAI(P)-2023-00143	Mocsa és Naszály települések közigazgatási területének a 47.658101 és a 18.195787, valamint a 47.661810 és a 18.190894 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	13.1.2024
HU-HPAI(P)-2023-00145 HU-HPAI(P)-2023-00148 HU-HPAI(P)-2024-00001	Bana település közigazgatási területének a 47.637222 és a 17.881389, a 47.643880 és a 17.877500, valamint a 47.643500 és a 17.877580 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	27.1.2024
	Győr-Moson-Sopron vármegye	
HU-HPAI(P)-2023-00145 HU-HPAI(P)-2023-00148 HU-HPAI(P)-2024-00001	Bőny, Pér és Rétalap települések közigazgatási területének a 47.637222 és a 17.881389, a 47.643880 és a 17.877500, valamint a 47.643500 és a 17.877580 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	27.1.2024

Mitgliedstaat: Polen

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
PL-HPAI(P)-2023-00074 PL-HPAI(P)-2023-00076	W województwie mazowieckim: 1) w powiecie siedleckim: a) w gminie Siedlce miejscowości: Chodów, Nowe Iganie, Nowe Opole, Opole-Świerczyna, Ostrówek, Stare Iganie, Stare Opole, Strzała, Żytnia, b) w gminie Kotuń miejscowość Gręzów, c) w gminie Suchożebry miejscowość Wola Suchożebrska, d) w gminie Mokobody miejscowości: Kisielany-Kuce, Niwiski, Wyłazy; 2) miasto Siedlce obręb 1, 2, 3, 9, 10, 11, 123, 13, 4, 5, 53, 54, 6, 7, 8, 82, 83.	20.1.2024

PL-HPAI(P)-2023-00075	W województwie kujawsko — pomorskim 1. powiat lipnowski: a. gmina Lipno: Białowieżyn, Biskupin, Borek, Ignackowo, Kłokock, Maliszewo, Ośmiałowo, Pólko, Radomice, Rumiankowo, Rumunki Głodowskie, Rumunki Podgłodowskie, Tomaszewo, Złotopole; 2. miasto Lipno.	12.1.2024
PL-HPAI(P)-2023-00077	W województwie dolnośląskim: 1. powiat legnicki: a. gmina Prochowice: Prochowice, Chwalkowice, Szczedrzykowice, Szczedrzykowice-Stacja, Dąbie, Cichobórz, Motyczyn, Golanka Dolna, część miejscowości Kawice położonej na północny zachód od linii wyznaczonej przez rzekę Cicha Woda, część miejscowości Rogów Legnicki położonej na zachód od linii wyznaczonej przez ciek wodny Dopływ spod Rogowa Legnickiego, Kwiatkowice, część miejscowości Lisowice położonej na południe od linii wyznaczonej przez rzekę Bobrek.	20.1.2024
PL-HPAI(P)-2024-00001	W województwie dolnośląskim: 1. powiat trzebnicki: a. gmina Wisznia Mała: Wisznia Mała, Pierwoszów, Strzeszów, Ligota Piękna, Malin, Kalina, Małe Siedliczki, Wysoki Kościół, Piotrkowiczki, Machnice, b. gmina Trzebnica: Taczów Mały, Taczów Wielki, Brochocin, 2. powiat wrocławski: gmina Długołęka: Siedlec.	27.1.2024
PL-HPAI(P)-2024-00002	W województwie zachodniopomorskim: 1. powiat goleniowski: a. część gmin: Osina, Nowogard, Maszewo zawierające się w promieniu 3 km od współrzędnych GPS: 53.58037/15.06903	31.1.2024

Mitgliedstaat: Rumänien

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	County: Olt	
RO-HPAI(P)-2023-00006	Loc. Piscani — Oraș Scornicești Loc. Jitaru — Oraș Scornicești Loc. Scornicești — Oraș Scornicești	19.1.2024

	Loc. Mogoșești — Oraș Scornicești Loc. Mihăilești Popești — Oraș Scornicești Loc. Mărgineni Slobozia — Oraș Scornicești Loc. Negreni — Oraș Scornicești	

Mitgliedstaat: Slowakei

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 39 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
SK-HPAI(P)-2023-00004	Municiplatities: Slatina, Tupá, Horné Semerovce, Hokovce	18.1.2024

Teil B

Überwachungszonen gemäß Artikel 1 Buchstabe a und Artikel 3 in den betroffenen Mitgliedstaaten*:

Mitgliedstaat: Belgien

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
BE-HPAI(P)-2023-00007	Die Teile der Gemeinden Alveringem, De Panne, Lo-Reninge, Poperinge, Veurne und Vleteren, die sich außerhalb des als Schutzzone bestimmten Gebiets und innerhalb eines Umkreises von 10 Kilometern um Längengrad 2,63869 — Breitengrad 50,97859 (WGS84-Dezimalkoordinaten) befinden	24.1.2024
	Die Teile der Gemeinden Alveringem und Veurne innerhalb eines Umkreises von drei Kilometern um Längengrad 2,63869 — Breitengrad 50,97859 (WGS84-Dezimalkoordinaten)	16.1.2024- 24.1.2024
BE-HPAI(P)-2023-00008	Die Teile der Gemeinden Alveringem, De Panne, Koksijde, Lo-Reninge, Poperinge und Veurne, die sich außerhalb des als Schutzzone bestimmten Gebiets und innerhalb eines Umkreises von 10 Kilometern um Längengrad 2,58695 — Breitengrad 51,01184 (WGS84-Dezimalkoordinaten) befinden	27.1.2024
	Die Teile der Gemeinden Alveringem und Veurne innerhalb eines Umkreises von drei Kilometern um Längengrad 2,58695 — Breitengrad 51,01184 (WGS84-Dezimalkoordinaten)	19.1.2024- 27.1.2024

Mitgliedstaat: Bulgarien

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	Dobrich Region	
BG-HPAI(P)-2023-00007 BG-HPAI(P)-2023-00008	The following villages in Dobrich municipality: — Dobrich — Draganovo — Novo Botevo — Dolina — Vedrina — Odrintsi — Branishte — Stefanovo — Plachidol — Malka Smolnitsa — Zlatia	22.1.2024
	The following villages in Dobrich municipality: — Donchevo — Opanets — Bogdan	14.1.2024- 22.1.2024
BG-HPAI(P)-2023-00009	The following village in Dobrich municipality: — Stefanovo	9.1.2024-17.1.2024
	The following village in Dobrich municipality: — Dobrich	17.1.2024
	The following villages in Dobrichka municipality: — Bogdan — Branishte — Plachidol — Donchevo — Opanets — Odartsi — Draganovo — Debrene — Stozher — Sokolnik — Slavevo — Prilep — Pchelino — Popgrigorovo — Primortsi — Polkovnik — Sveshtarovo	17.1.2024

	The following village in Balchik municipality: — Bezvoditsa	17.1.2024
BG-HPAI(P)-2023-00010	The following village in General Toshevo municipality: — General Toshevo	13.1.2024- 21.1.2024
	The following village in General Toshevo municipality: — Snyagovo — Ograzhden — Yovkovo — Kardam — Chernookovo — Pisarovo — Lyulyakovo — Preselentsi — Malina — Petleshkovo — Prisad — Plenimir — Ravnets — Dabovik — Kapinovo	21.1.2024

Mitgliedstaat: Dänemark

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
DK-HPAI(P)-2023-00009	The parts of Holbæk, Sorø and Ringsted municipality beyond the area described in the protection zone and within the circle of radius 10 kilometres, centred on GPS coordinates N 55.6024; E 11.6437	16.1.2024
	The parts of Holbæk municipality that are contained within a circle of radius 3 km, centered on GPS coordinates N 55.6024; E 11.6438	8.1.2024-16.1.2024

Mitgliedstaat: Deutschland

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	BRANDENBURG	
DE-HPAI(P)-2023-00051	**Landkreis Ostprignitz-Ruppin** 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb: — Stadt Wittstock/Dosse mit den Gemarkungen Berlinchen, Sewekow, Dranse, Schweinrich und Zempow — Stadt Rheinsberg mit der Gemarkung Flecken Zechlin	21.1.2024

MECKLENBURG-VORPOMMERN		
DE-HPAI(P)-2023-00051	**Landkreis Mecklenburgische Seenplatte** die Gemeinde Lärz mit den Ortschaften Krümmel, Troja und Lärz Ausbau	13.1.2024-21.1.2024
	Landkreis Mecklenburgische Seenplatte die Gemeinde Mirow, Gemeinde Schwarz, Gemeinde Rechlin, Gemeinde Südwüritz, Gemeinde Priborn, Gemeinde Buchholz, Gemeinde Kieve, Gemeinde Melz mit den Ortschaften Melz und Friedrichshof, Gemeinde Lärz mit den Ortschaften Lärz, Neu Gaarz, Alt Gaarz und Gaarzer Mühle	21.1.2024
DE-HPAI(P)-2024-00002	**Landkreis Vorpommern-Rügen** — von der Gemeinde Gustow die Ortsteile Sissow und Benz — von der Gemeinde Poseritz die Ortsteile Poseritz, Poseritz Hof, Swantow, Neparmitz, Luppath, Grabow, Klein Grabow, Glutzow, Venzvitz, Üselitz und Mellnitz	27.1.2024-5.2.2024
	Landkreis Vorpommern-Rügen — von der Gemeinde Gustow die Ortsteile Drigge, Gustow, Nesebanz, Prosnitz und Warksow — die gesamte Gemeinde Garz ausgenommen der Ortsteile Swine, Koldevitz und Tangnitz — von der Gemeinde Putbus die Ortsteile Strachtitz, Alt Lanschvitz, Krimvitz, Altkamp und Litzenhagen — von der Gemeinde Poseritz die Ortsteile Beihof, Datzow, Groß Stubben, Poseritz Ausbau, Puddemin, Renz, Wulfsberg und Zeiten — die gesamte Gemeinde Samtens ausgenommen der Ortsteile Sehrow und Stönkvitz — die gesamte Gemeinde Rambin ausgenommen der Ortsteile Bessin, Gurvitz, Breesen, Grabitz, Kasselvitz-Ausbau und Neuendorf Kate — von der Gemeinde Altefähr die Ortsteile Kransdorf, Jarkvitz, Groß Bandelvitz, Papenhagen, Grahlhof und Klein Bandelvitz — von der Hansestadt Stralsund der Ortsteil Devin — von der Gemeinde Sundhagen die Ortsteile Neuhof, Niederhof, Brandshagen, Woltershagen, Groß Miltzow, Schönhof, Oberhinrichshagen, Niederhinrichshagen, Reinberg, Stahlbrode, Falkenhagen, Hankenhagen, Dömnitzow, Tremt, Middelhagen, Neidelhof und Wittenberghof	5.2.2024
NIEDERSACHSEN		
DE-HPAI(P)-2023-00046	**Landkreis Diepholz** 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 8.491990/52.858492. Betroffen sind Teile der Gemeinde Drentwede sowie der Städte Bassum und Twistringen.	17.1.2024

DE-HPAI(P)-2023-00050	**Landkreis Diepholz** 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 8.504337/52.871058. Betroffen sind Teile der Städte Bassum und Twistringen.	21.1.2024
DE-HPAI(P)-2023-00046	**Landkreis Oldenburg** 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 8.491990/52.858492. Betroffen sind Teile der Gemeinden Colnrade, Winkelsett und der Stadt Wildeshausen	17.1.2024
	Landkreis Oldenburg 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 8.491990/52.858492. Betroffen sind Teile der Gemeinden Beckeln, Colnrade, Dötlingen, Dünsen, Harpstedt, Prinzhöfte, Winkelsett und der Stadt Wildeshausen.	8.1.2024-17.1.2024
DE-HPAI(P)-2023-00050	**Landkreis Oldenburg** 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 8.504337/52.871058. Betroffen sind Teile der Gemeinden Colnrade, Winkelsett und der Stadt Wildeshausen	13.1.2024- 21.1.2024
	Landkreis Oldenburg 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 8.504337/52.871058. Betroffen sind Teile der Gemeinden Beckeln, Colnrade, Dötlingen, Dünsen, Harpstedt, Prinzhöfte, Winkelsett und der Stadt Wildeshausen	21.1.2024
DE-HPAI(P)-2023-00044	**Landkreis Osnabrück** 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 8.215956/52.046390. Betroffen sind Teile der Gemeinden Bad Laer, Bad Rothenfelde, Dissen a.T.W. und Hilter am Teutoburger Wald	12.1.2024
DE-HPAI(P)-2023-00045	**Landkreis Osnabrück** 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 8.215921/52.046723. Betroffen sind Teile der Gemeinden Bad Laer, Bad Rothenfelde, Dissen a.T.W. und Hilter am Teutoburger Wald	14.1.2024
DE-HPAI(P)-2023-00046	**Landkreis Vechta** 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 8.491990/52.858492. Betroffen sind Teile der Gemeinden Goldenstedt und Visbek.	17.1.2024

DE-HPAI(P)-2023-00050	**Landkreis Vechta** 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 8.504337/52.871058. Betroffen sind Teile der Gemeinden Goldenstedt und Visbek.	21.1.2024
DE-HPAI(P)-2023-00052	**Landkreis Wittmund** 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.712513/53.539876. Betroffen sind Teile der Stadt Wittmund	14.1.2024- 22.1.2024
	Landkreis Wittmund 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.712513/53.539876. Betroffen sind Teile der Gemeinden Blomberg, Dunum, Friedeburg, Moorweg und Stedesdorf sowie der Stadt Wittmund	22.1.2024
	Landkreis Friesland 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.712513/53.539876. Betroffen sind Teile der Städte Schortens und Jever.	22.1.2024
	Landkreis Aurich 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 7.712513/53.539876. Betroffen sind Teile der Städte Aurich und Wiesmoor.	22.1.2024
	NORDRHEIN-WESTFALEN	
DE-HPAI(P)-2023-00044	**Kreis Gütersloh** 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 8.215956/52.046390. Betroffen sind Teile der Gemeinden Borgholzhausen, Halle (Westf.), Harsewinkel, Steinhagen und Versmold. **Kreis Warendorf** 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 8.215956/52.046390. Betroffen sind Teile der Gemeinde Sassenberg.	13.1.2024
	Landkreis Gütersloh 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 8.215956/52.046390. Betroffen sind Teile der Gemeinden Borgholzhausen, Halle (Westf.) und Versmold.	5.1.2024-13.1.2024

DE-HPAI(P)-2023-00045	**Kreis Gütersloh** 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 8.215921/52.046723. Betroffen sind Teile der Gemeinden Borgholzhausen, Halle (Westf.), Harsewinkel, Steinhagen und Versmold. **Kreis Warendorf** 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 8.215921/52.046723. Betroffen sind Teile der Gemeinde Sassenberg.	14.1.2024
	Landkreis Gütersloh 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 8.215921/52.046723. Betroffen sind Teile der Gemeinden Borgholzhausen, Halle (Westf.) und Versmold.	6.1.2024-14.1.2024
	SACHSEN-ANHALT	
DE-HPAI(P)-2023-00049	**Salzlandkreis** 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 11.808586/51.898423. Betroffen sind die Stadt Barby (Elbe) mit den dazugehörigen Ortsteilen Breitenhagen, Gnadau mit Döben, Groß Rosenburg mit Klein Rosenburg, Lödderitz mit Rajoch, Pömmelte, Sachsendorf mit Patzetz, Tornitz mit Werkleitz, Wespen, Zuchau mit Colno, „Betriebsgelände Schwenk Zement“ sowie „Kalkteiche“ der Stadt Bernburg (Saale), Stadt Calbe (Saale) mit den dazugehörigen Ortsteilen Schwarz, Trabitz und der Siedlung Damaschkeplan, die Stadt Nienburg (Saale) mit den dazugehörigen Ortsteilen Altenburg, Borgesdorf, Gerbitz, Gramsdorf, Grimschleben, Jesar, Latdorf, Neugattersleben, Pobzig, Wedlitz und Wispitz, die Stadt Staßfurt mit den dazugehörigen Ortsteilen Brumby, Glöthe, Löbnitz und Üllnitz	21.1.2024
	Landkreis Anhalt-Bitterfeld 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 11.808586/51.898423. Betroffen sind nachfolgende Ortschaften der Gemeinde Osternienburger Land: Bobbe, Diebzig und Dornbock.	21.1.2024
	Salzlandkreis 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten 11.808586/51.898423. Betroffen sind die Stadt Calbe (Saale) mit den dazugehörigen Ortsteilen Schwarz und Trabitz sowie der Ortsteil Wispitz der Stadt Nienburg (Saale).	13.1.2024- 21.1.2024

SCHLESWIG-HOLSTEIN		
DE-HPAI(P)-2023-00048	**Kreis Nordfriesland** 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den Koordinaten 54.651670, 8.857086. Betroffen sind die Gemeinde Reußenköge und Teile der Gemeinden Bordelum, Ockholm, Dagebüll, Bredstedt, Breklum Stedesand, Risum-Lindholm, und die Hallig Oland.	19.1.2024
	Kreis Nordfriesland 3km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den Koordinaten 54.651670, 8.857086. Betroffen sind Teile der Gemeinden Reußenköge, Bordelum und Ockholm.	10.1.2024- 19.1.2024
DE-HPAI(P)-2023-00047	**Plön** 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten: 10.691814/54.269144 Betroffen sind die gesamten Gemeinden Helmstorf, Högsdorf, Hohwacht, Kirchnücheln und Lütjenburg Betroffen sind Teile der Gemeinden Behrensdorf, Blekendorf, Dannau, Giekau, Klamp, Kletkamp, Panker und Rantzau	20.1.2024
	Kreis Plön 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS-Koordinaten10.691814/54.269144 Betroffen sind Teile der Gemeinden Blekendorf und Kletkamp	12.1.2024- 20.1.2024
	Kreis Ostholstein 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS Koordinaten: 10.691814/54.269144 Betroffen ist die Gemeinde Wangels, sowie Teile der folgenden Gemeinden: Harmsdorf, Kasseedorf, Malente und Schönwalde am Bungsberg sowie ein Teil der Stadt Eutin	20.1.2024
	Kreis Ostholstein 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb mit den GPS Koordinaten: 10.691814/54.269144 Betroffen sind Teile der Gemeinde Wangels	12.1.2024- 20.1.2024
DE-HPAI(P)-2024-00001	**Ostholstein** 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb GPS-Koordinaten 10.711241/54.288043 Die gesamte Gemeinde Wangels, sowie Teile der Gemeinden Harmsdorf, Kasseedorf, Lensahn, Malente, Schönwalde am Bungsberg und der Stadt Oldenburg	6.2.2024

	Ostholstein 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb GPS-Koordinaten 10.711241/54.288043 Teile der Gemeinde Wangels	29.1.2024 — 6.2.2024
	Plön 10 km Radius um den Ausbruchsbetrieb GPS-Koordinaten 10.711241/54.288043 Gesamtfläche der Gemeinden Högsdorf, Howacht, Kletkamp Teile der Gemeinden Behrensdorf, Blekendorf, Dannau, Helmsdorf, Kirchnüchel, Klamp, Lütjenburg, Panker	6.2.2024
	Plön 3 km Radius um den Ausbruchsbetrieb GPS-Koordinaten 10.711241/54.288043 Teile der Gemeinde Blekendorf	29.1.2024 — 6.2.2024

Mitgliedstaat: Frankreich

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	Departement: Morbihan (56)	
FR-HPAI(P)-2023-00154 FR-HPAI(P)-2023-00156 FR-HPAI(P)-2023-00157 FR-HPAI(P)-2023-00158	BIGNAN BRANDIVY COLPO — Partie Nord de la commune ELVEN — Partie Ouest de la commune GRAND-CHAMP LOCMARIA-GRAND-CHAMP LOCQUELTAS MEUCON MONTERBLANC MOUSTOIR-AC PLAUDREN PLESCOP PLUMELEC — Partie Ouest de la commune PLUMERGAT — Partie Nord-Est de la commune SAINT-AVÉ SAINT-JEAN-BRÉVELAY	10.1.2024

	SAINT-NOLFF — Partie Nord de la commune	
	VANNES — Partie Nord de la commune	
	BULEON	
	CREDIN — Partie Sud de la commune	
	GUEGON — Partie Nord-Ouest de la commune	
	GUEHENNO — Partie Nord-Ouest de la commune	
	FORGES DE LANOUEE — Partie Ouest de la commune	
	LANTILLAC	
	LOCMINE	
	MOREAC	
	EVELLYS — Partie Est de la commune	
	PLEUGRIFFET	
	PLUMELIN — Partie Nord-Est de la commune	
	RADENAC	
	REGUINY	
	SAINT-ALLOUESTRE	
Departement: Nord (59)		
	BAMBECQUE	
	BERGUES	
	BIERNE Partie de la commune à l'est de la N225	
	BRAY-DUNES	
	GHYVELDE Partie de la commune hors ZP	
	HERZEELE	
	Partie de la commune au nord de la D17	
	HOUTKERQUE Partie de la commune au nord de la D17	
FR-HPAI(P)-2023-00159	HOYMILLE	
BE-HPAI(P)-2023-00007	LEFFRINCKOUCKE Partie de la commune au sud de la D601	28.1.2024
BE-HPAI(P)-2023-00008	QUAËDYPRE	
	SOCX	
	WEST-CAPPEL	
	WYLDER	
	ZUYDCOOTE	
	OOST-CAPPEL	
	REXPOËDE	
	TÉTEGHEM-COUDEKERQUE-VILLAGE	
	UXEM	

	KILLEM WARHEM HONDSCHOOTE GHYVELDE (au sud de l'A16 et à l'est de la D947)	20.1.2024-28.1.2024
	Departement: Vendée (85)	
FR-HPAI(P)-2024-00001	APREMONT (ouest D 21) CHALLANS (sud D948) COËX (nord D6 ouest D21) COMMEQUIERS (nord D82) LE FENOUILLER GIVRAND LE PERRIER SAINT-CHRISTOPHE-DU-LIGNERON (ouest D 21) SAINT-GILLES-CROIX-DE-VIE SAINT HILAIRE DE RIEZ (ouest D38 et D69) SAINT-JEAN-DE-MONTS (est D51, nord D38B, sud avenue Valentin) SAINT-MAIXENT-SUR-VIE SAINT-RÉVÉREND SOULLANS (ouest D69 nord D82 est D32)	2.2.2024
	COMMEQUIERS (sud D82) NOTRE DAME DE RIEZ SAINT HILAIRE DE RIEZ (est D38 et D69) SOULLANS (est D69 sud D82 ouest D32)	25.1.2024-2.2.2024

Mitgliedstaat: Italien

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	Puglia Region	
IT-HPAI(P)-2023-00016	The area of the parts of Puglia Region extending beyond the area described in the protection zone and within the circle of a radius of ten kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 40.34575, E 18.28523	20.1.2024
	The area of the parts of Puglia Region contained within a circle of radius of three kilometres, centred on WGS84 dec. coordinates N 40.34575, E 18.28523	12.1.2024-20.1.2024

Mitgliedstaat: Litauen

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
LT-HPAI(P)-2023-00001	Kalvarijos sav.: Kalvarijos sen. Gulbiniškių k., Juodųjų Šaltinių k., Stebuliškių k. Marijampolės sav.: Igliaukos sen. Kumečių k., Varnupių k.; Liudvinavo sen. Armoniškių k., Avikilų k., Ąžuolyno k., Balaikų k., Bevardiškių k., Būdbalių k., Buktos k., Dalginės k., Danieliškių k., Dviratinės k., Geležinių k., Gyviškių k., Gustaičių k., Kūlokų k., Liucinavo k., Liudvinavo k., Liudvinavo mstl., Naujakaimio k., Norvertavo k., Pabuktės k., Padovinio k., Paežerėlių k., Pašešupių k., Petriškių k., Prodobolės k., Stebuliškių k., Šilavoto k., Šimulių k., Tarašiškių k., Užgirių k., Vaitiškių k., Vyšnialaukio k., Zviniškių k., Žaidogalos k.; Marijampolės sen. Adomiškių k., Aleksandravo k., Bajarskų k., Baraginės k., Bieliūniškių k., Bukonių k., Dambraukos k., Dambuvkos k., Geležinių k., Grabavos k., Gudinės k., Gulbiniškių k., Igliškėlių k., Igliškėlių mstl., Kancavos k., Karalenkės k., Kermušinės k., Kirmėlinės k., Kižių k., Kuktiškių k., Kuktų k., Medeliškių k., Meškėnų k., Meškučių k., Mikalinės k., Milčiškių k., Nendriniškių k., Ožkasvilių k., Pabaigų k., Paikiškių k., Paluobiškių k., Panausupio k., Patilčių k., Pietarių k., Pridotkų k., Putriškių k., Ringovėlės k., Rudiškių k., Skaisčiūnų k., Skardupių k., Skriaudučio k., Svetlicos k., Turgalaukio k., Ungurinės k., Uosinės k., Uosupio k., Užkirčių k., Užupių k., Vidgirių k., Zuikiškių k., Žydronių k.; Sasnavos sen. Būdviečių k., Dženčialaukos k., Navasodų k., Paraišupio k., Pasienių k., Puskelnėlių k., Puskelnių k., Raišupio k., Tautkaičių k., Voveriškių k.; Šunskų sen. Barsukinės k., Bliūdžiškių k., Cykakalnio k., Dielinės k., Gustabūdžio k., Katiliškių k., Kidoliškių k., Lūginės k., Mokolų k., Mokolų Naujienos k., Obšrūtėlių k., Pakusinės k., Patašiškių k., Puskepurių k., Rudžių k., Samsoniškių k., Strazdiškių k., Svirnaviečių k., Tarpučių k., Vekeriotiškės k. Vilkavišio r. sav.: Gižų sen. Adamarinos k., Išlandžių k.	22.1.2024
	Marijampolės sav.: Liudvinavo sen. Liepynų k., Marčiukinio k., Nartelio k., Narto k., Narto Naujienos k., Netičkampio k.; Marijampolės sen. Kumelionių k., Patašinės k., Steponiškių k., Trakiškių k., Triobiškių k.; Marijampolės m.	14.1.2024-22.1.2024

Mitgliedstaat: Ungarn

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	Hajdú-Bihar vármegye	
HU-HPAI(P)-2023-00091 HU-HPAI(P)-2023-00102 HU-HPAI(P)-2023-00113-00114 HU-HPAI(P)-2023-00125 HU-HPAI(P)-2023-00129 HU-HPAI(P)-2023-00130 HU-HPAI(P)-2023-00141	Báránd, Berettyóújfalu, Bihardancsháza, Derecske, Ebes, Földes, Hajdúszoboszló, Hajdúszovát, Hortobágy, Kaba, Nádudvar, Nagyhegyes, Nagyrábé, Püspökladány, Sáp, Tetétlen települések közigazgatási területének a 47.464808 és a 21.175267, a 47.333846 és a 21.355387, a 47.468060 és a 21.171815, a 47.431587 és a 21.215711, a 47.425655 és a 21.412997, a 47.442645 és a 21.143858, a 47.447533 és a 21.156754, a 47.423639 és a 21.121955 GPS-koordináták által által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe.	18.1.2024
HU-HPAI(P)-2023-00091 HU-HPAI(P)-2023-00113 HU-HPAI(P)-2023-00114 HU-HPAI(P)-2023-00129 HU-HPAI(P)-2023-00130 HU-HPAI(P)-2023-00141	Hajdúszoboszló és Nádudvar települések közigazgatási területének a 47.464808 és a 21.175267, a 47.468060 és a 21.171815, a 47.431587 és a 21.215711, a 47.442645 és a 21.143858, a 47.447533 és a 21.156754, a 47.423639 és a 21.121955 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	10.1.2024-18.1.2024
HU-HPAI(P)-2023-00137	Komádi település közigazgatási területének a 46.891137 és a 21.443622 pont körüli 10 km sugarú körön belül eső területe.	12.1.2024
	Szabolcs-Szatmár-Bereg vármegye	
HU-HPAI(P)-2023-00146 HU-HPAI(P)-2023-00147 HU-HPAI(P)-2023-00149	Bátorliget, Encsencs, Fábiánháza, Hodász, Jármi, Kántorjánosi, Kisléta, Kocsord, Máriapócs, Mátészalka, Nagydobos, Nagyecsed, Nyírbátor, Nyírbéltek, Nyírbogát, Nyírcsaholy, Nyírcsászári, Nyírderzs, Nyírgyulaj, Nyírkáta, Nyírmeggyes, Nyírparasznya, Nyírpilis, Nyírvasvári, Ópályi, Ömböly, Őr, Papos, Piricse, Terem, Tunyogmatolcs és Vaja települések közigazgatási területének a 47.800570 és a 22.150850, a 47.802424 és a 22.150655, valamint a 47.925646 és a 22.272295 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe.	3.2.2024
HU-HPAI(P)-2023-00146 HU-HPAI(P)-2023-00147	Nyírbátor, Nyírpilis, Nyírvasvári és Piricse települések közigazgatási területének a 47.800570 és a 22.150850, valamint a 47.802424 és a 22.150655 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	22.1.2024-3.2.2024

HU-HPAI(P)-2023-00149	Hodász, Jármi, Mátészalka, Nyírcsaholy és Nyírmeggyes települések közigazgatási területének a 47.925646 és a 22.272295 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	26.1.2024-3.2.2024
Bács-Kiskun vármegye		
HU-HPAI(P)-2023-00142	Bácsborsód, Bácsszentgyörgy, Csátalja, Dávod, Gara, Hercegszántó és Katymár települések közigazgatási területének a 45.976787 és a 19.054900 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe.	15.1.2024
	Bácsszentgyörgy és Gara települések közigazgatási területének a 45.976787 és a 19.054900 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	7.1.2024-15.1.2024
Csongrád-Csanád vármegye		
HU-HPAI(P)-2023-00093 HU-HPAI(P)-2023-00103 HU-HPAI(P)-2023-00105 HU-HPAI(P)-2023-00107 HU-HPAI(P)-2023-00112 HU-HPAI(P)-2023-00117 HU-HPAI(P)-2023-00122 HU-HPAI(P)-2023-00128 HU-HPAI(P)-2023-00131 HU-HPAI(P)-2023-00135	Árpádhalom, Eperjes, Fábiánsebestyén, Hódmezővásárhely, Nagymágocs és Székkutas települések közigazgatási területének a 46.523035 és a 20.739347, a 46.529328 és a 20.684390, a 46.531538 és a 20.687212, a 46.428759 és a 20.707461, a 46.442739 és a 20.726279, a 46.551706 és a 20.691064, a 46.443061 és a 20.727771, a 46.548385 és a 20.644511, a 46.309225 és a 20.800420, a 46.678940 és a 20.640159 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül eső területe.	19.1.2024
HU-HPAI(P)-2023-00134 HU-HPAI(P)-2023-00136 HU-HPAI(P)-2023-00138	Apátfalva, Csanádpalota, Királyhegyes, Kiszombor, Kövegy, Magyarcsanád és Makó települések közigazgatási területének a 46.33058929 és a 20.54315186 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön kívül eső teljes közigazgatási területe. Ambrózfalva, Csanádalberti, Csanádpalota, Királyhegyes, Nagyér, Nagylak, Pitvaros települések közigazgatási területének a 46.30922318 és a 20.80042076 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön kívül eső teljes közigazgatási területe.	13.1.2024
HU-HPAI(P)-2024-00003	Apátfalva, Földeák, Hódmezővásárhely, Makó és Óföldeák települések közigazgatási területének 46.33058929 és a 20.54315186 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe.	8.2.2024
	Földeák és Makó települések közigazgatási területének a 46.330589 és a 20.543152 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	31.1.2024-8.2.2024

Békés vármegye		
HU-HPAI(P)-2023-00093 HU-HPAI(P)-2023-00103 HU-HPAI(P)-2023-00105-00108 HU-HPAI(P)-2023-00112 HU-HPAI(P)-2023-00117-00118 HU-HPAI(P)-2023-00120-00122 HU-HPAI(P)-2023-00124 HU-HPAI(P)-2023-00126 HU-HPAI(P)-2023-00128 HU-HPAI(P)-2023-00131-00132 HU-HPAI(P)-2023-00135 HU-HPAI(P)-2023-00139 HU-HPAI(P)-2023-00144	Battonya, Békéssámson, Csabaszabadi, Csabacsűd, Csanádapáca, Csorvás, Dombegyház, Gádoros, Gerendás, Kardoskút, Kaszaper, Magyarbánhegyes, Medgyesbodzás, Medgyesegyháza, Mezőhegyes, Mezőkovácsháza, Nagybánhegyes, Nagyszénás, Orosháza, Pusztaföldvár, Pusztaottlaka, Tótkomlós, Újkígyós, Végegyháza, Ambrózfalva, Csanádalberti, Nagyér, Pitvaros települések védőkörzeten kívül eső teljes közigazgatási területe. Telekgerendás település közigazgatási területének a 46.546366 és a 20.885234 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül eső területe. Dombegyház, Kisdombegyház, Kunágota és Magyardombegyház települések közigazgatási területének a 46.316123 és a 21.003962 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül eső területe. Dombiratos és Nagykamrás települések közigazgatási területének a 46.449248 és a 20.959963 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül eső területe.	19.1.2024
HU-HPAI(P)-2023-00137	Geszt, Körösújfalu, Méhkerék, Mezőgyán, Okány, Sarkad, Sarkadkeresztúr, Újszalonta, Vésztő és Zsadány	12.1.2024
HU-HPAI(P)-2023-00144	Kunágota, Magyarbánhegyes, Nagybánhegyes és Mezőkovácsháza települések közigazgatási területének 46.449248 és a 20.959963 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	11.1.2024 -19.1.2024
HU-HPAI(P)-2024-00003	Békéssámson és Tótkomlós Tótkomlós települések közigazgatási területének a a 46.330589 és a 20.543152 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül eső területe.	8.2.2024
Jász-Nagykun-Szolnok vármegye		
HU-HPAI(P)-2023-00141	Karcag és Kunmadaras települések közigazgatási területének a 47.423639 és a 21.121955 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül eső területe.	18.1.2024
HU-HPAI(P)-2024-00002	Abádszalók, Kunhegyes, Tiszabura, Tiszaderzs, Tiszaigar, Tiszaszentimre, Tiszaszőlős és Tomajmonostora települések közigazgatási területének a 47.491020 és a 20.629770 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe.	5.2.2024
	Abádszalók, Tiszaderzs és Tiszaszentimre települések közigazgatási területének a 47.491020 és a 20.629770 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	28.1.2024-5.2.2024

Heves vármegye		
HU-HPAI(P)-2024-00002	Kisköre, Sarud, Tiszanána és Újlőrincfalva települések közigazgatási területének a a 47.491020 és a 20.629770 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül eső területe.	5.2.2024
Komárom-Esztergom vármegye		
HU-HPAI(P)-2023-00140 HU-HPAI(P)-2023-00143	Ács, Almásfüzitő, Csém, Dunaalmás, Kisigmánd, Kocs, Komárom, Mocsa, Nagyigmánd, Naszály, Szákszend, Szomód és Tata települések közigazgatási területének a 47.658101 és a 18.195787, valamint a 47.661810 és a 18.190894 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe.	22.1.2024
	Mocsa és Naszály települések közigazgatási területének a 47.658101 és a 18.195787 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	14.1.2024-22.1.2024
HU-HPAI(P)-2023-00145 HU-HPAI(P)-2023-00148	Ács, Bábolna, Bana, Bársonyos, Kerékteleki és Tárkány települések közigazgatási területének a 47.637222 és a 17.881389, a 47.643880 és a 17.877500, valamint a 47.643500 és a 17.877580 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe.	5.2.2024
HU-HPAI(P)-2024-00001	Bana település közigazgatási területének a 47.637222 és a 17.881389, a 47.643880 és a 17.877500, valamint a 47.643500 és a 17.877580 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	28.1.2024-5.2.2024
Győr-Moson-Sopron vármegye		
HU-HPAI(P)-2023-00145 HU-HPAI(P)-2023-00148	Bőny, Gönyű, Győr, Győrság, Mezőörs, Nagyszentjános, Nyalka, Pázmándfalu, Pér, Rétalap, Táp és Töltéstava települések közigazgatási területének a 47.637222 és a 17.881389, a 47.643880 és a 17.877500, valamint a 47.643500 és a 17.877580 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül és védőkörzeten kívül eső területe.	5.2.2024
HU-HPAI(P)-2024-00001	Bőny, Pér és Rétalap települések közigazgatási területének a 47.637222 és a 17.881389, a 47.643880 és a 17.877500, valamint a 47.643500 és a 17.877580 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területe.	28.1.2024-5.2.2024

Mitgliedstaat: Polen

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
PL-HPAI(P)-2023-00072 PL-HPAI(P)-2023-00073	W województwie zachodniopomorskim: 1. Część gmin Goleniów, Stepnica w powiecie goleniowskim 2. Część gminy Police w powiecie policki m 3. Część gminy Miasto Szczecin zawierające się w promieniu 10 km od współrzędnych GPS 53.558823/14.758673	11.1.2024
	W województwie zachodniopomorskim: Część gminy Goleniów w powiecie goleniowskim zawierająca się w promieniu 3 km od współrzędnych GPS 53.558823/14.758673	3.1.2024-11.1.2024
PL-HPAI(P)-2023-00074 PL-HPAI(P)-2023-00076	W województwie mazowieckim: 1) w powiecie siedleckim: a) w gminie Siedlce miejscowości: Białki, Golice, Golice-Kolonia, Grabianów, Jagodnia, Purzec, Rakowiec, Stok Lacki-Folwark, Topórek, Ujrzanów, Wołyńce, Wołyńce-Kolonia, Żabokliki, Żabokliki-Kolonia, Żelków-Kolonia, b) w gminie Mokobody miejscowości: Bale, Jeruzale, Kapuściaki, Kisielany-Żmichy, Mokobody, Osiny Dolne, Osiny Górne, Świniary, Wesoła, Wólka Żukowska, Zaliwie Brzozówka, Zaliwie-Piegawki, Zaliwie-Szpinki, Ziomaki, Żuków, c) w gminie Suchożebry miejscowości: Borki Siedleckie, Brzozów, Kopcie, Kownaciska, Krześlin, Podnieśno, Przygody, Sosna-Korabie, Sosna-Kozółki, Sosna-Trojanki, Suchożebry, d) w gminie Skórzec miejscowości: Boroszków, Czerniejew, Dąbrówka-Ług, Dąbrówka-Niwka, Dąbrówka-Stany, Dąbrówka-Wyłazy, Gołąbek, Nowaki, Skórzec, Stara Dąbrówka, Teodorów, Żelków, e) w gminie Kotuń miejscowości: Broszków, Chlewiska, Cisie-Zagrudzie, Czarnowąż, Kotuń, Nowa Dąbrówka, Pieróg, Polaki, Tymianka,	29.1.2024

	f) w gminie Wiśniew miejscowości: Lipniak, Mościbrody, Myrcha, Wólka Wiśniewska, Wólka Wołyniecka, Stok Wiśniewski z wyjątkiem części miejscowości ograniczonej od wschodu ulicą Batalionów Chłopskich, kolejno wzdłuż drogi prowadzącej przez Stok Wiśniewski aż do pierwszego rozgałęziania dróg. Od północnego zachodu drogą ze Stoku Wiśniewskiego w kierunku miejscowości Lipniak. Następnie wzdłuż tej drogi do granicy miejscowości Lipniak, i dalej drogą biegnącą wzdłuż granicy miejscowości, następnie przedłużeniem tej drogi w kierunku południowym do aż do granic miejscowość Stok Wiśniewski. 2) miasto Siedlce poza obrębem nr 1, 2, 3, 9, 10, 11, 123, 13, 4, 5, 53, 54, 6, 7, 8, 82, 83; 3) w powiecie węgrowskim, w gminie Grębków miejscowości: Aleksandrówka, Chojeczno Sybilaki, Kopcie.	
	W województwie mazowieckim: 1) w powiecie siedleckim: a) w gminie Siedlce miejscowości: Chodów, Nowe Iganie, Nowe Opole, Opole-Świerczyna, Ostrówek, Stare Iganie, Stare Opole, Strzała, Żytnia, b) w gminie Kotuń miejscowość Grzęzów, c) w gminie Suchożebry miejscowość Wola Suchożebrska, d) w gminie Mokobody miejscowości: Kisielany-Kuce, Niwiski, Wyłazy; 2) miasto Siedlce obręb 1, 2, 3, 9, 10, 11, 123, 13, 4, 5, 53, 54, 6, 7, 8, 82, 83.	21.1.2024-29.1.2024
PL-HPAI(P)-2023-00075	W województwie kujawsko — pomorskim: 1. powiat lipnowski: a. gmina Lipno: Komorowo, Żabieniec, Brzeźno, Jankowo, Trzebiegoszcz, Jastrzębie, Chlebowo, Chodorążek, Karnkowo, Karnkowskie Rumunki, Kolankowo, Okrąg, Wierzbick, Głodowo, Piątki, Huta Głodowska, Elzanowo, Ostrowite, Ostrowitko, Popowo, Wichowo, Karasiewo, Zbytkowo, Łochocin, Grabiny, Krzyżówki, Barany; b. gmina Kikół: Grodzeń, Konotopie, Kikół, Kikół Wieś, Kołat Rybniki, Buchowo Kikolskie, Wolęcin, Janowo, Boguchwała, Jarczechowo, Sumin; c. gmina Chrostkowo: Makówiec; d. gmina Skępe: Józefkowo, Żuchowo, Pokrzywnik, Wioska, Żagno;	21.1.2024

	e. gmina Bobrowniki: Gnojno, Oparczyska, Bobrownickie Pole; f. gmina Wielgie: Wielgie, Witkowo, Rumunki Witkowskie, Podkłokock, Szczepanki, Suszewo, Chalinek, Czerskie Rumunki, Czarne, Bałdowo, Suradówek, Piaseczno, Nowa Wieś, Teodorowo; 2. powiat toruński: a. gmina Czernikowo: Kiełpiny; 3. powiat włocławski: a. gmina Fabianki: Lisek, Cyprianka, północna część miejscowości Chełmica Duża obejmująca Jezioro Chełmickie od południa wzdłuż drogi gminnej łączącej Cypriankę z Chełmicą Dużą, za jeziorem drogą gminną na północ do granicy administracyjnej z powiatem lipnowskim.	
	W województwie kujawsko — pomorskim 1. powiat lipnowski: a. gmina Lipno: Białowieżyn, Biskupin, Borek, Ignackowo, Kłokock, Maliszewo, Ośmiałowo, Pólko, Radomice, Rumiankowo, Rumunki Głodowskie, Rumunki Podgłodowskie, Tomaszewo, Złotopole; 2. miasto Lipno.	13.1.2024- 21.1.2024
PL-HPAI(P)-2023-00077	W województwie dolnośląskim: 1. powiat legnicki: a. gmina Kunice: Miłogostowice, Szczytniki nad Kaczawą, Bieniowice, Pątnów Legnicki, Kunice, Szczytniki Małe, Spalona, Golanka Górna, Jaśkowice Legnickie, Ziemnice, Grzybiany, Rosochata, Piotrówek, b. gmina Legnickie Pole: Kłębanowice, c. gmina Prochowice: Gromadzyń, Mierzowice, część miejscowości Lisowice położonej na północ od linii wyznaczonej przez rzekę Bobrek, część miejscowości Rogów Legnicki położonej na wschód od linii wyznaczonej przez ciek wodny Dopływ spod Rogowa Legnickiego, część miejscowości Kawice położonej na południowy wschód od linii wyznaczonej przez rzekę Cicha Woda, d. gmina Ruja: Rogoźnik, Komorniki, Tyniec Legnicki, Ruja, Wągrodno, Lasowice; 2. powiat lubiński: a. gmina Lubin: Raszowa Mała, Buczynka, Miłoradzice, część miejscowości Niemstów położonej na południowy wschód od linii wyznaczonej przez rzekę Niemstowska Młynówka, Miłosna, Gogołowice,	29.1.2024

	b. gmina Ścinawa: Redlice, Wielowieś, Zaborów, Grzybów, Jurcz; 3. powiat wołowski: a. gmina Wołów: Domaszków, Gliniany, Krzydlina Wielka, Lubiąż, Rataje, Prawików; 4. powiat średzki: a. gmina Malczyce: Malczyce, Mazurowice, Rusko, Kwietno, b. gmina Środa Śląska:Rzeczyca.	
	W województwie dolnośląskim: 1. powiat legnicki: a. gmina Prochowice: Prochowice, Chwalkowice, Szczedrzykowice, Szczedrzykowice-Stacja, Dąbie, Cichobórz, Motyczyn, Golanka Dolna, część miejscowości Kawice położonej na północny zachód od linii wyznaczonej przez rzekę Cicha Woda, część miejscowości Rogów Legnicki położonej na zachód od linii wyznaczonej przez ciek wodny Dopływ spod Rogowa Legnickiego, Kwiatkowice, część miejscowości Lisowice położonej na południe od linii wyznaczonej przez rzekę Bobrek.	21.1.2024- 29.1.2024
PL-HPAI(P)-2024-00001	W województwie dolnośląskim: 1. powiat trzebnicki: a. gmina Wisznia Mała: Mienice, Ozorowice, Szewce, Szymanów, Psary, Krzyżanowice, Raków, Cienin, Kryniczno, Rogoż, Biskupice, b. gmina Oborniki Śląskie: Paniowice, Kotowice, Zajączków, Pęgów, Golędzinów, Wilczyn, Oborniki Śląskie, Kowale, Kuraszków, Borkowice, Swaratowice, Przecławice, c. gmina Trzebnica: Głuchów Górny, Skarszyn, Boleścin, Piersno, Raszów, Trzebnica, Będkowo, Węgrzynów, Droszów, Malczów, Rzepotowice, Marcinowo, Małuszyn, Nowy Dwór, Księginice, Kobylice, Szczytkowice, Ligota, Masłów, Jaszyce, Sulisławice, Świątniki, Cerekwica, d. gmina Zawonia: Kałowice, Sucha Wielka, Pstrzejowice, Zawonia, Sędzice, Sucha Mała, Tarnowiec, Cielętniki, Miłonowice, Skotniki, Radłów, Głuchów Dolny, Czachowo, e. gmina Prusice część obrębu geodezyjnego miejscowości Kosinowo, położony na południe od linii wyznaczonej przez rzekę Strugę i drogę ekspresową S5;	5.2.2024

	2. powiat wrocławski: a. gmina Długołęka: Godzieszowa, Tokary, Pasikurowice, Ramiszów, Pruszowice, Domaszczyn, Domaszczyn Mały, Olszyca, Szczodre, Bukowina, Bąków, Budziwojowice, Łosice, Łozina, Bierzyce, Kępa, Michałowice, Zaprężyn, Krakowiany, Węgrów, część miasta Wrocławia położony na północ od linii wyznaczonej przez rzekę Odrę, Starą Odrę oraz linię kolejową Wrocław Nadodrze — Długołęka.	
	W województwie dolnośląskim: 1. powiat trzebnicki: a. gmina Wisznia Mała: Wisznia Mała, Pierwoszów, Strzeszów, Ligota Piękna, Malin, Kalina, Małe Siedliczki, Wysoki Kościół, Piotrkowiczki, Machnice, b. gmina Trzebnica: Taczów Mały, Taczów Wielki, Brochocin, 2. powiat wrocławski: gmina Długołęka: Siedlec.	28.1.2024-5.2.2024
PL-HPAI(P)-2024-00002	W województwie zachodniopomorskim: 1. powiat goleniowski: a. część gmin: Osina, Nowogard, Maszewo, Goleniów 2. powiat łobeski: a. część gminy Dobra zawierające się w promieniu 10 km od współrzędnych GPS: 53.58037/15.06903	9.2.2024
	W województwie zachodniopomorskim: 1. powiat goleniowski: a. część gmin: Osina, Nowogard, Maszewo zawierające się w promieniu 3 km od współrzędnych GPS: 53.58037/15.06903	1.2.2024-9.2.2024

Mitgliedstaat: Rumänien

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
	County: Olt	
RO-HPAI(P)-2023-00006	Loc. Piscani — Oraș Scornicești Loc. Jitaru — Oraș Scornicești Loc. Scornicești — Oraș Scornicești Loc. Mogoșești — Oraș Scornicești Loc. Mihăilești Popești — Oraș Scornicești Loc. Mărgineni Slobozia — Oraș Scornicești Loc. Negreni — Oraș Scornicești	20.1.2024-28.1.2024

	Loc. Constantinești — Oraș Scornicești Loc. Rusciori — Oraș Scornicești Loc. Chițeasca — Oraș Scornicești Loc. Bircii — Oraș Scornicești Loc. Bălțați — Oraș Scornicești Loc. Potcoava — Oraș Pocoava Loc. Potcoava Fălcoeni — Oraș Pocoava Loc. Trufinești — Oraș Pocoava Loc. Optași-Măgura — Comuna Optași Măgura Loc. Optași — Comuna Optași Măgura Loc. Tătulești — Comuna Tătulești Loc. Bărbălăi — Comuna Tătulești Loc. Priseaca — Comuna Priseaca Loc. Săltănești — Comuna Priseaca Loc. Oporelu — Comuna Oporelu Loc. Beria de Sus — Comuna Oporelu Loc. Șuica — Oraș Scornicești Loc. Teiuș — Oraș Scornicești	28.1.2024

Mitgliedstaat: Slowakei

ADIS-Bezugsnummer des Ausbruchs	Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 55 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 gültig bis
SK-HPAI(P)-2023-00004	Municiplatities: Slatina, Tupá, Horné Semerovce, Hokovce	19.1.2024- 27.1.2024
	Municipalities: Plášťovce, Šahy, Domadice, Santovka, Demandice, Sazdice, Dolné Semerovce, Vyškovce nad Ipľom, Preseľany nad Ipľom, Hrkovce, Veľké Turovce, Horné Turovce, Ipeľské Úľany, Hontianske Trsťany, Hontianske Moravce, Súdovce, Lišov, Sudince, Terany, Hontianske Tesáre, Rykynčice. Municipality of town Dudince	27.1.2024

Teil C

Weitere Sperrzonen gemäß Artikel 1 Buchstabe b und Artikel 4 in den betroffenen Mitgliedstaaten*:

Mitgliedstaat: Keiner

Das Gebiet umfasst:	Maßnahmen gemäß Artikel 3a gültig bis

* Im Einklang mit dem Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und insbesondere nach Artikel 5 Absatz 4 des Protokolls zu Irland/Nordirland in Verbindung mit Anhang 2 dieses Protokolls gelten für die Zwecke dieses Anhangs Verweise auf einen Mitgliedstaat auch für das Vereinigte Königreich in Bezug auf Nordirland.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/261

18.1.2024

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2024/261 DER KOMMISSION

vom 17. Januar 2024

zur Zulassung von ätherischem Öl aus schwarzem Pfeffer und Oleoresin aus schwarzem Pfeffer, gewonnen aus *Piper nigrum* L., als Zusatzstoffe in Futtermitteln für alle Tierarten und von überkritischem Extrakt aus schwarzem Pfeffer, gewonnen aus *Piper nigrum* L., als Zusatzstoff in Futtermitteln für Katzen und Hunde

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung ([1]), insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 schreibt vor, dass Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung zugelassen werden müssen, und regelt die Voraussetzungen und Verfahren für die Erteilung einer solchen Zulassung. Artikel 10 Absatz 2 der genannten Verordnung sieht für Zusatzstoffe, die gemäß der Richtlinie 70/524/EWG des Rates ([2]) zugelassen wurden, eine Neubewertung vor.

(2) Die Stoffe ätherisches Öl aus schwarzem Pfeffer und Oleoresin aus schwarzem Pfeffer, gewonnen aus *Piper nigrum* L., und überkritisches Extrakt aus schwarzem Pfeffer, gewonnen aus *Piper nigrum* L., wurden im Einklang mit der Richtlinie 70/524/EWG auf unbegrenzte Zeit als Zusatzstoffe in Futtermitteln für alle Tierarten genehmigt. In der Folge wurden diese Stoffe gemäß Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 als bereits bestehende Produkte der Kategorie „sensorische Zusatzstoffe“ und der Funktionsgruppe „Aromastoffe“ in das Register der Futtermittelzusatzstoffe eingetragen.

(3) Gemäß Artikel 10 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 in Verbindung mit deren Artikel 7 wurde ein Antrag auf Zulassung von ätherischem Öl aus schwarzem Pfeffer und Oleoresin aus schwarzem Pfeffer, gewonnen aus *Piper nigrum* L., und überkritischem Extrakt aus schwarzem Pfeffer, gewonnen aus *Piper nigrum* L. und die Einordnung der Zusatzstoffe in die Zusatzstoffkategorie „sensorische Zusatzstoffe“ und in die Funktionsgruppe „Aromastoffe“ beantragt. Dem Antrag waren die nach Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 vorgeschriebenen Angaben und Unterlagen beigefügt. Der Antragsteller zog den Antrag für überkritisches Extrakt aus schwarzem Pfeffer, gewonnen aus *Piper nigrum* L. anschließend in Bezug auf die Zulassung für alle Tierarten zurück und beschränkte ihn auf die Zulassung für Katzen und Hunde.

(4) Der Antragsteller beantragte, dass die Futtermittelzusatzstoffe auch zur Verwendung in Tränkwasser zugelassen werden. Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 ist jedoch die Zulassung von „Aromastoffen“ zur Verwendung in Tränkwasser nicht erlaubt. Daher sollte die Verwendung dieser Zusatzstoffe in Tränkwasser nicht zugelassen werden.

(5) Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (im Folgenden „Behörde“) zog in ihrem Gutachten vom 27. September 2022 ([3]) den Schluss, dass ätherisches Öl aus schwarzem Pfeffer, überkritisches Extrakt aus schwarzem Pfeffer und Oleoresin aus schwarzem Pfeffer, gewonnen aus *Piper nigrum L.*, unter den vorgeschlagenen Verwendungsbedingungen keine nachteiligen Auswirkungen auf die Tiergesundheit, die Verbrauchersicherheit oder die Umwelt haben. Sie kam ferner zu dem Schluss, dass ätherisches Öl aus schwarzem Pfeffer, überkritisches Extrakt aus schwarzem Pfeffer und Oleoresin aus schwarzem Pfeffer, als haut-, augen- und atemwegsreizend sowie als Haut- und Inhalationsallergene betrachtet werden sollten. Die Behörde gelangte außerdem zu dem Schluss, dass die Wirksamkeit nicht weiter nachgewiesen werden muss, da die Stoffe als Aromastoffe in Lebensmitteln anerkannt ist und ihre Funktion in Futtermitteln im Wesentlichen derjenigen in Lebensmitteln gleicht. Sie hat außerdem den Bericht über die Methoden zur Analyse der Futtermittelzusatzstoffe in Futtermitteln, den das mit der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 eingerichtete Referenzlabor vorgelegt hat, geprüft.

([1]) ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 29.
([2]) Richtlinie 70/524/EWG des Rates vom 23. November 1970 über Zusatzstoffe in der Tierernährung (ABl. L 270 vom 14.12.1970, S. 1).
([3]) *EFSA Journal* 2022; 20(11): 7599.

(6) Daher ist die Kommission der Auffassung, dass ätherisches Öl aus schwarzem Pfeffer, Oleoresin aus schwarzem Pfeffer und überkritisches Extrakt aus schwarzem Pfeffer, gewonnen aus *Piper nigrum* L., die Bedingungen gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 erfüllen. Folglich sollte die Verwendung dieser Stoffe zugelassen werden. Die Kommission ist der Auffassung, dass es nicht erforderlich ist, aus Sicherheitsgründen Höchstgehalte für die betreffenden Stoffe festzulegen. Die große Sicherheitsmarge für die Exposition (Margin of Exposure) und das Fehlen bedenklicher Stoffe erlauben die Festlegung empfohlener Höchstgehalte. Für eine bessere Kontrolle sollte auf dem Etikett der Futtermittelzusatzstoffe ein empfohlener Höchstgehalt angegeben werden. Werden diese Gehalte überschritten, sollten auf dem Etikett der betreffenden Vormischungen bestimmte Angaben gemacht werden. Ferner ist die Kommission der Ansicht, dass geeignete Schutzmaßnahmen ergriffen werden sollten, um schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Verwender der Zusatzstoffe zu vermeiden.

(7) Da es nicht erforderlich ist, die Änderung der Zulassungsbedingungen für die betreffenden Stoffe aus Sicherheitsgründen unverzüglich anzuwenden, sollte für die Beteiligten eine Übergangsfrist vorgesehen werden, damit sie sich auf die neuen Anforderungen vorbereiten können, die sich aus der Zulassung ergeben.

(8) Die in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Zulassung

Die im Anhang genannten Stoffe, die der Zusatzstoffkategorie „sensorische Zusatzstoffe“ und der Funktionsgruppe „Aromastoffe“ angehören, werden unter den in diesem Anhang aufgeführten Bedingungen als Zusatzstoffe in der Tierernährung zugelassen.

Artikel 2

Übergangsmaßnahmen

(1) Die im Anhang genannten Stoffe und die diese Stoffe enthaltenden Vormischungen, die vor dem 7. August 2024 gemäß den vor dem 7. Februar 2024 geltenden Bestimmungen hergestellt und gekennzeichnet werden, dürfen bis zur Erschöpfung der Bestände weiter in Verkehr gebracht und verwendet werden.

(2) Misch- und Einzelfuttermittel, die die im Anhang genannten Stoffe enthalten und vor dem 7. Februar 2025 gemäß den vor dem 7. Februar 2024 geltenden Bestimmungen hergestellt und gekennzeichnet werden, dürfen bis zur Erschöpfung der Bestände weiter in Verkehr gebracht und verwendet werden, wenn sie für zur Lebensmittelerzeugung genutzte Tiere bestimmt sind.

(3) Misch- und Einzelfuttermittel, die die im Anhang genannten Stoffe enthalten und vor dem 7. Februar 2026 gemäß den vor dem 7. Februar 2024 geltenden Bestimmungen hergestellt und gekennzeichnet werden, dürfen bis zur Erschöpfung der Bestände weiter in Verkehr gebracht und verwendet werden, wenn sie für nicht zur Lebensmittelerzeugung genutzte Tiere bestimmt sind.

Artikel 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 17. Januar 2024

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

Kennnummer des Zusatzstoffs	Zusatzstoff	Zusammensetzung, chemische Bezeichnung, Beschreibung, Analysemethode	Tierart oder Tierkategorie	Höchstalter	Mindestgehalt	Höchstgehalt	Sonstige Bestimmungen	Geltungsdauer der Zulassung
					mg Wirkstoff/kg Alleinfuttermittel mit einem Feuchtigkeitsgehalt von 12 %			
Kategorie: sensorische Zusatzstoffe. Funktionsgruppe: Aromastoffe								
2b347-eo	Ätherisches Öl aus schwarzem Pfeffer	*Zusammensetzung des Zusatzstoffs* Ätherisches Öl aus schwarzem Pfeffer, gewonnen aus den Früchten von *Piper nigrum* L. Flüssig *Charakterisierung des Wirkstoffs* Ätherisches Öl aus schwarzem Pfeffer, gewonnen durch Dampfdestillation aus den getrockneten und gemahlenen unreifen Früchten von *Piper nigrum* L. gemäß der Definition des Europarats ([1]). Vorschriften: — β-Caryophyllen: 12-40 % — Limonen: 7-20 % — Sabinen (4(10)-Thujen): 4-17 % — α-Pinen (Pin-2(3)-en): 2,5-16 % — Safrol: ≤ 0,0003 % CAS-Nummer: 8006-82-4 FEMA-Nummer: 2845 CoE-Nummer: 347	Alle Tierarten	—	—	—	1. Der Zusatzstoff ist Futtermitteln als Vormischung beizugeben. 2. In der Gebrauchsanweisung für den Zusatzstoff und die Vormischungen sind die Lagerbedingungen und die Stabilität bei Wärmebehandlung anzugeben. 3. Auf dem Etikett des Zusatzstoffs ist Folgendes anzugeben: „Empfohlener Höchstgehalt des Wirkstoffs je kg Alleinfuttermittel mit einem Feuchtigkeitsgehalt von 12 %: — 5 mg für Masthühner und Mastgeflügel von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung, — 7 mg für Masttruthühner, — 8 mg für Lege- und Zuchtgeflügelarten, — 9,5 mg für Ferkel, Ferkel von *Suidae* von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung und Mastschweine von *Suidae* von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung, — 11,5 mg für Mastschweine, — 14 mg für Sauen, — 14 mg für Milchkühe und zur Milcherzeugung genutzte Wiederkäuer von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung, ausgenommen Schafe und Ziegen, — 20 mg für Wiederkäuer für Mastzwecke, ausgenommen Schafe und Ziegen, — 20 mg für Schafe und Ziegen, — 20 mg für Pferde, — 8,5 mg für Kaninchen, — 20 mg für Fisch,	7. Februar 2034

		Analysemethode (2) Zur Bestimmung des phytochemischen Markers β-Caryophyllen: Gaschromatografie gekoppelt mit Flammenionisationsdetektion (GC-FID) — ISO 3061.					— 20 mg für Hunde und Katzen, — 5 mg für Ziervögel, — 5 mg für andere Tierarten und -kategorien“. 4. Auf dem Etikett der Vormischung sind die Funktionsgruppe, die Kennnummer, die Bezeichnung sowie die zugesetzte Menge des Wirkstoffs anzugeben, wenn die auf dem Etikett der Vormischung genannte Verwendungsmenge den unter Nummer 3 genannten Gehalt überschreiten würde. 5. Die Futtermittelunternehmer müssen für die Verwender des Zusatzstoffs und der Vormischungen operative Verfahren und organisatorische Maßnahmen festlegen, um potenzielle Risiken aufgrund der Verwendung zu vermeiden. Können diese Risiken durch solche Verfahren und Maßnahmen nicht beseitigt werden, so sind Zusatzstoff und Vormischungen mit persönlicher Atem-, Augen- und Hautschutzausrüstung zu verwenden.	

(1) „Natural sources of flavourings“ (Natürliche Aromaquellen) — Bericht Nr. 2 (2007).
(2) Nähere Informationen zu den Analysemethoden siehe Website des Referenzlabors unter: https://ec.europa.eu/jrc/en/eurl/feed-additives/evaluation-reports.

Kennnummer des Zusatzstoffs	Zusatzstoff	Zusammensetzung, chemische Bezeichnung, Beschreibung, Analysemethode	Tierart oder Tierkategorie	Höchstalter	Mindestgehalt	Höchstgehalt	Sonstige Bestimmungen	Geltungsdauer der Zulassung
					mg Wirkstoff/kg Alleinfuttermittel mit einem Feuchtigkeitsgehalt von 12 %			
Kategorie: sensorische Zusatzstoffe. Funktionsgruppe: Aromastoffe								
2b347-ex	Überkritisches Extrakt aus schwarzem Pfeffer	*Zusammensetzung des Zusatzstoffs* Überkritisches Extrakt aus schwarzem Pfeffer, gewonnen aus den Früchten von *Piper nigrum* L. Flüssig *Charakterisierung des Wirkstoffs* Überkritisches Extrakt aus schwarzem Pfeffer, gewonnen durch Extraktion mit überkritischem CO_2 aus den getrockneten und gemahlenen unreifen Früchten von *Piper nigrum* L. (ohne Zugabe von zusätzlichen Lösungsmitteln) gemäß der Definition des Europarats ([1]). Vorschriften: — β-Caryophyllen: 8-30 % — Limonen: 10-18 % — Sabinen (4(10)-Thujen): 5-17 % — α-Pinen (Pin-2(3)-en): 7-18 % — Safrol: ≤ 0,0003 % CoE-Nummer: 347	Katzen und Hunde	—	—	—	1. Der Zusatzstoff ist Futtermitteln als Vormischung beizugeben. 2. In der Gebrauchsanweisung für den Zusatzstoff und die Vormischungen sind die Lagerbedingungen und die Stabilität bei Wärmebehandlung anzugeben. 3. Auf dem Etikett des Zusatzstoffs ist Folgendes anzugeben: „Empfohlener Höchstgehalt des Wirkstoffs je kg Alleinfuttermittel mit einem Feuchtigkeitsgehalt von 12 %: 1,5 mg für Katzen und Hunde." 4. Auf dem Etikett der Vormischung sind die Funktionsgruppe, die Kennnummer, die Bezeichnung sowie die zugesetzte Menge des Wirkstoffs anzugeben, wenn die auf dem Etikett der Vormischung genannte Verwendungsmenge den unter Nummer 3 genannten Gehalt überschreiten würde. 5. Die Futtermittelunternehmer müssen für die Verwender des Zusatzstoffs und der Vormischungen operative Verfahren und organisatorische Maßnahmen festlegen, um potenzielle Risiken aufgrund der Verwendung zu vermeiden. Können diese Risiken durch solche Verfahren und Maßnahmen nicht beseitigt werden, so sind Zusatzstoff und Vormischungen mit persönlicher Atem-, Augen- und Hautschutzausrüstung zu verwenden.	7. Februar 2034

		Analysemethode (2) Zur Bestimmung des phytochemischen Markers β-Caryophyllen: Gaschromatografie gekoppelt mit Flammenionisationsdetektion (GC-FID) — ISO 3061.						

(1) „Natural sources of flavourings“ (Natürliche Aromaquellen) — Bericht Nr. 2 (2007).
(2) Nähere Informationen zu den Analysemethoden siehe Website des Referenzlabors unter: https://ec.europa.eu/jrc/en/eurl/feed-additives/evaluation-reports.

Kennnummer des Zusatzstoffs	Zusatzstoff	Zusammensetzung, chemische Bezeichnung, Beschreibung, Analysemethode	Tierart oder Tierkategorie	Höchstalter	Mindestgehalt	Höchstgehalt	Sonstige Bestimmungen	Geltungsdauer der Zulassung
					mg Wirkstoff/kg Alleinfuttermittel mit einem Feuchtigkeitsgehalt von 12 %			
Kategorie: sensorische Zusatzstoffe. Funktionsgruppe: Aromastoffe								
2b347-or	Oleoresin aus schwarzem Pfeffer	*Zusammensetzung des Zusatzstoffs* Zubereitung aus Oleoresin aus schwarzem Pfeffer, gewonnen aus den Früchten von *Piper nigrum* L. Flüssig *Charakterisierung des Wirkstoffs* Oleoresin aus schwarzem Pfeffer, gewonnen durch organische Lösemittel-Extraktion aus den getrockneten und gemahlenen unreifen Früchten von *Piper nigrum* L. gemäß der Definition des Europarats ([1]). Vorschriften: — Piperin: 20-50 % — Safrol: ≤ 0,0003 % CAS-Nummer: 84929-41-9 FEMA-Nummer: 2846 CoE-Nummer: 347 *Analysemethode* ([2]) Zur Bestimmung des phytochemischen Markers Piperin: Hochleistungsflüssigchromatografie mit fotometrischer Detektion (HPLC-UV) — ISO 11027.	Alle Tierarten	-	-	-	1. Der Zusatzstoff ist Futtermitteln als Vormischung beizugeben. 2. In der Gebrauchsanweisung für den Zusatzstoff und die Vormischungen sind die Lagerbedingungen und die Stabilität bei Wärmebehandlung anzugeben. 3. Auf dem Etikett des Zusatzstoffs ist Folgendes anzugeben: „Empfohlener Höchstgehalt des Wirkstoffs je kg Alleinfuttermittel mit einem Feuchtigkeitsgehalt von 12 %: — 1 mg für Masthühner und Mastgeflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung, — 1,3 mg für Masttruthühner, — 1,4 mg für Lege- und Zuchtgeflügelarten, — 1,7 mg für Ferkel, Ferkel von *Suidae* von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung und Mastschweine von *Suidae* von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung, — 2 mg für Mastschweine, — 2,5 mg für Sauen, — 2,4 mg für Milchkühe und zur Milcherzeugung genutzte Wiederkäuer von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung, ausgenommen Schafe und Ziegen, — 12,5 mg für Mastkälber, — 11,5 mg für Wiederkäuer für Mastzwecke, ausgenommen Schafe und Ziegen, — 11,5 mg für Schafe und Ziegen, — 11,5 mg für Pferde, — 1,5 mg für Kaninchen,	7. Februar 2034

							— 13,5 mg für Salmoniden und Fische von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung, — 51,5 mg für Zierfische, — 14 mg für Hunde, — 3,8 mg für Katzen, — 1 mg für Ziervögel, — 1 mg für andere Tierarten oder -kategorien“. 4. Auf dem Etikett der Vormischung sind die Funktionsgruppe, die Kennnummer, die Bezeichnung sowie die zugesetzte Menge des Wirkstoffs anzugeben, wenn die auf dem Etikett der Vormischung genannte Verwendungsmenge den unter Nummer 3 genannten Gehalt überschreiten würde. 5. Die Futtermittelunternehmer müssen für die Verwender des Zusatzstoffs und der Vormischungen operative Verfahren und organisatorische Maßnahmen festlegen, um potenzielle Risiken aufgrund der Verwendung zu vermeiden. Können diese Risiken durch solche Verfahren und Maßnahmen nicht beseitigt werden, so sind Zusatzstoff und Vormischungen mit persönlicher Atem-, Augen- und Hautschutzausrüstung zu verwenden.	

(1) „Natural sources of flavourings“ (Natürliche Aromaquellen) — Bericht Nr. 2 (2007).

(2) Nähere Informationen zu den Analysemethoden siehe Website des Referenzlabors unter: https://ec.europa.eu/jrc/en/eurl/feed-additives/evaluation-reports.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/262

18.1.2024

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2024/262 DER KOMMISSION

vom 17. Januar 2024

zur Verlängerung der Zulassung einer Zubereitung aus Endo-1,4-beta-Glucanase, gewonnen aus *Trichoderma citrinoviride* IMI 360748, als Futtermittelzusatzstoff für Masthühner, Mastgeflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung und Absetzferkel, zur Zulassung dieser Zubereitung als Futtermittelzusatzstoff für Masttruthühner, alle Lege- und Zuchtgeflügelarten, Ziervögel und Saugferkel (Zulassungsinhaber: Huvepharma NV) sowie zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2305

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung ([1]), insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 regelt die Zulassung von Zusatzstoffen zur Verwendung in der Tierernährung sowie die Voraussetzungen und Verfahren für die Erteilung und Verlängerung einer solchen Zulassung.

(2) Mit der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2305 ([2]) der Kommission wurde eine Zubereitung aus Endo-1,4-beta-Glucanase, gewonnen aus *Trichoderma citrinoviride* IMI 360748 (frühere taxonomische Bezeichnung: *Trichoderma citrinoviride* Bisset (IM SD142)) für 10 Jahre als Futtermittelzusatzstoff für Masthühner, Mastgeflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung sowie für Absetzferkel zugelassen.

(3) Gemäß Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 wurde ein Antrag auf Verlängerung der Zulassung der Zubereitung aus Endo-1,4-beta-Glucanase, gewonnen aus *Trichoderma citrinoviride* IMI 360748, als Futtermittelzusatzstoff für Masthühner, Mastgeflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung sowie für Absetzferkel gestellt und die Einordnung des Zusatzstoffs in die Zusatzstoffkategorie „zootechnische Zusatzstoffe“ und in die Funktionsgruppe „Verdaulichkeitsförderer“ beantragt. Der Antrag betraf außerdem die Zulassung neuer Verwendungen der gleichen Zubereitung gemäß Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003, und zwar als Futtermittelzusatzstoff für Masttruthühner, alle Lege- und Zuchtgeflügelarten, Ziervögel und Saugferkel. Dem Antrag waren die gemäß Artikel 14 Absatz 2 und Artikel 7 Absatz 3 der genannten Verordnung vorgeschriebenen Angaben und Unterlagen beigefügt.

(4) Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (im Folgenden „Behörde“) zog in ihrem Gutachten vom 21. März 2023 ([3]) den Schluss, dass die Zubereitung aus Endo-1,4-beta-Glucanase, gewonnen aus *Trichoderma citrinoviride* IMI 360748, unter den derzeit genehmigten Verwendungsbedingungen für Masthühner, Mastgeflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung und Absetzferkel sowie für die Verbraucher und die Umwelt weiterhin sicher ist, und teilte mit, dass diese Schlussfolgerung in Bezug auf die Sicherheit auch für Masttruthühner, alle Lege- und Zuchtgeflügelarten, Ziervögel und Saugferkel gilt. Ferner zog die Behörde den Schluss, dass die Zubereitung nicht als hautätzend oder augenreizend einzustufen ist. Sie erklärte, die Zubereitung sei als Haut- und Inhalationsallergen zu betrachten, es könne jedoch keine Schlussfolgerung dazu gezogen werden, ob der Zusatzstoff möglicherweise

([1]) ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 29.

([2]) Durchführungsverordnung (EU) 2015/2305 der Kommission vom 10. Dezember 2015 zur Zulassung einer Zubereitung aus Endo-1,4-beta-Glucanase (EC 3.2.1.4), gewonnen aus *Trichoderma citrinoviride* Bisset (IM SD142), als Zusatzstoff in Futtermitteln für Masthühner, Mastgeflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung sowie für Absetzferkel und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2148/2004 und (EG) Nr. 1520/2007 (Zulassungsinhaber: Huvepharma NV) (ABl. L 326 vom 11.12.2015, S. 43).

([3]) *EFSA Journal* 2023;21(4):7954.

hautreizend ist. Der Behörde stellte fest, dass es im Zusammenhang mit der Erneuerung der Zulassung für Masthühner, Mastgeflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung und Absetzferkel nicht notwendig ist, die Wirksamkeit der Zubereitung aus Endo-1,4-beta-Glucanase, gewonnen aus *Trichoderma citrinoviride* IMI 360748, zu bewerten und dass sich die Schlussfolgerungen zur Wirksamkeit bei Masthühnern und Absetzferkeln übertragen lassen auf Masttruthühner, alle Lege- und Zuchtgeflügelarten, Ziervögel und Saugferkel. Besondere Vorgaben für die Überwachung nach dem Inverkehrbringen hielt die Behörde nicht für notwendig.

(5) Das mit der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 eingerichtete Referenzlabor ist der Auffassung, dass die Schlussfolgerungen und Empfehlungen aus der Bewertung hinsichtlich der Methode zur Analyse von Endo-1,4-beta-Glucanase als Futtermittelzusatzstoff im Zusammenhang mit der vorherigen Zulassung gültig und auf den vorliegenden Antrag anwendbar sind. Gemäß Artikel 5 Absatz 4 Buchstaben a und c der Verordnung (EG) Nr. 378/2005 der Kommission ([4]) ist daher kein Evaluierungsbericht des Referenzlabors erforderlich.

(6) In Anbetracht der vorstehenden Ausführungen ist die Kommission der Auffassung, dass die Zubereitung aus Endo-1,4-beta-Glucanase, gewonnen aus *Trichoderma citrinoviride* IMI 360748, die Bedingungen des Artikels 5 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 erfüllt. Dementsprechend sollte die Zulassung dieser Zubereitung für Masthühner, Mastgeflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung und Absetzferkel verlängert werden, und die Verwendung dieser Zubereitung für Masttruthühner, alle Lege- und Zuchtgeflügelarten, Ziervögel und Saugferkel sollte zugelassen werden. Ferner ist die Kommission der Ansicht, dass geeignete Schutzmaßnahmen ergriffen werden sollten, um schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Verwender des Zusatzstoffs zu vermeiden.

(7) Infolge der Verlängerung der Zulassung der Zubereitung aus Endo-1,4-beta-Glucanase, gewonnen aus *Trichoderma citrinoviride* IMI 360748, als Futtermittelzusatzstoff für Masthühner, Mastgeflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung und Absetzferkel sollte die Durchführungsverordnung (EU) 2015/2305 geändert werden.

(8) Da es nicht erforderlich ist, die Änderung der Zulassungsbedingungen für die Zubereitung aus Endo-1,4-beta-Glucanase, gewonnen aus *Trichoderma citrinoviride* IMI 360748, als Futtermittelzusatzstoff für Masthühner, Mastgeflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung und Absetzferkel aus Sicherheitsgründen unverzüglich anzuwenden, sollte den Beteiligten eine Übergangsfrist eingeräumt werden, damit sie sich auf die neuen Anforderungen vorbereiten können, die sich aus der Verlängerung der Zulassung ergeben.

(9) Die in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Verlängerung der Zulassung

Die Zulassung als Futtermittelzusatzstoff für die im Anhang genannte Zubereitung, die in die Zusatzstoffkategorie „zootechnische Zusatzstoffe“ und die Funktionsgruppe „Verdaulichkeitsförderer“ einzuordnen ist, für Masthühner, Mastgeflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung und Absetzferkel wird unter den im Anhang aufgeführten Bedingungen verlängert.

([4]) Verordnung (EG) Nr. 378/2005 der Kommission vom 4. März 2005 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Pflichten und Aufgaben des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums in Bezug auf Anträge auf Zulassung von Futtermittelzusatzstoffen (ABl. L 59 vom 5.3.2005, S. 8).

Artikel 2

Zulassung

Die im Anhang genannte Zubereitung, die in die Zusatzstoffkategorie „zootechnische Zusatzstoffe“ und die Funktionsgruppe „Verdaulichkeitsförderer“ einzuordnen ist, wird als Futtermittelzusatzstoff für Masttruthühner, alle Lege- und Zuchtgeflügelarten, Ziervögel und Saugferkel unter den im Anhang aufgeführten Bedingungen zugelassen.

Artikel 3

Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2305

Die Durchführungsverordnung (EU) 2015/2305 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 1 wird gestrichen.
2. Der Anhang wird gestrichen.

Artikel 4

Übergangsmaßnahmen

(1) Die im Anhang genannte Zubereitung und die diese Zubereitung enthaltenden Vormischungen, die für Masthühner, Mastgeflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung und Absetzferkel bestimmt sind und die vor dem 7. August 2024 nach Maßgabe der vor dem 7. Februar 2024 geltenden Bestimmungen hergestellt und gekennzeichnet werden, dürfen bis zur Erschöpfung der Bestände weiter in Verkehr gebracht und verwendet werden.

(2) Einzel- und Mischfuttermittel, die die im Anhang beschriebene Zubereitung enthalten, die für Masthühner, Mastgeflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung und Absetzferkel bestimmt sind und die vor dem 7. Februar 2025 nach Maßgabe der vor dem 7. Februar 2024 geltenden Bestimmungen hergestellt und gekennzeichnet werden, dürfen bis zur Erschöpfung der Bestände weiter in Verkehr gebracht und verwendet werden.

Artikel 5

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 17. Januar 2024

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

Kennnummer des Zusatzstoffs	Name des Zulassungsinhabers	Zusatzstoff	Zusammensetzung, chemische Bezeichnung, Beschreibung, Analysemethode	Tierart oder Tierkategorie	Höchstalter	Mindestgehalt	Höchstgehalt	Sonstige Bestimmungen	Geltungsdauer der Zulassung
						Aktivität/kg Alleinfuttermittel mit einem Feuchtigkeitsgehalt von 12 %			
Kategorie: zootechnische Zusatzstoffe. Funktionsgruppe: Verdaulichkeitsförderer.									
4a1616	Huvepharma NV	Endo-1,4-beta-Glucanase (EC 3.2.1.4)	*Zusammensetzung des Zusatzstoffs* Zubereitung aus Endo-1,4-beta-Glucanase (EC 3.2.1.4), gewonnen aus *Trichoderma citrinoviride* IMI 360748, mit einer Mindestaktivität von 2000 CU ([1])/g Fest oder flüssig *Charakterisierung des Wirkstoffs* Endo-1,4-beta-Glucanase (EC 3.2.1.4), gewonnen aus *Trichoderma citrinoviride* IMI 360748. *Analysemethode* ([2]) Bestimmung von Endo-1,4-beta-Glucanase im Futtermittelzusatzstoff, in Vormischungen und Mischfuttermitteln: kolorimetrisches Verfahren auf Basis der Quantifizierung wasserlöslicher gefärbter Fragmente (Azurin), die durch die Einwirkung von Endo-1,4-beta-glucanase auf mit Azurin vernetzte Cellulose entstehen.	Alle Mastgeflügelarten Alle Lege- und Zuchtgeflügelarten Ziervögel	—	500 CU	—	(1) In der Gebrauchsanweisung für den Zusatzstoff und die Vormischungen sind die Lagerbedingungen und die Stabilität bei Wärmebehandlung anzugeben. (2) Die Futtermittelunternehmer müssen für die Verwender des Zusatzstoffs und der Vormischungen operative Verfahren und organisatorische Maßnahmen festlegen, um potenzielle Risiken aufgrund der Verwendung des Stoffs zu vermeiden. Können diese Risiken durch solche Verfahren und Maßnahmen nicht beseitigt werden, so sind Zusatzstoff und Vormischungen mit persönlicher Atem- und Hautschutzausrüstung zu verwenden.	7. Februar 2034
				Saugferkel Absatzferkel	—	350 CU	—		

([1]) Ein CU ist die Enzymmenge, die 0,128 Mikromol reduzierende Zucker (Glucoseäquivalente) pro Minute bei einem pH-Wert von 4,5 und einer Temperatur von 30 °C aus Gersten-Beta-Glucan freisetzt.
([2]) Nähere Informationen zu den Analysemethoden siehe Website des Referenzlabors unter: https://joint-research-centre.ec.europa.eu/eurl-fa-eurl-feed-additives/eurl-fa-authorisation/eurl-fa-evaluation-reports_en

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/264

18.1.2024

VERORDNUNG (EU) 2024/264 DER KOMMISSION

vom 17. Januar 2024

zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1099/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Energiestatistik hinsichtlich der Durchführung von Aktualisierungen für die jährlichen, monatlichen und monatlich zu übermittelnden kurzfristigen Energiestatistiken

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1099/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 über die Energiestatistik ([1]), insbesondere auf Artikel 4 Absatz 3, Artikel 5 Absatz 3 und Artikel 9 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Mit der Verordnung (EG) Nr. 1099/2008 wird ein gemeinsamer Rahmen für die Erstellung, Übermittlung, Bewertung und Verbreitung vergleichbarer Energiestatistiken in der Union geschaffen.

(2) Energiestatistiken müssen regelmäßig überprüft werden, da der technologische Fortschritt rasch voranschreitet, die Energiepolitik der Union sich weiterentwickelt und die Ziele der Union sowie die Überwachung der bei deren Verwirklichung erreichten Fortschritte unbedingt auf amtlichen Energiedaten beruhen sollten. Daher muss der Rahmen für die Berichterstattung über die europäische Energiestatistik regelmäßig aktualisiert werden, um dem wachsenden oder sich wandelnden Bedarf Rechnung zu tragen.

(3) Durch die Verwendung zuverlässiger und hochwertiger Energiestatistiken zur Überwachung der politischen Ziele im Rahmen des europäischen Grünen Deals und des Pakets „Fit für 55“ sowie des Maßnahmenpakets zur Energieunion sollte die Glaubwürdigkeit der Energiepolitik der Union erhöht werden.

(4) Die Kommission hat mehrere Aspekte der jährlich, monatlich und monatlich zu übermittelnden kurzfristigen Energiestatistiken ermittelt, die aktualisiert werden müssen. Sie betreffen insbesondere zusätzliche Berichtspflichten in Bezug auf Wasserstoff und dessen Verhältnis zu anderen Kraftstoffen, die einen umfassenderen Überblick über die Wasserstoffwirtschaft bieten; Definitionen bezüglich der Nuklearindustrie und des Einsatzes von Steinkohle, durch die die gemeldeten Daten an Klarheit gewinnen; ferner die Änderung der Kategorien des Schwefelgehalts von Heizöl, die an internationale Klassifikationen angelehnt sind, und weitere Einzelheiten für die Berichterstattung über Wasserkraft, die eine bessere Bewertung dieser Energiequelle ermöglichen.

(5) Die Verordnung (EG) Nr. 1099/2008 sollte daher entsprechend geändert werden.

(6) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des mit Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates ([2]) eingesetzten Ausschusses für das Europäische Statistische System —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Anhänge der Verordnung (EG) Nr. 1099/2008 erhalten die Fassung des Anhangs der vorliegenden Verordnung.

([1]) ABl. L 304 vom 14.11.2008, S. 1.

([2]) Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über europäische Statistiken und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1101/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Übermittlung von unter die Geheimhaltungspflicht fallenden Informationen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, der Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates über die Gemeinschaftsstatistiken und des Beschlusses 89/382/EWG, Euratom des Rates zur Einsetzung eines Ausschusses für das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 164).

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 17. Januar 2024

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

ANHANG

„*ANHANG A*

ERLÄUTERUNGEN ZUR TERMINOLOGIE

Dieser Anhang enthält Erläuterungen, geografische Anmerkungen oder Definitionen von Begriffen, die in den anderen Anhängen verwendet werden, sofern sie dort nicht anders definiert sind.

1. **GEOGRAFISCHE ANMERKUNGEN**

Lediglich für statistische Berichtszwecke gelten die folgenden geografischen Definitionen:

— Australien: ohne überseeische Gebiete,

— Dänemark: ohne die Färöer und Grönland,

— Frankreich: einschließlich Monaco und der überseeischen Gebiete Guadeloupe, Martinique, Französisch-Guayana, Réunion und Mayotte,

— Italien: einschließlich San Marino und Vatikanstadt (Heiliger Stuhl),

— Japan: einschließlich Okinawa,

— Portugal: einschließlich Azoren und Madeira,

— Spanien: einschließlich Kanarische Inseln, Balearische Inseln, Ceuta und Melilla,

— Schweiz: ohne Liechtenstein,

— Vereinigte Staaten von Amerika: einschließlich der 50 Bundesstaaten, District of Columbia, Amerikanische Jungferninseln, Puerto Rico und Guam.

2. **AGGREGATE**

Strom- und Wärmeerzeuger werden nach dem Erzeugungszweck eingeteilt:

— **Hauptsächlich als Energieerzeuger tätige Unternehmen** sind Erzeuger in privatem oder öffentlichem Besitz, deren Haupttätigkeit die Erzeugung von Strom und/oder Wärme zum Verkauf an Dritte ist.

— **Eigenerzeuger** sind Erzeuger in privatem oder öffentlichem Besitz, die Strom und/oder Wärme ganz oder teilweise für den Eigenverbrauch zur Unterstützung ihrer Haupttätigkeit erzeugen.

Anmerkung: Die Kommission kann nach dem in Artikel 11 Absatz 2 genannten Regelungsverfahren mit Kontrolle weitere Klärungen der Terminologie vornehmen, indem sie nach Inkrafttreten einer überarbeiteten Fassung der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE) [1] die jeweiligen NACE-Positionen hinzufügt.

2.1. **Versorgung**

2.1.1. ERZEUGUNG/EINHEIMISCHE ERZEUGUNG

Die Menge der geförderten oder erzeugten Brennstoffe wird nach der Entfernung inerter Bestandteile berechnet. Schließt die vom Erzeuger während des Herstellungsprozesses (z. B. zum Heizen oder zum Betrieb von Maschinen und Hilfsaggregaten) verbrauchten Mengen ebenso ein wie die an andere Energieerzeuger zur Umwandlung oder für andere Zwecke erfolgten Lieferungen.

‚Einheimische Erzeugung' ist die Erzeugung aus Ressourcen innerhalb eines bestimmten Gebiets (nationales Hoheitsgebiet des Meldelandes).

2.1.2. WIEDERGEWINNUNG

Gilt nur für Steinkohle. In Bergwerken wiedergewonnene Schlammkohle und Brandschiefer.

[1] Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1).

2.1.3. EINGÄNGE AUS ANDEREN QUELLEN

Mengen an Brennstoffen, deren Erzeugung in anderen Berichten erfasst wird, die jedoch mit anderen Brennstoffen gemischt und als Mischung verbraucht werden. Weitere Einzelheiten dieser Komponente sind wie folgt vorzulegen:

— Eingänge aus anderen Quellen: Kohle

— Eingänge aus anderen Quellen: Rohöl und Mineralölprodukte

— Eingänge aus anderen Quellen: Erdgas

— Eingänge aus anderen Quellen: Erneuerbare Energien

— Eingänge aus anderen Quellen: Wasserstoff

2.1.4. EINFUHREN/AUSFUHREN

Sofern nichts anderes bestimmt ist, beziehen sich die ‚Einfuhren' auf das eigentliche Ursprungsland (das Land, in dem das Energieprodukt hergestellt wurde) und die ‚Ausfuhren' auf das Land, in dem der Endverbrauch der erzeugten Energieprodukte erfolgt. Mengen gelten als Ein- bzw. Ausfuhren, wenn sie über die Grenzen eines Landes hinweg befördert werden, und zwar unabhängig davon, ob eine Zollabfertigung stattgefunden hat oder nicht.

Wenn keine Angaben zu Herkunfts- oder Bestimmungsland gemacht werden können, kann die Kategorie ‚Nicht anderweitig genannt/Sonstiges' gewählt werden.

2.1.5. GRENZÜBERSCHREITENDER SEEVERKEHR (BUNKER)

Die Brennstoffmengen, die an Schiffe gleich welcher Flagge im internationalen Schiffsverkehr geliefert werden. Der internationale Schiffsverkehr kann sich sowohl auf See als auch auf Binnen- oder Küstengewässern abspielen. Ausgenommen sind:

— der Verbrauch durch Schiffe im Binnenverkehr; für die Unterscheidung zwischen innerstaatlichem und grenzüberschreitendem Schiffsverkehr sind der Auslauf- und der Einlaufhafen maßgeblich, nicht die Flagge oder die Staatszugehörigkeit des Schiffes;

— der Verbrauch durch Fischereifahrzeuge;

— der Verbrauch durch Streitkräfte.

2.1.6. GRENZÜBERSCHREITENDER LUFTVERKEHR

An Flugzeuge im grenzüberschreitenden Luftverkehr gelieferte Brennstoffmengen. Für die Unterscheidung zwischen innerstaatlichem und grenzüberschreitendem Luftverkehr ist der Abflug- bzw. Landeort maßgeblich, nicht die Staatszugehörigkeit der Fluggesellschaft. Nicht enthalten ist der Brennstoffverbrauch von Straßenfahrzeugen der Fluggesellschaften (unter ‚Nicht anderweitig genannt — Verkehr' anzugeben) sowie die militärische Verwendung von Flugbenzin (unter ‚Nicht anderweitig genannt — Sonstige' anzugeben).

2.1.7. BESTANDSVERÄNDERUNGEN

Differenz zwischen den Beständen im Hoheitsgebiet des Staates am Anfang und am Ende des Bezugszeitraums. Sofern nichts anderes bestimmt ist, stehen negative Zahlen für Bestandsvergrößerung, positive für Bestandsverkleinerung.

2.1.8. BESTÄNDE IM HOHEITSGEBIET DES STAATES AM ANFANG UND AM ENDE DES BEZUGSZEITRAUMS

Alle im Hoheitsgebiet des Staates vorhandenen Bestände, einschließlich Bestände von staatlichen Stellen, Großverbrauchern und Lagerunternehmen, Bestände an Bord einlaufender Hochseeschiffe, unter Zollverschluss lagernde Bestände und im Rahmen bilateraler Regierungsvereinbarungen oder ohne solche für andere gelagerte Bestände. Anfang und Ende des Bezugszeitraums sind dessen erster und letzter Tag. Berücksichtigt werden alle Arten von speziellen — über- oder unterirdischen — Speichereinrichtungen.

2.1.9. DIREKTVERBRAUCH

Öl (Rohöl und Mineralölprodukte), die ohne Aufbereitung in einer Raffinerie direkt verwendet werden. Einschließlich des zur Stromerzeugung verfeuerten Rohöls.

2.1.10. ROHSTOFFEINGÄNGE

Menge an einheimischem oder eingeführtem Rohöl (einschließlich Kondensat) und einheimischen NGL ([2]), die ohne Aufbereitung in einer Ölraffinerie direkt verwendet werden, und Rückflüsse aus der petrochemischen Industrie, die zwar keine Rohstoffe sind, aber direkt verwendet werden.

([2]) Flüssigerdgas.

2.1.11. BRUTTO-RAFFINERIEAUSSTOß

In einer Raffinerie oder Mischanlage erzeugte Menge an Fertigprodukten. Ohne Raffinerieverluste, aber einschließlich Raffineriebrennstoff.

2.1.12. RECYCLINGPRODUKTE

Fertigprodukte, die das Vertriebsnetz ein zweites Mal durchlaufen, nachdem sie bereits einmal an Endverbraucher ausgeliefert wurden (z. B. wiederaufbereitete Schmierstoffe). Diese Mengen sind von Rückläufen aus der petrochemischen Industrie zu unterscheiden.

2.1.13. RÜCKLÄUFE

Fertig- oder Halbfertigprodukte, die von Endverbrauchern zur Weiterverarbeitung, zur Mischung oder zum Verkauf zurückgegeben werden. Gewöhnlich handelt es sich dabei um Nebenprodukte petrochemischer Herstellungsprozesse.

2.1.14. AUSTAUSCH ZWISCHEN ERZEUGNISSEN

Produkte, die infolge einer Änderung ihrer Spezifikation oder ihrer Mischung mit einem anderen Produkt neu zugeordnet werden. Ein negativer Eintrag für ein Produkt muss durch einen positiven Eintrag (bzw. mehrere Einträge) eines oder mehrerer anderer Produkte ausgeglichen werden und umgekehrt. Die positiven und negativen Einträge sollten sich zu null addieren.

2.1.15. ÜBERTRAGENE ERZEUGNISSE

Importierte Mineralölprodukte, die neu zugeordnet werden als zur Weiterverarbeitung in der Raffinerie und nicht zur Lieferung an die Endkunden bestimmte Ausgangsstoffe.

2.1.16. STATISTISCHE ABWEICHUNG

Berechneter Wert, definiert als Unterschied zwischen der Berechnung aus der Versorgungsperspektive (Top-down-Ansatz) und der Berechnung aus der Verbrauchsperspektive (Bottom-up-Ansatz). Jede wesentliche statistische Abweichung sollte von den Meldeländern erläutert werden.

2.2. **Umwandlungssektor**

Innerhalb des Umwandlungssektors sind nur Mengen von Brennstoffen zu erfassen, die in andere Brennstoffe umgewandelt wurden. Die für Heizzwecke, zum Betrieb von Maschinen und zur allgemeinen Unterstützung der Umwandlung verbrauchten Brennstoffmengen sind im Energiesektor anzugeben.

2.2.1. REINE STROMERZEUGUNG VON HAUPTSÄCHLICH ALS ENERGIEERZEUGER TÄTIGEN UNTERNEHMEN

Brennstoffmengen, die zur Erzeugung von Strom in reinen Stromerzeugungsanlagen von hauptsächlich als Energieerzeuger tätigen Unternehmen verwendet werden.

2.2.2. KRAFT-WÄRME-KOPPLUNGS-ANLAGEN (KWK-ANLAGEN) HAUPTSÄCHLICH ALS ENERGIEERZEUGER TÄTIGER UNTERNEHMEN

Brennstoffmengen, die zur Erzeugung von Strom und/oder Wärme in KWK-Anlagen von hauptsächlich als Energieerzeuger tätigen Unternehmen verwendet werden.

2.2.3. REINE WÄRMEERZEUGUNG VON HAUPTSÄCHLICH ALS ENERGIEERZEUGER TÄTIGEN UNTERNEHMEN

Brennstoffmengen, die zur Erzeugung von Wärme in reinen Wärmeerzeugungsanlagen von hauptsächlich als Energieerzeuger tätigen Unternehmen verwendet werden.

2.2.4. REINE STROMERZEUGUNG VON EIGENERZEUGERN

Brennstoffmengen, die von Eigenerzeugern zur Erzeugung von Strom in reinen Stromerzeugungsanlagen verwendet werden.

2.2.5. KRAFT-WÄRME-KOPPLUNGS-ANLAGEN (KWK-ANLAGEN) VON EIGENERZEUGERN

Brennstoffmengen, die insgesamt von den Eigenerzeugern zur Erzeugung von Strom verwendet werden, sowie der Anteil der Brennstoffe, der zur Erzeugung von verkaufter Wärme in KWK-Anlagen verwendet wird. Der Anteil der Brennstoffe, der zur Erzeugung von nicht verkaufter Wärme (selbst verbrauchte Wärme) verwendet wird, ist in dem relevanten Sektor des energetischen Endverbrauchs auf der Grundlage der NACE-Klassifikation anzugeben. Nicht verkaufte Wärme, die aber an andere Einheiten im Rahmen von nichtfinanziellen Vereinbarungen oder Einheiten mit anderem Eigentümer geliefert wurde, ist auf Basis desselben Grundsatzes wie verkaufte Wärme zu erfassen.

2.2.6. REINE WÄRMEERZEUGUNG VON EIGENERZEUGERN

Der Anteil der Brennstoffe, der verwendet wird, um in nur Wärme erzeugenden Einheiten/Anlagen von Eigenerzeugern verkaufte Wärme zu erzeugen. Der Anteil der Brennstoffe, der zur Erzeugung von nicht verkaufter Wärme (selbst verbrauchte Wärme) verwendet wird, ist in dem relevanten Sektor des energetischen Endverbrauchs auf der Grundlage der NACE-Klassifikation anzugeben. Nicht verkaufte Wärme, die aber an andere Einheiten im Rahmen von nichtfinanziellen Vereinbarungen oder Einheiten mit anderem Eigentümer geliefert wurde, ist auf Basis desselben Grundsatzes wie verkaufte Wärme zu erfassen.

2.2.7. STEINKOHLENBRIKETTFABRIKEN

Die für die Briketterzeugung in Steinkohlenbrikettfabriken verbrauchten Brennstoffmengen.

2.2.8. KOKEREIEN

Die für die Erzeugung von Kokereikoks und Kokereigas in Kokereien verbrauchten Brennstoffmengen.

2.2.9. BRAUNKOHLEN-/TORFBRIKETTFABRIKEN

Brennstoffmengen, die zur Erzeugung von Braunkohlenbriketts (BKB) in BKB-Fabriken verwendet werden, sowie Brennstoffe, die zur Erzeugung von Torfbriketts in Torfbrikettfabriken verwendet werden.

2.2.10. GASWERKE

Mengen von Brennstoffen, die bei der Erzeugung von Ortsgas in Gaswerken und Kohlevergasungsanlagen verbraucht werden.

2.2.11. HOCHÖFEN

Mengen von Brennstoffen, die in Hochöfen zugeführt werden, entweder von oben mit dem Eisenerz oder durch die Blasformen im Boden zusammen mit dem erhitzten Wind.

2.2.12. KOHLEVERFLÜSSIGUNG

Für die Erzeugung von synthetischem Öl verwendete Brennstoffmengen.

2.2.13. GASVERFLÜSSIGUNGSANLAGEN (GAS-TO-LIQUID-ANLAGEN)

In Flüssigbrennstoffe umgewandelte Mengen an gasförmigen Brennstoffen.

2.2.14. HOLZKOHLEFABRIKEN

In Holzkohle umgewandelte Mengen an festen Biobrennstoffen.

2.2.15. ERDÖLRAFFINERIEN

Für die Herstellung von Mineralölprodukten verwendete Brennstoffmengen.

2.2.16. ERDGAS-MISCHANLAGEN (FÜR MISCHGAS)

Mengen der mit Erdgas gemischten Gase, die dem Gasnetz zugeführt werden.

2.2.17. FÜR GEMISCHE MIT MOTORENBENZIN/DIESEL/KEROSIN:

Mengen der mit fossilen Brennstoffen gemischten flüssigen Biobrennstoffe. Mengen des mit den Brennstoffen gemischten Wasserstoffs.

2.2.18. WASSERSTOFFERZEUGUNG

Für die Wasserstofferzeugung verwendete Brennstoffmengen.

2.2.19. NICHT ANDERWEITIG GENANNT

Für Umwandlungszwecke verwendete Brennstoffmengen, die nicht anderweitig erfasst werden. Falls hier Angaben gemacht werden, sind diese im Bericht zu erläutern.

2.3. **Energiesektor**

Von der Energiewirtschaft für die Energieförderung (Bergbau, Öl- und Gaserzeugung) oder für den Betrieb von Anlagen im Zusammenhang mit der Energieumwandlung verbrauchte Mengen. Dies entspricht den Abteilungen 05, 06, 19 und 35, der Gruppe 09.1 und den Klassen 07.21 und 08.92 der NACE.

Nicht enthalten sind Mengen von Brennstoffen, die in andere Energieformen umgewandelt (im Umwandlungssektor anzugeben) oder die zum Betrieb von Öl-, Gas- und Kohlenschlammrohrleitungen (im Verkehrssektor anzugeben) benötigt werden.

2.3.1. STROMVERBRAUCH FÜR DEN EIGENBEDARF VON ELEKTRIZITÄTSWERKEN, KWK-ANLAGEN UND WÄRMEKRAFTWERKEN

In reinen Elektrizitätswerken, KWK-Anlagen und reinen Wärmekraftwerken als Energie für unterstützende Abläufe verbrauchte Brennstoffmengen.

2.3.2. KOHLEBERGWERKE

Für die Förderung und Aufbereitung von Kohle im Kohlebergbau verbrauchte Brennstoffmengen. In bergwerkseigenen Kraftwerken verbrannte Kohle ist im Umwandlungssektor anzugeben.

2.3.3. STEINKOHLENBRIKETTFABRIKEN

In Steinkohlenbrikettfabriken als Energie für unterstützende Abläufe verbrauchte Brennstoffmengen.

2.3.4. KOKEREIEN

In Kokereien als Energie für unterstützende Abläufe verbrauchte Brennstoffmengen.

2.3.5. BRAUNKOHLEN-/TORFBRIKETTFABRIKEN

In Braunkohlen-/Torfbrikettfabriken als Energie für unterstützende Abläufe verbrauchte Brennstoffmengen.

2.3.6. GASWERKE/KOHLEVERGASUNGSWERKE

In Gaswerken/Vergasungsanlagen als Energie für unterstützende Abläufe verbrauchte Brennstoffmengen.

2.3.7. HOCHÖFEN

In Hochöfen als Energie für unterstützende Abläufe verbrauchte Brennstoffmengen.

2.3.8. KOHLEVERFLÜSSIGUNG

In Kohleverflüssigungsanlagen als Energie für unterstützende Abläufe verbrauchte Brennstoffmengen.

2.3.9. VERFLÜSSIGUNG (LNG)/RÜCKVERGASUNG

In Verflüssigungs- und Rückvergasungsanlagen als Energie für unterstützende Abläufe verbrauchte Brennstoffmengen.

2.3.10. VERGASUNGSANLAGEN (BIOGAS)

In Biogas-Vergasungsanlagen als Energie für unterstützende Abläufe verbrauchte Brennstoffmengen.

2.3.11. GASVERFLÜSSIGUNGSANLAGEN (GAS-TO-LIQUID-ANLAGEN)

In Gasverflüssigungsanlagen als Energie für unterstützende Abläufe verbrauchte Brennstoffmengen.

2.3.12. HOLZKOHLEFABRIKEN

In Holzkohlefabriken als Energie für unterstützende Abläufe verbrauchte Brennstoffmengen.

2.3.13. ERDÖLRAFFINERIEN

In Erdölraffinerien als Energie für unterstützende Abläufe verbrauchte Brennstoffmengen.

2.3.14. NUKLEARINDUSTRIE

Als Energie für unterstützende Abläufe der Nuklearindustrie (Abbau, Bearbeitung, Wiederaufbereitung von Kernmaterial für die Kernspaltung und -schmelze) sowie für die Behandlung, Entsorgung und Lagerung von radioaktiven Abfällen verbrauchte Brennstoffmengen.

2.3.15. ÖL- UND GASFÖRDERUNG

In Öl- und Gasförderungsanlagen verbrauchte Brennstoffmengen. Ohne Verluste in den Rohrfernleitungen (als Netzverluste anzugeben) und für den Betrieb von Rohrfernleitungen erforderliche Energiemengen (im Verkehrssektor anzugeben).

2.3.16. WASSERSTOFFERZEUGUNG, VERFLÜSSIGUNG UND VERGASUNG

Als Energie zur Unterstützung der Erzeugung, Verflüssigung und Vergasung von Wasserstoff verbrauchte Brennstoffmengen.

2.3.17. NICHT ANDERWEITIG GENANNT — ENERGIE

Brennstoffmengen in Verbindung mit Energieaktivitäten, die nicht anderweitig erfasst werden. Falls hier Angaben gemacht werden, sind diese im Bericht zu erläutern.

2.4. Übertragungs- und Netzverluste

2.4.1. ÜBERTRAGUNGSVERLUSTE

Mengen von Brennstoffverlusten, die bei der Übertragung in dem Teil des Systems auftreten, der vom Betreiber des Übertragungssystems betrieben wird. Umfasst technische und nicht technische Verluste. Für Strom einschließlich Transformationsverluste, die nicht dem Kraftwerk zuzurechnen sind. Für Gas einschließlich Ablassen und Abfackeln während der Übertragung.

2.4.2. NETZVERLUSTE

Mengen von Brennstoffverlusten, die bei der Verteilung in dem Teil des Systems auftreten, der vom Betreiber des Verteilungssystems betrieben wird. Umfasst technische und nicht technische Verluste. Für Gas einschließlich Ablassen und Abfackeln während der Verteilung.

2.5. Nichtenergetischer Endverbrauch

Mengen von für nichtenergetische Zwecke verwendeten Brennstoffen — nicht verbrannte Brennstoffe.

2.6. Energetischer Endverbrauch (Angabe des Energie-Endverbrauchs)

2.6.1. INDUSTRIE

Bezieht sich auf die Brennstoffmengen, die Industrieunternehmen bei der Ausübung ihrer Haupttätigkeiten verbrauchen.

Bei reinen Wärmeerzeugungseinheiten oder bei KWK-Einheiten sind nur die Brennstoffmengen anzugeben, die für die Wärmeerzeugung der Einheit selbst (selbst verbrauchte Wärme) eingesetzt werden. Die Brennstoffmengen, die bei der Erzeugung verkaufter Wärme und bei der Stromerzeugung verbraucht werden, sind in der jeweiligen Rubrik des Umwandlungssektors anzugeben.

2.6.1.1. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden: Abteilungen 07 (ohne Klasse 07.21) und 08 (ohne Klasse 08.92) der NACE; Gruppe 09.9 der NACE

2.6.1.1.1. Erzbergbau [Abteilung 07 der NACE; ohne Klasse 07.21 Bergbau auf Uran- und Thoriumerze]

2.6.1.1.2. Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau [Abteilung 08 der NACE; ohne Klasse 08.92 Torfgewinnung]

2.6.1.1.3. Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden [Abteilung 09 der NACE; ohne Gruppe 09.1 Erbringung von Dienstleistungen für die Gewinnung von Erdöl und Erdgas]

2.6.1.2. Nahrungs- und Futtermittel, Getränke und Tabak Abteilungen 10, 11 und 12 der NACE

2.6.1.2.1. Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln [Abteilung 10 der NACE]

2.6.1.2.2. Getränkeherstellung [Abteilung 11 der NACE]

2.6.1.2.3. Tabakverarbeitung [Abteilung 12 der NACE]

2.6.1.3. Textilien und Leder [Abteilungen 13, 14 und 15 der NACE; einschließlich der Herstellung von Textilien, der Herstellung von Bekleidung und der Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen]

2.6.1.4. Holz sowie Holz- und Korkwaren — Herstellung von Holz sowie Holz- und Korkwaren (ohne Herstellung von Möbeln); Herstellung von sonstigen Holz-, Kork-, Flecht- und Korbwaren [Abteilung 16 der NACE]

2.6.1.5. Holz- und Zellstoff, Papier und Druckerzeugnisse Abteilungen 17 und 18 der NACE

2.6.1.5.1. Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus [Abteilung 17 der NACE]

2.6.1.5.1.1. Herstellung von Holz- und Zellstoff [Klasse 17.11 der NACE]

2.6.1.5.1.2. Sonstige Waren aus Papier, Karton und Pappe [Klasse 17.12 und Gruppe 17.2 der NACE]

2.6.1.5.2 Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern [Abteilung 18 der NACE]

2.6.1.6. Chemische und petrochemische Industrie Abteilungen 20 und 21 der NACE

2.6.1.6.1. Herstellung von chemischen Erzeugnissen [Abteilung 20 der NACE]

2.6.1.6.2. Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen [Abteilung 21 der NACE]

2.6.1.7. Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden [Abteilung 23 der NACE]

2.6.1.7.1. Herstellung von Glas und Glaswaren [Gruppe 23.1 der NACE]

2.6.1.7.2. Herstellung von Zement, Kalk und gebranntem Gips (einschl. Klinker) [Gruppe 23.5 der NACE]

2.6.1.7.3. Sonstige Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden [Gruppen 23.2, 23.3, 23.4, 23.6, 23.7 und 23.9 der NACE]

2.6.1.8. Eisen und Stahl [Metallerzeugung und -bearbeitung A: Gruppen 24.1, 24.2 und 24.3 und Klassen 24.51 und 24.52 der NACE]

2.6.1.9. NE-Metallindustrie [Metallerzeugung und -bearbeitung B: Gruppe 24.4 und Klassen 24.53 und 24.54 der NACE]

2.6.1.9.1. Erzeugung und erste Bearbeitung von Aluminium [Klasse 24.42 der NACE]

2.6.1.9.2. Sonstige NE-Metallindustrie [Gruppe 24.4 der NACE (ohne Klasse 24.42); Klassen 24.53 und 24.54 der NACE]

2.6.1.10. Maschinenbau: Abteilungen 25, 26, 27 und 28 der NACE.

2.6.1.10.1. Herstellung von Metallerzeugnissen [Abteilung 25 der NACE]

2.6.1.10.2. Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen [Abteilung 26 der NACE]

2.6.1.10.3. Herstellung von elektrischen Ausrüstungen [Abteilung 27 der NACE]

2.6.1.10.4. Maschinenbau [Abteilung 28 der NACE]

2.6.1.11. Fahrzeugbau: Mit dem Fahrzeugbau in Verbindung stehende Sektoren [Abteilungen 29 und 30 der NACE; umfasst die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen und den sonstigen Fahrzeugbau]

2.6.1.12. Nicht anderweitig genannt — Industrie: Abteilungen 22, 31 und 32 der NACE

2.6.1.12.1. Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren [Abteilung 22 der NACE]

2.6.1.12.2. Herstellung von Möbeln [Abteilung 31 der NACE]

2.6.1.12.3. Herstellung von sonstigen Waren [Abteilung 32 der NACE]

2.6.1.13. Baugewerbe/Bau [Abteilung 41, 42 und 43 der NACE]

2.6.2. VERKEHRSSEKTOR

Bei sämtlichen Verkehrstätigkeiten verbrauchte Energie, unabhängig von der NACE-Kategorie (Wirtschaftszweig), in der die Aktivität erfolgt. Für Heizung und Beleuchtung von Bahnhöfen, Busbahnhöfen, Schiffsanlegestellen und Flughäfen verwendete Brennstoffe sind unter ‚Gewerbliche und öffentliche Dienstleistungen' zu erfassen und nicht im Verkehrssektor.

2.6.2.1. Eisenbahnverkehr

Im Eisenbahnverkehr, einschließlich Werksverkehr und Eisenbahnverkehr als Teil von Stadt- oder Umland-Verkehrsverbunden (z. B. Züge, Straßenbahnen, U-Bahn) verbrauchte Brennstoffmengen.

2.6.2.1.1. Hochgeschwindigkeitseisenbahnverkehr

Von Zügen auf Strecken mit einer Höchstgeschwindigkeit von mehr als 200 km/h verbrauchte Energie.

2.6.2.1.2. Konventioneller Eisenbahnverkehr

Im Eisenbahnverkehr — mit Ausnahme von Hochgeschwindigkeitseisenbahnverkehr, U-Bahnen und Straßenbahnen — verbrauchte Energie.

2.6.2.1.2.1. Fahrgasttransport im konventionellen Eisenbahnverkehr

Im Eisenbahnpersonenverkehr, d. h. für die Beförderung von Fahrgästen mithilfe von Eisenbahnfahrzeugen zwischen dem Einsteigeort und dem Aussteigeort, verbrauchte Energie, wobei ‚Fahrgast' eine mit der Eisenbahn reisende Person mit Ausnahme des Zugpersonals bezeichnet.

2.6.2.1.2.2. Gütertransport im konventionellen Eisenbahnverkehr

Im Eisenbahngüterverkehr, d. h. für die Beförderung von Waren mithilfe von Eisenbahnfahrzeugen zwischen dem Beladeort und dem Entladeort, verbrauchte Energie.

2.6.2.1.3. U-Bahn und Straßenbahn

Von U-Bahnen, Straßenbahnen, Stadtbahnen und sonstigen Hochbahnen oder Untergrundbahnen im städtischen Schienenverkehrssystemen verbrauchte Energie.

2.6.2.2. Binnenschifffahrt

Die Brennstoffmengen, die an Schiffe gleich welcher Flagge im Binnenverkehr geliefert werden (vgl. Grenzüberschreitender Seeverkehr (Bunker)). Für die Unterscheidung zwischen innerstaatlichem und grenzüberschreitendem Schiffsverkehr sind der Auslauf- und der Einlaufhafen maßgeblich, nicht die Flagge oder die Staatszugehörigkeit des Schiffes.

2.6.2.3. Straßenverkehr

Von Straßenfahrzeugen verbrauchte Brennstoffmengen. Umfasst Kraftstoffverbrauch landwirtschaftlicher Nutzfahrzeuge auf öffentlichen Straßen und Schmierstoffverbrauch von Straßenfahrzeugen.

Nicht enthalten sind der Energieverbrauch von stationären Motoren (siehe ‚Sonstige Sektoren'), landwirtschaftlichen Zugmaschinen, die sich nicht auf öffentlichen Straßen befinden (siehe ‚Landwirtschaft') und Militärfahrzeugen (siehe ‚Sonstige Sektoren — nicht anderweitig genannt') sowie die Nutzung von Bitumen als Straßenbelag und der Energieverbrauch von Baustellenmaschinen (siehe ‚Industrie', Teilsektor ‚Baugewerbe/Bau').

2.6.2.3.1. Schwere Nutzfahrzeuge zur Güterbeförderung

Mengen der von LKW mit einer Nutzlast von mehr als 3,5 t zur Beförderung von Gütern (Fahrzeuge der Klassen N_2 und N_3 nach der europäischen Fahrzeugklassifizierung auf der Grundlage der UNECE-Standards) verbrauchten Brennstoffe.

2.6.2.3.2. Öffentlicher Verkehr

Mengen der von großen Passagierfahrzeugen wie Bussen, Reisebussen, Kleinbussen usw. (Fahrzeuge der Klassen M_2 und M_3 nach der europäischen Fahrzeugklassifizierung auf der Grundlage der UNECE-Standards) verbrauchten Brennstoffe.

2.6.2.3.3. Pkw und Kleinlastwagen

Mengen der von kleinen Fahrzeugen wie Pkw und Kleinlastwagen bei der Beförderung von Gütern (Fahrzeuge der Klassen N_1 und M_1 nach der europäischen Fahrzeugklassifizierung auf der Grundlage der UNECE-Standards) verbrauchten Brennstoffe.

2.6.2.3.4. Sonstiger Straßenverkehr:

Mengen der bei allen Arten des Straßenverkehrs abgesehen von schweren Nutzfahrzeugen zur Güterbeförderung, öffentlichem Verkehr sowie Pkw und Kleinlastwagen verbrauchten Brennstoffe.

2.6.2.4. Transport in Rohrfernleitungen

Für den Betrieb von Rohrfernleitungen zum Transport von Gasen, Flüssigkeiten, Schlämmen und anderen Gütern verbrauchte Brennstoffmengen. Umfasst den Energieverbrauch von Pumpstationen und für die Instandhaltung der Rohrfernleitungen. Nicht enthalten ist die Energie, die für die Verteilung von Erdgas, erzeugtem Gas, heißem Wasser oder Dampf vom Verteiler zu den Endnutzern benötigt wird (im Energiesektor anzuführen); ebenfalls nicht enthalten sind die Energie, die für die Endverteilung von Wasser an Haushalte, die Industrie, gewerbliche und sonstige Verbraucher benötigt wird (unter ‚Gewerbliche und öffentliche Dienstleistungen' anzugeben), sowie die Verluste beim Transport vom Verteiler zu den Endverbrauchern (als Netzverluste anzugeben).

2.6.2.5. Inlandsluftverkehr

An Flugzeuge im Inlandsluftverkehr gelieferte Brennstoffmengen. Umfasst Brennstoff, der für andere Zwecke als für den Luftverkehr verbraucht wird, z. B. für die Prüfung von Motoren auf dem Prüfstand. Für die Unterscheidung zwischen innerstaatlichem und grenzüberschreitendem Luftverkehr ist der Abflug- bzw. Landeort maßgeblich, nicht die Staatszugehörigkeit der Fluggesellschaft. Dies umfasst Strecken beträchtlicher Länge zwischen zwei Flughäfen in einem Land mit überseeischen Gebieten. Nicht enthalten ist der Brennstoffverbrauch von Straßenfahrzeugen der Fluggesellschaften (unter ‚Nicht anderweitig genannt — Verkehr' anzugeben) sowie die militärische Verwendung von Flugbenzin (unter ‚Nicht anderweitig genannt — Sonstige' anzugeben).

2.6.2.6. Nicht anderweitig genannt — Verkehr

Für Verkehrstätigkeiten verwendete Brennstoffmengen, die nicht anderweitig erfasst werden. Umfasst den Brennstoffverbrauch von Straßenfahrzeugen der Fluggesellschaften und den Verbrauch von Schiffsentladern und anderen Hafenkränen. Falls hier Angaben gemacht werden, sind diese im Bericht zu erläutern.

2.6.3. SONSTIGE SEKTOREN

Diese Kategorie umfasst Brennstoffmengen, die in Sektoren verbraucht wurden, die nicht ausdrücklich genannt werden oder nicht zu den Bereichen Umwandlung, Energiewirtschaft, Industrie oder Verkehr zählen.

2.6.3.1. Gewerbliche und öffentliche Dienstleistungen

Von Unternehmen und Verwaltung im öffentlichen oder privaten Sektor verbrauchte Brennstoffe. Abteilungen 33, 36, 37, 38, 39, 45, 46, 47, 52, 53, 55, 56, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 84 (ausgenommen Klasse 84.22), 85, 86, 87, 88, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96 und 99 der NACE. Für Heizung und Beleuchtung von Bahnhöfen, Busbahnhöfen, Schiffsanlegestellen und Flughäfen verwendete Brennstoffe sind unter dieser Kategorie zu erfassen. Dazu gehört auch der Brennstoffverbrauch für nicht verkehrsbezogene Tätigkeitsbereiche der Abteilungen 49, 50 und 51 der NACE.

2.6.3.1.1. Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen [Abschnitt C Abteilung 33 der NACE]

2.6.3.1.2. Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen [Abschnitt E der NACE]

2.6.3.1.3. Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen [Abschnitt G der NACE]

2.6.3.1.3.1. Großhandel [Abschnitt G Abteilung 46 der NACE]

2.6.3.1.3.2. Einzelhandel [Abschnitt G Abteilung 47 der NACE]

2.6.3.1.4. Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr [Abschnitt H Abteilung 52 der NACE]

2.6.3.1.5. Post-, Kurier- und Expressdienste [Abschnitt H Abteilung 53 der NACE]

2.6.3.1.6. Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie [Abschnitt I der NACE]

2.6.3.1.6.1. Beherbergung [Abschnitt I Abteilung 55 der NACE]

2.6.3.1.6.2. Gastronomie [Abschnitt I Abteilung 56 der NACE]

2.6.3.1.7. Information und Kommunikation [Abschnitt J der NACE]

2.6.3.1.8. Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen und Grundstücks- und Wohnungswesen [Abschnitt K und Abschnitt L der NACE]

2.6.3.1.9. Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen [Abschnitt N der NACE]

2.6.3.1.10. Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung [Abschnitt O der NACE]

2.6.3.1.11. Erziehung und Unterricht [Abschnitt P der NACE]

2.6.3.1.12. Gesundheits- und Sozialwesen [Abschnitt Q der NACE]

2.6.3.1.12.1. Krankenhäuser [Abschnitt Q Gruppe 86.1 der NACE]

2.6.3.1.13. Kunst, Unterhaltung und Erholung [Abschnitt R der NACE]

2.6.3.1.13.1. Erbringung von Dienstleistungen des Sports [Abschnitt R Abteilung 93 der NACE]

2.6.3.1.14. Exterritoriale Organisationen und Körperschaften [Abschnitt U der NACE]

2.6.3.1.15. Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen und Erbringung von sonstigen Dienstleistungen [Abschnitt M und Abschnitt S der NACE]

2.6.3.1.16. Rechenzentren. Ein Rechenzentrum ist eine Struktur oder eine Gruppe von Strukturen, die für die Beherbergung, die Vernetzung und den Betrieb von Computersystemen/Servern und zugehöriger Ausrüstung für die Speicherung, Verarbeitung und/oder Verbreitung von Daten sowie für verbundene Tätigkeiten genutzt wird.

2.6.3.2. Haushalte

In sämtlichen Haushalten einschließlich der privaten Haushalte mit Hauspersonal verbrauchte Brennstoffe. Abteilungen 97 und 98 der NACE.

Für den Haushaltssektor gelten folgende spezifische Definitionen:

Ein privater Haushalt ist eine allein lebende Person, **eine Familie** oder eine Gruppe von Personen, die in einer privaten Wohnung zusammenleben und die Ausgaben für Versorgungseinrichtungen und andere lebensnotwendige Dinge teilen. Insofern handelt es sich beim Haushaltssektor oder Wohnsektor um die Gesamtmenge aller privaten Haushalte eines Landes.

Gemeinschaftliche Haushalte, ob permanenter Art (z. B. Gefängnisse) oder temporärer Natur (z. B. Krankenhäuser) sollten ausgenommen werden, da sie bereits unter Verbrauch im Dienstleistungssektor erfasst werden. Die bei Verkehrstätigkeiten verbrauchte Energie sollte im Verkehrssektor und nicht im Haushaltssektor erfasst werden.

Der Energieverbrauch, der mit von Haushalten durchgeführten beträchtlichen wirtschaftlichen Aktivitäten verbunden ist, sollte ebenfalls vom Gesamtenergieverbrauch der Haushalte ausgenommen werden. Dabei handelt es sich um Wirtschaftstätigkeiten in der Landwirtschaft in kleinen landwirtschaftlichen Betrieben und andere Wirtschaftstätigkeiten, die am Haushaltsstandort ausgeführt werden; diese sollten unter dem adäquaten Sektor des Endverbrauchs erfasst werden.

2.6.3.2.1. Raumheizung

Diese Energiedienstleistung bezieht sich auf den Energieverbrauch zur Beheizung von Innenräumen einer Wohnung.

2.6.3.2.2. Raumkühlung

Diese Energiedienstleistung bezieht sich auf den Energieverbrauch zur Kühlung von Wohnräumen mithilfe von Klimageräten und/oder Kühlaggregaten.

Ventilatoren, Gebläse und andere Geräte, die nicht an ein Kühlaggregat angeschlossen sind, werden nicht in diesem Abschnitt erfasst, sondern im Abschnitt ‚Beleuchtung und Elektrogeräte'.

2.6.3.2.3. Warmwasserbereitung

Diese Energiedienstleistung bezieht sich auf den Energieverbrauch zur Warmwasserbereitung für fließendes Warmwasser, Baden, Reinigung und andere Verwendungen außer Kochen.

Schwimmbeckenbeheizung bleibt unberücksichtigt, diese wird unter dem Abschnitt ‚Sonstige Endnutzung' erfasst.

2.6.3.2.4. Kochen

Diese Energiedienstleistung bezieht sich auf den Energieverbrauch zur Vorbereitung von Mahlzeiten.

Hilfsküchengeräte (Mikrowellenherde, Wasserkessel, Kaffeemaschinen) bleiben unberücksichtigt und sollten im Abschnitt ‚Beleuchtung und Elektrogeräte' erfasst werden.

2.6.3.2.5. Beleuchtung und Elektrogeräte (nur Strom):

Stromnutzung zur Beleuchtung und alle anderen Elektrogeräte im Haushalt, die nicht unter den Abschnitt ‚Sonstige Endnutzung' fallen.

2.6.3.2.6. Sonstige Endnutzung

Sonstiger Energieverbrauch in Haushalten, beispielsweise außerhalb der Wohnräume, und alle anderen Tätigkeiten, die nicht im Rahmen der oben aufgeführten fünf Energienutzungsarten erfasst werden (z. B. Rasenmäher, Schwimmbeckenheizung, Heizstrahler, Grillgeräte, Saunas).

2.6.3.3. Landwirtschaft

Von Verwendern aus den Bereichen Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten verbrauchte Brennstoffmengen; Abteilung 01 der NACE.

2.6.3.4. Forstwirtschaft

Von Verwendern aus den Bereichen Forstwirtschaft und Holzeinschlag verbrauchte Brennstoffmengen; Abteilung 02 der NACE.

2.6.3.5. Fischerei

An die Binnen-, Küsten- und Hochseefischerei gelieferte Brennstoffmengen. Die Position Fischerei umfasst den Brennstoff, mit dem Schiffe gleich welcher Flagge (einschließlich internationale Fischerei) im Meldeland betankt wurden, sowie den Energieverbrauch der Fischereiwirtschaft. Abteilung 03 der NACE.

2.6.3.6. Nicht anderweitig genannt — Sonstige

Für Tätigkeiten verwendete Brennstoffmengen, die nicht anderweitig erfasst werden (beispielsweise Klasse 84.22 der NACE). Zu dieser Kategorie zählt der Brennstoffverbrauch mobiler oder fester militärischer Einrichtungen (z. B. Schiffe, Flugzeuge, Landfahrzeuge und Wohngebäude), unabhängig davon, ob die Brennstoffe für die einheimischen oder für ausländische Streitkräfte geliefert werden. Falls hier Angaben gemacht werden, sind diese im Bericht zu erläutern.

3. **PRODUKTE**

3.1. KOHLE (feste fossile Brennstoffe und industriell erzeugte Gase)

3.1.1. STEINKOHLE

Steinkohle ist ein Produktaggregat, das der Summe aus Anthrazit, Kokskohle und sonstiger bituminöser Kohle entspricht.

3.1.2. ANTHRAZIT

Kohle mit hohem Inkohlungsgrad zur Verwendung in Industrie und Haushalten. Anthrazit enthält in der Regel weniger als 10 % flüchtige Bestandteile und weist einen hohen Kohlenstoffgehalt auf (etwa 90 % fester Kohlenstoff). Ihr oberer Heizwert liegt bei über 24 000 kJ/kg, aschefrei.

3.1.3. KOKSKOHLE

Bituminöse Steinkohle, die zur Herstellung von Koks (Hochofenkoks) geeignet ist. Ihr oberer Heizwert liegt bei über 24 000 kJ/kg, aschefrei.

3.1.4. ANDERE BITUMINÖSE KOHLE

Kohle zur Dampferzeugung; umfasst alle Arten bituminöser Kohle außer Kokskohle und Anthrazit. Hat im Vergleich zu Anthrazit einen höheren Anteil an flüchtigen Bestandteilen (über 10 %) und einen niedrigeren Kohlenstoffgehalt (unter 90 % fester Kohlenstoff). Ihr oberer Heizwert liegt bei über 24 000 kJ/kg, aschefrei.

3.1.5. BRAUNKOHLE

Braunkohle ist ein Produktaggregat, das der Summe aus subbituminöser Kohle und Lignit (holziger Braunkohle) entspricht.

3.1.6. SUBBITUMINÖSE KOHLE

Nicht backende Kohle mit einem oberen Heizwert zwischen 20 000 kJ/kg und 24 000 kJ/kg, die mehr als 31 % flüchtige Bestandteile auf trockener, mineralstofffreier Basis enthält.

3.1.7. LIGNIT

Nicht backende Kohle mit einem oberen Heizwert von unter 20 000 kJ/kg und einem Gehalt von über 31 % an flüchtigen Bestandteilen auf trockener, mineralstofffreier Basis.

3.1.8. STEINKOHLENBRIKETTS

Ein Brennstoffmaterial aus Feinkohle, das unter Zusatz eines Bindemittels in eine bestimmte Form gepresst wird. Wegen des zugesetzten Bindemittels kann die Menge der erzeugten Steinkohlenbriketts geringfügig größer sein als die Menge der im Umwandlungsprozess verbrauchten Kohle.

3.1.9. KOKEREIKOKS

Durch die Verkokung von Kohle (hauptsächlich Kokskohle) bei hohen Temperaturen entstandenes festes Produkt mit einem niedrigen Anteil an Feuchtigkeit und flüchtigen Bestandteilen. Kokereikoks wird vorwiegend in der Eisen- und Stahlindustrie als Energieträger und als chemischer Zusatzstoff eingesetzt.

Koksgrus und Gießereikoks werden in dieser Kategorie erfasst.

Halbkoks, ein durch Verkokung von Kohle bei niedrigen Temperaturen gewonnenes festes Erzeugnis, sollte dieser Kategorie zugerechnet werden. Halbkoks wird in Haushalten oder in den Umwandlungsanlagen selbst als Heizstoff eingesetzt.

Außerdem zählen auch Koks, Koksgrus und Halbkoks aus Lignit zu dieser Position.

3.1.10. GASKOKS

Steinkohle-Nebenprodukt, das in Gaswerken zur Erzeugung von Stadtgas eingesetzt wird. Gaskoks wird zur Erzeugung von Heizwärme genutzt.

3.1.11. KOHLENTEER

Entsteht bei der Verkokung von bituminöser Kohle. Kohlenteer fällt entweder als flüssiges Nebenprodukt der Kokserzeugung durch Destillation in der Kokerei an oder wird aus Braunkohle hergestellt („Schwelteer“).

3.1.12. BKB (BRAUNKOHLENBRIKETTS)

Braunkohlenbriketts werden mittels Hochdruckverpressung bindemittelfrei aus Lignit oder subbituminöser Kohle unter Beigabe von getrockneter Feinkohle und Kohlenstaub hergestellt.

3.1.13. INDUSTRIELL ERZEUGTE GASE

Industriell erzeugte Gase sind ein Produktaggregat, das der Summe aus Ortsgas, Kokereigas, Hochofengas und sonstigem Konvertergas entspricht.

3.1.14. ORTSGAS

Alle Gastypen, die in öffentlichen oder privaten Anlagen erzeugt werden, die vorwiegend zur Erzeugung, zum Transport und zur Verteilung von Gas betrieben werden. Hierunter fallen Gase, die durch Verkokung erzeugt werden (einschließlich der in Koksöfen erzeugten und in Ortsgas umgewandelten Gase), sowie solche, die durch vollständige Vergasung mit oder ohne Anreicherung mit Mineralölprodukten (wie z. B. Flüssiggas oder Rückstandsheizöl) oder durch Reformieren und einfaches Mischen von Gasen und/oder Luft entstehen, auch Mischgas, welches über das Erdgasnetz verteilt und verbraucht wird. Die Gesamtmenge an Gas, die aus dem Transfer von anderen Kohlegasen zu Ortsgas resultiert, sollte als Erzeugung von Ortsgas erfasst werden.

3.1.15. KOKEREIGAS

Kokereigas fällt als Nebenprodukt bei der Herstellung von Kokereikoks für die Eisen- und Stahlerzeugung an.

3.1.16. HOCHOFENGAS

Hochofengas fällt bei der Verbrennung von Koks in den Hochöfen der Eisen- und Stahlindustrie an. Es wird zurückgewonnen und zum Teil in der Anlage selbst, zum Teil in anderen Prozessen der Stahlproduktion bzw. in zur Verbrennung von Hochofengas ausgelegten Kraftwerken verwendet.

3.1.17. SONSTIGES KONVERTERGAS

Entsteht als Nebenprodukt bei der Herstellung von Stahl in Sauerstofföfen und wird beim Austreten aus dem Ofen gewonnen. Konvertergas wird auch als Hochofengas, Sauerstoffblasstahlgas oder (im Englischen) LD gas bezeichnet. Die gewonnene Brennstoffmenge sollte auf der Basis des oberen Heizwerts angegeben werden. Gilt auch für sonstige nicht anderweitig genannte industriell erzeugte Gase, z. B. brennbare Gase aus kohlenstoffhaltigen Materialien, die im Rahmen nicht anderweitig genannter industrieller und chemischer Verfahren gewonnen werden.

3.1.18. TORF

Torf ist ein brennbares weiches, poröses oder verdichtetes Sediment pflanzlichen Ursprungs mit hohem Wassergehalt (im Ausgangszustand bis zu 90 %), leicht zu schneiden, von heller bis dunkelbrauner Farbe. Torf umfasst Stich- und Brenntorf. Torf für die nichtenergetische Verwendung wird hier nicht erfasst.

3.1.19. TORFERZEUGNISSE

Erzeugnisse wie Torfbriketts, direkt oder indirekt aus Stich- und Brenntorf gewonnen.

3.1.20. ÖLSCHIEFER UND BITUMINÖSE SANDE

Bei Ölschiefer und bituminösen Sanden handelt es sich um Sedimentgestein, das organische Substanz in Form von Kerogen enthält. Kerogen ist eine wachsartige, kohlenwasserstoffreiche Substanz, die als Vorläufersubstanz von Erdöl gilt. Ölschiefer kann direkt verbrannt oder behandelt werden, indem durch Erhitzung Schieferöl extrahiert wird. Schieferöl und andere durch Verflüssigung gewonnene Erzeugnisse sollten als sonstige Kohlenwasserstoffe unter Mineralölprodukte erfasst werden.

3.2. ERDGAS

3.2.1. ERDGAS

Erdgas umfasst Gase, bestehend aus vorwiegend methanhaltigen Gasen in flüssigem oder gasförmigem Zustand, die in unterirdischen Lagerstätten vorkommen, unabhängig von der Fördermethode (konventionell und nichtkonventionell). Einbezogen sind unabhängig vorhandenes Gas aus Feldern, in denen Kohlenwasserstoffe nur gasförmig vorkommen, sowie das in Verbindung mit Rohöl erzeugte sogenannte Begleitgas und das aus Kohlegruben oder -flözen gewonnene Methan (Gruben- bzw. Flözgas). Erdgas umfasst nicht Biogas und industriell erzeugte Gase. Transfers dieser Produkte an das Erdgasnetz sind nicht unter Erdgas, sondern gesondert zu erfassen. Erdgas umfasst Flüssigerdgas (LNG) und komprimiertes Erdgas (CNG).

3.3. ELEKTRIZITÄT (STROM) UND WÄRME

3.3.1. ELEKTRIZITÄT

Elektrizität bezeichnet den Transfer von Energie durch das physikalische Phänomen elektrischer Ladung sowohl in Ruhe als auch in Bewegung. Sämtlicher genutzter, erzeugter und verbrauchter Strom ist anzugeben, auch netzunabhängiger und selbst verbrauchter. Netzunabhängiger Strom wird von Anlagen erzeugt, die aus Herstellungsperspektive nicht an das Netz angeschlossen sind; die Anlage kann den erzeugten Strom nicht direkt ins Netz einspeisen. Selbst verbrauchter Strom ist vom Hersteller vor der Einspeisung ins Netz verbrauchter Strom.

3.3.2. WÄRME (ABGELEITETE WÄRME)

Wärmeenergie bezeichnet die Energie, die Materie aufgrund der Translations-, Dreh-, und Schwingungsbewegung sowie Änderungen ihres physikalischen Zustandes besitzt. Sämtliche erzeugte Wärme, ausgenommen von Eigenerzeugern gewonnene und nicht verkaufte Wärme für den Eigenverbrauch, muss erfasst werden; alle sonstigen Formen von Wärme werden als Verbrauch von Produkten erfasst, aus denen die Wärme erzeugt wurde.

3.4. ÖL (Rohöl und Mineralölprodukte)

3.4.1. ROHÖL

Rohöl ist ein Mineralöl natürlichen Ursprungs, bestehend aus einem Gemisch aus Kohlenwasserstoffen und verschiedenen Verunreinigungen, z. B. Schwefel. Bei Umgebungstemperatur und atmosphärischem Druck ist Rohöl flüssig, seine physikalischen Eigenschaften (Dichte, Viskosität usw.) sind höchst unterschiedlich. Als Rohöl gelten auch vor Ort aus dem jeweils vorhandenen Begleitgas oder aus unabhängig vorhandenem Gas zurückgewonnene Kondensate, die dem gehandelten Rohölstrom zugeführt werden. Mengen sollten unabhängig von der Fördermethode (konventionell und nichtkonventionell) angegeben werden. Nicht erfasst unter Rohöl werden Erdgaskondensate.

3.4.2. ERDGASKONDENSATE (NGL)

Erdgaskondensate bestehen aus flüssigen oder verflüssigten Kohlenwasserstoffen, die in Abtrennungsanlagen oder in Anlagen zur Verarbeitung von Gasen gewonnen wurden. Zu den Erdgaskondensaten zählen Ethan, Propan, (Iso-)Butan und (Iso-)Pentan sowie die verschiedenen Pentan-Plus-Formen (gelegentlich auch als Naturbenzin oder Prozesskondensat bezeichnet).

3.4.3. RAFFINERIEEINSATZMATERIAL

Raffinerieeinsatzmaterial besteht aus verarbeitetem Öl, das zur weiteren Aufbereitung vorgesehen ist, aber nicht gemischt werden soll (z. B. Straight-Run-Heizöl oder Vakuumgasöl). Durch die anschließende Verarbeitung wird das Einsatzmaterial in verschiedene Ausgangs- oder Endprodukte umgewandelt. Diese Definition schließt Rückflüsse aus der petrochemischen Industrie in die Raffinerien ein (z. B. Pyrolysebenzin, C4-Fraktionen, Gasöl- und Heizölfraktionen).

3.4.4. ZUSATZSTOFFE/OXIGENATE

Zusatzstoffe sind kohlenwasserstofffreie Verbindungen, die einem Produkt zugesetzt oder mit einem Produkt gemischt werden, um seine Eigenschaften zu ändern (Oktanzahl, Cetanzahl, Verhalten bei Kälte usw.). Zusatzstoffe umfassen Oxigenate (wie Alkohole (Methanol, Ethanol), Ether wie MTBE (Methyl-Tert-Butylether), ETBE (Ethyl-Tert-Butylether), TAME (Tert-Amyl-Methylether), Ester (z. B. Rapsöl oder Dimethylester), chemische Verbindungen (wie Tetramethylblei, Tetraethylblei und Tenside). Es sollten die mit Brennstoffen gemischten oder als Brennstoffe zu verwendenden Mengen von Zusatzstoffen/Oxigenaten (Alkohole, Ether, Ester und sonstige chemische Verbindungen) angegeben werden. Diese Kategorie umfasst Biobrennstoffe, die mit flüssigen fossilen Brennstoffen gemischt werden.

3.4.5. BIOBRENNSTOFFE IN ZUSATZSTOFFEN/OXIGENATEN

In dieser Kategorie angegebene Mengen beziehen sich auf beigemischte flüssige Biobrennstoffe und nur auf den Anteil des flüssigen Biobrennstoffs, nicht aber auf die Gesamtmenge der Flüssigbrennstoffe, denen Biobrennstoffe zugesetzt werden. Ausgeschlossen sind alle flüssigen Biobrennstoffe, die nicht gemischt wurden.

3.4.6. SONSTIGE KOHLENWASSERSTOFFE

Zu dieser Kategorie zählen aus bituminösem Sand, Schieferöl usw. erzeugtes Rohöl und bei der Kohleverflüssigung und der Umwandlung von Erdgas in Motorenbenzin entstehende Flüssigkeiten und emulgierte Öle (z. B. Orimulsion); ausgenommen Ölschiefer; einschließlich Schieferöl (Sekundärprodukt).

3.4.7. MINERALÖLPRODUKTE

Mineralölprodukte sind ein Produktaggregat, das der Summe aus Raffineriegas, Ethan, Flüssiggas, Naphtha, Motorenbenzin, Flugbenzin, Flugturbinenkraftstoff auf Naphthabasis, Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis, sonstigem Kerosin, Gas-/Dieselöl, Heizöl, Testbenzin und Industriebrennstoffen, Schmierstoffen, Bitumen und Paraffinwachsen, Petrolkoks und anderen Erzeugnissen entspricht.

3.4.8. RAFFINERIEGAS

Raffineriegas enthält ein Gemisch nicht kondensierter Gase (vorwiegend Wasserstoff, Methan, Ethan und Olefine), die bei der Destillation von Rohöl oder der Behandlung von Ölprodukten in Raffinerien (z. B. beim Cracken) gewonnen werden. Dies umfasst auch Gase, die aus der petrochemischen Industrie zurückfließen.

3.4.9. ETHAN

Ein in natürlichem Zustand gasförmiger geradkettiger (unverzweigter) Kohlenwasserstoff (C_2H_6), der aus Erdgas- und Raffineriegasströmen gewonnen wird.

3.4.10. FLÜSSIGGASE (LPG)

Flüssiggase sind leichte Kohlenwasserstoffe auf Paraffinbasis, die als sekundäre Produkte in Raffinierungsprozessen sowie bei der Stabilisierung von Rohöl und bei der Verarbeitung von Erdgas entstehen. Dabei handelt es sich in erster Linie um Propan (C_3H_8) und/oder Butan (C_4H_{l0}). Propylen, Buten, Isobuten und Isobutylen können ebenfalls vorkommen. Für Transport und Lagerung werden LPG im Allgemeinen unter Druck verflüssigt.

3.4.11. NAPHTA

Naphtha ist ein Ausgangsstoff für die petrochemische Industrie (z. B. für die Herstellung von Ethylen oder Aromaten) oder für die Herstellung von Benzin durch Reformieren oder Isomerisierung in der Raffinerie. Es umfasst Materialien im Destillationsbereich 30 °C bis 210 °C bzw. in einem Teil dieses Bereichs.

3.4.12. MOTORENBENZIN

Motorenbenzin ist ein als Kraftstoff für Ottomotoren in Kraftfahrzeugen verwendetes Gemisch leichter, zwischen 35 °C und 215 °C destillierender Kohlenwasserstoffe. In Motorenbenzin können Zusatzstoffe, Oxigenate und Mittel zur Verbesserung der Oktanzahl einschließlich Bleiverbindungen enthalten sein. Dazu gehört auch Motorenbenzin mit eingemischten Erzeugnissen (ohne Zusatzstoffe und Oxigenate) wie z. B. Alkylate, Isomerate, Reformate und zur Verwendung als Motorentreibstoff vorgesehenes gecracktes Benzin. Motorenbenzin ist ein Produktaggregat, das der Summe aus beigemischtem Biobenzin (Biobenzin in Motorenbenzin) und Nicht-Biobenzin entspricht.

3.4.12.1. Beigemischtes Biobenzin

Biobenzin, das Motorenbenzin beigemischt wurde.

3.4.12.2. Nicht-Biobenzin

Der verbleibende Teil an Motorenbenzin — Motorenbenzin ohne beigemischtes Biobenzin (vorwiegend Motorenbenzin fossilen Ursprungs).

3.4.13. FLUGBENZIN

Motorenbenzin, das speziell für Flugzeug-Kolbenmotoren und mit der für sie erforderlichen Oktanzahl hergestellt wurde; der Gefrierpunkt liegt bei – 60 °C und der Destillationsbereich üblicherweise zwischen 30 und 180 °C.

3.4.14. FLUGTURBINENKRAFTSTOFF (AUF NAPHTHABASIS ODER JP4)

Alle leichten Kohlenwasserstofföle zur Verwendung in Flugturbinenaggregaten, die bei Temperaturen zwischen 100 und 250 °C destilliert werden. Bei der Herstellung werden Kerosine und Motorenbenzin oder Naphthaöle so gemischt, dass der Anteil an Aromaten maximal 25 Vol.-% beträgt und der Dampfdruck zwischen 13,7 kPa und 20,6 kPa liegt.

3.4.15. FLUGTURBINENKRAFTSTOFF AUF PETROLEUMBASIS

Destillat zur Nutzung in Flugturbinenaggregaten. Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis weist das gleiche Destillationsverhalten wie Kerosin auf (Destillationstemperatur zwischen 150 °C und 300 °C, im Allgemeinen maximal 250 °C) und hat den gleichen Flammpunkt. Seine besonderen Eigenschaften (z. B. der Gefrierpunkt) werden vom Internationalen Luftverkehrsverband spezifiziert. Hierzu gehören Kerosin-Mischprodukte. Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis ist ein Produktaggregat, das der Summe aus beigemischtem Bioflugturbinenkraftstoff (Bioflugturbinenkraftstoff in Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis) und Nicht-Bioflugturbinenkraftstoff entspricht.

3.4.15.1. Beigemischter Bioflugturbinenkraftstoff (Bioflugturbinenkraftstoff in Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis)

Bioflugturbinenkraftstoff, der Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis beigemischt wurde.

3.4.15.2. Nicht-Bioflugturbinenkraftstoff

Der verbleibende Teil an Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis — Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis ohne beigemischten Bioflugturbinenkraftstoff (vorwiegend Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis fossilen Ursprungs).

3.4.16. SONSTIGES KEROSIN

Raffiniertes Erdöldestillat, das in Bereichen außerhalb der Luftfahrt verwendet wird. Der Destillationsbereich liegt zwischen 150 °C und 300 °C.

3.4.17. GAS-/DIESELÖL (DESTILLIERTES HEIZÖL)

Gas-/Dieselöl besteht vor allem aus Mitteldestillat (Destillationsbereich 180 °C bis 380 °C). Sie enthalten Beimischungen und werden für unterschiedliche Verwendungen in verschiedenen Qualitäten hergestellt. Gas-/Dieselöl umfasst Kraftstoff für Pkw und Lkw mit Dieselmotoren. Gas-/Dieselöl umfasst leichtes Heizöl für Industrie und Gewerbe, Dieselkraftstoff für Schiffe und Eisenbahnen und andere Gasöle, darunter zwischen 380 °C und 540 °C destillierende schwere Gasöle, die als petrochemische Ausgangsstoffe eingesetzt werden. Gas-/Dieselöl ist ein Produktaggregat, das der Summe aus beigemischten Biodieselkraftstoffen (Biodieselkraftstoffe in Diesel- und Gasöl) und Nicht-Biodieselkraftstoffen entspricht.

3.4.17.1. Beigemischte Biodieselkraftstoffe (Biodieselkraftstoffe in Gas-/Dieselöl)

Biodieselkraftstoffe, die Gas-/Dieselöl beigemischt wurden.

3.4.17.2. Nicht-Biodieselkraftstoffe

Der verbleibende Teil an Gas-/Dieselöl — Gas-/Dieselöl ohne beigemischte Biodieselkraftstoffe (vorwiegend Diesel- und Gasöl fossilen Ursprungs).

3.4.18. HEIZÖL (SCHWERES HEIZÖL)

Alle Rückstandsöle (schwere Heizöle) einschließlich der durch Beimischung entstandenen Heizöle. Ihre Viskosität liegt über 10 cSt bei 80 °C, ihr Flammpunkt liegt stets über 50 °C und ihre Dichte stets über 0,90 kg/l. Heizöl ist ein Produktaggregat, das der Summe aus Heizöl mit niedrigem und Heizöl mit hohem Schwefelgehalt entspricht.

3.4.18.1. Heizöl mit niedrigem Schwefelgehalt

Heizöl mit einem Schwefelgehalt < 0,5 %.

3.4.18.2. Heizöl mit hohem Schwefelgehalt

Heizöl mit einem Schwefelgehalt ≥ 0,5 %.

3.4.19. TESTBENZIN UND INDUSTRIEBRENNSTOFFE

Testbenzin und Industriebrennstoffe sind Zwischenprodukte von Destillationsprozessen im Naphtha-/Kerosinbereich. Sie umfassen Spezialbenzin (Industriebrennstoff, SBP) — leichte Öle, die bei Temperaturen zwischen 30 °C und 200 °C destillieren, abhängig von der Trennung in der Destillationskolonne in 7 bis 8 Sorten — die Sorten werden nach dem Temperaturunterschied zwischen den Volumina bei 5%iger Destillation und bei 90%iger Destillation unterschieden (maximal 60 °C) — sowie Testbenzin (Spezialbenzin mit einem Flammpunkt über 30 °C und einem Destillationsbereich zwischen 135 °C und 200 °C).

3.4.20. SCHMIERSTOFFE

Aus Destillationsnebenprodukten gewonnene Kohlenwasserstoffe. Sie werden vor allem zur Verringerung der Reibung zwischen aufeinander gleitenden Flächen eingesetzt. Einschließlich fertiger Schmieröle vom Spindelöl bis zum Zylinderöl, der in Schmierfetten enthaltenen Öle, auch Motoröle, und aller Arten von Rohstoffen für Schmieröle.

3.4.21. BITUMEN

Bitumen ist ein fester, halbfester oder visköser Kohlenwasserstoff mit kolloidaler Struktur und brauner bis schwarzer Färbung, der durch die Vakuumdestillation der Ölrückstände gewonnen wird, die bei der atmosphärischen Destillation entstehen. Bitumen wird häufig auch als Asphalt bezeichnet und in erster Linie im Straßenbau und für Bedachungen verwendet. Einschließlich Flüssigbitumen und Verschnittbitumen.

3.4.22. PARAFFINWACHSE

Gesättigte aliphatische Kohlenwasserstoffe. Paraffinwachse sind Rückstände, die beim Entwachsen von Schmierölen gewonnen werden. Sie haben eine je nach Sorte feinere oder gröbere kristalline Struktur. Wesentliche Eigenschaften: Farblos, geruchlos, lichtdurchlässig und Schmelzpunkt über 45 °C.

3.4.23. PETROLKOKS

Petrolkoks ist ein schwarzes festes Nebenprodukt, das vor allem beim Cracken und Verkoken von Mineralöl-Halbfertigerzeugnissen, Rückständen aus der Vakuumdestillation und bei der Herstellung von Teer und Teerpechen mit verzögerter Verkokung oder nach dem Fließkoksverfahren anfällt. Er besteht hauptsächlich (zu 90 bis 95 %) aus Kohlenstoff und hat einen geringen Aschegehalt. Er wird in der Stahlindustrie als Ausgangsstoff in Koksöfen verwendet, aber auch zu Heizzwecken, für die Elektrodenherstellung und zur Herstellung von Chemikalien. Die wichtigsten Formen sind Grünkoks und kalzinierter Koks. Umfasst auch ‚Katalysatorkoks', der sich während der Raffinierprozesse auf dem Katalysator ablagert; dieser Koks kann nicht zurückgewonnen werden und wird in der Regel als Raffineriebrennstoff verwendet.

3.4.24. SONSTIGE ERZEUGNISSE

Alle sonstigen oben nicht ausdrücklich genannten Produkte, z. B. Teer und Schwefel. Umfasst Aromate (wie BTX oder Benzol, Toluol und Xylol) sowie Olefine (wie Propylen), die in Raffinerien erzeugt werden.

3.5. ERNEUERBARE ENERGIEQUELLEN UND ABFÄLLE

3.5.1. WASSERKRAFT

Das Energiepotenzial und die kinetische Energie des Wassers nach Umwandlung in Elektrizität in Wasserkraftwerken. Wasserkraft ist ein Produktaggregat, das der Summe der von reinen Wasserkraftwerken, gemischten Wasserkraftwerken und reinen Pumpspeicherwerken erzeugten Wasserkraft entspricht.

3.5.1.1. Reine Wasserkraftwerke

Wasserkraftwerke, die nur direkten natürlichen Wasserzufluss nutzen und nicht über Wasserkraft-Pumpspeicher (Hochpumpen des Wassers) verfügen.

3.5.1.2. Gemischte Wasserkraftwerke

Wasserkraftwerke mit natürlichem Wasserzufluss in ein Oberbecken, wobei ein Teil oder die Gesamtheit der Anlage für das Hochpumpen des Wassers erzeugt werden kann; Elektrizität wird sowohl mithilfe des natürlichen Wasserzuflusses als auch des zuvor hochgepumpten Wassers gewonnen.

3.5.1.2.1. Davon Pumpspeicherkraftwerke:

Anteil der in gemischten Wasserkraftwerken im Pumpwassermodus (zuvor hochgepumptes Wasser) gewonnenen Elektrizität.

3.5.1.3. Reine Pumpspeicherwerke

Wasserkraftwerke ohne natürlichen Wasserzufluss in ein Oberbecken; der größte Teil des Elektrizität erzeugenden Wassers wurde zuvor hochgepumpt; ausgenommen Regen und Schnee.

3.5.2. GEOTHERMISCHE ENERGIE

Energie in Form der von der Erdkruste abgestrahlten Wärme, gewöhnlich in Form von heißem Wasser oder Dampf genutzt; ausgenommen durch Erdwärmepumpen brauchbar gemachte Umgebungswärme. Die Erzeugung geothermischer Energie entspricht dem Enthalpieunterschied zwischen dem in der Förderbohrung gewonnenen und dem in der Injektionsbohrung in den Untergrund zurückgepumpten Fluidum.

3.5.3. SOLARENERGIE

Solarenergie ist ein Produktaggregat, das der Summe aus fotovoltaischer Energie und thermischer Solarenergie entspricht.

3.5.3.1. Fotovoltaische Energie

Sonnenlicht, das mithilfe von Solarzellen in Elektrizität umgewandelt wird; diese erzeugen Elektrizität, wenn sie dem Sonnenlicht ausgesetzt werden. Die gesamte erzeugte Elektrizität ist anzugeben (auch von Kleinstanlagen und netzunabhängigen Anlagen).

3.5.3.1.1. Dachflächen

Hier ist die Menge an Energie anzugeben, die mit Fotovoltaikpaneelen erzeugt wird, die auf Gebäudestrukturen angebracht sind, deren Hauptzweck nicht die Energieerzeugung ist. Gebäudeintegrierte Photovoltaikanlagen (GIPV), deren Paneele nicht auf dem Dach, sondern z. B. anderweitig am Gebäude befestigt sind, sind eingeschlossen. Photovoltaikpaneele gelten nicht als Dachflächen, wenn sie auf einer großen Fläche am Boden installiert sind, sodass sie zusätzlich Raum einnehmen (z. B. landwirtschaftlichen Flächen).

3.5.3.1.2. Netzunabhängig

Hier ist netzunabhängiger Strom gemäß der Definition in Anhang A Nummer 3.3.1 anzugeben.

3.5.3.2. Thermische Solarenergie

Wärme aus Sonneneinstrahlung (Sonnenlicht) zur Gewinnung nutzbarer Energie. Dazu gehören beispielsweise Solarkraftwerke und aktive Systeme zur Erzeugung von sanitärem Warmwasser oder zur Raumheizung von Gebäuden. Die Energieerzeugung entspricht der für das Wärmeübertragungsmedium verfügbaren Wärme, d. h. der einfallenden Sonnenenergie abzüglich optischer Verluste und Kollektorverluste. Passive Solarenergie zum Heizen, Kühlen und zur Beleuchtung von Gebäuden ist nicht zu erfassen, nur Solarenergie in Bezug auf aktive Systeme.

3.5.4. GEZEITEN-, WELLEN-, MEERESENERGIE

Mechanische Energie, die aus der Bewegung der Gezeiten oder der Wellen oder der Meeresströmung gewonnen und zur Stromerzeugung genutzt wird.

3.5.5. WINDKRAFT

In Windturbinen zur Erzeugung von Elektrizität genutzte kinetische Energie des Windes. Windkraft ist ein Produktaggregat, das der Summe aus Onshore-Windkraft und Offshore-Windkraft entspricht.

3.5.5.1. Onshore-Windkraft

Stromerzeugung durch Windkraft in Gebieten an Land (im Landesinneren, auch an Seen und anderen Gewässern im Landesinneren).

3.5.5.2. Offshore-Windkraft

Stromerzeugung durch Windkraft in Gebieten vor der Küste (z. B. Meer, Ozean, künstliche Inseln). Für die Offshore-Windenergieerzeugung außerhalb der Hoheitsgewässer des betreffenden Hoheitsgebiets sollten alle Anlagen in einer ausschließlichen Wirtschaftszone eines Landes berücksichtigt werden.

3.5.6. INDUSTRIEABFÄLLE (NICHT ERNEUERBARER ANTEIL)

Anzugeben ist der Anteil nicht erneuerbarer Industrieabfälle, die zur Erzeugung nutzbarer Energie in spezifischen Anlagen direkt verbrannt werden. Die verbrauchte Brennstoffmenge sollte als Nettoheizwert angegeben werden. Abfall, der ohne energetische Verwertung verbrannt wird, ist ausgenommen. Der erneuerbare Anteil der Industrieabfälle sollte in der Kategorie von Biobrennstoffen erfasst werden, in der sie am besten beschrieben sind.

3.5.7. SIEDLUNGSABFÄLLE

Abfälle aus Haushalten, Krankenhäusern und dem tertiären Sektor (im Allgemeinen alle hausmüllähnlichen Abfälle), die zur Erzeugung nutzbarer Energie in spezifischen Anlagen direkt verbrannt werden. Die verbrauchte Brennstoffmenge sollte als Nettoheizwert angegeben werden. Abfall, der ohne energetische Verwertung verbrannt wird, ist ausgenommen. Siedlungsabfälle sind ein Produktaggregat, das der Summe aus erneuerbaren Siedlungsabfällen und nicht erneuerbaren Siedlungsabfällen entspricht.

3.5.7.1. Siedlungsabfälle (erneuerbar)

Der Anteil der Siedlungsabfälle, der biologischen Ursprungs ist.

3.5.7.2. Siedlungsabfälle (nicht erneuerbar)

Der Anteil der Siedlungsabfälle, der nicht biologischen Ursprungs ist.

3.5.8. BIOBRENNSTOFFE

Biobrennstoffe sind ein Produktaggregat, das der Summe aus festen Biobrennstoffen, Biogas und flüssigen Biobrennstoffen entspricht. Für nichtenergetische Zwecke verwendete Biobrennstoffe werden in der Energiestatistik nicht erfasst (z. B. Holz für den Bau und zur Herstellung von Möbeln, biologische Schmierstoffe als Schmiermittel für Motoren, Biobitumen für Straßenoberflächen).

3.5.8.1. Feste Biobrennstoffe

Umfasst festes organisches, nicht fossiles Material biologischen Ursprungs (oder Biomasse), das als Brennstoff zur Erzeugung von Wärme oder Elektrizität genutzt werden kann. Feste Biobrennstoffe sind ein Produktaggregat, das der Summe aus Holzkohle, Brennholz, Holzrückständen und Nebenprodukten, Schwarzlauge, Bagasse, tierischen Abfällen, sonstigen pflanzlichen Materialien und Rückständen sowie dem Anteil erneuerbarer Industrieabfälle entspricht.

3.5.8.1.1. Holzkohle

Bei Holzkohle handelt es sich um industriell erzeugten Brennstoff aus festen Biobrennstoffen — feste Rückstände der zerstörenden Destillation und der Pyrolyse von Holz und sonstigem Pflanzenmaterial.

3.5.8.1.2. Brennholz, Holzrückstände und Nebenprodukte

Brennholz (in Scheiten, als Reisig, in Pellets oder Schnitzeln) aus naturbelassenen oder bewirtschafteten Wäldern oder einzelnen Bäumen. Dazu gehören als Brennstoff verwendete Holzrückstände, bei denen der ursprüngliche Zustand des Holzes beibehalten wurde, einschließlich Holzpellets. Holzkohle und Schwarzlauge sind ausgenommen. Die verbrauchte Brennstoffmenge sollte als Nettoheizwert angegeben werden.

3.5.8.1.2.1. Holzpellets

Holzpellets sind Produkte in zylindrischer Form, die aus Holzrückständen gepresst werden.

3.5.8.1.3. Schwarzlauge

Aus der alkalireduzierten Flüssigkeit aus den Faulbehältern gewonnene Energie während der Herstellung von Sulfat oder Natronzellstoff für die Papiererzeugung. Die verbrauchte Brennstoffmenge sollte als Nettoheizwert angegeben werden.

3.5.8.1.4. Bagasse

Brennstoff aus den Faserresten nach Saftextraktion bei der Zuckerrohrverarbeitung. Die verbrauchte Brennstoffmenge sollte als Nettoheizwert angegeben werden.

3.5.8.1.5. Tierische Abfälle

Produkte zur Energiegewinnung aus Tierexkrementen, Fleisch- und Fischresten, die nach ihrer Trocknung direkt als Brennstoff verwendet werden. Ausgenommen ist Abfall aus Anlagen zur anaeroben Gärung. Brenngas aus diesen Anlagen wird unter Biogase erfasst. Die verbrauchte Brennstoffmenge sollte als Nettoheizwert angegeben werden.

3.5.8.1.6. Sonstige pflanzliche Materialien und Rückstände

Nicht anderweitig genannte Biobrennstoffe einschließlich Stroh, Gemüseschalen, Erdnussschalen, Grünschnitt, Oliventrester und anderer Abfall aus der Pflanzenpflege, -zucht und -verarbeitung. Die verbrauchte Brennstoffmenge sollte als Nettoheizwert angegeben werden.

3.5.8.1.7. Erneuerbarer Anteil der Industrieabfälle

Fester erneuerbarer Anteil der Industrieabfälle, die zur Erzeugung nutzbarer Energie in spezifischen Anlagen direkt verbrannt werden (z. B., jedoch nicht nur, der Anteil natürlichen Kautschuks in Altreifen oder der Anteil von Naturfasern in Textilabfällen — aus den Abfallkategorien 07.3 bzw. 07.6, wie in der Verordnung (EG) Nr. 2150/2002 zur Abfallstatistik festgelegt. Die verbrauchte Brennstoffmenge sollte als Nettoheizwert angegeben werden.

3.5.8.2. Biogas

Weitgehend aus Methan und Kohlendioxid bestehendes Gas, das durch anaerobe Zersetzung von Biomasse oder aus thermischen Prozessen von Biomasse gebildet wird, einschließlich Biomasse in Abfall. Die verbrauchte Brennstoffmenge sollte als Nettoheizwert angegeben werden. Biogas ist ein Produktaggregat, das der Summe aus Deponiegas, Klärschlammgas, anderen Biogasen aus anaerober Zersetzung sowie Biogasen aus thermischen Prozessen entspricht.

3.5.8.2.1. Deponiegas

Durch anaerobe Zersetzung von Deponieabfällen gebildetes Biogas.

3.5.8.2.2. Klärschlammgas

Durch anaerobe Gärung von Klärschlamm gebildetes Biogas.

3.5.8.2.3. Sonstige Biogase aus anaerober Zersetzung

Aus der anaeroben Gärung von Gülle und von Abfällen aus Schlachthöfen, Brauereien und sonstigen Betrieben der Agrar- und Ernährungswirtschaft entstandene Biogase.

3.5.8.2.4. Biogase aus thermischen Prozessen

In thermischen Prozessen aus Biomasse erzeugte Biogase (durch Vergasung oder Pyrolyse).

3.5.8.3. Flüssige Biobrennstoffe

Diese Kategorie umfasst alle flüssigen Brennstoffe natürlichen Ursprungs (z. B. aus Biomasse und/oder dem biologisch abbaubaren Teil des Abfalls), die flüssigen Brennstoffen fossilen Ursprungs beigemischt werden oder diese ersetzen können. Die in dieser Kategorie angegebenen Mengen flüssiger Biobrennstoffe sollten die Mengen reiner Biokraftstoffe, die nicht fossilen Brennstoffen beigemischt wurden, umfassen. Im Sonderfall der Ein- und Ausfuhren flüssiger Biobrennstoffe ist nur der Handel mit Mengen relevant, die nicht Motorkraftstoffen beigemischt wurden (d. h. Biobrennstoffe in reiner Form); der Handel mit flüssigen Biobrennstoffen, die Motorkraftstoffen beigemischt wurden, sollte in der Kategorie Mineralölerzeugnisse erfasst werden. Es sind nur — direkt verbrannte oder fossilen Brennstoffen beigemischte — flüssige Biobrennstoffe für energetische Zwecke anzugeben. Flüssige Biobrennstoffe sind ein Produktaggregat, das der Summe aus Biobenzin, Biodieselkraftstoffen, Bioflugturbinenkraftstoff und anderen flüssigen Biobrennstoffen entspricht.

3.5.8.3.1. Biobenzin

Flüssige Biobrennstoffe, die Motorenbenzin fossilen Ursprungs beigemischt werden oder dieses ersetzen können.

3.5.8.3.1.1. Bioethanol

Ethanol als Teil von Biobenzin.

3.5.8.3.2. Biodiesel

Flüssige Biobrennstoffe, die Gas-/Dieselöl fossilen Ursprungs beigemischt werden oder diese ersetzen können.

3.5.8.3.3. Bioflugturbinenkraftstoff

Flüssige Biobrennstoffe, die Flugturbinenkraftstoff fossilen Ursprungs beigemischt werden oder diesen ersetzen können.

3.5.8.3.4. Sonstige flüssige Biobrennstoffe

Nicht in den vorherigen Kategorien enthaltene flüssige Biobrennstoffe.

3.5.9. UMGEBUNGSWÄRME

Wärmeenergie bei Nutztemperatur, die mithilfe von Wärmepumpen, die für ihren Betrieb Elektrizität oder andere Hilfsenergie benötigen, gewonnen (brauchbar gemacht) wird. Diese Wärmeenergie kann in der Umgebungsluft, unter der festen Erdoberfläche oder in Oberflächenwasser gespeichert werden. Die Werte sollten anhand derselben Methodik erfasst werden, die auch für die Erfassung von durch Wärmepumpen brauchbar gemachte Energie nach der Richtlinie 2009/28/EG und der Richtlinie (EU) 2018/2001 verwendet wird, allerdings sind alle Wärmepumpen unabhängig von ihrer Leistung zu berücksichtigten.

3.6. **WASSERSTOFF**

Als Futtermittel, Kraftstoff oder Energieträger/-speicher verwendeter Wasserstoff ist hier anzugeben. Wasserstoff ist — auch bei Eigenerzeugung und für den Eigenverbrauch — anzugeben. In Gemischen enthaltener Wasserstoff ist nicht anzugeben, sofern er nicht (getrennt) für die energetische und nichtenergetische Nutzung gewonnen wurde.

ANHANG B

JÄHRLICHE ENERGIESTATISTIKEN

In diesem Anhang werden der Erfassungsbereich, die Einheiten, der Berichtszeitraum, die Erhebungshäufigkeit, die Fristen und die Regelungen für die Übermittlung für die jährliche Erhebung von Energiestatistiken beschrieben.

Sofern nichts anderes bestimmt ist, gelten die folgenden Bestimmungen für die Erhebung aller in diesem Anhang aufgeführten Daten:

a) Berichtszeitraum: Der Berichtszeitraum für die gemeldeten Daten ist ein Kalenderjahr (1. Januar bis 31. Dezember), beginnend mit dem Bezugsjahr 2022.

b) Periodizität: Die Daten werden jährlich gemeldet.

c) Frist für die Datenübermittlung: Die Daten sollten bis zum 31. Oktober des Jahres nach dem Berichtsjahr gemeldet werden, sofern nichts anderes bestimmt ist.

d) Übermittlungsformat: Die Daten sollten nach dem einschlägigen, von Eurostat festgelegten Austauschstandard übermittelt werden.

e) Übermittlungsverfahren: Die Daten sollten elektronisch an das zentrale Dateneingangsportal von Eurostat übermittelt oder in dieses hochgeladen werden.

Anhang A enthält Erläuterungen zu Begriffen, die im vorliegenden Anhang nicht erläutert werden.

1. **FESTE FOSSILE BRENNSTOFFE UND INDUSTRIELL ERZEUGTE GASE**

1.1. **Infrage kommende Energieprodukte**

Sofern nichts anders bestimmt ist, sind Daten zu allen in Anhang A Kapitel 3.1 KOHLE (Feste fossile Brennstoffe und industriell erzeugte Gase) aufgeführten Energieerzeugnissen zu erheben.

1.2. **Verzeichnis der Aggregate**

Für alle im vorhergehenden Abschnitt angeführten Energieprodukte sind die folgenden Aggregate anzugeben, sofern nichts anderes bestimmt ist.

1.2.1. VERSORGUNG

1.2.1.1. Erzeugung

1.2.1.1.1. Erzeugung unter Tage

Gilt nur für Anthrazit, Kokskohle, sonstige bituminöse Kohle, subbituminöse Kohle und Lignit.

1.2.1.1.2. Erzeugung im Tagebau

Gilt nur für Anthrazit, Kokskohle, sonstige bituminöse Kohle, subbituminöse Kohle und Lignit.

1.2.1.2. Eingänge aus anderen Quellen

Hier sind zwei Unterkategorien zu unterscheiden:

— aufbereitete Schlämme, Mittelgut und sonstige weniger hochwertige Kohleprodukte, die nicht nach Kohlesorten klassifiziert werden können, einschließlich aus Abräumhalden und Abfallbehältern zurückgewonnener Kohle;

— Eingänge aus anderen Quellen.

1.2.1.3. Eingänge aus anderen Quellen: aus Mineralölprodukten

Gilt nicht für Anthrazit, Kokskohle, sonstige bituminöse Kohle, subbituminöse Kohle, Lignit, Torf sowie Ölschiefer und bituminöse Sande.

1.2.1.4. Eingänge aus anderen Quellen: aus Erdgas

Gilt nicht für Anthrazit, Kokskohle, sonstige bituminöse Kohle, subbituminöse Kohle, Lignit, Torf sowie Ölschiefer und bituminöse Sande.

1.2.1.5. Eingänge aus anderen Quellen: aus erneuerbaren Energiequellen

Gilt nicht für Anthrazit, Kokskohle, sonstige bituminöse Kohle, subbituminöse Kohle, Lignit, Torf, Ölschiefer und bituminöse Sande.

1.2.1.6. Einfuhren

1.2.1.7. Ausfuhren

1.2.1.8. Grenzüberschreitender Seeverkehr (Bunker)

1.2.1.9. Bestandsveränderungen

1.2.2. UMWANDLUNGSSEKTOR

1.2.2.1. Reine Stromerzeugung von hauptsächlich als Energieerzeuger tätigen Unternehmen

1.2.2.2. Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK-Anlagen) hauptsächlich als Energieerzeuger tätiger Unternehmen

1.2.2.3. Reine Wärmeerzeugung von hauptsächlich als Energieerzeuger tätigen Unternehmen

1.2.2.4. Reine Stromerzeugung von Eigenerzeugern

1.2.2.5. Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK-Anlagen) von Eigenerzeugern

1.2.2.6. Reine Wärmeerzeugung von Eigenerzeugern

1.2.2.7. Steinkohlenbrikettfabriken

1.2.2.8. Kokereien

1.2.2.9. Braunkohlen-/Torfbrikettfabriken

1.2.2.10. Gaswerke

1.2.2.11. Hochöfen

1.2.2.12. Kohleverflüssigung

1.2.2.13. Für die Mischgaserzeugung

1.2.2.14. Wasserstofferzeugung

1.2.2.15. Nicht anderweitig genannt — Umwandlung

1.2.3. ENERGIESEKTOR

1.2.3.1. Stromerzeugungsanlagen, KWK-Anlagen und Wärmeerzeugungsanlagen

1.2.3.2. Kohlebergwerke

1.2.3.3. Steinkohlenbrikettfabriken

1.2.3.4. Kokereien

1.2.3.5. Braunkohlen-/Torfbrikettfabriken

1.2.3.6. Gaswerke

1.2.3.7. Hochöfen

1.2.3.8. Erdölraffinerien

1.2.3.9. Kohleverflüssigung

1.2.3.10. Wasserstofferzeugung, Verflüssigung und Vergasung

1.2.3.11. Nicht anderweitig genannt — Energie

1.2.4. ÜBERTRAGUNGS- UND NETZVERLUSTE

1.2.5. NICHTENERGETISCHE NUTZUNG

1.2.5.1. Industrie-, Umwandlungs- und Energiesektor

Nichtenergetischer Verbrauch in allen Teilsektoren der Sektoren Industrie, Umwandlung und Energieerzeugung.

1.2.5.1.1. Chemischer und petrochemischer Sektor

Abteilungen 20 und 21 der NACE nichtenergetischer Verbrauch von Kohle einschließlich der Verwendung als Ausgangsstoff zur Herstellung von Düngemitteln oder von anderen petrochemischen Produkten.

1.2.5.2. Verkehrssektor

Nichtenergetischer Verbrauch in allen Teilsektoren des Verkehrssektors.

1.2.5.3. Sonstige Sektoren

Nichtenergetischer Verbrauch im Rahmen von gewerblichen und öffentlichen Dienstleistungen, in Haushalten, in der Landwirtschaft sowie in ‚Nicht anderweitig genannt — Sonstige'.

1.2.6. ENERGETISCHER ENDVERBRAUCH — INDUSTRIE

1.2.6.1. Eisen und Stahl

1.2.6.2. Chemische und petrochemische Industrie

1.2.6.3. NE-Metallindustrie

1.2.6.4. Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden

1.2.6.5. Fahrzeugbau

1.2.6.6. Maschinenbau

1.2.6.7. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

1.2.6.8. Nahrungs- und Futtermittel, Getränke und Tabak

1.2.6.9. Holz- und Zellstoff, Papier und Druckerzeugnisse

1.2.6.10. Holz und Holzprodukte

1.2.6.11. Baugewerbe/Bau

1.2.6.12. Textilien und Leder

1.2.6.13. Nicht anderweitig genannt — Industrie

1.2.7. ENERGETISCHER ENDVERBRAUCH — VERKEHRSSEKTOR

1.2.7.1. Eisenbahnverkehr

1.2.7.2. Binnenschifffahrt

1.2.7.3. Nicht anderweitig genannt — Verkehr

1.2.8. ENERGETISCHER ENDVERBRAUCH — SONSTIGE SEKTOREN

1.2.8.1. Gewerbliche und öffentliche Dienstleistungen

1.2.8.2. Haushalte

1.2.8.3. Landwirtschaft

1.2.8.4. Forstwirtschaft

1.2.8.5. Fischerei

1.2.8.6. Nicht anderweitig genannt — Sonstige

1.2.9. EINFUHREN NACH DEM HERKUNFTSLAND UND AUSFUHREN NACH DEM BESTIMMUNGSLAND

Die Einfuhren sind nach dem Herkunftsland und die Ausfuhren nach dem Bestimmungsland anzugeben. Gilt für Anthrazit, Kokskohle, sonstige bituminöse Kohle, subbituminöse Kohle, Lignit, Steinkohlenbriketts, Kokereikoks, Kohlenteer, Braunkohlenbriketts, Torf, Torfprodukte sowie Ölschiefer und bituminöse Sande.

1.2.10. HEIZWERTE

Gilt für Anthrazit, Kokskohle, sonstige bituminöse Kohle, subbituminöse Kohle, Lignit, Steinkohlenbriketts, Kokereikoks, Gaskoks, Kohlenteer, Braunkohlenbriketts, Torf, Torfprodukte sowie Ölschiefer und bituminöse Sande.

Für folgende Aggregate sind sowohl die Brutto- als auch die Nettoheizwerte anzugeben:

1.2.10.1. Erzeugung

1.2.10.2. Einfuhren

1.2.10.3. Ausfuhren

1.2.10.4. Einsatz in Kokereien

1.2.10.5. Einsatz in Hochöfen

1.2.10.6. Einsatz für die reine Stromerzeugung von hauptsächlich als Energieerzeuger tätigen Unternehmen, für die reine Wärmeerzeugung und für KWK-Anlagen

1.2.10.7. Einsatz in der Industrie

1.2.10.8. Andere Einsatzzwecke

1.3. **Maßeinheiten**

Die Mengen sind in kt (Kilotonnen) anzugeben, außer für industriell erzeugte Gase (Ortsgas, Kokereigas, Hochofengas, sonstiges Konvertergas), für die die gemeldete Menge in TJ (Terajoule) auf der Basis des Bruttoheizwerts anzugeben ist.

Die Heizwerte sind in MJ/t (Megajoule pro Tonne) anzugeben.

1.4. **Ausnahmen und Befreiungen**

Entfällt.

2. **ERDGAS**

2.1. **Infrage kommende Energieprodukte**

Dieses Kapitel betrifft die Meldung für Erdgas.

2.2. **Verzeichnis der Aggregate**

Für E rdgas sind die folgenden Aggregate anzugeben:

2.2.1. VERSORGUNG

Für den Versorgungssektor sind die gemeldeten Mengen sowohl als Mengen- als auch als Energieeinheiten anzugeben und sollen die Brutto- und Nettoheizwerte enthalten.

2.2.1.1. Einheimische Erzeugung

Einschließlich Offshore-Erzeugung

2.2.1.1.1. Begleitgas

Zusammen mit Rohöl gewonnenes Erdgas.

2.2.1.1.2. Unabhängig vorhandenes Gas

Erdgas aus Lagerstätten, die nur gasförmige Kohlenwasserstoffe enthalten.

2.2.1.1.3. Grubengas

In Kohlebergwerken oder Kohleflözen anfallendes Methan, das mit Rohrleitungen an die Oberfläche geleitet und in Kohlebergwerken verbraucht wird oder durch Rohrfernleitungen zu den Verbrauchern befördert wird.

2.2.1.2. Eingänge aus anderen Quellen

2.2.1.2.1. Eingänge aus anderen Quellen: Rohöl und Mineralölprodukte

2.2.1.2.2. Eingänge aus anderen Quellen: Kohle

2.2.1.2.3. Eingänge aus anderen Quellen: Erneuerbare Energien

2.2.1.2.4. Eingänge aus anderen Quellen: Wasserstoff

2.2.1.3. Einfuhren

2.2.1.4. Ausfuhren

2.2.1.5. Grenzüberschreitender Seeverkehr (Bunker)

2.2.1.6. Bestandsveränderungen

Die Anfangs- und Endbestände sind getrennt als im Hoheitsgebiet des Staates und als im Ausland gelagerte Bestände anzugeben. ‚Bestände' sind die während eines beliebigen Input-Output-Zyklus verfügbare Gasmenge.

2.2.1.7. Inlandsverbrauch (erfasst)

2.2.1.8. Wiedergewinnbares Gas

Bezieht sich auf wiedergewinnbares Erdgas, das in speziellen Speichereinrichtungen gelagert wird (erschöpfte Gas- und/oder Ölfelder, Aquifer, Salzkavernen, gemischte Hohlräume oder Sonstiges) sowie auf gespeichertes Flüssigerdgas. Gaspolster sind auszunehmen. Hier müssen keine Heizwerte angegeben werden.

2.2.1.9. Abgeblasenes Gas

Die in der Produktionsstätte oder in der Gasaufbereitungsanlage an die Atmosphäre abgegebene Gasmenge. Hier müssen keine Heizwerte angegeben werden.

2.2.1.10. Abgefackeltes Gas

Die in Fackeln in der Produktionsstätte oder in der Gasaufbereitungsanlage verbrannte Gasmenge. Hier müssen keine Heizwerte angegeben werden.

2.2.2. UMWANDLUNGSSEKTOR

2.2.2.1. Reine Stromerzeugung von hauptsächlich als Energieerzeuger tätigen Unternehmen

2.2.2.2. Reine Stromerzeugung von Eigenerzeugern

2.2.2.3. KWK-Anlagen hauptsächlich als Energieerzeuger tätiger Unternehmen

2.2.2.4. KWK-Anlagen von Eigenerzeugern

2.2.2.5. Reine Wärmeerzeugung von hauptsächlich als Energieerzeuger tätigen Unternehmen

2.2.2.6. Reine Wärmeerzeugung von Eigenerzeugern

2.2.2.7. Gaswerke

2.2.2.8. Kokereien

2.2.2.9. Hochöfen

2.2.2.10. Umwandlung von Gas in Flüssigerzeugnisse

2.2.2.11 Wasserstofferzeugung

2.2.2.12. Nicht anderweitig genannt — Umwandlung

2.2.3. ENERGIESEKTOR

2.2.3.1. Kohlebergwerke

2.2.3.2. Öl- und Gasförderung

2.2.3.3 Erdölraffinerien

2.2.3.4. Kokereien

2.2.3.5. Hochöfen

2.2.3.6. Gaswerke

2.2.3.7. Stromerzeugungsanlagen, KWK-Anlagen und Wärmeerzeugungsanlagen

2.2.3.8. Verflüssigung (LNG) oder Vergasung

2.2.3.9. Umwandlung von Gas in Flüssigerzeugnisse

2.2.3.10. Wasserstofferzeugung, Verflüssigung und Vergasung

2.2.3.11. Nicht anderweitig genannt — Energie

2.2.4. ÜBERTRAGUNGSVERLUSTE

2.2.5. NETZVERLUSTE

2.2.6. VERKEHRSSEKTOR

Der energetische Endverbrauch und der nichtenergetische Endverbrauch sind für die folgenden Aggregate getrennt anzugeben.

2.2.6.1. Straßenverkehr

2.2.6.2. Transport in Rohrfernleitungen

2.2.6.3. Binnenschifffahrt

2.2.6.4. Nicht anderweitig genannt — Verkehr

2.2.7. INDUSTRIE

Der energetische Endverbrauch und der nichtenergetische Endverbrauch sind für die folgenden Aggregate getrennt anzugeben.

2.2.7.1. Eisen und Stahl

2.2.7.2. Chemische und petrochemische Industrie

2.2.7.3. NE-Metallindustrie

2.2.7.4. Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden

2.2.7.5. Fahrzeugbau

2.2.7.6. Maschinenbau

2.2.7.7. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

2.2.7.8. Nahrungs- und Futtermittel, Getränke und Tabak

2.2.7.9. Holz- und Zellstoff, Papier und Druckerzeugnisse

2.2.7.10. Holz und Holzprodukte

2.2.7.11. Baugewerbe/Bau

2.2.7.12. Textilien und Leder

2.2.7.13. Nicht anderweitig genannt — Industrie

2.2.8. SONSTIGE SEKTOREN

Der energetische Endverbrauch und der nichtenergetische Endverbrauch sind für die folgenden Aggregate getrennt anzugeben.

2.2.8.1. Gewerbliche und öffentliche Dienstleistungen

2.2.8.2. Haushalte

2.2.8.3. Landwirtschaft

2.2.8.4. Forstwirtschaft

2.2.8.5. Fischerei

2.2.8.6. Nicht anderweitig genannt — Sonstige

2.2.9. EINFUHREN NACH DEM HERKUNFTSLAND UND AUSFUHREN NACH DEM BESTIMMUNGSLAND

Anzugeben sind sowohl die Gesamtmengen an Erdgas als auch der Flüssigerdgasanteil pro Herkunftsland der Einfuhren und pro Bestimmungsland der Ausfuhren.

2.2.10. GASSPEICHERKAPAZITÄTEN

Getrennt für Gasspeicheranlagen und LNG-Terminals (hier ist zwischen Ein- und Ausfuhrterminals für Flüssigerdgas zu unterscheiden) anzugeben.

2.2.10.1. Bezeichnung

Name des Standorts der Speicheranlage oder des LNG-Terminals.

2.2.10.2. Typ (nur für Gasspeicheranlagen)

Speichertyp, z. B. erschöpftes Gasfeld, Aquifer, Salzkaverne usw.

2.2.10.3. Arbeitskapazität

Für Gasspeicheranlagen: gesamte Gasspeicherkapazität abzüglich Gaspolster. Das Gaspolster ist das Gesamtvolumen an Gas, das als ständiger Lagerbestand benötigt wird, um während des gesamten Outputzyklus einen ausreichenden Druck im unterirdischen Speicher und eine ausreichende Lieferkapazität zu erhalten.

Für LNG-Terminals: gesamte Gasspeicherkapazität ausgedrückt als Äquivalent gasförmigen Gases.

2.2.10.4. Spitzenoutput

Höchstmögliche Rate, zu der Gas aus dem jeweiligen Speicher entnommen werden kann; entspricht der maximalen Entnahmekapazität.

2.2.10.5. Rückvergasungs- oder Verflüssigungskapazität (nur für LNG-Terminals)

Anzugeben sind die Rückvergasungskapazität für die Einfuhrterminals und die Verflüssigungskapazität für die Ausfuhrterminals.

2.3. **Maßeinheiten**

Die Erdgasmengen sollten nach ihrem Energiegehalt angegeben werden, d. h. in TJ auf der Basis des Bruttoheizwerts. Soweit Volumenangaben verlangt werden, steht die Einheit in 10^6 m^3 unter Referenzgasbedingungen (15 °C, 101 325 Pa).

Die Heizwerte sollten in kJ/m^3 unter Referenzgasbedingungen (15 °C, 101 325 Pa) angegeben werden.

Die Arbeitskapazität sollte in 10^6 m^3 unter Referenzgasbedingungen (15 °C, 101 325 Pa) angegeben werden.

Spitzenoutput, Rückvergasungs- und Verflüssigungskapazität sollten in 10^6 m^3/Tag unter Referenzgasbedingungen (15 °C, 101 325 Pa) angegeben werden.

3. **ELEKTRIZITÄT (STROM) UND WÄRME**

3.1. **Infrage kommende Energieprodukte**

Dieses Kapitel betrifft Wärme und Strom.

3.2. **Verzeichnis der Aggregate**

Für Wärme und Strom sollten die folgenden Aggregate angegeben werden, sofern nichts anderes bestimmt ist.

3.2.1. STROM- UND WÄRMEERZEUGUNG

Für die in diesem Kapitel behandelten Strom- und Wärmeaggregate gelten die folgenden spezifischen Definitionen:

— Bruttostromerzeugung: die Summe der von allen erfassten Anlagen (einschließlich Pumpspeicherwerke) erzeugten elektrischen Energie, gemessen an den Ausgangsklemmen der Hauptgeneratoren;

— Bruttowärmeerzeugung: die gesamte von einer Anlage erzeugte Wärme, einschließlich der in Form heißer flüssiger oder gasförmiger Medien (Raumheizung, Heizung mit flüssigen Brennstoffen usw.) in den Hilfsaggregaten der Anlage eingesetzten Wärme und der Verluste durch Wärmeaustausch in der Anlage/im Netz sowie Wärme aus chemischen Prozessen, die als Primärträger eingesetzt wird;

— Nettostromerzeugung: die Bruttostromerzeugung abzüglich der von den Hilfsaggregaten der Anlage verbrauchten elektrischen Energie und der Verluste in den Haupttransformatoren;

— Nettowärmeerzeugung: die durch Messung der Vorlauf- und der Rücklauftemperatur ermittelte Wärmemenge, die an das Verteilernetz abgegeben wird.

Die Aggregate 3.2.1.1 bis 3.2.1.11 sind für hauptsächlich als Energieerzeuger tätige Unternehmen und Eigenerzeuger getrennt anzugeben. Für beide Arten von Anlagen sind die Brutto- und die Nettostromerzeugung sowie die Brutto- und die Nettowärmeerzeugung für die reine Stromerzeugung, für die reine Wärmeerzeugung sowie für KWK-Anlagen getrennt anzugeben, soweit zutreffend. Für die Bruttostromerzeugung in KWK-Anlagen sollte die Unterkategorie für den vollständigen KWK-Modus angegeben werden. Für die Nettowärmeerzeugung in KWK-Anlagen sollte der Eigenverbrauch an Wärme getrennt angegeben werden.

3.2.1.1. Kernkraftwerke

3.2.1.2. Wasserkraft (gilt nur für die Stromerzeugung)

3.2.1.3. Geothermische Energie

3.2.1.4. Solarenergie

3.2.1.5. Gezeiten-, Wellen-, Meeresenergie (gilt nur für die Stromerzeugung)

3.2.1.6. Windkraft (gilt nur für die Stromerzeugung)

3.2.1.7. Brennstoffe

Entzünd- oder brennbare Brennstoffe, bei deren Reaktion mit Sauerstoff Wärme in erheblicher Menge freigesetzt wird und die unmittelbar zur Erzeugung von Strom und/oder Wärme verbrannt werden.

3.2.1.8. Wärmepumpen (gilt nur für die Wärmeerzeugung)

3.2.1.9. Elektrokessel (gilt nur für die Wärmeerzeugung)

3.2.1.10. Wärme aus chemischen Prozessen

Wärme aus exothermen (ohne Energiezufuhr ablaufenden) Prozessen wie chemische Reaktionen. Ohne Abwärme aus endothermen Prozessen, die als Wärme aus dem jeweils verwendeten Brennstoff zu erfassen ist.

3.2.1.11. Sonstige Quellen

3.2.2. VERSORGUNG

Für 3.2.2.1 und 3.2.2.2 sollten die gemeldeten Mengen gemäß den Werten für die Aggregate 3.2.1.1 bis 3.2.1.11 angegeben werden.

3.2.2.1. Gesamtbruttoerzeugung

3.2.2.2. Gesamtnettoerzeugung

3.2.2.3. Einfuhren

Strommengen gelten als Ein- bzw. Ausfuhren, wenn sie über die Grenzen eines Landes hinweg befördert werden, und zwar unabhängig davon, ob eine Zollabfertigung stattgefunden hat oder nicht. Wird Strom durch ein Land hindurch geleitet, so ist die Menge als Ein- und als Ausfuhr zu erfassen.

3.2.2.4. Ausfuhren

Siehe Erläuterungen unter 3.2.2.3 ‚Einfuhren'.

3.2.2.5. Grenzüberschreitender Seeverkehr (Bunker)

3.2.2.6. Für Wärmepumpen (gilt nur für die Stromerzeugung)

3.2.2.7. Für Elektrokessel (gilt nur für die Stromerzeugung)

3.2.2.8. Für Pumpspeicherung — reine Pumpspeicherwerke (gilt nur für die Stromerzeugung)

3.2.2.9. Für Pumpspeicherung — gemischte Wasserkraftwerke (gilt nur für die Stromerzeugung)

3.2.2.10. Für die Stromerzeugung (gilt nur für die Wärmeerzeugung)

3.2.2.11. Für die Wasserstofferzeugung (Umwandlung)

3.2.3. ÜBERTRAGUNGSVERLUSTE

3.2.4. NETZVERLUSTE

3.2.5. ENERGETISCHER ENDVERBRAUCH — VERKEHRSSEKTOR

Der energetische Endverbrauch und der nichtenergetische Endverbrauch sind für die folgenden Aggregate getrennt anzugeben.

3.2.5.1. Eisenbahnverkehr

3.2.5.2. Transport in Rohrfernleitungen

3.2.5.3. Straßenverkehr

3.2.5.4. Binnenschifffahrt

3.2.5.5. Nicht anderweitig genannt — Verkehr

3.2.6. ENERGETISCHER ENDVERBRAUCH — SONSTIGE SEKTOREN

3.2.6.1. Gewerbliche und öffentliche Dienstleistungen

3.2.6.2. Haushalte

3.2.6.3. Landwirtschaft

3.2.6.4. Forstwirtschaft

3.2.6.5. Fischerei

3.2.6.6. Nicht anderweitig genannt — Sonstige

3.2.7. ENERGIESEKTOR

Ohne Eigenverbrauch von Anlagen für Pumpspeicherung, Wärmepumpen und Elektrokessel.

3.2.7.1. Kohlebergwerke

3.2.7.2. Öl- und Gasförderung

3.2.7.3. Steinkohlenbrikettfabriken

3.2.7.4. Kokereien

3.2.7.5. Braunkohlen-/Torfbrikettfabriken

3.2.7.6. Gaswerke

3.2.7.7. Hochöfen

3.2.7.8. Erdölraffinerien

3.2.7.9. Nuklearindustrie

3.2.7.10. Kohleverflüssigungsanlagen

3.2.7.11. Verflüssigungs- (LNG) oder Rückvergasungsanlagen

3.2.7.12. Vergasungsanlagen (Biogas)

3.2.7.13. Umwandlung von Gas in Flüssigerzeugnisse

3.2.7.14. Wasserstofferzeugung, Verflüssigung und Vergasung von Wasserstoff

3.2.7.16. Holzkohlefabriken

3.2.7.17. Nicht anderweitig genannt — Energie

3.2.8. INDUSTRIE

3.2.8.1. Eisen und Stahl

3.2.8.2. Chemische und petrochemische Industrie

3.2.8.3. NE-Metallindustrie

3.2.8.4. Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden

3.2.8.5. Fahrzeugbau

3.2.8.6. Maschinenbau

3.2.8.7. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

3.2.8.8. Nahrungs- und Futtermittel, Getränke und Tabak

3.2.8.9. Holz- und Zellstoff, Papier und Druckerzeugnisse

3.2.8.10. Holz und Holzprodukte

3.2.8.11. Baugewerbe/Bau

3.2.8.12. Textilien und Leder

3.2.8.13. Nicht anderweitig genannt — Industrie

3.2.9. EINFUHREN UND AUSFUHREN

Die Einfuhren von Strom und Wärme sind nach dem Herkunftsland, die Ausfuhren nach dem Bestimmungsland anzugeben. Siehe Erläuterungen unter 3.2.2.3 ‚Einfuhren'.

3.2.10. NETTOERZEUGUNG VON EIGENERZEUGERN

Die Nettostrom- und -wärmeerzeugung von Eigenerzeugern sollten für reine Stromerzeugungsanlagen, für reine Wärmeerzeugungsanlagen und für KWK-Anlagen für folgende Anlagen oder Wirtschaftszweige getrennt angegeben werden:

3.2.10.1. Energiesektor: Kohlebergwerke

3.2.10.2. Energiesektor: Öl- und Gasförderung

3.2.10.3. Energiesektor: Steinkohlenbrikettfabriken

3.2.10.4. Energiesektor: Kokereien

3.2.10.5. Energiesektor: Braunkohlen-/Torfbrikettfabriken

3.2.10.6. Energiesektor: Gaswerke

3.2.10.7. Energiesektor: Hochöfen

3.2.10.8. Energiesektor: Erdölraffinerien

3.2.10.9. Energiesektor: Kohleverflüssigungsanlagen

3.2.10.10. Energiesektor: Verflüssigungs- (LNG) oder Rückvergasungsanlagen

3.2.10.11. Energiesektor: Vergasungsanlagen (Biogas)

3.2.10.12. Energiesektor: Umwandlung von Gas in Flüssigerzeugnisse

3.2.10.13. Energiesektor: Holzkohlefabriken

3.2.10.14. Energiesektor: Wasserstofferzeugung, Verflüssigung, Vergasung

3.2.10.15. Energiesektor: Nicht anderweitig genannt — Energie

3.2.10.16. Industrie: Eisen und Stahl

3.2.10.17. Industrie: Chemische und petrochemische Industrie

3.2.10.18. Industrie: NE-Metallindustrie

3.2.10.19. Industrie: Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden

3.2.10.20. Industrie: Fahrzeugbau

3.2.10.21. Industrie: Maschinenbau

3.2.10.22. Industrie: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

3.2.10.23. Industrie: Nahrungs- und Futtermittel, Getränke und Tabak

3.2.10.24. Industrie: Holz- und Zellstoff, Papier und Druckerzeugnisse

3.2.10.25. Industrie: Holz und Holzprodukte

3.2.10.26. Industrie: Baugewerbe/Bau

3.2.10.27. Industrie: Textilien und Leder

3.2.10.28. Industrie: Nicht anderweitig genannt — Industrie

3.2.10.29. Verkehrssektor: Eisenbahnverkehr

3.2.10.30. Verkehrssektor: Transport in Rohrfernleitungen

3.2.10.31. Verkehrssektor: Straßenverkehr

3.2.10.32. Verkehrssektor: Nicht anderweitig genannt — Verkehr

3.2.10.33. Sonstige Sektoren: Haushalte

3.2.10.34. Sonstige Sektoren: Gewerbliche und öffentliche Dienstleistungen

3.2.10.35. Sonstige Sektoren: Land- und Forstwirtschaft

3.2.10.36. Sonstige Sektoren: Fischerei

3.2.10.37. Sonstige Sektoren: Nicht anderweitig genannt — Sonstige

3.2.11. NETTOSTROMERZEUGUNG NACH SEKTOR

Nettostromerzeugung insgesamt sowie selbst verbrauchter Anteil (ohne Unterscheidung zwischen hauptsächlich als Energieerzeuger tätigen Unternehmen und Eigenerzeugern) ist für Haushalte, gewerbliche und öffentliche Dienstleistungen, den Energiesektor, die Industrie und sonstige Sektoren für jede der folgenden Brennstoffgruppen getrennt zu melden:

3.2.11.1. Fotovoltaik

3.2.11.2. Feste, flüssige und gasförmige Biobrennstoffe

3.2.11.3. Sonstige erneuerbare Energien

3.2.11.4. Erdgas

3.2.11.5. Sonstige (nicht erneuerbare Energien)

3.2.12. BRUTTOSTROM- UND -WÄRMEERZEUGUNG AUS BRENNSTOFFEN

Die Bruttostromerzeugung, die verkaufte Wärme und die aufgewendeten Brennstoffmengen und die in ihnen enthaltenen Gesamtenergiemengen auf der Grundlage der unten aufgelisteten Brennstoffe sind für hauptsächlich als Energieerzeuger tätige Unternehmen und für Eigenerzeuger getrennt anzugeben. Für diese beiden Arten von Erzeugern sind die Stromerzeugung und die Wärmeerzeugung, sofern dies angebracht ist, für die reine Stromerzeugung, für die reine Wärmeerzeugung und für KWK-Anlagen getrennt anzugeben.

3.2.12.1. Anthrazit

3.2.12.2. Kokskohle

3.2.12.3. Andere bituminöse Kohle

3.2.12.4. Subbituminöse Kohle

3.2.12.5. Lignit

3.2.12.6. Torf

3.2.12.7. Steinkohlenbriketts

3.2.12.8. Kokereikoks

3.2.12.9. Gaskoks

3.2.12.10. Kohlenteer

3.2.12.11. BKB (Braunkohlenbriketts)

3.2.12.12. Ortsgas

3.2.12.13. Kokereigas

3.2.12.14. Hochofengas

3.2.12.15. Sonstiges Konvertergas

3.2.12.16. Torferzeugnisse

3.2.12.17. Ölschiefer und bituminöse Sande

3.2.12.18. Rohöl

3.2.12.19. Erdgaskondensate (NGL)

3.2.12.20. Raffineriegas

3.2.12.21. Flüssiggas

3.2.12.22. Naphta

3.2.12.23. Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis

3.2.12.24. Sonstiges Kerosin

3.2.12.25. Gas-/Dieselöl

3.2.12.26. Heizöl

3.2.12.27. Bitumen

3.2.12.28. Petrolkoks

3.2.12.29. Sonstige Mineralölerzeugnisse

3.2.12.30. Erdgas

3.2.12.31. Industrieabfälle

3.2.12.32. Siedlungsabfälle (erneuerbar)

3.2.12.33. Siedlungsabfälle (nicht erneuerbar)

3.2.12.34. Feste Biobrennstoffe

3.2.12.35. Biogase

3.2.12.36. Biodiesel

3.2.12.37. Biobenzine

3.2.12.38. Sonstige flüssige Biobrennstoffe

3.2.12.39. Wasserstoff

3.2.13. MAXIMALE ELEKTRISCHE NETTOLEISTUNG

Die Leistung ist zum 31. Dezember des betreffenden Berichtsjahrs und für die angegebenen Brennstoffe zu melden. Sie umfasst die elektrische Leistung der reinen Stromerzeugungsanlagen und der KWK-Anlagen. Folgende Angaben zur maximalen elektrischen Nettoleistung sind sowohl für hauptsächlich als Energieerzeuger tätige Unternehmen als auch für Eigenerzeuger zu machen. Sie ist die Summe der maximalen Nettoleistungen jeder einzelnen Anlage während einer bestimmten Betriebsdauer. Für die Zwecke dieser Statistik wird Dauerbetrieb angenommen. Für die Zwecke dieser Statistik wird Dauerbetrieb angenommen. Das sind in der Praxis 15 Betriebsstunden täglich oder mehr. Die maximale Nettoleistung ist die größte Wirkleistung, die bei vollem Betrieb der Anlage am Netzeinspeisungspunkt kontinuierlich abgegeben werden kann.

3.2.13.1. Kernkraftwerke

3.2.13.2. Reine Wasserkraftwerke

3.2.13.3. Gemischte Wasserkraftwerke

3.2.13.4. Reine Pumpspeicherwerke

3.2.13.5. Geothermische Energie

3.2.13.6. Fotovoltaische Energie

3.2.13.7. Thermische Solarenergie

3.2.13.8. Gezeiten-, Wellen-, Meeresenergie

3.2.13.9. Windkraft

3.2.13.10. Brennstoffe

3.2.13.10.1. Art der Erzeugung: Dampf

3.2.13.10.2. Art der Erzeugung: Anlagen mit Verbrennungsmotoren

3.2.13.10.3. Art der Erzeugung: Gasturbinenanlagen

3.2.13.10.4. Art der Erzeugung: Anlagen mit kombiniertem Kreislauf

3.2.13.10.5. Art der Erzeugung: Sonstige

3.2.13.11. Wasserstoff-Brennstoffzellen

3.2.13.12. Sonstige Quellen

3.2.14. MAXIMALE ELEKTRISCHE NETTOLEISTUNG DER MIT BRENNSTOFFEN BETRIEBENEN ANLAGEN

Die maximale elektrische Nettoleistung der mit Brennstoffen betriebenen Anlagen ist sowohl für hauptsächlich als Energieerzeuger tätige Unternehmen als auch für Eigenerzeuger anzugeben, und zwar getrennt für jeden der unten aufgeführten Anlagentypen. Zu den Mehrstoffanlagen zählen nur Anlagen, die ständig mit mehreren Brennstoffen betrieben werden können. Sind in einer Anlage mehrere Blöcke vorhanden, die mit unterschiedlichen Brennstoffen betrieben werden, so sind die einzelnen Blöcke den entsprechenden Typen von Einstoffanlagen zuzuordnen. Für jede Kategorie von Mehrstoffanlagen ist anzugeben, welche Brennstoffe hauptsächlich und welche alternativ verwendet werden.

3.2.14.1. Einstoffanlagen (für alle Kategorien von Primärbrennstoffen)

3.2.14.2. Mehrstoffanlagen für feste und flüssige Brennstoffe

3.2.14.3. Mehrstoffanlagen für feste Brennstoffe und Erdgas

3.2.14.4. Mehrstoffanlagen für flüssige Brennstoffe und Erdgas

3.2.14.5. Mehrstoffanlagen für feste und flüssige Brennstoffe und Erdgas

3.2.15. NEU INSTALLIERTE UND STILLGELEGTE ELEKTRISCHE LEISTUNG

Neu installierte Leistung ist die maximale elektrische Nettoleistung der Erzeugungsanlagen, die im Bezugsjahr in Betrieb genommen wurden. Stillgelegte Leistung ist die maximale elektrische Nettoleistung, die im Bezugsjahr außer Betrieb genommen wird.

Für alle unter 3.2.13 und 3.2.14 aufgeführten Brennstoffe ist die neue und die stillgelegte Leistung für das Bezugsjahr anzugeben.

3.2.16. BATTERIEN

Die Speicher- oder Energieleistung einer Batterie entspricht der Gesamtenergiemenge, die in einer Batterie gespeichert werden kann. Die Nennleistungskapazität ist die maximale Entladung, die die Batterie erreichen kann, wenn sie vollständig geladen war. Nachfolgende Angaben sollten für an das Netz angeschlossene und zur Speicherung/zum Ausgleich genutzte Batterien gemacht werden. Es sind nur Batterien mit einer Speicherkapazität von mindestens 1 MWh und nur der Austausch mit dem Netz anzugeben.

3.2.16.1. Speicherkapazität von Batterien

3.2.16.2. Nennleistungskapazität von Batterien

3.2.16.3. Von Batterien ins Netz eingespeister Strom

3.2.16.4. Zur Ladung von Batterien verwendeter Strom aus dem Netz

Alle vorstehenden Elemente sollten in folgende Größengruppen für die Speicherkapazität untergliedert werden:

— 1 MWh bis 10 MWh,

— mehr als 10 MWh bis 100 MWh,

— mehr als 100 MWh.

3.3. **Maßeinheiten**

Strom sollte in GWh (Gigawattstunden), Wärme in TJ (Terajoule) und die Leistung in MW (Megawatt) angegeben werden. Für Batterien sollte die Speicherkapazität in MWh und die Nennleistungskapazität in MW angegeben werden.

Wenn eine Meldung für andere Brennstoffe erforderlich ist, gelten die in den betreffenden Abschnitten dieses Anhangs für diese Brennstoffe definierten Einheiten.

4. **ROHÖL UND MINERALÖLPRODUKTE**

4.1. **Infrage kommende Energieprodukte**

Sofern nichts anderes bestimmt ist, sind Daten zu allen in Anhang A Kapitel 3.4 ÖL (Rohöl und Mineralölprodukte) aufgeführten Energieerzeugnissen zu erheben.

4.2. **Verzeichnis der Aggregate**

Für alle im vorhergehenden Abschnitt angeführten Energieprodukte sind die folgenden Aggregate anzugeben, sofern nichts anderes bestimmt ist.

4.2.1. BEREITSTELLUNG VON ROHÖL, NGL, RAFFINERIEEINSATZMATERIAL, ZUSATZSTOFFEN UND ANDEREN KOHLENWASSERSTOFFEN

Für Rohöl, NGL, Raffinerieeinsatzmaterial, Zusatzstoffe/Oxigenate, Biobrennstoffe in Zusatzstoffen/Oxigenaten und sonstige Kohlenwasserstoffe sind die folgenden Aggregate anzugeben:

4.2.1.1. Einheimische Erzeugung

Gilt nicht für Raffinerieeinsatzmaterial und Biobrennstoffe.

4.2.1.2. Eingänge aus anderen Quellen.

Gilt nicht für Rohöl, NGL und Raffinerieeinsatzmaterial.

4.2.1.2.1. Eingänge aus anderen Quellen: aus Kohle

4.2.1.2.2. Eingänge aus anderen Quellen: aus Erdgas

4.2.1.2.3. Eingänge aus anderen Quellen: aus erneuerbaren Energiequellen

4.2.1.2.4. Eingänge aus anderen Quellen: aus Wasserstoff

4.2.1.3. Rückläufe aus der petrochemischen Industrie

Gilt nur für Raffinerieeinsatzmaterial.

4.2.1.4. Übertragene Erzeugnisse

Gilt nur für Raffinerieeinsatzmaterial.

4.2.1.5. Einfuhren

Einschließlich Rohöl und Mineralölprodukte, die im Rahmen von Verarbeitungsabkommen ein- oder ausgeführt wurden (d. h. Raffinieren auf Rechnung). Bei Rohöl und NGL sollte das eigentliche Ursprungsland angegeben werden, bei Raffinerieeinsatzmaterial und Fertigprodukten das Land des letzten Versands. Einschließlich aller Flüssiggase (z. B. LPG), die durch Rückvergasung eingeführten Flüssigerdgases gewonnen wurden, und aller Mineralölprodukte, die von der petrochemischen Industrie direkt ein- oder ausgeführt werden. Anmerkung: Jeglicher Handel mit Biokraftstoffen, die nicht Motorkraftstoffen beigemischt sind (d. h. in Reinform vorliegen), sollte hier nicht angegeben werden. Wiederausfuhren von Öl, das zur Weiterverarbeitung unter Zollverschluss eingeführt wurde, sollte als Ausfuhr des Produkts vom Verarbeitungsland in das Bestimmungsland angegeben werden.

4.2.1.6. Ausfuhren

Die Anmerkung für Einfuhren (4.2.1.5) gilt auch für Ausfuhren.

4.2.1.7. Direktverbrauch

4.2.1.8. Bestandsveränderungen

4.2.1.9. Erfasster Raffinerieeingang

Gemessene Gesamtmenge an Produkten, die dem Raffinerieprozess zugeführt wurden.

4.2.1.10. Raffinerieverluste

Differenz zwischen erfasstem Raffinerieeingang und Brutto-Raffinerieausstoß. Verluste können in Destillationsprozessen durch Verdampfung entstehen. Verluste sind als positive Werte anzugeben. Volumengewinne sind möglich, Massegewinne nicht.

4.2.1.11. Bestände im Hoheitsgebiet des Staates am Anfang des Bezugszeitraums

4.2.1.12. Bestände im Hoheitsgebiet des Staates am Ende des Bezugszeitraums

4.2.1.13. Nettoheizwert

4.2.1.13.1. Erzeugung (gilt nicht für Raffinerieeinsatzmaterial und Biobrennstoffe in Zusatzstoffen/Oxigenaten)

4.2.1.13.2. Einfuhren (gilt nicht für Biobrennstoffe in Zusatzstoffen/Oxigenaten)

4.2.1.13.3. Ausfuhren (gilt nicht für Biobrennstoffe in Zusatzstoffen/Oxigenaten)

4.2.1.13.4. Gesamtdurchschnitt

4.2.2. BEREITSTELLUNG VON ÖLPRODUKTEN

Die folgenden Aggregate gelten für Fertigerzeugnisse (Raffineriegas, Ethan, LPG, Naphtha, Motorenbenzin sowie der Anteil an Biobenzin, Flugbenzin, Flugturbinenkraftstoff auf Naphthabasis, Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis einschließlich des Bioanteils, sonstiges Kerosin, Gas-/Dieselöl, schweres Heizöl mit niedrigem und hohem Schwefelgehalt, Testbenzin und Industriebrennstoffe, Schmierstoffe, Bitumen, Paraffinwachse, Petrolkoks und sonstige Erzeugnisse). Direkt verfeuertes Rohöl und NGL sollten unter Lieferungen von Fertigerzeugnissen und Austausch zwischen Erzeugnissen ausgewiesen werden.

4.2.2.1. Rohstoffeingänge

4.2.2.2. Brutto-Raffinerieausstoß

4.2.2.3. Recyclingprodukte

4.2.2.4. Raffineriebrennstoff (Erdölraffinerien)

Einschließlich des Brennstoffverbrauchs der Raffinerien für die Erzeugung von Strom und Wärme zum Verkauf an Dritte.

4.2.2.4.1. Für reine Stromerzeugungseinheiten/-anlagen

4.2.2.4.2. Für KWK-Anlagen

4.2.2.4.3. Für reine Wärmeerzeugungseinheiten/-anlagen

4.2.2.5. Einfuhren

Auch hier gilt die Anmerkung zu Einfuhren in Abschnitt 4.2.1.5.

4.2.2.6. Ausfuhren

Auch hier gilt die Anmerkung zu Einfuhren in Abschnitt 4.2.1.5.

4.2.2.7. Grenzüberschreitender Seeverkehr (Bunker)

4.2.2.8. Austausch zwischen Erzeugnissen

4.2.2.9. Übertragene Erzeugnisse

4.2.2.10. Bestandsveränderungen

4.2.2.11. Anfangsbestände

4.2.2.12. Endbestände

4.2.2.13. Bestandsveränderungen bei hauptsächlich als Energieerzeuger tätigen Unternehmen

Veränderungen der Bestände der öffentlichen Versorgungsbetriebe, die anderweitig nicht unter Bestände und Bestandsveränderungen ausgewiesen sind. Negative Zahlen stehen für Bestandsvergrößerung, positive für Bestandsverkleinerung.

4.2.2.14. Durchschnittlicher Nettoheizwert

4.2.3. LIEFERUNGEN AN DIE PETROCHEMISCHE INDUSTRIE

Erfasste Lieferungen fertiger Mineralölprodukte aus Primärquellen (z. B. Raffinerien, Mischanlagen usw.) an den Inlandsmarkt.

4.2.3.1. Bruttolieferungen an die petrochemische Industrie

4.2.3.2. Zur energetischen Verwendung in der petrochemischen Industrie

Für petrochemische Prozesse wie das Dampfcracken verwendete Ölmengen.

4.2.3.3. Zur nichtenergetischen Verwendung in der petrochemischen Industrie

In der petrochemischen Industrie zur Herstellung von Ethylen, Propylen, Butylen, Synthesegas, Aromaten, Butadien und anderen Rohstoffen auf Kohlenwasserstoffbasis in Prozessen wie Dampfcracken oder Dampfreformieren und in Aromatenanlagen verwendete Ölmengen. Ohne die als Brennstoff verwendeten Ölmengen.

4.2.3.4. Rückläufe aus der petrochemischen Industrie an die Raffinerien

4.2.4. UMWANDLUNGSSEKTOR

Anzugeben sind sowohl die Mengen für die energetische als auch für die nichtenergetische Verwendung.

4.2.4.1. Reine Stromerzeugung von hauptsächlich als Energieerzeuger tätigen Unternehmen

4.2.4.2. Reine Stromerzeugung von Eigenerzeugern

4.2.4.3. KWK-Anlagen hauptsächlich als Energieerzeuger tätiger Unternehmen

4.2.4.4. KWK-Anlagen von Eigenerzeugern

4.2.4.5. Reine Wärmeerzeugung von hauptsächlich als Energieerzeuger tätigen Unternehmen

4.2.4.6. Reine Wärmeerzeugung von Eigenerzeugern

4.2.4.7. Gaswerke/Vergasungsanlagen

4.2.4.8. Anlagen für die Mischgaserzeugung

4.2.4.9. Kokereien

4.2.4.10. Hochöfen

4.2.4.11. Petrochemische Industrie

4.2.4.12. Steinkohlenbrikettfabriken

4.2.4.13. Wasserstofferzeugung

4.2.4.14. Nicht anderweitig genannt — Umwandlung

4.2.5. ENERGIESEKTOR

Anzugeben sind sowohl die Mengen für die energetische als auch für die nichtenergetische Verwendung.

4.2.5.1. Kohlebergwerke

4.2.5.2. Öl- und Gasförderung

4.2.5.3. Kokereien

4.2.5.4. Hochöfen

4.2.5.5. Gaswerke

4.2.5.6. Stromverbrauch für den Eigenbedarf, KWK-Anlagen und Wärmekraftwerke

4.2.5.7. Wasserstofferzeugung, Verflüssigung und Vergasung

4.2.5.8. Nicht anderweitig genannt — Energie

4.2.6. ÜBERTRAGUNGS- UND NETZVERLUSTE

Anzugeben sind sowohl die Mengen für die energetische als auch für die nichtenergetische Verwendung.

4.2.7. ENERGETISCHER ENDVERBRAUCH — INDUSTRIE

Anzugeben sind sowohl die Mengen für die energetische als auch für die nichtenergetische Verwendung.

4.2.7.1. Eisen und Stahl

4.2.7.2. Chemische und petrochemische Industrie

4.2.7.3. NE-Metallindustrie

4.2.7.4. Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden

4.2.7.5. Fahrzeugbau

4.2.7.6. Maschinenbau

4.2.7.7. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

4.2.7.8. Nahrungs- und Futtermittel, Getränke und Tabak

4.2.7.9. Holz- und Zellstoff, Papier und Druckerzeugnisse

4.2.7.10. Holz und Holzprodukte

4.2.7.11. Baugewerbe/Bau

4.2.7.12. Textilien und Leder

4.2.7.13. Nicht anderweitig genannt — Industrie

4.2.8. ENERGETISCHER ENDVERBRAUCH — VERKEHRSSEKTOR

Anzugeben sind sowohl die Mengen für die energetische als auch für die nichtenergetische Verwendung.

4.2.8.1. Grenzüberschreitender Luftverkehr

4.2.8.2. Inlandsluftverkehr

4.2.8.3. Straßenverkehr

4.2.8.4. Eisenbahnverkehr

4.2.8.5. Binnenschifffahrt

4.2.8.6. Transport in Rohrfernleitungen

4.2.8.7. Nicht anderweitig genannt — Verkehr

4.2.9. ENERGETISCHER ENDVERBRAUCH — SONSTIGE SEKTOREN

Anzugeben sind sowohl die Mengen für die energetische als auch für die nichtenergetische Verwendung.

4.2.9.1. Gewerbliche und öffentliche Dienstleistungen

4.2.9.2. Haushalte

4.2.9.3. Landwirtschaft

4.2.9.4. Forstwirtschaft

4.2.9.5. Fischerei

4.2.9.6. Nicht anderweitig genannt — Sonstige

4.2.10. EINFUHREN NACH DEM HERKUNFTSLAND UND AUSFUHREN NACH DEM BESTIMMUNGSLAND

Die Einfuhren sollten nach dem Herkunftsland und die Ausfuhren nach dem Bestimmungsland angegeben werden. Auch hier gilt die Anmerkung zu Einfuhren in Abschnitt 4.2.1.5.

4.2.11. RAFFINERIEKAPAZITÄT

Anzugeben sind die Gesamtraffineriekapazität des Staates und die Aufschlüsselung der Jahreskapazität nach Raffinieren in Tausend metrischen Tonnen pro Jahr. Folgende Daten sind anzugeben:

4.2.11.1. Name/Standort

4.2.11.2. Atmosphärische Destillation

4.2.11.3. Vakuumdestillation

4.2.11.4. Cracken (thermisch)

4.2.11.4.1. Davon: Viskositätsbrechen

4.2.11.4.2. Davon: Verkokung

4.2.11.5. Cracken (katalytisch)

4.2.11.5.1. Davon: Katalytisches Wirbelschichtcracken (FCC)

4.2.11.5.2. Davon: Hydrocracken

4.2.11.6. Reformieren

4.2.11.7. Entschwefelung

4.2.11.8. Alkylierung, Polymerisation, Isomerisierung

4.2.11.9. Verätherung

4.3. **Maßeinheiten**

Die gemeldeten Mengen sind in kt (Kilotonnen) anzugeben. Die Heizwerte sind in MJ/t (Megajoule pro Tonne) anzugeben.

4.4. **Befreiungen**

Zypern ist von der Angabe der einzelnen Aggregate in Abschnitt 4.2.9 (Energetischer Endverbrach — Sonstige Sektoren) befreit; für diese Aggregate sind nur die Gesamtwerte anzugeben. Zypern ist ebenfalls von der Angabe der nichtenergetischen Verwendung in den Abschnitten 4.2.4 (Umwandlungssektor), 4.2.5 (Energiesektor), 4.2.7 (Industrie), 4.2.7.2 (Industrie — Chemische und petrochemische Industrie), 4.2.8 (Verkehr) und 4.2.9 (Sonstige Sektoren) ausgenommen.

5. ENERGIE AUS ERNEUERBAREN QUELLEN UND AUS ABFALL

5.1. **Infrage kommende Energieprodukte**

Sofern nichts anderes bestimmt ist, sind Daten zu allen in Anhang A Kapitel 3.5 ERNEUERBARE ENERGIEQUELLEN UND ABFÄLLE aufgeführten Energieerzeugnissen zu erheben. Die Mengen sollten nur für Brennstoffe angegeben werden, die für energetische Zwecke (z. B. zur Strom- und Wärmeerzeugung, Verbrennung mit energetischer Verwertung in mobilen Motoren für den Verkehr und Zündung in ortsfesten Motoren) verwendet werden. Mengen an Energieprodukten aus erneuerbaren Quellen, die als Ersatz für fossile Brennstoffe für nichtenergetische Zwecke verwendet werden, sollten in Abschnitt 5.2.9 gemeldet, in den übrigen Abschnitten dieses Kapitels aber nicht berücksichtigt werden. Energieprodukte aus erneuerbaren Quellen, die nicht als Ersatz für fossile Brennstoffen entwickelt wurden, sollten in Abschnitt 5.2.9 ausgenommen werden, etwa in Möbelindustrie, Bau und Papier/Pappenherstellung verwendete feste Biobrennstoffe, in der Lebensmittelindustrie verwendeter Alkohol und in der Textilindustrie verwendete Baumwolle/Naturfaser. Passive Wärmeenergie sollte ebenfalls von der Berichterstattung in Kapitel 5 ausgenommen werden (z. B. passive Solarenergie zur Gebäudeheizung).

5.2. **Verzeichnis der Aggregate**

Sofern nichts anderes bestimmt ist, sollten für alle im vorhergehenden Abschnitt angeführten Energieprodukte die folgenden Aggregate angegeben werden. Umgebungswärme (Wärmepumpen) ist nur für die folgenden Sektoren anzugeben: Umwandlungssektor (nur für Aggregate im Zusammenhang mit verkaufter Wärme), Energiesektor (nur die Gesamtmenge, keine Unterkategorien), Industrie insgesamt (nur die Gesamtmenge, keine Unterkategorien), Gewerbliche und öffentliche Dienstleistungen, Haushalte und Nicht anderweitig genannt — Sonstige. Für Umgebungswärme (Wärmepumpen) sollten die Unterkategorien für aerothermische, geothermische und hydrothermische Energie unter einheimischer Erzeugung gemeldet werden. Für jede dieser drei Kategorien sollte die Unterkategorie ‚Davon aus Wärmepumpen bei einem jahreszeitenbedingten Leistungsfaktor oberhalb des Schwellenwerts' gemeldet werden. Der Schwellenwert für den jahreszeitenbedingten Leistungsfaktor sollte im Einklang mit der Richtlinie 2009/28/EG und der Richtlinie (EU) 2018/2001 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen stehen.

5.2.1. BRUTTOSTROM- UND -WÄRMEERZEUGUNG

Es gelten die Definitionen in Kapitel 3.2.1. Die Aggregate 5.2.1.1 bis 5.2.1.18 sind für hauptsächlich als Energieerzeuger tätige Unternehmen und Eigenerzeuger getrennt anzugeben. Für beide Arten von Anlagen sind die Bruttostrom- und die Bruttowärmeerzeugung für die reine Stromerzeugung, für die reine Wärmeerzeugung sowie für KWK-Anlagen getrennt anzugeben, soweit zutreffend.

5.2.1.1. Reine Wasserkraftwerke (gilt nur für die Stromerzeugung)

5.2.1.2. Gemischte Wasserkraftwerke (gilt nur für die Stromerzeugung)

5.2.1.2.1. Davon Pumpspeicherkraftwerke (gilt nur für die Stromerzeugung)

5.2.1.3. Reine Pumpspeicherwerke (gilt nur für die Stromerzeugung)

5.2.1.4. Geothermische Energie

5.2.1.5. Fotovoltaische Energie (gilt nur für die Stromerzeugung)

Für fotovoltaische Energie sollten folgende Größenunterkategorien gemeldet werden:

5.2.1.5.1. Weniger als 30 kW

5.2.1.5.2. 30 KW bis 1 000 kW

5.2.1.5.3. Mehr als 1 000 kW

Für 5.2.1.5.1 bis 5.2.1.5.3 sollten die Unterkategorien ‚Dachflächen' und ‚Netzunabhängig' gemeldet werden. Die Kategorie ‚Netzunabhängig' ist nur dann verpflichtend, wenn sie mindestens 1 % der gesamten fotovoltaischen Leistung in der betreffenden Größenklasse ausmacht.

5.2.1.6. Thermische Solarenergie

5.2.1.7. Gezeiten-, Wellen-, Meeresenergie (gilt nur für die Stromerzeugung)

5.2.1.8. Windkraft (gilt nur für die Stromerzeugung)

5.2.1.9. Onshore-Windkraft

5.2.1.10. Offshore-Windkraft

5.2.1.11. Siedlungsabfälle (erneuerbar)

5.2.1.12. Siedlungsabfälle (nicht erneuerbar)

5.2.1.13. Feste Biobrennstoffe

5.2.1.14. Biogase

5.2.1.15. Biodiesel

5.2.1.16. Biobenzine

5.2.1.17. Sonstige flüssige Biobrennstoffe

5.2.1.18. Wärmepumpen (gilt nur für die Wärmeerzeugung)

5.2.2. VERSORGUNG

5.2.2.1. Erzeugung

5.2.2.2. Einfuhren

5.2.2.3. Ausfuhren

5.2.2.4. Grenzüberschreitender Seeverkehr (Bunker)

5.2.2.5. Bestandsveränderungen

5.2.3. UMWANDLUNGSSEKTOR

5.2.3.1. Reine Stromerzeugung von hauptsächlich als Energieerzeuger tätigen Unternehmen

5.2.3.2. Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK-Anlagen) hauptsächlich als Energieerzeuger tätiger Unternehmen

5.2.3.3. Reine Wärmeerzeugung von hauptsächlich als Energieerzeuger tätigen Unternehmen

5.2.3.4. Reine Stromerzeugung von Eigenerzeugern

5.2.3.5. Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK-Anlagen) von Eigenerzeugern

5.2.3.6. Reine Wärmeerzeugung von Eigenerzeugern

5.2.3.7. Steinkohlenbrikettfabriken

5.2.3.8. Braunkohlen-/Torfbrikettfabriken

5.2.3.9. Hochöfen

5.2.3.10. Mischung im Gasnetz (z. B. Erdgas-Mischanlagen)

5.2.3.11. Mischung mit flüssigen fossilen Brennstoffen (z. B. Motorenbenzin/Diesel/Kerosin)

5.2.3.12. Holzkohlefabriken

5.2.4.13. Wasserstofferzeugung

5.2.3.14. Nicht anderweitig genannt — Umwandlung

5.2.4. ENERGIESEKTOR

5.2.4.1. Vergasungsanlagen (Biogas)

5.2.4.2. Stromerzeugungsanlagen, KWK-Anlagen und Wärmeerzeugungsanlagen

5.2.4.3. Kohlebergwerke

5.2.4.4. Steinkohlenbrikettfabriken

5.2.4.5. Kokereien

5.2.4.6. Erdölraffinerien

5.2.4.7. Braunkohlen-/Torfbrikettfabriken

5.2.4.8. Gaswerke

5.2.4.9. Hochöfen

5.2.4.10. Holzkohlefabriken

5.2.4.11. Wasserstofferzeugung, Verflüssigung und Vergasung

5.2.4.12. Nicht anderweitig genannt — Energie

5.2.5. ÜBERTRAGUNGS- UND NETZVERLUSTE

5.2.6. ENERGETISCHER ENDVERBRAUCH — INDUSTRIE

5.2.6.1. Eisen und Stahl

5.2.6.2. Chemische und petrochemische Industrie

5.2.6.3. NE-Metallindustrie

5.2.6.4. Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden

5.2.6.5. Fahrzeugbau

5.2.6.6. Maschinenbau

5.2.6.7. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

5.2.6.8. Nahrungs- und Futtermittel, Getränke und Tabak

5.2.6.9. Holz- und Zellstoff, Papier und Druckerzeugnisse

5.2.6.10. Holz und Holzprodukte

5.2.6.11. Baugewerbe/Bau

5.2.6.12. Textilien und Leder

5.2.6.13. Nicht anderweitig genannt — Industrie

5.2.7. ENERGETISCHER ENDVERBRAUCH — VERKEHRSSEKTOR

5.2.7.1. Eisenbahnverkehr

5.2.7.2. Straßenverkehr

5.2.7.3. Binnenschifffahrt

5.2.7.4. Inlandsluftverkehr

5.2.7.5. Grenzüberschreitender Luftverkehr

5.2.7.6. Nicht anderweitig genannt — Verkehr

5.2.8. ENERGETISCHER ENDVERBRAUCH — SONSTIGE SEKTOREN

5.2.8.1. Gewerbliche und öffentliche Dienstleistungen

5.2.8.2. Haushalte

5.2.8.3. Landwirtschaft

5.2.8.4. Forstwirtschaft

5.2.8.5. Fischerei

5.2.8.6. Nicht anderweitig genannt — Sonstige

5.2.9. ENDVERBRAUCH — NICHTENERGETISCHE NUTZUNG

Für die nachstehenden Sektoren gilt:

5.2.9.1. Verkehrssektor

5.2.9.2. Industrie

5.2.9.3. Sonstige Sektoren

Der Endverbrauch — nichtenergetische Nutzung sollte für die folgenden Brennstoffgruppen gemeldet werden:

5.2.9.4. Feste Biobrennstoffe

5.2.9.5. Flüssige Biobrennstoffe

5.2.9.6. Biogase

Das erste Bezugsjahr für die Meldung der Elemente in Abschnitt 5.2.9 ist das Jahr 2024. Bis zum Bezugsjahr 2027 kann anstelle der separaten Meldung der Positionen 5.2.9.1 bis 5.2.9.3 nur das Aggregat Endverbrauch — nichtenergetische Nutzung gemeldet werden. Die unter Abschnitt 5.2.9 gemeldeten Mengen sollten nicht in die Abschnitte 5.2.2 bis 5.2.8 aufgenommen werden.

5.2.10. MAXIMALE ELEKTRISCHE NETTOLEISTUNG

Die Leistung ist zum 31. Dezember des Berichtsjahres zu melden. Sie umfasst die elektrische Leistung der reinen Stromerzeugungsanlagen und der KWK-Anlagen. Die maximale elektrische Nettoleistung ist die Summe der maximalen Nettoleistungen aller Anlagen während einer bestimmten Betriebsdauer. Für die Zwecke dieser Statistik wird Dauerbetrieb angenommen. Das sind in der Praxis 15 Betriebsstunden täglich oder mehr. Die maximale Nettoleistung ist die größte Wirkleistung, die bei vollem Betrieb der Anlage am Netzeinspeisungspunkt kontinuierlich abgegeben werden kann.

5.2.10.1. Reine Wasserkraftwerke

5.2.10.2. Gemischte Wasserkraftwerke

5.2.10.3. Reine Pumpspeicherwerke

5.2.10.4. Geothermische Energie

5.2.10.5. Fotovoltaische Energie

Für fotovoltaische Energie sollten folgende Größenunterkategorien gemeldet werden:

5.2.10.5.1. Weniger als 30 kW

5.2.10.5.2. Zwischen 30 kW und 1 000 kW

5.2.10.5.3. Mehr als 1 000 kW

Für 5.2.10.5.1 bis 5.2.10.5.3 sollten die Unterkategorien ‚Dachflächen' und ‚Netzunabhängig' gemeldet werden. Die Kategorie ‚Netzunabhängig' ist nur dann verpflichtend, wenn sie mindestens 1 % der gesamten Leistung in der betreffenden Größenklasse ausmacht.

5.2.10.6. Thermische Solarenergie

5.2.10.7. Gezeiten-, Wellen-, Meeresenergie

5.2.10.8. Onshore-Windkraft

5.2.10.9. Offshore-Windkraft

5.2.10.10. Industrieabfälle

5.2.10.11. Siedlungsabfälle

5.2.10.12. Feste Biobrennstoffe

5.2.10.13. Biogase

5.2.10.14. Biodiesel

5.2.10.15. Biobenzine

5.2.10.16. Sonstige flüssige Biobrennstoffe

5.2.11. TECHNISCHE EIGENSCHAFTEN

5.2.11.1. Sonnenkollektorfläche

Anzugeben ist die Gesamtfläche installierter Sonnenkollektoren. Die Sonnenkollektorfläche bezieht sich nur auf Kollektoren zur Erzeugung von thermischer Sonnenenergie; die für die Stromerzeugung genutzte Sonnenkollektorfläche ist hier nicht anzugeben (fotovoltaische Energie und konzentrierte Solarenergie). Die Fläche aller Sonnenkollektoren ist zu berücksichtigen: verglaste und unverglaste Kollektoren, Flachkollektoren und Vakuumröhrenkollektoren mit einer Flüssigkeit oder Luft als Energieträger.

5.2.11.2. Produktionskapazität für Biobenzin

5.2.11.3. Produktionskapazität für Biodiesel

5.2.11.4. Produktionskapazität für Bioflugturbinenkraftstoff

5.2.11.5. Produktionskapazität für sonstige flüssige Biobrennstoffe

5.2.11.6. Durchschnittlicher Nettoheizwert für Biobenzin

5.2.11.7. Durchschnittlicher Nettoheizwert für Bioethanol

5.2.11.8. Durchschnittlicher Nettoheizwert für Biodiesel

5.2.11.9. Durchschnittlicher Nettoheizwert für Bioflugturbinenkraftstoff

5.2.11.10. Durchschnittlicher Nettoheizwert für sonstige flüssige Biobrennstoffe

5.2.11.11. Durchschnittlicher Nettoheizwert für Holzkohle

5.2.11.12. Wärmekapazität von Wärmepumpen: aerothermisch

5.2.11.12.1. Wärmekapazität von Wärmepumpen: aerothermisch Luft-Luft

5.2.11.12.2. Wärmekapazität von Wärmepumpen: aerothermisch Luft-Wasser

5.2.11.12.3. Wärmekapazität von Wärmepumpen: aerothermisch Luft-Luft (reversibel)

5.2.11.12.4. Wärmekapazität von Wärmepumpen: aerothermisch Luft-Wasser (reversibel)

5.2.11.12.5. Wärmekapazität von Wärmepumpen: aerothermisch Abluftluft-Luft

5.2.11.12.6. Wärmekapazität von Wärmepumpen: aerothermisch Abluft-Wasser

5.2.11.13. Wärmekapazität von Wärmepumpen: geothermische Energie

5.2.11.13.1. Wärmekapazität von Wärmepumpen: geothermische Energie Boden-Luft

5.2.11.13.2. Wärmekapazität von Wärmepumpen: geothermische Energie Boden-Wasser

5.2.11.14. Wärmekapazität von Wärmepumpen: hydrothermische Wärme

5.2.11.14.1. Wärmekapazität von Wärmepumpen: hydrothermische Wärme Wasser-Luft

5.2.11.14.2. Wärmekapazität von Wärmepumpen: hydrothermische Wärme Wasser-Wasser

Für alle Positionen von 5.2.11.12 bis 5.2.11.14.2 sollte die Unterkategorie ‚Davon aus Wärmepumpen bei einem jahreszeitbedingten Leistungsfaktor oberhalb des Schwellenwerts' gemeldet werden. Der Schwellenwert für den jahreszeitenbedingten Leistungsfaktor sollte im Einklang mit der Richtlinie 2009/28/EG und der Richtlinie (EU) 2018/2001 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen stehen.

5.2.12. PRODUKTION VON FESTEN BIOBRENNSTOFFEN UND BIOGASEN

Die Gesamtproduktion für feste Biobrennstoffe (ausgenommen Holzkohle) ist nach den folgenden Brennstoffen aufzuteilen:

5.2.12.1. Brennholz, Holzrückstände und Nebenprodukte

5.2.12.1.1. Holzpellets als Anteil an Brennholz, Holzrückständen und Nebenprodukten

5.2.12.2. Schwarzlauge

5.2.12.3. Bagasse

5.2.12.4. Tierische Abfälle

5.2.12.5. Sonstige pflanzliche Materialien und Rückstände

5.2.12.6. Erneuerbarer Anteil der Industrieabfälle

Die Gesamtproduktion für Biogas ist nach den folgenden Produktionsverfahren aufzuteilen:

5.2.12.7. Biogase aus anaerober Gärung: Deponiegas

5.2.12.8. Biogase aus anaerober Gärung: Klärschlammgas

5.2.12.9. Biogase aus anaerober Gärung: Sonstige Biogase aus anaerober Gärung

5.2.12.10. Biogase aus thermischen Prozessen

5.2.13. EINFUHREN NACH DEM HERKUNFTSLAND UND AUSFUHREN NACH DEM BESTIMMUNGSLAND

Die Einfuhren sind nach dem Herkunftsland und die Ausfuhren nach dem Bestimmungsland anzugeben. Dies gilt für Biokraftstoffe, Bioethanol, Bioflugturbinenkraftstoff, Biodiesel, sonstige flüssige Biobrennstoffe, Holzpellets.

5.3. **Maßeinheiten**

Strom ist in GWh (Gigawattstunden), Wärme in TJ (Terajoule) und die elektrische Leistung in MW (Megawatt) anzugeben.

Die gemeldeten Mengen sind als TJ-Nettoheizwert (Terajoule auf der Grundlage des Nettoheizwerts) anzugeben, ausgenommen für Holzkohle, Biobenzin, Bioethanol, Bioflugturbinenkraftstoff, Biodiesel und sonstige flüssige Biobrennstoffe, die in kt (Kilotonnen) anzugeben sind.

Die Heizwerte sind in MJ/t (Megajoule pro Tonne) anzugeben.

Die Sonnenkollektorfläche ist in 1 000 m^2 anzugeben.

Die Produktionskapazität ist in kt (Kilotonnen) pro Jahr anzugeben.

6. **JÄHRLICHE STATISTIKEN ÜBER DIE KERNENERGIE**

Es sind folgende Angaben zur zivilen Nutzung der Kernenergie zu machen:

6.1. **Verzeichnis der Aggregate**

6.1.1. ANREICHERUNGSKAPAZITÄT

Die jährliche Trennarbeitskapazität von in Betrieb befindlichen Anreicherungsanlagen (Uran-Isotopentrennung).

6.1.2. KAPAZITÄT ZUR HERSTELLUNG NEUER BRENNELEMENTE

Jahresproduktionskapazität von Brennelementefabriken. MOX-Brennelementefabriken sind ausgenommen.

6.1.3. PRODUKTIONSKAPAZITÄT VON MOX-BRENNELEMENTEFABRIKEN

Jahresproduktionskapazität von MOX-Brennelementefabriken.

MOX-Brennstoff besteht aus einer Mischung aus Plutonium- und Uranoxid (Mischoxid — MOX).

6.1.4. HERSTELLUNG NEUER BRENNELEMENTE

Herstellung neuer fertiger Brennelemente in Anlagen zur Kernbrennstoffherstellung. Brennstäbe und andere unvollständige Erzeugnisse sind ausgenommen. Ebenfalls ausgenommen sind Anlagen zur Herstellung von MOX-Brennstoff.

6.1.5. HERSTELLUNG VON MOX-BRENNELEMENTEN

Herstellung neuer fertiger Brennelemente in MOX-Brennelementefabriken. Brennstäbe und andere unvollständige Erzeugnisse sind ausgenommen.

6.1.6. ERZEUGUNG VON NUKLEARER WÄRME

Die Gesamtmenge der von Kernreaktoren erzeugten Wärme für die Stromerzeugung oder für andere sinnvolle Einsatzmöglichkeiten.

6.1.7. JÄHRLICHER MITTLERER ABBRAND AN ENDGÜLTIG ENTNOMMENEN BESTRAHLTEN BRENNELEMENTEN

Berechneter Durchschnitt des Abbrands der Brennelemente, die während des betreffenden Bezugsjahrs endgültig aus den Kernreaktoren entnommen worden sind. Ausgenommen sind Brennelemente, die vorübergehend entnommen und wahrscheinlich zu einem späteren Zeitpunkt wieder nachgeladen werden.

6.1.8. ERZEUGUNG VON URAN UND PLUTONIUM IN WIEDERAUFARBEITUNGSANLAGEN

Im Bezugsjahr in Wiederaufarbeitungsanlagen erzeugtes Uran und Plutonium.

6.1.9. KAPAZITÄT VON WIEDERAUFARBEITUNGSANLAGEN (URAN UND PLUTONIUM)

Jahreskapazität zur Wiederaufarbeitung von Uran und Plutonium.

6.2. **Maßeinheiten**

t TAE (Tonnen Trennarbeits-Einheiten) für 6.1.1

tSM (Tonnen Schwermetall) für 6.1.4, 6.1.5, 6.1.8

tSM (Tonnen Schwermetall) pro Jahr für 6.1.2, 6.1.3, 6.1.9

TJ (Terajoule) für 6.1.6

GWd/tSM (Gigawatt-Tag pro Tonne Schwermetall) für 6.1.7

7. **WASSERSTOFF**

Folgende Daten zu Wasserstoff sind für das Bezugsjahr 2024 erstmals zu melden:

7.1. **Verzeichnis der Aggregate**

7.1.1. VERSORGUNG

7.1.1.1. Einheimische Erzeugung

7.1.1.1.1. Aus Erdgas

7.1.1.1.2. Aus Rohöl und Mineralölerzeugnissen

7.1.1.1.3. Aus festen Brennstoffen

7.1.1.1.4. Aus erneuerbaren Energiequellen (einschließlich erneuerbare Abfälle)

7.1.1.1.5. Aus nicht erneuerbaren Abfällen

7.1.1.1.6. Aus Elektrolyse

7.1.1.1.6.1. Davon: Strom aus erneuerbaren Energiequellen — direkte Übertragungsleitung

7.1.1.1.6.2. Davon: Strom aus Kernkraft — direkte Übertragungsleitung

7.1.1.1.6.3. Davon: Strom aus fossilen Brennstoffen — direkte Übertragungsleitung

7.1.1.1.7. Aus Strom — Sonstige

7.1.1.1.8. Aus anderen Quellen (Sonstige)

7.1.1.2. Einfuhren

7.1.1.3. Ausfuhren

7.1.1.4. Bestandsveränderungen

7.1.1.5. Grenzüberschreitender Seeverkehr (Bunker)

7.1.1.6. Grenzüberschreitender Luftverkehr

7.1.2. UMWANDLUNGSSEKTOR

7.1.2.1. Stromerzeugung von hauptsächlich als Energieerzeuger tätigen Unternehmen

7.1.2.2. Stromerzeugung von Eigenerzeugern

7.1.2.3. KWK-Anlagen hauptsächlich als Energieerzeuger tätiger Unternehmen

7.1.2.4. KWK-Anlagen von Eigenerzeugern

7.1.2.5. Wärmeerzeugung von hauptsächlich als Energieerzeuger tätigen Unternehmen

7.1.2.6. Wärmeerzeugung von Eigenerzeugern

7.1.2.7. Gaswerke (und sonstige Konvertierung in Gase)

7.1.2.8. Erdölraffinerien

7.1.2.9. Erdgas-Mischanlagen

7.1.2.10. Für Gemische mit Motorenbenzin/Diesel/Kerosin

7.1.2.11. Für Gemische mit erneuerbaren Energiequellen

7.1.2.12. Wasserstoff gemischt mit erneuerbaren Kraftstoffen

7.1.2.13. Nicht anderweitig genannt (Umwandlung)

7.1.3. ENERGIESEKTOR

7.1.3.1. Kohlebergwerke

7.1.3.2. Öl- und Gasförderung

7.1.3.3. Erdölraffinerien

7.1.3.4. Kokereikoks (Energie)

7.1.3.5. Hochofengas (Energie)

7.1.3.6. Gaswerk (Energie)

7.1.3.7. Stromerzeugung, KWK und Wärmeerzeugung

7.1.3.8. Wasserstofferzeugung, Verflüssigung und Vergasung

7.1.3.10. Nicht anderweitig genannt (Energie)

7.1.4. ÜBERTRAGUNGS- UND NETZVERLUSTE

7.1.5 NICHTENERGETISCHER ENDVERBRAUCH — INDUSTRIE

7.1.5.1. Eisen und Stahl

7.1.5.2. Chemische und petrochemische Industrie

7.1.5.3. NE-Metallindustrie

7.1.5.4. Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden

7.1.5.5. Fahrzeugbau

7.1.5.6. Maschinenbau

7.1.5.7. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

7.1.5.8. Nahrungs- und Futtermittel, Getränke und Tabak

7.1.5.9. Zellstoff, Papier und Druckerzeugnisse

7.1.5.10. Holz und Holzprodukte

7.1.5.11. Baugewerbe/Bau

7.1.5.12. Textilien und Leder

7.1.5.13. Nicht anderweitig genannt (Industrie)

7.1.5.14. Sonstige Sektoren

7.1.6 ENERGETISCHER ENDVERBRAUCH — INDUSTRIE

7.1.6.1. Eisen und Stahl

7.1.6.2. Chemische und petrochemische Industrie

7.1.6.3. NE-Metallindustrie

7.1.6.4. Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden

7.1.6.5. Fahrzeugbau

7.1.6.6. Maschinenbau

7.1.6.7. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

7.1.6.8. Nahrungs- und Futtermittel, Getränke und Tabak

7.1.6.9. Zellstoff, Papier und Druckerzeugnisse

7.1.6.10. Holz und Holzprodukte

7.1.6.11. Baugewerbe/Bau

7.1.6.12. Textilien und Leder

7.1.6.13. Nicht anderweitig genannt (Industrie)

7.1.7 ENERGETISCHER ENDVERBRAUCH — VERKEHRSSEKTOR

7.1.7.1. Inlandsluftverkehr

7.1.7.2. Straßenverkehr

7.1.7.3. Eisenbahnverkehr

7.1.7.4. Binnenschifffahrt

7.1.7.5. Transport in Rohrfernleitungen

7.1.7.6. Nicht anderweitig genannt (Verkehr)

7.1.8 ENERGETISCHER ENDVERBRAUCH — SONSTIGER SEKTOR

7.1.8.1. Gewerbliche und öffentliche Dienstleistungen

7.1.8.2. Haushalte

7.1.8.3. Landwirtschaft

7.1.8.4. Forstwirtschaft

7.1.8.5. Fischerei

7.1.8.6. Nicht anderweitig genannt (Sonstige)

7.2. **Produktionskapazität**

Die Produktionskapazität für Wasserstoff am 31. Dezember des Bezugsjahrs ist auf der gleichen Gliederungsebene zu melden wie die Produktion (Positionen 7.1.1.1 bis 7.1.1.1.8).

7.3. **Maßeinheiten**

Mengen sind in TJ (Nettoheizwert) anzugeben, die Produktionskapazität in TJ (Nettoheizwert) pro Jahr.

8. **DETAILLIERTE STATISTIKEN ÜBER DEN ENERGETISCHEN ENDVERBRAUCH**

Es sind die folgenden aufgeschlüsselten Daten über den energetischen Endverbrauch anzugeben.

8.1. **Verzeichnis der Aggregate**

8.1.1. Industrie

Gemäß den Definitionen in Anhang A Abschnitt 2.6.1 anzugeben.

8.1.1.1. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

8.1.1.1.1. Erzbergbau

8.1.1.1.2. Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau

8.1.1.1.3. Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden

8.1.1.2. Nahrungs- und Futtermittel, Getränke und Tabak

8.1.1.2.1. Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln

8.1.1.2.2. Getränkeherstellung

8.1.1.2.3. Tabakverarbeitung

8.1.1.3. Textilien und Leder

8.1.1.4. Holz und Holzprodukte

8.1.1.5. Holz- und Zellstoff, Papier und Druckerzeugnisse

8.1.1.5.1. Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus

8.1.1.5.1.1. Herstellung von Holz- und Zellstoff

8.1.1.5.1.2. Sonstiges Papier, Pappe und Waren daraus

8.1.1.5.2 Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern

8.1.1.6. Chemische und petrochemische Industrie

8.1.1.6.1. Herstellung von chemischen Erzeugnissen

8.1.1.6.2. Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen

8.1.1.7. Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden

8.1.1.7.1. Herstellung von Glas und Glaswaren

8.1.1.7.2. Herstellung von Zement, Kalk und gebranntem Gips (einschl. Klinker)

8.1.1.7.3. Sonstige Mineralerzeugnisse

8.1.1.8. Eisen und Stahl [Metallerzeugung und -bearbeitung A]

8.1.1.9. NE-Metallindustrie [Metallerzeugung und -bearbeitung B]

8.1.1.9.1. Erzeugung und erste Bearbeitung von Aluminium

8.1.1.9.2. Sonstige NE-Metallindustrie

8.1.1.10. Maschinenbau

8.1.1.10.1. Herstellung von Metallerzeugnissen

8.1.1.10.2. Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen

8.1.1.10.3. Herstellung von elektrischen Ausrüstungen

8.1.1.10.4. Maschinenbau

8.1.1.11. Fahrzeugbau

8.1.1.12. Nicht anderweitig genannt — Industrie

8.1.1.12.1. Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren

8.1.1.12.2. Herstellung von Möbeln

8.1.1.12.3. Herstellung von sonstigen Waren

8.1.2. VERKEHRSSEKTOR

Gemäß den Definitionen in Anhang A Abschnitt 2.6.2 anzugeben.

8.1.2.1. Eisenbahnverkehr

8.1.2.1.1. Hochgeschwindigkeitseisenbahnverkehr

8.1.2.1.2. Konventioneller Eisenbahnverkehr

8.1.2.1.2.1. Fahrgasttransport im konventionellen Eisenbahnverkehr

8.1.2.1.2.2. Gütertransport im konventionellen Eisenbahnverkehr

8.1.2.1.3. U-Bahn und Straßenbahn

8.1.2.2. Straßenverkehr

8.1.2.2.1. Schwere Nutzfahrzeuge zur Güterbeförderung

8.1.2.2.2. Öffentlicher Verkehr

8.1.2.2.3. Pkw und Kleinlastwagen

8.1.2.2.4. Sonstiger Straßenverkehr

8.1.3. GEWERBLICHE UND ÖFFENTLICHE DIENSTLEISTUNGEN

Gemäß den Definitionen in Anhang A Abschnitt 2.6.3.1 anzugeben.

8.1.3.1. Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen

8.1.3.2. Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen

8.1.3.3. Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen

8.1.3.3.1. Großhandel

8.1.3.3.2. Einzelhandel

8.1.3.4 Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr

8.1.3.5. Post-, Kurier- und Expressdienste

8.1.3.6. Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie

8.1.3.6.1. Gastgewerbe/Beherbergung

8.1.3.6.2. Gastronomie

8.1.3.7. Information und Kommunikation

8.1.3.8. Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen

8.1.3.9. Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen

8.1.3.10. Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung

8.1.3.11. Erziehung und Unterricht

8.1.3.12. Gesundheits- und Sozialwesen

8.1.3.12.1. Krankenhäuser

8.1.3.13. Kunst, Unterhaltung und Erholung

8.1.3.13.1 Erbringung von Dienstleistungen des Sports

8.1.3.14 Exterritoriale Organisationen und Körperschaften

8.1.3.15. Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen

8.1.3.16 Rechenzentren.

Nur von den Meldeeinheiten (unabhängig ihres NACE-Codes) unterhaltene Rechenzentren mit einer Gesamtleistungskapazität von 1 MW oder mehr sind zu melden. Diese Daten sind für das Bezugsjahr 2024 erstmals verpflichtend zu melden.

8.1.4. HAUSHALTSSEKTOR

Gemäß den Definitionen in Anhang A Abschnitt 2.6.3.2 anzugeben.

8.1.4.1. Haushalte: Raumheizung

8.1.4.2. Haushalte: Raumkühlung

8.1.4.3. Haushalte: Warmwasserbereitung

8.1.4.4. Haushalte: Kochen

8.1.4.5. Haushalte: Beleuchtung und Elektrogeräte

Betrifft nur Strom (Elektrizität)

8.1.4.6. Haushalte: Sonstige Endnutzung

8.2. **Infrage kommende Energieprodukte**

Soweit nicht anders bestimmt, sind Daten zu allen in Anhang A aufgeführten Energieprodukten zu erheben.

Eurostat legt die jeweilige Liste der Energieprodukte fest, für die Daten gemäß Anhang B Nummer 7 im Meldeformular angegeben werden sollten, als Untermenge der in Anhang A Nummer 3 aufgeführten Produkte.

8.3. **Maßeinheiten**

Die Mengen fester fossiler Brennstoffe sind in kt (Kilotonnen) anzugeben.

Die Mengen an Rohöl und Mineralölprodukten sind in kt (Kilotonnen) anzugeben.

Die Mengen an Erdgas und industriell erzeugten Gasen (Ortsgas, Kokereigas, Hochofengas, sonstiges Konvertergas) sind nach ihrem Energiegehalt in TJ (Terajoule) auf der Basis des Bruttoheizwerts anzugeben.

Strom ist in GWh (Gigawattstunden) anzugeben.

Wärmemengen sind in TJ (Terajoule) auf der Basis des Nettoheizwerts anzugeben.

Die Mengen für erneuerbare Quellen und Abfall sind in TJ (Terajoule) auf der Basis des Nettoheizwerts anzugeben, außer den Mengen an Holzkohle, Biobenzin, Bioethanol, Bioflugturbinenkraftstoff, Biodiesel und sonstigen flüssigen Biobrennstoffen, die in kt (Kilotonnen) anzugeben sind.

Die Heizwerte für feste fossile Brennstoffe, Rohöl und Mineralölprodukte sowie erneuerbare Energien und Abfälle sind in MJ/t (Megajoule je Tonne) anzugeben.

Die Heizwerte für Erdgas und industriell erzeugte Gase sind in kJ/m^3 unter Referenzgasbedingungen (15 °C, 101 325 Pa) anzugeben.

Für andere Energieprodukte, für die eine Meldung erforderlich ist, gelten die in den betreffenden Abschnitten dieses Anhangs für diese Brennstoffe definierten Einheiten.

8.4. **Frist für die Datenübermittlung:**

Die Daten sollten bis zum 31. März des zweiten auf das Berichtsjahr folgenden Jahres gemeldet werden.

8.5. **Befreiungen**

Zypern ist für alle von Abschnitt 8.1.4 dieses Anhangs (Haushalte) erfassten Aggregate von der Angabe des aufgeschlüsselten energetischen Endverbrauchs an Rohöl und Mineralölprodukten (gemäß Anhang A Abschnitt 3.4) befreit.

9. **VORLÄUFIGE JÄHRLICHE DATEN**

9.1. **Infrage kommende Energieprodukte**

Diese Datenerhebung gilt für alle in den Abschnitten 1.1, 2.1, 3.1, 4.1 und 5.1 dieses Anhangs beschriebenen Produkte.

9.2. **Verzeichnis der Aggregate**

Folgende Aggregate sind anzugeben:

9.2.1. Für feste fossile Brennstoffe und industriell erzeugte Gase: 1.2.1.1, 1.2.1.2, 1.2.1.6, 1.2.1.7, 1.2.1.8, 1.2.1.9 (wie in Kapitel 1 dieses Anhangs definiert).

9.2.2. Für Erdgas: 2.2.1.1, 2.2.1.2, 2.2.1.3, 2.2.1.4, 2.2.1.5, 2.2.1.6, 2.2.9 (wie in Kapitel 2 dieses Anhangs definiert).

9.2.3. Für Elektrizität (Strom) und Wärme: Bruttoerzeugung nach Produkt für alle Einzelprodukte, Eigenverbrauch, Übertragungs- und Netzverluste insgesamt (3.2.3 und 3.2.4) und 3.2.2.3, 3.2.2.4, 3.2.2.5, 3.2.2.6, 3.2.2.7, 3.2.2.8, 3.2.2.9 (wie in Kapitel 3 dieses Anhangs definiert).

9.2.4. Für Rohöl und Mineralölerzeugnisse: 4.2.1.1, 4.2.1.2, 4.2.1.3, 4.2.1.4, 4.2.1.5, 4.2.1.6, 4.2.1.7, 4.2.1.8, 4.2.1.9, 4.2.1.10, 4.2.2.1, 4.2.2.2, 4.2.2.3, 4.2.2.4, 4.2.2.5, 4.2.2.6, 4.2.2.7, 4.2.2.8, 4.2.2.9, 4.2.2.10 (wie in Kapitel 4 dieses Anhangs definiert).

9.2.5. Für Energie aus erneuerbaren Quellen und aus Abfall: 5.2.2.1, 5.2.2.2, 5.2.2.3, 5.2.2.4, 5.2.10.1, 5.2.10.2, 5.2.10.3, 5.2.10.8, 5.2.10.9 (wie in Kapitel 5 dieses Anhangs definiert).

9.3. **Maßeinheiten**

Mengen sind in den in den Abschnitten 1.3, 2.3, 3,3, 4.3 und 5.3 dieses Anhangs festgelegten Einheiten zu melden.

9.4. **Frist für die Datenübermittlung**

Die Daten sollten bis zum 31. Mai des auf das Berichtsjahr folgenden Jahres gemeldet werden.

ANHANG C

MONATLICHE ENERGIESTATISTIKEN

In diesem Anhang werden der Erfassungsbereich, die Einheiten, der Berichtszeitraum, die Erhebungshäufigkeit, die Fristen und die Übermittlungsmodalitäten für die monatliche Erhebung von Energiestatistiken beschrieben.

Anhang A enthält Erläuterungen zu Begriffen, die im vorliegenden Anhang nicht erläutert werden.

Die folgenden Bestimmungen gelten für die Erhebung aller in diesem Anhang aufgeführten Daten:

a) Berichtszeitraum: Der Berichtszeitraum für die gemeldeten Daten ist ein Kalendermonat.

b) Periodizität: Die Daten werden monatlich gemeldet.

c) Übermittlungsformat: Die Daten sollten nach dem einschlägigen, von Eurostat festgelegten Austauschstandard übermittelt werden.

d) Übermittlungsverfahren: Die Daten sollten elektronisch an das zentrale Dateneingangsportal von Eurostat übermittelt oder in dieses hochgeladen werden.

1. **FESTE BRENNSTOFFE**

1.1. **Infrage kommende Energieprodukte**

Dieses Kapitel betrifft die Meldung für:

1.1.1. Steinkohle

1.1.2. Braunkohle

1.1.3. Torf

1.1.4. Ölschiefer und bituminöse Sande

1.1.5. Kokereikoks

1.2. **Verzeichnis der Aggregate**

1.2.1. Für Steinkohle sind die folgenden Aggregate anzugeben:

1.2.1.1. Erzeugung

1.2.1.2. Wiedergewinnung

1.2.1.3. Einfuhren

1.2.1.4. Einfuhren aus Ländern außerhalb der EU

1.2.1.5. Ausfuhren

1.2.1.6. Bestände im Hoheitsgebiet des Staates am Anfang des Bezugszeitraums

Bestände der Bergwerke, der Importeure und der Verbraucher, die direkt importieren.

1.2.1.7. Bestände im Hoheitsgebiet des Staates am Ende des Bezugszeitraums

Bestände der Bergwerke, der Importeure und der Verbraucher, die direkt importieren.

1.2.1.8. Lieferungen an hauptsächlich als Energieerzeuger tätige Unternehmen

1.2.1.9. Lieferungen an Kokereien

Ausgenommen als Energie für unterstützende Abläufe für Kokereien verbrauchte Steinkohle, die unter ‚Lieferungen an die Industrie insgesamt' anzugeben ist.

1.2.1.10. Lieferungen an die Industrie insgesamt

Einschließlich an den Umwandlungssektor (ausgenommen unter ‚Lieferungen an hauptsächlich als Energieerzeuger tätige Unternehmen' und ‚Lieferungen an Kokereien' angegebene Steinkohle) und an den Energiesektor gelieferte Steinkohle sowie energetischer Endverbrauch an Steinkohle in der Industrie

1.2.1.10.1 Lieferungen an die Eisen- und Stahlindustrie

Einschließlich Steinkohle, die Hochöfen gemäß der Definition in Anhang A Nummer 2.2.11 zugeführt wird, sowie energetischer Endverbrauch von Steinkohle im Sektor Eisen und Stahl gemäß der Definition in Anhang A Nummer 2.6.1.8.

Ausgenommen als Energie für unterstützende Abläufe für Hochöfen verbrauchte Steinkohle, die unter ‚Lieferungen an die Industrie insgesamt' anzugeben ist.

1.2.1.11. Sonstige Lieferungen (Dienstleistungssektor, Haushalte usw.).

Die an anderweitig nicht genannte Sektoren gelieferten Mengen an Steinkohle.

1.2.2. Für Braunkohle, Torf, Ölschiefer und bituminöse Sande sind folgende Aggregate anzugeben:

1.2.2.1. Erzeugung

1.2.2.2. Einfuhren

1.2.2.3. Ausfuhren

1.2.2.4. Bestände im Hoheitsgebiet des Staates am Anfang des Bezugszeitraums

Bestände der Bergwerke, der Importeure und der Verbraucher, die direkt importieren.

1.2.2.5. Bestände im Hoheitsgebiet des Staates am Ende des Bezugszeitraums

Bestände der Bergwerke, der Importeure und der Verbraucher, die direkt importieren.

1.2.2.6. Für Torf können anstelle der Bestände am Anfang und Ende des Bezugszeitraums die Bestandsveränderungen angegeben werden.

1.2.2.7. Lieferungen an hauptsächlich als Energieerzeuger tätige Unternehmen

1.2.3. Für Kokereikoks sind die folgenden Aggregate anzugeben:

1.2.3.1. Erzeugung

1.2.3.2. Einfuhren

1.2.3.3. Einfuhren von außerhalb der EU

1.2.3.4. Ausfuhren

1.2.3.5. Bestände im Hoheitsgebiet des Staates am Anfang des Bezugszeitraums

Bestände der Erzeuger, der Importeure und der Verbraucher, die direkt importieren.

1.2.3.6. Bestände im Hoheitsgebiet des Staates am Ende des Bezugszeitraums

Bestände der Erzeuger, der Importeure und der Verbraucher, die direkt importieren.

1.2.3.7. Lieferungen an die Eisen- und Stahlindustrie

Einschließlich Kokereikoks, der Hochöfen gemäß der Definition in Anhang A Nummer 2.2.11 zugeführt wird, sowie energetischer Endverbrauch von Steinkohle im Sektor Eisen und Stahl gemäß der Definition in Anhang A Nummer 2.6.1.8.

Ausgenommen in Hochöfen als Energie für unterstützende Abläufe verbrauchter Kokereikoks.

1.3. **Maßeinheiten**

Die gemeldeten Mengen sind in kt (Kilotonnen) anzugeben.

1.4. **Frist für die Datenübermittlung**

Innerhalb von zwei Kalendermonaten nach dem Berichtsmonat.

2. **ELEKTRIZITÄT**

2.1. **Infrage kommende Energieprodukte**

Dieses Kapitel betrifft die Meldung für Strom.

2.2. **Verzeichnis der Aggregate**

Für Strom sind die folgenden Aggregate anzugeben:

2.2.1. Nettostromerzeugung von Kernkraftwerken

2.2.2. Nettostromerzeugung mittels herkömmlicher Elektrizitätserzeugung durch Wärmekrafterzeugung aus Kohle

2.2.3. Nettostromerzeugung mittels herkömmlicher Elektrizitätserzeugung durch Wärmekrafterzeugung aus Öl

2.2.4. Nettostromerzeugung mittels herkömmlicher Elektrizitätserzeugung durch Wärmekrafterzeugung aus Gas

2.2.5. Nettostromerzeugung mittels herkömmlicher Elektrizitätserzeugung durch Wärmekrafterzeugung aus erneuerbaren Brennstoffen (z. B. feste Biobrennstoffe, Biogase, flüssige Biobrennstoffe, erneuerbare Siedlungsabfälle)

2.2.6. Nettostromerzeugung mittels herkömmlicher Elektrizitätserzeugung durch Wärmekrafterzeugung aus anderen nicht erneuerbaren Brennstoffen (z. B. nicht erneuerbare Industrie- und Siedlungsabfälle)

2.2.7. Nettostromerzeugung von reinen Wasserkraftwerken

2.2.8. Nettostromerzeugung von gemischten Wasserkraftwerken

2.2.9. Nettostromerzeugung von reinen Pumpspeicherwerken

2.2.10. Nettostromerzeugung von Onshore-Windkraftanlagen

2.2.11. Nettostromerzeugung von Offshore-Windkraftanlagen

2.2.12. Nettostromerzeugung von Fotovoltaik-Anlagen

2.2.13. Nettostromerzeugung von thermischen Solaranlagen

2.2.14. Nettostromerzeugung von geothermischen Kraftwerken

2.2.15. Nettostromerzeugung von anderen erneuerbaren Energiequellen (z. B. Gezeiten, Wellen, Ozean und anderen nicht brennbaren erneuerbaren Energiequellen)

2.2.16. Nettostromerzeugung von nicht anderweitig genannten Quellen

2.2.17. Einfuhren

2.2.17.1. Davon aus der EU

2.2.18. Ausfuhren

2.2.18.1. Davon in die EU

2.2.19. Stromverbrauch in Pumpspeicherwerken

2.3. **Maßeinheiten**

Die gemeldeten Mengen sind in GWh (Gigawattstunden) anzugeben.

2.4. **Frist für die Datenübermittlung**

Innerhalb von zwei Kalendermonaten nach dem Berichtsmonat.

3. **ROHÖL UND MINERALÖLPRODUKTE**

3.1. **Infrage kommende Energieprodukte**

Soweit nicht anders bestimmt, sind Daten zu allen in Anhang A Kapitel 3.4 ÖL (Rohöl und Mineralölprodukte) aufgeführten Energieerzeugnissen zu erheben.

Unter ‚Sonstige Produkte' fallen sowohl die in Anhang A Kapitel 3.4 definierten Produkte als auch Testbenzin und Industriebrennstoffe, Schmierstoffe, Bitumen und Paraffinwachse; die Mengen dieser Produkte sind nicht getrennt anzugeben.

3.2. **Verzeichnis der Aggregate**

Für alle im vorhergehenden Abschnitt angeführten Energieprodukte sind die folgenden Aggregate anzugeben, sofern nichts anderes bestimmt ist.

3.2.1. BEREITSTELLUNG VON ROHÖL, NGL, RAFFINERIEEINSATZMATERIAL, ZUSATZSTOFFEN UND ANDEREN KOHLENWASSERSTOFFEN

Anmerkung zu Zusatzstoffen und Biobrennstoffen: Hier sind nicht nur die bereits gemischten Mengen, sondern alle zum Mischen bestimmten Mengen anzugeben.

Für Rohöl, NGL, Raffinerieeinsatzmaterial, Zusatzstoffe/Oxigenate, Biobrennstoffe und sonstige Kohlenwasserstoffe sind die folgenden Aggregate anzugeben:

3.2.1.1. Einheimische Erzeugung (gilt nicht für Raffinerieeinsatzmaterial und Biobrennstoffe)

3.2.1.2. Eingänge aus anderen Quellen (gilt nicht für Rohöl, NGL, Raffinerieeinsatzmaterial)

3.2.1.3. Rückläufe

Fertig- oder Halbfertigprodukte, die von Endverbrauchern zur Weiterverarbeitung, zur Mischung oder zum Verkauf zurückgegeben werden. Gewöhnlich handelt es sich dabei um Nebenprodukte petrochemischer Herstellungsprozesse. Gilt nur für Raffinerieeinsatzmaterial.

3.2.1.4. Übertragene Erzeugnisse

Importierte Mineralölprodukte, die neu zugeordnet werden als zur Weiterverarbeitung in der Raffinerie und nicht zur Lieferung an die Endkunden bestimmte Ausgangsstoffe. Gilt nur für Raffinerieeinsatzmaterial.

3.2.1.5. Einfuhren

3.2.1.6. Ausfuhren

Anmerkung für Ein- und Ausfuhren: Einschließlich Rohöl und Mineralölprodukte, die im Rahmen von Verarbeitungsabkommen ein- oder ausgeführt wurden (d. h. Raffinieren auf Rechnung). Bei Rohöl und NGL sollte das eigentliche Ursprungsland angegeben werden, bei Raffinerieeinsatzmaterial und Fertigprodukten das Land des letzten Versands. Einschließlich aller Flüssiggase (z. B. LPG), die durch Rückvergasung eingeführten Flüssigerdgases gewonnen wurden, und aller Mineralölprodukte, die von der petrochemischen Industrie direkt ein- oder ausgeführt werden.

3.2.1.7. Direktverbrauch

3.2.1.8. Bestandsveränderungen

Positive Zahlen stehen für Bestandsvergrößerung, negative für Bestandsverkleinerung.

3.2.1.9. Erfasster Raffinerieeingang

Die gesamte Ölmenge (einschließlich sonstiger Kohlenwasserstoffe und Zusatzstoffe), die dem Raffinerieprozess zugeführt wurde (Einsatz in Ölraffinerien).

3.2.1.10. Raffinerieverluste

Differenz zwischen erfasstem Raffinerieeingang und Brutto-Raffinerieausstoß. Verluste können in Destillationsprozessen durch Verdampfung entstehen. Verluste sind als positive Werte anzugeben. Volumengewinne sind möglich, Massegewinne nicht.

3.2.2. BEREITSTELLUNG VON FERTIGPRODUKTEN

Für Rohöl, NGL, Raffineriegas, Ethan, LPG, Naphtha, Biobenzin, Nicht-Biobenzin, Flugturbinenkraftstoff, Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis, Bioflugturbinenkraftstoff, Nicht-Bioflugturbinenkraftstoff, sonstiges Kerosin, Biodiesel, Gas-/Dieselöl ohne Bioanteile, Heizöle mit niedrigem Schwefelgehalt, Heizöle mit hohem Schwefelgehalt, Petrolkoks und andere Erzeugnisse sind die folgenden Aggregate anzugeben:

3.2.2.1. Rohstoffeingänge

3.2.2.2. Brutto-Raffinerieausstoß (gilt nicht für Rohöl und NGL)

3.2.2.3. Recyclingprodukte (gilt nicht für Rohöl und NGL)

3.2.2.4. Raffineriebrennstoff (gilt nicht für Rohöl und NGL)

Anhang A Kapitel 2.3. Energiesektor — Erdölraffinerien; einschließlich des Brennstoffverbrauchs der Raffinerien für die Erzeugung von Strom und Wärme zum Verkauf an Dritte.

3.2.2.5. Einfuhren (gilt nicht für Rohöl, NGL und Raffineriegas)

3.2.2.6. Ausfuhren (gilt nicht für Rohöl, NGL und Raffineriegas)

Auch hier gilt die Anmerkung zu Ein- und Ausfuhren in Abschnitt 3.2.1.

3.2.2.7. Grenzüberschreitender Seeverkehr (Bunker) (gilt nicht für Rohöl und NGL)

3.2.2.8. Austausch zwischen Erzeugnissen

3.2.2.9. Übertragene Erzeugnisse (gilt nicht für Rohöl und NGL)

3.2.2.10. Bestandsveränderungen (gilt nicht für Rohöl, NGL und Raffineriegas)

Positive Zahlen stehen für Bestandsvergrößerung, negative für Bestandsverkleinerung.

3.2.2.11. Erfasste Bruttoinlandslieferungen

Erfasste Lieferungen fertiger Mineralölprodukte aus Primärquellen (z. B. Raffinerien, Mischanlagen usw.) an den Inlandsmarkt.

3.2.2.11.1. Grenzüberschreitender Luftverkehr (gilt nur für Flugbenzin, Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis, Bioflugturbinenkraftstoff, Nicht-Bioflugturbinenkraftstoff)

3.2.2.11.2. Kraftwerke hauptsächlich als Energieerzeuger tätiger Unternehmen

3.2.2.11.3. Straßenverkehr (gilt nur für LPG)

3.2.2.11.4. Binnenschifffahrt und Eisenbahnverkehr (gilt nur für Biodiesel, Gas-/Dieselöl ohne Bioanteile)

3.2.2.12. Petrochemische Industrie

3.2.2.13. Rückläufe an die Raffinerien (gilt nicht für Rohöl und NGL)

3.2.3. EINFUHREN NACH HERKUNFTSLAND — AUSFUHREN NACH BESTIMMUNGSLAND

Die Einfuhren sind nach dem Herkunftsland und die Ausfuhren nach dem Bestimmungsland anzugeben. Auch hier gilt die Anmerkung zu Ein- und Ausfuhren in Abschnitt 3.2.1.

3.2.4. BESTÄNDE

Folgende Anfangs- und Endbestände sind für alle Energieprodukte, einschließlich Zusatzstoffe/Oxigenate jedoch ohne Raffineriegas anzugeben:

3.2.4.1. Bestände im Hoheitsgebiet des Staates

Bestände an folgenden Orten: Raffinerietanks, Massengutterminals, Tanklager an Rohrfernleitungen, Binnenschiffe, Küstentankschiffe (wenn Abgangs- und Bestimmungshafen im selben Land liegen), Tankschiffe in Häfen der Mitgliedstaaten (wenn ihre Ladung dort gelöscht werden soll), Bunker der Binnenschifffahrt. Ohne Bestände in Rohrfernleitungen, Eisenbahnkesselwagen, Tank-Lkw, Bunkern der Hochseeschifffahrt, Tankstellen, Einzelhandelsbetrieben und Bunkern auf See.

3.2.4.2. Im Rahmen bilateraler Regierungsvereinbarungen für andere Staaten gelagerte Bestände

Im Hoheitsgebiet des Staates vorhandene Bestände, die Eigentum eines anderen Staates sind und zu denen der Zugang durch ein Abkommen zwischen den jeweiligen Staaten gewährleistet ist.

3.2.4.3. Bestände mit bekannter ausländischer Bestimmung

Unter 3.2.4.2 nicht erfasste Bestände im Hoheitsgebiet des Staates, die Eigentum eines anderen Staates und für diesen bestimmt sind. Diese Bestände können sich innerhalb oder außerhalb eines Zolllagers befinden.

3.2.4.4. Sonstige Bestände unter Zollverschluss

Weder unter 3.2.4.2 noch unter 3.2.4.3 erfasste Bestände, unabhängig davon, ob sie verzollt sind oder nicht.

3.2.4.5. Bestände von Großverbrauchern

Umfasst Bestände, die staatlicher Kontrolle unterliegen. Umfasst keine Bestände anderer Verbraucher.

3.2.4.6. Bestände an Bord einlaufender Hochseeschiffe im Hafen oder auf Reede

Umfasst Bestände unabhängig davon, ob sie verzollt sind oder nicht. Ohne Bestände an Bord von Schiffen auf hoher See.

Einschließlich Öl in Küstentankschiffen, deren Abgangs- und Bestimmungshafen in demselben Land liegen. Für einlaufende Schiffe mit mehreren Entladehäfen ist nur die Menge anzugeben, die im Meldeland entladen wird.

3.2.4.7. Von staatlichen Stellen im Hoheitsgebiet des Staates gelagerte Bestände

Umfasst Bestände für nichtmilitärische Zwecke, die von einem Staat in seinem Hoheitsgebiet gelagert werden und die Eigentum des Staates sind oder von ihm kontrolliert werden und ausschließlich für den Notfall gelagert werden.

Ohne Bestände staatlicher Ölgesellschaften und Elektrizitätswerke und ohne Bestände, die direkt von Ölgesellschaften im Auftrag von Staaten gelagert werden.

3.2.4.8. Im Hoheitsgebiet des Staates befindliche Bestände von Lagerunternehmen

Bestände privater und staatlicher Stellen, die eingerichtet wurden, um Bestände ausschließlich für Notfälle vorzuhalten.

Ohne Pflichtbestände privater Unternehmen.

3.2.4.9. Alle übrigen Bestände im Hoheitsgebiet des Staates

Alle übrigen Bestände gemäß Abschnitt 3.2.4.1.

3.2.4.10. Im Ausland im Rahmen bilateraler Regierungsvereinbarungen lagernde Bestände

Bestände, die Eigentum des Meldelandes sind, aber in einem anderen Land lagern und zu denen der Zugang durch ein zwischen den Regierungen geschlossenes Abkommen gewährleistet ist.

3.2.4.10.1. Davon: Bestände des Staates

3.2.4.10.2. Davon: Bestände von Lagerunternehmen

3.2.4.10.3. Davon: Sonstige Bestände

3.2.4.11. Im Ausland lagernde Bestände, die endgültig für die Einfuhr in Ihr Land vorgesehen sind

Nicht unter Kategorie 10 erfasste Bestände, die Eigentum des Meldestaates sind, in einem anderen Land lagern und auf die Einfuhr in Ihr Land warten.

3.2.4.12. Sonstige Bestände unter Zollverschluss

Sonstige Bestände im Hoheitsgebiet des Staates, die in den obigen Kategorien nicht erfasst sind.

3.2.4.13. Rohrfernleitungsinhalt

In den Rohrfernleitungen befindliches Öl (Rohöl und Mineralölprodukte), das für die Aufrechterhaltung des Flusses in den Rohrfernleitungen erforderlich ist.

Außerdem sind folgende Mengen nach Ländern aufzuschlüsseln:

3.2.4.13.1. im Rahmen von Regierungsvereinbarungen für andere Länder gelagerte Endbestände, nach Empfängerland;

3.2.4.13.2. im Rahmen von Regierungsvereinbarungen für andere Länder gelagerte Endbestände, davon der Delegation unterliegende, nach Empfängerland;

3.2.4.13.3. sonstige Endbestände mit bekannter ausländischer Bestimmung, nach Empfängerland;

3.2.4.13.4. im Ausland im Rahmen von Regierungsvereinbarungen lagernde Endbestände, nach Standort;

3.2.4.13.5. im Rahmen von Regierungsvereinbarungen für andere Länder gelagerte Endbestände, davon der Delegation unterliegende, nach Standort;

3.2.4.13.6. im Ausland lagernde Endbestände, die endgültig für die Einfuhr in das Meldeland vorgesehen sind, nach Standort.

‚Anfangsbestände' sind die Bestände am letzten Tag des dem Berichtsmonat vorausgehenden Monats. ‚Endbestände' sind die Bestände am letzten Tag des Berichtsmonats.

3.3. Maßeinheiten

Die gemeldeten Mengen sind in kt (Kilotonnen) anzugeben.

3.4. Frist für die Datenübermittlung

Innerhalb von 55 Tagen nach dem Berichtsmonat.

3.5. Geografische Hinweise

Lediglich für statistische Berichtszwecke gelten die Angaben in Anhang A Kapitel 1, mit folgender Ausnahme: Schweiz einschließlich Liechtenstein.

4. ERDGAS

4.1. Infrage kommende Energieprodukte

Dieses Kapitel betrifft die Meldung für Erdgas.

4.2. Verzeichnis der Aggregate

Für Erdgas sind die folgenden Aggregate anzugeben:

4.2.1. EINHEIMISCHE ERZEUGUNG

Alle innerhalb der nationalen Grenzen geförderten trockenen vermarktbaren Mengen, einschließlich Offshore-Förderung. Nach Reinigung und Extraktion von Erdgaskondensaten und Schwefel gemessene Mengen. Ohne Extraktionsverluste und zurückgepresste, abgeblasene oder abgefackelte Mengen. Einschließlich der in der Erdgasindustrie bei der Erdgasförderung, in Rohrfernleitungen und in Verarbeitungsanlagen eingesetzten Mengen.

4.2.2. EINFUHREN (EINGÄNGE)

4.2.3. AUSFUHREN (AUSGÄNGE)

Anmerkung für Ein- und Ausfuhren: Es sind alle Erdgasmengen anzugeben, die über die Grenzen eines Landes hinweg befördert wurden, und zwar unabhängig davon, ob eine Zollabfertigung stattgefunden hat oder nicht. Darin sind Durchfuhren durch das Land eingeschlossen; die Durchfuhrmengen sind als Einfuhr und als Ausfuhr anzugeben. Bei Einfuhren von Flüssigerdgas ist nur die entsprechende vermarktbare Trockenmenge anzugeben, einschließlich des Eigenverbrauchs bei der Rückvergasung. Die bei der Rückvergasung als Eigenverbrauch verwendeten Mengen sind unter Eigenverbrauch und Verluste in der Gasindustrie (siehe 4.2.11) anzugeben. Alle durch Rückvergasung eingeführten Flüssigerdgases gewonnenen Flüssiggase (z. B. LPG) sind unter ‚Eingänge aus anderen Quellen' für ‚Sonstige Kohlenwasserstoffe' wie in Kapitel 3 dieses Anhangs (ROHÖL UND MINERALÖLPRODUKTE) definiert anzugeben.

4.2.4. BESTANDSVERÄNDERUNGEN

Positive Zahlen stehen für Bestandsvergrößerung, negative für Bestandsverkleinerung.

4.2.5. ERFASSTE BRUTTOINLANDSLIEFERUNGEN

Zu dieser Kategorie gehören Lieferungen vermarktbarer Gase für den Inlandsmarkt, einschließlich in der Gasindustrie für Wärmeerzeugung und Anlagenbetrieb verbrauchten Gases (d. h. Verbrauch für Gasförderung, in Rohrfernleitungssystemen und in Verarbeitungsanlagen); Übertragungs- und Netzverluste sollten ebenfalls angegeben werden.

4.2.6. IM HOHEITSGEBIET DES STAATES LAGERNDE ANFANGSBESTÄNDE

4.2.8. IM HOHEITSGEBIET DES STAATES LAGERNDE ENDBESTÄNDE

4.2.9. IM AUSLAND LAGERNDE ANFANGSBESTÄNDE

4.2.10. IM AUSLAND LAGERNDE ENDBESTÄNDE

Anmerkung für Bestände: Umfasst sowohl gasförmig als auch in flüssiger Form gelagertes Erdgas.

4.2.11. EIGENVERBRAUCH und Verluste in der Gasindustrie

In der Gasindustrie für Wärmeerzeugung und Anlagenbetrieb verbrauchtes Gas (d. h. Verbrauch für Gasförderung, in Rohrfernleitungssystemen und in Verarbeitungsanlagen); einschließlich Übertragungs- und Netzverluste.

4.2.12. EINFUHREN (EINGÄNGE) NACH HERKUNFTSLAND UND AUSFUHREN (AUSGÄNGE) NACH BESTIMMUNGSLAND

Die Einfuhren (Eingänge) sind nach dem Herkunftsland und die Ausfuhren (Ausgänge) nach dem Bestimmungsland anzugeben. Auch hier gilt die Anmerkung zu Ein- und Ausfuhren in Abschnitt 4.2.3. Ein- und Ausfuhren sind nur für das Nachbarland oder für über direkte Rohrfernleitungen verbundene Länder und, im Fall von Flüssigerdgas, für das Land, in dem das Gas auf das Transportschiff verladen wurde, anzugeben.

4.2.13. LIEFERUNGEN FÜR DIE ENERGIEERZEUGUNG

4.3. **Maßeinheiten**

Die Mengen sind in zwei Einheiten anzugeben:

4.3.1. in Volumeneinheiten in Millionen m^3 (Millionen Kubikmeter) bei Referenzgasbedingungen (15 °C, 101 325 Pa);

4.3.2. in Energieeinheiten in TJ (Terajoule) auf der Basis des Bruttoheizwerts.

4.4. **Frist für die Datenübermittlung**

Innerhalb von 55 Tagen nach dem Berichtsmonat.

ANHANG D

MONATLICH ZU ÜBERMITTELNDE KURZFRISTIGE STATISTIKEN

In diesem Anhang werden der Erfassungsbereich, die Einheiten, der Berichtszeitraum, die Erhebungshäufigkeit, die Fristen und die Übermittlungsmodalitäten für die kurzfristige monatliche Erhebung statistischer Daten beschrieben.

Anhang A enthält Erläuterungen zu Begriffen, die im vorliegenden Anhang nicht erläutert werden.

Die folgenden Bestimmungen gelten für die Erhebung aller in diesem Anhang aufgeführten Daten:

a) Berichtszeitraum: Der Berichtszeitraum für die gemeldeten Daten ist ein Kalendermonat.

b) Periodizität: Die Daten werden monatlich gemeldet.

c) Übermittlungsformat: Die Daten sollten nach dem einschlägigen, von Eurostat festgelegten Austauschstandard übermittelt werden.

d) Übermittlungsverfahren: Die Daten sollten elektronisch an das zentrale Dateneingangsportal von Eurostat übermittelt oder in dieses hochgeladen werden.

1. **ROHÖLEINFUHREN UND -BEREITSTELLUNG**

1.1. **Infrage kommende Energieprodukte**

Dieses Kapitel betrifft die Meldung für Rohöl.

1.2. **Begriffsbestimmungen**

1.2.1. Einfuhren:

Als Einfuhren gelten alle Mengen an Rohöl, die entweder in das Zollgebiet des Mitgliedstaats gelangen oder aus einem anderen Mitgliedstaat stammen und nicht zur Durchfuhr bestimmt sind. Rohöl, das für die Bestandsbildung verwendet wird, ist eingeschlossen.

Nicht einbezogen in die Einfuhren wird Öl, das aus dem Meeresboden gewonnen wird, für den ein Mitgliedstaat ausschließliche Rechte zur Nutzung und Einfuhr in das Zollgebiet der Gemeinschaft ausübt.

1.2.2. Bereitstellung:

Die Bereitstellung umfasst das während des Referenzzeitraums in den Mitgliedstaat eingeführte und das in diesem Mitgliedstaat erzeugte Rohöl. Die Bereitstellung von Rohöl aus zuvor angelegten Beständen ist ausgeschlossen.

1.2.3. CIF-Preis:

Bei dem CIF-Preis (Preis einschließlich Kosten, Versicherung und Fracht) handelt es sich um den FOB-Preis (Preis frei an Bord), also den am Hafen/Verladeort tatsächlich in Rechnung gestellten Preis, zuzüglich der Kosten für Transport, Versicherung und Gebühren im Zusammenhang mit Rohöltransporten.

Der CIF-Preis des in einem Mitgliedstaat erzeugten Rohöls ist entweder ‚frei Entladehafen' oder ‚frei Grenze', d. h. zu dem Zeitpunkt, zu dem das Rohöl in die Zollhoheit des Einfuhrlandes fällt, zu berechnen.

1.2.4. API-Grad:

Der API-Grad ist ein Maß dafür, wie schwer/leicht Rohöl verglichen mit Wasser ist. Der API-Grad ist nach folgender Formel für die relative Dichte (SG) zu melden: $API = (141{,}5 \div SG) - 131{,}5$

1.3. **Verzeichnis der Aggregate**

1.3.1. Für die Rohöleinfuhren sind folgende Aggregate, aufgeschlüsselt nach Typ und geografischen Erzeugungsgebiet, anzugeben:

1.3.1.1. Bezeichnung des Rohöls

1.3.1.2. durchschnittlicher API-Grad

1.3.1.3. durchschnittlicher Schwefelgehalt

1.3.1.4. eingeführte Gesamtmenge

1.3.1.5. CIF-Gesamtpreis

1.3.1.6. Anzahl der meldenden Stellen

1.3.2. Für die Bereitstellung von Rohöl sind folgende Aggregate anzugeben:

1.3.2.1. bereitgestellte Menge

1.3.2.2. gewichteter durchschnittlicher CIF-Preis

1.4. **Maßeinheiten**

bbl (Barrel) für 2.3.1.4 und 2.3.2.1

kt (tausend Tonnen) für 2.3.2.1

% (Prozent) für 2.3.1.3

° (Grad) für 2.3.1.2

USD (US-Dollar) pro Barrel für 1.3.1.5 und 1.3.2.2

USD (US-Dollar) pro Tonne für 1.3.2.2

1.5. **Geltende Bestimmungen**

1. Berichtszeitraum:

Ein Kalendermonat.

2. Periodizität:

Monatlich.

3. Frist für die Datenübermittlung:

Innerhalb eines Kalendermonats nach dem Berichtsmonat.

4. Übermittlungsformat:

Die Daten sollten nach dem einschlägigen, von Eurostat festgelegten Austauschstandard übermittelt werden.

5. Übermittlungsverfahren:

Die Daten sollten elektronisch an das zentrale Dateneingangsportal von Eurostat übermittelt oder in dieses hochgeladen werden.“

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/265

18.1.2024

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2024/265 DER KOMMISSION

vom 17. Januar 2024

zur Zulassung eines Zink(II)-Betain-Komplexes als Zusatzstoff in Futtermitteln für alle Tierarten mit Ausnahme von Wassertieren, die in mariner Aquakultur gehalten werden

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung ([1]), insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 schreibt vor, dass Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung zugelassen werden müssen, und regelt die Voraussetzungen und Verfahren für die Erteilung einer solchen Zulassung.

(2) Gemäß Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 wurde ein Antrag auf Zulassung eines Zink(II)-Betain-Komplexes gestellt. Dem Antrag waren die nach Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 vorgeschriebenen Angaben und Unterlagen beigefügt.

(3) Der Antrag betrifft die Zulassung eines Zink(II)-Betain-Komplexes als Zusatzstoff in Futtermitteln für alle Tierarten, der in die Zusatzstoffkategorie „ernährungsphysiologische Zusatzstoffe“ und die Funktionsgruppe „Verbindungen von Spurenelementen“ eingeordnet werden soll.

(4) Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (im Folgenden die „Behörde“) kam in ihrem Gutachten vom 11. Januar 2023 ([2]) zu dem Schluss, dass der Zink(II)-Betain-Komplex unter den vorgeschlagenen Verwendungsbedingungen für alle Tierarten und für die Verbraucher sicher ist, sofern die zulässigen Höchstgehalte an Gesamtzink in Futtermitteln nicht überschritten werden. Was die Sicherheit des Zink(II)-Betain-Komplexes für die Umwelt betrifft, so lassen die verfügbaren Daten keine Rückschlüsse auf seine Sicherheit für das Meeressediment zu, wenn dieser Stoff in Meereskäfigen verwendet wird. Ferner kam die Behörde zu dem Schluss, dass der Zink(II)-Betain-Komplex aufgrund des Vorhandenseins von Nickel als Haut- und Inhalationsallergen zu betrachten ist. Er ist augenreizend, aber nicht hautreizend. Der Stoff stellt nach Auffassung der Behörde eine wirksame Zinkquelle bei der Deckung des Bedarfs der Tiere dar. Besondere Vorgaben für die Überwachung nach dem Inverkehrbringen hält die Behörde nicht für notwendig. Sie hat außerdem den Bericht über die Methode zur Analyse des Futtermittelzusatzstoffs in Futtermitteln geprüft, den das mit der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 eingerichtete Referenzlabor vorgelegt hat.

(5) In Anbetracht der vorstehenden Erläuterungen ist die Kommission der Auffassung, dass der Zink(II)-Betain-Komplex die Bedingungen des Artikels 5 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 erfüllt. Folglich sollte die Verwendung dieses Stoffs zugelassen werden. Außerdem ist die Kommission der Auffassung, dass geeignete Schutzmaßnahmen ergriffen werden sollten, um schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Verwender des Zusatzstoffs zu vermeiden.

(6) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

([1]) ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 29.
([2]) *EFSA Journal* 2023;21(2):7819.

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Zulassung

Der im Anhang genannte Stoff, der der Zusatzstoffkategorie „ernährungsphysiologische Zusatzstoffe“ und der Funktionsgruppe „Verbindungen von Spurenelementen“ angehört, wird unter den in diesem Anhang aufgeführten Bedingungen als Zusatzstoff in der Tierernährung zugelassen.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 17. Januar 2024

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

Kennnummer des Zusatzstoffs	Zusatzstoff	Zusammensetzung, chemische Bezeichnung, Beschreibung, Analysemethode	Tierart oder Tierkategorie	Höchstalter	Mindestgehalt	Höchstgehalt	Sonstige Bestimmungen	Geltungsdauer der Zulassung
					Gehalt des Elements (Zn) in mg/kg Alleinfuttermittel mit einem Feuchtigkeitsgehalt von 12 %			
Kategorie: ernährungsphysiologische Zusatzstoffe. Funktionsgruppe: Verbindungen von Spurenelementen								
3b616	Zink(II)-Betain-Komplex	*Zusammensetzung des Zusatzstoffs* Zink-Betain-Komplex mit mindestens 20 % Zink und mindestens 41 % Betain Nickel: höchstens 60 mg/kg Fest *Charakterisierung des Wirkstoffs* Bezeichnung: catena-[μ3-sulphato-(trimethylammonio)acetato-zinc(II)] Chemische Formel: $[Zn((CH_3)_3NCH_2COO)(SO_4)]n$ Spezifikationen — mindestens 20 % Zink — mindestens 41 % Betain — 9 %-12 % Schwefel — höchstens 5 % Feuchtigkeit *Analysemethoden* (1) Zur Quantifizierung des Gesamtzinks im Futtermittelzusatzstoff: — Atomemissionsspektrometrie mit induktiv gekoppeltem Plasma, ICP-AES (EN 15621 oder EN 15510) oder — Atomabsorptionsspektrometrie, AAS (ISO 6869) Zur Quantifizierung des Gesamtzinks in Vormischungen: — Atomemissionsspektrometrie mit induktiv gekoppeltem Plasma, ICP-AES (EN 15621 oder EN 15510) oder	— Hunde — Katzen	—	—	200	1. Der Zusatzstoff wird Futtermitteln als Vormischung beigegeben. 2. Die Futtermittelunternehmer müssen für die Verwender des Zusatzstoffs und der Vormischungen operative Verfahren und organisatorische Maßnahmen festlegen, um potenzielle Risiken aufgrund der Verwendung zu vermeiden. Können diese Risiken durch solche Verfahren und Maßnahmen nicht beseitigt werden, so sind Zusatzstoff und Vormischungen mit persönlicher Atem-, Augen- und Hautschutzausrüstung zu verwenden.	7. Februar 2034
			— Ferkel — Sauen — Kaninchen — in landgestützter Aquakultur gehaltene Fische, ausgenommen Salmoniden	—	—	150		
			— Kälber (Milchaustauschfuttermittel) — in landgestützter Aquakultur gehaltene Salmoniden	—	—	180		
			andere Arten und Kategorien mit Ausnahme von Wassertieren, die in mariner Aquakultur gehalten werden	—	—	120		

		— Atomabsorptionsspektrometrie, AAS (ISO 6869) oder — Massenspektrometrie mit induktiv gekoppeltem Plasma, ICP-MS (EN 17053) Zur Quantifizierung des Gesamtzinks im Mischfuttermittel: — Atomemissionsspektrometrie mit induktiv gekoppeltem Plasma, ICP-AES (EN 15621 oder EN 15510) oder — Atomabsorptionsspektrometrie, AAS (Anhang IV Buchstabe C der Verordnung (EG) Nr. 152/2009 der Kommission oder ISO 6869) oder — Massenspektrometrie mit induktiv gekoppeltem Plasma, ICP-MS (EN 17053) Zur Quantifizierung des Betains im Futtermittelzusatzstoff: — Hochleistungsflüssigkeitschromatografie mit Refraktionsindexdetektor (HPLC-RI) Zur Quantifizierung des Schwefels und des Sulfats im Futtermittelzusatzstoff: — Atomemissionsspektrometrie mit induktiv gekoppeltem Plasma, ICP-AES (EN 15621) Nachweis der Komplexbildung zwischen Zink, Betain und Sulfat: Pulver-Röntgenbeugung (XRD) (2)						

(1) Nähere Informationen zu den Analysemethoden siehe Website des Referenzlabors unter: https://joint-research-centre.ec.europa.eu/eurl-fa-eurl-feed-additives/eurl-fa-authorisation/eurl-fa-evaluation-reports_de

(2) Diffraktometer Stoe Stadi P in Guinier-Geometrie mit Cu-Kα1-Strahlung (Johann-/Ge-Monochromator) und Bildplattendetektor Stoe IP-PSD.

ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2024/265/oj

ABl. L vom 18.1.2024

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/267

18.1.2024

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2024/267 DER KOMMISSION

vom 17. Januar 2024

zur Erteilung einer Unionszulassung für das Biozidprodukt „DEC-SPORE 200 Plus“ gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten ([1]), insbesondere auf Artikel 44 Absatz 5 Unterabsatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Am 28. September 2017 reichte die Veltek Associates Inc. Europe bei der Europäischen Chemikalienagentur (im Folgenden „Agentur“) gemäß Artikel 43 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 einen Antrag auf Unionszulassung für ein Biozidprodukt mit der Bezeichnung „DEC-SPORE 200 Plus“ der Produktart 2 gemäß Anhang V der genannten Verordnung ein und legte eine schriftliche Bestätigung dafür vor, dass die zuständige Behörde der Niederlande der Bewertung des Antrags zugestimmt hatte. Der Antrag wurde mit der Nummer BC-WV034235-09 in das Register für Biozidprodukte eingetragen.

(2) „DEC-SPORE 200 Plus“ enthält als Wirkstoff Peressigsäure, die in der in Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 genannten Unionsliste genehmigter Wirkstoffe für die Produktart 2 enthalten ist.

(3) Am 30. August 2022 übermittelte die bewertende zuständige Behörde der Agentur gemäß Artikel 44 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 einen Bewertungsbericht und die Schlussfolgerungen zu ihrer Bewertung.

(4) Am 23. März 2023 übermittelte die Agentur der Kommission gemäß Artikel 44 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 ihre Stellungnahme ([2]) mit dem Entwurf der Zusammenfassung der Eigenschaften des Biozidprodukts „DEC-SPORE 200 Plus“ und dem endgültigen Bewertungsbericht für das Biozidprodukt.

(5) In der Stellungnahme wird der Schluss gezogen, dass das Biozidprodukt „DEC-SPORE 200 Plus“ als „einziges Biozidprodukt“ gemäß Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe r der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 gelten kann, dass eine Unionszulassung gemäß Artikel 42 Absatz 1 der genannten Verordnung erteilt werden kann und dass das Biozidprodukt bei Übereinstimmung mit dem Entwurf der Zusammenfassung der Eigenschaften des Biozidprodukts die Bedingungen gemäß Artikel 19 Absatz 1 der genannten Verordnung erfüllt.

(6) Am 14. April 2023 übermittelte die Agentur der Kommission gemäß Artikel 44 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 den Entwurf der Zusammenfassung der Biozidprodukteigenschaften in allen Amtssprachen der Union.

(7) Die Kommission schließt sich der Stellungnahme der Agentur an und ist daher der Auffassung, dass eine Unionszulassung für das Biozidprodukt „DEC-SPORE 200 Plus“ erteilt werden sollte.

(8) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Biozidprodukte —

([1]) ABl. L 167 vom 27.6.2012, S. 1.
([2]) Stellungnahme der ECHA vom 2. März 2023 zur Unionszulassung für das Biozidprodukt „DEC-SPORE 200 Plus“ (ECHA/BPC/374/2023), https://echa.europa.eu/opinions-on-union-authorisation.

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Veltek Associates Inc. Europe erhält eine Unionszulassung für das Biozidprodukt „DEC-SPORE 200 Plus“ mit der Zulassungsnummer EU-0030727-0000 für das Inverkehrbringen und die Verwendung des Biozidprodukts gemäß der im Anhang enthaltenen Zusammenfassung der Biozidprodukteigenschaften.

Die Unionszulassung gilt vom 7. Februar 2024 bis zum 31. Januar 2034.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 17. Januar 2024

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

ANHANG

Zusammenfassung der Eigenschaften eines Biozidprodukts

DEC-SPORE 200 Plus

Produktart 2 — Desinfektionsmittel und Algenbekämpfungsmittel, die nicht für eine direkte Anwendung bei Menschen und Tieren bestimmt sind (Desinfektionsmittel)

Produktart 2 — Desinfektionsmittel und Algenbekämpfungsmittel, die nicht für eine direkte Anwendung bei Menschen und Tieren bestimmt sind (Desinfektionsmittel)

Zulassungsnummer:

R4BP-Assetnummer:

1. ADMINISTRATIVE INFORMATIONEN

1.1. Handelsbezeichnung(en) des Produkts

Handelsname	DEC-SPORE 200 Plus DEC-SPORE 300 Plus

1.2. Zulassungsinhaber

Name und Anschrift des Zulassungsinhabers	Name	
	Anschrift	
Zulassungsnummer		
R4BP-Assetnummer		
Datum der Zulassung		
Ablauf der Zulassung		

1.3. Hersteller des Produkts

Name des Herstellers	Evonik Operations GmbH (Acting for Evonik Active Oxygens, LLC (US))
Anschrift des Herstellers	One Commerce Square, 2005 Market Street, Suite 3200, 19103 Philadelphia PA Vereinigte Staaten
Standort der Produktionsstätten	Tonawanda Plant, 35 Sawyer Avenue, 14150 Tonawanda, NY Vereinigte Staaten

1.4. Hersteller des Wirkstoffs/der Wirkstoffe

Wirkstoff	Peressigsäure
Name des Herstellers	Evonik Operations GmbH (Acting for Evonik Active Oxygens, LLC (US))

Anschrift des Herstellers	One Commerce Square, 2005 Market Street, Suite 3200, 19103 Philadelphia, PA Vereinigte Staaten
Standort der Produktionsstätten	Tonawanda Plant, 35 Sawyer Avenue, 14150 Tonawanda, NY Vereinigte Staaten

2. **PRODUKTZUSAMMENSETZUNG UND -FORMULIERUNG**

2.1. **Qualitative und quantitative Informationen zur Zusammensetzung des Produkts**

Trivialname	IUPAC-Bezeichnung	Funktion	CAS-Nummer	EG-Nummer	Gehalt (%)
Peressigsäure		Wirkstoffe	79-21-0	201-186-8	5,13
Essigsäure (Eisessig)	Essigsäure	nicht wirksamer Stoff	64-19-7	200-580-7	10,4
Wasserstoffperoxid	Wasserstoffperoxid	nicht wirksamer Stoff	7722-84-1	231-765-0	21,7

2.2. **Art der Formulierung**

SL — Lösliches Konzentrat

3. **GEFAHREN- UND SICHERHEITSHINWEISE**

Gefahrenhinweise	Erwärmung kann Brand verursachen. Kann gegenüber Metallen korrosiv sein. Gesundheitsschädlich bei Verschlucken. Gesundheitsschädlich bei Hautkontakt. Gesundheitsschädlich bei Einatmen. Wirkt ätzend auf die Atemwege. Sehr giftig für Wasserorganismen mit langfristiger Wirkung. Verursacht schwere Verätzungen der Haut und schwere Augenschäden.
Sicherheitshinweise	Von Hitze, heißen Oberflächen, Funken, offenen Flammen sowie anderen Zündquellenarten fernhalten. Nicht rauchen. Nur in Originalverpackung aufbewahren. Dampf nicht einatmen. Bei Gebrauch nicht essen, trinken oder rauchen. Nur im Freien oder in gut belüfteten Räumen verwenden. Freisetzung in die Umwelt vermeiden. Schutzhandschuhe tragen. Schutzkleidung tragen. Augenschutz tragen. Gesichtsschutz tragen. BEI BERÜHRUNG MIT DER HAUT (oder dem Haar):Alle kontaminierten Kleidungsstücke sofort ausziehen. Haut mit Wasser abwaschen. BEI VERSCHLUCKEN: Mund ausspülen. KEIN Erbrechen herbeiführen. BEI KONTAKT MIT DEN AUGEN: Einige Minuten lang behutsam mit Wasser ausspülen. Eventuell Vorhandene Kontaktlinsen nach Möglichkeit entfernen. Weiter ausspülen.

	Sofort GIFTINFORMATIONSZENTRUM anrufen. Kontaminierte Kleidung ausziehen. Und vor erneutem Tragen waschen. Inhalt entsprechend den örtlichen/nationalen Vorschriften der Entsorgung zuführen. Behälter entsprechend den örtlichen/nationalen Vorschriften der Entsorgung zuführen. BEI EINATMEN: Person an die frische Luft bringen und für ungehinderte Atmung sorgen. Unter Verschluss aufbewahren.

4. **ZUGELASSENE VERWENDUNG(EN)**

4.1. **Beschreibung der Verwendung**

Tabelle 1

Verwendung # 1 — Verwendung Nr. 1 Verwendung als Flächendesinfektionsmittel — Innenbereich

Art des Produkts	PT02 — Desinfektionsmittel und Algenbekämpfungsmittel, die nicht für eine direkte Anwendung bei Menschen und Tieren bestimmt sind (Desinfektionsmittel)
Gegebenenfalls eine genaue Beschreibung der zugelassenen Verwendung	-
Zielorganismen (einschließlich Entwicklungsphase)	wissenschaftlicher Name: Bakterien Trivialname: Bakterien Entwicklungsstadium: Bakterielle Zellen wissenschaftlicher Name: Hefearten Trivialname: Hefe Entwicklungsstadium: zelluläre Hefen
Anwendungsbereich	Innen- Desinfektionsmittel nur für die industrielle Verwendung. Zur Verwendung im Innenbereich auf Böden, Wänden und anderen harten, nichtporösen Oberflächen, unter anderem allgemeine Oberflächen, Werkzeuge, Tische, Regale usw. in Reinräumen von Produktionsanlagen für pharmazeutische, biopharmazeutische, medizintechnische Produkte sowie Produkte der Gesundheitspflege und Diagnostik.
Anwendungsmethode(n)	Methode: Flächendesinfektion durch Tränken oder Sprühen mit einem Pumpsprüher. Zum Verteilen des Produkts kann ein Mopp, Stofftuch oder Wischtextil verwendet werden. Detaillierte Beschreibung: -
Anwendungsrate(n) und Häufigkeit	Aufwandmenge: 100 ml/m^2 Verdünnung (%): 0,5 % v/v Verdünnen Sie das Produkt manuell 1:200 in Wasser (zum Beispiel 5 ml des Produktes auf 995 ml Wasser) oder verwenden Sie das SimpleMix-System. Anzahl und Zeitpunkt der Anwendung:

	Typische Anwendungshäufigkeit: 1 Anwendung pro Tag Kontaktzeit: 5 Minuten für eine bakterizide Behandlung sowie gegen Hefen
Anwenderkategorie(n)	industriell
Verpackungsgrößen und Verpackungsmaterial	75 ml Flasche aus Polyethylen hoher Dichte (HDPE) (lichtundurchlässig) 473 ml HDPE-Flasche (lichtundurchlässig) — SimpleMix-Verpackung 503 ml HDPE-Flasche (lichtundurchlässig) 3,79 Liter HDPE-Flasche (lichtundurchlässig) — SimpleMix-Verpackung Alle Flaschen sind mindestens doppelt in durchsichtigen, verschweißten Polyethylen niedriger Dichte (LDPE)-Tüten (weitere Tüten auf Anfrage des Kunden) und in Versandkartons verpackt. Nicht als Einzelflaschen erhältlich. Wird nur in ganzen, versiegelten Kartons verkauft.

4.1.1. *Anwendungsspezifische Anweisungen für die Verwendung*

Oberfläche gründlich reinigen und abspülen. Vor der Desinfektion ggf. überschüssiges Wasser von der Oberfläche entfernen. Desinfektionslösung herstellen (Verdünnung 1:200). Sorgfältig auftragen wie in den Anweisungen für die Verwendung beschrieben: die Oberfläche gründlich benetzen und an der Luft trocknen lassen. Nachspülen ist nicht erforderlich, kann aber auf Wunsch durchgeführt werden.

Verdünnung von Hand herstellen:

Verdünnungsverhältnis 1:200.

1. Messen Sie 995 ml Wasser in einem sauberen oder sterilisierten Behälter ab.
2. Fügen Sie 5 ml des Produkts hinzu.
3. Verschließen Sie den Behälter fest. Schwenken Sie den geschlossenen Behälter für eine gute Durchmischung.
4. Andere Gebrauchsmengen können anhand des Mischungsverhältnisses berechnet werden.

Herstellung der Lösung mithilfe des SimpleMix-Systems. (Schriftliche Gebrauchshinweise siehe Kappe der Flasche oder SimpleMix-Broschüre):

Der SimpleMix-Behälter (473 ml oder 3,79 Liter) ist mit Wasser und Produktkonzentrat für eine Gerbrauchslösung im Verhältnis 1:200 vordosiert.

1. Öffnen Sie die große Kappe des SimpleMix-Systems.
2. Drücken Sie die innere kleine Flasche nach unten, um das Konzentrat in der Packung in das Wasser in der Packung freizugeben.
3. Die große Kappe wieder anbringen und verschließen.
4. Handelt es sich bei dem Behälter um eine 3,79 Liter-Flasche, vergewissern Sie sich außerdem, dass die Kappe der Ausgießöffnung an der Hauptflasche dicht verschlossen ist. Die 473 ml-Flaschen haben nur eine große Kappe und einen Pumpsprühkopf.
5. Schwenken Sie den geschlossenen Behälter 15 Sekunden lang.
6. Gießen Sie das Produkt aus der großen Flasche in ein mechanisches Sprühgerät oder verwenden Sie bei der 473-ml-Flasche den integrierten Pumpsprüher.

Verwenden Sie zum Auftragen des Produkts ein mechanisches Sprühgerät oder geben Sie das Produkt auf andere Weise auf die Oberfläche und verteilen Sie es dann mit einem Stofftuch, Mopp oder Wischtextil. Achten Sie darauf, dass die Oberflächen vollständig benetzt ist und das Produkt mindestens 5 Minuten einwirken kann.

Bei der Verwendung an Wänden muss das Produkt möglicherweise mehrmals aufgetragen werden, um die Oberfläche vollständig zu benetzen.

Nachspülen ist nicht erforderlich, kann aber auf Wunsch durchgeführt werden.

4.1.2. *Anwendungsspezifische Risikominderungsmaßnahmen*

Für das unverdünnte Produkt:

Sorgen Sie für eine ausreichende Belüftung mit einer Luftwechselrate pro Stunde von mindestens 10 (ACH). Die Aufenthaltsdauer im behandelten Bereich sollte so kurz wie möglich gehalten werden.

Die Verwendung von Atemschutzgeräten (RPE) gemäß der europäischen Norm EN 14387 oder gleichwertig mit einem Schutzfaktor von 4 ist vorgeschrieben. Die Mindestanforderung ist ein batteriebetriebenes, luftreinigendes Atemschutzgerät mit Helm/Haube/Maske (TH1/TM1) oder eine Halb-/Vollmaske mit Kombinationsfilter Gas/P2 (Filtertyp AB1, brauner/grauer Filtertyp).

Bei der Handhabung sind chemikalienresistente Schutzhandschuhe klassifiziert nach der europäischen Norm EN 374 oder gleichwertig — das Handschuhmaterial ist vom Zulassungsinhaber in den Produktinformationen anzugeben — und ein Chemikalienschutzanzug (mindestens Typ 6, EN 13034 oder gleichwertig) zu tragen, der für das Biozid-Produkt undurchlässig ist.

Beim Umgang mit dem Produkt ist das Tragen eines Augen- oder Gesichtsschutzes gemäß EN 16321 oder gleichwertig vorgeschrieben.

Schutzhandschuhe nach Gebrauch entsorgen.

Dies gilt unabhängig von der Anwendung der Richtlinie 98/24/EG und anderer EU-Rechtsvorschriften zum Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer bei der Arbeit.

Die vollständigen Titel der EN-Normen und -Gesetze finden Sie in Abschnitt 6.

Für das verdünnte Produkt (0,5 % v/v):

Für das verdünnte Produkt sind keine Risikominderungsmaßnahmen erforderlich.

4.1.3. *Anwendungsspezifische Besonderheiten möglicher unerwünschter unmittelbarer oder mittelbarer Nebenwirkungen, Anweisungen für Erste Hilfe sowie Notfallmaßnahmen zum Schutz der Umwelt*

Siehe Allgemeine Anweisungen für die Verwendung

4.1.4. *Anwendungsspezifische Hinweise für die sichere Beseitigung des Produkts und seiner Verpackung*

Siehe Allgemeine Anweisungen für die Verwendung

4.1.5. *Anwendungsspezifische Lagerbedingungen und Haltbarkeit des Biozidprodukts unter normalen Lagerungsbedingungen*

Siehe Allgemeine Anweisungen für die Verwendung

4.2. **Beschreibung der Verwendung**

Tabelle 2

Verwendung # 2 — Verwendung Nr. 2 Flächendesinfektionsmittel — Innenbereich — sporizide Anwendung

Art des Produkts	PT02 — Desinfektionsmittel und Algenbekämpfungsmittel, die nicht für eine direkte Anwendung bei Menschen und Tieren bestimmt sind (Desinfektionsmittel)
Gegebenenfalls eine genaue Beschreibung der zugelassenen Verwendung	-
Zielorganismen (einschließlich Entwicklungsphase)	wissenschaftlicher Name: Bakteriensporen Trivialname: Bakteriensporen Entwicklungsstadium: Bakteriensporen

	wissenschaftlicher Name: Bakterien Trivialname: Bakterien Entwicklungsstadium: Bakterielle Zellen wissenschaftlicher Name: Hefearten Trivialname: Hefe Entwicklungsstadium: zelluläre Hefen wissenschaftlicher Name: Pilze Trivialname: Pilze Entwicklungsstadium: Pilze
Anwendungsbereich	Innen- Desinfektionsmittel nur für die industrielle Verwendung. Zur Verwendung im Innenbereich auf Böden, Wänden und anderen harten, nichtporösen Oberflächen, unter anderem allgemeine Oberflächen, Werkzeuge, Tische, Regale usw. in Reinräumen von Produktionsanlagen für pharmazeutische, biopharmazeutische, medizintechnische Produkte sowie Produkte der Gesundheitspflege und Diagnostik.
Anwendungsmethode(n)	Methode: Flächendesinfektion durch Tränken oder Sprühen mit einem Pumpsprüher. Zum Verteilen des Produkts kann ein Mopp, Stofftuch oder Wischtextil verwendet werden. Detaillierte Beschreibung: -
Anwendungsrate(n) und Häufigkeit	Aufwandmenge: 100 ml/m^2 Verdünnung (%): 6,7 % v/v Verdünnen Sie das Produkt manuell 1:15 in Wasser (zum Beispiel 67 ml auf 933 ml Wasser) oder verwenden Sie das SimpleMix-System. Anzahl und Zeitpunkt der Anwendung: Typische Anwendungshäufigkeit: 1 Anwendung pro Tag Kontaktzeit: 5 Minuten für eine bakterizide und fungizide Behandlung sowie gegen Hefen 15 Minuten für eine sporizide Behandlung
Anwenderkategorie(n)	industriell
Verpackungsgrößen und Verpackungsmaterial	75 ml Flaschen aus Polyethylen hoher Dichte (HDPE) (lichtundurchlässig) 473 ml HDPE-Flaschen (lichtundurchlässig) — SimpleMix-Verpackung 503 ml HDPE-Flaschen (lichtundurchlässig) 3,79 Liter HDPE-Flaschen (lichtundurchlässig) — SimpleMix-Verpackung Alle Flaschen sind mindestens doppelt in durchsichtigen, verschweißten Polyethylen niedriger Dichte (LDPE)-Tüten (weitere Tüten auf Anfrage des Kunden) und in Versandkartons verpackt. Nicht als Einzelflaschen erhältlich. Wird nur in ganzen, versiegelten Kartons verkauft.

4.2.1. *Anwendungsspezifische Anweisungen für die Verwendung*

Oberfläche gründlich reinigen und abspülen. Vor der Desinfektion ggf. überschüssiges Wasser von der Oberfläche entfernen. Desinfektionslösung herstellen (Verdünnung 1:15). Sorgfältig auftragen wie in den Anweisungen für die Verwendung beschrieben: die Oberfläche gründlich benetzen und an der Luft trocknen lassen. Nachspülen ist nicht erforderlich, kann aber auf Wunsch durchgeführt werden.

Verdünnung von Hand herstellen:

Verdünnungsverhältnis 1:15.

1. Messen Sie 3,75 Liter Wasser in einen sauberen oder sterilisierten Behälter ab.
2. Fügen Sie 250 ml des Produkts hinzu.
3. Verschließen Sie den Behälter fest. Schwenken Sie den geschlossenen Behälter für eine gute Durchmischung.
4. Andere Gebrauchsmengen können anhand des Mischungsverhältnisses berechnet werden.

Herstellung der Lösung mithilfe des SimpleMix-Systems (473 ml oder 3,79 Liter). (Schriftliche Gebrauchshinweise siehe Kappe der Flasche oder SimpleMix-Anleitungsbroschüre):

[Hinweis: Der SimpleMix-Behälter mit der Kennzeichnung „Sporizid“ ergibt eine Verwendungsverdünnung von 1:15.]

1. Öffnen Sie die große Kappe des SimpleMix-Systems.
2. Drücken Sie die innere kleine Flasche nach unten, um das Konzentrat in der Packung in das Wasser in der Packung freizugeben.
3. Die große Kappe wieder anbringen und verschließen.
4. Handelt es sich bei dem Behälter um eine 3,79 Liter-Flasche, vergewissern Sie sich außerdem, dass die Kappe der Ausgießöffnung an der Hauptflasche dicht ist. Die 473 ml-Flaschen haben nur eine große Kappe und einen Pumpsprühkopf.
5. Schwenken Sie den geschlossenen Behälter 15 Sekunden lang.
6. Gießen Sie das Produkt aus der großen Flasche in ein mechanisches Sprühgerät bzw. verwenden Sie bei der 473-ml-Flasche den integrierten Pumpsprüher.

(Schriftliche Gebrauchshinweise siehe Kappe der Flasche oder SM-01-E SimpleMix-Anleitungsbroschüre.)

Verwenden Sie zum Auftragen des Produkts ein mechanisches Sprühgerät oder geben Sie das Produkt auf andere Weise auf die Oberfläche und verteilen Sie es dann mit einem Stofftuch, Mopp oder Wischtextil. Achten Sie darauf, dass die Oberflächen vollständig benetzt ist und das Produkt für eine bakterizide und fungizide Behandlung sowie gegen Hefen mindestens 5 Minuten und für eine sporizide Behandlung mindestens 15 Minuten lang einwirken kann.

Bei der Verwendung an Wänden muss das Produkt möglicherweise mehrmals aufgetragen werden, um die Oberfläche vollständig zu benetzen.

Nachspülen ist nicht erforderlich, kann aber auf Wunsch durchgeführt werden.

4.2.2. *Anwendungsspezifische Risikominderungsmaßnahmen*

Für das unverdünnte Produkt:

Sorgen Sie für eine ausreichende Belüftung mit einer Luftwechselrate pro Stunde von mindestens 10 (ACH). Die Aufenthaltsdauer im behandelten Bereich sollte so kurz wie möglich gehalten werden.

Die Verwendung von Atemschutzgeräten (RPE) gemäß der europäischen Norm EN 14387 oder gleichwertig mit einem Schutzfaktor von 4 ist vorgeschrieben. Die Mindestanforderung ist ein batteriebetriebenes, luftreinigendes Atemschutzgerät mit Helm/Haube/Maske (TH1/TM1) oder eine Halb-/Vollmaske mit Kombinationsfilter Gas/P2 (Filtertyp AB1, brauner/grauer Filtertyp).

Bei der Handhabung des Produkts sind chemikalienresistente Schutzhandschuhe gemäß EN 374 oder gleichwertig — das Handschuhmaterial wird vom Zulassungsinhaber in den Produktinformationen angegeben — und einen Schutzanzug (mindestens Typ 6 EN 13034 oder gleichwertig) zu tragen, der für das Biozid-Produkt undurchlässig ist.

Beim Umgang mit dem Produkt ist das Tragen eines Augen- oder Gesichtsschutzes gemäß EN 16321 oder gleichwertig vorgeschrieben.

Schutzhandschuhe nach Gebrauch entsorgen.

Dies gilt unabhängig von der Anwendung der Richtlinie 98/24/EG und anderer EU-Rechtsvorschriften zum Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer bei der Arbeit.

Für das verdünnte Produkt (6,7 % v/v):

Sorgen Sie für eine ausreichende Belüftung mit einer Luftwechselrate pro Stunde von mindestens 10 (ACH). Der Aufenthaltsdauer im behandelten Bereich sollte so kurz wie möglich gehalten werden.

Bei der Handhabung des Produkts sind chemikalienresistente Schutzhandschuhe gemäß EN 374 oder gleichwertig — das Handschuhmaterial wird vom Zulassungsinhaber in den Produktinformationen angegeben — und einen Schutzanzug (mindestens Typ 6 EN 13034 oder gleichwertig) zu tragen, der für das Biozid-Produkt undurchlässig ist.

Für die Anwendung Wischen ist die Verwendung von Atemschutzgeräten (RPE) gemäß der europäischen Norm EN 14387 oder gleichwertig mit einem Schutzfaktor von mindestens 4 ist vorgeschrieben, bei Mopp- und Pumpsprühanwendung mit einem Schutzfaktor von 10. Die Mindestanforderung ist ein batteriebetriebenes, luftreinigendes Atemschutzgerät mit Helm/Haube/Maske (TH1/TM1) oder eine Halb-/Vollmaske mit Kombinationsfilter Gas/P2 (Filtertyp AB1, brauner/grauer Filtertyp).

Bei einer Luftwechselrate pro Stunde von 30 (ACH):

Bei der Handhabung des Produkts sind chemikalienresistente Schutzhandschuhe gemäß EN 374 oder gleichwertig — das Handschuhmaterial wird vom Zulassungsinhaber in den Produktinformationen angegeben — und einen Schutzanzug (mindestens Typ 6 EN 13034 oder gleichwertig) zu tragen, der für das Biozid-Produkt undurchlässig ist.

Beim Umgang mit dem Produkt ist das Tragen eines Augen- oder Gesichtsschutzes vorgeschrieben.

Schutzhandschuhe nach Gebrauch entsorgen.

Dies gilt unabhängig von der Anwendung der Richtlinie 98/24/EG und anderer EU-Rechtsvorschriften zum Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer bei der Arbeit.

Ungeschützte Personen müssen von den behandelten Bereichen ferngehalten werden, bis die Oberflächen trocken sind.

Die vollständigen Titel der EN-Normen und -Gesetze finden Sie in Abschnitt 6.

4.2.3. *Anwendungsspezifische Besonderheiten möglicher unerwünschter unmittelbarer oder mittelbarer Nebenwirkungen, Anweisungen für Erste Hilfe sowie Notfallmaßnahmen zum Schutz der Umwelt*

Siehe Allgemeine Anweisungen für die Verwendung

4.2.4. *Anwendungsspezifische Hinweise für die sichere Beseitigung des Produkts und seiner Verpackung*

Siehe Allgemeine Anweisungen für die Verwendung

4.2.5. *Anwendungsspezifische Lagerbedingungen und Haltbarkeit des Biozidprodukts unter normalen Lagerungsbedingungen*

Siehe Allgemeine Anweisungen für die Verwendung

5. **ANWEISUNGEN FÜR DIE VERWENDUNG** ([1])

5.1. **Anwendungsbestimmungen**

Siehe anwendungsspezifische Anweisungen für die Verwendung

5.2. **Risikominderungsmaßnahmen**

Ungeschützte Personen müssen von behandelten Bereichen, in denen die Wasserstoffperoxid- und/oder Peressigsäurekonzentrationen die jeweils akzeptable Expositionskonzentration in der Luft überschreiten, ferngehalten werden (1,25 mg/m³ für Wasserstoffperoxid und 0,5 mg/m³ für Peressigsäure oder ein niedrigerer relevanter nationaler Referenzwert).

([1]) Hinweise zur Verwendung, Maßnahmen zur Risikominderung und andere Anweisungen zur Verwendung, die in diesem Abschnitt aufgeführt sind, gelten für alle zugelassenen Verwendungen.

Wenn die Wasserstoffperoxid-, Peressigsäure- und/oder Essigsäurekonzentrationen in der Luft die jeweils akzeptable Expositionskonzentration überschreiten oder wenn eine Überwachung der Konzentrationen in der Luft nicht möglich ist, müssen exponierte Personen/Verwender eine geeignete Atemschutzausrüstung tragen.

5.3. **Besonderheiten möglicher unerwünschter unmittelbarer oder mittelbarer Nebenwirkungen, Anweisungen für Erste Hilfe sowie Notfallmaßnahmen zum Schutz der Umwelt**

Für das unverdünnte Produkt:

NACH VERSCHLUCKEN: Sofort Mund ausspülen. Der exponierten Person etwas zu trinken geben, falls sie in der Lage ist zu schlucken. KEIN Erbrechen herbeiführen. Rettungsdienst (Tel. 112) alarmieren.

NACH HAUTKONTAKT: Haut sofort mit viel Wasser spülen, beschmutzte Kleidungsstücke ausziehen. Haut für weitere 15 Minuten mit Wasser spülen. GIFTINFORMATIONSZENTRUM oder Arzt anrufen. (Kleidung vor Wiederverwendung waschen.)

NACH AUGENKONTAKT: Sofort einige Minuten mit Wasser spülen, ggf. Kontaktlinsen entfernen. 15 Minuten mit Wasser weiter spülen. Rettungsdienst (Tel. 112) alarmieren.

Hinweis für medizinisches Personal:

Augen auf Transport wiederholt spülen, wenn Augenkontakt gegenüber alkalischen Chemikalien (pH-Wert > 11) wie Aminen oder gegenüber Säuren, wie Essigsäure, Ameisensäure oder Propionsäure.

NACH EINATMEN: An die frische Luft bringen und in einer Position für ungehinderte Atmung lagern.

Bei Symptomen: Rettungsdienst (Tel. 112) alarmieren.

Ohne Symptome: GIFTINFORMATIONSZENTRUM oder Arzt anrufen.

Falls erforderlich, lebenserhaltende Maßnahmen einleiten, danach GIFTINFORMATIONSZENTRUM anrufen.

Für das verdünnte Produkt (0,5 % und 6,7 %):

Nach EINATMEN: Bei Symptomen: GIFTINFORMATIONSZENTRUM oder Arzt anrufen.

NACH VERSCHLUCKEN: Mund ausspülen. Der exponierten Person etwas zu trinken geben, falls sie in der Lage ist zu schlucken. KEIN Erbrechen herbeiführen. GIFTINFORMATIONSZENTRUM oder Arzt anrufen.

NACH HAUTKONTAKT: Beschmutzte Kleidungsstücke ausziehen. Haut mit Wasser spülen. Bei Hautreizung: Ärztlichen Rat einholen. (Kleidung vor Wiederverwendung waschen.)

NACH AUGENKONTAKT: Mit Wasser spülen, ggf. Kontaktlinsen entfernen. 5 Minuten mit Wasser weiter spülen. GIFTINFORMATIONSZENTRUM oder Arzt anrufen. Bei Freisetzung oder Exposition rufen Sie den europäischen Notfalldienst an: in Englisch und 23 europäischen Sprachen CARECHEM24 unter +44 1235 239 670 und in arabischer Sprache + 44 1235 239 671.

Notfallmaßnahmen zum Schutz der Umwelt:

Vermeiden Sie die (direkte) Freisetzung (von unverdünntem Produkt) in die Umwelt/Kanalisation.

5.4. **Hinweise für die sichere Beseitigung des Produkts und seiner Verpackung**

Vergewissern Sie sich, dass Behälter vollständig entleert sind.

Leere Behälter nicht wiederverwenden.

Leere Behälter mit der gleichen Sorgfalt und denselben Sicherheitsvorkehrungen handhaben wie volle Behälter. Leeren Behälter dreimal mit Leitungswasser ausspülen, dann dem Recycling oder der Wiederaufbereitung zuführen, auf einer geeigneten Mülldeponie entsorgen oder den leeren Behälter verbrennen, sofern seitens der nationalen und örtlichen Behörden zulässig.

Bei der Entsorgung dieser Verpackung sind die Gesetze zur Abfallentsorgung und die Vorschriften der örtlichen Behörden einzuhalten.

5.5. **Lagerbedingungen und Haltbarkeit des Biozidprodukts unter normalen Lagerungsbedingungen**

An einem kühlen Ort aufbewahren.

Produkt im belüfteten Originalbehälter aufbewahren.

Nicht auf der Seite oder auf dem Kopf stehend lagern.

Beschädigung oder Verbeulungen an der Verpackung vermeiden.

Verunreinigen Sie bei der Lagerung und Entsorgung des Produkts kein Wasser, Lebensmittel oder Futtermittel.

Behälter dicht verschlossen halten.

Über 0 °C und unter 30 °C lagern.

Haltbarkeit: 2 Jahre.

6. **SONSTIGE INFORMATIONEN**

Vollständige Titel der erwähnten EN-Normen und -Gesetze.

EN 14387 — Atemschutzgeräte — Gasfilter und Kombinationsfilter — Anforderungen, Prüfung, Kennzeichnung

EN 16321 — Augen- und Gesichtsschutz für den beruflichen Einsatz

EN 374 — Schutzhandschuhe gegen gefährliche Chemikalien und Mikroorganismen. Teil 1: Terminologie und Leistungsanforderungen für chemische Risiken.

EN 13034 — Schutzkleidung gegen flüssige Chemikalien. Leistungsanforderungen an Chemikalienschutzkleidung mit begrenzter Schutzleistung gegen flüssige Chemikalien (Ausrüstung Typ 6 und Typ PB [6]).

Richtlinie 98/24/EG des Rates vom 7. April 1998 zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (Vierzehnte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 131 vom 5.5.1998, S. 11).

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/285

18.1.2024

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2024/285 DER KOMMISSION

vom 17. Januar 2024

zur Zulassung einer Taigawurzel-Tinktur aus *Eleutherococcus senticosus* (Rupr. & Maxim.) Maxim als Zusatzstoff in Futtermitteln für Hunde, Katzen und Pferde

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung ([1]), insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 schreibt vor, dass Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung zugelassen werden müssen, und regelt die Voraussetzungen und Verfahren für die Erteilung einer solchen Zulassung. Artikel 10 Absatz 2 der genannten Verordnung sieht für Zusatzstoffe, die gemäß der Richtlinie 70/524/EWG des Rates ([2]) zugelassen wurden, eine Neubewertung vor.

(2) Der Stoff Taigawurzel-Tinktur aus *Eleutherococcus senticosus* (Rupr. & Maxim.) Maxim wurde mit der Richtlinie 70/524/EWG auf unbegrenzte Zeit als Zusatzstoff in Futtermitteln für alle Tierarten zugelassen. In der Folge wurde dieser Stoff gemäß Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 als bereits bestehendes Produkt der Kategorie „sensorische Zusatzstoffe“ und der Funktionsgruppe „Aromastoffe“ in das Register der Futtermittelzusatzstoffe eingetragen.

(3) Nach Artikel 10 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 in Verbindung mit deren Artikel 7 wurde ein Antrag auf Zulassung einer Taigawurzel-Tinktur aus *Eleutherococcus senticosus* (Rupr. & Maxim.) Maxim als Futtermittelzusatzstoff für alle Tierarten gestellt; in diesem Zusammenhang wurde die Einordnung des Zusatzstoffs in die Zusatzstoffkategorie „sensorische Zusatzstoffe“ und die Funktionsgruppe „Aromastoffe“ beantragt. Dem Antrag waren die nach Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 vorgeschriebenen Angaben und Unterlagen beigefügt.

(4) Später zog der Antragsteller den Antrag auf Zulassung von *Eleutherococcus senticosus* (Rupr. & Maxim.) Maxim in Bezug auf die Verwendung für alle Tierarten außer Hunden, Katzen und Pferden zurück.

(5) Der Antragsteller beantragte, dass der Futtermittelzusatzstoff auch zur Verwendung in Tränkwasser zugelassen wird. Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 ist jedoch die Zulassung von „Aromastoffen“ zur Verwendung in Tränkwasser nicht erlaubt. Daher sollte die Verwendung dieses Zusatzstoffs in Tränkwasser nicht zugelassen werden.

(6) Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (im Folgenden „Behörde“) zog in ihrem Gutachten vom 1. Februar 2023 ([3]) den Schluss, dass Taigawurzel-Tinktur aus *Eleutherococcus senticosus* (Rupr. & Maxim.) Maxim für Hunde, Katzen und Pferde sowie für die Verbraucher und die Umwelt sicher ist. Sie kam zu dem Schluss, dass Taigawurzel-Tinktur aus *Eleutherococcus senticosus* (Rupr. & Maxim.) Maxim als haut- und augenreizend und als Haut- und Inhalationsallergen betrachtet werden sollte. Die Behörde kam ferner zu dem Schluss, dass anerkannt ist, dass der Stoff die sensorischen Eigenschaften von Futtermitteln beeinflussen kann und dass für diesen Stoff kein weiterer Nachweis der Wirksamkeit als notwendig erachtet wird. Die Behörde hat außerdem den Bericht über die Methode zur Analyse des Futtermittelzusatzstoffs in Futtermitteln geprüft, den das mit der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 eingerichtete Referenzlabor vorgelegt hat.

([1]) ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 29.
([2]) Richtlinie 70/524/EWG des Rates vom 23. November 1970 über Zusatzstoffe in der Tierernährung (ABl. L 270 vom 14.12.1970, S. 1).
([3]) *EFSA Journal* 2023;21(2):7876.

(7) Daher ist die Kommission der Auffassung, dass Taigawurzel-Tinktur aus *Eleutherococcus senticosus* (Rupr. & Maxim.) Maxim die Bedingungen gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 erfüllt Folglich sollte die Verwendung dieses Stoffs zugelassen werden. Die Kommission ist der Auffassung, dass es in Anbetracht des Vorhandenseins von besorgniserregenden Stoffen in der Taigawurzel-Tinktur aus *Eleutherococcus senticosus* (Rupr. & Maxim.) Maxim erforderlich ist, einen Höchstgehalt in Alleinfuttermitteln festzulegen und die Kombination des Zusatzstoffs mit anderen, die dieselben besorgniserregenden Stoffe enthalten, zu begrenzen. Außerdem ist die Kommission der Auffassung, dass geeignete Schutzmaßnahmen ergriffen werden sollten, um schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Verwender des Zusatzstoffs zu vermeiden.

(8) Da es nicht erforderlich ist, die Änderung der Zulassungsbedingungen für Taigawurzel-Tinktur aus *Eleutherococcus senticosus* (Rupr. & Maxim.) Maxim aus Sicherheitsgründen unverzüglich anzuwenden, sollte den Beteiligten eine Übergangsfrist eingeräumt werden, damit sie sich auf die neuen Anforderungen vorbereiten können, die sich aus der Zulassung ergeben.

(9) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Zulassung

Der im Anhang beschriebene Stoff, der in die Zusatzstoffkategorie „sensorische Zusatzstoffe“ und die Funktionsgruppe „Aromastoffe“ einzuordnen ist, wird unter den im Anhang aufgeführten Bedingungen als Zusatzstoff in der Tierernährung zugelassen.

Artikel 2

Übergangsmaßnahmen

(1) Der im Anhang genannte Stoff und die diesen enthaltenden Vormischungen, die vor dem 7. August 2024 nach Maßgabe der vor dem 7. Februar 2024 geltenden Bestimmungen hergestellt und gekennzeichnet werden, dürfen bis zur Erschöpfung der Bestände weiter in Verkehr gebracht und verwendet werden.

(2) Einzel- und Mischfuttermittel, die den im Anhang beschriebenen Stoff enthalten und vor dem 7. Februar 2025 gemäß den vor dem 7. Februar 2024 geltenden Bestimmungen hergestellt und gekennzeichnet werden, dürfen bis zur Erschöpfung der Bestände weiter in Verkehr gebracht und verwendet werden, wenn sie für zur Lebensmittelerzeugung genutzte Tiere bestimmt sind.

(3) Einzel- und Mischfuttermittel, die den im Anhang beschriebenen Stoff enthalten und vor dem 7. Februar 2026 gemäß den vor dem 7. Februar 2024 geltenden Bestimmungen hergestellt und gekennzeichnet werden, dürfen bis zur Erschöpfung der Bestände weiter in Verkehr gebracht und verwendet werden, wenn sie für zur Lebensmittelerzeugung genutzte Tiere bestimmt sind.

Artikel 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 17. Januar 2024

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

ANHANG

Kennnummer des Zusatzstoffs	Zusatzstoff	Zusammensetzung, chemische Bezeichnung, Beschreibung, Analysemethode	Tierart oder Tierkategorie	Höchstalter	Mindestgehalt	Höchstgehalt	Sonstige Bestimmungen	Geltungsdauer der Zulassung
					mg Wirkstoff/kg Alleinfuttermittel mit einem Feuchtigkeitsgehalt von 12 %			
Kategorie: sensorische Zusatzstoffe. Funktionsgruppe: Aromastoffe								
2b84696-t	Taigawurzel-Tinktur	*Zusammensetzung des Zusatzstoffs* Tinktur aus den Wurzeln und dem getrockneten Rhizom von *Eleutherococcus senticosus* (Rupr. & Maxim.) Maxim. Flüssig *Charakterisierung des Wirkstoffs* Aus den Wurzeln und dem getrockneten Rhizom von *Eleutherococcus senticosus* (Rupr. & Maxim.) Maxim durch Extraktion mit einem Wasser-Ethanol-Gemisch gewonnene Tinktur gemäß der Definition des Europarats ([1]). CAS-Nummer: 84696-12-8 *Spezifikationen*: Trockenmassegehalt: 0,5-1,5 % Lignane: höchstens 0,014 % — Syringaresinol-di-O-glucosid (Eleutherosid E): 0,0001-0,005 % — Syringaresinol: 0,001 % — Unbekannte Lignane: 0,006 % Sinapylalkohol 4-O-glucosid (Eleutherosid B, Syringin): 0,0001-0,005 % Hydroxycumarin: höchstens 0,001 %	Hunde			460	1. Der Zusatzstoff ist Futtermitteln als Vormischung beizugeben. 2. In der Gebrauchsanweisung für den Zusatzstoff und die Vormischungen sind die Lagerbedingungen und die Stabilität bei Wärmebehandlung anzugeben. 3. Das Mischen von Taigawurzel-Tinktur mit anderen pflanzlichen Zusatzstoffen ist zulässig, sofern der Gehalt an Hydroxycumarinen und Lignanen in Einzel- und Mischfuttermitteln für die jeweilige Tierart oder Tierkategorie unter der Höchstmenge bei Verwendung eines einzelnen Zusatzstoffes liegt. 4. Die Futtermittelunternehmer müssen für die Verwender des Zusatzstoffs und der Vormischungen operative Verfahren und organisatorische Maßnahmen festlegen, um potenzielle Risiken aufgrund der Verwendung zu vermeiden. Können diese Risiken durch solche Verfahren und Maßnahmen nicht beseitigt werden, so sind Zusatzstoff und Vormischungen mit persönlicher Atem-, Augen- und Hautschutzausrüstung zu verwenden.	7. Februar 2034
			Katzen			489		
			Pferde			140		

		Analysemethode (2) Zur Bestimmung von Eleutherosid B und Eleutherosid E (phytochemische Marker) im Futtermittelzusatzstoff (Taigawurzel-Tinktur): — Hochdruckflüssigkeitschromatografie gekoppelt mit fotometrischer Detektion (HPLC-UV)						

(1) Natural sources of flavourings“ (Natürliche Aromaquellen) — Bericht Nr. 2 (2007).
(2) Nähere Informationen zu den Analysemethoden siehe Website des Referenzlabors unter https://ec.europa.eu/jrc/en/eurl/feed-additives/evaluation-reports.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/297

18.1.2024

DELEGIERTE VERORDNUNG (EU) 2024/297 DER KOMMISSION

vom 31. Oktober 2023

zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für den Bereich Gesundheit

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Oktober 2019 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für europäische Statistiken über Personen und Haushalte auf der Grundlage von Einzeldaten aus Stichprobenerhebungen, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 808/2004, (EG) Nr. 452/2008 und (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates ([1]), insbesondere auf Artikel 6 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Europäische Gesundheitsbefragung (EHIS) ist eine allgemeine Bevölkerungserhebung im Bereich Gesundheit, die statistische Informationen über den Gesundheitszustand, Gesundheitsfaktoren und Tätigkeiten der medizinischen Versorgung in der Union liefert. Sie ist eine wichtige Referenzquelle der Union für faktengestützte gesundheitsbezogene Maßnahmen, unter anderem in den Bereichen soziale Inklusion und Sozialschutz, gesunde Lebensführung, gesundes Altern und Wohlergehen, Ungleichheiten im Gesundheitsbereich, Zugang zu medizinischer Versorgung und Qualität der Leistungen der medizinischen Versorgung.

(2) Zur Deckung des bei den relevanten Einzelthemen ermittelten Bedarfs sollte die Kommission die Anzahl und die Titel der Variablen für den Datensatz zur EHIS festlegen.

(3) Gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/1700 darf die Anzahl der Variablen in dieser delegierten Verordnung die bereits am 3. November 2019 von der Kommission (Eurostat) für jeden Bereich verbindlich vorgeschriebene Anzahl von Variablen nicht um mehr als 5 % übersteigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Anzahl und die Titel der Variablen für den Datensatz im Bereich Gesundheit sind im Anhang festgelegt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 31. Oktober 2023

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

([1]) ABl. L 261 I vom 14.10.2019, S. 1.

ANHANG

Anzahl und Titel der Variablen für den Bereich Gesundheit

Thema	Einzelthema	Kennung der Variable	Bezeichnung der Variable
Technische Angaben *12 technische Variablen*	Angaben zur Datenerhebung	PRIMSTRAT	Schicht
		PSE	Primäre Stichprobeneinheit (PSE)
	Kennzeichnung	HHID	Identifikationsnummer des Haushalts
		PID	Identifikationsnummer der Auskunftsperson
	Gewichte	WGT	Individueller Gewichtungsfaktor
	Merkmale der Befragung	PROXY	Art der Beteiligung an der Erhebung
		REFDATE	Bezugsdatum der Befragung
		INTMETHOD	Verwendeter Befragungsmodus
		INTLANG	Sprache der Befragung
	Ort	REGION	Wohnsitzregion
		COUNTRY	Wohnsitzland
		DEG_URB	Grad der Verstädterung
Personen- und Haushaltsmerkmale *11 erfasste Variablen* *1 abgeleitete Variable*	Demografie	SEX	Geschlecht
		AGE	Alter (in vollendeten Jahren)
		YEARBIRTH	Geburtsjahr
		PASSBIRTH	Geburtstag vorüber
	Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund	BIRTHPLACE	Geburtsland
		CITIZEN	Land der primären Staatsangehörigkeit
		BIRTHPLACEFATH	Geburtsland des Vaters
		BIRTHPLACEMOTH	Geburtsland der Mutter
	Haushaltszusammensetzung	PARTNERS	Partner leben im selben Haushalt
		HHNBPERS	Größe des Haushalts
		HHNBPERS_0_13	Zahl der Personen im Alter von 13 Jahren oder jünger
		HHTYPE	Haushaltstyp
Erwerbsbeteiligung *5 erfasste Variablen*	Haupterwerbsstatus (nach eigenen Angaben)	MAINSTAT	Haupterwerbsstatus (nach eigenen Angaben)
	Grundmerkmale des Beschäftigungsverhältnisses	JOBISCO	Beruf — Haupttätigkeit
		LOCNACE	Wirtschaftszweig der örtlichen Einheit — Haupttätigkeit

		FT_PT	Voll- oder Teilzeitbeschäftigung — Haupttätigkeit (nach eigenen Angaben)
		JOBSTAT	Beschäftigungsstatus — Haupttätigkeit
Bildungsstand und -hintergrund *1 erfasste Variable*	Bildungsabschluss	HATLEVEL	Bildungsabschluss (höchste erfolgreich abgeschlossene Bildungsstufe)
Einkommen, Verbrauch und Vermögensaspekte einschließlich Schulden *1 erfasste Variable*	Monatliches Gesamteinkommen des Haushalts	HHINCOME	Derzeitiges Nettomonatseinkommen des Haushalts
Gesundheitszustand und Behinderung, Zugang zu sowie Verfügbarkeit und Inanspruchnahme von Gesundheitsversorgung und Gesundheitsfaktoren *128 erfasste Variablen* *4 erfasste fakultative Variablen*	Europäisches Mindestmodul zur Gesundheit	HS1	Selbstwahrnehmung des allgemeinen Gesundheitszustands
		HS2	Lang andauerndes Gesundheitsproblem
		HS3	Gesundheitsbedingte Einschränkungen bei Aktivitäten
	Krankheiten und chronische Erkrankungen	CD1A	Bestehen einer asthmatischen Erkrankung in den letzten 12 Monaten (einschließlich allergischem Asthma)
		CD1B	Bestehen einer chronischen Bronchitis, einer chronisch obstruktiven Atemwegserkrankung oder eines Emphysems in den letzten 12 Monaten
		CD1C	Auftreten eines Herzinfarkts oder chronische Folgen davon in den letzten 12 Monaten
		CD1D	Bestehen einer koronaren Herzerkrankung oder einer Angina pectoris in den letzten 12 Monaten
		CD1E	Bestehen von Bluthochdruck in den letzten 12 Monaten
		CD1F	Auftreten eines Schlaganfalls (Gehirnblutung, Hirn-Thrombose) oder chronische Folgen davon in den letzten 12 Monaten
		CD1G	Bestehen einer Arthrose (ohne Arthritis) in den letzten 12 Monaten

		CD1H	Bestehen eines Gesundheitsproblems im unteren Rücken oder eines anderen — chronischen — Rückenleidens in den letzten 12 Monaten
		CD1I	Bestehen eines Gesundheitsproblems oder einer anderen — chronischen — Schädigung an der Halswirbelsäule in den letzten 12 Monaten
		CD1J	Bestehen von Diabetes in den letzten 12 Monaten
		CD1K	Bestehen einer Allergie, z. B. Rhinitis, Augenentzündung, Dermatitis, Nahrungsmittelallergie usw. (ohne allergisches Asthma), in den letzten 12 Monaten
		CD1M	Bestehen einer Harninkontinenz in den letzten 12 Monaten
		CD1N	Bestehen von Nierenproblemen in den letzten 12 Monaten
		CD1O	Bestehen einer Depression in den letzten 12 Monaten
		CD1P	Bestehen hoher Blutfettwerte in den letzten 12 Monaten
		CD1R	Bestehen von Krebserkrankungen (d. h. Krebsdiagnose, Krebsbehandlung, Leben mit Krebs) in den letzten 12 Monaten
		CD2	Selbstwahrnehmung der allgemeinen Mundgesundheit
	Unfälle und Verletzungen	AC1	Haushalts- oder Freizeitunfall in den letzten 12 Monaten
	Schmerzen	PN1	Körperliche Schmerzen in den letzten vier Wochen
		PN2	Ausmaß, in dem diese Schmerzen die normale Arbeit in den letzten vier Wochen beeinträchtigten (sowohl Arbeit außerhalb des Haushalts als auch Hausarbeiten)
	Psychische Gesundheit einschließlich Suchterkrankungen	MH1A	Häufigkeit der Beeinträchtigung aufgrund von wenig Interesse oder Freude an Tätigkeiten im Verlauf der letzten zwei Wochen
		MH1B	Häufigkeit der Beeinträchtigung aufgrund von Niedergeschlagenheit, Schwermut oder Hoffnungslosigkeit im Verlauf der letzten zwei Wochen
		MH1C	Häufigkeit der Beeinträchtigung aufgrund von Schwierigkeiten beim Ein- oder Durchschlafen oder vermehrter Schlaf im Verlauf der letzten zwei Wochen
		MH1D	Häufigkeit der Beeinträchtigung aufgrund von Müdigkeit oder Mattigkeit im Verlauf der letzten zwei Wochen

		MH1E	Häufigkeit der Beeinträchtigung aufgrund von vermindertem Appetit oder einem übermäßigen Bedürfnis zu essen im Verlauf der letzten zwei Wochen
		MH1F	Häufigkeit der Beeinträchtigung im Verlauf der letzten zwei Wochen aufgrund negativer Selbstwertgefühle oder des Gefühls, ein Versager zu sein oder sich selbst oder die eigene Familie enttäuscht zu haben
		MH1G	Häufigkeit der Beeinträchtigung im Verlauf der letzten zwei Wochen aufgrund von Konzentrationsschwierigkeiten, z. B. beim Zeitunglesen oder Fernsehen
		MH1H	Häufigkeit der Beeinträchtigung im Verlauf der letzten zwei Wochen durch eine Verlangsamung der Körperbewegungen oder der Sprache, die auch andere bemerkt haben könnten, oder Nervosität oder Unruhe, sodass sich die Auskunftsperson viel mehr als üblich bewegt hat
		MH2A	Gefühl von Freude und guter Laune im Verlauf der letzten zwei Wochen
		MH2B	Gefühl von Ruhe und Entspanntheit im Verlauf der letzten zwei Wochen
		MH2C	Gefühl von Dynamik und Schwung im Verlauf der letzten zwei Wochen
		MH2D	Frisches und ausgeruhtes Aufwachen in den letzten zwei Wochen
		MH2E	Das Gefühl, dass das Leben in den letzten zwei Wochen voller interessanter Dinge war
	Funktionelle Einschränkungen	PL1	Tragen von Brille oder Kontaktlinsen
		PL2	Schwierigkeiten beim Sehen, selbst mit Brille oder Kontaktlinsen
		PL3	Tragen eines Hörgeräts
		PL4	Schwierigkeiten beim Hören während einer Unterhaltung mit einem einzelnen Gesprächspartner in einem ruhigen Raum, selbst mit Hörgerät
		PL5	Schwierigkeiten beim Hören während einer Unterhaltung mit einem einzelnen Gesprächspartner in einem Raum mit höherem Geräuschpegel, selbst mit Hörgerät
		PL6	Schwierigkeiten, auf ebener Strecke einen halben Kilometer ohne Hilfe zu gehen
		PL7	Schwierigkeiten, 12 Stufen hinauf- oder hinunterzugehen

		PL8	Erinnerungs- oder Konzentrationsschwierigkeiten
		PL8A	Kommunikationsschwierigkeiten (Verwendung der üblichen Sprache, z. B. Schwierigkeiten, andere zu verstehen oder selbst verstanden zu werden)
		PL9	Schwierigkeiten beim Abbeißen und Kauen harter Lebensmittel
	Schwierigkeiten bei Tätigkeiten der persönlichen Pflege	PC1A	Schwierigkeiten bei der selbstständigen Nahrungsaufnahme
		PC1B	Schwierigkeiten, sich von einem Bett oder Stuhl zu erheben oder sich darauf niederzulassen
		PC1C	Schwierigkeiten beim An- und Auskleiden
		PC1D	Schwierigkeiten beim Toilettengang
		PC1E	Schwierigkeiten beim Baden oder Duschen
		PC2	Erhält in der Regel bei Tätigkeiten im Zusammenhang mit folgenden persönlichen Bedürfnissen Unterstützung: Nahrungsaufnahme, sich von einem Bett oder Stuhl erheben bzw. sich darauf niederlassen, An- und Auskleiden, Toilettengang, Baden oder Duschen
		PC3	Benötigt Hilfe oder mehr Hilfe bei Tätigkeiten im Zusammenhang mit folgenden persönlichen Bedürfnissen: Nahrungsaufnahme, sich von einem Bett oder Stuhl erheben bzw. sich darauf niederlassen, An- und Auskleiden, Toilettengang, Baden oder Duschen
	Schwierigkeiten bei Arbeiten im Haushalt	HA1A	Schwierigkeiten bei der Zubereitung von Mahlzeiten
		HA1B	Schwierigkeiten beim Telefonieren
		HA1C	Schwierigkeiten beim Einkaufen
		HA1D	Schwierigkeiten bei der Medikamenteneinnahme
		HA1E	Schwierigkeiten beim Erledigen leichter Hausarbeiten
		HA1F	Schwierigkeiten, gelegentlich schwere Hausarbeiten zu erledigen
		HA1G	Schwierigkeiten bei der Erledigung finanzieller und alltäglicher administrativer Angelegenheiten

		HA2	Wird in der Regel bei einer oder mehreren der folgenden Haushaltstätigkeiten unterstützt: Zubereitung von Mahlzeiten, Telefonieren, Einkaufen, Medikamenteneinnahme, Erledigung leichter oder gelegentlicher schwerer Hausarbeiten, finanzielle und alltägliche administrative Angelegenheiten
		HA3	Benötigt Hilfe oder mehr Hilfe bei einer oder mehreren der folgenden Haushaltstätigkeiten: Zubereitung von Mahlzeiten, Telefonieren, Einkaufen, Medikamenteneinnahme, Erledigung leichter oder gelegentlicher schwerer Hausarbeiten, finanzielle und alltägliche administrative Angelegenheiten
	Vorübergehende Einschränkung der Tätigkeit (infolge gesundheitlicher Beschwerden)	AW2	Abwesenheit vom Arbeitsplatz aufgrund eigener gesundheitlicher Probleme in den letzten 12 Monaten — Ausfallzeit in Tagen
	Hindernisse in Bezug auf die Beteiligung an bestimmten Lebensbereichen	BA1	Schwierigkeiten beim Verlassen der Wohnung aufgrund lang andauernder Gesundheitsprobleme (chronische Erkrankungen oder Beeinträchtigungen)
		BA2	Schwierigkeiten bei der Nutzung verschiedener Verkehrsmittel aufgrund lang andauernder Gesundheitsprobleme
		BA3	Schwierigkeiten beim Zugang zu und der Bewegung innerhalb von öffentlichen Gebäuden sowie bei der Nutzung der Innenräume aufgrund lang andauernder Gesundheitsprobleme
		BA4 (fakultativ)	Hauptgrund für die aufgetretenen Schwierigkeiten (außer lang andauernden Gesundheitsproblemen)
		BA5	Schwierigkeiten bei der Teilnahme an gesellschaftlichen Aktivitäten, wie Familienmitglieder oder Freunde zu treffen, außer Haus zu Abend zu essen oder zu gesellschaftlichen Veranstaltungen zu gehen aufgrund lang andauernder Gesundheitsprobleme
		BA6 (fakultativ)	Hauptgrund für die aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Teilnahme an gesellschaftlichen Aktivitäten (außer lang andauernden Gesundheitsproblemen)
		BA7	Schwierigkeiten bei der Nutzung des Internets aufgrund lang andauernder Gesundheitsprobleme

	Inanspruchnahme von Gesundheits- und Langzeitpflege	HO12	Anzahl der Krankenhaustage in den letzten 12 Monaten
		HO34	Anzahl der Aufnahmen in ein Krankenhaus als Stunden- oder Tagespatient in den letzten 12 Monaten
		AM1	Letzter Besuch bei einem Zahnarzt oder Kieferorthopäden (zwecks eigener Behandlung)
		AM2	Letzter Besuch bei einem Allgemeinmediziner oder Hausarzt (zwecks eigener Behandlung)
		AM3	Anzahl der Besuche bei einem Allgemeinmediziner oder Hausarzt in den letzten vier Wochen (zwecks eigener Behandlung)
		AM4	Letzter Besuch bei einem Facharzt (zwecks eigener Behandlung)
		AM5	Anzahl der Besuche bei einem Facharzt in den letzten vier Wochen (zwecks eigener Behandlung)
		AM6A	Konsultation eines Physiotherapeuten in den letzten 12 Monaten
		AM6B	Konsultation eines Psychologen, Psychotherapeuten oder Psychiaters in den letzten 12 Monaten
		LT1	Regelmäßige Inanspruchnahme (mindestens einmal wöchentlich) informeller Pflege- oder Unterstützungsleistungen aufgrund einer chronischen Erkrankung, eines Gebrechens oder altersbedingten Problems
		LT2	Regelmäßige Inanspruchnahme (mindestens einmal wöchentlich) jeglicher (formeller) häuslicher Pflegedienste aufgrund einer chronischen Erkrankung, eines Gebrechens oder altersbedingten Problems
		LT3	Anzahl der Wochenstunden, während der regelmäßig (formelle) häusliche Pflegedienste für eigene Bedürfnisse in Anspruch genommen werden
	Inanspruchnahme von Medikamenten	MD1	Einnahme ärztlich verordneter Medikamente in den letzten zwei Wochen (ohne Empfängnisverhütungsmittel)
		MD2	Einnahme nicht ärztlich verordneter Medikamente, pflanzlicher Arzneimittel oder Vitamine in den letzten zwei Wochen (ohne Empfängnisverhütungsmittel)

	Gesundheitsvorsorge	PA1	Zeitpunkt der letzten Impfung gegen Grippe
		PA2	Letzte Blutdruckmessung durch einen Angehörigen eines Gesundheitsberufs
		PA3	Letzter Cholesterintest durch einen Angehörigen eines Gesundheitsberufs
		PA4	Letzte Blutzuckermessung durch einen Angehörigen eines Gesundheitsberufs
		PA5	Letzter Test auf okkultes Blut im Stuhl
		PA6	Letzte Koloskopie
		PA7	Letzte Mammografie (Röntgenuntersuchung der Brust)
		PA8	Letzter Gebärmutterhalsabstrich
	Zugang zu Gesundheitsversorgung	UN1A	Verzögerung bei der Inanspruchnahme einer Gesundheitsdienstleistung in den letzten 12 Monaten wegen langer Wartezeiten
		UN2A	Ungedeckter Bedarf an psychischen Gesundheitsdienstleistungen
		UN2B	Hauptgrund für den ungedeckten Bedarf an psychischen Gesundheitsdienstleistungen
	Größe und Gewicht	BM1	Körpergröße (ohne Schuhe)
		BM2	Körpergewicht (ohne Bekleidung und Schuhe)
	Körperliche Betätigung	PE1	Körperliche Anstrengung bei arbeitsbezogenen Tätigkeiten (schließt sowohl bezahlte als auch unbezahlte Tätigkeiten ein)
		PE2	Anzahl der Tage in einer typischen Woche, an denen eine Strecke mindestens zehn Minuten kontinuierlich zu Fuß zurückgelegt wird, um von Ort zu Ort zu gelangen
		PE3	Zeit, die an einem typischen Tag mit Gehen verbracht wird, um von Ort zu Ort zu gelangen
		PE4	Anzahl der Tage in einer typischen Woche, an denen eine Strecke durch mindestens zehnminütiges kontinuierliches Radfahren zurückgelegt wird, um von Ort zu Ort zu gelangen
		PE5	Zeit, die an einem typischen Tag mit Radfahren verbracht wird, um von Ort zu Ort zu gelangen

		PE6	Anzahl der Tage in einer typischen Woche an denen Sport, Fitnessübungen oder körperliche Aktivität in der Freizeit ausgeübt werden, die mindestens zu einem leichten Anstieg der Atem- oder Herzfrequenz führen und mindestens zehn Minuten ohne Unterbrechung ausgeübt werden
		PE7	Zeit, die in einer typischen Woche mit Sport, Fitnessübungen oder körperlicher Aktivität in der Freizeit verbracht wird
		PE8	Anzahl der Tage in einer typischen Woche, an denen Aktivitäten zur Muskelkräftigung ausgeübt werden
		PE9	Zeit, die an einem typischen Tag sitzend verbracht wird
	Ernährungsgewohnheiten	DH1	Häufigkeit des Verzehrs von Obst (ohne Säfte)
		DH2	Anzahl der Obstportionen pro Tag (ohne Säfte)
		DH3	Häufigkeit des Verzehrs von Gemüse oder Salat (ohne Säfte und Kartoffeln)
		DH4	Anzahl der Gemüse- oder Salatportionen pro Tag (ohne Säfte und Kartoffeln)
		DH5	Häufigkeit des Konsums reiner Obst- oder Gemüsesäfte
		DH6	Häufigkeit des Konsums mit Zucker gesüßter nichtalkoholischer Getränke
		DH7	Häufigkeit des Verzehrs von rotem Fleisch
		DH8	Häufigkeit des Verzehrs von verarbeiteten Fleischerzeugnissen
	Rauchen	SK1	Rauchverhalten (Tabakerzeugnisse)
		SK2	Durchschnittliche Anzahl der pro Tag gerauchten Zigaretten
		SK3	Früher täglich Tabakerzeugnisse geraucht
		SK4	Wie viele Jahre lang täglich Tabakerzeugnisse geraucht?
		SK5	Häufigkeit der Belastung durch Passivrauchen in Innenräumen
		SK6A	Konsumverhalten (erhitzte Tabakerzeugnisse)
		SK6B	Konsumverhalten (elektronische Zigaretten oder ähnliche elektronische Produkte)

	Alkoholkonsum	AL1	Häufigkeit des Konsums alkoholischer Getränke aller Art (Bier, Wein, Cidre, Spirituosen, Cocktails, alkoholische Mischgetränke, Liköre, hausgemachter oder selbstgebrannter Alkohol usw.) in den letzten 12 Monaten
		AL2	Häufigkeit des Konsums alkoholischer Getränke in der Zeit von Montag bis Donnerstag
		AL3	Anzahl der durchschnittlich konsumierten alkoholischen Getränke (in Standard-Einheiten) an einem der genannten Tage (von Montag bis Donnerstag)
		AL4	Häufigkeit des Konsums eines alkoholischen Getränks in der Zeit von Freitag bis Sonntag
		AL5	Anzahl der durchschnittlich konsumierten alkoholischen Getränke (in Standard-Einheiten) an einem der genannten Tage (von Freitag bis Sonntag)
		AL6	Häufigkeit riskanten Alkoholkonsums (entspricht 60 g reinen Ethanols oder mehr) bei einer einzelnen Gelegenheit in den letzten 12 Monaten
	Gesellschaftliche und Umweltfaktoren	SS1	Anzahl nahestehender Personen, auf die man sich bei ernsten persönlichen Problemen verlassen kann
		SS2	Ausmaß der von Anderen gezeigten Anteilnahme an dem, was die Auskunftsperson tut
		SS3	Wie leicht es ist, praktische Hilfe von den Nachbarn zu erhalten, wenn diese benötigt wird
		IC12	Mindestens einmal wöchentlich Pflege oder Unterstützung einer oder mehrerer Personen, die an einer chronischen Erkrankung, einem Gebrechen oder altersbedingtem Problem leidet/n
		IC3	Anzahl der Wochenstunden, die die Auskunftsperson die Person(en), die an einer chronischen Erkrankung, einem Gebrechen oder altersbedingtem Problem leidet/n, pflegt oder unterstützt
	Suizid (fakultativ)	SU1	Daran gedacht, Suizid zu begehen
		SU2	Jemals einen Suizidversuch unternommen

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/298

18.1.2024

DELEGIERTE VERORDNUNG (EU) 2024/298 DER KOMMISSION

vom 7. November 2023

zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung der Anzahl und der Titel der Variablen für das Ad-hoc-Thema 2025 „Energie und Umwelt“ im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Oktober 2019 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für europäische Statistiken über Personen und Haushalte auf der Grundlage von Einzeldaten aus Stichprobenerhebungen, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 808/2004, (EG) Nr. 452/2008 und (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates ([1]), insbesondere auf Artikel 6 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Durch den in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2019/1700 festgelegten Bereich Einkommen und Lebensbedingungen werden die Informationen bereitgestellt, die im Rahmen des Europäischen Semesters ([2]) und der europäischen Säule sozialer Rechte ([3]), insbesondere in Bezug auf Einkommensverteilung, Armut und soziale Ausgrenzung, benötigt werden. Zudem werden auch Informationen für verschiedene andere, mit Lebensbedingungen und Armut zusammenhängende Politikbereiche der Union bereitgestellt.

(2) Das Ad-hoc-Thema „Energie und Umwelt“, das im Jahr 2025 gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/256 der Kommission ([4]) erfasst werden soll, ist insbesondere im Hinblick auf die Mitteilung der Kommission „Fit für 55“ ([5]) von entscheidender Bedeutung, in der ein Vorschlag für eine Empfehlung zur Sicherstellung eines gerechten Übergangs zur Klimaneutralität ([6]) vorgesehen ist.

(3) Die Kommission sollte die Anzahl und die Titel der Variablen für das Ad-hoc-Thema „Energie und Umwelt“ festlegen.

(4) Im Einklang mit Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/1700 darf die Anzahl der Variablen, die zu erfassen sind, die Anzahl der am 3. November 2019 für den Bereich Einkommen und Lebensbedingungen erfassten Variablen nicht um mehr als 5 % übersteigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Anzahl und Titel der Variablen für das Ad-hoc-Thema 2025 „Energie und Umwelt“ im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen sind im Anhang aufgeführt.

([1]) ABl. L 261 I vom 14.10.2019, S. 1.
([2]) Das Europäische Semester ist der Rahmen der Europäischen Union für die Koordinierung und Überwachung der Wirtschafts- und Sozialpolitik.
([3]) Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission haben die europäische Säule sozialer Rechte auf dem Göteborger Gipfel 2017 proklamiert. Mit dieser Säule sind 20 Grundsätze für ein starkes soziales Europa festgelegt, das sowohl fair als auch inklusiv ist und im 21. Jahrhundert eine Fülle von Chancen bietet.
([4]) Delegierte Verordnung (EU) 2020/256 der Kommission vom 16. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/1700 des Europäischen Parlaments und des Rates durch Festlegung einer rotierenden Mehrjahresplanung (ABl. L 54 vom 26.2.2020, S. 1).
([5]) Mitteilung der Kommission „Fit für 55“: auf dem Weg zur Klimaneutralität — Umsetzung des EU-Klimaziels für 2030“ (COM (2021) 550 final).
([6]) Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Sicherstellung eines gerechten Übergangs zur Klimaneutralität (COM(2021) 801 final).

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 7. November 2023

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

ANHANG

Anzahl und Titel der Variablen für das Ad-hoc-Thema 2025 „Energie und Umwelt“ im Bereich Einkommen und Lebensbedingungen:

Modul	Kennung der Variable	Bezeichnung der Variable
Ad-hoc-Thema 2025 zu Energie und Umwelt (20 obligatorische Variablen)	HEE01	Fußläufige Entfernung zur nächstgelegenen öffentlichen Grünfläche
	PW201	Zufriedenheit mit den öffentlichen Grünflächen in der näheren Umgebung
	PEE03	Erreichbarkeit von Arbeitsplatz/Schule/Hochschule binnen einer Stunde mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Fahrrad oder zu Fuß
	PEE04	Am häufigsten genutztes Verkehrsmittel
	PEE05	Am zweithäufigsten genutztes Verkehrsmittel
	HC006	Baujahr der Hauptwohnung
	HC003A	Renovierung zur Steigerung der Energieeffizienz (Wärmedämmung, Fenster oder Heizungsanlage)
	HEE07	Hürden bei der Verbesserung der Energieeffizienz
	PEE08	Umwelt- bzw. wetterbedingte Schäden an Haus/Wohnung
	HEE09	Getrenntes Sammeln von Plastikflaschen zu Hause
	PEE10	Häufigkeit des Verzehrs von Fleisch, Geflügel oder Fisch
	HEE11	Anzahl der privaten Kraftwagen, Leasing- oder Firmenwagen im Haushalt
	HEE12	Art des (neuesten) Kraftwagens
	HEE13	Jahr der Erstzulassung des (neuesten) Kraftwagens
	HEE14	Jahr der Erstzulassung des (ältesten) Kraftwagens
	PEE15	Anzahl der privaten oder geschäftlichen Flüge innerhalb Europas
	PEE16	Anzahl der privaten oder geschäftlichen Flüge außerhalb Europas
	PEE17	Anzahl der binnen 7 gewöhnlichen Tagen in einem nichtelektrischem Wagen als Fahrer verbrachten Stunden
	PEE20	Versuch, Mobiltelefon bei Defekt reparieren zu lassen
	PEE21	Vorgehen, wenn Mobiltelefon nicht verwendbar ist

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/335

18.1.2024

ENTSCHEIDUNG DER EFTA-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE Nr. 086/23/COL

vom 21. Juni 2023

über mutmaßliche staatliche Beihilfen zugunsten von Gagnaveita Reykjavíkur (Island) [2024/335]

Die EFTA-Überwachungsbehörde (im Folgenden „Überwachungsbehörde“) —

gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (im Folgenden „EWR-Abkommen“), insbesondere auf die Artikel 61 und 62,

gestützt auf das Protokoll 26 zum EWR-Abkommen,

gestützt auf das Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs (im Folgenden „Überwachungsbehörde- und Gerichtshof-Abkommen“), insbesondere auf Artikel 24,

gestützt auf das Protokoll 3 zum Überwachungsbehörde- und Gerichtshof-Abkommen (im Folgenden „Protokoll 3“), insbesondere auf Teil II Artikel 7 Absatz 5 und Artikel 14 und

nach Aufforderung der Beteiligten zur Stellungnahme ([1]) und unter Berücksichtigung ihrer Stellungnahmen,

in Erwägung nachstehender Gründe:

I. SACHLAGE

1. Verfahren

1.1. *Die Beschwerde und das förmliche Prüfverfahren*

(1) Mit Schreiben vom 26. Oktober 2016 ([2]) reichte Síminn hf. (im Folgenden „Beschwerdeführer“) eine Beschwerde über mutmaßliche staatliche Beihilfen ein, die Orkuveita Reykjavíkur (im Folgenden „OR“) seinem Tochterunternehmen Gagnaveita Reykjavíkur (im Folgenden „GR“) ([3]) gewährt hatte.

(2) Mit der Entscheidung Nr. 86/19/COL (im Folgenden „Einleitungsentscheidung“) ([4]) leitete die Überwachungsbehörde das förmliche Prüfverfahren ein. Das Verfahren vor der Annahme der Einleitungsentscheidung ist in deren Abschnitt 2 beschrieben.

(3) Die Überwachungsbehörde leitete das förmliche Prüfverfahren in Bezug auf die folgenden vier Maßnahmen ([5]) (im Folgenden zusammenfassend „Maßnahmen“) ein.

Maßnahme 1: keine Zahlung von marktüblichen Zinsen an OR auf den Vorteil, den GR durch eine vorübergehende Aussetzung der Zinszahlungen erhalten hat.

Maßnahme 2: indirekte Bereitstellung von Mitteln durch OR für GR für die Errichtung eines Glasfasernetzes in der Gemeinde Ölfus.

Maßnahme 3: kurzfristige Darlehen von OR an GR.

Maßnahme 4: Aufnahme einer Bedingung in die Darlehensverträge von GR mit privaten Darlehensgebern über die fortdauernde Mehrheitsbeteiligung von OR an GR.

(4) In der Einleitungsentscheidung vertrat die Überwachungsbehörde die vorläufige Auffassung, dass es sich bei den Maßnahmen um staatliche Beihilfen handelt, und äußerte Zweifel an deren Vereinbarkeit mit dem Funktionieren des EWR-Abkommens. Die Maßnahmen werden in Abschnitt 2.4 ausführlicher erläutert.

([1]) Entscheidung Nr. 86/19/COL vom 5. Dezember 2019 zur Einleitung eines förmlichen Prüfverfahrens wegen mutmaßlicher staatlicher Beihilfen zugunsten von Gagnaveita Reykjavíkur (ABl. C 40 vom 6.2.2020, S. 16, und EWR-Beilage Nr. 8 vom 6.2.2020, S. 17).
([2]) Dokument Nr. 825150 und Anhänge 1 bis 43 (Dokumente Nr. 825151, 825152, 825152, 825153 und 825156).
([3]) Am 12. Oktober 2021 wurde GR in Ljósleiðarinn umbenannt.
([4]) Siehe Fußnote 1.
([5]) Diese Maßnahmen sind in Erwägungsgrund 97 der Einleitungsentscheidung als Maßnahmen i) bis iv) aufgeführt.

(5) In Erwägungsgrund 113 der Einleitungsentscheidung forderte die Überwachungsbehörde die isländischen Behörden auf, bis zum 6. Januar 2020 ihre Stellungnahme abzugeben. Die Überwachungsbehörde veröffentlichte außerdem eine aussagekräftige Zusammenfassung und forderte alle Beteiligten auf, innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung Stellung zu nehmen. ([6])

(6) Mit Schreiben vom 5. März 2020 ([7]) übermittelten die isländischen Behörden eine Stellungnahme zur Einleitungsentscheidung in Form eines Schreibens vom 4. März 2020 zusammen mit Anhängen von GR und OR. ([8]) Von anderen Beteiligten gingen keine Stellungnahmen bei der Überwachungsbehörde ein.

(7) Mit Schreiben vom 4. November 2021 richtete die Überwachungsbehörde ein förmliches Auskunftsersuchen an die isländischen Behörden. ([9]) Mit Schreiben vom 14. Januar 2023 ([10]) antworteten die isländischen Behörden auf dieses Ersuchen und übermittelten mit Schreiben vom 21. Januar 2022 ([11]) weitere Informationen.

(8) Mit Schreiben vom 14. März 2023 ersuchte die Überwachungsbehörde die isländischen Behörden um weitere Informationen. ([12]) Die isländischen Behörden antworteten auf dieses Ersuchen mit Schreiben vom 25. April 2023. ([13]) Mit Schreiben vom 9. Juni 2023 übermittelten die isländischen Behörden weitere Erläuterungen. ([14])

2. **Sachverhalt**

2.1. ***Der Begünstigte***

(9) GR ist ein 2007 gegründetes Telekommunikationsunternehmen, das sich vollständig im Eigentum von OR befindet. ([15]) OR ist ein öffentliches Unternehmen, das durch das Gesetz Nr. 139/2001 ([16]) gegründet wurde und im Eigentum der Gemeinden Reykjavík, Akranes und Borgarbyggð ([17]) steht. GR wurde als eine unabhängige juristische Person gegründet, um die Anforderungen der isländischen Post- und Telekommunikationsverwaltung (im Folgenden „PTA") ([18]) hinsichtlich der Trennung zwischen wettbewerbsorientierten und nicht wettbewerbsorientierten Tätigkeiten von OR ([19]) zu erfüllen.

(10) Über seine verschiedenen Tochterunternehmen ist OR in den Bereichen Strom, geothermisches Wasser für Heizzwecke, Kaltwasser und Abwasserentsorgung tätig. ([20]) Das Tochterunternehmen GR ([21]) betreibt ein Telekommunikations- und Datenübertragungsnetz in Island. Das Unternehmen verschafft Anbietern von Endkundendiensten, die verschiedene Festnetz-Breitband- und Datenübertragungsdienste anbieten, den Zugang zu seinem Glasfasernetz auf Vorleistungsebene.

2.2. ***Der Beschwerdeführer – Síminn hf.***

(11) Bei dem Beschwerdeführer handelt es sich um ein isländisches Unternehmen, das Telekommunikationslösungen anbietet. Dazu gehören Mobilfunk- und Festnetz-Breitbanddienste für Privat- und Geschäftskunden. Zum Zeitpunkt der Einreichung der Beschwerde bei der Überwachungsbehörde war der Beschwerdeführer das Mutterunternehmen von Míla ([22]), einem Unternehmen, dem ein landesweites Telekommunikationsnetz gehört und das dieses Netz auch betreibt.

([6]) ABl. C 40 vom 6.2.2020, S. 16, und EWR-Beilage Nr. 8 vom 6.2.2020, S. 17.
([7]) Dokument Nr. 1118756.
([8]) Dokument Nr. 1118758.
([9]) Dokument Nr. 1262677.
([10]) Dokument Nr. 1262679.
([11]) Dokumente Nr. 1264404 und 1264406.
([12]) Dokument Nr. 1343794.
([13]) Dokument Nr. 1369194.
([14]) Dokument Nr. 1378355.
([15]) Siehe das Organigramm von OR.
([16]) Siehe die Begründung zum Gesetz Nr. 136/2013.
([17]) Siehe das Gesetz Nr. 136/2013.
([18]) Am 1. Juli 2021 wurde die PTA in die Regulierungsstelle für elektronische Kommunikation umgewandelt.
([19]) Beschluss Nr. 10/2006 der PTA vom 13. November 2006.
([20]) Siehe das Organigramm von OR.
([21]) Siehe die GR-Satzung.
([22]) Ardian France SA hat Mila am 15. September 2022 von Síminn erworben.

2.3. ***Relevanter Rechtsrahmen***

(12) Bis zum 1. Juli 2021 waren die Zuständigkeiten der PTA im Bereich der Telekommunikation im Gesetz Nr. 69/2003 über die Post- und Telekommunikationsverwaltung festgelegt ([23]), mit dem der EU-Rechtsrahmen für elektronische Kommunikation ([24]) umgesetzt wurde. Gemäß Artikel 36 des Gesetzes Nr. 81/2003 über elektronische Kommunikation ([25]) hat die PTA unter anderem sicherzustellen, dass Tätigkeiten im wettbewerbsorientierten Telekommunikationssektor nicht durch Einnahmen aus nicht wettbewerbsorientierten Sektoren subventioniert werden.

(13) Im Rahmen ihrer Aufgaben zur Durchsetzung von Artikel 36 des Gesetzes über elektronische Kommunikation ist die PTA damit betraut, die Investitionen von OR auf dem Telekommunikationsmarkt und die Geschäftsbeziehungen zwischen GR und OR zu untersuchen. Solche Untersuchungen können auf eigene Initiative der PTA oder aufgrund von Beschwerden interessierter Parteien eingeleitet werden. GR ist auch verpflichtet, bestimmte Maßnahmen, z. B. die Erhöhung des Stammkapitals ([26]), bei der PTA zur vorherigen Genehmigung anzumelden, und interessierte Dritte können in solchen Fällen als Partei auftreten, wenn sie ein berechtigtes Interesse am Ausgang des Verfahrens nachweisen. ([27])

2.4. ***Sachlicher Hintergrund der Maßnahmen***

2.4.1. *Maßnahme 1*

(14) OR und GR unterzeichneten am 8. März 2007 eine Rahmenvereinbarung (im Folgenden „Rahmenvereinbarung“) ([28]). Zur Rahmenvereinbarung gehören mehrere Nachträge, darunter der Nachtrag Nr. 4, der „Fremdwährungsdarlehensvertrag“ (im Folgenden „Nachtrag“), mit dem ein Darlehen von OR an GR geregelt wurde. ([29]) Die Überwachungsbehörde bezeichnet diese Dokumente als Rahmenvereinbarung und Nachträge.

(15) Gemäß der Rahmenvereinbarung und dem Nachtrag sollte das Darlehen von GR an OR über einen Zeitraum von zwölf Jahren mit 24 Fälligkeitsterminen, jeweils am 1. Mai und 1. November eines jeden Jahres, zurückgezahlt werden. Zu den ersten 14 Fälligkeitstermin waren nur Zinsen zu zahlen. Der erste Zinszahlungstermin war der 1. November 2007. Die Rückzahlung des Darlehensbetrags sollte erst ab dem 1. November 2014 beginnen und danach jährlich zum 1. Mai und 1. November erfolgen. Der letzte Termin für die Zinszahlung und die Rückzahlung des Darlehensbetrags war der 1. Mai 2019.

(16) Mit Beschluss Nr. 32/2008 vom 30. Dezember 2008 ([30]) legte die PTA fest, dass der Darlehenszeitraum in der Rahmenvereinbarung und dem Nachtrag von zwölf auf fünf Jahre verkürzt werden sollte. Die Fälligkeitstermine für die Zinszahlungen sollten mit denen des ursprünglich unterzeichneten Nachtrags vergleichbar sein, und die Rückzahlung des Darlehensbetrags sollte am 1. Mai 2012 erfolgen.

(17) Am 1. Oktober 2009 unterzeichneten GR und OR einen Anhang, mit dem die Laufzeit der Rahmenvereinbarung und des Nachtrags von zwölf Jahren auf fünf Jahre geändert wurde. Dies stand im Einklang mit dem Beschluss Nr. 32/2008 der PTA. Im Anhang wurde Mai 2012 als Endfälligkeitsdatum festgelegt und bestimmt, dass der Darlehensnehmer den ausstehenden Darlehensbetrag und die aufgelaufenen Zinsen bis zum 1. Mai 2012 vollständig zurückzahlen muss.

([23]) Dieses Gesetz ist nicht mehr in Kraft. Das geltende Gesetz ist das Gesetz über die isländische Regulierungsstelle für elektronische Kommunikation, Gesetz Nr. 75/2021.

([24]) Der Rechtsrahmen besteht im Wesentlichen aus fünf Richtlinien und zwei Verordnungen: Rahmenrichtlinie 2002/21/EG (ABl. L 108 vom 24.4.2002, S. 33), Zugangsrichtlinie 2002/19/EG (ABl. L 108 vom 24.4.2002, S. 7), Richtlinie 2009/140/EG („Bessere Rechtsetzung“) (ABl. L 337 vom 18.12.2009, S. 37), Genehmigungsrichtlinie 2002/20/EG (ABl. L 108 vom 24.4.2002, S. 21), Universaldienstrichtlinie 2002/22/EG (ABl. L 108 vom 24.4.2002, S. 51), Verordnung über das Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) (ABl. L 337 vom 18.12.2009, S. 1) und Verordnung über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union (ABl. L 172 vom 30.6.2012, S. 10).

([25]) Dieses Gesetz ist nicht mehr in Kraft. Derzeit gilt das Gesetz Nr. 70/2022.

([26]) Beschluss Nr. 14/2010 der PTA vom 21. Mai 2010.

([27]) Beschluss Nr. 20/2013 der PTA vom 10. Oktober 2013.

([28]) Dokument Nr. 1369230.

([29]) Dokument Nr. 1369230.

([30]) Dokument Nr. 862639.

(18) Am 25. November 2009 schloss GR als Darlehensnehmer mit NBI Ltd. (ehemals Landsbankinn) als Darlehensgeber einen Darlehensvertrag in Form einer Kreditlinie (im Folgenden „Kreditlinienvereinbarung") ([31]) ab. Die Kreditlinienvereinbarung belief sich auf 1 400 Mio. ISK und hatte eine Laufzeit bis zum 15. Juli 2011. ([32])

(19) Nach einer Klausel in Artikel 12 Buchstabe k der Kreditlinienvereinbarung war es dem Darlehensnehmer untersagt, während der Laufzeit der Vereinbarung Tilgungs- und/oder Zinszahlungen für die Darlehen zu leisten. Dies hatte zur Folge, dass die Zinsen aus der Rahmenvereinbarung und dem Nachtrag nicht gemäß den Bestimmungen der Kreditlinienvereinbarung gezahlt werden konnten, solange die Kreditlinienvereinbarung in Kraft war.

(20) Daher wurden die Zahlungen von GR an OR gemäß der Rahmenvereinbarung und dem Nachtrag während der Laufzeit der Kreditlinienvereinbarung, d. h. bis zum 15. Juli 2011, ausgesetzt. Nach diesem Datum entfielen die Beschränkungen, da die Kreditlinienvereinbarung nicht mehr in Kraft war.

(21) Als Darlehensgeber von GR gemäß der Rahmenvereinbarung und dem Nachtrag war die Zustimmung von OR erforderlich, um Änderungen vornehmen zu können.

(22) Die Aussetzung der Zinszahlungen gemäß der Rahmenvereinbarung und dem Nachtrag stellte eine Änderung der ursprünglichen Vereinbarung zwischen OR und GR dar. Daher war die Zustimmung von OR – als Darlehensgeber im Rahmen dieser Vereinbarung – für diese Änderungen erforderlich. Am 14. Oktober 2009 richtete GR ein Schreiben an OR ([33]), in dem das Unternehmen um Zustimmung zur Aussetzung der Zinszahlungen gemäß der Rahmenvereinbarung und dem Nachtrag ([34]) ersuchte. In diesem Schreiben wird auch darauf hingewiesen, dass die Kreditlinienvereinbarung am 15. Juli 2011 ausläuft.

(23) Am 16. Oktober 2009 stimmte der OR-Verwaltungsrat den Bedingungen der Kreditlinienvereinbarung zu. ([35]) Am 19. Oktober 2009 übermittelte OR ein Schreiben ([36]) an GR, in dem die Zustimmung zur Aussetzung der Zinszahlungen mitgeteilt wurde. Konkret bedeutete dies, dass OR der Aussetzung der Zinszahlungen zum 1. November 2009, 1. Mai 2010, 1. November 2010 und 1. Mai 2011 gemäß der Rahmenvereinbarung und dem Nachtrag zustimmte.

(24) Die Daten und Beträge der ausgesetzten Zinszahlungen sind im Folgenden aufgeführt: 1. November 2009 – 81 240 732 ISK, 1. Mai 2010 – 61 415 704 ISK, 1. November 2010 – 55 994 167 ISK und 1. Mai 2011 – 62 994 280 ISK.

(25) Mit Beschluss Nr. 25/2010 vom 7. September 2010 ([37]) stellte die PTA fest, dass Artikel 12 Buchstabe k der Kreditlinienvereinbarung gegen Artikel 36 des Gesetzes über elektronische Kommunikation und gegen die früheren PTA-Beschlüsse Nr. 10/2006 vom 13. November 2006 und Nr. 32/2008 vom 30. Dezember 2008 verstößt. Mit Beschluss Nr. 25/2010 verpflichtete die PTA GR zur Zahlung von Zinsen an OR gemäß der Rahmenvereinbarung und dem Nachtrag.

(26) Zum Zeitpunkt des Erlasses des Beschlusses Nr. 25/2010 der PTA hatte GR die mit diesem Beschluss auferlegten Verpflichtungen bereits erfüllt, da GR die beiden in Rede stehenden Zinszahlungen an OR bereits geleistet hatte. Die am 1. November 2009 fälligen Zinsen wurden am 16. Dezember 2009 (44 Tage nach Aussetzung der Zahlung) und die am 3. Mai 2010 fälligen Zinsen am 30. August 2010 (120 Tage nach Aussetzung der Zahlung) gezahlt. ([38]) Wie die isländischen Behörden erklärten, leistete GR diese Zinszahlungen vor der Annahme des Beschlusses Nr. 25/2010 der PTA auf der Grundlage ihres Schriftwechsels mit der PTA über die Anwendung von Artikel 36 des Gesetzes über elektronische Kommunikation. ([39])

([31]) Dokument Nr. 1262829 (die Kreditlinienvereinbarung).
([32]) Ebd., Abschnitt 18.1.
([33]) Dokument Nr. 1262827.
([34]) Demnach endet die Kreditlinienvereinbarung am 15. Juni 2011, auch wenn in Abschnitt 18.1 der Kreditlinienvereinbarung der 15. Juli 2011 als Enddatum angegeben ist.
([35]) In Dokument Nr. 1262837 Teil 3 heißt es: „Es wird ein Bericht des Geschäftsführers von GR vom 14. Oktober 2009 über die Finanzierung von GR vorgelegt. Der Verwaltungsrat genehmigt die Vorgehensweise sowie die beigefügte Erklärung." Dieser Absatz findet sich auch in der Kreditlinienvereinbarung auf Seite 23.
([36]) Dokument Nr. 126282, S. 21.
([37]) Beschluss Nr. 25/2010 der PTA vom 7. September 2010.
([38]) Siehe die Erklärung über Zinszahlungen in Bezug auf den Darlehensvertrag zwischen Gagnaveitu Reykjavíkur und Orkuveitu Reykjavíkur vom 1. September 2010 (Dokument Nr. 1118758).
([39]) Dokument Nr. 1369196.

(27) Die beiden anderen Zinszahlungen, die am 1. November 2010 und am 1. Mai 2011 fällig waren, waren nie ausgesetzt worden, da der Beschluss der PTA vor dem Fälligkeitsdatum dieser Zinszahlungen erging.

(28) Die PTA hat in keinem ihrer Beschlüsse angeordnet, dass GR die während des Zeitraums der Aussetzung der betreffenden Zinszahlungen aufgelaufenen Zinsen berechnen und zahlen muss, und GR hat dies in der Praxis auch nicht getan.

(29) In Erwägungsgrund 97 der Einleitungsentscheidung vertrat die Überwachungsbehörde die vorläufige Auffassung, dass GR ein Vorteil im Sinne des Artikels 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens erwachsen war, da GR für den Vorteil, der sich aus der vorübergehenden Aussetzung der Zinszahlungen ergab, keine marktüblichen Zinsen zahlte.

2.4.2. *Maßnahme 2*

(30) Am 28. April 2006 unterzeichneten OR und die Gemeinde Ölfus (im Folgenden „Ölfus“) eine Vereinbarung (im Folgenden „ORF-Vereinbarung“) ([40]) zur Errichtung des Ölfus-Wiederbegrünungsfonds (Ölfus Revegetation Fund, im Folgenden „ORF“).

(31) Im Rahmen der ORF-Vereinbarung verpflichtete sich OR zu jährlichen Zahlungen an den ORF in Höhe von 12,5 Mio. ISK über einen Zeitraum von sechs Jahren. Wie in der ORF-Vereinbarung festgelegt, war das Ziel des ORF die Begrünung der durch Kraftwerke beeinträchtigten Flächen in der Gemeinde sowie die Verbesserung der Flächen in der Gemeinde im Allgemeinen. In der ORF-Vereinbarung hat sich OR auch verpflichtet, die Errichtung eines Glasfasernetzes in Ölfus zu unterstützen.

(32) Am 25. Oktober 2007 genehmigte Ölfus die Errichtung des ORF als Fonds mit getrennter Verwaltung, wobei im Genehmigungsbescheid festgelegt wurde, dass Ölfus alleiniger Eigentümer des ORF ist. Der ORF hatte einen Verwaltungsrat, der aus drei Direktoren bestand. Zwei von ihnen wurden von Ölfus und einer von OR ernannt. Die Beschlüsse des ORF-Verwaltungsrats wurden nach dem Mehrheitsprinzip gefasst, das auch das allgemeine Abstimmungsprinzip nach isländischem Recht ist. ([41])

(33) Am 31. Januar 2014 unterzeichneten OR und Ölfus eine Vereinbarung über den Abschluss von Projekten im Rahmen der ORF-Vereinbarung. Im Rahmen der Vereinbarung verzichtete OR auf alle Rechte, Pflichten und Verantwortlichkeiten in Bezug auf den ORF und übertrug diese an Ölfus. ([42])

(34) Am 31. Januar 2014 schlossen GR und Ölfus eine Vereinbarung über den Aufbau und Betrieb eines Glasfaser-Breitbandnetzes in Ölfus (im Folgenden „Vereinbarung über ein Glasfaser-Breitbandnetz von 2014“). Gemäß Artikel 8 der Vereinbarung hatte Ölfus die Kosten für den Bau, den Betrieb, die Verwaltung und die Bereitstellung von Diensten über dieses Breitbandnetz zu tragen. Insbesondere hatte Ölfus an GR 80 Mio. ISK in drei Raten vom 1. Juni bis 1. August 2014 zu zahlen. ([43]) Die übrigen Kosten und Aufwendungen für den Aufbau und Betrieb des Netzwerkes mussten von GR getragen werden.

(35) In einer Pressemitteilung vom 5. Februar 2014 kündigte Ölfus an, den ORF aufzulösen und seine Mittel umzuwidmen. ([44])

(36) Am 23. Mai 2014 erließ Ölfus einen Beschluss zur Auflösung des ORF. Gemäß diesem Beschluss hatte Ölfus das uneingeschränkte Recht, die Mittel des ehemaligen ORF-Fonds für andere Projekte innerhalb der Gemeinde zu verwenden. ([45])

(37) Am 2. Juni 2015 erließ die PTA den Beschluss Nr. 11/2015 ([46]), in dem sie prüfte, ob die Mittel des ehemaligen ORF, die ursprünglich von OR stammten, durch eine Vereinbarung zwischen Ölfus und GR an GR übertragen wurden. Die PTA prüfte auch, ob Ölfus das Eigentum am Breitbandnetz unter Verstoß gegen Artikel 36 des Gesetzes über elektronische Kommunikation an GR übertragen hatte.

([40]) Dokument Nr. 1369212.
([41]) Dokument Nr. 1369214.
([42]) Dokument Nr. 1369218.
([43]) Die Mittel des ehemaligen ORF wurden von Ölfus am 1. Juni (30 Mio. ISK), 1. Juli(30 Mio. ISK) und 1. August 2014 (20 Mio. ISK) an GR überwiesen.
([44]) Ölfus-Pressemitteilung vom 5. Februar 2014.
([45]) Dokument Nr. 1118758, S. 53.
([46]) Beschluss Nr. 11/2015 der PTA vom 2. Juni 2015.

(38) Die PTA entschied, dass GR Ölfus die im Rahmen der Vereinbarung über das Glasfaser-Breitbandnetz von 2014 geleisteten Zahlungen zurückerstatten muss. Die PTA schlug vor, die Rückzahlung entweder in bar zu leisten oder alternativ Ölfus eine Beteiligung am Breitbandnetz einzuräumen. Im letzteren Fall sollte der Wert der Beteiligung dem von Ölfus im Rahmen der Vereinbarung geleisteten Kapitalbeitrag entsprechen, wobei die geforderten Zinsen den Marktbedingungen Rechnung tragen sollten. ([47])

(39) Nach einem Austausch mit der PTA über die Einhaltung des Beschlusses Nr. 11/2015 legte GR der PTA am 3. Dezember 2015 den Entwurf eines Vertrags über Eigentum, Betrieb und Verpachtung des Breitbandnetzes vor. Nach mehreren weiteren Gesprächen zwischen der PTA und GR ([48]) kam die PTA mit Schreiben vom 26. Mai 2016 ([49]) zu dem Schluss, dass der Vertragsentwurf mit Artikel 36 des Gesetzes über elektronische Kommunikation im Einklang steht. Die PTA war auch der Ansicht, dass die in Rede stehenden Mittel von Ölfus und nicht von OR an GR vergeben wurden. ([50])

(40) Am 25. November 2016 unterzeichneten Ölfus und GR eine Vereinbarung über Eigentum, Betrieb und Verpachtung von Breitbandnetzen ([51]). Der Inhalt der Vereinbarung entspricht dem von der PTA geprüften Entwurf. Nach Artikel 2 dieser Vereinbarung erfolgt die Rückzahlung des Kapitalbeitrags in Form von Eigentumsanteilen am Netz auf der Grundlage des Beitrags von Ölfus zum Aufbau. ([52])

(41) In der Einleitungsentscheidung vertrat die Überwachungsbehörde die vorläufige Auffassung, dass GR durch den indirekten Erhalt von Mitteln von OR für die Errichtung eines Glasfasernetzes in Ölfus ein Vorteil erwachsen ist. Bei den in Rede stehenden Mitteln handelt es sich um die in Abschnitt 2.4.2.

2.4.3. *Maßnahme 3*

(42) Mit Schreiben vom 20. April 2015 ([53]) bzw. 7. Juli 2015 ([54]) hat sich GR erkundigt, und die PTA hat bestätigt, dass die Beteiligung von GR an einem von OR betriebenen Cashpool mit Artikel 36 des Gesetzes über elektronische Kommunikation vereinbar ist.

(43) Am 1. Dezember 2016 unterzeichneten GR und OR eine Vereinbarung, wonach GR Zugang zum Cashpool erhält. ([55])

(44) Am 20. März 2019 kam die PTA in ihrem Beschluss Nr. 3/2019 ([56]) zu dem Schluss, dass die Gewährung kurzfristiger Darlehen aus dem Cashpool von OR an GR nicht im Einklang mit Artikel 36 des Gesetzes über elektronische Kommunikation steht. Die PTA vertrat die Auffassung, dass das Cashpool-Darlehen gegen den Beschluss Nr. 10/2006 der PTA vom 13. November 2006 ([57]) und damit gegen Artikel 36 des Gesetzes über elektronische Kommunikation verstößt, da es nicht den Marktbedingungen entspricht.

(45) In der Einleitungsentscheidung vertrat die Überwachungsbehörde die vorläufige Auffassung, dass GR durch die Gewährung kurzfristiger Darlehen von OR über den gemeinsamen Cashpool einen Vorteil erlangt hatte.

2.4.4. *Maßnahme 4*

(46) Maßnahme 4 betrifft den Ersatz der Darlehen von OR an GR durch Darlehen privater Darlehensgeber. Die betreffenden Darlehen privater Darlehensgeber enthielten eine Klausel, wonach dem Darlehensgeber für den Fall, dass die Beteiligung von OR an GR unter 50 % sinkt, das Recht eingeräumt wurde, die Rückzahlung zu verlangen, den Darlehensvertrag zu kündigen oder das Darlehen fällig zu stellen („Kontrollwechselklausel“). Aufgrund dieser Klausel lagen die Zinssätze privater Darlehensgeber nach Angaben des Beschwerdeführers stets unter dem Marktniveau.

([47]) Ebd., S. 26.
([48]) Dokument Nr. 1118758, Anhänge 10 bis 13.
([49]) Dokument Nr. 1118758, Anhang 12.
([50]) *Ebd.*
([51]) Dokument Nr. 1118758, Anhang 14.
([52]) Beteiligung von Ölfus und GR von 78 % bzw. 22 %.
([53]) Dokument Nr. 1369222.
([54]) Dokument Nr. 1369224.
([55]) Dokument Nr. 1262835.
([56]) Beschluss Nr. 3/2019 der PTA vom 20. Februar 2019.
([57]) Beschluss Nr. 10/2006 der PTA vom 13. November 2006.

(47) In ihrem Beschluss Nr. 3/2019 vertrat die PTA die Auffassung, dass die privaten Darlehensgeber mit dieser Klausel die Eigentumsanteile von OR mit den Darlehensverträgen verknüpften, um die Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalls zu minimieren. ([58]) Dementsprechend war die PTA der Ansicht, dass die Klausel zu günstigeren Darlehensbedingungen führen könnte. ([59])

(48) Schließlich entschied die PTA, dass die Darlehensverträge von GR mit privaten Darlehensgebern keine Kontrollwechselklausel enthalten sollten. In Erwägungsgrund 97 der Einleitungsentscheidung vertrat die Überwachungsbehörde die vorläufige Auffassung, dass die Aufnahme der Kontrollwechselklausel in die Darlehensverträge von GR mit privaten Darlehensgebern einen Vorteil für GR dargestellt haben könnte.

3. **Stellungnahme der isländischen Behörden**

3.1. ***Maßnahme 1***

(49) In ihrer Stellungnahme weisen die isländischen Behörden darauf hin, dass nur die beiden Zinszahlungen, die am 2. November 2009 und am 3. Mai 2010 fällig waren, tatsächlich ausgesetzt wurden. Die Zinszahlungen seien schließlich 44 bzw. 120 Tage nach Fälligkeit erfolgt. Seitdem seien die Zahlungen von OR weder ausgesetzt noch sei von den Bedingungen der Darlehensverträge abgewichen worden.

(50) Die in Rede stehende Maßnahme betreffe die Nichtzahlung marktüblicher Zinsen für den Vorteil, den OR durch die zeitweilige Aussetzung der Zinszahlungen erlangt habe. Die isländischen Behörden räumen ein, dass dies den Darlehensnehmer wirtschaftlich entlaste und Kapital freisetze, das andernfalls für Zahlungen verwendet worden wäre, was grundsätzlich einen Vorteil darstellen könne.

(51) Nach den von den isländischen Behörden vorgelegten Berechnungen für die beiden tatsächlich ausgesetzten Zinszahlungen bis zum Zeitpunkt der Zahlung belaufen sich die Zinsen, die anhand des in den Leitlinien der Überwachungsbehörde zu Referenz- und Abzinsungssätzen ([60]) festgelegten Zinssatzes berechnet wurden, auf 13 212 965 ISK (94 588 EUR). Nach Auffassung der isländischen Behörden ist dieser Betrag eine De-minimis-Beihilfe. ([61]) Die isländischen Behörden haben auch bestätigt, dass dem Beihilfeempfänger keine weiteren De-minimis-Beihilfen gewährt worden seien.

(52) Die isländischen Behörden führen auch an, dass die in Teil II Artikel 15 des Protokolls Nr. 3 festgelegte Verjährungsfrist von zehn Jahren überschritten worden sei. Da die ausgesetzten Zinsen am 16. Dezember 2009 und am 30. August 2010 gezahlt worden seien, sei die Verjährungsfrist in Bezug auf Maßnahme 4 abgelaufen. Ihrer Ansicht nach kann die Kommunikation mit der Überwachungsbehörde im Anschluss an das Schreiben des Beschwerdeführers vom 26. Oktober 2016 nicht als fristunterbrechende Handlung der Überwachungsbehörde angesehen werden.

3.2. ***Maßnahme 2***

(53) In ihrer Stellungnahme argumentieren die isländischen Behörden, dass die Maßnahme nicht OR zuzurechnen sei. OR habe weder direkt noch indirekt (z. B. über den ORF-Verwaltungsrat) eine Rolle bei der Auflösung und Veräußerung des ORF gespielt. Die Entscheidung über die Zahlung von 80 Mio. ISK an GR sei von Ölfus und nicht von OR getroffen worden.

(54) Die isländischen Behörden sind der Ansicht, dass die Behauptung der Überwachungsbehörde, dass „OR gemeinsam mit den Vertretern der Gemeinde die Kontrolle über den ORF ausübte“ ([62]), falsch ist, da die Entscheidung des ORF-Verwaltungsrates mit Stimmenmehrheit getroffen wurde und der Vertreter von OR kein Vetorecht hatte. Die Überwachungsbehörde habe auch zu Unrecht festgestellt, dass „der ORF im Jahr 2014 beschlossen hat, aus seinen Mitteln den Aufbau eines Glasfasernetzes durch GR zu finanzieren“ ([63]). Die Gemeinde Ölfus als Alleineigentümerin des ORF habe beschlossen, den ORF aufzulösen und über seine Mittel zu verfügen. Die isländischen Behörden weisen darauf hin, dass auch die PTA davon ausgegangen sei, dass die Mittel von der Gemeinde eingebracht wurden. ([64])

([58]) Beschluss Nr. 3/2019 der PTA vom 20. Februar 2019, Erwägungsgrund 353.
([59]) Ebd., Erwägungsgrund 353.
([60]) Leitlinien der Überwachungsbehörde zu Referenz- und Abzinsungssätzen.
([61]) Die isländischen Behörden verweisen auf die Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen.
([62]) Erwägungsgrund 49 der Einleitungsentscheidung.
([63]) Ebd.
([64]) Dokument Nr. 1118758.

(55) Darüber hinaus sind die isländischen Behörden der Ansicht, dass die Beträge im Rahmen der fraglichen Maßnahme ohnehin zurückgezahlt worden seien und die staatliche Beihilfe daher bereits zurückgefordert worden sei. Die Rückzahlung sei gemäß Beschluss Nr. 11/2015 der PTA erfolgt und von GR in voller Höhe an die Gemeinde Ölfus zurückgezahlt worden. Dies umfasse sowohl den Darlehensbetrag als auch die marktüblichen Zinsen der einzelnen Zahlungen. Die isländischen Behörden weisen darauf hin, dass sich dies in den Eigentumsverhältnissen des Netzes widerspiegele, das zu 78 % der Gemeinde Ölfus gehöre.

(56) Sollte die Überwachungsbehörde zu dem Schluss kommen, dass die im Rahmen der Maßnahme gewährten Beträge nicht vollständig zurückgefordert worden seien, argumentieren die isländischen Behörden, dass die Maßnahme entweder gemäß Artikel 59 Absatz 2 oder gemäß Artikel 61 Absatz 3 Buchstabe c mit dem Funktionieren des EWR-Abkommens vereinbar sei. In Bezug auf diese beiden Artikel stellen die isländischen Behörden fest, dass in den ländlichen Gebieten von Ölfus ein Marktversagen vorgelegen habe, da kein Marktteilnehmer seine Absicht oder Bereitschaft bekundet habe, innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren ein Breitbandnetz in diesem Gebiet eigenständig aufzubauen und zu betreiben.

3.3. *Maßnahme 3*

(57) In ihrer Stellungnahme argumentieren die isländischen Behörden, dass die PTA die in Artikel 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens festgelegten kumulativen Voraussetzungen für das Vorliegen einer staatlichen Beihilfe nicht berücksichtigt habe. Die PTA habe sich zwar auf die formalen Anforderungen an Darlehensverträge zwischen verbundenen Unternehmen wie OR und GR konzentriert, aber nicht geprüft, ob das Darlehen GR einen Vorteil verschaffe, der auf dem Markt nicht erhältlich sei.

(58) Die isländischen Behörden bringen vor, dass OR und GR bei der Festlegung der Bedingungen für die Cashpool-Darlehen die Zinssätze und Zahlungsbedingungen gemäß dem Schreiben der PTA vom 7. Juli 2015 an die Marktbedingungen angepasst haben.

(59) Konkret orientierten sich OR und GR bei den Zinssätzen für die Cashpool-Darlehen an den Konditionen von [...], der Geschäftsbank von GR. Im Dezember 2016 habe […] einen Zinssatz für ähnliche Darlehen bei […] ermittelt ([65]), der dem Zinssatz von […] ([66]) für das Cashpool-Darlehen von GR entsprochen habe. Darüber hinaus habe [...] GR im Dezember 2016 ein Angebot ([67]) über Finanzierungsdarlehen mit [...] unterbreitet, das am 28. Dezember 2016 zum Abschluss eines konkreten Darlehensvertrags geführt habe. ([68])

(60) Die isländischen Behörden sind daher der Ansicht, dass die Bedingungen und Zinssätze der Darlehen den Marktbedingungen entsprochen hätten und dass der Zugang von GR zum Cashpool und dessen Nutzung dem Unternehmen keinen Vorteil verschafft habe.

3.4. *Maßnahme 4*

(61) Nach Angaben der isländischen Behörden handele es sich bei der Kontrollwechselklausel um eine Standardklausel in Darlehensverträgen, die nicht speziell im Hinblick auf OR und GR formuliert worden sei. Die isländischen Behörden legten auch ein Rechtsgutachten vor, dem zufolge die Klausel in Darlehensverträgen in Island und Europa üblich sei.

(62) Die isländischen Behörden sind der Ansicht, dass die Annahme der PTA, die Kontrollwechselklausel biete den Darlehensgebern Sicherheit, unbegründet ist. Alle Maßnahmen, die OR ergreifen könne, um GR bei der Rückzahlung von Darlehen in einer Notlage zu unterstützen ([69]), würden gemäß Artikel 36 des Gesetzes über elektronische Kommunikation einer eingehenden Prüfung und vorherigen Genehmigung durch die PTA unterzogen. Die Eigentumsverhältnisse böten daher keine Gewähr für ein rechtzeitiges und wirksames Eingreifen des Mutterunternehmens gegenüber einem Darlehensgeber. Das Fehlen von Pfandrechten oder Garantien in den Darlehensverträgen von GR sei ein weiteres Indiz dafür, dass die Darlehensgeber GR aufgrund seiner wirtschaftlichen Lage, seiner Geschäftstätigkeit und seiner Zukunftsaussichten als unabhängigen Schuldner betrachteten.

(63) Die isländischen Behörden sind daher der Auffassung, dass ein echter und tatsächlicher Kausalzusammenhang zwischen dem Eigentum und den niedrigeren oder ungewöhnlichen Zinssätzen, Prämien und/oder Zahlungsbedingungen nachgewiesen werden müsse.

([65]) […] Basispunkte plus […].
([66]) […].
([67]) Dokument Nr. 1267408.
([68]) Dokument Nr. 1262817 (Anhang E.4).
([69]) Dazu gehören Garantien, Kapitalerhöhungen, Darlehen oder sonstige finanzielle Unterstützung.

(64) Nach Angaben der isländischen Behörden habe die PTA kein Benchmarking durchgeführt. Im Gegensatz dazu habe GR der PTA eine detaillierte Studie über die Darlehensbedingungen für GR vorgelegt und diese mit den Darlehensbedingungen für ähnliche Unternehmen auf den Darlehensmärkten verglichen.

(65) Gemäß dieser Benchmarking-Analyse habe die Kontrollwechselklausel GR keinen Vorteil verschafft. Der Kontrollwechsel habe nicht die behauptete Wirkung gehabt, dass GR über einen besseren Zinsspread verfügt habe, als es ohne die Beteiligung von OR der Fall gewesen wäre. Vielmehr habe die Analyse ergeben, dass der Darlehensvertrag zu Marktbedingungen abgeschlossen worden sei. Die isländischen Behörden weisen auch darauf hin, dass die PTA zu dem Schluss gekommen sei, dass der Spread ([70]) für GR den Spreads entspreche, die Telekommunikationsunternehmen im Rahmen des Benchmarking der PTA angeboten werden.

(66) Die isländischen Behörden weisen auch darauf hin, dass die PTA in ihrem Beschluss Nr. 3/2019 die Aufnahme von Kontrollwechselklauseln in neue Darlehensverträge von GR untersagt habe. Nach dem Erlass des Beschlusses Nr. 3/2019 der PTA habe GR am 21. Juni 2019 einen neuen Darlehensvertrag mit einem privaten Darlehensgeber abgeschlossen, wobei die Höhe des Zinssatzes durch die Streichung der Kontrollwechselklausel nicht beeinflusst worden sei. Die isländischen Behörden argumentieren daher, dass die Klausel nicht die von der PTA behauptete Wirkung hatte und dass die Darlehensverträge zu Marktbedingungen abgeschlossen wurden.

II. **WÜRDIGUNG**

4. **Vorliegen staatlicher Beihilfen**

(67) Artikel 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens lautet wie folgt: „Soweit in diesem Abkommen nicht etwas anderes bestimmt ist, sind Beihilfen der EG-Mitgliedstaaten oder der EFTA-Staaten oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Funktionieren dieses Abkommens unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Vertragsparteien beeinträchtigen."

(68) Eine Maßnahme wird daher als Beihilfe im Sinne dieser Bestimmung eingestuft, wenn alle folgenden Voraussetzungen erfüllt sind: i) die Maßnahme wird vom Staat oder aus staatlichen Mitteln gewährt, ii) sie verschafft einem Unternehmen einen Vorteil, iii) sie begünstigt bestimmte Unternehmen (Selektivität) und iv) sie droht, den Wettbewerb zu verfälschen und den Handel zu beeinträchtigen. ([71])

4.1. ***Maßnahme 1: vorübergehende Aussetzung der Zinszahlungen von GR an OR***

4.1.1. *Einleitung*

(69) Vor der Würdigung der Maßnahme stellt die Überwachungsbehörde fest, dass die Verjährungsfrist in Bezug auf Maßnahme 1 entgegen der in Erwägungsgrund (52) zusammengefassten Stellungnahme der isländischen Behörden nicht abgelaufen ist.

(70) Nach Teil II Artikel 15 Absatz 1 des Protokolls 3 bestehen die Befugnisse der Überwachungsbehörde zur Rückforderung von Beihilfen für eine Frist von zehn Jahren. Nach Teil II Artikel 15 Absatz 2 des Protokolls 3 beginnt die Verjährungsfrist an dem Tag, an dem die rechtswidrige Beihilfe dem Empfänger als Einzelbeihilfe gewährt worden ist. Zudem wird die Frist mit jeder Maßnahme, die die Überwachungsbehörde in Bezug auf die rechtswidrige Beihilfe ergreift, unterbrochen. Nach Ansicht der Überwachungsbehörde wurde Maßnahme 1 am 16. Oktober 2009 gewährt (siehe Abschnitt 4.3.1). Mit Schreiben vom 28. November 2016 ([72]) leitete die Überwachungsbehörde die Beschwerde und die zusätzlichen Informationen an die isländischen Behörden zur Stellungnahme weiter. Die Überwachungsbehörde ist daher der Ansicht, dass die Verjährungsfrist für Maßnahme 1 zum Zeitpunkt der Annahme dieser Entscheidung noch nicht abgelaufen ist.

([70]) Auf Isländisch *vaxtakjör*.

([71]) Siehe z. B. Urteil des Gerichtshofs vom 17. November 2022, Volotea/Kommission, verbundene Rechtssachen C-331/20 P, C-343/20 P, ECLI:EU:C:2022:886, Rn. 102.

([72]) Dokument Nr. 828509.

(71) Auf der Grundlage der in dieser Sache vorgebrachten Tatsachen und Argumente hält es die Überwachungsbehörde für angemessen, zunächst zu prüfen, ob die Maßnahme die Voraussetzungen für De-minimis-Beihilfen erfüllt und daher keine staatliche Beihilfe darstellt, da davon ausgegangen wird, dass die Maßnahme nicht alle kumulativen Voraussetzungen von Artikel 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens erfüllt.

(72) Die Überwachungsbehörde hat entschieden, dass unter bestimmten Umständen bei kleineren Beihilfebeträgen davon ausgegangen werden kann, dass sie nicht alle Kriterien von Artikel 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens erfüllen und daher nicht dem Notifikationsverfahren unterliegen. Bei solchen De-minimis-Beihilfen kann davon ausgegangen werden, dass sie den Handel zwischen EWR-Staaten nicht beeinträchtigen und den Wettbewerb nicht verfälschen oder zu verfälschen drohen.

(73) Aus den in den Erwägungsgründen 76-79 dargelegten Gründen ist die Überwachungsbehörde der Auffassung, dass die Voraussetzungen für die Beurteilung, ob Maßnahme 1 eine De-minimis-Beihilfe darstellt, in der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission („De-minimis-Verordnung von 2013“) festgelegt sind, die in das EWR-Abkommen aufgenommen wurde. ([73])

(74) Maßnahme 1 betrifft die am 1. November 2009, 1. Mai 2010, 1. November 2010 und Mai 2011 fälligen Zinszahlungen, die vom OR-Verwaltungsrat, der der Unterzeichnung der Kreditlinienvereinbarung durch GR am 16. Oktober 2009 zustimmte, ausgesetzt wurden (siehe Erwägungsgrund (23)).

(75) Die Überwachungsbehörde stellt fest, dass die PTA in ihrem Beschluss Nr. 25/2010 die Auffassung vertrat, dass die Zinszahlungen nicht ausgesetzt werden durften (siehe Erwägungsgrund (25)). Folglich wurden nur die ersten beiden Zinszahlungen, die vor dem Beschluss der PTA erfolgten, tatsächlich ausgesetzt. Diese tatsächlich ausgesetzten Zinszahlungen wurden schließlich am 16. Dezember 2009 (44 Tage nach Aussetzung der Zahlung) bzw. am 30. August 2010 (120 Tage nach Aussetzung der Zahlung) geleistet. Zum Zeitpunkt dieser Zahlungen waren bereits Zinsen auf die ausgesetzten Beträge angefallen, die nicht zurückgefordert wurden.

4.1.2. *Anwendbarkeit und Anwendungsbereich der De-minimis-Verordnung von 2013*

(76) Nach Artikel 8 der De-minimis-Verordnung von 2013 trat die Verordnung am 1. Januar 2014 in Kraft. Die De-minimis-Verordnung von 2013 wurde durch Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses vom 16. Mai 2014 in das EWR-Abkommen aufgenommen und trat im EWR am 17. Mai 2014 in Kraft. ([74]) Die Verordnung ist somit nach Gewährung der Maßnahme in Kraft getreten.

(77) Nach Artikel 7 Absatz 1 der De-minimis-Verordnung von 2013 gilt die Verordnung für Beihilfen, die vor ihrem Inkrafttreten gewährt wurden, sofern die Beihilfen sämtliche Voraussetzungen der Verordnung erfüllen. Beihilfen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden von der Kommission nach den einschlägigen Rahmenbestimmungen, Leitlinien, Mitteilungen und Bekanntmachungen geprüft.

(78) Darüber hinaus gilt die De-minimis-Verordnung von 2013 für Beihilfen an Unternehmen aller Wirtschaftszweige mit den in Artikel 1 Buchstaben a bis e der Verordnung aufgeführten Ausnahmen. Da diese Ausnahmen im vorliegenden Fall nicht anwendbar sind, ist die Überwachungsbehörde der Auffassung, dass Maßnahme 1 in den Anwendungsbereich der De-minimis-Verordnung von 2013 fällt.

(79) Vor diesem Hintergrund wird die Überwachungsbehörde prüfen, ob Maßnahme 1 eine De-minimis-Beihilfe im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 und Artikel 7 Absatz 1 der De-minimis-Verordnung von 2013 darstellt.

4.1.3. *Der Zeitpunkt der Gewährung der Beihilfe*

(80) Der OR-Verwaltungsrat genehmigte am 16. Oktober 2009 die Aussetzung der Zinszahlungen gemäß der Rahmenvereinbarung und dem Nachtrag (siehe Erwägungsgrund (23)).

([73]) Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1). In das EWR-Abkommen aufgenommen unter Nummer 1ea des Anhangs XV.

([74]) Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 98/2014 vom 16. Mai 2014 zur Änderung von Anhang XV (Staatliche Beihilfen) des EWR-Abkommens. Nach Artikel 3 des Beschlusses des Gemeinsamen Ausschusses trat der Beschluss am 17. Mai 2014 in Kraft.

(81) Nach Artikel 3 Absatz 2 der De-minimis-Verordnung von 2013 gilt als Bewilligungszeitpunkt einer De-minimis-Beihilfe „der Zeitpunkt, zu dem das Unternehmen nach dem geltenden nationalen Recht einen Rechtsanspruch auf die Beihilfe erwirbt, und zwar unabhängig davon, wann die De-minimis-Beihilfe tatsächlich an das Unternehmen ausgezahlt wird".

(82) Nach isländischem Recht sind allgemeine Zinsen nur für Geldforderungen zu zahlen, die sich aus einem Vertrag, einer Gewohnheit oder aus Rechtsvorschriften ergeben. ([75]) Ist dies nicht der Fall, wird vermutet, dass keine Verpflichtung zur Zahlung von allgemeinen Zinsen besteht. ([76]) Als die Parteien beschlossen, die Zinszahlungen auszusetzen, vereinbarten sie nicht, dass für diese Aussetzungen Zinsen gezahlt werden sollten. Mit anderen Worten war GR weder vertraglich noch durch Gewohnheitsrecht oder Rechtsvorschriften verpflichtet, Zinsen auf die ausgesetzten Zinszahlungen zu zahlen. Nach Ansicht der Überwachungsbehörde wurde die Beihilfe daher zu dem Zeitpunkt gewährt, als der OR-Verwaltungsrat beschloss, die Zinszahlungen auszusetzen.

(83) Folglich ist die Überwachungsbehörde der Auffassung, dass die Maßnahme 1 am 16. Oktober 2009 gewährt wurde.

4.1.4. *Höhe der De-minimis-Beihilfe, Berechnung des Bruttosubventionsäquivalents und Kumulierung (Artikel 3 Absatz 2, Artikel 4 Absätze 1 und 7 sowie Artikel 5 der De-minimis-Verordnung von 2013)*

(84) In Artikel 2 Absatz 2 der De-minimis-Verordnung von 2013 heißt es: „Der Gesamtbetrag der einem einzigen Unternehmen von einem Mitgliedstaat gewährten De-minimis-Beihilfen darf in einem Zeitraum von drei Steuerjahren 200 000 EUR nicht übersteigen."

(85) Nach Artikel 4 Absatz 1 der De-minimis-Verordnung von 2013 gilt die Verordnung nur für Beihilfen, deren Bruttosubventionsäquivalent im Voraus genau berechnet werden kann, ohne dass eine Risikobewertung erforderlich ist („transparente Beihilfen").

(86) Darüber hinaus entspricht Maßnahme 1 nicht den in Artikel 4 Absätze 2 bis 6 der De-minimis-Verordnung von 2013 genannten Beihilfeformen. ([77]) Nach Artikel 4 Absatz 7 der Verordnung gelten Beihilfen in anderer Form als transparente De-minimis-Beihilfen, wenn die Beihilfebestimmungen eine Obergrenze vorsehen, die gewährleistet, dass der einschlägige Höchstbetrag nicht überschritten wird.

(87) Die Überwachungsbehörde weist erneut darauf hin, dass OR am 16. Oktober 2009, d. h. am Tag der Gewährung von Maßnahme 1, vier Zinszahlungen ausgesetzt hat. Die Überwachungsbehörde stellt fest, dass OR zu diesem Zeitpunkt nicht wusste, dass die PTA mit Beschluss Nr. 25/2010 vom 7. September 2010 eingreifen und die Aussetzung der Zinszahlungen nicht genehmigen würde (siehe Erwägungsgrund (23)). Daher bezog sich der Aussetzungsbeschluss von OR vom 16. Oktober 2009 auf alle vier Zinszahlungen (siehe Erwägungsgrund (24)). Folglich ist die Überwachungsbehörde der Auffassung, dass die Zinsen für alle vier ausgesetzten Zinszahlungen berechnet werden müssen, um zu beurteilen, ob Maßnahme 1 mit den Vorschriften über den Gesamtbetrag von De-minimis-Beihilfen und über die Transparenz (Artikel 3 Absatz 2, Artikel 4 Absatz 1 und Artikel 4 Absatz 7 der De-minimis-Verordnung von 2013) im Einklang steht.

(88) Hinsichtlich der Dauer der Aussetzungszeiträume für die vier Zinszahlungen beruhte die Aussetzung dieser Zahlungen auf den Bestimmungen der Kreditlinienvereinbarung. Daher waren die ausgesetzten Zinszahlungen spätestens zu den in der Kreditlinienvereinbarung festgelegten Fälligkeitsterminen zu leisten.

(89) Daraus folgt, dass zum Bewilligungszeitpunkt (16. Oktober 2009) der genaue Zinsbetrag berechnet werden konnte, der auf die ausgesetzten Zinszahlungen – vom Bewilligungszeitpunkt bis zum Ende der Kreditlinienvereinbarung – anfallen würde. Die Überwachungsbehörde ist daher der Auffassung, dass Maßnahme 1 als transparente Beihilfe im Sinne von Artikel 4 Absatz 1 der De-minimis-Verordnung von 2013 einzustufen ist. Da die Dauer der Aussetzung der Zinszahlungen für einen festen Zeitraum festgelegt wurde, steht Maßnahme 1 auch im Einklang mit Artikel 4 Absatz 7 der De-minimis-Verordnung von 2013.

(90) Hinsichtlich der in der Verordnung enthaltenen Anforderung, die Einhaltung des De-minimis-Höchstbetrags auf der Ebene eines „einzigen Unternehmens" ([78]) zu prüfen, haben die isländischen Behörden bestätigt, dass kein anderes Unternehmen, das von der Stadtverwaltung Reykjavik kontrolliert wird, oder dessen Tochterunternehmen über einen Zeitraum von drei Steuerjahren, in diesem Fall von 2007 bis 2011, De-minimis-Beihilfen erhalten hat. Für die Beurteilung der Einhaltung des in Artikel 3 Absatz 2 der De-minimis-Verordnung von 2013 festgelegten De-minimis-Höchstbetrags ist daher nur der für die Zeiträume der Aussetzung der vier fraglichen Zinszahlungen ([79]) berechnete Zinsbetrag relevant.

([75]) Siehe Artikel 3 des Gesetzes Nr. 38/2001 über Zinsen und Indexierung.
([76]) Siehe Urteil des Obersten Gerichtshofs Islands Nr. 443/2003 vom 6. Mai 2004.
([77]) Artikel 4 Absätze 2 bis 6 der De-minimis-Verordnung von 2013 bezieht sich auf Zuschüsse, Zinszuschüsse, Darlehen, Kapitalzuführungen, Risikofinanzierungsmaßnahmen und Garantien.
([78]) Siehe Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 3 Absatz 2 der De-minimis-Verordnung von 2013.
([79]) Siehe Erwägungsgrund (24).

(91) Die Überwachungsbehörde berechnet den Betrag der De-minimis-Beihilfe auf der Grundlage der folgenden Elemente: Höhe der ausgesetzten Zinszahlungen, Anzahl der Tage, für die die Zinszahlungen ausgesetzt wurden, und Zinssätze, die zur Anwendung gekommen wären, wenn GR die ausgesetzten Beträge für die Dauer der Aussetzung hätte auf dem Markt aufnehmen müssen.

(92) Den Angaben der isländischen Behörden zufolge beträgt der in diesem Fall anzuwendende marktübliche Zinssatz 11,45 %, der auch in der Kreditlinienvereinbarung zwischen GR und einem privaten Darlehensgeber zugrunde gelegt wurde. Dieser Zinssatz basiert auf dem bevorzugten Basiszinssatz K-1 von 10,45 % zuzüglich 100 Basispunkten. ([80]) Die Überwachungsbehörde ist der Auffassung, dass dieser Zinssatz für die Berechnung der De-minimis-Beihilfe angemessen ist. Insbesondere wurde dieser Zinssatz GR von einem privaten Darlehensgeber für ein ähnliches Darlehen zu diesem Zeitpunkt angeboten. Die Überwachungsbehörde stellt ferner fest, dass ihr Referenzzinssatz, der als Ersatzwert für den marktüblichen Zinssatz verwendet wird, im Oktober 2009 auf jeden Fall niedriger war (d. h. 7,67 %).

(93) Die Zinsen auf die ausgesetzten Zahlungen zur Ermittlung des Betrags der De-minimis-Beihilfe werden daher wie folgt berechnet:

Zinsen für die Aussetzung der am 1. November 2009 fälligen Zinszahlung

Ausgesetzte Zinszahlung: 81 240 732 ISK

Anzahl der Tage der Aussetzung: 638

Datum der Zahlung: 15. Juli 2011

Zinssatz: 11,45 %

Zinsen für die ausgesetzten Tage: 16 601 673,62 ISK (98 142 EUR ([81])

Zinsen für die Aussetzung der am 1. Mai 2010 fälligen Zinszahlung

Ausgesetzte Zinszahlung: 61 415 704 ISK

Datum der Zahlung: 15. Juli 2011

Anzahl der Tage der Aussetzung: 441

Zinssatz: 11,45 %

Zinsen für die ausgesetzten Tage: 8 663 969,43 ISK (51 218 EUR)

Zinsen für die Aussetzung der Zinszahlung, fällig am 1. November 2010

Ausgesetzte Zinszahlung: 55 994 167 ISK

Datum der Zahlung: 15. Juli 2011

Anzahl der Tage der Aussetzung: 257

Zinssatz: 11,45 %

Zinsen für die ausgesetzten Tage: 4 514 280,43 ISK (26 686 EUR)

Zinsen für die Aussetzung der Zinszahlung, fällig am 1. Mai 2011

Ausgesetzte Zinszahlung: 62 994 280 ISK

Datum der Zahlung: 15. Juli 2011

Anzahl der Tage der Aussetzung: 76

Zinssatz: 11,45 %

Zinsen für die ausgesetzten Tage: = 1 501 852,67 ISK (8 878 EUR)

([80]) Der bevorzugte Basiszinssatz K-1 (auf Isländisch: *Kjörvaxtaflokkur K-1*) wurde vom kommerziellen Darlehensgeber (*Landsbankinn*) auf dem isländischen Finanzmarkt festgelegt und veröffentlicht. Nach Angaben der isländischen Behörden würde ein kommerzieller Darlehensgeber vor dem 1. Juli 2009 75 Basispunkte und nach dem 1. Juli 2009 100 Basispunkte auf den Basissatz aufschlagen.

([81]) Um den Betrag der De-minimis-Beihilfe in EUR umzurechnen, verwendet die Überwachungsbehörde den durchschnittlichen Jahreswechselkurs ISK/EUR für 2009.

(94) Auf dieser Grundlage beläuft sich der Gesamtbetrag der De-minimis-Beihilfe im Rahmen von Maßnahme 1 auf 184 924 EUR.

(95) Nach Artikel 2 Absatz 6 der De-minimis-Verordnung von 2013 und für die Zwecke der in Absatz 2 genannten Höchstbeträge wird die Beihilfe als Barzuschuss gewährt. Bei den eingesetzten Beträgen sind Bruttobeträge, d. h. die Beträge vor Abzug von Steuern und sonstigen Abgaben, zugrunde zu legen. Wird die Beihilfe nicht als Zuschuss, sondern in anderer Form gewährt, so entspricht der Beihilfebetrag dem Bruttosubventionsäquivalent der Beihilfe. Daraus folgt auch, dass eine Beihilfe, die in mehreren Tranchen zu zahlen ist, auf ihren Wert zum Zeitpunkt der Gewährung der Beihilfe abgezinst werden muss. Der Zinssatz, der für die Abzinsung und die Berechnung des Bruttosubventionsäquivalents anzusetzen ist, ist der zum Zeitpunkt der Gewährung geltende Referenzsatz.

(96) In diesem Fall wurde die Beihilfe in Form einer Aussetzung der künftigen Zinszahlungen am 16. Oktober 2009 gewährt. Der Betrag von 184 924 EUR ist daher ebenfalls auf den Zeitpunkt der Gewährung der Beihilfe abzuzinsen. Obwohl die Überwachungsbehörde keine Abzinsung vorgenommen hat, stellt sie fest, dass eine Abzinsung zu einem noch niedrigeren Beihilfebetrag führen würde, was die Schlussfolgerung stützt, dass der De-minimis-Höchstbetrag im vorliegenden Fall eingehalten wird.

(97) Daher ist die Überwachungsbehörde der Auffassung, dass die Beihilfe im Rahmen von Maßnahme 1 den in Artikel 3 Absatz 2 der De-minimis-Verordnung von 2013 festgelegten Höchstbetrag nicht überschreitet.

4.1.5. *Überwachung (Artikel 6 der De-minimis-Verordnung von 2013)*

(98) In Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 der De-minimis-Verordnung von 2013 heißt es: „Beabsichtigt ein Mitgliedstaat, einem Unternehmen eine De-minimis-Beihilfe zu gewähren, teilt er diesem Unternehmen schriftlich die voraussichtliche Höhe der Beihilfe (ausgedrückt als Bruttosubventionsäquivalent) mit und setzt es unter ausdrücklichen Verweis auf diese Verordnung mit Angabe ihres Titels und der Fundstelle im Amtsblatt der Europäischen Union davon in Kenntnis, dass es sich um eine De-minimis-Beihilfe handelt."

(99) Nach Artikel 6 Absatz 2 der De-minimis-Verordnung von 2013 wird Absatz 1 Unterabsatz 1 nicht mehr angewandt, wenn ein Mitgliedstaat über ein Zentralregister für De-minimis-Beihilfen mit vollständigen Informationen über alle von Behörden in diesem Mitgliedstaat gewährten De-minimis-Beihilfen verfügt, sobald dieses Register einen Zeitraum von drei Steuerjahren erfasst.

(100) Wie die isländischen Behörden erklärten, war das Zentralregister für De-minimis-Beihilfen am 16. Oktober 2010 noch nicht eingerichtet. Somit findet Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 1 auf Maßnahme 1 Anwendung. Als die isländischen Behörden beabsichtigten, GR eine De-minimis-Beihilfe zu gewähren, hätten sie GR die voraussichtliche Höhe der Beihilfe (ausgedrückt als Bruttosubventionsäquivalent) schriftlich mitteilen und GR unter ausdrücklichen Verweis auf diese Verordnung mit Angabe ihres Titels und der Fundstelle im *Amtsblatt der Europäischen Union* davon in Kenntnis setzen müssen, dass es sich um eine De-minimis-Beihilfe handelt.

(101) Die isländischen Behörden haben bestätigt, dass GR nicht über die beabsichtigte Gewährung von De-minimis-Beihilfen im Sinne von Artikel 6 Absatz 1 der De-minimis-Verordnung von 2013 unterrichtet wurde. Die Überwachungsbehörde ist jedoch der Auffassung, dass dieses Versäumnis der Anwendung der De-minimis-Verordnung von 2013 auf Maßnahme 1 nicht entgegensteht; dies entspricht der Auslegung dieser Verordnung durch die Kommission, die auch in ihrer Bekanntmachung über die Rückforderung rechtswidriger und mit dem Binnenmarkt unvereinbarer staatlicher Beihilfen ([82]) („Rückforderungsbekanntmachung von 2019") zum Ausdruck kommt.

(102) Die Überwachungsbehörde hat zwar noch keine Leitlinien erlassen, die der Rückforderungsbekanntmachung der Kommission von 2019 ([83]) entsprechen, ist jedoch der Auffassung, dass die Randnummern 100 und 101 der genannten Bekanntmachung in Bezug auf De-minimis-Beihilfen die allgemeinen Grundsätze widerspiegeln, die die Überwachungsbehörde entsprechend anwendet.

(103) Nach Randnummer 101 der Rückforderungsbekanntmachung von 2019 kann die Kommission einer rückwirkenden Anwendung der De-minimis-Regel auf einen Beihilfeempfänger unter drei Voraussetzungen zustimmen:

— Der Gesamtbetrag der Beihilfe muss unter dem De-minimis-Höchstbetrag liegen ([84]),

([82]) Mitteilung der Kommission – Bekanntmachung der Kommission über die Rückforderung rechtswidriger und mit dem Binnenmarkt unvereinbarer staatlicher Beihilfen, C/2019/5396 (ABl. C 247 vom 23.7.2019, S. 1).

([83]) Die Überwachungsbehörde wendet derzeit ihre 2008 veröffentlichten Leitlinien für die Rückforderung rechtswidriger und mit dem EWR-Abkommen unvereinbarer Beihilfen an (ABl. L 105 vom 21.4.2011, S. 32, und EWR-Beilage Nr. 23/ 2011 vom 21.4.2011, S. 1). Diese Leitlinien entsprechen der Bekanntmachung der Kommission „Rechtswidrige und mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbare staatliche Beihilfen: Gewährleistung der Umsetzung von Rückforderungsentscheidungen der Kommission in den Mitgliedstaaten" (ABl. C 272 vom 15.11.2007, S. 4).

([84]) Der Beihilfebetrag der Maßnahme 1 liegt unter dem De-minimis-Höchstbetrag (siehe Erwägungsgrund 94).

— bei einer rückwirkenden Überprüfung der Höhe der De-minimis-Beihilfen, die über einen Zeitraum von drei Steuerjahren gewährt wurden, muss ein Mitgliedstaat jeden Zeitraum von drei Steuerjahren prüfen, der den Zeitpunkt einschließt, zu dem die Beihilfe, die von der Rückforderung ausgeschlossen werden soll, gewährt wurde ([85]), und

— alle Voraussetzungen der anwendbaren Verordnung, die rückwirkend angewendet werden kann, müssen erfüllt sein.

(104) Aus der vorstehenden Analyse geht hervor, dass Maßnahme 1 mit Ausnahme von Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 alle in der De-minimis-Verordnung von 2013 festgelegten Voraussetzungen für De-minimis-Beihilfen zum Bewilligungszeitpunkt erfüllte. Darüber hinaus können die Anforderungen nach Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 nicht rückwirkend angewandt werden. Die Überwachungsbehörde ist daher der Auffassung, dass Maßnahme 1 alle drei unter Randnummer 101 der Rückforderungsbekanntmachung von 2019 genannten Voraussetzungen erfüllt und unter die De-minimis-Verordnung von 2013 fällt.

4.1.6. *Schlussfolgerung*

(105) Auf der Grundlage der vorstehenden Ausführungen kommt die Überwachungsbehörde zu dem Schluss, dass Maßnahme 1 mit der De-minimis-Verordnung von 2013 im Einklang steht und daher keine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens darstellt.

4.2. ***Maßnahme 2: Finanzierung der Errichtung eines Glasfasernetzes in der Gemeinde Ölfus***

4.2.1. *Anwendungsbereich der Einleitungsentscheidung*

(106) In der Einleitungsentscheidung vertrat die Überwachungsbehörde die vorläufige Auffassung, dass Maßnahme 2, d. h. der Erhalt von Mitteln, die indirekt von OR für die Errichtung eines Glasfasernetzes in der Gemeinde Ölfus bereitgestellt wurden, alle Kriterien von Artikel 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens erfüllt und daher eine staatliche Beihilfe darstellt. ([86])

(107) Bei der Beurteilung des Umfangs der Beschwerde und dementsprechend bei der Entscheidung über den Anwendungsbereich der Einleitungsentscheidung ging die Überwachungsbehörde davon aus, dass sich die Beschwerde auf mutmaßliche staatliche Beihilfen bezieht, die ausschließlich von OR auf verschiedenen Wegen zugunsten von GR gewährt wurden. ([87]) Sowohl in der ursprünglichen Beschwerde als auch in den nachfolgenden Stellungnahmen äußerte der Beschwerdeführer wiederholt Bedenken hinsichtlich der Durchführung verschiedener Maßnahmen durch OR zugunsten von GR. ([88]) Dies ist auch der Fall bei Maßnahme 2.

(108) Die Beschränkung des Anwendungsbereichs der Einleitungsentscheidung auf Maßnahmen, die ausschließlich von OR ergriffen werden, ergibt sich auch aus Abschnitt 6 der Entscheidung. So vertrat die Überwachungsbehörde in Erwägungsgrund 57 der Einleitungsentscheidung die Auffassung, dass die bloße Tatsache, dass eine Maßnahme von einem öffentlichen Unternehmen ergriffen wird, für sich genommen nicht ausreicht, um sie als dem Staat zurechenbar einzustufen. In diesem Sinne stellte die Überwachungsbehörde in Erwägungsgrund 58 der Einleitungsentscheidung fest: „Die Überwachungsbehörde wird daher im Lichte der vorstehenden Indikatoren zu beurteilen haben, ob OR bei seinen Geschäften mit GR als eine autonome Einheit handelte, die von den Einflüssen ihrer Eigentümer unabhängig war, oder ob seine Handlungen den isländischen Behörden, d. h. der Stadt Reykjavík und den Gemeinden Akranes und Borgarbyggð, zuzurechnen sind."

(109) Darüber hinaus stellte die Überwachungsbehörde in Erwägungsgrund 63 der Einleitungsentscheidung fest, dass sie angesichts der Rechtsstellung von OR, der Zusammensetzung seines Verwaltungsrats und der vorstehend beschriebenen allgemeinen Umstände nicht ausschließen kann, dass die Maßnahmen dem Staat zuzurechnen sind und zu einem Transfer staatlicher Mittel führen, sowie ob und in welchem Umfang sie GR Vorteile verschaffen. In Erwägungsgrund 64 der Einleitungsentscheidung forderte die Überwachungsbehörde die isländischen Behörden auf, zur Frage der Zurechenbarkeit Stellung zu nehmen. Daher beschränkte die Überwachungsbehörde die Beurteilung der Zurechenbarkeit auf OR und dessen Verbindung zur Stadt Reykjavík und den Gemeinden Akranes und Borgarbyggð und ließ andere Rechtspersonen wie Ölfus oder den ORF außer Acht.

(110) Aus diesem Grund ist die Überwachungsbehörde der Auffassung, dass sich der Anwendungsbereich der Einleitungsentscheidung auf Maßnahmen, einschließlich Maßnahme 2, beschränkt, die ausschließlich von OR ergriffen wurden.

([85]) Nach den von den isländischen Behörden vorgelegten Informationen ist diese Bedingung erfüllt (siehe Erwägungsgrund 90 und Dokument Nr. 1369196, S. 13).
([86]) Einleitungsentscheidung, Erwägungsgrund 104.
([87]) Ebd., Erwägungsgrund 12.
([88]) Siehe Abschnitt 2 der Einleitungsentscheidung.

(111) Nach der ständigen Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union (im Folgenden „Gerichtshof“) zum förmlichen Prüfverfahren bei staatlichen Beihilfen ist „die Kommission gemäß Art. 108 Abs. 2 AEUV [verpflichtet], in der Phase der förmlichen Prüfung den Beteiligten eine Frist zur Äußerung zu setzen […]. Diese Regel hat den Charakter einer wesentlichen Formvorschrift. […]“ ([89]). Die Überwachungsbehörde stellt fest, dass Artikel 108 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 entspricht.

(112) Des Weiteren hat der Gerichtshof festgestellt, dass „[n]ach Art. 6 Abs. 1 der Verordnung Nr. 659/1999 […] der Eröffnungsbeschluss eine Zusammenfassung der wesentlichen Sach- und Rechtsfragen, eine vorläufige Würdigung durch die Kommission und Ausführungen über deren Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit der Maßnahme mit dem Binnenmarkt [enthält]. Das förmliche Prüfverfahren ermöglicht es, die im Eröffnungsbeschluss aufgeworfenen Fragen zu vertiefen und zu erläutern […]. Demgegenüber ist es erforderlich, dass die Kommission, ohne dass sie verpflichtet ist, eine fertige Analyse zur fraglichen Beihilfe vorzulegen, den Rahmen ihrer Prüfung so genau festlegt, dass das Recht der Beteiligten zur Stellungnahme nicht seinen Sinn verliert […]. Hierfür brauchen die Beteiligten nur zu erfahren, welche Überlegungen die Kommission zu der vorläufigen Ansicht veranlasst haben, dass die in Rede stehende Maßnahme eine neue, mit dem Binnenmarkt unvereinbare Maßnahme darstellen könnte […].“ ([90]) Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung Nr. 659/1999 ([91]) entspricht Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3.

(113) Ferner führte das Gericht Folgendes aus: „Daraus folgt, dass Art. 4 der Verordnung 2015/1589, der im vorliegenden Fall gemäß deren Art. 15 Abs. 1 auf Beschlüsse der Kommission zu rechtswidrigen Beihilfen anwendbar ist, also eine abschließende Liste der Beschlüsse enthält, die die Kommission nach Abschluss der Vorprüfung der in Rede stehenden nationalen Maßnahme erlassen kann. Diese Bestimmung umfasst nicht die Möglichkeit, einen Beschluss zu erlassen, mit dem eine nationale Maßnahme für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt wird, ohne dass die Kommission zuvor über die Einstufung dieser Maßnahme als staatliche Beihilfe entschieden hat. Insbesondere sieht Art. 4 Abs. 3 der Verordnung 2015/1589 vor, dass die Kommission eine Maßnahme für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklären kann, ‚insoweit sie in den Anwendungsbereich des Artikels 107 Absatz 1 AEUV fällt‘.“ ([92]) Die Artikel 4 und 15 der Verordnung Nr. 2015/1589 ([93]) entsprechen Teil II Artikel 4 und 13 des Protokolls 3.

(114) Die Würdigung von Maßnahme 2 durch die Überwachungsbehörde stützt sich auf den Anwendungsbereich der Einleitungsentscheidung und die vorstehend erläuterten Grundsätze, die sich aus der ständigen Rechtsprechung zu den Verteidigungsrechten ergeben. Die Überwachungsbehörde nimmt auch das Urteil des Gerichts zur Kenntnis, wonach vor der Prüfung der Vereinbarkeit einer Beihilfemaßnahme mit dem Binnenmarkt festzustellen ist, ob eine staatliche Beihilfe vorliegt.

4.2.2. *Würdigung der Maßnahme 2*

(115) Wie im vorhergehenden Unterabschnitt erläutert, beschränkte sich der Anwendungsbereich der Einleitungsentscheidung auf mutmaßliche staatliche Beihilfen, die ausschließlich von OR auf verschiedenen Wegen an GR gewährt wurden. ([94])

([89]) Urteil des Gerichts vom 12. Dezember 2018, Freistaat Bayern/Kommission, T-683/15, ECLI:EU:T:2018:916, Rn. 46 und die dort angeführte Rechtsprechung.

([90]) Ebd., Rn. 47 und die dort angeführte Rechtsprechung.

([91]) Verordnung Nr. 659/1999 des Rates vom 22. März 1999 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 83 vom 27.3.1999, S. 1) (in der geänderten Fassung).

([92]) Urteil des Gerichts vom 6. November 2022, Niederlande/Kommission, T-469/20, ECLI:EU:T:2022:713, Rn. 59. Beim Gerichtshof anhängiges Rechtsmittel, Kommission/Niederlande, C-40/23 P. Randnummer 59 des Urteils in der Rechtssache T-469/20.

([93]) Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates vom 13. Juli 2015 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 248 vom 24.9.2015, S. 9).

([94]) Dies bedeutet, dass die Beteiligten durch die Annahme der Einleitungsentscheidung die Möglichkeit hatten, sich zu den Maßnahmen zu äußern, die ausschließlich von OR ergriffen wurden.

(116) In ihrer Stellungnahme zur Einleitungsentscheidung erläuterten die isländischen Behörden, dass Ölfus aufgrund einer Vereinbarung zwischen den beiden Parteien vom 31. Januar 2014 verpflichtet war, Zahlungen an GR zu leisten, und diese auch geleistet hat (siehe Erwägungsgrund (34)). ([95]) Darüber hinaus war Ölfus für die Auflösung des ORF befugt (siehe Erwägungsgründe (35) und (36)).

(117) Die Überwachungsbehörde stellt fest, dass die Ausführungen der PTA in Beschluss Nr. 11/2015 (siehe Erwägungsgrund (37)) darauf hindeuten, dass Maßnahme 2 nicht allein von OR ergriffen wurde. Diese Auffassung der PTA ergibt sich aus ihrer Schlussfolgerung im Beschluss Nr. 11/2015, wonach OR und Ölfus das Fondskapital *gemeinsam* für das Glasfasernetz verwendet haben. ([96]) Die Auffassung der PTA, dass die Maßnahme 2 nicht von OR ergriffen wurde, ergibt sich auch aus den Vorschlägen der PTA für geeignete Maßnahmen in Bezug auf die Rückzahlung von Mitteln, die GR vom ORF erhalten hat. Insbesondere schlug die PTA vor, dass entweder GR die Mittel an Ölfus zurückzahlt oder Ölfus einen angemessenen Anteil an dem Projekt im Verhältnis zu seiner Investition erhält. Die Überwachungsbehörde weist erneut darauf hin, dass dieser Standpunkt der PTA auch darauf hindeutet, dass die Maßnahme von Ölfus und nicht von OR, zumindest nicht ausschließlich von OR, ergriffen wurde.

(118) Die Überwachungsbehörde kommt zu dem Schluss, dass Maßnahme 2 entgegen ihrer vorläufigen Auffassung in der Einleitungsentscheidung nicht ausschließlich von OR ergriffen wurde. Die Überwachungsbehörde ist daher der Auffassung, dass Maßnahme 2 keine Maßnahme von OR zugunsten von GR darstellt.

(119) Die Überwachungsbehörde ist der Ansicht, dass der Anwendungsbereich der Einleitungsentscheidung auf Maßnahmen beschränkt ist, die ausschließlich von OR zugunsten von GR ergriffen wurden. ([97]) Daher kommt die Überwachungsbehörde in dieser Entscheidung nicht zu dem Schluss, dass Maßnahme 2 eine staatliche Beihilfe darstellt, soweit die Maßnahme von einer anderen Person als OR (oder gemeinsam mit OR) ergriffen wurde.

(120) Außerdem muss die Überwachungsbehörde nach dem Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-469/20 vor der Prüfung der Vereinbarkeit einer Maßnahme mit dem Binnenmarkt beurteilen, ob eine Beihilfe vorliegt (siehe Erwägungsgrund (113)). In der vorliegenden Entscheidung kam die Überwachungsbehörde zu dem Schluss, dass Maßnahme 2 keine staatliche Beihilfe darstellt, die GR von OR gewährt wurde. Die Überwachungsbehörde bewertet daher nicht die Argumente der isländischen Behörden zur Vereinbarkeit der Maßnahme mit dem EWR-Abkommen.

(121) Schließlich stellt die Überwachungsbehörde fest, dass auf der Grundlage der von den isländischen Behörden vorgebrachten Argumente ein potenzieller Vorteil aus Maßnahme 2 von GR an Ölfus zurückgezahlt worden zu sein scheint (Erwägungsgrund (55)). Aus den im vorstehenden Erwägungsgrund dargelegten Gründen kommt die Überwachungsbehörde in der vorliegenden Entscheidung jedoch zu keiner Antwort auf die Frage, ob ein potenzieller Vorteil aus der Maßnahme von GR zurückgefordert wurde oder nicht.

4.2.3. *Schlussfolgerung*

(122) Die Überwachungsbehörde kommt zu dem Schluss, dass die Maßnahme 2 keine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens darstellt, die GR von OR gewährt wurde.

4.3. ***Maßnahme 3: Gewährung kurzfristiger Darlehen von OR an GR***

4.3.1. *Einleitung*

(123) Die Rechtsordnung des EWR verhält sich gegenüber der Eigentumsordnung neutral und berührt in keiner Weise das Recht der EWR-Staaten, als Wirtschaftsbeteiligte aufzutreten. ([98]) Wie die Überwachungsbehörde jedoch in ihren Leitlinien zum Begriff der staatlichen Beihilfe festgestellt hat, unterliegt die öffentliche Hand, wenn sie direkt oder indirekt wirtschaftliche Transaktionen jedweder Art vornimmt, den EWR-Vorschriften über staatliche Beihilfen. ([99])

([95]) Die Vereinbarung zwischen GR und Ölfus vom 31. Januar 2014 wurde von den isländischen Behörden ebenfalls vorgelegt. Siehe Dokument Nr. 1369220.
([96]) Beschluss Nr. 11/2015 der PTA vom 2. Juni 2015, Kapitel 4.2.
([97]) Siehe auch die im vorhergehenden Unterabschnitt erwähnte Rechtsprechung.
([98]) Artikel 125 des EWR-Abkommens besagt: „Dieses Abkommen lässt die Eigentumsordnung der einzelnen Vertragsparteien unberührt."
([99]) Leitlinien der Überwachungsbehörde zum Begriff der staatlichen Beihilfe, Randnummern 40 und 41 und die dort angeführte Rechtsprechung (ABl. L 342 vom 21.12.2017, S. 15., und EWR-Beilage Nr. 82 vom 21.12.2017, S. 1. Rn. 73).

(124) Wirtschaftliche Transaktionen von öffentlichen Stellen (einschließlich öffentlicher Unternehmen) verschaffen der Gegenseite keinen Vorteil und stellen somit keine Beihilfe dar, sofern sie zu normalen Marktbedingungen vorgenommen werden. ([100]) Für diese Beurteilung haben die EWR-Gerichtshöfe ein Konzept entwickelt, das als „Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Wirtschaftsbeteiligten" bekannt ist. Ausschlaggebend für die Bestimmung des marktwirtschaftlich handelnden Wirtschaftsbeteiligten ist, ob die öffentliche Einrichtung so gehandelt hat, wie es ein marktwirtschaftlich handelnder Wirtschaftsbeteiligter in einer ähnlichen Situation getan hätte. Ob eine staatliche Maßnahme mit den Marktbedingungen im Einklang steht, muss vorab unter Berücksichtigung der zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Maßnahme vorliegenden Informationen geprüft werden. ([101]) Ist dies nicht der Fall, so hat das Empfängerunternehmen einen wirtschaftlichen Vorteil erlangt, den es unter normalen Marktbedingungen nicht erhalten hätte und durch den es sich in einer günstigeren Lage befindet als seine Wettbewerber. ([102])

(125) Ob eine Transaktion den Marktbedingungen entspricht, muss im Wege einer umfassenden Bewertung der Wirkung der Transaktion auf das betreffende Unternehmen festgestellt werden, ohne zu berücksichtigen, ob die besonderen Mittel, die bei der Durchführung der Transaktion eingesetzt wurden, marktwirtschaftlich handelnden Wirtschaftsbeteiligten zur Verfügung stehen würden. ([103])

(126) In diesem Zusammenhang ist es Aufgabe der Überwachungsbehörde, eine Gesamtwürdigung vorzunehmen und dabei jeden im betreffenden Fall erheblichen Anhaltspunkt zu berücksichtigen, der es ihr ermöglicht, festzustellen, ob GR derartige Erleichterungen offenkundig nicht von einem solchen privaten Wirtschaftsteilnehmer erhalten hätte. ([104])

(127) Wie andere Transaktionen können Kredite, die von öffentlichen Stellen (einschließlich öffentlicher Unternehmen) gewährt werden, staatliche Beihilfen beinhalten, wenn sie nicht den Marktbedingungen entsprechen. ([105]) Wenn zu einer bestimmten Kredittransaktion keine spezifischen Marktinformationen vorliegen, kann die Vereinbarkeit des Kreditinstruments mit den marktüblichen Bedingungen durch einen Vergleich mit vergleichbaren Markttransaktionen (d. h. durch Benchmarking) festgestellt werden. ([106]) Beim Benchmarking wird häufig nicht ein „genauer" Referenzwert, sondern eine Spanne möglicher Werte ermittelt, indem vergleichbare Transaktionen geprüft werden. Wenn das Ziel der Bewertung darin besteht zu prüfen, ob die staatliche Maßnahme den Marktbedingungen entspricht, empfiehlt es sich in der Regel, Maße für die zentrale Tendenz wie den Durchschnitt oder den Median vergleichbarer Transaktionen in Erwägung zu ziehen. ([107])

(128) In der Einleitungsentscheidung vertrat die Überwachungsbehörde die vorläufige Auffassung, dass der von der PTA gemäß Artikel 36 des Gesetzes über elektronische Kommunikation angewandte Test im Allgemeinen gewährleistet, dass alle Transaktionen zwischen GR und OR oder anderen verbundenen Unternehmen zu Marktbedingungen erfolgen. Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass alle Maßnahmen, die gegen Artikel 36 verstoßen, auch staatliche Beihilfen im Sinne des Artikels 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens darstellen.

(129) Um die Wirksamkeit von Artikel 36 des Gesetzes über elektronische Kommunikation zu gewährleisten, sollte der Begriff „Subvention" nach Ansicht der PTA im breiten Sinne ausgelegt werden, sodass darunter alle direkten und indirekten Maßnahmen von OR gefasst werden können, die geeignet sind, GR einen Vorteil zu verschaffen, den seine Wettbewerber auf dem Markt nicht haben. ([108]) Damit unterscheidet sich die Auslegung des Artikel 36 durch die PTA vom Begriff der staatlichen Beihilfe in Artikel 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens. Für die Anwendung des Letzteren reicht ein bloßer potenzieller Vorteil für das betroffene Unternehmen nicht aus.

(130) Die EWR-Gerichtshöfe haben bestätigt, dass die Überwachungsbehörde nicht einfach von der Annahme, dass einem Unternehmen ein Vorteil zugeflossen ist, der eine staatliche Beihilfe darstellt, ausgehen darf, indem sie sich, weil sie nicht über Informationen für eine mögliche gegenteilige Schlussfolgerung verfügt, in Ermangelung anderer Anhaltspunkte für die positive Feststellung eines solchen Vorteils auf eine negative Vermutung stützt. ([109])

([100]) Leitlinien zum Begriff der staatlichen Beihilfe, Rn. 74.
([101]) Leitlinien zum Begriff der staatlichen Beihilfe, Rn. 78.
([102]) Leitlinien zum Begriff der staatlichen Beihilfe, Rn. 76.
([103]) Leitlinien zum Begriff der staatlichen Beihilfe, Rn. 80.
([104]) Siehe Urteil des Gerichtshofs vom 26. März 2020, Larko/Kommission, C-244/18 P, ECLI:EU:C:2020:238, Rn. 29 und die dort angeführte Rechtsprechung.
([105]) Leitlinien zum Begriff der staatlichen Beihilfe, Rn. 108.
([106]) Leitlinien zum Begriff der staatlichen Beihilfe, Rn. 111.
([107]) Leitlinien zum Begriff der staatlichen Beihilfe, Rn. 100.
([108]) Einleitungsentscheidung, Erwägungsgrund 84.
([109]) Urteil des Gerichtshofs vom 7. Mai 2020, BTB Holding Investments und Duferco Participations Holding/Kommission, C-148/19 P, ECLI:EU:C:2020:354, Rn. 48.

(131) Die Gewährung kurzfristiger Darlehen auf der Grundlage der Cashpool-Vereinbarung zwischen OR und GR scheint nicht dem üblichen Zweck einer gruppeninternen Cashpool-Vereinbarung zu entsprechen. Eine Cashpool-Vereinbarung bezweckt in der Regel ein effizientes Management der kurzfristigen Liquidität innerhalb einer Gruppe, indem die teilnehmenden Gruppengesellschaften ihre kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten, die sich auf verschiedenen Konten befinden, auf einem einzigen Konto zusammenfassen. Der Zweck der Vereinbarung von GR über kurzfristige Darlehen von OR war vielmehr die Finanzierung von Investitionen in den Aufbau einer Glasfaserinfrastruktur im Gebiet von Reykjavik und den umliegenden Gemeinden. Die Überwachungsbehörde hält es daher für angemessener, die Gewährung kurzfristiger Darlehen auf der Grundlage der Cashpool-Vereinbarung bei der Beurteilung der entsprechenden Benchmark-Transaktionen mit einer regulären Darlehenstransaktion zu vergleichen.

4.3.2. *Anzeichen für einen möglichen Vorteil*

(132) In ihrem Beschluss Nr. 3/2019 weist die PTA darauf hin, dass die fehlende Formalisierung des kurzfristigen Darlehensvertrags zwischen OR und GR Zweifel an der wirksamen finanziellen Trennung der beiden Unternehmen aufkommen lässt, die gewährleisten würde, dass die Einnahmen aus den nicht wettbewerbsorientierten Bereichen nicht zur Subventionierung der Tätigkeiten von GR im wettbewerbsorientierten Telekommunikationssektor verwendet werden. Die Tatsache, dass die Cashpool-Vereinbarung keine Bedingungen enthält, die normalerweise in Darlehensverträgen zwischen unabhängigen Parteien zu finden sind, und das daraus resultierende potenzielle Risiko einer Wettbewerbsverzerrung erscheint der PTA ausreichend, um einen Verstoß gegen Artikel 36 des Gesetzes über elektronische Kommunikation festzustellen. Allerdings muss dem Darlehensnehmer, d. h. GR, ein tatsächlicher Vorteil gewährt werden, damit Artikel 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens anwendbar ist.

(133) Die Überwachungsbehörde stellt fest, dass es nicht ungewöhnlich ist, dass kurzfristige Darlehensverträge innerhalb einer Unternehmensgruppe weniger stark formalisiert sind als zwischen unabhängigen Unternehmen, da durch die gemeinsame Kontrolle des Darlehensnehmers und des Darlehensgebers unter anderem die zwischen unabhängigen Parteien bestehenden Transaktionsrisiken verringert werden. ([110]) Dieses Merkmal der gruppeninternen Transaktionen ist nicht auf öffentliche Unternehmen beschränkt. Auch wenn in der Cashpool-Vereinbarung Fragen wie Laufzeit und Covenants, die normalerweise in einem Darlehensvertrag zwischen unabhängigen Parteien enthalten wären, nicht geregelt sind, ist die Überwachungsbehörde nicht der Ansicht, dass diese fehlende Formalisierung an sich ein Hinweis auf das tatsächliche Vorliegen eines Vorteils ist.

(134) Darüber hinaus behauptet der Beschwerdeführer ([111]), dass die Zinssätze für die GR gewährten Darlehen nicht den Marktbedingungen entsprechen, die das Kreditrisiko eines Unternehmens wie GR mit einem sehr hohen Verhältnis zwischen Verschuldung und EBITDA ([112]) widerspiegeln. Was den Beschluss der PTA anbelangt, so ist die Überwachungsbehörde der Ansicht, dass diese Information ein Hinweis auf einen potenziellen Vorteil ist, aber für sich genommen nicht ausreicht, um das tatsächliche Vorliegen eines Vorteils für GR nachzuweisen. Das Verhältnis zwischen Verschuldung und EBITDA ist nur einer von mehreren relevanten Faktoren, die berücksichtigt werden, wenn private Darlehensgeber entscheiden, welche Zinssätze sie einem Darlehensnehmer anbieten, und wenn Kreditrating-Agenturen ihre Bonitätseinstufungen festlegen. ([113])

4.3.3. *Zusätzliche sachdienliche Beweise*

(135) Die Überwachungsbehörde prüfte auch, ob zusätzliche sachdienliche Beweise zusammen mit den Informationen aus dem Beschluss der PTA und vom Beschwerdeführer geeignet sind, das tatsächliche Vorliegen eines Vorteils für GR nachzuweisen.

(136) Auf der Grundlage der verfügbaren Informationen ist es nicht möglich, die Marktkonformität direkt anhand von transaktionsspezifischen Marktdaten zu bestimmen. Die Marktkonformität der Darlehenstransaktion muss daher anhand anderer verfügbarer Methoden beurteilt werden. ([114]) Eine mögliche Methode besteht darin, die Marktkonformität einer Transaktion anhand der Bedingungen zu beurteilen, zu denen vergleichbare Transaktionen von vergleichbaren privaten Wirtschaftsbeteiligten in einer vergleichbaren Lage vorgenommen wurden (Benchmarking). ([115])

([110]) Siehe z. B. die Ziffern 10.54 bis 10.56 in Kapitel C 1.1.1. der OECD-Verrechnungspreisleitlinien zu Finanztransaktionen).

([111]) Einleitungsentscheidung, Erwägungsgrund 13.

([112]) Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Earnings Before Interest, Taxes, Depreciation and Amortisation, EBITDA) ist ein Maß für die operative Leistungsfähigkeit eines Unternehmens.

([113]) In einem Schreiben des Beschwerdeführers an die Überwachungsbehörde vom 13. September weist der Beschwerdeführer darauf hin, dass GR nach der Methode von Moody's zur Bestimmung der Kreditwürdigkeit auf der Grundlage des Verhältnisses Schulden/EBITDA des Unternehmens ein niedriges Rating erhalten müsste und dass dies nach den Leitlinien der Überwachungsbehörde einen Aufschlag von 780-900 Basispunkten auf den Referenzsatz bedeuten würde. In der gesamten Ratingmethode von Moody's wird diese spezifische Kennzahl jedoch nur mit 15 % gewichtet, wie aus der „Gewichtung der Teilfaktoren" hervorgeht.

([114]) Leitlinien zum Begriff der staatlichen Beihilfe, Rn. 97.

([115]) Leitlinien zum Begriff der staatlichen Beihilfe, Rn. 98.

4.3.4. *Benchmark-Transaktionen*

(137) Um eine geeignete Benchmark-Transaktion festzulegen, ist es notwendig, der Art des betreffenden Unternehmens, der Art der entsprechenden Transaktion und dem betreffenden Markt oder den betreffenden Märkten besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Von Bedeutung ist auch der Zeitpunkt der Transaktionen, insbesondere wenn zwischen dem Abschluss der zu beurteilenden Transaktionen wesentliche wirtschaftliche Entwicklungen eingetreten sind. ([116])

(138) Ein starkes Indiz für die Marktkonformität einer Darlehenstransaktion liegt vor, wenn GR zum Zeitpunkt des Beginns der Gewährung kurzfristiger Darlehen auf der Grundlage der Cashpool-Vereinbarung vergleichbare alternative Darlehenstransaktionen mit ähnlicher Zinsgestaltung zur Verfügung standen. Gleiches gilt, wenn alle wirtschaftlich bedeutsamen Unterschiede zwischen den Benchmark-Transaktionen und der Gewährung kurzfristiger Darlehen aufgrund der Cashpool-Vereinbarung hinreichend genau angepasst werden können. Durch die Verwendung solcher Transaktionen als Benchmarks würde sich eine weitere Bewertung der Art des Wirtschaftsbeteiligten und des betreffenden Marktes erübrigen, da GR selbst an den Benchmark-Transaktionen beteiligt wäre.

(139) Den isländischen Behörden zufolge wurden GR am 21. und 22. Dezember 2016 zwei Darlehen von privaten kommerziellen Darlehensgebern angeboten. Dies geschah nach der Unterzeichnung der Cashpool-Vereinbarung am 1. Dezember 2016, jedoch vor der tatsächlichen Gewährung kurzfristiger Darlehen von OR an GR im Januar 2017. Wie die isländischen Behörden erklärten, wurden die Bedingungen vor der Unterzeichnung der Cashpool-Vereinbarung mit dem privaten Darlehensgeber erörtert, und OR berücksichtigte bei der Festlegung des Spreads frühere Darlehensangebote privater Darlehensgeber. ([117])

(140) Erstens stellt die Überwachungsbehörde in Bezug auf das Darlehensangebot von […] vom 21. Dezember 2016 ([118]) fest, dass es sich um ein verbindliches Angebot handelte. ([119]) Ein Vergleich der wirtschaftlich bedeutendsten Bedingungen dieses Darlehensangebots mit denen der Cashpool-Vereinbarung ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Tabelle 1.1.

Darlehensangebot von […] im Vergleich zur Cashpool-Vereinbarung mit OR

Wirtschaftlich bedeutende Bedingungen:	Darlehensangebot von […]	Cashpool-Vereinbarung mit OR
Zinsgestaltung	[…] ([1]) […]	[…]
Sonstige Gebühren	[…]	[…]
Laufzeit	[…]	[…]
Darlehenssumme	[…]	[…]
Sicherheiten	[…]	[…] ([2])
Verschuldungsgrad	[…]	[…]
Covenants	[…]	[…] ([3])

([1]) Auf Isländisch *Óverðtryggð lán, kjörvextir.* Siehe […].

([2]) Kontroll- und Eigentumsrechte des Darlehensgebers an der Tochtergesellschaft, wodurch die Stellung von Sicherheiten für seine Risikoanalyse als Darlehensgeber weniger relevant ist (vgl. Ziffer 10.56 in Kapitel C.1.1.1 der OECD-Verrechnungspreisleitlinien zu Finanztransaktionen).

([3]) Bei konzerninternen Geschäftsvorfällen dürfte die Informationsasymmetrie zwischen den Unternehmen geringer (d. h. die Transparenz höher) sein als bei Transaktionen mit fremden Dritten. Konzerninterne Darlehensgeber verzichten bei Darlehen an verbundene Unternehmen unter Umständen auf Covenants, u. a. weil die Wahrscheinlichkeit von Informationsasymmetrien geringer ist (vgl. Ziffer 10.86 in Kapitel C.1.1.5 der OECD-Verrechnungspreisleitlinien zu Finanztransaktionen).

([116]) Leitlinien zum Begriff der staatlichen Beihilfe, Rn. 99.
([117]) Dokument Nr. 1369196, S. 22.
([118]) Dokument Nr. 1267408.
([119]) *Ebd.*

(141) Die Überwachungsbehörde stellt fest, dass sowohl das Angebot von […] als auch die Cashpool-Vereinbarung variable Zinssätze enthalten, die auf den Marktzinssätzen basieren. Die Cashpool-Vereinbarung auf Reibor-Basis führte zu einem Zinssatz, der nahe am nicht indexierten Basiszinssatz des Angebots von […] lag. Dies ist zumindest ein Hinweis darauf, dass der Zinssatz der Cashpool-Vereinbarung auf einem marktüblichen Niveau vereinbart wurde.

(142) Die Cashpool-Vereinbarung war nicht an Covenants gebunden, was bei gruppeninternen Darlehenstransaktionen durchaus üblich ist (siehe Erwägungsgrund (133)). Durch die Einhaltung der Covenants des Darlehens von […] käme jedoch derselbe Gläubigerschutz, der durch die Begrenzung der Mindesteigenmittelquote erreicht wird, in hohem Maße auch OR zugute.

(143) Die Überwachungsbehörde stellt fest, dass in der Cashpool-Vereinbarung keine Verwaltungs- und Bereitstellungsgebühren vorgesehen sind. Die Überwachungsbehörde ist jedoch der Auffassung, dass die Tatsache, dass in einer gruppeninternen Cashpool-Vereinbarung keine solchen Gebühren erhoben werden, keine wesentlichen Auswirkungen auf die Beurteilung der Höhe des Zinssatzes für die Cashpool-Vereinbarung hat.

(144) Hinsichtlich der Verwaltungsgebühr verweist die Überwachungsbehörde auf die Informationsasymmetrie und die damit verbundenen zusätzlichen Risiken und Verwaltungskosten, die bei einer gruppeninternen Transaktion nicht bestehen. Eine Bereitstellungsgebühr ist die Verpflichtung eines dritten Darlehensgebers, während der Laufzeit einer Kreditlinienvereinbarung einen bestimmten Betrag an Finanzmitteln zur Verfügung zu stellen. Ein gruppeninterner Cashpool weist jedoch keine derartigen Merkmale auf, da er nicht für die Darlehensvergabe an Dritte bestimmt ist und vom Mutterunternehmen jederzeit gekündigt werden kann.

(145) Und selbst wenn solche Gebühren für die Beurteilung einer gruppeninternen Cashpool-Vereinbarung relevant wären (was nicht der Fall ist), bedeutet die Höhe dieser Gebühren im Angebot vom 21. Dezember 2016 (siehe Tabelle 1.1) nicht, dass das Zinsniveau der Cashpool-Vereinbarung außerhalb der marktüblichen Zinsspanne liegen würde. Die Überwachungsbehörde weist erneut darauf hin, dass die Cashpool-Vereinbarung zwischen verbundenen Parteien geschlossen wird, nicht auf die Gewährung von Darlehen an Dritte abzielt und vom Mutterunternehmen jederzeit gekündigt werden kann. Daher wären die entsprechenden Gebühren in einer Cashpool-Vereinbarung wahrscheinlich noch niedriger als im Angebot von […] vom 21. Dezember 2016.

(146) Nach Prüfung der wirtschaftlich bedeutendsten Bedingungen des Darlehensangebots von […] stellt die Überwachungsbehörde fest, dass der GR angebotene Zinssatz wirtschaftlich mit dem Zinssatz der Cashpool-Vereinbarung vergleichbar zu sein scheint.

(147) Auch wenn Darlehensangebote nicht vollständig mit tatsächlichen Transaktionen als Benchmarks gleichgesetzt werden können, da sie nicht zu verbindlichen Transaktionen geführt haben, ist ein verbindliches Angebot dennoch ein guter Indikator für die alternativen Darlehensmöglichkeiten von GR. Informationen über realistischerweise zur Verfügung stehende alternative Transaktionen des Darlehensnehmers gehören zu den Informationsquellen, die ein privater Darlehensgeber normalerweise bei der Aushandlung der Bedingungen eines Darlehensvertrags berücksichtigen würde.

(148) Zweitens erhielt GR am 22. Dezember 2016 ein weiteres Darlehensangebot von […], woraufhin am 28. Dezember 2016 ein Darlehensvertrag abgeschlossen wurde (siehe Erwägungsgrund (59)). Ein Vergleich der wirtschaftlich bedeutendsten Bedingungen dieses Vertrags mit denen der Cashpool-Vereinbarung ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Tabelle 1.2.

Darlehensvertrag mit [...] im Vergleich zur Cashpool-Vereinbarung mit OR

Wirtschaftlich bedeutende Bedingungen	Darlehensvertrag mit […]	**Cashpool-Vereinbarung mit OR**
Zinsgestaltung	[…]	[…]
Sonstige Gebühren	[…]	**Entfällt**
Laufzeit	[…]	[…]
Darlehenssumme	[…]	[…]
Sicherheiten	[…]	[…] [1]
Verschuldungsgrad	[…]	[…]

Wirtschaftlich bedeutende Bedingungen	Darlehensvertrag mit […]	**Cashpool-Vereinbarung mit OR**
Covenants	[…]	[…] ([2])

([1]) Kontroll- und Eigentumsrechte des Darlehensgebers an der Tochtergesellschaft, wodurch die Stellung von Sicherheiten für seine Risikoanalyse als Darlehensgeber weniger relevant ist (vgl. Ziffer 10.56 in Kapitel C der OECD-Verrechnungspreisleitlinien zu Finanztransaktionen).

([2]) Bei konzerninternen Geschäftsvorfällen dürfte die Informationsasymmetrie zwischen den Unternehmen geringer (d. h. die Transparenz höher) sein als bei Transaktionen mit fremden Dritten. Konzerninterne Darlehensgeber verzichten bei Darlehen an verbundene Unternehmen unter Umständen auf Covenants, u. a. weil die Wahrscheinlichkeit von Informationsasymmetrien geringer ist (vgl. Ziffer 10.86 in Kapitel C der OECD-Verrechnungspreisleitlinien zu Finanztransaktionen

(149) Wie aus Tabelle 1.2 ersichtlich ist, hat das Darlehen von […] einen anderen Basiszinssatz als die Cashpool-Darlehen. Es besteht jedoch ein Unterschied im Spread, der zum gleichen Gesamtzinsniveau führt.

(150) Die Cashpool-Vereinbarung war nicht an Covenants gebunden, was bei gruppeninternen Darlehenstransaktionen durchaus üblich ist (siehe auch Erwägungsgrund (133)). Durch die Einhaltung der Covenants im Darlehensvertrag mit […] käme jedoch derselbe Gläubigerschutz, wie z. B. die Begrenzung der Mindesteigenmittelquote […], […] und […] in hohem Maße auch OR zugute.

(151) Was das Fehlen einer Verwaltungsgebühr in der Cashpool-Vereinbarung betrifft, so ist die Überwachungsbehörde der Auffassung, dass eine solche Gebühr in einer gruppeninternen Cashpool-Vereinbarung aus den in Erwägungsgrund (144) dargelegten Gründen nicht relevant ist. Außerdem beträgt die zwischen unabhängigen Parteien vereinbarte Verwaltungsgebühr, ausgedrückt als Prozentsatz der Gebühr ([…] Mio. ISK) im Verhältnis zum Darlehensbetrag ([…] Mio. ISK), nur […] %. Da es sich um eine einmalige Gebühr handelt, würde sie jedenfalls nicht zu einem wesentlichen Unterschied zwischen den Zinssätzen des Darlehensvertrags mit […] und der Cashpool-Vereinbarung führen (siehe auch Erwägungsgrund (145)).

(152) Darüber hinaus ist der Darlehensvertrag mit […] ein Beispiel dafür, dass ein kommerzieller Darlehensgeber den Zinssatz von […] für GR akzeptiert, solange er, wie oben dargelegt, […] beträgt.

(153) Nach Prüfung der wirtschaftlich bedeutendsten Bedingungen des Darlehensangebots von […] stellt die Überwachungsbehörde fest, dass der GR angebotene Zinssatz wirtschaftlich mit dem Zinssatz der Cashpool-Vereinbarung vergleichbar zu sein scheint oder zumindest innerhalb einer Bandbreite von Zinssätzen liegt, die GR wahrscheinlich auf dem Markt hätte erzielen können.

(154) Auf der Grundlage der vorstehenden Erwägungen stellt die Überwachungsbehörde fest, dass das Darlehensangebot von […] vom 21. Dezember 2016 und der Darlehensvertrag mit […] vom 28. Dezember 2016 die Marktzinsbedingungen für Darlehen, die mit den Cashpool-Darlehen von OR an GR vergleichbar sind, fair und zeitnah widerspiegeln.

4.3.5. *Alternative Benchmarks und Ersatzsätze*

(155) Die Überwachungsbehörde ist der Ansicht, dass das vorstehend genannte Darlehensangebot und der Darlehensvertrag die realistisch verfügbaren Finanzierungskosten von GR besser widerspiegeln als diejenigen, die nach den Leitlinien der Überwachungsbehörde zu Referenz- und Abzinsungssätzen anwendbar wären. Die in diesen Leitlinien angegebenen Sätze sind lediglich Ersatzwerte, die in Situationen zu verwenden sind, in denen vergleichbare Markttransaktionen nicht ohne Weiteres zu ermitteln sind. ([120]) In diesem Fall wird die Unsicherheit bezüglich der Verlässlichkeit dieses Ersatzsatzes dadurch weiter verstärkt, dass eine erhebliche Unsicherheit bei der Bestimmung der korrekten Eingabewerte besteht, die für die Erstellung des Ersatzsatzes erforderlich sind, d. h. bei der Bestimmung der korrekten Ratingklasse und der Höhe der Sicherheiten/Verluste bei Ausfall für GR.

(156) Auf dieser Grundlage ist die Überwachungsbehörde der Auffassung, dass das Darlehensangebot von [...] vom 21. Dezember 2016 und der Darlehensvertrag zwischen [...] und GR vom 28. Dezember 2016 die besten verfügbaren Ersatzwerte für den Marktzinssatz darstellen. Daher ist die Überwachungsbehörde der Ansicht, dass GR keinen wirtschaftlichen Vorteil erhalten hat, den das Unternehmen zu normalen Marktbedingungen nicht erhalten hätte.

4.3.6. *Schlussfolgerung*

(157) Die Überwachungsbehörde kommt zu dem Schluss, dass die verfügbaren Informationen nicht eindeutig belegen, dass die kurzfristigen Darlehen auf der Grundlage der Cashpool-Vereinbarung mit OR im Zeitraum ab Januar 2017, wobei alle Darlehen bis Ende 2017 vollständig zurückgezahlt wurden, GR einen Vorteil verschafft haben. Vielmehr deuten die der Überwachungsbehörde vorliegenden Informationen darauf hin, dass die Zinsgestaltung den normalen Marktbedingungen für ein vergleichbares Darlehen entspricht. Da nicht alle Voraussetzungen von Artikel 61 Absatz 1 EWR-Abkommen erfüllt sind, stellt Maßnahme 3 keine staatliche Beihilfe im Sinne dieses Artikels dar.

4.4. ***Maßnahme 4: Aufnahme einer Bedingung in die Darlehensverträge von GR mit privaten Darlehensgebern über die fortdauernde Mehrheitsbeteiligung von OR an GR (Kontrollwechselklausel)***

(158) Gemäß Artikel 61 Absatz 1 EWR-Abkommen muss eine Maßnahme, damit sie als staatliche Beihilfe eingestuft werden kann, vom Staat oder aus staatlichen Mitteln gewährt werden (siehe auch Abschnitt 4).

(159) GR ist eine private Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die sich zu 100 % im Eigentum von OR befindet. Mittel öffentlicher Unternehmen können als staatliche Mittel im Sinne des Artikels 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens angesehen werden, da der Staat in der Lage ist, die Verwendung dieser Mittel zu steuern. ([121])

(160) Bei Maßnahmen öffentlicher Unternehmen ist jedoch auch zu prüfen, ob davon auszugehen ist, dass die Behörden in irgendeiner Weise am Erlass der Maßnahme beteiligt waren. Eine Maßnahme ist dem Staat nicht allein deshalb zuzurechnen, weil sie von einem öffentlichen Unternehmen ergriffen wurde. ([122])

(161) In Bezug auf Maßnahme 4 ist OR die einzige relevante Einrichtung, die im Namen des Staates zugunsten von GR tätig geworden sein könnte. Die Überwachungsbehörde weist erneut darauf hin, dass sich die Einleitungsentscheidung ausschließlich auf die Maßnahmen von OR bezieht (siehe Erwägungsgrund (110)).

(162) In der Einleitungsentscheidung vertrat die Überwachungsbehörde die Auffassung, dass zu prüfen sei, ob OR bei seinen Geschäften mit GR als eine autonome Einheit handelte, die von den Einflüssen ihrer Eigentümer unabhängig war, oder ob seine Handlungen den isländischen Behörden, d. h. der Stadt Reykjavík und den Gemeinden Akranes und Borgarbyggð, zuzurechnen waren (Erwägungsgrund 58 der Einleitungsentscheidung). Die Überwachungsbehörde konnte nicht feststellen, ob die Maßnahmen dem Staat zuzurechnen sind und eine Übertragung staatlicher Mittel beinhalten (Erwägungsgrund 63 der Einleitungsentscheidung).

(163) Nach der Einleitungsentscheidung übermittelten die isländischen Behörden eine Stellungnahme, aus der hervorging, dass sich OR an keinem der einschlägigen Darlehensverträge zwischen GR und den beiden privaten Darlehensgebern beteiligt hatte. ([123]) Es gibt auch keinen Hinweis darauf, dass der Staat (einschließlich der Gemeinden) an der Aushandlung oder Genehmigung der Darlehensverträge oder der Kontrollwechselklausel beteiligt war. Die Überwachungsbehörde stellt fest, dass kein anderer Beteiligter zur Einleitungsentscheidung Stellung genommen hat.

([120]) Leitlinien zum Begriff der staatlichen Beihilfe, Rn. 113.
([121]) Leitlinien zum Begriff der staatlichen Beihilfe, Rn. 49.
([122]) Leitlinien zum Begriff der staatlichen Beihilfe, Rn. 40 und 41 sowie die dort angeführte Rechtsprechung.
([123]) Dokumente in Anlage E zum Dokument Nr. 1262679.

(164) Die Überwachungsbehörde stellt daher fest, dass OR nicht an der Aushandlung der Kontrollwechselklausel beteiligt war und dass es keine Hinweise auf eine Beteiligung des Staates an Maßnahme 4 gibt.

(165) Die isländischen Behörden haben argumentiert und Beweise dafür vorgelegt, dass die Kontrollwechselklausel auf Wunsch der Darlehensgeber eingeführt wurde. ([124]) Sie legten auch ein Gutachten eines Rechtsexperten über die übliche Verwendung von Kontrollwechselklauseln durch Finanzinstitute sowohl in Island als auch in Europa im Allgemeinen vor. ([125]) Die Tatsache, dass diese Klausel in Island üblich ist, wird auch von der PTA anerkannt. In ihrem Beschluss Nr. 3/2019 bestritt die PTA nicht die Behauptung von GR, dass die Kontrollwechselklausel mit standardisierten internationalen Vereinbarungen vergleichbar sei. Vielmehr hat die PTA anerkannt, dass Kontrollwechselklauseln eine marktübliche Praxis von Darlehensgebern sind. ([126])

(166) Die isländischen Behörden legten auch Beweise dafür vor, dass die Abschaffung der Kontrollwechselklausel keine Auswirkungen auf den Zugang zu einem privaten Darlehensgeber und die Höhe des Zinssatzes hatte (siehe Erwägungsgrund (66)). Aus der Kommunikation zwischen dem Darlehensgeber und GR geht hervor, dass der Darlehensgeber der Abschaffung der Kontrollwechselklausel keine Bedeutung beimaß. ([127]) Die Kommunikation bezog sich eindeutig auf die finanziellen Aspekte von GR, die nichts mit den Eigentumsverhältnissen zu tun hatten.

(167) Nach ständiger Rechtsprechung obliegt es der Überwachungsbehörde, den Beweis für das Vorliegen einer staatlichen Beihilfe im Sinne von Artikel 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens zu erbringen. ([128])

(168) Wie vorstehend erläutert, war OR nicht an den Darlehensverträgen im Zusammenhang mit Maßnahme 4 beteiligt, und es liegen keine Informationen über eine Beteiligung des Staates an der Durchführung von Maßnahme 4 vor. Vielmehr scheint die Maßnahme auf Wunsch der Darlehensgeber eingeführt worden zu sein, was der üblichen Marktpraxis entspricht.

(169) Darüber hinaus zeigen die der Überwachungsbehörde vorliegenden Beweise, dass die Kontrollwechselklausel entgegen der vorläufigen Auffassung der Überwachungsbehörde in der Einleitungsentscheidung nicht zu günstigeren Darlehensbedingungen oder einem besseren Zugang zu Darlehen für GR geführt hat.

(170) Die Überwachungsbehörde stellt ferner fest, dass nach der Einleitungsentscheidung keine Stellungnahmen eingegangen sind, die der Beurteilung der Überwachungsbehörde hinsichtlich der Zurechenbarkeit und des Vorteils der Maßnahme widersprechen.

(171) Die Überwachungsbehörde kommt zu dem Schluss, dass Maßnahme 4 keine staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte und dem Staat zuzurechnende Beihilfe darstellt. Die Überwachungsbehörde ist auch der Ansicht, dass die Maßnahme GR keinen Vorteil verschafft hat. Da nicht alle Voraussetzungen von Artikel 61 Absatz 1 EWR-Abkommen erfüllt sind, stellt Maßnahme 4 keine staatliche Beihilfe im Sinne dieses Artikels dar.

5. **Schlussfolgerung**

(172) Auf der Grundlage der vorstehenden Prüfung kommt die Überwachungsbehörde zu dem Schluss, dass die Maßnahmen 1 bis 4 keine von OR an GR gewährten staatlichen Beihilfen im Sinne des Artikels 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens darstellen —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Maßnahmen 1 bis 4 stellen keine von OR an GR gewährten staatlichen Beihilfen im Sinne des Artikels 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens dar. Das förmliche Prüfverfahren ist hiermit abgeschlossen.

([124]) Dokument Nr. 1378355.
([125]) Dokument Nr. 1118758.
([126]) Beschluss Nr. 3/2019 der PTA vom 20. Februar 2019, Erwägungsgründe 352 und 353.
([127]) Dokument Nr. 1378355.
([128]) Siehe z. B. Urteil des Gerichtshofs vom 19. September 2018, Kommission/Frankreich und IFP Énergies nouvelles, C-438/16 P, ECLI:EU:C:2018:737, Rn. 110.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an Island gerichtet.

Artikel 3

Nur der englische Text dieser Entscheidung ist verbindlich.

Geschehen zu Brüssel am 21. Juni 2023.

Für die EFTA-Überwachungsbehörde
Arne RØKSUND
Präsident
Zuständiges Mitglied des Kollegiums

Stefan BARRIGA
Mitglied des Kollegiums

Árni Páll ÁRNASON
Mitglied des Kollegiums

Melpo-Menie JOSÉPHIDÈS
Gegenzeichnende Direktorin für
Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/359

18.1.2024

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2024/359 DER KOMMISSION

vom 17. Januar 2024

zur Änderung der Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 hinsichtlich der Einträge für Kanada, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten in den Listen der Drittländer, aus denen der Eingang in die Union von Sendungen von Geflügel, Zuchtmaterial von Geflügel sowie frischem Fleisch von Geflügel und Federwild zulässig ist

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) ([1]), insbesondere auf Artikel 230 Absatz 1 und Artikel 232 Absätze 1 und 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 müssen Sendungen von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs, um in die Union verbracht werden zu dürfen, aus einem Drittland oder Gebiet oder aus einer Zone oder einem Kompartiment eines Drittlands oder Gebiets stammen, das bzw. die gemäß Artikel 230 Absatz 1 der genannten Verordnung gelistet ist.

(2) In der Delegierten Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission ([2]) sind die Tiergesundheitsanforderungen festgelegt, die Sendungen bestimmter Arten und Kategorien von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Drittländern oder Gebieten oder aus Zonen derselben bzw. — im Fall von Tieren aus Aquakultur — Kompartimenten derselben erfüllen müssen, um in die Union verbracht werden zu dürfen.

(3) Mit der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission ([3]) werden die Listen von Drittländern, Gebieten oder Zonen derselben festgelegt, aus denen der Eingang in die Union der in den Geltungsbereich der Delegierten Verordnung (EU) 2020/692 fallenden Arten und Kategorien von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs zulässig ist. Die genannten Listen und bestimmte allgemeine Vorschriften in Bezug auf diese Listen sind in den Anhängen I bis XXII der genannten Verordnung enthalten.

(4) Insbesondere sind in den Anhängen V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 die Listen von Drittländern, Gebieten oder Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Sendungen von Geflügel, Zuchtmaterial von Geflügel sowie frischem Fleisch von Geflügel und Federwild zulässig ist, enthalten.

(5) Kanada hat der Kommission zwei Ausbrüche der hochpathogenen Aviären Influenza (HPAI) bei Geflügel in den Provinzen Alberta und British Columbia gemeldet, die am 8. Dezember 2023 bzw. am 13. Dezember 2023 durch Laboranalysen (RT-PCR) bestätigt wurden.

(6) Die Vereinigten Staaten haben der Kommission 23 Ausbrüche der HPAI bei Geflügel in den Bundesstaaten Kalifornien (9), Idaho (1), Kansas (2), Michigan (2), Minnesota (1), Ohio (2), Pennsylvania (1), South Dakota (4), und Washington (1) gemeldet, die zwischen dem 14. Dezember 2023 und dem 30. Dezember 2023 durch Laboranalysen (RT-PCR) bestätigt wurden.

([1]) ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1.

([2]) Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2020/692/oj).

([3]) Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2021/404/oj).

(7) Nach diesen jüngsten Ausbrüchen der HPAI haben die Veterinärbehörden Kanadas und der Vereinigten Staaten im Umkreis von mindestens 10 km Sperrzonen um die betroffenen Betriebe herum eingerichtet sowie ein Tilgungsprogramm zur Bekämpfung der HPAI und zur Eindämmung der Ausbreitung dieser Seuche durchgeführt.

(8) Kanada und die Vereinigten Staaten haben der Kommission Informationen über die Seuchenlage in ihren Hoheitsgebieten sowie die ergriffenen Maßnahmen zur Verhütung einer weiteren Ausbreitung der HPAI vorgelegt.

(9) Diese Informationen wurden von der Kommission bewertet. Die Kommission ist der Auffassung, dass angesichts der Tiergesundheitslage in den Gebieten, für die die Veterinärbehörden Kanadas und der Vereinigten Staaten Beschränkungen erlassen haben, der Eingang in die Union von Sendungen von Geflügel, Zuchtmaterial von Geflügel sowie frischem Fleisch von Geflügel und Federwild aus den genannten Gebieten ausgesetzt werden sollte, um den Tiergesundheitsstatus der Union zu schützen.

(10) Außerdem haben das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten der Kommission aktualisierte Informationen über die Seuchenlage in ihren Hoheitsgebieten in Bezug auf die HPAI vorgelegt, die Anlass zur Aussetzung des Eingangs bestimmter Erzeugnisse in die Union gaben, wie aus den Anhängen V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 hervorgeht.

(11) Das Vereinigte Königreich hat aktualisierte Informationen über die Seuchenlage in Bezug auf zwei Ausbrüche der HPAI bei Geflügel in den Grafschaften Devon und Northumberland, England, vorgelegt, die am 29. November 2023 bzw. am 27. November 2023 bestätigt wurden.

(12) Die Vereinigten Staaten haben aktualisierte Informationen über die Seuchenlage in Bezug auf 11 Ausbrüche der HPAI in Geflügelhaltungsbetrieben in den Bundesstaaten Alabama, Georgia, Iowa, Minnesota, Montana und South Dakota vorgelegt, die zwischen 18. Oktober 2023 und 21. November 2023 bestätigt wurden.

(13) Das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten haben auch Informationen über die Maßnahmen vorgelegt, die sie zur Verhütung einer weiteren Ausbreitung der HPAI ergriffen haben. Insbesondere haben sie nach den Ausbrüchen der HPAI Tilgungsprogramme durchgeführt, um diese Seuche zu bekämpfen und ihre Ausbreitung einzudämmen sowie auch die erforderliche Reinigung und Desinfektion nach der Durchführung der Tilgungsprogramme in den infizierten Geflügelhaltungsbetrieben in ihren Hoheitsgebieten abgeschlossen.

(14) Die Kommission hat die vom Vereinigten Königreich und von den Vereinigten Staaten vorgelegten Informationen bewertet und ist der Auffassung, dass sie angemessene Garantien dafür geboten haben, dass die Tiergesundheitslage, die zu der Aussetzung des Eingangs von Sendungen bestimmter Erzeugnisse aus den betroffenen Zonen in diesen Drittländern in die Union gemäß den Anhängen V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 geführt hat, keine Gefahr für die Gesundheit von Mensch oder Tier in der Union mehr darstellt, und dass folglich der Eingang in die Union der genannten Sendungen aus den betroffenen Zonen des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten, aus denen der Eingang in die Union ausgesetzt wurde, wieder zulässig sein sollte.

(15) Daher sollten die Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 geändert werden, um der derzeitigen Seuchenlage in Bezug auf die HPAI im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten und Rechnung zu tragen.

(16) Unter Berücksichtigung der derzeitigen Seuchenlage in Kanada und in den Vereinigten Staaten in Bezug auf die HPAI und um unnötige Störungen des Handels mit dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten zu verhindern, sollten die mit der vorliegenden Verordnung an den Anhängen V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 vorzunehmenden Änderungen unverzüglich wirksam werden.

(17) Die in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 werden gemäß dem Anhang der vorliegenden Verordnung geändert.

Artikel 2

Inkrafttreten und Geltungsbeginn

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 17. Januar 2024

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

ANHANG

Die Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 werden wie folgt geändert:

1. Anhang V wird wie folgt geändert:

a) In Teil 1 wird Abschnitt B wie folgt geändert:

i) im Eintrag für Kanada werden nach der Zeile für die Zone CA-2.226 die folgenden Zeilen für die Zonen CA-2.227 und CA-2.228 angefügt:

„**CA** Kanada	CA-2.227	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		8.12.2023	
	CA-2.228		N, P1		13.12.2023“	

ii) im Eintrag für das Vereinigte Königreich erhalten die Zeilen für die Zonen GB-2.325 und GB-2.326 folgende Fassung:

„**GB** Vereinigtes Königreich	GB-2.325	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		27.11.2023	2.1.2024
	GB-2.326		N, P1		29.11.2023	1.1.2024“

iii) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.469 folgende Fassung:

„**US** Vereinigte Staaten	US-2.469	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		18.10.2023	31.12.2023“

iv) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.472 und US-2.473 folgende Fassung:

„**US** Vereinigte Staaten	US-2.472	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		19.10.2023	25.12.2023
	US-2.473		N, P1		24.10.2023	31.12.2023“

v) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.477 folgende Fassung:

„**US** Vereinigte Staaten	US-2.477	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		25.10.2023	2.1.2024“

vi) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.485 folgende Fassung:

„**US** Vereinigte Staaten	US-2.485	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		27.10.2023	27.12.2023“

vii) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.493, US-2.494 und US-2.495 folgende Fassung:

„**US** Vereinigte Staaten	US-2.493	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		3.11.2023	28.12.2023
	US-2.494		N, P1		6.11.2023	28.12.2023
	US-2.495		N, P1		3.11.2023	28.12.2023“

viii) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.502 folgende Fassung:

„**US** Vereinigte Staaten	US-2.502	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		8.11.2023	2.1.2024“

ix) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.505 folgende Fassung:

„**US** Vereinigte Staaten	US-2.505	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		9.11.2023	26.12.2023“

x) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhält die Zeile für die Zone US-2.534 folgende Fassung:

„**US** Vereinigte Staaten	US-2.534	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		21.11.2023	29.12.2023“

xi) im Eintrag für die Vereinigten Staaten werden nach der Zeile für die Zone US-2.583 die folgenden Zeilen für die Zonen US-2.584 bis US-2.606 angefügt:

„**US** Vereinigte Staaten	US-2.584	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		14.12.2023	
	US-2.585		N, P1		15.12.2023	
	US-2.586		N, P1		19.12.2023	
	US-2.587		N, P1		19.12.2023	
	US-2.588		N, P1		18.12.2023	
	US-2.589		N, P1		18.12.2023	

	US-2.590		N, P1		18.12.2023	
	US-2.591		N, P1		19.12.2023	
	US-2.592		N, P1		19.12.2023	
	US-2.593		N, P1		19.12.2023	
	US-2.594		N, P1		20.12.2023	
	US-2.595		N, P1		20.12.2023	
	US-2.596		N, P1		26.12.2023	
	US-2.597		N, P1		20.12.2023	
	US-2.598		N, P1		21.12.2023	
	US-2.599		N, P1		27.12.2023	
	US-2.600		N, P1		27.12.2023	
	US-2.601		N, P1		27.12.2023	
	US-2.602		N, P1		27.12.2023	
	US-2.603		N, P1		28.12.2023	
	US-2.604		N, P1		28.12.2023	
	US-2.605		N, P1		28.12.2023	
	US-2.606		N, P1		30.12.2023“	

b) Teil 2 wird wie folgt geändert:

i) im Eintrag für Kanada werden nach der Zeile für die Zone CA-2.226 die folgenden Beschreibungen der Zonen CA-2.227 und CA-2.228 angefügt:

„Kanada	CA-2.227	Alberta – Latitude 49.77, Longitude -112.41 The municipalities involved are: 3 km PZ: Chin and Cranford 10 km SZ: Barnwell, Chin, Coaldale, Cranford, and Tempest
	CA-2.228	British Columbia – Latitude 50.28, Longitude -118.9 The municipalities involved are: 3 km PZ: Lumby 10 km SZ: Cherryville and Lumby“

ii) im Eintrag für die Vereinigten Staaten werden nach der Beschreibung der Zone US-2.583 die folgenden Beschreibungen der Zonen US-2.584 bis US-2.606 angefügt:

„Vereinigte Staaten	US-2.584	State of Ohio Darke 03 Darke County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 84.4221161°W 40.3156041°N)
	US-2.585	State of Idaho Latah 01 Latah County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 117.0641326°W 46.8254601°N)

	US-2.586	State of Kansas Rice 03 Rice County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 98.3881123°W 38.4672556°N)
	US-2.587	State of Kansas McPherson 03 McPherson County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 97.8228232°W 38.5859667°N)
	US-2.588	State of South Dakota Edmunds 10 Edmunds County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 98.9331162°W 45.5341091°N)
	US-2.589	State of California Sonoma 07 Sonoma County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 122.7335203°W 38.3475707°N)
	US-2.590	State of California Sonoma 08 Sonoma County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 122.7349377°W 38.3599102°N)
	US-2.591	State of California Sonoma 09 Sonoma County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 122.8290355°W 38.3690831°N)
	US-2.592	State of Michigan Muskegon 02 Muskegon County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 85.9941649°W 43.2647910°N)
	US-2.593	State of Washington King 09 King County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 122.1470934°W 47.4839091°N)
	US-2.594	State of California Merced 05 Merced County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 120.8291402°W 37.5121171°N)
	US-2.595	State of California Merced 06 Merced County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 120.7901850°W 37.4445084°N)
	US-2.596	State of California Merced 07 Merced County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 120.8752658°W 37.5127148°N)

	US-2.597	State of South Dakota Charles Mix 09 Charles Mix County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 98.7492292°W 43.4731673°N)
	US-2.598	State of South Dakota Edmunds 11 Edmunds County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 98.9596198°W 45.4798391°N)
	US-2.599	State of Pennsylvania Northumberland 02 Northumberland County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 76.8128761°W 40.7296385°N)
	US-2.600	State of Ohio Hardin 02 Hardin County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 83.4057258°W 40.7217754°N)
	US-2.601	State of Michigan Muskegon 03 Muskegon County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 85.9905913°W 43.2588607°N)
	US-2.602	State of Minnesota Todd 10 Todd County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 94.7052432°W 46.0260087°N)
	US-2.603	State of California Sonoma 10 Sonoma County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 122.7362595°W 38.3602098°N)
	US-2.604	State of California Sonoma 11 Sonoma County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 122.7441352°W 38.3520376°N)
	US-2.605	State of California Marin 01 Marin County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 122.8896928°W 38.3566960°N)
	US-2.606	State of South Dakota Edmunds 12 Edmunds County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 98.9562551°W 45.4808892°N)“

2. In Anhang XIV Teil 1 wird Abschnitt B wie folgt geändert:

a) im Eintrag für Kanada werden nach der Zeile für die Zone CA-2.226 die folgenden Zeilen für die Zonen CA-2.227 und CA-2.228 angefügt:

„**CA** Kanada	CA-2.227	POU, RAT	N, P1		8.12.2023	
		GBM	P1		8.12.2023	
	CA-2.228	POU, RAT	N, P1		13.12.2023	
		GBM	P1		13.12.2023“	

b) im Eintrag für das Vereinigte Königreich erhalten die Zeilen für die Zonen GB-2.325 und GB-2.326 folgende Fassung:

„**GB** Vereinigtes Königreich	GB-2.325	POU, RAT	N, P1		27.11.2023	2.1.2024
		GBM	P1		27.11.2023	2.1.2024
	GB-2.326	POU, RAT	N, P1		29.11.2023	1.1.2024
		GBM	P1		29.11.2023	1.1.2024“

c) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zone US-2.469 folgende Fassung:

„**US** Vereinigte Staaten	US-2.469	POU, RAT	N, P1		18.10.2023	31.12.2023
		GBM	P1		18.10.2023	31.12.2023“

d) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.472 und US-2.473 folgende Fassung:

„**US** Vereinigte Staaten	US-2.472	POU, RAT	N, P1		19.10.2023	25.12.2023
		GBM	P1		19.10.2023	25.12.2023
	US-2.473	POU, RAT	N, P1		24.10.2023	31.12.2023
		GBM	P1		24.10.2023	31.12.2023“

e) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zone US-2.477 folgende Fassung:

„**US** Vereinigte Staaten	US-2.477	POU, RAT	N, P1		25.10.2023	2.1.2024
		GBM	P1		25.10.2023	2.1.2024“

f) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zone US-2.485 folgende Fassung:

„**US** Vereinigte Staaten	US-2.485	POU, RAT	N, P1		27.10.2023	27.12.2023
		GBM	P1		27.10.2023	27.12.2023“

g) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zonen US-2.493, US-2.494 und US-2.495 folgende Fassung:

„**US** Vereinigte Staaten	US-2.493	POU, RAT	N, P1		3.11.2023	28.12.2023
		GBM	P1		3.11.2023	28.12.2023
	US-2.494	POU, RAT	N, P1		6.11.2023	28.12.2023
		GBM	P1		6.11.2023	28.12.2023
	US-2.495	POU, RAT	N, P1		3.11.2023	28.12.2023
		GBM	P1		3.11.2023	28.12.2023“

h) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zone US-2.502 folgende Fassung:

„**US** Vereinigte Staaten	US-2.502	POU, RAT	N, P1		8.11.2023	2.1.2024
		GBM	P1		8.11.2023	2.1.2024“

i) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zone US-2.505 folgende Fassung:

„**US** Vereinigte Staaten	US-2.505	POU, RAT	N, P1		9.11.2023	26.12.2023
		GBM	P1		9.11.2023	26.12.2023“

j) im Eintrag für die Vereinigten Staaten erhalten die Zeilen für die Zone US-2.534 folgende Fassung:

„**US** Vereinigte Staaten	US-2.534	POU, RAT	N, P1		21.11.2023	29.12.2023
		GBM	P1		21.11.2023	29.12.2023“

k) im Eintrag für die Vereinigten Staaten werden nach den Zeilen für die Zone US-2.583 die folgenden Zeilen für die Zonen US-2.584 bis US-2.606 angefügt:

„**US** Vereinigte Staaten	US-2.584	POU, RAT	N, P1		14.12.2023	
		GBM	P1		14.12.2023	
	US-2.585	POU, RAT	N, P1		15.12.2023	
		GBM	P1		15.12.2023	
	US-2.586	POU, RAT	N, P1		19.12.2023	
		GBM	P1		19.12.2023	
	US-2.587	POU, RAT	N, P1		19.12.2023	
		GBM	P1		19.12.2023	
	US-2.588	POU, RAT	N, P1		18.12.2023	
		GBM	P1		18.12.2023	

	US-2.589	POU, RAT	N, P1		18.12.2023	
		GBM	P1		18.12.2023	
	US-2.590	POU, RAT	N, P1		18.12.2023	
		GBM	P1		18.12.2023	
	US-2.591	POU, RAT	N, P1		19.12.2023	
		GBM	P1		19.12.2023	
	US-2.592	POU, RAT	N, P1		19.12.2023	
		GBM	P1		19.12.2023	
	US-2.593	POU, RAT	N, P1		19.12.2023	
		GBM	P1		19.12.2023	
	US-2.594	POU, RAT	N, P1		20.12.2023	
		GBM	P1		20.12.2023	
	US-2.595	POU, RAT	N, P1		20.12.2023	
		GBM	P1		20.12.2023	
	US-2.596	POU, RAT	N, P1		26.12.2023	
		GBM	P1		26.12.2023	
	US-2.597	POU, RAT	N, P1		20.12.2023	
		GBM	P1		20.12.2023	
	US-2.598	POU, RAT	N, P1		21.12.2023	
		GBM	P1		21.12.2023	
	US-2.599	POU, RAT	N, P1		27.12.2023	
		GBM	P1		27.12.2023	
	US-2.600	POU, RAT	N, P1		27.12.2023	
		GBM	P1		27.12.2023	
	US-2.601	POU, RAT	N, P1		27.12.2023	
		GBM	P1		27.12.2023	
	US-2.602	POU, RAT	N, P1		27.12.2023	
		GBM	P1		27.12.2023	
	US-2.603	POU, RAT	N, P1		28.12.2023	
		GBM	P1		28.12.2023	
	US-2.604	POU, RAT	N, P1		28.12.2023	
		GBM	P1		28.12.2023	
	US-2.605	POU, RAT	N, P1		28.12.2023	
		GBM	P1		28.12.2023	
	US-2.606	POU, RAT	N, P1		30.12.2023	
		GBM	P1		30.12.2023“	

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/372

18.1.2024

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2024/372 DER KOMMISSION

vom 17. Januar 2024

zur 341. Änderung der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 des Rates über die Anwendung bestimmter spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen, die mit den ISIL (Da'esh)- und Al-Qaida-Organisationen in Verbindung stehen

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 881/2002 des Rates vom 27. Mai 2002 über die Anwendung bestimmter spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen, die mit den ISIL (Da'esh)- und Al-Qaida-Organisationen in Verbindung stehen ([1]), insbesondere auf Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 7a Absatz 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 enthält die Liste der Personen, Gruppen und Organisationen, deren Gelder und wirtschaftliche Ressourcen mit der Verordnung eingefroren werden.

(2) Am 14. Dezember 2023 hat der Sanktionsausschuss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der gemäß den Resolutionen 1267(1999), 1989(2011) und 2253(2015) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen eingesetzt wurde, beschlossen, 14 Einträge in seiner Liste der Personen, Gruppen und Organisationen, deren Gelder und wirtschaftliche Ressourcen einzufrieren sind, zu ändern.

(3) Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 wird gemäß dem Anhang der vorliegenden Verordnung geändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 17. Januar 2024

Für die Kommission,
im Namen der Präsidentin,
Generaldirektor
Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion

([1]) ABl. L 139 vom 29.5.2002, S. 9, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2002/881/oj.

ANHANG

1. In Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 werden unter „Natürliche Personen“ die der Identifizierung dienenden Angaben in den nachstehenden Einträgen wie folgt ersetzt:

a) „Khalid Abd Al-Rahman Hamd **Al-Fawaz** (auch: a) Khaled Al-Fauwaz, b) Khaled A. Al-Fauwaz, c) Khalid Al-Fawwaz, d) Khalik Al Fawwaz, e) Khaled Al-Fawwaz, f) Khaled Al Fawwaz, g) Khalid Abdulrahman H. Al Fawaz). Anschrift: Vereinigte Staaten von Amerika. Geburtsdatum: 24.8.1962. Geburtsort: Kuwait. Staatsangehörigkeit: saudi-arabisch. Reisepassnummer: 456682 (ausgestellt am 6.11.1990, abgelaufen am 13.9.1995). Tag der Benennung nach Artikel 2a Absatz 4 Buchstabe b: 24.4.2002.“

erhält folgende Fassung:

„Khalid Abd Al-Rahman Hamd **Al-Fawaz** (Originalschrift: خالد عبد الرحمن حمد الفواز) (gesicherte Aliasnamen: a) Khaled Al-Fauwaz, b) Khaled A. Al-Fauwaz, c) Khalid Al-Fawwaz, d) Khalik Al Fawwaz, e) Khaled Al-Fawwaz, f) Khaled Al Fawwaz, g) Khalid Abdulrahman H. Al Fawaz, h) Abu-Khalil). Geburtsdatum: 24.8.1962. Geburtsort: Kuwait. Staatsangehörigkeit: saudi-arabisch. Reisepassnummer: 456682 (ausgestellt am 6.11.1990, abgelaufen am 13.9.1995). Anschrift: Vereinigte Staaten von Amerika. Weitere Angaben: Am 5.10.2012 vom Vereinigten Königreich an die Vereinigten Staaten von Amerika ausgeliefert. Tag der Benennung nach Artikel 7d Absatz 2 Buchstabe i: 24.4.2002.“

b) „Saifi **Ammari** (auch: a) El Para (Kampfname), b) Abderrezak Le Para, c) Abou Haidara, d) El Ourassi, e) Abderrezak Zaimeche, f) Abdul Rasak Ammane Abu Haidra, g) Abdalarak). Anschrift: Algerien. Geburtsdatum: a) 1.1.1968, b) 24.4.1968. Geburtsort: a) Kef Rih, Algerien, b) Guelma, Algerien. Staatsangehörigkeit: algerisch. Weitere Angaben: ehemaliges Mitglied der GSPC, die als Organisation Al Quaida im Islamischen Maghreb in der Liste geführt wird. Tag der Benennung nach Artikel 2a Absatz 4 Buchstabe b: 4.12.2003.“

erhält folgende Fassung:

„Saifi **Ammari** (Originalschrift: عماري س) (gesicherte Aliasnamen: a) El Para (Kampfname), b) Abderrezak Le Para (Kampfname), c) Abou Haidara, d) El Ourassi, e) Abderrezak Zaimeche, f) Abdul Rasak Ammane Abu Haidra, g) Abdalarak). Geburtsdatum: a) 1.1.1968, b) 23.4.1968. Geburtsort: Kef Rih, Algerien. Staatsangehörigkeit: algerisch. Anschrift: Gemeinde Bou Hachana, Daïra de Lakhezara, Guelma, Algerien. Weitere Angaben: a) seit Oktober 2004 in Algerien in Haft b) seit dem 7. März 2011 in Algerien inhaftiert, c) ehemaliges Mitglied der GPSC, die als Organisation Al-Qaida im Islamischen Maghreb gelistet ist, d) Name des Vaters: Abdellah, e) Name der Mutter: Draham Belanchi. Tag der Benennung nach Artikel 7d Absatz 2 Buchstabe i: 4.12.2003.“

c) „Kamel **Djermane** (auch: a) Bilal, b) Adel, c) Fodhil, d) Abou Abdeljalil). Anschrift: Algerien. Geburtsdatum: 12.10.1965. Geburtsort: Oum el Bouaghi, Algerien. Staatsangehörigkeit: algerisch. Weitere Angaben: a) im April 2010 in Algerien in Haft; b) ehemaliges Mitglied der Katibat Tarek Ibn Ziad der Organisation Al-Qaida im Islamischen Maghreb. Tag der Benennung nach Artikel 2a Absatz 4 Buchstabe b: 3.5.2004.“

erhält folgende Fassung:

„Kamel **Djermane** (Originalschrift: كمال جرمان) (gesicherte Aliasnamen: a) Bilal, b) Adel, c) Fodhil, d) Abou Abdeljalil). Geburtsdatum: 12.10.1965. Geburtsort: Oum el Bouaghi, Algerien. Staatsangehörigkeit: algerisch. Anschrift: Dorf Sidi Argis, Oum El Bouaghi, Algerien. Weitere Angaben: a) seit November 2023 in Algerien in Haft, b) am 25.1.2023 vom Strafgericht Algier wegen terroristischer Aktivitäten zu einer Freiheitsstrafe von 18 Jahren verurteilt. Von den deutschen Behörden wurde am 9.10.2003 und am 18.7.2018 ein Haftbefehl wegen Beteiligung an Entführungen, Raub und Erpressung ausgestellt, c) ehemaliges Mitglied der Katibat Tarek Ibn Ziad der Organisation Al-Qaida im Islamischen Maghreb, d) Name des Vaters: Sliman, e) Name der Mutter: Oum Hani Djermane. Tag der Benennung nach Artikel 7d Absatz 2 Buchstabe i: 3.5.2004.“

d) „Salah Eddine **Gasmi** (auch a) Abou Mohamed Salah, b) Bounouadher). Geburtsdatum: 13.4.1971. Geburtsort: Zeribet El Oued, Wilaya (Provinz) Biskra, Algerien. Staatsangehörigkeit: algerisch. Anschrift: Algerien. Weitere Angaben: a) Name der Mutter: Yamina Soltane, b) Name des Vaters: Abdelaziz. Tag der Benennung nach Artikel 7d Absatz 2 Buchstabe i: 3.7.2008.“

erhält folgende Fassung:

„Salah Eddine **Gasmi** (Originalschrift: صالح قاسمي) (gesicherte Aliasnamen: a) Abou Mohamed Salah, b) Abou Malek; ungesicherte Aliasnamen: a) Bounouadher, b) Bounouader). Geburtsdatum: 13.4.1971. Geburtsort: Zeribet El Oued, Wilaya (Provinz) Biskra, Algerien. Staatsangehörigkeit: algerisch. Anschrift: Nr. 7250 Zeribet El Oued, Biskra, Algerien. Weitere Angaben: a) gehört der Führung an und ist zuständig für den Informationsausschuss der Organisation Al-Qaida im Islamischen Maghreb b) Name der Mutter: Yamina Soltane, c) Name des Vaters: Abdelaziz, d) steht mit Abdelmalek Droukdel (angeblich verstorben im Juni 2020) in Verbindung, e) am 16.12.2012 in Algerien festgenommen, f) ab August 2015 im Gefängnis von El-Harrach in Algier inhaftiert, g) seit November 2023 in der Strafvollzugsanstalt Blida in Algerien inhaftiert. Tag der Benennung nach Artikel 7d Absatz 2 Buchstabe i: 3.7.2008."

e) „Adem **Yilmaz** (auch: Talha). Geburtsdatum: 4.11.1978. Geburtsort: Bayburt, Türkei. Staatsangehörigkeit: türkisch. Reisepassnummer: TR-P 614166 (türkischer Reisepass, ausgestellt am 22.3.2006 vom türkischen Generalkonsulat in Frankfurt/Main, abgelaufen am 15.9.2009. Anschrift: Südliche Ringstraße 133, 63225 Langen, Deutschland (frühere Anschrift). Weitere Angaben: a) seit mindestens Anfang 2006 Verbindungen zur Islamischen Dschihad-Union (auch: Gruppe Islamischer Dschihad), Verbindungen zu Fritz Martin Gelowicz und Daniel Martin Schneider; b) seit Juni 2010 in Deutschland in Haft. Tag der Benennung nach Artikel 2a Absatz 4 Buchstabe b: 27.10.2008."

erhält folgende Fassung:

„Adem **Yilmaz** (ungesicherter Aliasname: Talha). Geburtsdatum: 4.11.1978. Geburtsort: Bayburt, Türkei. Staatsangehörigkeit: türkisch. Reisepassnummer: TR-P 614166 (türkischer Reisepass, ausgestellt am 22.3.2006 vom türkischen Generalkonsulat in Frankfurt/Main, abgelaufen am 15.9.2009). Anschrift: a) Südliche Ringstraße 133, 63225 Langen, Deutschland (frühere Anschrift), b) Türkei. Weitere Angaben: a) Verbindungen zur Islamischen Dschihad-Union (auch: Gruppe Islamischer Dschihad), b) im Februar 2019 von Deutschland in die Türkei abgeschoben, c) seit November 2023 laufendes Gerichtsverfahren. Tag der Benennung nach Artikel 7d Absatz 2 Buchstabe i: 27.10.2008."

f) „Mohamed **Belkalem** (auch: a) Abdelali Abou Dher, b) El Harrachi). Geburtsdatum: 19.12.1969. Geburtsort: Hussein Dey, Algier, Algerien. Staatsangehörigkeit: algerisch. Weitere Angaben: a) soll sich in Mali aufhalten, b) Name des Vaters: Ali Belkalem, Name der Mutter: Fatma Saadoudi; c) Mitglied der Organisation Al-Qaida im Islamischen Maghreb. Tag der Benennung nach Artikel 2a Absatz 4 Buchstabe b: 22.4.2010."

erhält folgende Fassung:

„Mohamed **Belkalem** (Originalschrift: محمد بلكلام) (ungesicherte Aliasnamen: a) Abdelali Abou Dher (عبد العالي ابو ذر), b) El Harrachi (الحراشي)). Geburtsdatum: 19.12.1969. Geburtsort: Hussein Dey, Algier, Algerien. Staatsangehörigkeit: algerisch. Anschrift: a) Mali, b) Cité Djenane Mabrouk, Algier, Algerien Weitere Angaben: a) angeblich seit November 2023 Mitglied von Jama'a Nusrat ul-Islam wa al-Muslimin (JNIM), b) am 28.3.1996 von einem algerischen Gericht in Abwesenheit verurteilt, c) internationaler Haftbefehl Nr. 03/09 vom 6.6.2009, ausgestellt durch das Gericht von Sidi Mhamed, Algier, Algerien, d) algerisches Auslieferungsersuchen Nr. 2307/09 vom 3.9.2009, den malischen Behörden vorgelegt, e) Name des Vaters: Ali Belkalem, f) Name der Mutter: Fatma Saadoudi, g) Mitglied der Organisation Al-Qaida im Islamischen Maghreb. Tag der Benennung nach Artikel 7d Absatz 2 Buchstabe i: 22.4.2010."

g) „Tayeb **Nail** (auch: a) Djaafar Abou Mohamed, b) Abou Mouhadjir, c) Mohamed Ould Ahmed Ould Ali). Geburtsdatum: a) um 1972, b) 1976 (Mohamed Ould Ahmed Ould Ali). Geburtsort: Faidh El Batma, Djelfa, Algerien. Staatsangehörigkeit: algerisch. Weitere Angaben: a) soll sich in Mali aufhalten, b) Name des Vaters: Benazouz Nail, Name der Mutter: Belkheiri Oum El Kheir; c) Mitglied der Organisation Al-Qaida im Islamischen Maghreb. Tag der Benennung nach Artikel 2a Absatz 4 Buchstabe b: 22.4.2010."

erhält folgende Fassung:

„Tayeb **Nail** (Originalschrift: الطيب نايل) (gesicherte Aliasnamen: a) Djaafar Abou Mohamed (جعفر ابو محمد), b) Abou Mouhadjir (ابو مهاجر), c) Mohamed Ould Ahmed Ould Ali (geboren 1976)). Geburtsdatum: um 1972. Geburtsort: Faidh El Batma, Djelfa, Algerien. Staatsangehörigkeit: algerisch. Anschrift: a) Mali, b) Cité Feradj Lakhdar, Merine, Sidi Bel Abbes, Algerien. Weitere Angaben: a) angeblich seit November 2023 Mitglied von Jama'a Nusrat ul-Islam wa al-Muslimin (JNIM), b) am 28.3.1996 von einem algerischen Gericht in Abwesenheit verurteilt, c) internationaler Haftbefehl Nr. 04/09 vom 6.6.2009, ausgestellt durch das Gericht von Sidi Mhamed, Algier,

Algerien, d) algerisches Auslieferungsersuchen Nr. 2307/09 vom 3.9.2009, den malischen Behörden vorgelegt, e) Name des Vaters: Benazouz Nail, f) Name der Mutter: Belkheiri Oum El Kheir, g) Mitglied der Organisation Al-Qaida im Islamischen Maghreb. Tag der Benennung nach Artikel 7d Absatz 2 Buchstabe i: 22.4.2010."

h) „Abd Al-Rahman Ould Muhammad Al- Husayn Ould Muhammad **Salim** (auch a) Abdarrahmane ould Mohamed el Houcein ould Mohamed Salem, b) Yunis al-Mauritani, c) Younis al-Mauritani, d) Sheikh Yunis al-Mauritani, e) Shaykh Yunis the Mauritanian, f) Salih the Mauritanian, g) Mohamed Salem, h) Youssef Ould Abdel Jelil, i) El Hadj Ould Abdel Ghader, j) Abdel Khader, k) Abou Souleimane, l) Chingheity). Geburtsdatum: um 1981. Geburtsort: Saudi-Arabien. Staatsangehörigkeit: mauretanisch. Weitere Angaben: a) von Pakistan aus operierender hochrangiger Al-Qaida-Führer, der auch mit der Organisation Al-Qaida im Islamischen Maghreb in Verbindung steht; b) von mauretanischen Behörden gesucht. Tag der Benennung nach Artikel 2a Absatz 4 Buchstabe b: 15.9.2011."

erhält folgende Fassung:

„Abd Al-Rahman Ould Muhammad Al- Husayn Ould Muhammad **Salim** (Originalschrift: (عبد الرحمن ولد محمد الحسين ولد محمد سليم (gesicherte Aliasnamen: a) Abdarrahmane ould Mohamed el Houcein ould Mohamed Salem, b) شيخ يونس الموريتاني (Yunis al-Mauritani, Younis al-Mauritani,Sheikh Yunis al-Mauritani, Shaykh Yunis the Mauritanian), ungesicherte Aliasnamen: a) Salih the Mauretanian, b) Mohamed Salem, c) Youssef Ould Abdel Jelil, d) El Hadj Ould Abdel Ghader, e) Abdel Khader, f) Abou Souleimane, g) Chingheity). Geburtsdatum: um 1981. Geburtsort: Saudi-Arabien. Staatsangehörigkeit: mauretanisch. Anschrift: Mauretanien. Weitere Angaben: a) hochrangiger Al-Qaida-Führer, der auch mit der Organisation Al-Qaida im Islamischen Maghreb in Verbindung steht, b) von mauretanischen Behörden gesucht, c) befindet sich seit seiner Auslieferung aus Pakistan im Jahr 2014 in Mauretanien. Tag der Benennung nach Artikel 7d Absatz 2 Buchstabe i: 15.9.2011."

i) „Said **Arif** (auch: a) Said Mohamed Arif, b) Omar Gharib, c) Abderahmane, d) Abdallah al-Jazairi, e) Slimane Chabani, f) Souleiman). Geburtsdatum: a) 25. Juni 1964, b) 5. Dezember 1965. Geburtsort: Oran, Algerien. Staatsangehörigkeit: algerisch. Tag der Benennung nach Artikel 2a Absatz 4 Buchstabe b: 15.8.2014."

erhält folgende Fassung:

„Said **Arif** (gesicherte Aliasnamen: a) Said Mohamed Arif, b) Omar Gharib, c) Abderahmane, d) Abdallah al-Jazairi, e) Slimane Chabani, f) Souleiman, g) Abou Souleiman, ungesicherte Aliasnamen: a) Abdullah, b) Abdallah, c) Abu Abdullah). Geburtsdatum: a) 25.6.1964, b) 5.12.1969, c) 12.5.1965. Geburtsort: Oran, Algerien. Staatsangehörigkeit: algerisch. Anschrift: a) Boulevard Bezghoud Mustapha Nr. 78, Oran, Algerien, b) Rue Lyonnais Nr. 12, Ain Turk, Oran, Algerien. Weitere Angaben: a) angeblich am 25.5.2015 bei einem Luftangriff in Syrien getötet, b) kampferprobtes Mitglied des ‚Chechen Network' und anderer terroristischer Gruppen. 2006 wegen seiner Rolle und seiner Mitgliedschaft im ‚Chechen Network' in Frankreich verurteilt, c) trat im Oktober 2013 Jabhat al-Nusrah, aufgenommen in die Liste als al-Nusrah Front for the People of the Levant, bei, d) Name des Vaters: Mohamed, e) Name der Mutter: Saliha Boukhari. Tag der Benennung nach Artikel 7d Absatz 2 Buchstabe i: 15.8.2014."

j) „Ahmed Abdullah Saleh Al-Khazmari **Al Zahrani** (auch: a) Abu Maryam al-Zahrani, b) Abu Maryam al-Saudi, c) Ahmed Abdullah S al-Zahrani, d) Ahmad Abdullah Salih al-Zahrani, e) Abu Maryam al-Azadi, f) Ahmed bin Abdullah Saleh bin al-Zahrani, g) Ahmed Abdullah Saleh al-Zahrani al-Khozmri). Funktion: führendes Mitglied der Al-Quaida. Geburtsdatum: 15.9.1978. Geburtsort: Dammam, Saudi-Arabien. Staatsangehörigkeit: saudi-arabisch. Reisepassnummer: E126785 (saudi-arabischer Reisepass, ausgestellt am 27.5.2002, abgelaufen am 3.4.2007). Weitere Angaben: a) Personenbeschreibung: Augenfarbe: dunkel; Haarfarbe: dunkel; Hautfarbe: oliv; b) spricht arabisch; c) Name des Vaters: Abdullah Saleh al Zahrani; d) Foto aufgenommen in die Besondere Ausschreibung (‚Special Notice') der Interpol und des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen; e) hält sich in Syrien auf. Tag der Benennung nach Artikel 2a Absatz 4 Buchstabe b: 23.9.2014."

erhält folgende Fassung:

„Ahmed Abdullah Saleh Al-Khazmari **Al Zahrani** (gesicherte Aliasnamen: a) Abu Maryam al-Zahrani, b) Abu Maryam al-Saudi, c) Ahmed Abdullah S al-Zahrani, d) Ahmad Abdullah Salih al-Zahrani, e) Abu Maryam al-Azadi, f) Ahmed bin Abdullah Saleh bin al-Zahrani, g) Ahmed Abdullah Saleh al-Zahrani al-Khozmri). Geburtsdatum: 15.9.1978. Geburtsort: Dammam, Saudi-Arabien. Staatsangehörigkeit: saudi-arabisch. Reisepassnummer: E126785

(saudi-arabischer Reisepass, ausgestellt am 27.5.2002, abgelaufen am 3.4.2007). Anschrift: hält sich in Syrien auf. Weitere Angaben: a) führendes Mitglied der Al-Quaida, b) angeblich im Januar 2020 in Jemen getötet, c) von der saudi-arabischen Regierung wegen Terrorismus gesucht, d) Name des Vaters: Abdullah Saleh al Zahrani; e) Personenbeschreibung: Augenfarbe: dunkel; Haarfarbe: dunkel; Hautfarbe: Oliv; spricht Arabisch. Tag der Benennung nach Artikel 7d Absatz 2 Buchstabe i: 23.9.2014."

k) „Abd Al-Rahman Muhammad Mustafa **Al-Qaduli** (auch: a) 'Abd al-Rahman Muhammad Mustafa Shaykhlari, b) Umar Muhammad Khalil Mustafa, c) Abdul Rahman Muhammad al-Bayati, d) Tahir Muhammad Khalil Mustafa al-Bayati, e) Aliazra Ra'ad Ahmad. f) Abu-Shuayb, g) Hajji Iman, h) Abu Iman, i) Abu Ala, j) Abu Hasan, k) Abu Muhammad, l) Abu Zayna). Funktion: hochrangiges Mitglied von ISIL (Islamischer Staat im Irak und in der Levante). Geburtsdatum: a) 1959, b) 1957. Geburtsort: Mosul, Provinz Ninawa, Irak. Staatsangehörigkeit: irakisch. Weitere Angaben: Tag der Benennung nach Artikel 2a Absatz 4 Buchstabe b: 23.9.2014."

erhält folgende Fassung:

„Abd Al-Rahman Muhammad Mustafa **Al-Qaduli** (gesicherte Aliasnamen: a) 'Abd al-Rahman Muhammad Mustafa Shaykhlari, b) Umar Muhammad Khalil Mustafa, c) Abdul Rahman Muhammad al-Bayati, d) Tahir Muhammad Khalil Mustafa al-Bayati, e) Aliazra Ra'ad Ahmad; ungesicherter Aliasname: a) Abu-Shuayb, b) Hajji Iman, c) Abu Iman, d) Abu Ala, e) Abu Hasan, f) Abu Muhammad, g) Abu Zayna). Geburtsdatum: 1959. Geburtsort: Mosul, Provinz Ninawa, Irak. Staatsangehörigkeit: irakisch. Weitere Angaben: a) führendes Mitglied des Islamischen Staats im Irak und dem Levant (ISIL), gelistet als Al-Qaida in Irak (AQI), Mitglied, b) angeblich 2016 in Syrien getötet, c) zuvor als Vertreter von AQI in der Führung von Al-Qaida in Pakistan tätig. Tag der Benennung nach Artikel 7d Absatz 2 Buchstabe i: 23.9.2014."

l) „Mohamad Rafi **Bin Udin** (auch: a) Mohd Radi Bin Udin, b) Abu Awn al Malizi, c) Muhammad Ratin, d) Muhammad Rafiuddin, e) Abu Una al Malayzie, f) Mhammad Rahim Bin Udin, g) Abu Ayn Tok Cit, h) Muhammad Ratin Bin Nurdin). Geburtsdatum: 3.6.1966. Geburtsort: Negri Sembilan, Malaysia. Anschrift: a) B-3B-19 Glenview Villa, Jalan 49 Off Jalan Kuari, Taman Pinggiran Cheras, 56000 Kuala Lumpur, Wilayah Persekutuan Kuala Lumpur, Malaysia (ab 30. Januar 2014), b) 90-00-04 Flat Sri Kota, Bandar Tun Razak, 56100, Kuala Lumpur, Wilayah Persekutuan Kuala Lumpur, Malaysia (ab 23. April 2010), c) 96-06-06 Flat Sri Kota, Bandar Tun Razak, 56100, Kuala Lumpur, Wilayah Persekutuan Kuala Lumpur, Malaysia (ab 6. April 2007), d) Arabische Republik Syrien (Aufenthaltsort seit 2014). Staatsangehörigkeit: a) malaysisch, b) indonesisch. Pass-Nr.: malaysischer Pass Nr. A31142734, ausgestellt am 6. November 2013 (ausgestellt von der Einwanderungsbehörde (Immigration Department) Malaysias, gültig bis zum 6. November 2015). Nationale Kennziffer: malaysischer Personalausweis 660603-05-5267 (ausgestellt von der nationalen Meldebehörde (National Registration Department) Malaysias; ausgestellt an Mohd Rafi bin Udin). Weitere Angaben: führendes Mitglied des Islamischen Staats in Irak und der Levante (ISIL), gelistet als Al-Qaida in Irak. Rekrutierte für ISIL und leitete Personen per Online-Video an, terroristische Handlungen zu begehen. Personenbeschreibung: Augenfarbe: Braun; Haarfarbe: Braun; Hautfarbe: dunkel. Spricht Malaiisch, Englisch, etwas Arabisch. Tag der Benennung nach Artikel 7d Absatz 2 Buchstabe i: 23.8.2018."

erhält folgende Fassung:

„Mohamad Rafi **Bin Udin** (ungesicherte Aliasnamen: a) Mohd Radi Bin Udin, b) Abu Awn al Malizi, c) Muhammad Ratin, d) Muhammad Rafiuddin, e) Abu Una al Malayzie, f) Mhammad Rahim Bin Udin, g) Abu Ayn Tok Cit, h) Muhammad Ratin Bin Nurdin). Geburtsdatum: 3.6.1966. Geburtsort: Negri Sembilan, Malaysia. Staatsangehörigkeit: a) malaysisch, b) indonesisch. Reisepassnummer: A31142734 (malaysischer Pass, ausgestellt am 6.11.2013 von der Einwanderungsbehörde (Immigration Department) Malaysias, gültig bis zum 6.11.2015). Nationale Kennziffer: 660603-05-5267 (malaysischer Personalausweis ausgestellt von der nationalen Meldebehörde (National Registration Department) Malaysias; ausgestellt an Mohd Rafi bin Udin). Anschrift: a) B-3B-19 Glenview Villa, Jalan 49 Off Jalan Kuari, Taman Pinggiran Cheras, 56000 Kuala Lumpur, Wilayah Persekutuan Kuala Lumpur, Malaysia (ab 30.1.2014), b) 90-00-04 Flat Sri Kota, Bandar Tun Razak, 56100, Kuala Lumpur, Wilayah Persekutuan Kuala Lumpur, Malaysia (ab 23.4.2010), c) 96-06-06 Flat Sri Kota, Bandar Tun Razak, 56100, Kuala Lumpur, Wilayah Persekutuan Kuala Lumpur, Malaysia (ab 6.4.2007), d) Arabische Republik Syrien (Aufenthaltsort seit 2014). Weitere Angaben: a) führendes Mitglied des Islamischen Staats in Irak und der Levante (ISIL), gelistet als Al-Qaida in Irak, b) rekrutierte für ISIL und leitete Personen per Online-Video an, terroristische Handlungen zu begehen, c) angeblich verstorben, d) Personenbeschreibung: Augenfarbe: Braun; Haarfarbe: Braun; Hautfarbe: dunkel. Spricht Malaiisch, Englisch, etwas Arabisch. Tag der Benennung nach Artikel 7d Absatz 2 Buchstabe i: 23.8.2018."

2. In Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 werden unter „Juristische Personen, Gruppen und Organisationen“ die der Identifizierung dienenden Angaben in den nachstehenden Einträgen wie folgt ersetzt:

a) „Benevolence International Fund (auch: a) Benevolent International Fund, b) BIF-Canada). Anschrift: a) 2465, Cawthra Road, Unit 203, Mississauga, Ontario, L5A 3P2, Kanada; b) PO box 1508, Station B, Mississauga, Ontario, L4Y 4G2, Kanada; c) PO box 40015, 75, King Street South, Waterloo, Ontario, N2J 4V1, Kanada; d) 92, King Street, 201, Waterloo, Ontario, N2J 1P5, Kanada. Weitere Angaben: Verbindungen zur Benevolence International Foundation. Tag der Benennung nach Artikel 2a Absatz 4 Buchstabe b: 21.11.2002.“

erhält folgende Fassung:

„Benevolence International Foundation (auch: a) Al Bir Al Dawalia, b) BIF, c) BIF-USA, d) Mezhdunarodnyj Blagotvoritel'nyl Fond). Anschrift: a) 8820 Mobile Avenue, IA, Oak Lawn, Illinois, 60453, Vereinigte Staaten von Amerika, b) P.O. Box 548, Worth, Illinois, 60482, Vereinigte Staaten von Amerika, c) 9838 S. Roberts Road, Suite 1W, Palos Hills, Illinois, 60465, Vereinigte Staaten von Amerika (vorheriger Aufenthaltsort), d) 20-24 Branford Place, Suite 705, Newark, New Jersey, 07102, Vereinigte Staaten von Amerika (vorheriger Aufenthaltsort), e) P.O. Box 1937, Khartoum, Sudan, f) Bangladesch, g) (Gazastreifen), h) Jemen. Weitere Angaben: a) angeblich nicht mehr aktiv. Nicht mehr in Bosnien und Herzegowina tätig, b) Kennziffer (U.S. Employer Identification Number): 36-3823186. Tag der Benennung nach Artikel 7d Absatz 2 Buchstabe i: 21.11.2002.“

b) „Al Furqan (auch: a) Dzemilijati Furkan, b) Dzem'ijjetul Furqan, c) Association for Citizens Rights and Resistance to Lies, d) Dzemijetul Furkan, e) Association of Citizens for the Support of Truth and Suppression of Lies, f) Sirat, g) Association for Education, Culture and Building Society – Sirat, h) Association for Education, Cultural and to Create Society – Sirat, i) Istikamet, j) In Siratel, k) Citizens' Association for Support and Prevention of lies – Furqan). Anschrift: a) 30a Put Mladih Muslimana (früherer Name: Palva Lukaca Street), 71 000 Sarajewo, Bosnien und Herzegowina; b) 72 ul. Strossmajerova, Zenica, Bosnien und Herzegowina; c) 42 Muhameda Hadzijahica, Sarajewo, Bosnien und Herzegowina; d) 70 und 53 Strosmajerova Street, Zenica, Bosnien und Herzegowina; e) Zlatnih Ljiljana Street, Zavidovici, Bosnien und Herzegowina. Weitere Angaben: a) am 26.9.1997 in Bosnien und Herzegowina als Bürgervereinigung unter dem Namen „Citizens' Association for Support and Prevention of lies – Furqan‘ registriert; b) hat seine Arbeit aufgrund eines Beschlusses des Justizministeriums der Föderation Bosnien und Herzegowina (Beschluss Nummer 03-054-286/97 vom 8.11.2002) eingestellt; c) bestand im Dezember 2008 nicht mehr. Tag der Benennung nach Artikel 2a Absatz 4 Buchstabe b: 11.5.2004.“

erhält folgende Fassung:

„Al Furqan (auch: a) Dzemilijati Furkan, b) Dzem'ijjetul Furqan, c) Association for Citizens Rights and Resistance to lies, d) Dzemijetul Furkan, e) Association of Citizens for the Support of Truth and Suppression of Lies, f) Sirat, g) Association for Education, Culture and Building Society- Sirat, h) Association for Education, Cultural and to Create Society- Sirat, i) Istikamet, j) In Siratel, k) Citizens' Association for Support and Prevention of lies – Furqan). Anschrift: a) 30a Put Mladih Muslimana (früherer Name: Palva Lukaca Street), 71000 Sarajewo, Bosnien und Herzegowina; b) 72 ul. Strossmajerova, Zenica, Bosnien und Herzegowina; c) 42 Muhameda Hadzijahica, Sarajewo, Bosnien und Herzegowina; d) 70 und 53 Strosmajerova Street, Zenica, Bosnien und Herzegowina; e) Zlatnih Ljiljana Street, Zavidovici, Bosnien und Herzegowina). Weitere Angaben: a) angeblich nicht mehr aktiv, b) am 26.9.1997 in Bosnien und Herzegowina als Bürgervereinigung unter dem Namen ‚Citizens'Association for Support and Prevention of lies – Furqan‘ registriert; c) hat seine Arbeit aufgrund eines Beschlusses des Justizministeriums der Föderation Bosnien und Herzegowina (Beschluss Nummer 03-054-286/97 vom 8.11.2002) eingestellt, d) bestand im Dezember 2008 nicht mehr. Tag der Benennung nach Artikel 7d Absatz 2 Buchstabe i: 11.5.2004.“

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/90016

18.1.2024

Berichtigung der Durchführungsverordnung (EU) 2023/2071 der Kommission vom 27. September 2023 zur Festlegung eines Musters für die strukturierte Erhebung unter den Endempfängerinnen und Endempfängern von Nahrungsmitteln und/oder materieller Basisunterstützung im Rahmen des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) gemäß der Verordnung (EU) 2021/1057 des Europäischen Parlaments und des Rates

(Amtsblatt der Europäischen Union L 239 vom 28. September 2023)

Seite 15, Titel des Anhangs II:

Anstatt: „MUSTER FÜR DIE STRUKTURIERTE ERHEBUNG BETREFFEND DIE DIREKTE UNTERSTÜTZUNG AUS DEM ESF+ ZUR BEKÄMPFUNG MATERIELLER DEPRIVATION“

muss es heißen: „MUSTER FÜR DIE STRUKTURIERTE ERHEBUNG BETREFFEND DIE INDIREKTE UNTERSTÜTZUNG AUS DEM ESF+ ZUR BEKÄMPFUNG MATERIELLER DEPRIVATION“.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2024/90022

18.1.2024

Berichtigung der Delegierten Verordnung (EU) 2020/990 der Kommission vom 28. April 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Tiergesundheits- und Bescheinigungsanforderungen an Verbringungen von Wassertieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Wassertieren innerhalb der Union

(Amtsblatt der Europäischen Union L 221 vom 10. Juli 2020)

Der Ausdruck „Aquakulturtiere“ wird in der Delegierten Verordnung mit Ausnahme von Erwägungsgrund 2 Satz 3 und Artikel 25 Buchstabe b durchgehend durch den Ausdruck „Tiere aus Aquakultur“ in der entsprechenden grammatischen Form ersetzt.

Der Ausdruck „Erzeugung“ wird in der Delegierten Verordnung durchgehend durch den Ausdruck „Produktion“ in der entsprechenden grammatischen Form ersetzt.

Der Ausdruck „verfolgbar“ wird in der Delegierten Verordnung durchgehend durch den Ausdruck „rückverfolgbar“ in der entsprechenden grammatischen Form ersetzt.

Seite 42, Erwägungsgrund 2 Satz 3:

Anstatt: „Diese Unterscheidung zwischen den verschiedenen Kategorien gelisteter Seuchen sollte für die Zwecke der Vorschriften der vorliegenden Verordnung über die Verbringung von Wassertieren und von Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Aquakulturtieren, ausgenommen lebende Aquakulturtiere, innerhalb der Union berücksichtigt werden.“

muss es heißen: „Diese Unterscheidung zwischen den verschiedenen Kategorien gelisteter Seuchen sollte für die Zwecke der Vorschriften der vorliegenden Verordnung über die Verbringung von Wassertieren und von Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Wassertieren, ausgenommen lebende Wassertiere, innerhalb der Union berücksichtigt werden.“

Seite 43, Erwägungsgrund 6 Satz 1:

Anstatt: „und von aus Wassertieren gewonnenen Erzeugnissen tierischen Ursprungs innerhalb der Union ergänzt werden,“

muss es heißen: „und von aus Tieren aus Aquakultur gewonnenen Erzeugnissen tierischen Ursprungs innerhalb der Union ergänzt werden,“

Seite 44, Erwägungsgrund 12 Satz 3:

Anstatt: „Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dass diese Wassertiere zur Schlachtung und Verarbeitung in einem Aquakulturbetrieb bestimmt sein können, der Lebensmittel aus Wassertieren herstellt und Seuchenbekämpfungsmaßnahmen durchführt, und von der zuständigen Behörde die Genehmigung erhalten haben, ein Gebiet zu verlassen, das Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf eine gelistete oder neu auftretende Seuche unterliegt.“

muss es heißen: „Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dass diese Wassertiere zur Schlachtung und Verarbeitung in einem Aquakulturbetrieb bestimmt sein können, der Lebensmittel aus Wassertieren herstellt und Seuchenbekämpfungsmaßnahmen durchführt, und diese Wassertiere mit Genehmigung der zuständigen Behörde ein Gebiet verlassen dürfen, das Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf eine gelistete oder neu auftretende Seuche unterliegt.“

Seite 47, Artikel 2 Absatz 2 Nummer 2:

Anstatt: „2. ‚Bünnschiff' ein Schiff, das über einen Brunnen oder ein Wasserbecken für die Lagerung, den Transport oder die Behandlung von lebenden Aquakulturtieren in Wasser verfügt;"

muss es heißen: „2. ‚Bünnschiff' ein Schiff, das über ein Becken oder einen Tank für die Lagerung, den Transport oder die Behandlung von lebenden Tieren aus Aquakultur in Wasser verfügt;"

Seite 50, Artikel 8 Buchstabe b:

Anstatt: „und finden unter Einhaltung der Auflagen statt, an die diese Genehmigung gebunden ist; oder"

muss es heißen: „und finden unter Einhaltung der in dieser Genehmigung festgelegten Auflagen statt; oder"

Seite 50, Artikel 8 Buchstabe c:

Anstatt: „und nicht mehr als lebende Tiere überleben könnten, wenn sie ins Wasser zurückgebracht würden; oder"

muss es heißen: „und die bei einer Rückführung in die aquatische Umwelt nicht mehr lebensfähig wären; oder"

Seite 53, Artikel 14 Absatz 3 Einleitungssatz:

Anstatt: „dass die verbrachten Wassertiere keine Krankheitssymptome aufweisen;"

muss es heißen: „dass die verbrachten Tiere aus Aquakultur keine Krankheitssymptome aufweisen;"

Seite 53, Artikel 15 Absatz 1 Einleitungssatz:

Anstatt: „nimmt der amtliche Tierarzt folgende Prüfungen und Untersuchungen im Aquakulturbetrieb vor:"

muss es heißen: „nimmt der amtliche Tierarzt folgende Kontrollen und Untersuchungen im Aquakulturbetrieb vor:"

Seite 54, Artikel 15 Absatz 3:

Anstatt: „(3) Der amtliche Tierarzt stellt nach Durchführung aller Kontrollen, Inspektionen und, falls relevant, Untersuchungen nach Absatz 1 eine Veterinärbescheinigung für die Sendung der Aquakulturtiere oder -eier innerhalb von 72 Stunden vor dem Zeitpunkt aus, an dem die Sendung den Herkunftsbetrieb verlässt."

muss es heißen: „(3) Der amtliche Tierarzt stellt nach Durchführung aller Kontrollen, Inspektionen und, falls relevant, Untersuchungen nach Absatz 1 eine Veterinärbescheinigung für die Sendung von Tieren aus Aquakultur oder Eiern davon innerhalb von 72 Stunden vor dem Zeitpunkt aus, an dem die Sendung den Herkunftsbetrieb verlässt."

Seite 54, Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe b:

Anstatt: „b) im Aquakulturbetrieb besteht kein Verdacht auf Fälle gelisteter oder neu auftretender Seuchen."

muss es heißen: „b) im Aquakulturbetrieb besteht kein Verdacht auf gelistete oder neu auftretende Seuchen."

Seite 56, Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe d:

Anstatt: „oder gleichwertige praktische Erfahrungen im Einsatz von TRACES zur Erstellung, Verarbeitung und Übermittlung"

muss es heißen: „oder gleichwertige praktische Erfahrungen in der Anwendung von TRACES zur Erstellung, Verarbeitung und Übermittlung"

Seite 57, Artikel 25 Buchstabe b:

Anstatt: „b) genaue Angaben zum Zweck, für den die Aquakulturtiere verwendet werden sollen, gemäß Anhang III Nummer 2;"

muss es heißen: „b) genaue Angaben zum Zweck, für den die Erzeugnisse tierischen Ursprungs verwendet werden sollen, gemäß Anhang III Nummer 2;"

Seite 62, Anhang II Abschnitt B Nummer 2 Einleitungssatz:

Anstatt: „zum Zweck, für den die Wassertiere bestimmt sind,"

muss es heißen: „zum Zweck, für den die Tiere aus Aquakultur bestimmt sind,".

2024/90023

18.1.2024

Berichtigung der Verordnung (EU) 2023/2878 des Rates vom 18. Dezember 2023 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren

(Amtsblatt der Europäischen Union L, 2023/2878, 18. Dezember 2023)

1. Seite 55 Anhang I, Eintrag 619

Anstatt: „619. Spel LLC (Russland)“

muss es heißen: „610. Spel LLC (Russland)“.

2. Seite 272, Anhang VI, neu angefügter Anhang XXIIIB, Eintrag 7307 92, Spalte „Beschreibung“

Anstatt: „Rohrbogen, -winkel und -m (ausgenommen gegossen oder aus nichtrostendem Stahl)“

muss es heißen: „Rohrbogen, -winkel und -muffen, aus Eisen oder Stahl, mit Gewinde (ausgenommen gegossen oder aus nichtrostendem Stahl)“.

3. Seite 276, Anhang XI, Nummer und Titel des neu angefügten Anhangs

Anstatt: „*ANHANG XXXVIII*

Liste der Güter und Technologien gemäß Artikel 3p“

muss es heißen: „*ANHANG XXXVIIIA*

Liste der Güter und Erzeugnisse gemäß Artikel 3p“.

4. Seite 281, Anhang XI, erster Gedankenstrich

Anstatt: „— 8542.31 Elektronische integrierte Schaltungen: Prozessoren und Steuer- und Kontrollschaltungen, auch in Verbindung mit

— Speichern, Wandlern, logischen Schaltungen, Verstärkern, Uhren und Taktgeberschaltungen oder anderen Schaltungen“

muss es heißen: „— 8542.31 Elektronische integrierte Schaltungen: Prozessoren und Steuer- und Kontrollschaltungen, auch in Verbindung mit Speichern, Wandlern, logischen Schaltungen, Verstärkern, Uhren und Taktgeberschaltungen oder anderen Schaltungen“.